

*Fischer:* Von östlicher Seite sei der Vorschlag eines Treffens auf Ministerebene gemacht worden, und er bitte, darüber nachzudenken.<sup>26</sup>

*BM:* Er schließe ein Ministertreffen nicht aus.

**Referat 010, Bd. 178903**

248

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach

210-321.00

8. September 1987<sup>1</sup>

Über Herrn Dg21<sup>2</sup>/D2<sup>3</sup>, Herrn Staatssekretär<sup>4</sup> Herrn Bundesminister

Betr.: Die Ära Honecker;

hier: Personelle Situation der SED-Führung im September 1987

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Der Besuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik Deutschland (7. bis 11.9.1987<sup>5</sup>) stellt aus DDR-Sicht die Krönung ihrer seit langem beharrlich verfolgten Politik dar, im Westen nicht nur formal anerkannt, sondern als gleichberechtigter Partner respektiert zu werden. Mit dem Besuch im anderen deutschen Staat, der nach zwei gescheiterten Ansätzen (1983, Herbst 1984<sup>6</sup>) auch zu einem persönlichen Prestigeanliegen des nunmehr 75-jährigen Generalsekretärs Honecker geworden ist, hat die DDR – verglichen mit anderen osteuropäischen Staaten – ihren „Nachholbedarf“ fast aufgeholt und den Makel der jahrzehntelangen politischen Isolierung weitgehend abgeschüttelt.

Die Position Honeckers ist derzeit innerhalb der SED, aber wohl auch im sozialistischen Lager insgesamt unangefochten. Honecker und sein Führungskollektiv garantieren gerade angesichts der tiefgreifenden Veränderungen, die sich in der Sowjetunion vollziehen, in der besonders exponiert gelegenen DDR Stabilität.

Andererseits ist aus reinen Altersgründen damit zu rechnen, daß die heute über 70-jährigen Politbüromitglieder einschließlich des Generalsekretärs äußersten-

<sup>26</sup> Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 10. April 1987 für ein Treffen der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten vgl. Dok. 217, Anm. 16.

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach und Legationsrat I. Klasse Geyer konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirigent Kastrup am 9. September 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 9. September 1987 vorgelegen.

<sup>4</sup> Jürgen Sudhoff.

<sup>5</sup> Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

<sup>6</sup> Zur Absage des für 1983 geplanten Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1983, I, Dok. 123.

Zur Absage des für 1984 geplanten Besuchs vgl. AAPD 1984, II, Dok. 232.

falls bis zum nächsten Parteitag (1991) im Amt bleiben werden. Da Veränderungen in wichtigen Führungspositionen in der Regel aber nicht auf dem Parteitag selbst stattfinden, ist eine Ablösung dieser Gruppe, zu der neben Honecker Ministerpräsident Stoph (72), Volkskammerpräsident Sindermann (71) sowie die Politbüromitglieder Hager (74) und Axen (71) gehören, schon vor dem nächsten Parteitag – etwa ab 1988 – wahrscheinlich.

Sollte der Reformdruck aus der Sowjetunion auf die DDR übergreifen, spricht vieles dafür, die Reformen mit einer neuen Mannschaft in Angriff zu nehmen. Für den Nachfolger Honeckers gibt es keinen eindeutigen Favoriten. Derzeit werden Krenz, Schabowski sowie Felfe die größeren Chancen für eine Schlüsselposition eingeräumt. Weitere Kandidaten könnten aber in der nächsten Zeit sichtbar werden.

2) Mit dem Namen Honeckers, der im Mai 1971 die Nachfolge Walter Ulbrichts im Amt des Generalsekretärs des ZK der SED antrat, ist eine in verschiedener Hinsicht recht erfolgreiche Entwicklungsphase der DDR verbunden. Dies gilt zum einen für den wirtschaftlichen Bereich, in dem die DDR innerhalb des eigenen Lagers eine Führungsposition erreichen konnte; zum anderen ist es Honecker gelungen, die internationale Verankerung der DDR Schritt für Schritt durchzusetzen und die politische Isolierung der DDR weitgehend zu überwinden.

Die DDR ist seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit westlichen Staaten (ab 1972/73 in der Folge der Ostverträge<sup>7</sup>, des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom September 1971<sup>8</sup> sowie des Grundlagenvertrages mit der DDR vom Dezember 1972<sup>9</sup>) um die Normalisierung der bilateralen Beziehungen zu ihnen bemüht. Bis 1983 war ihr dabei jedoch wenig Erfolg beschieden. Intensivere Kontakte entwickelten sich nur mit den skandinavischen Staaten und Österreich. Mit Ausnahme des französischen Außenministers, der die DDR 1979 offiziell besuchte<sup>10</sup>, waren dort nur die Außenminister kleinerer europäischer Staaten zu Gast. Der Durchbruch gelang der DDR erst 1984 mit den Besuchen von Regierungschefs aus NATO- und EG-Staaten (Kanada, Griechenland, Italien, Schweden, Österreich<sup>11</sup>) sowie der Honecker-Reise nach Finnland<sup>12</sup>. Der für

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der CSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

<sup>10</sup> Der französische Außenminister François-Poncet hielt sich am 23./24. Juli 1979 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 232, Anm. 16.

<sup>11</sup> Ministerpräsident Trudeau besuchte die DDR vom 30. Januar bis 1. Februar 1984, Ministerpräsident Palme am 29./30. Juni, Ministerpräsident Papandreu vom 4. bis 6. Juli, Ministerpräsident Craxi am 9./10. Juli und Bundeskanzler Sinowatz am 5./6. November 1984.

<sup>12</sup> Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 16. bis 19. Oktober 1984 in Finnland auf.

September 1984 vorgesehene Besuch Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland mußte auf sowjetischen Druck kurzfristig abgesagt werden. 1985 folgten mit dem offiziellen Besuch in Italien die erste Reise Honeckers in einen Mitgliedstaat der NATO und der Europäischen Gemeinschaft<sup>13</sup>, ferner der erste Besuch eines Regierungschefs einer der drei Statusmächte (Ministerpräsident Fabius, F) in der DDR und Berlin (Ost)<sup>14</sup> sowie, nach dem Besuch des finnischen Ministerpräsidenten Sorsa<sup>15</sup>, der erste – und bisher einzige – Staatsbesuch Honeckers in einem NATO- und EG-Staat, in Griechenland<sup>16</sup>. 1986 konnte die DDR ihre Westpolitik mit dem offiziellen Besuch Honeckers in Schweden<sup>17</sup> sowie dem Staatsbesuch des griechischen Präsidenten Sartzetakis und dem offiziellen Besuch des belgischen Ministerpräsidenten Martens<sup>18</sup> konsolidieren. Im laufenden Jahr 1987 besuchte der japanische Regierungschef Nakasone Berlin (Ost) und die DDR (Januar<sup>19</sup>); im Juni reiste GS Honecker zu einem offiziellen Besuch in die Niederlande<sup>20</sup>. Für den Herbst (Ende September/Anfang Oktober) sind ein Staatsbesuch des finnischen Präsidenten Koivisto sowie ein offizieller Besuch Honeckers in Belgien (Mitte Oktober) geplant.<sup>21</sup>

Die Westpolitik Honeckers war stets sowohl durch den Wunsch nach internationalem Prestigegewinn als auch das Interesse motiviert, die verstärkte internationale Präsenz in möglichst intensive wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Kontakte umzusetzen. Die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den westlichen Staaten sollte zum einen zur wirtschaftlichen Stabilisierung des Landes beitragen, zum anderen das politische und wirtschaftliche Gewicht der DDR innerhalb des eigenen Lagers stärken. Gerade an einer möglichst soliden Verankerung im sozialistischen Lager hatte die DDR wegen ihrer exponierten Lage an der Schnittstelle der beiden Bündnisse, der ständigen Berührung mit der kapitalistischen Welt und des fortbestehenden inneren Legitimationsdefizits ebenfalls stets ein primäres Interesse. So hat sich die DDR immer als Hauptprotagonist der wesentlichen Anliegen der sozialistischen Länder – insbesondere im Sicherheitsbereich – verstanden. Im wirtschaftlichen Bereich sieht sie sich heute als technologisch am weitesten entwickeltes Land im RGW durchaus als eine Art Motor der gemeinsamen Zusammenarbeit. Die in letzter Zeit zunehmend selbstbewußte und in ihrer Beharrlichkeit im Kreis der Bruderparteien mitunter als überheblich empfundene Art und Weise, wie Honecker – insbesondere als Reaktion auf die Gorbatschowschen Reformpläne –

<sup>13</sup> Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, stattete Italien am 23./24. April 1985 einen Besuch ab.

<sup>14</sup> Ministerpräsident Fabius besuchte die DDR am 10./11. Juni 1985.

<sup>15</sup> Vom 9. bis 11. September 1985 war Ministerpräsident Sorsa zu Gast in der DDR.

<sup>16</sup> Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte Griechenland vom 9. bis 11. Oktober 1985.

<sup>17</sup> Vom 25. bis 27. Juni 1986 stattete der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, Schweden einen Besuch ab.

<sup>18</sup> Ministerpräsident Martens war am 3./4. September 1986 zu Besuch in der DDR, Präsident Sartzetakis vom 15. bis 18. September 1986.

<sup>19</sup> Ministerpräsident Nakasone besuchte vom 10. bis 16. Januar 1987 Finnland, die DDR, Jugoslawien und Polen.

<sup>20</sup> Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, war vom 3. bis 5. Juni 1987 zu Gast in den Niederlanden.

<sup>21</sup> Präsident Koivisto hielt sich vom 29. September bis 1. Oktober 1987 in der DDR auf und der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vom 13. bis 15. Oktober 1987 in Belgien.

Haltung und Leistung der DDR den Partnern zur Nachahmung empfiehlt, hat insbesondere bei der Sowjetunion spürbare Irritationen ausgelöst, die durch Unterschiede, Charakter und Führungsstil von Gorbatschow und Honecker noch verstärkt wurden. Dies mag sich auch in zurückhaltenden Formulierungen des Glückwunschtelegramms der sowjetischen Führung zum 75. Geburtstag Honeckers am 25.8. d. J. niedergeschlagen haben.<sup>22</sup>

3) Mit dem Generationswechsel in der Führung der Sowjetunion und der Personalpolitik Gorbatschows sind Fragen eines Führungswechsels auch in der SED kein Tabu mehr. Druck aus Moskau in personalpolitischen Fragen ist bisher jedoch nicht erkennbar geworden. Für die Sowjetunion dürfte in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen im eigenen Lager Stabilität in den sozialistischen Bruderländern, zumal in der besonders exponiert gelegenen DDR, absolute Priorität haben. Sobald die sowjetische Reformpolitik in ruhigere Bahnen gekommen ist, dürfte sich allerdings auch aus Moskauer Sicht die Frage eines Führungswechsels in der DDR stellen. Alle Anzeichen sprechen derzeit dafür, daß der Führungswechsel noch nicht unmittelbar bevorsteht, aber ab 1988 näherrücken wird. Die dann bestehende Situation in Moskau kann sowohl hinsichtlich des Zeitpunktes als auch der Auswahl des Nachfolgers eine wichtige Rolle spielen.

Wer der Nachfolger Honeckers als Generalsekretär werden wird, ist derzeit noch völlig offen. Als Kandidaten werden insbesondere der ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen, Jugend- und Sportpolitik, Egon Krenz (50), der ZK-Sekretär für Landwirtschaft, Werner Felfe (59), sowie der in seiner Eigenschaft als Parteichef des Bezirks Berlin ebenfalls als Vollmitglied dem Politbüro angehörende Günter Schabowski (57) genannt.

Die Position von Krenz als die eines „Kronprinzen“ scheint dabei etwas an Boden verloren zu haben. Andererseits verfügt er als ehemaliger FDJ-Vorsitzender und jetziger ZK-Sekretär in einem der wichtigsten Bereiche (innere und äußere Sicherheit), Funktionen, die auch Erich Honecker im Zuge seiner politischen Laufbahn bekleidet hatte, über beträchtliche Erfahrungen in Spitzenpositionen.

Aber auch Felfe ist in verschiedenen hohen Parteipositionen erprobt und erfolgreich. Ihn kennt Gorbatschow aus seiner Zeit als ZK-Sekretär für Landwirtschaft gut.

Schabowski verfügt demgegenüber über keine Erfahrung in zentraler Parteifunktion. Er hat indessen – wie auch Krenz – die Parteschule der KPdSU in Mos-

<sup>22</sup> Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 25. August 1987: „1) Wie Vergleich zeigt, entspricht Behandlung des 75. Geburtstages Honeckers durch SU dem Rahmen seines 70. Geburtstages: Mit Erlaß des Obersten Sowjet wird ihm (ein weiterer) Lenin-Orden verliehen; ZK und Präsidium des Obersten Sowjet gratulieren ausführlich; Prawda veröffentlicht Erlaß und Telegramm auf Titelseite, mit Photo. 2) Während das Archiv-Photo in Prawda dasselbe ist wie 1982, sind ansonsten einige Abweichungen festzustellen: 1982 wurde H[onecker] zusätzlich zum Lenin-Orden noch mit dem Titel ‚Held der Sowjetunion‘ ausgezeichnet. Glückwunschtelegramm heute fällt weniger überschwänglich und herzlich aus als 1982. Dies mag z. T. auf der ‚neuen Sachlichkeit‘ der jetzigen Führung, im Gegensatz zum Breschnew-Barock, beruhen – auch ist das Telegramm institutionell-kollektiv in der Form und nicht persönlich. Immerhin hieß es 1982 noch, H. sei ein ‚konsequenter Marxist-Leninist und Internationalist‘ und dem Sowjetvolk als ‚inniger Freund‘ bekannt. Heute entfällt derartige ideologische ‚Bestätigung‘.“ Das Telegramm spiegle „eine gewisse Abkühlung im politischen und persönlichen Verhältnis der beiden Generalsekretäre“ wider, „die offenbar auch öffentlich sichtbar sein soll“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2746; Referat 213, Bd. 143557. Für den Wortlaut des Telegramms und des Erlasses vgl. den Artikel „Glückwünsche und Ehrungen aus aller Welt“; NEUES DEUTSCHLAND vom 25. August 1987, S. 1f.

kau besucht und spricht Russisch. Daß ein gelernter Journalist – Schabowski war Chefredakteur des „Neuen Deutschland“ – nach relativ kurzer Amtszeit in einem höheren Parteiamt zur Spitze aufsteigt, wäre ungewöhnlich, ist allerdings, zumal bei sowjetischer Förderung, auch nicht ausgeschlossen.

Für die anderen in absehbarer Zeit zu besetzenden Schlüsselpositionen (Stoph, Mittag, Hager und Axen) gibt es keine eindeutigen Kandidaten. Vermutlich wird sich eine neue Führung aus ihren Parteigängern im ZK-Apparat ergänzen. Jedenfalls ist damit zu rechnen, daß der Führungswechsel in der SED zu erheblichen Personalveränderungen führen wird. Dabei werden auch bisher noch wenig bekannte Funktionäre hervortreten.

Ob mit einem Abtreten Honeckers und seiner Altersgenossen ein politischer Richtungswechsel verbunden sein wird, ist ebenfalls offen. Entscheidend wird das von der Entwicklung in der Sowjetunion beeinflußt werden. In jedem Fall ist aber damit zu rechnen, daß die Nachfolger der älteren Führungsgeneration andere Akzente setzen werden. Damit könnte auch die Deutschlandpolitik ihren hohen Stellenwert verlieren, die sie unter Honecker in den letzten Jahren bekommen hat. Das Interesse an Stabilität im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland und an wirtschaftlicher und fachlicher Zusammenarbeit mit ihr dürfte sich aber ebensowenig ändern<sup>23</sup> wie die hohe Sensibilität, die diese Fragen für die DDR weiterhin haben werden.

Lambach<sup>24</sup>

**Referat 210, Bd. 139187**

<sup>23</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „hindern“.

<sup>24</sup> Paraphe.

### Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt

114-5339/87 geheim  
Fernschreiben Nr. 756  
Citissime

Aufgabe: 8. September 1987, 12.50 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 8. September 1987, 13.52 Uhr

Betr.: Geisel-Freilassung<sup>2</sup>

Bezug: DB 754 vom 8.9.1987 – Pol 530.36 geheim<sup>3</sup>

Bitte um Weisung zu 6)

Die Freilassung der Geisel Alfred Schmidt hatte einige Begleitumstände, die mir recht unerfreulich erschienen und deren Auswirkungen indirekt auch das Auswärtige Amt betreffen. Mir fiel folgendes auf:

1) Auf syrischer Seite war diese Freilassung ein Machtkampf zwischen dem in letzter Zeit sehr einflußreich gewordenen Außenminister Scharaa und dem Geheimdienstchef Ali Duba, der hier als einer der mächtigsten Männer gilt. (Er ist auch für jene Eigentümlichkeiten des syrischen Lebens in erster Linie verantwortlich, die dazu führen, daß man – und dies können auch Botschaftsangehörige – in der Nachbarschaft mancher Gebäude buchstäblich jene Laute hören kann, die in einem unsterblich gewordenen Satz des späteren AA-StS Paul Frank gegenüber einem deutschen Grafen<sup>4</sup> beschrieben wurden.) Scharaa hat diese Runde verloren.

<sup>1</sup> Hat Vortragender Legationsrätin Kaempffe am 8. September 1987 vorgelegen.

Hat Legationsrat Worbs am 25. September 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 195.

<sup>3</sup> Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, informierte: „1) Wie bekannt, hielt sich vom 3. bis 6.9.1987 VLRI Ueberschaer bei mir auf. Es gelang mir, ihn in der Residenz vor jedermann, auch der gesamten Botschaft, zu verbergen. Er erhielt eine Stunde nach Eintreffen auf meine Bitte einen Termin bei Außenminister Scharaa (21.00 Uhr), und dieser erläuterte ihm den Sachstand aus deutscher Sicht. Scharaa stellt[e] die Freilassung als unmittelbar bevorstehend in Aussicht. Dieses zerschlug sich. [...] 2) Am 6.9. abends bat mich AM Scharaa erneut zu sich und sagte, diesmal werde es wohl klappen. Er bat mich, die Nacht über bereit zu sein. Eine der beiden Geiseln werde ausgeliefert, welche, wisse er nicht.“ Er, Schlingensiepen, sei schließlich „mit unserem Mann aus München in einem Wagen des ‚Dienstes‘ zu dessen Gebäude gefahren“. Er habe Alfred Schmidt von dort in seine Residenz gebracht: „Er wirkte ruhig, gefaßt, sehr beherrscht, nüchtern und ohne Klage. Er lehnte Zeitungen, Schlaf etc. ab. Er wollte sprechen und hat dann meiner Frau vier Stunden lang alles über die Zeit seiner Gefangenschaft erzählt bis in die kleinsten Details, was ihm gut tat.“ Dann sei er, Schlingensiepen, mit Schmidt zum Flughafen gefahren: „Dort brach die von Geheimdienstchef Ali Duba alarmierte internationale Presse mit ihren Kameras über uns herein.“ Vgl. VS-Bd. 14152 (010); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>4</sup> In der Presse wurde im November 1965 zum Ausscheiden des Legationsrats Graf Huyn aus dem Auswärtigen Dienst berichtet: „Am 21. Oktober – einen Tag bevor Bundeskanzler Erhard seine Kabinettsliste dem Bundespräsidenten vorlegte – nahm Graf Huyn an einer Besprechung im Auswärtigen Amt teil, die von seinem Unterabteilungsleiter, Ministerialdirigent Frank, angesetzt worden war. Dirigent Frank war dem Grafen Huyn schon häufiger durch gewagte Formulierungen aufgefallen. Ein Beamter, so hatte Frank einmal zu ihm gesagt, müsse so lange auf seinem Posten ausharren, bis seine Vorgesetzten von ihm verbrecherische Taten verlangten und bis die Schreie der Gefolterten aus dem Keller drängen.“ Vgl. den Artikel „Schreie aus dem Keller“; DER SPIEGEL, Nr. 47 vom 17. November 1965, S. 43 f. Vgl. dazu auch den Artikel „Warum Graf Huyn ausschied“; RHEINISCHER MERKUR vom 19. November 1965, S. 1. Vgl. dazu ferner AAPD 1965, III, Dok. 421.

2) Die Vorbereitung der Geiselfreierung ist die ganze Zeit – wie ich erst allmählich herausbekam – zweigleisig gelaufen, nämlich zwischen mir und Scharaa und zwischen einem Hintermann Ali Dubas und meinem Mann aus München<sup>5</sup>. Dieser wurde vom syrischen Geheimdienst sehr schwer vermahnt, mir nichts zu sagen und hat dieses erst verhältnismäßig spät einmal durchbrochen. Ich habe ihn seit Eintreffen Ueberschaers und auch schon vorher ebenfalls nicht unterrichtet und ihm lediglich bei dem einen Mal gesagt, daß ich seine Informationen schon kannte.

3) Als Scharaa mir die Zustimmung zur Abholung Schmidts gab und als ich vorher einmal Ali Duba nannte, fiel mir bereits eine starke Verstimmung bei ihm auf. Wenig später sagte mir der Protokollchef, daß vom Außenministerium niemand am Flughafen erscheinen werde, auch er sei vom Minister nicht ermächtigt. Nachher wurde wenigstens noch der stellvertretende Protokollchef entsandt, da ich Verwunderung erkennen ließ. Scharaa hatte ursprünglich auf einen großen Bahnhof bzw. Flugplatz gerechnet und dabei, wie berichtet, sogar auf das Erscheinen seines deutschen Kollegen gehofft. Der jetzige Verlauf muß ihn sehr enttäuscht haben. Ich habe ihm weisungsgemäß den Dank des Ministers ausgesprochen und dabei möglichst deutlich gezeigt, daß das Außenministerium die Adresse ist, der wir dankbar sind. Ich werde dies gleich bei Überreichung der soeben eingetroffenen Dankesschreiben noch einmal tun.<sup>6</sup>

4) Ich hatte in den letzten Tagen nicht nur gegenüber Ali Duba das Gefühl, daß Außenministerien, wenn nicht übergangen, so doch mehr eingeschränkt werden können, als ihre Verdienste bei derartigen Unternehmen rechtfertigen. Im vorliegenden Fall könnte eine syrische Verstimmung zurückbleiben. Geiselfreilassungen sind nicht zuletzt Außenpolitik, und sie sollten es bleiben. Wir müssen den syrischen Kollegen dabei helfen. Ich rege daher nochmals an, bei einer Befreiung von Cordes zu prüfen, ob nicht Herr BM ihn hier in Empfang nimmt. Er ist, abgesehen von Bundeskanzler und Bundespräsident – und vom bayerischen Ministerpräsidenten<sup>7</sup> –, der einzige Politiker, der hier weithin bekannt ist – für die politische Kaste ist er der erste –, und für Hafiz al-Assad gehört er in die vorerste Reihe seiner internationalen Gesprächspartner. Herr BM würde also hier, falls Assad da sein sollte, vermutlich ausführliche Gespräche mit ihm führen können. Ich beziehe mich bei diesen Mitteilungen auf einen seiner engsten Mitarbeiter, der gelegentlich meine Anliegen an ihn direkt herangetragen hat.

5) Ich habe, da ich Weisung hatte, meine Beteiligung möglichst sichtbar zu machen, die Gelegenheit benutzt, als der mir seriös erscheinende freie Schrift-

<sup>5</sup> Klaus Blome.

<sup>6</sup> Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, teilte am 9. September 1987 mit: „1) Ich konnte die beiden Schreiben des Herrn Bundesministers an Präsident Assad und Außenminister Scharaa letzterem erst heute (9. September) mittags übergeben. Gestern war Scharaa den ganzen Tag mit US-Botschafter Eagleton beschäftigt [...]. 2) Ich habe AM Scharaa die Botschaft der Bundesregierung in Englisch vorgelesen und sie ihm mit einer arabischen Übersetzung übergeben. Ergänzend habe ich ihm den psychischen und physischen Zustand von Rudolf Cordes ausführlich geschildert, so wie ich ihn von Alfred Schmidt erzählt bekommen habe. Der Außenminister war offensichtlich beeindruckt. Er sagte mir, seine Regierung werde weiter das Äußerste tun, um eine sichere Freilassung von Cordes zu erreichen [...]. 3) Ich habe abschließend noch einmal gesagt, daß wir dem syrischen Außenministerium und seinem Leiter besonders dankbar sind, was ihn sichtlich freute.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 764; VS-Bd. 13617 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>7</sup> Franz Josef Strauß.



steller und freie Mitarbeiter der Quick, Wilhelm Dietl, an mich herantrat, diesem ein Treffen mit Alfred Schmidt ermöglicht mit der Maßgabe, dieses erst einige Tage später zu veröffentlichen, und zwar nicht, ehe er mit StS Sudhoff oder D3<sup>8</sup> gesprochen habe, außerdem, aber erst anschließend bei StS Neusel, worum dieser mich gebeten hat.<sup>9</sup> Bei diesem Gespräch habe ich darauf geachtet, daß nichts über die Art der Freilassung bekannt wurde und daß die Geiselnwächter gut wegkamen, was übrigens der Auffassung von Alfred Schmidt entsprach. Falls dieses Interview mit Bildern über Schmidts Aufenthalt in der Residenz in der nächsten Quick abgedruckt wird, entsteht für den Leser der zutreffende Eindruck, daß trotz allem der Schwerpunkt bei dem deutschen Auswärtigen Amt gelegen hat.<sup>10</sup>

6) Morgen (Mittwoch), 9.9., ist um 12.00 Uhr das Treffen der EG-Botschafter. Ich bitte um umgehende Weisung, wie ich unterrichten soll.<sup>11</sup> Auch US-Botschaft wird sich an uns wenden. Sie war im vorliegenden Fall mit Informationen sehr kooperativ.<sup>12</sup>

[gez.] Schlingensiepen

VS-Bd. 13617 (310)

<sup>8</sup> Reinhard Schlagintweit.

<sup>9</sup> So in der Vorlage.

<sup>10</sup> Vgl. den Artikel „Ich war Geisel in Beirut“; QUICK, Nr. 39 vom 16. September 1987, S. 9–11 und S. 116f.

<sup>11</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter teilte der Botschaft in Damaskus am 8. September 1987 mit: „Bei Botschafter-EPZ-Treffen sollten Sie auf strikte Weisung der Zentrale verweisen, im Interesse der Freilassung von Rudolf Cordes keine Einzelheiten über die Befreiung von Alfred Schmidt bekanntgeben zu dürfen. Ausschließlich zu Ihrer Unterrichtung: Partner, die ebenfalls eigene Staatsangehörige als Geiseln im Libanon haben, werden auf Wunsch in Bonn unterrichtet. Dabei werden wir erklären, daß keine Abmachung über das Schicksal der Brüder Hamadi mit den Geiselnemern getroffen wurde.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 142; VS-Bd. 13617 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>12</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, vermerkte am 14. September 1987, Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, habe am 11. September 1987 ein Gespräch mit dem amerikanischen Gesandten Dobbins geführt. Schäuble habe „Agenturmeldungen, wonach Schmidt aufgrund eines ‚deal‘ freigelassen worden sei“, als unzutreffend bezeichnet: „Die Bundesregierung habe weder mit den Entführern gesprochen, noch einen deal gemacht, noch werde sie künftig einen deal machen.“ Auf die Frage von Dobbins, „ob die Firmen irgend etwas bezahlt haben“, habe Schäuble geantwortet, „es sei nicht auszuschließen, daß die Firmen mit Geld operiert haben“. Vgl. VS-Bd. 11283 (220); B 150, Aktenkopien 1987.



## 250

**Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**

114-5366/87 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1171  
Citissime

Aufgabe: 9. September 1987, 18.25 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 9. September 1987, 18.49 Uhr

Betr.: Nachfolge GS Lord Carrington

Zur Unterrichtung

1) Doyen StV, türkischer Botschafter Olcay, berief Kollegen in Sache am 9.9. spätvormittags kurzfristig in seine Botschaft ein, nicht zuletzt, um gegenüber Presse, die ihn bedränge, in allgemeiner Weise argumentieren zu können, man stehe in vertraulicher Konsultation. Äußerungen erfolgten weitgehend auf persönlicher Grundlage.

2) Olcay machte zu Beginn des von ihm sehr geschickt geleiteten, etwa einstündigen Treffens klar, er wolle heute vor allem, wenn immer möglich, Klarheit darüber gewinnen, ob mit weiteren Kandidaten zu rechnen sei. Weiter liege ihm daran, gewisse allgemeine – nicht kandidatenbezogene – Fragen im Zusammenhang mit der Nachfolge anzusprechen, für die es ja keine schriftlichen Regeln gebe.

Er betonte, daß Diskretion besonders wichtig sei. Vor allem sollten nicht erneut Ankündigungen in der Öffentlichkeit gemacht werden (wobei man gegen gewisse Indiskretionen natürlich nicht gefeit sei). Dieser Hinweis war offensichtlich in erster Linie an norwegische Adresse gerichtet.

(Olcay hatte mir gestern vertraulich gesagt, Geschäftsträger NWG habe ihm am 10.8. Kandidatur Willoch angekündigt, worauf er, Olcay, diesen sogleich dringend darum ersucht habe, zur Vermeidung von Prestigeproblemen Kandidatur nicht etwa zu veröffentlichen, was auch in Vergangenheit nicht üblich gewesen sei. Dies sei dann jedoch vier Tage später gleichwohl – aus welchen Motiven auch immer – geschehen. Auch bei den anderen StV hat dies erhebliche Verstimmung ausgelöst. Dagegen hat man offenbar Verständnis dafür, daß wir Kandidatur BM Dr. Wörner unter diesen Umständen ebenfalls öffentlich ankündigen mußten.)

Man solle sich bei Bedarf wieder treffen und auch, wenn sich Einigung auf einen Kandidaten fest abzeichne, den anderen zum Rückzug bewegen („when picture clear, to ask him to ponder“). Formelle Entscheidung solle von AM-Rat 10./11.12. gefällt werden.<sup>2</sup>

3) Hinsichtlich weiterer Kandidaturen meinten F<sup>3</sup> und I<sup>4</sup>, sie könnten dies für ihre Länder verneinen. Auf Frage Vorsitzenden, ob er Schweigen der übrigen

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Jansen am 10. September 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Ferner verfügte Jansen die Weiterleitung von Ablichtungen an Staatssekretär Sudhoff, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Ministerialdirigent von Ploetz und Referat 201. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Erl[edig]t.“  
Hat Genscher am 10. September 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. Dok. 369.

<sup>3</sup> Gabriel Robin.

<sup>4</sup> Francesco Paolo Fulci.

dahin auslegen könne, daß mit neuen Bewerbern nicht zu rechnen sei, erhob sich kein Widerspruch. Lediglich Botschafter B<sup>5</sup> meinte, er habe keine Weisung.

4) Olcay schnitt dann Frage Dauer Amtszeit neuen GS an. Nach den mißlichen Erfahrungen mit Luns (13 Jahre) habe man Carrington 1984 – einstimmig – nahegelegt, von sich aus vier Jahre (mit Verlängerungsmöglichkeit weiteren Jahres) anzuregen, wobei sich keine Schwierigkeiten ergeben hätten. Er glaube, daß nach Nominierung auch künftig so verfahren werden solle.

F stimmte zu, machte jedoch geltend, Sache müsse noch vor Einigung auf Person GS entschieden werden. Dem wurde weit überwiegend zugestimmt. (Ich selbst habe mich, ebenso wie mein norwegischer Kollege<sup>6</sup>, während ganzen Treffens nicht zu Wort gemeldet.) Man argumentierte, Lage sei heute insoweit viel günstiger als bei Kürung Carringtons, da es nun mehr Präzedenz gebe, das – nicht zuletzt auch aus Rücksicht auf jetzigen GS – eingehalten werden solle. Nur L<sup>7</sup> widersprach – auf persönlicher Basis – mit dem Hinweis, Rat müsse sich hier erforderliche Flexibilität erhalten. GB<sup>8</sup> bemerkte darauf unwidersprochen, Rat sei stets in der Lage, einmal gefällte Entscheidungen erforderlichenfalls zu revidieren, d.h. Mandat unter bestimmten Umständen zu verlängern. (Er interpretierte dies mir gegenüber anschließend allerdings so, daß es sich dann wieder um einen Zeitraum von vier plus einem Jahr handeln müsse.)

F schlug zum Schluß vor, Olcay möge ein „Non-paper“ mit den Präzedenzen zu dieser Frage im Zusammenhang mit Wahl Carringtons zirkulieren, so daß sich hier ein rechtzeitiger Konsens ergeben könne.

5) Olcay wies darauf hin, daß sich später gewisse finanzielle Fragen stellen würden (u.a. Aufwandsentschädigung, „Pension“), die zwar weitgehend unstrittig seien, bei Luns („Versorgungsgeld“) jedoch einige Schwierigkeiten bereitet hätten. Auf Anregung KAN<sup>9</sup>, auch dies im vorhinein zu regeln, meinte er, das würde „unelegant“ sein, wogegen sich keine Einwände erhoben.

6) Olcay hatte mich gestern auf mögliches Problem Kumulierung Besetzung Posten GS und einer der fünf Beigeordneten GS (BGS) durch Angehörige gleichen Landes angesprochen, was besonders bei BGS für politische Angelegenheiten<sup>10</sup> relevant sei. Ich habe unter Hinweis auf Präzedenzen (vor allem Beibehalt britischen BGS für Verteidigungsplanung<sup>11</sup> in Amtszeit Carringtons, während der dieser sogar erneut Briten<sup>12</sup> ernannt habe) widersprochen. Ich bat darum, Punkt nicht etwa von sich aus zur Erörterung zu stellen, was bei heutiger Sitzung dann auch nicht geschah.

Frage gleichzeitiger Besetzung Postens GS und Vorsitzender Militärausschuß (General Altenburg) durch Deutschen schnitt Olcay bei mir nicht an, wohl jedoch mein italienischer Kollege, der behauptete, dies erschiene manchen nicht ganz

<sup>5</sup> Juan Cassiers.

<sup>6</sup> Eivinn Berg.

<sup>7</sup> Guy de Muyser.

<sup>8</sup> Michael Alexander.

<sup>9</sup> Gordon Scott Smith.

<sup>10</sup> Henning Wegener.

<sup>11</sup> Beigeordneter Generalsekretär der NATO für Verteidigungsplanung war James Moray Stewart.

<sup>12</sup> Michael Bell.

unproblematisch. Ich habe den Punkt nachdrücklich mit Hinweis heruntergespielt, daß Altenburg ohnehin am 30.9.1989 ausscheiden werde und daß es auch hier Präzedenzfälle gebe (z. B. Luns–de Jager während fast einem Jahr – 1.7.1983 bis 25.6.1984).

7) Nach Sitzung sagte mir italienischer Botschafter, er habe Entscheidung Roms, BM Wörner zu unterstützen, Kollegen bilateral mitgeteilt, und er meine, dies werde „bandwagon effect“ auslösen. NWG sei sehr betroffen gewesen. NL<sup>13</sup> und B hätten angedeutet, daß man deutsche Kandidatur letztlich unterstützen werde (B unter ausdrücklicher Voraussetzung, daß nicht gleichzeitig ein Deutscher Präsident EG-Kommission werde). TUR und P<sup>14</sup> hätten ihm gesagt, Entscheidung zugunsten Wörners sei seitens ihrer Regierungen bereits gefallen.

8) Doyen hatte mir dies für TUR schon vorher mitgeteilt und seine feste Überzeugung geäußert, daß BM Wörner sich durchsetzen werde. P tat dies heute im Anschluß an Treffen (allerdings auf persönlicher Basis, wobei Kandidatur von Sá Machado für UNESCO-Präsidentschaft<sup>15</sup> erwähnt wurde). Auch Botschafter GB, NL und F haben mir (als persönliche Meinung) gesagt, sie sähen keine Probleme, doch gelte es, Willoch in geeigneter Weise zu „schonen“. Kanadischer Kollege wollte sich nicht festlegen, hat für unsere Argumentation jedoch volles Verständnis. Das gleiche gilt für Botschafter US<sup>16</sup>, wobei eine gewisse Enttäuschung darüber zu verspüren war, daß wir – angeblich – Weißes Haus nicht im vorhinein eingeschaltet hätten. Botschafter E<sup>17</sup>, GR<sup>18</sup>, ISL<sup>19</sup> und L sind zur Zeit nicht erreichbar.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 14157 (010)

<sup>13</sup> Jaap de Hoop Scheffer.

<sup>14</sup> António Vaz Pereira.

<sup>15</sup> Zur bevorstehenden Neuwahl des Generaldirektors der UNESCO vgl. Dok. 237.

<sup>16</sup> Alton G. Keel.

<sup>17</sup> Jaime de Ojeda.

<sup>18</sup> Christos Zacharakis.

<sup>19</sup> Einar Benediktsson.

## 251

**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ahrens****342-322.00 KAB****10. September 1987**Über Dg34<sup>1</sup>, D3<sup>2</sup>, Herrn Staatssekretär<sup>3</sup> Herrn Bundesminister<sup>4</sup>

Betr.: Kambodscha

Zweck: 1) Zur Information vor Ihrem Gespräch mit dem singapurischen Außenminister am 11.9.87<sup>5</sup>2) Zur Billigung der operativen Überlegungen in Ziffer V<sup>6</sup> der Langfassung (Ziffer 4 der Kurzfassung)**Kurzfassung**

1) Trotz teilweise hektischer diplomatischer Betriebsamkeit zeichnet sich auch 1987 keine Verhandlungslösung für den Kambodscha-Konflikt ab.<sup>7</sup> Die jüngsten Initiativen – eine „Cocktailparty“ in Jakarta, ein Treffen Sihanouks mit dem Phnom Penher MP Hun Sen<sup>8</sup> – scheinen an den verschiedenen Vorbedingungen der Parteien zu scheitern. Unterdessen wird das kambodschanische Territorium von dem Phnom Penher Regime mit Hilfe von 140 000 vietnamesischen Soldaten, unter Störungen durch die Guerilla, schlecht und recht regiert. Die von Hanoi auch jetzt wiederholte Ankündigung, seine Soldaten bis 1990 abziehen zu wollen, ist wenig glaubhaft, da das Heng-Samrin-Regime dann militärisch den Roten Khmer unterliegen würde, ein für Hanoi unannehmbares Ergebnis.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Keil am 10. September 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 10. September 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 10. September 1987 vorgelegen.

<sup>4</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 11. September 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat BM vorgelegen.“ Ferner verfügte er den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 342.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach am 11. September 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ahrens am 14. September 1987 erneut vorgelegen, der den Umlauf in Referat 342 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Bitte verteilen (bitte [Ablichtung] von diesem Exemplar).“

Hat Vortragendem Legationsrat Dane am 14. September 1987 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Sausen am 15. September 1987 vorgelegen.

<sup>5</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister von Singapur, Dhanabalan, vgl. Dok. 252.

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „IV“.

<sup>7</sup> Zum Kambodscha-Konflikt vgl. Dok. 148, besonders Anm. 10 und 12.

<sup>8</sup> Botschafter Rückriegel, Bangkok, informierte am 24. August 1987, der frühere König und Staatsschef Sihanouk habe zwei Bedingungen für ein Treffen mit Ministerpräsident Hun Sen formuliert: „Der Demandeur muß Hun Sen oder Phnom Penh, nicht Hanoi oder Vientiane sein. Zweitens muß Hun Sen ihn, Sihanouk, aufsuchen, d. h. die Begegnung darf nicht an einem dritten Ort stattfinden. Keiner von ihnen beiden werde dabei in offizieller Funktion auftreten, er werde vielmehr zu dem viel Jüngeren wie ein Vater zum Sohn sprechen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1305/1306; Referat 342, Bd. 137119.

Sihanouk und Hun Sen trafen vom 2. bis 4. Dezember 1987 in Fère-en-Tardenois bei Reims zu Gesprächen zusammen.

2) Es scheint, daß die Bereitschaft Hanois, sich unter dem Eindruck

- eigener katastrophaler Wirtschaftsentwicklung,
- immer enger werdender thai-chinesischer Zusammenarbeit,
- möglicherweise auch sanfter sowjetischer Ermahnungen,

vielleicht doch noch zu vergleichen, bisher nicht genügend getestet wird. Während Sihanouk und Indonesien drängen, eben dies zu tun, verhalten sich China und Thailand, die beide mit einer Lösung keine Eile zu haben scheinen, äußerst zurückhaltend. Thailand hat erneut auch seine ASEAN-Partner auf seine Haltung festlegen können. Dabei sind ihm Singapur gern, alle anderen, die China mehr als Vietnam fürchten, zögernd, Indonesien sogar unter hörbarem Grollen, gefolgt.

3) Überlegungen, wie eine Kambodscha-Lösung heute aussehen könnte, haben wohl von drei unangenehmen Wahrheiten auszugehen:

- Wenn die Vietnamesen sofort und vollständig abziehen, wie dies von ihnen gefordert wird, rückt Pol Pot nach, sofern nicht für dessen Entwaffnung gesorgt wird, eine Forderung, der die Roten Khmer sich mit Pekings Unterstützung widersetzen.<sup>9</sup>
- Ein in unserem Sinne demokratisches Kambodscha dürfte eine Illusion sein, da die fünf einflußreichsten Kontrahenten China, Vietnam, die SU, die Roten Khmer und das Heng-Samrin-Regime mit Demokratie wenig im Sinn haben.
- Vietnam wird, aus teilweise berechtigtem Sicherheitsinteresse, unter gar keinen Umständen eine von ihm als feindlich empfundene Macht (China) in Phnom Penh dulden, also insoweit Einfluß auf die Außenpolitik des künftigen Kambodscha nehmen wollen. Das Stichwort „Finnland“ drängt sich auf.

Es scheint, daß die aus diesen Überlegungen folgende Vorstellung von einem gemäßigt kommunistischen, außenpolitisch durch Vietnam „finnlandisierten“ Kambodscha für viele Länder der Region wie Indonesien akzeptabel wäre, nicht aber für Thailand oder China. Für Kambodscha mag dieser Ausweg in der Tat der einzige zur Rettung der nationalen Substanz vor vietnamesischer Überfremdung sein.

4) Die deutsche Politik wird, von der Völkerrechtswidrigkeit des ursprünglichen vietnamesischen Einmarsches<sup>10</sup> ausgehend, fortfahren, die gemeinsame Kambodschapolitik der ASEAN-Staaten – eine solche wird es auch weiterhin geben – zu unterstützen. Sie wird sich dabei freilich von den Roten Khmer distanzieren. Auch dürfte es sich empfehlen, die Überlegungen in Ziffer 3 dieser Kurzfassung bei geeigneter Gelegenheit mit den Partnern zu erörtern. ASEAN und auch die VR China sind für uns politisch und wirtschaftlich ohne Zweifel weit wichtiger als das der Sowjetunion verbundene Vietnam. Dennoch sollte auch Vietnam, zweitgrößtes Land Südostasiens und potentiell reich, durch Gespräche und vorsichtige bilaterale Kontakte in unsere Südostasienpolitik einbezogen

<sup>9</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

<sup>10</sup> Nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha am 25. Dezember 1978 wurde am 8. Januar 1979 eine pro-vietnamesische Regierung unter dem Vorsitz von Heng Samrin gebildet und am 11. Januar 1979 die „Volksrepublik Kampuchea“ ausgerufen.

sein.<sup>11</sup> Von den kambodschanischen Fraktionen scheint nur noch die Integrationsfigur Sihanouk unterstützungswürdiges politisches Gewicht zu besitzen.

Ahrens

### Langfassung

Eine Lösung des Kambodscha-Konflikts zeichnet sich auch 1987 trotz erheblich gesteigerter diplomatischer Aktivitäten nicht ab. Bisher ist aber nicht ausgelotet, ob in Hanoi sichtbar werdende neue Ansätze weiterführen könnten, da insbesondere China und Thailand sehr zurückhaltend reagieren.

### I. Hintergrund

Alljährlich vor der VN-Generalversammlung kommt es zu einer gesteigerten Betriebsamkeit um Kambodscha. Zu nennen sind für dieses Jahr u. a.

- AM Schewardnadse in Thailand, Indonesien und Indochina (März)<sup>12</sup>,
- AM Siddhi in der Sowjetunion und in Osteuropa (Mai)<sup>13</sup>,
- die ASEAN-Außenminister in Singapur (Juni)<sup>14</sup>,
- AM Mochtar bei Sihanouk in Pjöngjang<sup>15</sup> und in Vietnam (Juli)<sup>16</sup>,
- die VAM Vietnams, der VR Kambodscha und Laos' in Phnom Penh (August),
- die ASEAN-Außenminister in Bangkok (August)<sup>17</sup>,
- Außenminister Siddhi bei Sihanouk in Pjöngjang und in Peking (August/September)<sup>18</sup>,

<sup>11</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

<sup>12</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte Thailand am 2. März 1987, Australien vom 3. bis 5. März, Indonesien vom 5. bis 8. März, Laos vom 8. bis 10. März, Kambodscha am 10./11. März und Vietnam vom 11. bis 13. März 1987.

<sup>13</sup> Der thailändische Außenminister Siddhi Savetsila hielt sich vom 10. bis 14. Mai 1987 in der UdSSR auf, vom 14. bis 17. Mai in Polen, vom 17. bis 20. Mai in der DDR und vom 20. bis 22. Mai 1987 in der CSSR.

<sup>14</sup> Die Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten kamen am 15./16. Juni 1987 zu einer Konferenz in Singapur zusammen. Vom 18. bis 20. Juni 1987 trafen sie in Singapur mit Vertretern der EG-Mitgliedstaaten, Australiens, Japans, Kanadas, Neuseelands und der USA zusammen.

<sup>15</sup> Der indonesische Außenminister Kusumaatmadja traf am 6. Juli 1987 in Pjöngjang zu einem Gespräch mit dem früheren König und Staatschef Sihanouk zusammen. Botschafter Rückriegel, Bangkok, berichtete am 24. August 1987, die Botschaft sei im Besitz „des von Sihanouk selbst verfaßten handschriftlichen Resümees des Gesprächs, das über weite Strecken einem Monolog des Chefs des kambodschanischen Widerstands gleichkommt. Sihanouk glaubt sein Volk vom Untergang bedroht, wenn Konflikt nicht baldiger Lösung zugeführt wird. Er sieht China, aber auch die freundlich gesinnten Staaten („Sponsoren“, sprich vor allem: ASEAN) nur ihre eigenen Interessen und Ziele verfolgen, und er ist, zehn Tage vor der nach Bangkok ad hoc einberufenen Außenministerkonferenz der ASEAN (16.8.), sicher, daß die Khmer Rouge und China die zwischen Mochtar und Vietnam ins Auge gefaßte informelle Begegnung der Widerstandskoalition mit dem Regime in Phnom Penh („Cocktailparty“) ablehnen werden. Mit kaum zu überbietender Schärfe äußert er sich gegen eigenen K[hmer]R[ouge]-Koalitionspartner Khieu Samphan, der kein Vertrauen verdiene.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1305/1306; Referat 342, Bd. 137119.

<sup>16</sup> Der indonesische Außenminister Kusumaatmadja besuchte Vietnam vom 27. bis 29. Juli 1987.

<sup>17</sup> Die Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten kamen am 16. August 1987 zu einer außerordentlichen Sitzung in Bangkok zusammen.

<sup>18</sup> Der thailändische Außenminister Siddhi Savetsila hielt sich vom 18. bis 21. August und erneut am 24./25. August 1987 in der Volksrepublik China auf. Zwischenzeitlich besuchte er die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea). Botschaftsrat I. Klasse Fröwis, Bangkok, berichtete am 4. September 1987, er sei am Vortag im thailändischen Außenministerium über die Besuche informiert worden:

- die Führer der Widerstandskoalition, Sihanouk, Son Sann und Khieu Samphan, in Peking (September)<sup>19</sup>.

## II. Die Lage vor Ort

Gestützt auf etwa 140 000 vietnamesische Soldaten kontrolliert das Heng-Samrin-Regime in Phnom Penh heute das Territorium Kambodschas. Es wird dabei von den Roten Khmer empfindlich, von den Kämpfern Sihanouks und Son Sanns eher marginal gestört. „Befreite Gebiete“ gibt es nicht. Das Leben in Kambodscha hat sich schlecht und recht normalisiert, das kommunistische Regime operiert vorsichtig, die Versorgung ist besser als in Vietnam, jetzt aber durch Dürre gefährdet, da Getreidevorräte fehlen.

An der Grenze zu Thailand kämpfen Vietnamesen und Thais sporadisch um einzelne Höhen, deren territoriale Zugehörigkeit unter den Kämpfenden streitig ist. Teilweise in Sichtweite vietnamesischer Stellungen kampieren auf thailändischem Gebiet etwa 270 000 Flüchtlinge, denen die Thais Zuflucht in Grenzfürne, Beschäftigung oder Ausbildung verweigern, und die schutzlos Plünderungen, Vergewaltigungen und Morden durch die eigenen Leute ausgesetzt sind. Da die Lager der Guerilla als Unterschlupf dienen, sind sie auch vietnamesischem Beschuß ausgesetzt, wenn auch selten. Die Zwölf werden in diesen Tagen wegen dieser schweren Mißstände bei der wenig kooperativen Bangkok-Regierung demarchieren.<sup>20</sup>

## III. Stand der Verhandlungsbemühungen

Nachdem in den Vorjahren formulierte Lösungsvorschläge von der jeweils anderen Seite verworfen worden waren, haben am 29. Juli 1987 der von ASEAN mit Sondierungen beauftragte indonesische Außenminister Mochtar und sein

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1264*

„Gespräche in Pjöngjang: Sihanouk erklärte sich mit dem Konzept einer Cocktailparty einverstanden, bezweifelte aber deren Zustandekommen. Mit dem Ergebnis der Gespräche Thach/Mochtar vom 29.7. seien die Chinesen und die Khmer Rouge nicht einverstanden, mit der ASEAN-Haltung vom 16.8. die Vietnamesen. Folglich habe die Cocktailparty keine Chance. Er, Sihanouk, glaube, daß ein Treffen mit Hun Sen im Hotel Holiday Inn bei Paris nützlich wäre. Hun Sen müsse ihn, Sihanouk, allerdings um eine Audienz bitten. [...] Er, Sihanouk, würde Hun Sen ausschimpfen wie ein ungezogenes Kind.“ Weiter informierte Fröwis: „Präsident Kim Il-sung habe Sihanouk aus persönlicher Sympathie in Pjöngjang einen Palast mit 40 Schlafzimmern und einen Privatjet zur Verfügung gestellt. Auch mit finanziellen Zuwendungen unterstütze er Sihanouk.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1383; Referat 342, Bd. 137119.

<sup>19</sup> Am 22. Juni 1982 wurde in Kuala Lumpur eine Exilregierung aus Vertretern von drei kambodschanischen Widerstandsgruppen gebildet, die von dem früheren König und Staatschef Sihanouk, dem ehemaligen Staatsoberhaupt Khieu Samphan als Vertreter der Roten Khmer und dem früheren Ministerpräsidenten Son Sann angeführt wurde.

Sihanouk, Khieu Samphan und Son Sann führten vom 30. August bis 1. September 1987 politische Gespräche in Peking, unter anderem mit Präsident Li Xiannian, dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Deng Xiaoping, und Ministerpräsident Zhao Ziyang.

<sup>20</sup> Zur „Lage in den Khmer-Grenzlagern“ notierte Legationsrat I. Klasse Sausen am 31. August 1987: „[U[nited]N[ations]B[order]R[elief]O[peration] sieht aufgrund bisheriger negativer Erfahrung mit Thailand nur noch die Möglichkeit, daß Geberländer bei der Thai-Regierung demarchieren, um auf verbesserte Kooperation hinzuwirken. Troika-Demarche in Bangkok wurde dementsprechend abgestimmt und soll noch vor dem UNBRO-Geberländer-Treffen in New York am 10.9.87 stattfinden. Demarche drückt Besorgnis der EG-Mitgliedstaaten über die sich verschlechternde Situation in den Grenzlagern aus und die Hoffnung, daß die Thai-Behörden in Zusammenarbeit mit UNBRO sich um eine Verbesserung bemühen. Eine positive Reaktion ist nach bisherigen Erfahrungen kaum zu erwarten, vielmehr die Klage, daß Thailand zu viele Lasten des Flüchtlingsproblems aufgebürdet würden, verbunden mit der Forderung an die westlichen Länder, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, um die Lage in den Lagern zu entschärfen.“ Vgl. Referat 342, Bd. 137322.



vietnamesischer Kollege Nguyen Co Thach in Ho-Chi-Minh-Stadt<sup>21</sup> „Einverständnis erzielt“, Indonesien solle eine „Cocktailparty“ veranstalten, auf der sich „die beiden Seiten von Kambodscha“ informell treffen könnten und zu der „Indonesien in einem späteren Stadium andere betroffene Länder wie Vietnam einladen“ werde. Die ASEAN-AM stellten wenig später klar, die „Cocktailparty“ komme nur dann in Frage, wenn sich Vietnam den vier kambodschanischen Parteien (Dreierkoalition und Heng-Samrin-Regime) „unverzüglich“ zugeselle und wenn die Diskussion auf Grundlage des Acht-Punkte-Vorschlags der Koalition von 1986<sup>22</sup> geführt werde. Die Vietnamesen greifen diese Interpretation ihrer „Vereinbarung“ mit Mochtar seitdem scharf an – uns gegenüber in einem Ministerbrief<sup>23</sup> und in zwei Demarchen ihres Botschafters<sup>24</sup> bei RL 342<sup>25</sup>, weil die unverzügliche Teilnahme Vietnams dieses zum Aggressor abstempelte in einem Krieg, der in Wahrheit ein Bürgerkrieg sei. AM Mochtar hat seine Sondierungen unterbrochen und macht aus seiner Verstimmung über die vor allem von Thailand und Singapur ausgegangene Desavouierung seiner Vereinbarung mit Vietnam wenig Hehl.

Unterdessen fühlt sich Sihanouk frei, aufgrund selbstverordneter einjähriger Beurlaubung von seinen Geschäften als Staatsoberhaupt der Koalition mit dem Heng-Samrin-Regime Kontakt aufzunehmen. Er wolle dessen MP Hun Sen wie ein Vater seinen ungehorsamen Sohn empfangen, sofern dieser zuvor um Audienz ersuche, worauf sich Hun Sen wohl kaum einlassen dürfte. Die Verhandlungsbemühungen dürften damit wieder in einer Sackgasse sein. Hanoi fährt fort, anzukündigen, es werde auch ohne Verhandlungslösung seine Truppen bis 1990 abgezogen haben. Zweifel sind angebracht, da das Heng-Samrin-Regime bis dahin wohl kaum allein mit den Roten Khmer fertig werden dürfte.

<sup>21</sup> Der indonesische Außenminister Kusumaatmadja besuchte Vietnam vom 27. bis 29. Juli 1987.

<sup>22</sup> Korrigiert aus: „1987“.

Ministerialdirektor Sudhoff vermerkte am 18. April 1986, die Koalitionsregierung des kambodschanischen Widerstands habe am 17. März 1986 einen Acht-Punkte-Vorschlag zur Lösung des Kambodscha-Konflikts veröffentlicht: „Der Vorschlag kommt Vietnam entgegen und ist bemüht, den Interessen aller Beteiligten gerecht zu werden: Verzicht auf vollständigen Truppenabzug vor Verhandlungen; statt dessen Truppenabzug in zwei Phasen und Verhandlungsbeginn über Bildung einer Vier-Parteien-Koalitionsregierung unter Einschluß des von Vietnam eingesetzten Heng Samrin. Wahlen unter VN-Aufsicht. Neutralisierung Kambodschas und Abschluß eines Nichtangriffspakts mit Vietnam. Der Acht-Punkte-Vorschlag stellt ein beachtliches Entgegenkommen der Widerstandskoalition dar. Er wurde von Vietnam bereits abgelehnt.“ Vgl. Referat 342, Bd. 137118.

<sup>23</sup> Botschafter Broudré-Gröger, Hanoi, übermittelte am 27. August 1987 ein Schreiben des vietnamesischen Außenministers Nguyen Co Thach vom 22. August 1987 an Bundesminister Genscher. Er informierte, das Schreiben verdeutliche die Sorge der vietnamesischen Regierung, die Vorschläge für eine Lösung des Kambodscha-Konflikts („Cocktailparty“) könnten bewußt blockiert werden: „Die mit Mochtar vereinbarten Bedingungen, die aus Sicht Hanois die eigene Kompromißbereitschaft unter Beweis gestellt haben, ließen keine weiteren Forderungen zu, insbesondere nicht den Rückfall auf den Acht-Punkte-Vorschlag. Hanoi begegnet auch den nachgeschobenen Auslegungen zum Ablauf der Cocktailparty mit Mißtrauen. Hanoi bleibe bei den vereinbarten zwei Phasen: zunächst ein Zusammentreffen der beiden kambodschanischen Lager, danach Einbezug anderer betroffener Länder inklusive Vietnam. Vietnam möchte auf keinen Fall in die Position geraten, mit den Koalitionsparteien bereits in einer ersten Phase zusammentreffen zu müssen. Beide Phasen stellten jedoch integrative Teile eines Gesamtablaufs dar.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 496; Referat 342, Bd. 137119.

<sup>24</sup> Cu Dinh Ba.

<sup>25</sup> Geert-Hinrich Ahrens.

#### IV. Die Interessen der Beteiligten

##### 1) Vietnam

Hanoi will in erster Linie Sicherheit vor Peking, dem es einen Drang nach Süden unterstellt, in zweiter Linie die Hegemonie über ganz Indochina. Beide Ziele hängen teilweise miteinander zusammen. Dagegen hat Hanoi sicherlich keine Ambitionen auf weitere Expansion etwa in Richtung Thailand. Hanoi wird keiner Lösung zustimmen, die Kambodscha in den Orbit Pekings zurückbrächte, und besteht vor allem deshalb auf der „Eliminierung“ der Peking verbundenen „Pol-Pot-Clique“. Die neue Führung in Hanoi<sup>26</sup> dürfte mit steigender Besorgnis drei Entwicklungen sehen: das allmähliche Erstarken Chinas, die immer enger werdende, gerade auch militärische Zusammenarbeit zwischen Peking und Bangkok und den Verfall der eigenen vietnamesischen Wirtschaft. Es muß daher an einer international akzeptierten Kambodscha-Lösung, die allein westliche (japanische!) Hilfe nach Vietnam brächte, größtes und dringendes Interesse haben. Es ist deshalb sicherlich an der Zeit, auszuloten, welchen Preis es für diese Lösung heute zahlen würde. Zu denken wäre etwa an einen Finnland-ähnlichen Status für Kambodscha.

Der von der Auslöschung bedrohten kambodschanischen Nation wäre mit einer eingeschränkten vietnamesischen Hegemonie, die vor allem vietnamesische Besiedlung des verhältnismäßig leeren Landes ausschliesse, vielleicht schon gedient.

##### 2) China

Peking baut langfristig das eigene Potential auf, um dann in Asien und der Welt die Rolle zu spielen, die seinem historischen Selbstverständnis und seiner Größe entspricht. Solange es schwach ist, wird es irreversible nachteilige Entwicklungen wie die Entstehung einer ehrgeizigen und starken Mittelmacht an seiner Südgrenze konsequent behindern. Nichts schwächt Vietnam so wie der fortdauernde Kambodscha-Konflikt, während Pekings Aufwendungen – militärischer Druck auf die vietnamesische Grenze, Versorgung der Roten Khmer, Kooperation mit Thailand – gering sind. Deng Xiaoping dürfte deshalb durchaus aufrichtig sein, wenn er meint, der indonesische AM sei zu hastig, unerfahren und gegen China eingenommen und Sihanouk mangle es an Geduld. Es gebe keinen Grund zur Eile.

##### 3) Indonesien

In Indonesien wird heute die säkulare Furcht ganz Südostasiens vor chinesischer Hegemonie am deutlichsten sichtbar. Jakarta unterhält bis heute keine diplomatischen Beziehungen zu Peking und wünscht ein starkes Vietnam als Sperrriegel gegen chinesische Südexpansion. Zugleich will es jedoch ASEAN als vor allem politisch nützlichen Zusammenschluß der nichtkommunistischen südostasiatischen Länder erhalten. Es hält sich daher mit öffentlichen Erklärungen zurück.

##### 4) Thailand

Die Thais bauen derzeit in überraschendem Ausmaß ihre Beziehungen zu China, das sie auf lange Sicht auch fürchten, aus, um Vietnam so schwach wie möglich

<sup>26</sup> Am 18. Juni 1987 wurde Vo Chi Cong zum neuen Präsidenten Vietnams gewählt und Pham Hung zum neuen Ministerpräsidenten.

zu halten. Sie sehen in Vietnam einen gefährlichen und aggressiven Rivalen. Diese Entwicklung hat sich die aggressive Politik Hanois sicherlich selbst zuzuschreiben. Im Gespräch mit Thais wird immer wieder deutlich, daß es ihnen mit einer Lösung in Kambodscha nicht eilig ist. Zwar sehen sie die vietnamesischen Truppen nicht gerade gern an ihrer Grenze. Größeren Nutzen ziehen sie aber aus der Isolation Hanois und aus der internationalen Hilfe für Kambodscha, von der ein großer Teil in ihre Taschen fließt. Von den anderen ASEAN-Staaten steht das chinesisch besiedelte Singapur der Thai-Haltung sehr nahe, während Malaysia, Brunei und die Philippinen tendenziell eher der indonesischen Position zuneigen.

#### 5) Sowjetunion

Der Kambodscha-Konflikt belastet die Sowjets mit etwa 3 Mio. Dollar pro Tag Vietnamhilfe und außenpolitischer Isolierung in dem gesamten südostasiatischen Raum außerhalb Indochinas. Weniger ins Gewicht fällt die Belastung des sowjetisch-chinesischen Verhältnisses, da Peking trotz fortbestehender „dreier Hindernisse“<sup>27</sup>, von denen eines Kambodscha ist, seine Beziehungen zu Moskau schon weitgehend verbessert hat. Moskau würde eine Kambodscha-Lösung daher sicherlich begrüßen, wird eine solche aber kaum gegen Hanoi durchsetzen, da es seine politische Glaubwürdigkeit und seine militärischen Fazilitäten in der Bucht von Cam Ranh<sup>28</sup> aufs Spiel setzen müßte.

#### 6) Die vier kambodschanischen Fraktionen

Die Roten Khmer haben seit 1979 wenig hinzugelernt und wollen trotz gegenteiliger Beteuerungen wieder an die Macht, ein Ergebnis, dem das kambodschanische Volk sogar fortdauernde vietnamesische Besetzung vorziehen würde. Die KPNLF (Khmer People's National Liberation Front) um den persönlich integren Son Sann ist weitgehend abgewirtschaftet. Die Heng-Samrin-Administration, in der es einige kambodschanische Patrioten geben mag, sieht sich als die an der Macht befindliche Regierung und will allenfalls ein nominelles Staatsoberhaupt Sihanouk akzeptieren, hat sich aber im Ernstfall nach ihrer Schutzmacht Vietnam zu richten.

Bei aller manchmal bizarren Aktivität ist die Integrationsfigur Sihanouk noch die größte Hoffnung für Kambodscha. Er hat als einziger der kambodschanischen Politiker heute noch Rückhalt im Volk und wird auch von Hanoi und Phnom Penh nicht abgelehnt. Er weiß, daß alle nichtkambodschanischen Beteiligten allein ihre eigenen Interessen verfolgen und daß die Idealvorstellung von einem blockfreien und demokratischen Kambodscha kaum noch durchzusetzen ist. Ihm darf wohl geglaubt werden, daß er in der Tat nur sein Land retten will.

### V. Deutsche Politik

1) Die militärische Besetzung Kambodschas durch Vietnam vor nunmehr fast neun Jahren ist und bleibt ein Völkerrechtsbruch, den wir aus grundsätzlichen Erwägungen nicht mit Schweigen übergehen können, auch wenn er zu dem Sturz eines bestialischen Regimes geführt hat. Die Bundesrepublik Deutschland sollte

<sup>27</sup> Zu den „drei Hindernissen“ in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen vgl. Dok. 209, Anm. 4.

<sup>28</sup> Zur Militärpräsenz der UdSSR in der Bucht von Cam Ranh vgl. Dok. 171, Anm. 13.

daher auch weiterhin die VN-Resolutionen der ASEAN miteinbringen, die den Abzug der Vietnamesen fordern.

2) Unsere Politik in Südostasien hat auch sicherlich im Auge zu behalten, wer uns politisch unterstützt und wo unsere wirtschaftlichen Interessen liegen. Die westlich orientierten ASEAN-Staaten, und unter diesen gerade auch Thailand, sind für uns weit wichtiger als das der Sowjetunion und der DDR verbundene Vietnam. Unsere enge Zusammenarbeit mit den sechs ASEAN-Staaten wie auch die EG-ASEAN-Kooperation<sup>29</sup> haben Vorrang und sollten konsequent ausgebaut werden. Zugleich werden wir auch die guten Beziehungen zu der VR China entschieden weiterentwickeln. Dennoch verdient auch Vietnam mit seinen 60 Millionen tüchtigen Menschen, seiner alten Kultur und seinen derzeit verschütteten wirtschaftlichen Möglichkeiten unsere Beachtung, damit nicht, wenn Kambodscha einmal geregelt ist, das Feld den schon jetzt aktiven Japanern ganz überlassen bleibt. Bis dahin hat aber die Solidarität mit ASEAN Vorrang.

3) Diese grundsätzliche deutsche Haltung verpflichtet uns jedoch nicht, mit Peking und Bangkok durch dick und dünn zu gehen. Dies gilt insbesondere für das Thema Rote Khmer. Wenn wir um unsere Unterstützung für Resolutionen gebeten werden, dann sollten wir mit der gleichen Konsequenz wie die Amerikaner Passagen, die als Unterstützung für die Roten Khmer gelesen werden könnten, herausstreichen. Menschenrechtsverletzungen sollten wir auch dann kritisieren, wenn sie von den Roten Khmer oder KPNLF-Guerilleros begangen werden, und wegen der Zustände in den Grenzlagern können wir durchaus auch die Thais ansprechen.

4) Unser unmittelbarer Einfluß auf Kambodscha ist gering. Wir können aber mittelbar einwirken

- gegenüber den Kambodschanern selbst dadurch, daß wir vor allem Sihanouk politisch unterstützen,
- gegenüber den ASEAN-Staaten dadurch, daß wir insbesondere Bangkok und Singapur ermutigen, die vietnamesischen Verhandlungspositionen doch wenigstens zu testen,
- gegenüber Vietnam dadurch, daß wir bei aller grundsätzlichen Festigkeit gesprächsbereit sind und in Grenzen die bilaterale Zusammenarbeit mit der Verheißung auf mehr nach einer Kambodscha-Lösung ausbauen.

Die Referate 341 und 213 haben im Konzept mitgezeichnet.

Ahrens

**Referat 342, Bd. 137119**

<sup>29</sup> Vgl. dazu zuletzt die sechste Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 21./22. Oktober 1986 in Jakarta; AAPD 1986, II, Dok. 311.

## 252

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister von Singapur, Dhanabalan

342-321.11 SIN VS-NfD

11. September 1987<sup>1</sup>

Über Herrn D3<sup>2</sup> Herrn Bundesminister mit der Bitte um Genehmigung Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem singapurischen Außenminister Dhanabalan am 11. September 1987 von 12.40 h bis 14.15 h im Auswärtigen Amt<sup>3</sup>

Anwesend auf deutscher Seite: Bundesminister, D3, RL 013<sup>4</sup>, RL 342<sup>5</sup>.

Auf singapurischer Seite: Außenminister, Botschafter Siddique und Vizedirektor des Außenministeriums, Jacky Foo Kong Seng.

*Bundesminister:* Wir sind besorgt wegen der Entwicklung auf den Philippinen.<sup>6</sup>

*Außenminister:* Die Philippinen sind noch unstabil. Sie werden sich nicht sehr viel verbessern, sondern sich durchwursteln. Es gibt aber niemand anderes als Präsidentin Aquino. Es sind keine anderen Gruppen oder Personen in Sicht. Die Präsidentin verdient alle Unterstützung, und es sollte versucht werden, ihr zu helfen.

Sie hat eine bedrückende Menge von Schwierigkeiten. Es handelt sich teilweise um tief verwurzelte Probleme. Die Armee ist demoralisiert und in sich gespalten, die Gesellschaft wird weiterhin von gewissen Familien beherrscht, die Korruption ist weit verbreitet, die Administration ist demoralisiert. Es wird viel Zeit brauchen, dies zu ändern. Dafür ist eigentlich eine starke Regierung notwendig,

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ahrens am 14. September 1987 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 17. September 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Chrobog verfügte und handschriftlich vermerkte: „Bitte checken.“

Hat Chrobog am 17. September 1987 vorgelegen.

Hat Ischinger am 18. September 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Jansen sowie die Vortragenden Legationsräte Elbe und Schumacher verfügte.

Hat Jansen am 18. September 1987 vorgelegen.

Hat Schumacher am 21. September 1987 vorgelegen.

Hat Elbe vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 15. September 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Der Außenminister von Singapur, Dhanabalan, besuchte die Bundesrepublik vom 10. bis 12. September 1987.

<sup>4</sup> Jürgen Chrobog.

<sup>5</sup> Geert-Hinrich Ahrens.

<sup>6</sup> Zur Lage auf den Philippinen vgl. Dok. 171, Anm. 54 und 55.

Referat 342 vermerkte am 2. September 1987: „Am 28.8.1987 hat es den fünften Putschversuch rebellierender Militärs gegen Präsidentin Aquino gegeben. Dies war der mit Abstand ernsthafteste und am besten vorbereitete Versuch, die Regierung Aquino zu stürzen. Der Aufstand konnte nur unter Einsatz starker militärischer Macht zerschlagen werden. Der Anführer, Oberst Gregorio Honasan, gehört zu dem engen Kreis um den früheren Verteidigungsminister Enrile, dessen gemeinsamer Übertritt mit Generalstabschef Ramos im Februar 1986 von Marcos zu Aquino erst den Erfolg von Frau Aquino gesichert hatte. Honasan ist die Flucht gelungen. [...] Zwei Tage vor dem Putschversuch vom 28.8.1987 hatte es zum ersten Mal einen von linken Kräften organisierten Massenstreik gegen die Regierung Aquino aus Anlaß der Erhöhung der Benzinpreise gegeben. Selbst die teilweise Rücknahme der Preiserhöhung konnte den Streik nicht mehr aufhalten.“ Vgl. Referat 342, Bd. 137238.

aber nach der Marcos-Erfahrung hat das Volk lieber eine schwache Regierung. Nicht viel wird sich ändern. Es kommt wirklich darauf an, die Freunde zu ermutigen, da zu helfen.

*Bundesminister:* Ist Herr Laurel betroffen? Er ist ja gleichzeitig Vizepräsident und Außenminister.

*Außenminister:* Die Präsidentin und er gehören nicht derselben Gruppe an und sind nicht sehr einig. Er hat eigene Ambitionen und interessiert sich vor allem für die Innenpolitik. Er wird aber wohl bleiben. Der direkte Kontakt zu der Präsidentin ist lose, aber sie wird ihn halten. Notwendig ist vor allem die Landreform. Was bisher geplant ist, ist der Linken zu wenig und den Grundeigentümern zu viel. Vor allem ist die katholische Kirche involviert, und zwar individuell. Die Befreiungstheologie spielt eine große Rolle. Marxistische Frontorganisationen haben die Kirche tief penetriert. Für uns in Singapur hat die Frage der US-Stützpunkte ihre Implikationen. 1992 muß das Abkommen erneuert werden, die Verhandlungen beginnen 1990.<sup>7</sup> Frau Aquino will erneuern, aber sie will mehr Geld dafür. Die Linken sind gegen Erneuerung. Singapur und die ASEAN-Länder halten die Militärstützpunkte für sehr wichtig, weshalb sie weiterbestehen müßten. Sie sind ein Gegengewicht zu der sowjetischen Marinebasis in Vietnam.<sup>8</sup> Eine Balance ist nötig.

Auf Fragen des Bundesministers nach dem ASEAN-Gipfel<sup>9</sup>:

Der Gipfel ist für Mitte Dezember geplant, ich bin aber, und das ist vertraulich, nicht sicher, ob er in Manila stattfinden wird. Aufschieben werden wir ihn nicht, aber vielleicht wird er wegen Sicherheitsproblemen woanders abgehalten. Zweck des Gipfels ist mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit. Bisher gibt es kaum gegenseitige Integration, Indonesien ist nicht dafür. Andere ASEAN-Staaten haben weniger Vorbehalte. Die Zölle sind unverändert. Das Zollpräferenzabkommen betrifft bisher nur 2 % des Intra-ASEAN-Handels. Wir hoffen, daß dieses Abkommen Fortschritte machen wird und sich dann auf bis zu 50 % des Handels erstrecken wird. Das mag realistisch sein. Überdies kommt es vielleicht zu einer Liberalisierung der Investitionen und von Joint-ventures. Es gibt einen großen Zufluß von Investitionen aus den USA und aus Japan. Es ist wichtig, daß die Europäer und die Deutschen nicht zurückbleiben. Die Amerikaner und Japaner warten nicht, bis sich ASEAN mehr integriert, während die Europäer dies anmahnen. Wenn sie zu lange warten, werden sie die USA und Japan an allen wichtigen Stellen finden. Wir wünschen aber eigentlich ein Gleichgewicht. Die europäischen Investoren sollten realistisch sein. Sie behaupten, die Märkte seien

<sup>7</sup> In der Länderaufzeichnung für die Philippinen nach dem Stand vom 15. März 1987 wurde notiert, die USA und die Philippinen hätten am 14. März 1947 ein Stützpunktabkommen „über Clark Air Base und Subic Naval Base“ mit einer Laufzeit bis 1991 abgeschlossen. Vgl. den Schriftbericht Nr. 271 des Botschaftsrats Duckwitz, Manila, vom 23. März 1987; Referat 342, Bd. 137240.

Vom 13. bis 17. Juni 1987 hielt sich der amerikanische Außenminister Shultz auf den Philippinen auf. Botschafter Scholz, Manila, berichtete am 17. Juni 1987, Shultz habe Gespräche mit Präsidentin Aquino über die Stützpunkte geführt: „Bilaterale Expertengespräche über die künftige Gestaltung des Basenabkommens sind im kommenden Jahr fällig. Von philippinischer Seite ist bekannt, daß man die Nutzung der Basen künftig nicht mehr durch ‚US-Hilfe‘, sondern durch ‚Pachtzahlungen‘ geregelt sehen will.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 366; Referat 342, Bd. 137248.

<sup>8</sup> Zur Militärpräsenz der UdSSR in der Bucht von Cam Ranh vgl. Dok. 171, Anm. 13.

<sup>9</sup> Die Gipfelkonferenz der ASEAN-Mitgliedstaaten fand am 14./15. Dezember 1987 in Manila statt.

ihnen zu klein, weshalb es einen ASEAN-Markt von 250 Millionen Einwohnern geben sollte. Die Bundesrepublik Deutschland spielt eine führende Rolle – sie sollte einen Plan oder ein Konzept haben.

Der bislang ruhige Südpazifik beginnt sich politisch zu aktivieren, es gibt Entwicklungen. Europa hat dort eine sehr wichtige Rolle zu spielen. Auch hier brauchen Sie ein allgemeines Konzept.

*Bundesminister:* Wie ist die Lage in Singapur?

*Außenminister:* Wir sind nach einer Rezession wieder auf gutem Wege. Die Rezession hatte sich ergeben aus zu hohen Löhnen, einem überhitzten Bauboom und überhaupt überhitzter Konjunktur, die auch unsere Konkurrenzfähigkeit gegenüber billigeren Nachbarländern betroffen hat. 1985 schrumpfte unsere Wirtschaft um 2%, 1987 wird sie wieder um 7% wachsen. Wir haben Steuern und Löhne gekürzt und Leute umgeschult. In Singapur gibt es einen allmählichen Wechsel in der politischen Führung, der Ministerpräsident<sup>10</sup> wird im nächsten Jahr nach 29 Jahren sein Amt verlassen. Bilateral haben wir mit der Bundesrepublik Deutschland keine Probleme, aber wir sollten größere Bemühungen unternehmen, um Zusammenarbeitsfelder zu identifizieren und um neue Wege zu beschreiten in Wirtschaft, Kultur, Kontakten der Akademien.

Auf Feststellung des Ministers, wir seien sehr interessiert, und welche Vorschläge der Außenminister habe: Dies sollte von den zuständigen Offiziellen diskutiert werden. Wir sind bisher noch zu stark an das Vereinigte Königreich angebunden. Zu denken wäre auch an reguläre Treffen von Diplomaten. (An dieser Stelle informiert D3 den Außenminister über das geplante Treffen deutscher Botschafter in Singapur im Oktober 1987.<sup>11</sup>)

*Außenminister:* Wir müssen über Kambodscha sprechen. Es gibt einige Anzeichen, daß die Vietnamesen bereit sein könnten, eine Lösung zu diskutieren. Die Vietnamesen beginnen einzusehen, daß sie eine militärische Lösung nicht auferlegen können. Die Außenminister Indonesiens und Vietnams<sup>12</sup> haben sich in Saigon getroffen, das Treffen war bilateral, aber sie haben auch Kambodscha diskutiert.<sup>13</sup> Sie sind zu einer gemeinsamen Erklärung gekommen, in der von einem Treffen der kambodschanischen Fraktionen die Rede ist, dem sich Vietnam später anschließen soll. Es ist sicherlich nützlich, daß die Kambodschaner einander treffen, aber Vietnam muß früh teilnehmen. Vietnam ist die Okkupa-

<sup>10</sup> Lee Kuan Yew.

<sup>11</sup> Vom 19. bis 21. Oktober 1987 fand in Singapur ein Regionaltreffen statt, an dem die Botschafter der Bundesrepublik bzw. deren Vertreter in Bangkok, Begawan, Hanoi, Jakarta, Kuala Lumpur, Manila, Rangun, Singapur und Vientiane teilnahmen. Ministerialdirektor Schlagintweit, z. Z. Singapur, berichtete am 21. Oktober 1987 über die Ergebnisse des Treffens. Zu den Wirtschaftsbeziehungen legte er dar: „Die ASEAN-Märkte mit insgesamt 300 Mio. Einwohnern haben ein enormes Entwicklungspotential und entwickeln sich auch überdurchschnittlich. [...] Wir müssen offensiv vorgehen. Vorrangig ist ein stärkeres Engagement und Interesse deutscher Unternehmer, das trotz verstärkter Aufmerksamkeit für die Region bei uns immer noch unzureichend ist. Der ständige Dialog mit unserer Industrie [...] ist vordringlich. Die Vermittlerrolle von Banken und Außenhandelskammern ist wichtig. Die enge Zusammenarbeit aller Förderungsinstitutionen muß verbessert werden. Bessere Koordination auch zuhause ist notwendig.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 190/191; Referat 342, Bd. 144607.

<sup>12</sup> Nguyen Co Thach.

<sup>13</sup> Zum Kambodscha-Konflikt und zum Besuch des indonesischen Außenministers Kusumaatmadja vom 27. bis 29. Juli 1987 in Vietnam vgl. Dok. 251.



tionsmacht<sup>14</sup>, welchen Sinn hat es, wenn sie nicht teilnimmt? Die Vietnamesen haben aber diese Interpretation, daß sie sofort teilnehmen sollten, zurückgewiesen. Nun wollen sie in den Vereinten Nationen Fortschritt suggerieren und den Eindruck erwecken, daß die regionalen Mächte das Problem schon lösen werden. Es ist wichtig, jetzt fest zu stehen. In ein bis zwei Jahren kann vielleicht Bewegung in den Verhandlungsprozeß kommen, da der Preis für Vietnam zu hoch ist. Sie fallen hinter die ASEAN-Staaten und China zurück. Deng Xiaoping sagte uns 1980, er habe kein Problem, nur eine chinesische Provinz sei involviert, der Rest von China werde weiter Fortschritte machen. Angesichts der Reformen in anderen kommunistischen Ländern müssen sich auch die Vietnamesen bewegen. Die Sowjetunion wird möglicherweise Einfluß ausüben, da sie bessere Beziehungen mit China, ASEAN und dem Pazifik wünscht. Kambodscha ist da sehr hinderlich. Die Sowjets werden wohl Vietnam auch weiterhin finanziell unterstützen. Derzeit geben sie drei Milliarden US-Dollar pro Jahr aus, das sind ihnen die Basen wert. Andererseits wollen sie aber bessere Beziehungen mit ASEAN. Es kommt jetzt darauf an, gegenüber Vietnam fest zu bleiben und nicht nachzugeben.

Das Problem Pol Pot kann gelöst werden. China wird man zwingen können, sich zu bewegen, sobald die Gespräche Vietnams mit ASEAN begonnen haben. Die Chinesen fragen sich aber, weshalb sie irgendwelche Karten weggeben sollen, bevor sie überhaupt am Tisch sitzen. Wir ASEAN-Länder wollen ein starkes und unabhängiges Vietnam, nicht einen Vasallen Chinas, der vor Peking kapituliert. Aber der Weg, den die vietnamesische Politik jetzt geht, wird dahin nicht führen. Die Thais fürchten letztlich auch China, aber sie betrachten dieses derzeit als Garantiemacht gegenüber Vietnam. Auch die Thais ziehen aber ein unabhängiges Vietnam vor.

Die ASEAN-Ansichten stimmen im Grundsätzlichen überein, in Einzelheiten gibt es Differenzen. Gemeinsam ist der Wunsch nach Abzug der Vietnamesen aus Kambodscha, nach Gewährung einiger Selbstbestimmung für Kambodscha, auch die Überzeugung, daß die Heng-Samrin-Administration jetzt eine Rolle zu spielen hat und also in Gesprächen die Vietnamesen nicht nur mit der Koalition<sup>15</sup>, sondern auch unter Einschluß Heng Samrins verhandeln sollen. Die Differenzen betreffen vor allem die Frage, in welchem Stadium man Vietnam zwingen soll, an den Gesprächen teilzunehmen. Indonesien meint, das könne später der Fall sein. Die Philippinen sind nur mit inneren Problemen beschäftigt. Brunei hat noch keine richtige Außenpolitik, Thailand, Malaysia und Singapur meinen, die Vietnamesen müßten frühzeitig dazu stoßen. Die Indonesier denken, sie hätten Gemeinsamkeiten mit Vietnam, z.B. der Kampf gegen die Kolonialmacht um Unabhängigkeit. Sie haben größere Sympathien für die Vietnamesen. Ihre Vorstellungen sind wohl nicht ganz richtig. Sie sind auch sehr mißtrauisch

<sup>14</sup> Nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha am 25. Dezember 1978 wurde am 8. Januar 1979 eine pro-vietnamesische Regierung unter dem Vorsitz von Heng Samrin gebildet und am 11. Januar 1979 die „Volksrepublik Kampuchea“ ausgerufen.

<sup>15</sup> Am 22. Juni 1982 wurde in Kuala Lumpur eine Exilregierung aus Vertretern von drei kambodschanischen Widerstandsgruppen gebildet, die von dem früheren König und Staatschef Sihanouk, dem ehemaligen Staatsoberhaupt Khieu Samphan als Vertreter der Roten Khmer und dem früheren Ministerpräsidenten Son Sann angeführt wurde.

gegenüber China, ebenso Malaysia, dessen kommunistische Partei lange chinesische Unterstützung genossen hat.

Auf Frage des Bundesministers nach der Lage innerhalb Kambodschas: Sie hat sich nicht sehr verändert. Die Städte sind unter vietnamesischer Kontrolle. Heng Samrin hat das Land nicht im Griff. Es gibt eine Kooperation zwischen seinen Leuten und denen Sihanouks, die nie miteinander zusammenstoßen. Überall in der Administration sind vietnamesische Berater. Die Vietnamesen und Heng Samrin kontrollieren etwa 1/3 des Landes und 1/3 der Bevölkerung. Das heißt aber nicht, daß die restlichen 2/3 von dem Widerstand kontrolliert werden, sie sind vielmehr offenes Land. Wir in Singapur sind ermutigt durch das Wachstum der Gruppe Sihanouks. Son Sann war nur anfangs gut, dann hat er uns enttäuscht. Son Sann hat theoretisch 12–15000 Kämpfer, in Wirklichkeit nur 6000 innerhalb Kambodschas. Für Sihanouk lautet die Zahl 8–10000, für die Khmer Rouge 25–30000. Sie wachsen immer noch an, sind gut versorgt. Pol Pot ist noch immer ein Führer, aber auch in der Khmer-Rouge-Führung gibt es Differenzen. Ich mache mir wegen der Roten Khmer keine Sorgen, da in den endgültigen Verhandlungen Leute wie Pol Pot oder Ieng Sary entfernt werden können. Die Ernährungssituation in Kambodscha ist unterschiedlich, z.Zt. scheint sie sich aber wegen einer Trockenheit zu verschlechtern. Auch in Vietnam gibt es eine Trockenheit. Ich schätze die Zahl der vietnamesischen Soldaten in Kambodscha auf 150–160000. Die Vietnamesen sprechen davon, daß sie den Krieg nicht verlieren. Wenn man dies zu sagen anfängt und nicht mehr sagt, man gewinne den Krieg, dann hat man ihn bereits verloren.

Die Lebensbedingungen sind in gewisser Weise besser geworden in Kambodscha, aber nach der Pol-Pot-Herrschaft konnte es ja auch nur besser werden. Auf Frage des Bundesministers, wie überhaupt ein Mann wie Pol Pot noch in Kambodscha sein könne und auf welche Basis er sich stütze: Früher hat sich Pol Pot auf den Terror gestützt. Jetzt nutzt er die antivietnamesischen Gefühle der Kambodschaner und nutzt auch sehr klug Sihanouks Bewegung aus. Außerdem hat er treue Palastwachen. Er ist auch etwas in den Hintergrund gezogen worden, auch behaupten die Roten Khmer, ihre Politik habe sich geändert. Ein Beispiel für die vietnamesische Politik ist Pen Sovan, der, mit einer Vietnamesin verheiratet, im Jahre 1978 mit den vietnamesischen Truppen nach Kambodscha gekommen ist, dort aber Nationalgefühl entwickelt hat und deshalb von den Vietnamesen entfernt worden ist. Es ist unbekannt, wo er sich jetzt befindet. Zwischen Kambodschanern und Vietnamesen gibt es eine traditionelle Feindschaft.

Auf Frage des Ministers nach der Lage in Vietnam und nach Unterschieden zwischen Nord und Süd dort: Wirtschaftlich ist der Süden besser. Es gibt dort noch kleine Händler. Der Süden hat den Norden korrumpiert. Die Vietnamesen sind darüber besorgt. Die Politiker des Südens haben heute keine hohen Positionen mehr in Vietnam, nur noch verschiedene Funktionen. Im Süden gibt es auch noch chinesische Händler. In Vietnam hat einiges Nachdenken eingesetzt. Man wollte dort den reinen Kommunismus verfolgen und kritisiert deshalb auch China und die Sowjetunion, die die kommunistische Sache verrieten. Der Lebensstandard hat sich in Vietnam nicht verbessert.

Auf die Frage des Ministers, wie nach einem so schrecklichen Krieg Vietnam einen neuen Krieg habe beginnen können: Die Führung hatte ihr ganzes Leben

lang gekämpft. Es ist leichter, Brücken zu sprengen als aufzubauen. Die Führer verstehen nichts vom Aufbau. Mit Ende des Krieges verschwand auch die disziplinierte Entschlossenheit der Bevölkerung. Die Vietnamesen hatten aber auch Probleme mit Kambodscha. Pol Pot hat den Vietnamesen mit chinesischer Unterstützung eine Reihe von Problemen bereitet. Es geht hier nicht um ein Schwarzweißproblem. Pol Pot hat den Vietnamesen daher einen Vorwand für ihre Invasion geliefert. Die Vietnamesen glauben auch an die Einheit Indochinas. Da spielt die französische Vergangenheit eine Rolle. Sie haben einige gute und einige schlechte Gründe. Es ist schwer verständlich, wie intelligente Leute nicht klar sehen können, welches ihr Interesse ist. Sie sollten auf ASEAN zugehen. Jetzt haben sie es herbeigeführt, daß die ASEAN- und die chinesische Politik parallel sind. ASEAN und China werden aber auseinandergerissen, sobald Vietnam vernünftig wird. Ich bin überrascht, daß sie das nicht tun.

Auf Frage D3 nach eventuellen vietnamesischen Einflüssen in Kambodscha nach einer Lösung: Eine chinesische Hegemonie kommt nicht in Frage. Vietnamesische Sicherheitsinteressen müssen sicherlich berücksichtigt werden. Das heißt aber nicht, daß Vietnam dort sein eigenes Marionettenregime haben muß. Es muß eine Lösung geben, die verhindert, daß Kambodscha zu einer Basis der Bedrohung für die vietnamesische Sicherheit wird. Vietnam hat bisher noch nicht einen starken Führer, aber vielleicht wird sich in Zukunft jemand zeigen. Die ASEAN-Minister schätzen sehr die deutsche Zusammenarbeit und Unterstützung.

*Bundesminister:* Wir möchten die Zusammenarbeit in allen Feldern verbessern und auch zu gemeinsamen Positionen in internationalen Fragen gelangen. Dies gibt sowohl unseren wie Ihren Positionen mehr Gewicht. Haben Sie in ASEAN schon die Nachfolge für Herrn M'Bow diskutiert?<sup>16</sup>

*Außenminister:* ASEAN unterstützt den indonesischen Kandidaten<sup>17</sup>. Ein anderer sehr starker Kandidat ist der pakistanische Außenminister<sup>18</sup>. Singapur ist nicht Mitglied von UNESCO.

*Bundesminister:* Wir sind enttäuscht, daß es in der EG zu keiner Einigung gekommen ist, da Portugal einen Kandidaten<sup>19</sup> präsentiert. Wegen der Probleme mit M'Bow sollte ein Dritte-Welt-Kandidat präsentiert werden. Wir sind aber zurückhaltend, da wir nicht intervenieren wollen. Die Dritte Welt sollte da aber nicht gespalten sein.

D3 äußert die Bitte, Singapur möge unsere CPC-Kandidatur unterstützen.<sup>20</sup> *Außenminister* stellt Unterstützung Singapurs fest in Aussicht.

<sup>16</sup> Zur bevorstehenden Neuwahl des Generaldirektors der UNESCO vgl. Dok. 237.

<sup>17</sup> Kandidat Indonesiens für das Amt des Generaldirektors der UNESCO war der frühere Rektor der United Nations University in Tokio, Soedjatmoko.

<sup>18</sup> Sahabzada Yaqub Ali Khan.

<sup>19</sup> Kandidat Portugals für das Amt des Generaldirektors der UNESCO war der frühere Außenminister Sá Machado.

<sup>20</sup> In einem Schrifterlaß vom 13. Juli 1987 an alle diplomatischen Vertretungen legte Referat 230 dar: „Während der im September beginnenden 42. Generalversammlung der Vereinten Nationen werden Wahlen für die Mitgliedschaft im Committee for Programme and Co-ordination (CPC) durchgeführt. Das CPC hat neben seiner traditionellen Aufgabe in der Programmgestaltung und Koordination seit den Reformbeschlüssen der 41. Generalversammlung (1986) auch die Aufgabe, die Aufstellung

Bei der Diskussion der Lage im Golf erklärt der Außenminister, ASEAN habe keine gemeinsame Position, Indonesien und Malaysia seien in der Organisation Islamischer Konferenz. Ob der Sicherheitsrat ein Waffenembargo beschließen werde? Der *Bundesminister* antwortet, noch nicht, dies hänge von dem Besuch des Generalsekretärs ab.<sup>21</sup> Auf die Frage des *Außenministers*, ob der Generalsekretär etwas erreichen werde, erwidert der *Bundesminister*, dies könne sein. Es sei wichtig, daß die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates zusammenhalten würden. Die Resolution vom 20. Juli<sup>22</sup> habe Eindruck gemacht, weil alle Mitglieder des Sicherheitsrates, auch China, ihr zugestimmt hätten.

Die Frage des *Außenministers*, ob es nicht bedrohlich sei, daß so viele Länder in den Konflikt hineingezogen würden, beantwortete der *Bundesminister* mit der Feststellung, er sehe solche Folgen nicht. Was könnten sie tun? Unsere Verfassung erlaube uns nicht, Schiffe dort hinszuschicken<sup>23</sup>, aber zumindest er als Außenminister würde auch ohne eine entsprechende Verfassungsbestimmung nicht dazu raten. Wer hineingeht, muß auch wieder herauskommen. Das kann für manches Land schwierig werden. Anschließend gab es eine kurze Diskussion über Libanon, Grenada, Nicaragua.

Bundesminister: Iran hat von einer freien Durchfahrt durch den Golf den größten Vorteil. In dem Krieg<sup>24</sup> werden sogar chemische Waffen eingesetzt<sup>25</sup>. Wir haben Opfer hier in Krankenhäusern. Auf Frage des Außenministers: Chemische Waffen sind gebraucht worden, wir sprechen nicht darüber, durch wen.

Bei der Diskussion der Beziehungen zwischen ASEAN und der EG bedauert der *Außenminister*, daß der Bundesminister 1986 nicht zu der Konferenz nach Jakarta<sup>26</sup> habe kommen können. Der *Bundesminister* erklärte ihm, er freue sich,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1275*

des Haushaltsplans der Vereinten Nationen zu überwachen. Damit hat das CPC eine zentrale Stellung [...]. Das CPC hat 16 Mitglieder, die von der Generalversammlung für drei Jahre gewählt werden. Die Bundesrepublik Deutschland ist seit 1982 Mitglied, stellte in der letzten Sitzung den Berichtersteller und kandidiert für eine erneute, 1988 beginnende dreijährige Mitgliedschaft. Nachdem wir uns aktiv in die Reformdebatte in den VN eingeschaltet haben, legen wir großen Wert auf eine weitere Beteiligung an diesem Gremium, das für deren Ausgang von besonderer Bedeutung ist.“ Vgl. Referat 230, Bd. 142238.

<sup>21</sup> VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar hielt sich vom 11. bis 13. September 1987 im Iran auf. Botschafter Freitag, Teheran, berichtete am 15. September 1987, er sei am Vortag durch den stellvertretenden iranischen Außenminister über den Besuch informiert worden. Larjani habe die getroffenen Absprachen als einen „entscheidenden Durchbruch“ bezeichnet: „Man habe sich geeinigt über einen integrierten Friedensplan, der als einen ersten Schritt einen Waffenstillstand enthalte; Mechanismen für die Implementierung der Resolution 598; Hauptproblem sei hierbei gewesen, eine Lösung zu finden für die Festlegung eines Mechanismus zur Einleitung des Waffenstillstandsprozesses; die Entwicklung eines Verfahrens im Rahmen der Res[olution] 598 zur Festlegung der Kriegsschuld.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1657; Referat 311, Bd. 139985.

Anschließend hielt sich Pérez de Cuéllar vom 13. bis 15. September 1987 im Irak auf. Botschaftsrat I. Klasse Freundt, Bagdad, teilte am 16. September 1987 nach Gesprächen im irakischen Außenministerium mit, der Irak „sehe in der iran[ischen] Verhandlungsführung während der Gespräche des [General]S[ekretärs] in Teheran auch weiterhin eine Ablehnung von Res. 598. Dies ergäbe sich bereits aus dem Versuch, die Res. durch Vorbedingungen zu belasten und zwischen ihren Einzelbestimmungen konditionelle Zusammenhänge zu setzen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 700; Referat 311, Bd. 139985.

<sup>22</sup> Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vgl. Dok. 221, Anm. 6.

<sup>23</sup> Zur Frage des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets vgl. Dok. 159.

<sup>24</sup> Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 247, Anm. 11.

<sup>25</sup> Zum Einsatz chemischer Waffen im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 247, Anm. 17.

<sup>26</sup> Die sechste Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten fand am 21./22. Oktober 1986 statt. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 311.

daß das nächste Außenministertreffen in Düsseldorf stattfinden werde.<sup>27</sup> Dort befanden sich wichtige Wirtschaftskreise. Auf die Frage, wer den ASEAN-Vorsitz habe, erwiderte der *Außenminister*, Thailand. Singapurs Präsidentschaft sei soeben vorüber. Anschließend lud der Außenminister den Bundesminister nach Singapur ein, der die Einladung annahm, sich aber zeitlich noch nicht festlegen konnte. Der Außenminister schlug noch vor, der Bundesminister könne bei einer Reise nach Australien, Neuseeland oder auch auf dem Weg zu Regierungskonsultationen in Japan in Singapur Station machen.

*Bundesminister* auf Frage: Ich weiß nicht, ob der Honecker-Besuch<sup>28</sup> historisch zu nennen ist, aber er ist sehr wichtig im Sinne eines wirklichen Durchbruchs. Seit dem Beginn nach dem Zweiten Weltkrieg sind die beiden deutschen Staaten auseinandergedriftet: Mauer, Schüsse an der Mauer, dann ist es in den frühen 70er Jahren zur Entspannung gekommen und zu der Einigung auf einen Vertrag, der die Grundlage für eine besondere Beziehung bildet<sup>29</sup>. Die DDR ist für uns nicht Ausland, deshalb habe ich auch als Außenminister nicht die Federführung für den Honecker-Besuch gehabt. Schritt für Schritt sind die Beziehungen verbessert worden, Bundeskanzler Brandt war in Erfurt, Willi Stoph in Kassel<sup>30</sup>, Bundeskanzler Schmidt war in der DDR<sup>31</sup>. Diese Besuche waren aber inoffiziell und fanden nicht in den Hauptstädten statt<sup>32</sup>. Ein großes Problem waren stets die Ausreisen aus der DDR und der innerdeutsche Reiseverkehr. Die Westler konnten nach Osten reisen, aber sehr wenige aus dem Osten nach Westen. Vor einigen Jahren wurde Pensionären erlaubt, einen Monat im Jahr im Westen zu verbringen, und zwar Männern über 65 und Frauen über 60. Vor zwei Jahren durften dann schrittweise Jüngere fahren, bei Paaren immer nur einer.<sup>33</sup> Dies hat sich 1987 sehr ausgeweitet auf 3 von 17 Millionen, darunter mehr als 1 Million Jüngere, das sind 20 % der Bevölkerung. Diese Entwicklung wird fortgehen. Honecker hat eine bemerkenswerte Erklärung abgegeben darüber, daß die Grenze geändert werden kann.<sup>34</sup> Es handelt sich um die erste öffentliche Erklärung, die die Mauer betrifft.

Auf die Frage des Außenministers, ob eine positive Reaktion darauf die Anerkennung einer internationalen Grenze bedeute: Das liegt hinter uns. Wir heißen die Erklärung willkommen. Bisher werden Leute derselben Nation erschossen, wenn sie in den anderen Teil ihres Landes wollen. Die Erklärung ist wirklich wichtig. Sie bedeutet, daß es einigen Fortschritt auch in Zukunft geben wird.

<sup>27</sup> Die siebte Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten fand am 2./3. Mai 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

<sup>28</sup> Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

<sup>29</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

<sup>30</sup> Bundeskanzler Brandt traf mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Stoph, am 19. März 1970 in Erfurt zusammen und erneut am 21. Mai 1970 in Kassel. Vgl. dazu AAPD 1970, I, Dok. 124, bzw. AAPD 1970, II, Dok. 226.

<sup>31</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368. Vgl. dazu auch DzD VI/7, S. 423–534.

<sup>32</sup> Korrigiert aus: „teil“.

<sup>33</sup> Zum innerdeutschen Reiseverkehr vgl. Dok. 245, Anm. 5.

<sup>34</sup> Zu den Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 10. September 1987 zur innerdeutschen Grenze vgl. Dok. 258.

Auf Frage: Die Lage in der DDR ist von der in der Sowjetunion, was die Wirtschaftsreformen angeht, verschieden. Z.B. reisten 20% der Bevölkerung nach Westen. Von daher die Feststellung der DDR-Führer, die Öffnung könne auf verschiedene Weise ausgedrückt werden. 80% der DDR-Bürger können unser Fernsehen betrachten. Sie sind also dem westlichen Einfluß ausgesetzt. Sie diskutieren über unsere Wahlen und leben mit uns. Dies ist in der Sowjetunion anders. Die Lage der Kirche in Polen und in der DDR ist am besten, schlechter ist sie in Rumänien und in der Tschechoslowakei, nur etwas weniger schlecht als in der Sowjetunion. Die DDR-Wirtschaft ist weit besser als die sowjetische, dies gilt für Landwirtschaft und Industrie. In der Sowjetunion geht es nicht nur um Wirtschaftsfragen. Das Machtmonopol der kommunistischen Partei wird in der Tat unterminiert. Die Entwicklung läßt sich auch nicht mehr zurückdrehen, wenn man nicht Stalins Methoden wieder anwenden will. Eine offenere Gesellschaft in der SU schafft bessere Bedingungen für die Kooperation und für vertrauensbildende Maßnahmen mit dem Westen. Die Gelegenheit muß genutzt werden, wenn da wirklich eine Möglichkeit, etwas zu verbessern, ist, soll man sie ergreifen. Für Gorbatschow ist die Lage nicht einfach. Er hat ein sehr schlechtes Erbe angetreten, eine bei weitem überzogene Rüstung, Engagements wie Afghanistan, eine schlecht funktionierende Wirtschaft. Bei dem nächsten Jubiläum der Oktoberrevolution<sup>35</sup> wird er noch keinen Erfolg vorzeigen können. Deshalb möchte er zu einem INF-Abkommen gelangen, damit er erklären kann, ich bin der erste, der ein Abrüstungsabkommen mit den USA erreicht hat. Die Russen haben in dem letzten Krieg am meisten gelitten, sogar mehr als die Deutschen. (Bundesminister erzählt anschließend eine Anekdote über Chruschtschow nach dem XX. Parteikongreß in Moskau<sup>36</sup>.)

*Außenminister:* Die Chinesen sagen uns, die sowjetische Situation sei wesentlich schwieriger als die ihre, sie, die Chinesen, hätten nicht so viel Widerstand.

*Bundesminister:* China ist kürzere Zeit kommunistisch gewesen, die Leute sind auch verschieden, die Russen haben niemals eine offene Gesellschaft gekannt. (Bundesminister erzählt anschließend eine Anekdote über den Besuch des letzten Zaren bei Gorbatschow, die darauf hinausläuft, daß das einzige wirkliche Ergebnis der Revolution ein seit kurzem geringerer Wodkaverbrauch ist.) Etwas Wahrheit liegt in dieser Anekdote. Sie zeigt, wie schwer die Aufgabe Gorbatschows ist.

*Außenminister:* Ich komme soeben aus Ankara. Der türkische Außenminister<sup>37</sup> war 1949 in Moskau auf Posten. Er berichtete von einem Artikel in „Time“, der ein Foto Nikolaus II. und Stalins enthalten habe, und, wie ein Sowjetbürger, befragt, wer das sei, von altem und neuem Zaren gesprochen habe.

Ob Gorbatschow wohl versteht, daß er nicht nur die Wirtschaft reformieren kann? Auch politisch muß er ändern.

*Bundesminister:* Es ist eine philosophische Frage, ob etwas mehr Freiheit immer auch nach noch mehr Freiheit ruft. Ich glaube, Gorbatschow hat verstanden, daß er nur sein Land entwickeln kann, wenn er etwas mehr Freiheit gewährt.

<sup>35</sup> Der 70. Jahrestag der Oktoberrevolution war der 7. November 1987.

<sup>36</sup> Der XX. Parteitag der KPdSU fand vom 14. bis 25. Februar 1956 in Moskau statt.

<sup>37</sup> Vahit Melih Halefoğlu.



(Bundesminister verweist auf seine Rede in Davos vom 1. Februar<sup>38</sup>, die dem Außenminister ausgehändigt wird.)

Bundesminister auf Frage nach INF und der doppelten Null-Lösung und der Bedeutung der konventionellen Waffen in diesem Zusammenhang: Wir haben noch Raketen unter 500km<sup>39</sup> Reichweite, es gibt Artillerie, Kampfflugzeuge. Es sind 88 Kurzstreckenraketen vorhanden, die mehr Zerstörungskraft haben als die Bombe von Hiroshima<sup>40</sup>. So sind z.B. die Pershing-Ia-Raketen zehnmal stärker als Hiroshima. Dazu kommt das strategische Potential der Vereinigten Staaten. Wenn die Leute von „nur 88“ sprechen, dann wissen sie wohl nicht, wovon sie reden. Das sind keine Artilleriegranaten, und bei Abfeuern würde nicht nur ganz Europa, sondern auch Sie in Singapur würden betroffen sein. Die Abschreckung kann sich nicht an der Zahl der Sprengköpfe orientieren, sie beruht auf dem Glauben an die Entschlossenheit der USA, sie zu benutzen.

Verhandlungen über konventionelle Waffen sollten nicht die INF-Verhandlungen aufhalten, sie können sogar Schlüssel zu den Verhandlungen auf anderen Gebieten sein. Die Sowjetunion hat eine törichte Vorstellung. Sie ist nicht an ihrer westlichen Grenze bedroht. Niemand will oder kann die Sowjetunion angreifen. Das wäre Selbstmord. Gorbatschow spricht heute davon, man müsse zu Lenin zurückkehren. Dies ist sicherlich der beste Weg. Lenin war vor seinem Tod wegen Josef Stalin besorgt. Auf seinem Krankenbett hat er einen Brief geschrieben, in dem er ausführt, Stalin dürfe nicht Generalsekretär werden, weil er grausam und unberechenbar sei und schweren Schaden für die sozialistische Revolution bedeuten würde.

*Außenminister:* Sind Sie besorgt über die sowjetischen Initiativen in Asien und eventuell daraus erwachsende Gefahren für die europäischen Interessen?

*Bundesminister:* Wir vertrauen ihnen. Wie können wir sie für etwas kritisieren, was wir selbst tun. Durch die Kontakte werden die Kommunisten gezwungen, ihre Ideen aufzugeben. Ich erinnere mich an die Diskussionen im Bundestag zu Beginn der KSZE. Die damalige Opposition wollte die Schlußakte<sup>41</sup> nicht unterzeichnen. Ich empfahl, auf die Verpflichtungen der 35 Staaten zu schauen. Wir hatten nicht eine einzige Änderung vorzunehmen. Wenn man jetzt auf 1975 zurückschaut: Was geschehen ist, beweist, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Auch der Honecker-Besuch und seine Ergebnisse können in den KSZE-Prozeß eingeschlossen werden.

*Außenminister:* Die Sowjetunion hat in Asien nicht viel Spielraum, um die Kooperation zu verstärken. Der Einfluß der Japaner, Amerikaner und Europäer ist auf wirtschaftliche Fakten gegründet. Solche gibt es kaum mit der Sowjetunion, die nur etwas Rohstoffe wie Gummi und Zinn kauft. Sie ist militärisch stark und politisch aktiv, aber wirtschaftlich wenig interessant.

*Bundesminister:* Die einzige Gefahr besteht darin, daß die Sowjetunion ihre Kontrahenten in Südostasien unterminiert. Eine Situation wie die in den Philippinen ist dafür besonders anfällig.

<sup>38</sup> Zur Rede des Bundesministers Genscher am 1. Februar 1987 in Davos vgl. Dok. 65.

<sup>39</sup> Korrigiert aus: „5000 km“.

<sup>40</sup> Über Hiroshima wurde am 6. August 1945 eine amerikanische Atombombe abgeworfen.

<sup>41</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.



*Außenminister:* Wenn die Sowjetunion ihr System wirklich ändert, dann kann sie natürlich auch ein größerer Teilhaber an Entwicklungen in Asien werden.

**Referat 010, Bd. 178904**

## 253

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit

331-321.00 NIC

11. September 1987<sup>1</sup>

Herrn Staatssekretär<sup>2</sup>

Betr.: Bilaterale Beziehungen zu Nicaragua

Zweck der Vorlage: Genehmigung von Konsultationen von Dg33<sup>3</sup> mit der sandinistischen Regierung in Managua

1) In den letzten Monaten häufen sich Hinweise für das Bemühen der sandinistischen Regierung, ihre Haltung zur Bundesregierung aufzulockern:

- Anfang Juli wurde Botschafter Incer zurückgerufen, nachdem er die Kritik der SI an den Sandinisten im Botschaftsbulletin als „zweifelhaft und bedenklich“ und „oft unbegründet“ bezeichnet hatte.<sup>4</sup> Von Incer heißt es zudem, er stehe der Gruppe der „Harten“ in der sandinistischen Führung nahe.
- Mitte Juli teilte der Geschäftsträger a.i.<sup>5</sup> auf Arbeitsebene mit, daß der Kurs Botschafter Incers nicht fortgeführt werden solle. Er selbst ebenso wie der neu zu ernennende Botschafter, dem Vernehmen nach ein Kabinettsmitglied, wollten nunmehr verstärkt das Gespräch mit der Bundesregierung und den sie tragenden Kräften suchen. Es ist bekannt, daß Botschafter Incer bei seinem

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Jagow und Legationsrat I. Klasse Piecha konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 17. September 1987 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich vermerkte: „B[itte] R[ücksprache].“  
Hat Schlagintweit vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Dg33: StS möchte diese Frage zunächst zurückstellen. 2) W[ieder]V[orlage] D3 n[ach] R[ückkehr].“

Hat Ministerialdirigent von Schubert am 21. und erneut am 29. September 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 331 verfügte.

Hat Legationsrat I. Klasse Piecha am 30. November 1987 erneut vorgelegen.

<sup>3</sup> Konrad von Schubert.

<sup>4</sup> Legationsrat I. Klasse Michael, Managua, teilte am 7. Juli 1987 mit: „Nic[araguanischer] AM gab Sonntag, 5.7., lakonisch bekannt, daß Botschafter Heberto Incer von seinen Funktionen entbunden werde, da Botschaftsbulletin vom Mai 1987 nicht den Positionen der Revolution entspreche. Botschaftsbulletin hatte Inhalt des Treffens von Vertretern der Sozialistischen Internationale mit nic. Delegation unter Comandante Arce (12./13.2.1987 in Madrid) wiedergegeben. [...] Der ‚politische Irrtum‘ dürfte einmal Bewertung des o. a. Treffens gewesen sein, in der die ‚kritische Solidarität‘ der SI-Parteien als ‚bedenklich‘ und, implizit, auf Unkenntnis beruhend dargestellt wird. Schwerwiegender war wohl die Wiedergabe des Gesprächs SI–Arce, da beide Seiten für den Inhalt der Madrider Gespräche, die Beginn einer Reihe gleichartiger Treffen bilden sollten, strikte Vertraulichkeit vereinbart hatten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 146; Referat 331, Bd. 136367.

<sup>5</sup> Carlos-Alberto Bendaña-Pedroza.

Amtsantritt 1984 die Instruktion erhalten hatte, vorrangig mit SPD, Grünen und Solidaritätsgruppen Kontakt zu halten. Er hat diese Weisung voll befolgt.

- Mitte Juli gelang es der KAS nach zweieinhalbjährigen vergeblichen Bemühungen, eine Einigung mit den Sandinisten über ein Rahmenabkommen herbeizuführen. Danach kann die KAS ohne Regierungsbeteiligung mit privaten Partnerorganisationen im Lande zusammenarbeiten.
- Ende Juli, nach Abschluß einer Inspektion der Botschaft durch den Bruder des Außenministers<sup>6</sup> (= Botschafter in London<sup>7</sup>), suchte der Geschäftsträger a. i. Dg33 auf und erläuterte die neue Linie. Inzwischen habe die Botschaft auch Kontakt mit der KAS aufgenommen. Er schlug Gespräche auf der Ebene Westeuropadirektor/Dg33 vor.
- Nach dem Eindruck unserer Botschaft wurden deutsche Besucher in den vergangenen Monaten sehr zuvorkommend und hochrangig empfangen.

2) Die Anlässe für diese Schritte lassen sich gelegentlich im einzelnen identifizieren:

Die Abberufung des Botschafters am 4.7.1987 wurde ausgelöst durch ein Schreiben von MdB Wischniewski, das zwei Tage zuvor, am 2.7., beim FSLN-Direktorium eingegangen war. Darin hatte der Deutsche im Namen der vier beteiligten europäischen SI-Parteien (D, F, SPA, SUE) das Bulletin hart kritisiert und eine Erklärung verlangt. Der Durchbruch für die KAS erfolgte bei einem Besuch von MdB Leisler Kiep im April 1987.<sup>8</sup> Damals wies er führende Sandinisten eindringlich darauf hin, daß der sandinistische Wunsch nach Entkrampfung mit greifbaren Signalen auf den Feldern der Pressefreiheit, der Menschenrechte und des politischen Pluralismus verdeutlicht werden müsse, aber auch durch das Herbeiführen einer positiven Einigung in der KAS-Statusfrage.

3) Die unter 1) genannten Schritte weisen auf tieferliegende Motive hin:

- Wichtiges Motiv dürfte die tiefreichende Wirtschaftskrise Nicaraguas sein, die das Land als Folge von Bürgerkrieg, Rohstoffbaisse und sozialistischen Wirtschaftsexperimenten zum regionalen Spitzenreiter bei Inflation und Mangel an Kreditwürdigkeit gemacht hat. Die Sowjetunion hat sich erst nach langem Zögern bereit erklärt, über den bisherigen Lieferumfang hinaus dringend

<sup>6</sup> Miguel d'Escoto Brockmann.

<sup>7</sup> Francisco José d'Escoto Brockmann.

<sup>8</sup> Legationsrat I. Klasse Michael, Managua, berichtete am 21. Juli 1987, die Tätigkeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Nicaragua sei seit dem Eintreffen des Vertreters der Stiftung vor zweieinhalb Jahren „mit gelegentlichen Beeinträchtigungen ohne Rechtsgrundlage auf der Basis von Ad-hoc-Entscheidungen der zuständigen nicaraguanischen Behörden erfolgt. Auch wenn der fehlende Fortschritt bei den Vertragsgesprächen von der nicaraguanischen Seite mit terminlichen und administrativen Schwierigkeiten erklärt wurde, dürfte die nicaraguanische Regierung das Verhältnis zur KAS bewußt in einem Schwebezustand gehalten haben, um einerseits nicht durch eine Ablehnung die Bundesregierung zu brüskieren sowie ihr pluralistisches Image zu lädieren, aber um andererseits auch nicht die Zusammenarbeit des Auslands mit politischen und sozialen Gruppen aus dem Oppositionsspektrum zu formalisieren.“ Nach dem Besuch des CDU-Schatzmeisters Kiep vom 24. bis 26. April 1987 und mehreren Gesprächen zwischen Vertretern der Stiftung und der nicaraguanischen Regierung sei am 10. Juli 1987 eine Einigung über den Status der Stiftung erzielt worden. Sie werde das Ministerium für außenwirtschaftliche Zusammenarbeit in Managua „über die Kooperationsabkommen mit den jeweiligen nationalen Partnerorganisationen unterrichten und Devisentransfer gemäß gesetzlichen Regelungen durchführen“. Die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen der Stiftung und privaten nationalen Partnerorganisationen solle „expressis verbis im Rahmenabkommen verankert werden“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 233; Referat 331, Bd. 136383.

benötigtes Erdöl zu liefern. Auch Mexiko und Venezuela wollen Nicaragua nicht – wie gewünscht – gegenüber den anderen Staaten der Region bevorzugen und bestehen auf Bezahlung alter Lieferrechnungen.

- Von ähnlichem Gewicht dürfte die Überlegung sein, der wachsenden Kritik der Weltöffentlichkeit an den inneren Zuständen Nicaraguas entgegenwirken zu müssen, die zur Entfremdung selbst von Freunden (Beispiel SI) geführt hat.
- Der politische Dialog in Zentralamerika hat mit dem Gipfel in GUA am 6. und 7. August 1987<sup>9</sup> eine neue Qualität erreicht. Der GUA-Friedensplan ist im Kern eine „heilige Allianz“ der etablierten Regierungen in ZA gegen Aufständische jeder Couleur in der Region. Auch wenn mit Rückschlägen und Hindernissen bei der Implementierung zu rechnen ist, haben die Sandinisten einer neuen Anspruchsgrundlage für Demokratie und Pluralismus zugestimmt und neue Flexibilität gezeigt.

4) Wir sollten sorgfältig prüfen, wie weit die Bereitschaft der Sandinisten geht, über ihren bisherigen ideologischen Schatten zu springen, und diese stärken<sup>10</sup>. Als künftige EG-Präsidentschaft<sup>11</sup> und als Gastgeber von San José IV Ende Februar 1988<sup>12</sup> muß uns daran liegen, die angebotene Intensivierung des Gesprächsfadens zu nutzen.

GB, F und SPA haben auch 1986 und 1987 hochrangige Kontakte gehalten (GB: StMin Lady Young<sup>13</sup>; F: Präsident Mitterrand und AM Raimond<sup>14</sup>; SPA: Vizepräsident Guerra<sup>15</sup>). Unsere amtlichen Kontakte zu NIC hingegen sind seit langem unterentwickelt. Während mit GUA<sup>16</sup>, COS<sup>17</sup> und ELS<sup>18</sup> Besuchskontakte

<sup>9</sup> Zur Gipfelkonferenz der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 6./7. August 1987 in Guatemala-Stadt und zum Friedensabkommen für Zentralamerika vgl. Dok. 228.

<sup>10</sup> Die Wörter „und diese stärken“ wurden von Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich eingefügt.

<sup>11</sup> Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

<sup>12</sup> Die vierte Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe fand am 29. Februar und 1. März 1988 in Hamburg statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

<sup>13</sup> Legationsrat Heidorn, London, berichtete am 7. August 1987, in letzter Zeit habe es folgende politische Kontakte zwischen Großbritannien und Nicaragua gegeben: „Der nic[araguanische] Handelsminister wurde im Mai 1987 in London zu einem Gespräch von dem Unterabteilungsleiter für Zentralamerika im FCO, P[atrick] R[obin] Fearn, empfangen. Der Direktor des nic. Außenministeriums wurde im Februar 1987 in London von der damaligen Staatsministerin Lady Young empfangen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1393; Referat 331, Bd. 136364.

<sup>14</sup> Legationsrat I. Klasse Michael, Managua, informierte am 14. August 1987 über die politischen Konsultationen zwischen Frankreich und Nicaragua in den vergangenen Jahren: „Sept[ember] 1984 Michel Rocard zu polit[ischen] Konsultationen in Managua; Besuch StM [Bariani] aus fr[an]z[ösischem] AM im Februar 1987 muß als gescheitert gewertet werden, da er von keinem höherrangigen nic[araguanischen] Regierungsvertreter empfangen wurde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 187; Referat 331, Bd. 136364. Am 6. Juni 1986 hielt sich der nicaraguanische Vizepräsident Ramírez in Frankreich auf.

<sup>15</sup> Botschafter Brunner, Madrid, berichtete am 11. August 1987: „Die letzten bilateralen Gespräche zwischen Spanien und Nicaragua fanden am 22. Juni 1987 in Madrid statt: Vizepräsident Sergio Ramírez mit dem spa[nischen] Vizepräsidenten Alfonso Guerra. Vorher (Januar 87) hat der Generalsekretär des Außenministeriums, Cajal, auf einer (traditionell einmal im Jahr stattfindenden) Reise durch Zentralamerika in Managua vorgesprochen und auch den Präsidenten gesehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 836; Referat 331, Bd. 136373.

<sup>16</sup> Präsident Cerezo stattete der Bundesrepublik vom 11. bis 15. Oktober 1986 einen Besuch ab.

<sup>17</sup> Präsident Monge besuchte die Bundesrepublik vom 4. bis 6. Juni 1984. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 158.

Vom 25. bis 28. Mai 1987 hielt sich Präsident Arias in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 171, Anm. 50.

<sup>18</sup> Präsident Duarte besuchte die Bundesrepublik vom 5. bis 12. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 201.

auf der Ebene der Staatsoberhäupter stattfanden und für 1988 ein Arbeitsbesuch des Präsidenten von HON<sup>19</sup> geplant ist, besteht mit NIC ein Vakuum an Kontakten seitens der Bundesregierung. Zuletzt war Dg33 im November 1986 in Managua.<sup>20</sup> Die Gespräche verliefen damals unergiebig. Die Sandinisten behandelten uns als einen Partner, von dem wenig zu erwarten ist. Das hat sich inzwischen geändert.

Es wird vorgeschlagen, die Anregung der hiesigen Botschaft von Nicaragua aufzugreifen und amtliche Konsultationen auf der Ebene Westeuropadirektor/Dg33 durchzuführen. Aus hiesiger Sicht schiene ein Zeitpunkt vor dem Ablauf der 90-Tage-Frist (5. November 1987) sinnvoll, die der Guatemala-Plan für die gleichzeitige Implementierung der Ziele demokratische Öffnung und Waffenstillstand mit den Rebellen setzt. Die Reise sollte dazu genutzt werden,

- die Sandinisten zur Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen anzuhalten und
- unsere Kontakte zur Opposition zu unterstreichen.

Beide Anliegen sind erklärte Ziele der US-Politik nach dem GUA-Gipfel. Die Reise wäre – neben der bilateralen Zielsetzung – zugleich Nachweis unserer Bemühungen, dem GUA-Plan zum Erfolg zu verhelfen.

Die Frage der Wiederaufnahme unserer Finanziellen Zusammenarbeit mit NIC wird durch das Gespräch auf Ebene Dg33 nicht präjudiziert. Den NIC-Gesprächspartnern könnte jedoch erneut verdeutlicht werden, weshalb sie eingestellt wurde<sup>21</sup> und daß ohne eine Verwirklichung der im Dokument von Guatemala aufgezeigten Grundprinzipien an eine Wiederaufnahme nicht zu denken ist.

5) Der Besuch von Dg33 in NIC sollte mit kurzen Aufenthalten in ELS und HON verbunden werden. Damit wirkt das Gespräch mit Managua weniger spektaku-

<sup>19</sup> José Simón Azcona del Hoyo.

<sup>20</sup> Ministerialdirigent von Schubert besuchte Nicaragua vom 3. bis 5. November 1986. Am 7. November 1986 übermittelte Botschafter Rusnak, Managua, einen von Schubert gefertigten Bericht über den Besuch. Dieser habe sich auf Gespräche mit Vertretern oppositioneller Parteien und Vertretern der Kirche konzentriert: „Sie vermittelten Eindruck eines gewissen Spielraumes der Opposition, ohne jedoch am Hegemonieanspruch der Sandinisten den geringsten Zweifel aufkommen zu lassen. Interne Querelen und Unfähigkeit zur Abstimmung untereinander geben den meisten Parteien auf Dauer keine Chance. [...] Der Dialog der Regierung mit der Kirche geht nach Ansicht Kardinal Obandos auf die taktische Absicht der Sandinisten zurück, Kritik des Auslandes aufzufangen. Er wird als ein Versuch gesehen, die Rolle der Kirche auf ihre spirituelle Aufgabe einzuschränken.“ Die Unterredung mit dem Vertreter des außenpolitischen Büros der FSLN habe der „Kühle der bilateralen Beziehungen“ entsprochen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 284; Unterabteilung 33, Bd. 146539.

<sup>21</sup> Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit teilte dem Auswärtigen Amt am 21. Mai 1986 mit: „Die Bundesregierung macht Neuzusagen im Rahmen der staatlichen bilateralen Zusammenarbeit mit Nicaragua davon abhängig, daß die nicaraguanische Regierung ihre Politik der Destabilisierung von Nachbarländern aufgibt und den Weg der Demokratie einschlägt. Die z.Z. noch laufenden fünf Vorhaben der staatlichen bilateralen Technischen Zusammenarbeit werden weiter abgewickelt. Es handelt sich um Vorhaben in den Bereichen gewerbliche Berufsausbildung, Pflanzenschutz, Primarschulwesen, Vermessungswesen und Ausbildungsförderung des Instituts für Unternehmensführung [...]. Im Bereich der bilateralen staatlichen Finanziellen Zusammenarbeit mußte wegen nicaraguanischer Zahlungsrückstände (aus FZ und Handelsforderungen) ein Auszahlungsstopp für alle noch nicht abgeflossenen Mittel aus FZ-Verträgen verhängt werden. Über FZ-Zusagen in Höhe von 40 Mio. DM sind keine Regierungsvereinbarungen mehr geschlossen worden.“ Vgl. das Schreiben; Referat 331, Bd. 136379.

lär, weil eingerahmt in die regelmäßigen Kontakte mit den beiden ZA-Ländern, die mit NIC die Hauptlast des Konflikts tragen.<sup>22</sup>

Schlagintweit

Referat 331, Bd. 136364

## 254

### Aufzeichnung des Botschafters Holik

221-376.00-1470/87 VS-vertraulich

11. September 1987<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Vorbereitung der Besprechung bei Herrn BM am 14.9. um 9.00 Uhr

Zeitpunkt der Vorlage: sofort

Rückfragen: VLR Gruber (HR<sup>4</sup>: 4272)

Betr.: Konventionelle Rüstungskontrolle;  
hier: Stand unserer Überlegungen über ein Modell eines westlichen Verhandlungsvorschlags<sup>5</sup>

Bezug: Vermerk BM vom 9.9.87 auf Vorlage 221-376.00-1191/87<sup>6</sup> VS-v vom 7.7.87

Anlg.: (nur bei Original):

1) Vorlage vom 7.7.87<sup>7</sup>

2) Vermerk BM vom 9.9.87<sup>8</sup>

1) Regionalkonzept, Perspektiven für ganz Europa

Bei der Stabilisierung des konventionellen Kräfteverhältnisses in Europa gilt es, zwei Gesichtspunkte, die zu einem gewissen Grad in einem Spannungsverhältnis stehen, gleichzeitig zu berücksichtigen:

<sup>22</sup> Zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Nicaragua vgl. ferner Dok. 289.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Vortragendem Legationsrat Gruber konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 11. September 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 13. September 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Elbe am 16. September 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Holik und Referat 221 verfügte.

Hat Holik am 9. Oktober 1987 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Gruber erneut vorgelegen.

<sup>4</sup> Hausruf.

<sup>5</sup> Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 216.

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „1196/87“.

<sup>7</sup> Dem Vorgang beigelegt. Botschafter Holik vermerkte, das Auswärtige Amt habe mit dem Bundesministerium der Verteidigung ein Verhandlungskonzept erarbeitet: „Ein westlicher Vorschlag sollte darauf abzielen, wichtige Kategorien konventionellen Großgeräts, bei denen der WP ein für seine Invasionsfähigkeit ausschlaggebendes Übergewicht hat, zuerst in Teilregionen Europas und dann in ganz Europa auf gleiche Obergrenzen zu reduzieren und zu begrenzen. Bei Reduzierungen auf

- Erfassung von ganz Europa (Vermeidung von Sonderzonen, Ausweitung des MBFR-Raums, kein Zulassen eines rüstungskontrollpolitischen Sonderstatus für die Großmacht Sowjetunion),
- Beseitigung regionaler Disparitäten (vor allem des für uns besonders bedrohlichen Übergewichts des WP in Europa-Mitte, Abbau der starken Präsenz vorwärtsdislozierter sowjetischer Kampfverbände in Zentraleuropa).

Ein westlicher KRK-Vorschlag sollte die für die Invasionsfähigkeit des WP essentiellen Elemente seines Streitkräfte-Dispositivs mit Vorrang erfassen:

- die vorne in Mitteleuropa dislozierten, durch hohen Bereitschaftsgrad ausgezeichneten und damit zum überraschenden Angriff befähigten Panzer- und motorisierten Schützendivisionen der SU,
- die in der westlichen SU stationierten, im Rahmen des östlichen Staffelprinzips und der sowjetischen „Kriegsschauplatzorganisation“ für den Einsatz gegen Europa-Mitte wichtigen Verstärkungskräfte.

Ein Vorschlag zur Herstellung gleicher Obergrenzen für Europa-Mitte nähme gezielt diese Kräfte aufs Korn. Theoretisch denkbar wäre auch eine umgekehrte Vorgehensweise von außen nach innen: von Anfang an Obergrenzen für ganz Europa. Da wir aber auf jeden Fall verhindern wollen, daß der Warschauer Pakt die zur Erreichung der Höchstgrenzen notwendigen Reduzierungen nicht nur bei den – weniger bedrohlichen – rückwärtigen Verbänden vornimmt, müßte ein Modell von Obergrenzen für ganz Europa mit zusätzlichen Auflagen verbunden werden, um die vorne stationierten Streitkräfte der SU in den Griff zu bekommen.

Zahlenbeispiel der unerwünschten Wirkung eines Modells, das Höchstgrenzen nur für ganz Europa vorsehe: Panzer-Ceiling von 20000 in ganz Europa, d. h. Ab-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1284*

gleiche Obergrenzen sollte regional differenziert und unter Konzentration auf die bedrohlichsten Waffenkategorien in Schritten vorgegangen werden.“ Zur regionalen Differenzierung habe man das Gesamtgebiet Europa vom Atlantik bis zum Ural in vier Regionen eingeteilt (Nord, Mitte, Süd, Tiefe), die alle auch Teile der UdSSR umfassen würden. Beim Großgerät (Kampfpanzer und Schützenpanzer, Artillerie, Kampfhubschrauber und Kampfflugzeuge) sollten Reduzierungen zunächst die bodengestützten Waffen erfassen, also Panzer und Artillerie. Aufgrund der größten Konzentration von Streitkräften in diesem Raum sollten die Reduzierungen in der Region Mitte beginnen. Der Verhandlungsprozeß könnte drei Phasen umfassen: „a) Phase 1: Vorabreduzierungen amerikanischer und sowjetischer Verbände in proratorischem Verhältnis mit dem Ziel, die Fähigkeit des WP zum Überraschungsangriff zu vermindern. b) Phase 2: Herstellung von Parität beim kampffentscheidenden Großgerät durch Vereinbarung gleicher Höchststärken. c) Phase 3: Auf dieser Basis symmetrische Reduzierungen auf ein wesentlich niedrigeres paritätisches Niveau“. Es sei aber nicht zu empfehlen, „den Gedanken einer Reduzierung amerikanischer und sowjetischer Streitkräfte in Phase 1 von uns aus in das Bündnis einzuführen, solange die Amerikaner selbst keine entsprechende Initiative ergreifen“. Amerikanische Reduzierungen in Westeuropa als Gegenleistung für sowjetische Reduzierungen außerhalb des Territoriums der UdSSR könnten den „Eindruck eines abnehmenden amerikanischen Engagements“ erwecken. Vgl. VS-Bd. 11539 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>8</sup> Bundesminister Genscher notierte auf der Aufzeichnung des Botschafters Holik vom 7. Juli 1987 handschriftlich: „1) Das Regionalkonzept erscheint vernünftig. Es bedarf der Ergänzung durch Perspektiven für die anderen Regionen. 2) Das Prinzip des Phasenkonzepts ist richtig, Parallelität der Erörterung der Doktrinen notwendig. 3) Es wird leichter sein, sich bei einem Zwei-Phasen-Konzept zu verständigen, wenn man sich zuerst über das Endziel der zweiten Phase verständigt und dann über den Inhalt der ersten Phase. Die Hosenknoptheorie ist illusionär. Der Schlüssel liegt in der Verständigung zunächst über den Grundsatz der Asymmetrie, sodann über das beiderseitige Schrittmaß. 4) Die Bedenken gegen isolierte US-UdSSR-Reduzierungen überzeugen. 5) Ich bitte, diese Gedanken einzubeziehen. 6) R[ücksprache] Anfang kommender Woche.“ Vgl. VS-Bd. 11539 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

bau von ca. östlichen 30 000 Panzern; diese Zahl könnte vom WP so aufgeteilt werden, daß bei Zuweisung von ca. 4000 Panzern für die NSWP-Staaten die SU die ihr dann zustehenden 16000 Panzer so verteilte, daß sie 10 000 in Mitteleuropa behielte – keine Änderung im Vergleich zum Status quo! – und ihre Bestände in der westlichen SU auf 5000 halbierte und ihre rückwärtigen Reserven radikal auf 1000 abbaute.

Auch ein Vorschlag, der zuerst bei Europa-Mitte (NGA<sup>9</sup> + F + GB im Westen + Ungarn + drei westliche Militärbezirke der SU im Osten oder WEU-Raum und östliches Pendant) ansetzte, würde sich von vorneherein auch zugleich schon auf ganz Europa durch mehrere Aspekte erstrecken:

- Durch Reduzierungsmodalitäten (Großgerät bzw. Verbände wären aus Europa-Mitte abzuziehen, zu vernichten bzw. aufzulösen oder zumindest jenseits des Urals zu verlegen; wichtiger Unterschied zu MBFR, wo SU-Truppen aus der NGA in die europäische Sowjetunion verlagert werden könnten).
- Durch Nichterhöhungsverpflichtung für die anderen Regionen Europas, die unverzichtbares Pendant zu gleichen Höchststärken in Kernregion sein müßte.
- Durch Informationsaustausch über Ausrüstung und Gliederung der Verbände in Kernregion sowie auch in allen anderen Regionen (notwendig u.a. auch zur Verifizierung der Nichterhöhungsverpflichtung).
- Durch ergänzende stabilisierende Maßnahmen, die in ganz Europa Anwendung finden („constraints“ wie z.B. Dislozierungsbeschränkungen gegenüber den Flankenstaaten; Präsenzbeschränkungen, durch die der Präsenzgrad von Verbänden begrenzt und die Auffüllung von Verbänden Notifizierungspflichten unterworfen werden könnte).
- Gleiche Höchstgrenzen für ganz Europa, die aber erst in einer zweiten Phase nach Herstellung gleicher Ceilings in Europa-Mitte erreicht würden.

Ein Regionalkonzept, das den Schwerpunkt einer ersten Phase von KRK auf Europa-Mitte legen würde, unterschiede sich nach unseren Überlegungen vom traditionellen MBFR-Ansatz in wesentlichen Punkten und würde einen erheblich größeren Raum erfassen:

- auf östlicher Seite auch militärisch sehr bedeutsames sowjetisches Territorium (Baltikum, Weißrußland, Karpaten),
- im Westen Frankreich, Großbritannien, evtl. auch Italien; dadurch wäre die BR Deutschland nicht mehr wie bei MBFR der deutlich herausragende Hauptbetroffene.

Unser Arbeitspapier für das HLTF-Papier skizzierte ein Regionalkonzept, das den Gedanken von Höchstgrenzen für die Regionen Nord und Süd implizierte. Unsere eigenen Überlegungen – wie auch die von Briten, Niederländern – konzentrierten sich bislang auf gleiche Obergrenzen in der uns betreffenden Zentralregion. Von Türken oder Norwegern wurden bisher in der HLTF keine Gedanken zu den sie betreffenden Regionen Süd oder Nord eingeführt. Wir haben vor, mit den Türken bilateral über ihre Vorstellungen über einen KRK-Vorschlag zu sondieren.

<sup>9</sup> NATO Guidelines Area.



## 2) Erörterung über Militärdoktrinen

Die vom Osten vorgeschlagene Diskussion über Militärdoktrinen und insbesondere Punkt 3, Ziffer 7 der WP-Erklärung über Militärdoktrinen von Berlin (Ost)<sup>10</sup> („die Verminderung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa auf ein Niveau, auf dem jede Seite bei Gewährleistung der eigenen Verteidigung über keine Mittel für einen Überraschungsangriff auf die andere Seite sowie für Angriffsoperationen überhaupt verfügt“<sup>11</sup>) können als ein Einstieg bei KRK-Verhandlungen genutzt werden, um

- gemeinsam festzustellen, was unter dem Ziel konventioneller Stabilität zu verstehen ist und welche Streitkräfteelemente, Waffen und Streitkräftedislozierungen die beiden Seiten als besonders bedrohlich und für Invasionsfähigkeit konstitutiv ansehen;
- konkrete Maßstäbe dafür zu entwickeln, welcher Umfang, welche Ausrüstung und Dislozierung von Streitkräften der erklärten Aufgabe der Kriegsverhinderung und Selbstverteidigung entsprechen müßten, und so Kriterien für die Festlegung gleicher Obergrenzen bzw. für die Vereinbarung von Reduzierungen, Limitierungen und Redislozierungen abzuleiten.

Der Westen kann bei einer solchen Erörterung anknüpfen bei dem in jüngster Zeit vom WP in die Diskussion übernommenen Konzept der „Suffizienz“. Der Westen könnte in den Verhandlungen eine günstige Ausgangsposition für sich dadurch schaffen, indem er das Postulat der „Suffizienz“ mit dem tatsächlich existierenden Streitkräftedispositiv des WP vergleicht.

Der WP hat im übrigen in seinen Mandatsentwurf für die KRK<sup>12</sup> das Petikum aufgenommen, die Militärdoktrinen defensiv zu gestalten.

## 3) Phasenkonzept

Bei der Ausarbeitung eines Ansatzes von Verhandlungen in Phasen wird es wichtig sein, eine Zielperspektive aufzustellen, die es in einem schrittweisen Herangehen zu erreichen gilt. Als eine solche Perspektive könnte das Ziel herausgestellt werden, als notwendige (wenn auch nicht hinreichende) Bedingung für Stabilität gleiche Höchststärken bei besonders für Offensivfähigkeit relevanten Streitkräfteelementen in ganz Europa herzustellen; als illustratives Beispiel: bei 16 000 Panzern, 12 500 Artillerie-Geschützen und 2,5 Mio. Soldaten auf beiden Seiten in Europa. Über dieses Ziel sollte frühzeitig eine grundsätzliche Einigung herbeigeführt werden (wie bei MBFR über das Ziel 700 000 bzw. 900 000 Mann in Zentraleuropa).

Eine erste Phase auf dem Weg zu diesem Ziel könnte folgende Schritte umfassen:

- Abzug z.B.<sup>13</sup> amerikanischer und sowjetischer stationierter Verbände, ihrem derzeitigen Verhältnis entsprechend und gleichzeitig als Beitrag zur:
- Herstellung gleicher Obergrenzen bei kampfentscheidendem Großgerät (Panzer, Artillerie) in Europa-Mitte gemäß dem Regionalkonzept etwa bei 95 % des derzeitigen Kräfteniveaus der schwächeren Seite,

<sup>10</sup> In Ost-Berlin fand am 28./29. Mai 1987 die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts statt. Für den Wortlaut des Communiqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–391.

<sup>11</sup> Vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 393.

<sup>12</sup> Die Warschauer-Pakt-Staaten unterbreiteten am 22. Juni 1987 in Wien Vorschläge für ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa. Vgl. dazu Dok. 216, Anm. 16.

<sup>13</sup> Diese Abkürzung wurde von Botschafter Holik handschriftlich eingefügt.

- detaillierter Informationsaustausch über Struktur, Dislozierung, Geräte- und Personalausstattung der Verbände nach Erreichen der Höchststärken zu Verifikationszwecken und gleichzeitig als vertrauensbildende und beschränkende Maßnahme, allerdings mit der Maßgabe, daß Strukturen – innerhalb der vereinbarten Höchstgrenzen – unter Einhaltung festzulegender Notifizierungsfristen (beispielsweise innerhalb von sechs Monaten) – geändert werden könnten.

In einer zweiten Phase könnten entsprechende Höchstgrenzen für ganz Europa hergestellt werden.

Eine dritte Phase könnte erneut mehrere Elemente umfassen:

- <sup>14</sup>symmetrische Reduzierungen beider Seiten bei den vereinbarten Kategorien von Großgerät beispielsweise um 25 %,
- ausgehend vom Informationsaustausch über die Gliederung der Streitkräfte gemäß Phase I weitergehende Auflagen für die Streitkräftestrukturen, die den Verteidiger begünstigen, den Angriff – u. a. durch Gewinn an Vorwarnzeit – erschweren.<sup>15</sup>

Holik

**VS-Bd. 11539 (221)**

<sup>14</sup> An dieser Stelle wurde von Botschafter Holik folgender Absatz gestrichen: „– weitere Reduzierungen stationierter amerikanischer und sowjetischer Verbände“.

<sup>15</sup> Vortragender Legationsrat Gruber vermerkte am 18. September 1987: „1) Am 14.9. fand bei BM Genscher eine Besprechung über die Substanz eines KRK-Vorschlags statt. Teilnehmer: StS Sudhoff, D 2A, Botschafter Citron, RL 221, RL 220, Leiter MB, RL 013, VLR Elbe, RL 221 i. V., L Pl. 2) BM stellte Fragen zu unserem Regionalkonzept. Seine Fragestellung brachte zum Ausdruck, wie stark ihm daran liegt, eine Wiederholung der geographischen Probleme von MBFR zu vermeiden. Er fragte vor allem, welche Perspektiven in unseren Überlegungen für die anderen Regionen als Europa-Mitte vorgesehen seien. D 2A antwortete auf der Linie unserer Vorlage vom 11.9. 3) BM erkundigte sich nach dem Phasenkonzept und bekräftigte, daß isolierte amerikanisch-sowjetische Reduzierungen politisch nicht erwünscht seien. D 2A antwortete, daß etwaige Reduzierungen sowjetischer und amerikanischer Verbände, wozu im Bündnis die Initiative von den Amerikanern ausgehen müßte, auf jeden Fall Teil eines Gesamtkonzeptes und nicht eine isolierte Phase bilden müßten. D 2A knüpfte an die Ideen für eine Ausgestaltung von drei Phasen, wie sie in der Vorlage vom 11.9. skizziert sind, an und entwickelte den Gedanken einer dritten Phase, die die Ausarbeitung von strukturellen Maßnahmen zum Gegenstand haben könnte.“ Vgl. Referat 221, Bd. 144803.

## 255

**Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger**

VS-NfD

11. September 1987<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 56/57 Ortex

Zum offiziellen Arbeitsbesuch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Erich Honecker, in der Bundesrepublik Deutschland vom 7. bis 11. September 1987

I. Mit dem Besuch von GS Honecker ist ein seit mehreren Jahren von beiden Seiten beabsichtigtes wichtiges Besuchsvorhaben für beide Seiten zufriedenstellend verwirklicht worden. Die Gespräche in Bonn bestätigten den Kurs beider Regierungen. Sie zeigten und stellten deutlich heraus die weiterbestehenden unterschiedlichen Auffassungen in grundsätzlichen Fragen. Dem Gast blieben keine der für ihn unangenehmen Fragen erspart. Die Forderung nach Freizügigkeit für die Menschen in der DDR und das menschenunwürdige Grenzregime wurden deutlich angesprochen. Gleichwohl war man sich einig, die pragmatische Zusammenarbeit in den Bereichen, wo hierzu Möglichkeiten bestehen, fortzusetzen. Wichtigstes Ergebnis ist die ausdrückliche Bestätigung seitens der DDR-Führung, den seit 1986 erheblich ausgeweiteten Reiseverkehr in Ost-West-Richtung für Personen unterhalb des Rentenalters fortzusetzen und weiter auszubauen.<sup>2</sup> Bedeutsam ist auch, daß die Einbeziehung Berlins in die Zusammenarbeit, die wir als unverzichtbare Geschäftsgrundlage für die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen ansehen, von der DDR grundsätzlich und ausdrücklich anerkannt wurde. Beide Seiten haben den Besuch zum Anlaß genommen, zu verdeutlichen, daß aus den innerdeutschen Beziehungen keine Spannungen erwachsen dürfen, vielmehr wollen sie ein Beispiel für friedliche Zusammenarbeit im West-Ost-Verhältnis geben und zur Entspannung der Lage in Europa beitragen. Beide Seiten streben eine Verstärkung der Kontakte auf allen Ebenen an. Hier zählen auch Gipfelbegegnungen.

II. Der Besuch von GS Honecker war ein Arbeitsbesuch auf Einladung des Bundeskanzlers. Honecker, zu dessen wichtigsten Begleitern das für Wirtschafts-

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Zum innerdeutschen Reiseverkehr vgl. Dok. 245, Anm. 5.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach vermerkte am 9. Januar 1987: „1) Neues Deutschland hat am 7.1. auf der Titelseite die ADN-Meldung wiedergegeben, mit der bisherige Angaben unserer Seite vom MfAA korrigiert werden, wonach 1986 nur ca. 200 000 Personen aus der DDR wegen dringender Familienangelegenheiten in die Bundesrepublik besuchsweise reisen durften. Das MfAA nennt die Zahl 573 000. Ergänzend hat MfAA-AL Seidel gegenüber der StÄV in Berlin (Ost) mitgeteilt, daß in diesen Zahlen keine Personen im Rentenalter enthalten seien. 2) Die Meldung wird im BMB als Sensation gewertet. [...] 3) Die Veröffentlichung im ND ist in erster Linie als innenpolitisches Signal anzusehen. Die Experimentierphase, die im März 1986 begann, ist offenbar positiv abgeschlossen worden. Auch nach bisherigen Feststellungen des BMB hat sich der Prozentsatz derer, die von den Reisen nicht in die DDR zurückkehrten, 1986 nicht erhöht (ca. 1 %).“ Die Gründe „für die Wende in der Westreisepolitik der DDR dürften auf den anhaltenden Druck der Bevölkerung und den Wunsch der DDR-Führung zurückzuführen sein, die Leistungsmotivation der arbeitenden Bevölkerung zu steigern. Dem kommt die Situation struktureller Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland risikomindernd entgegen. Die neue Politik der Reiseerleichterungen ist gleichzeitig ein Anzeichen für die fortschreitende innere Konsolidierung der DDR.“ Vgl. Referat 210, Bd. 145175.

fragen zuständige Politbüromitglied Dr. Günter Mittag, Außenminister Oskar Fischer und der Minister für Außenhandel, Dr. Gerhard Beil, gehörten, besuchte im Anschluß an seine Gespräche in Bonn (7./8.9.) Nordrhein-Westfalen, das Saarland, Rheinland-Pfalz und Bayern (9. bis 11.9.), wo er auch jeweils mit den Ministerpräsidenten dieser Länder zusammentraf<sup>3</sup> (vgl. auch Plurez Nr. 5677 vom 17.7.1987<sup>4</sup>, das inzwischen allen Auslandsvertretungen vorliegt).

Das Programm in Bonn schloß außerdem ein Gespräch und Mittagessen mit dem Bundespräsidenten<sup>5</sup> sowie parallele Gespräche von Dr. Mittag mit BM Bange-  
mann und AM Fischer mit BM Wilms und BM Genscher ein.

Generalsekretär Honecker wurde am Flughafen durch den Chef des Bundeskanzleramtes, BM Dr. Schäuble, begrüßt und im Hof des Bundeskanzleramtes vom Bundeskanzler mit militärischen Ehren empfangen.

Die Gespräche des Bundeskanzlers mit GS Honecker fanden im Rahmen von zwei Delegationsgesprächen und zwei Begegnungen im kleineren Kreis statt.<sup>6</sup> Während in der Eröffnungsrunde dieser Gespräche das Verhältnis der beiden deutschen Staaten im Gesamtkontext der internationalen Beziehungen gewürdigt wurde, standen in den späteren Gesprächen die bilateralen Fragen im Vordergrund. In den für die Öffentlichkeit bestimmten Tischreden des Bundeskanzlers und des Generalsekretärs<sup>7</sup> wurde unterschiedlich gewichtet. Der Bundeskanzler nahm die Gelegenheit zum Anlaß, alle grundsätzlichen Fragen darzulegen, die sich aus der Teilung Deutschlands ergeben, und zugleich den Willen zur pragmatischen Zusammenarbeit im Interesse der Menschen deutlich zu machen. GS Honecker benutzte seine Tischrede zu einer Darstellung der hinlänglich

<sup>3</sup> Für die Gespräche des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, mit Ministerpräsident Rau (Nordrhein-Westfalen) am 9. September 1987 in Düsseldorf, mit Ministerpräsident Lafontaine (Saarland) am 10. September 1987 in Saarbrücken, mit Ministerpräsident Vogel (Rheinland-Pfalz) am 10. September 1987 in Trier und mit Ministerpräsident Strauß (Bayern) am 11. September 1987 in München vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 638–646, S. 651–654, S. 655 f. und S. 657–661.

<sup>4</sup> Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen informierte: „Vom 9. bis 11.9.1987 wird GS Honecker Städte in Nordrhein-Westfalen, Saarland, Rheinland-Pfalz und Bayern besuchen. Am 9. September wird er sich zu Gesprächen in Düsseldorf und Essen aufhalten, am 10. September Saarbrücken aufsuchen und von dort aus einen Abstecher nach Trier zur Besichtigung des Geburtshauses von Karl Marx unternehmen. Im Anschluß daran hält sich GS Honecker privat in Neunkirchen/Wiebelkirchen (sein Geburtsort) auf; am 11. September ist ein Aufenthalt in München mit einem Besuch der Gedenkstätte Dachau vorgesehen.“ Vgl. den Runderlaß; Referat 210, Bd. 139187.

<sup>5</sup> Für das Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 7. September 1987 in der Villa Hammerschmidt vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 576–581.

<sup>6</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 7. September 1987 im Kreis der Delegationen vgl. Dok. 244.

Für das Gespräch Kohls mit Honecker am 7. September 1987 im kleinen Kreis vgl. Dok. 245.  
Für das Gespräch Kohls mit Honecker am 8. September 1987 im kleinen Kreis vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 600–603. Vgl. dazu auch die Gesprächsaufzeichnung; Bundesarchiv, B 136/59755.

Für das Gespräch Kohls mit Honecker am 8. September 1987 im Kreis der Delegationen vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 604–606. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup vom selben Tag; Referat 210, Bd. 145161. Vgl. dazu ferner die Gesprächsaufzeichnung; Bundesarchiv, B 136/20572.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl beim Empfang des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 7. September 1987 in der Redoute in Bonn-Bad Godesberg sowie der Rede Honeckers vgl. BULLETIN 1987, S. 705–708. Für den Wortlaut vgl. ferner die Artikel „Praktische Zusammenarbeit trotz aller Gegensätze“ und „DDR erstrebt Koalition der Vernunft und des Realismus“; NEUES DEUTSCHLAND vom 8. September 1987, S. 3.

bekannten DDR-Positionen zu internationalen Fragen und zum Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland.

Als wichtige Bestandteile des Arbeitsbesuches sind ferner die Unterzeichnung von drei Abkommen auf den Gebieten Umwelt, Strahlenschutz und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit<sup>8</sup> sowie die Verabschiedung eines Gemeinsamen Kommuniqués<sup>9</sup> hervorzuheben. Eine Einigung über dieses Kommuniqué fand bereits kurz vor Beginn des Besuches statt. Die im Verhältnis zu den WP-Staaten inzwischen unübliche Vereinbarung eines Kommuniqués beruht auf der durch die Begegnung BK Schmidt–GS Honecker am Werbellinsee 1981<sup>10</sup> begonnenen Tradition, die angesichts der Kompliziertheit der innerdeutschen Beziehungen und ihrer Abhängigkeit von der allgemeinen Entwicklung der West-Ost-Beziehungen als Berufungsgrundlage für die Weiterentwicklung der Beziehungen nicht ohne Wert ist.

III. Die Gespräche des Bundeskanzlers mit GS Honecker fanden in einer auf die Sache orientierten, ernsthaften und konstruktiven Atmosphäre statt. Die bestehenden unterschiedlichen Auffassungen und Zielvorstellungen in grundsätzlichen Fragen wurden in den Gesprächen deutlich herausgestellt. GS Honecker ließ aber die sog. Geraer Forderungen<sup>11</sup> (mit Ausnahme der Elbgrenzfrage<sup>12</sup>) unerwähnt. Im Vordergrund stand der deutliche Wille, auch der DDR, die Zusammenarbeit, dort wo sie möglich ist, durch konkrete Schritte fortzusetzen.

Beide Seiten sehen ihre Beziehungen eingebettet in die Gesamtentwicklung des Ost-West-Verhältnisses, insbesondere der Beziehungen zwischen den USA und der SU. Sie gehen davon aus, daß die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten einen positiven Beitrag für die Weiterentwicklung des West-Ost-Verhältnisses leisten kann.

Im Rahmen des Dialogs über die Fragen der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung trugen beide Seiten die Positionen der jeweiligen Bündnisse vor. Übereinstimmung herrschte insbesondere hinsichtlich der Wünschbarkeit eines raschen Abschlusses des INF-Abkommens, um die bestehende Chance zu nutzen. Beide Seiten gehen dabei von der Erwartung aus, daß ein INF-Abkommen den Einstieg in weitere Abrüstungsschritte bedeutet.

Der Bundeskanzler würdigte die von GS Gorbatschow in der Sowjetunion eingeleiteten Entwicklungen als eine Chance auch für die weitere Gestaltung der

<sup>8</sup> Zu den Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vom 8. September 1987 vgl. Dok. 244, Anm. 13.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1987, S. 710–713.

<sup>10</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368. Vgl. dazu auch DzD VI/7, S. 423–534.

<sup>11</sup> Am 13. Oktober 1980 nannte der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, bei einer Rede in Gera folgende Bedingungen für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR: die Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft und damit zusammenhängend den Verzicht, Reisepässe der Bundesrepublik an Bürger der DDR auszugeben, die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter, die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Bonn bzw. Ost-Berlin in Botschaften sowie die Regelung des innerdeutschen Grenzverlaufs im Bereich der Elbe. Für den Wortlaut vgl. HONECKER, Reden, Bd. 7, S. 415–452. Vgl. dazu auch AAPD 1980, II, Dok. 305 und Dok. 313.

<sup>12</sup> Zur Frage des Grenzverlaufs zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Bereich der Elbe vgl. Dok. 244, Anm. 28.

Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. GS Honecker unterstrich die Ernsthaftigkeit der Bemühungen von GS Gorbatschow und seine Überzeugung, daß diese in einem langfristigen Entwicklungsprozeß, in dem die DDR ihrerseits bereits weiter vorangeschritten sei, erfolgreich sein werden.

Im Vordergrund der Erörterung der bilateralen Fragen standen die menschlichen Erleichterungen, insbesondere der Reiseverkehr. Die von GS Honecker in diesem Zusammenhang beschriebene Entwicklung weist auf eine Fortsetzung des seit 1986 erheblich ausgeweiteten Reiseverkehrs für Personen unterhalb des Rentenalters aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland hin. Bis zum 31. August d.J. besuchten nach Angaben Honeckers 866918 Personen dieser Kategorie die Bundesrepublik Deutschland. (Bei einer Hochrechnung würden demnach bis Jahresende 1987 1,2 Mio. Personen in den Genuß eines Besuches in der Bundesrepublik Deutschland kommen; zusammen mit den Rentnern nannte Honecker die Zahl von 3,2 Millionen Reisenden für 1987.)

Dies ist eine bedeutsame Entwicklung nicht nur für die betroffenen Menschen, sondern auch hinsichtlich der damit verbundenen Konsequenzen für die innenpolitische Lage in der DDR. Die Gespräche machten deutlich, daß auf seiten der DDR Überlegungen darüber angestellt werden, wie der Reiseverkehr aus der DDR positiv weiterentwickelt werden kann.

Im Vorfeld des Besuches hatte die Bundesregierung einseitig eine Erhöhung des sog. Begrüßungsgeldes für DDR-Besucher eingeführt<sup>13</sup>, um mit dem Mangel an Devisen begründete Kürzungen der Reisegelder durch die DDR auszugleichen. Im Vorfeld des Besuches wurde auch eine 50-prozentige Fahrpreisermäßigung im wechselseitigen Eisenbahnverkehr für Rentner und für Reisende in dringenden Familienangelegenheiten aus der DDR und Inhaber von Senioren- und Familienpässen aus der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Transitverkehrs nach Berlin (West) vereinbart.<sup>14</sup> Außerdem hat die DDR die Absicht bekundet, den Telefonverkehr zu verbessern.<sup>15</sup>

Fragen der schrittweisen Entwicklung des Tourismusverkehrs wurden in den Gesprächen andiskutiert. Es ist noch nicht absehbar, inwieweit die DDR hier in der Lage ist, sich auf eine Öffnung größeren Umfangs einzulassen.

Deutlich war die Bereitschaft auf DDR-Seite, auf der Grundlage des Kulturabkommens<sup>16</sup> die vielfältigen Kontakte im staatlichen und kommerziellen Bereich der Kulturbeziehungen auszubauen. Auch hinsichtlich der Städtepartnerschaften<sup>17</sup> lassen die Äußerungen von GS Honecker darauf schließen, daß den ersten, vorsichtigen Schritten der DDR weitere folgen werden.

<sup>13</sup> Vgl. dazu die Erklärung der Bundesministerin Wilms vom 27. August 1987 über die Erhöhung des Begrüßungsgeldes auf 100 DM im Jahr ab 1. September 1987; TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/5, S. 170.

<sup>14</sup> Vgl. dazu die Mitteilung des Bundesministeriums für Verkehr vom 1. September 1987; TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/5, S. 182.

<sup>15</sup> Vgl. dazu die Mitteilung des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen vom 24. November 1987 über Verbesserungen im Telefonverkehr mit der DDR ab 15. Dezember 1987; TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK III/5, S. 359.

<sup>16</sup> Am 6. Mai 1986 unterzeichneten Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, und der Stellvertretende Außenminister der DDR, Nier, ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN, S. 259–261.

<sup>17</sup> Zu den deutsch-deutschen Städtepartnerschaften vgl. Dok. 245, Anm. 19.



Die Gespräche haben gezeigt, daß die Lösung sogenannter humanitärer Fragen für die DDR-Führung ein schwieriges Feld bleibt. Die bisherige Praxis soll aber fortgesetzt werden.

In einem parallelen Gespräch zwischen BM Wilms und AM Fischer<sup>18</sup> wurden insbesondere die Fragen der Kontakte zwischen den Menschen und der Lösung humanitärer Probleme zusätzlich vertieft.

Angesichts der seit dem letzten Jahr stagnierenden Entwicklung des innerdeutschen Handels herrschte Übereinstimmung darüber, daß hier neue Impulse erforderlich sind. Die Aufnahme von Gesprächen über die Bildung einer Gemischten Kommission auf der Grundlage der bestehenden Abkommen und Regelungen (Berliner Abkommen<sup>19</sup>) wurde vereinbart. In den dazu parallel geführten Gesprächen zwischen BM Bangemann und Dr. Mittag wurden auch konkrete gemeinsame Umweltschutzprojekte erörtert, vor allem im Bereich der Entstickung und Entschwefelung von Kraftwerken. Hinsichtlich der laufenden kommerziellen Verhandlungen über einen Stromverbund D–DDR<sup>20</sup> unter Einfluß Berlins vermittelten die Gespräche den Eindruck eines baldmöglichen Abschlusses.<sup>21</sup>

Die Verhandlungen über die Reduzierung der Salzbelastung der Werra sollen rasch beendet werden.<sup>22</sup> Wir haben erneut darum gebeten, Gespräche über die Belastung der Elbe aufzunehmen.

<sup>18</sup> Im Gespräch der Bundesministerin Wilms mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 7. September 1987 wurden die innerdeutschen Beziehungen erörtert, vor allem Einreise- und Ausreise-fragen, die Höhe der Mindestumtauschsätze bei Reisen in die DDR und nach Ost-Berlin, die Lage an der innerdeutschen Grenze, Städtepartnerschaften, Umweltprobleme und die Zusammenarbeit beim Umweltschutz sowie die Kulturbedingungen. Zur Frage des Schießbefehls legte Fischer dar: „Die DDR hat das souveräne Recht wie jeder andere Staat auch, seine Grenzen durch sein Grenzregime zu schützen. Die Lage an unserer Grenze ist vom Stand der Beziehungen abhängig. Jahrelang hatten wir eine offene Grenze, und die DDR wurde durch Schmuggel, Menschenhandel und Provokation geschädigt. Dem setzen wir die Unantastbarkeit unserer Grenze entgegen. [...] Der Schußwaffengebrauch an dieser Grenze regelt sich wie in anderen Staaten, auch wie der an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland. Ich darf in diesem Zusammenhang an einen Artikel der ‚Frankfurter Rundschau‘ erinnern, wonach es an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland in 100 Fällen jährlich Schußwaffengebrauch gibt. Ich erinnere weiter an ihr Gesetz zur Anwendung des unmittelbaren Zwangs vom 2. März 1974.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundesarchiv, B 136/20572.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 20. September 1951 über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) (Berliner Abkommen) in der Fassung der Vereinbarung vom 16. August 1960 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 32 vom 15. Februar 1961, Beilage, S. 2. Zum ergänzenden Briefwechsel vom 6. Dezember 1968 zwischen Ministerialrat Kleindienst, Bundesministerium für Wirtschaft, und dem Stellvertretenden Minister für Außenwirtschaft der DDR, Behrendt, vgl. AAPD 1968, II, Dok. 380.

<sup>20</sup> Zu den geplanten Stromlieferungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR unter Einbeziehung von Berlin (West) vgl. Dok. 244, Anm. 16.

<sup>21</sup> In der Unterredung mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, am 7. September 1987 betonte Bundesminister Bangemann zudem die Bereitschaft, „Gespräche über die Bildung einer gemischten Wirtschaftskommission aufzunehmen. Für uns sei dies keine leichte Entscheidung gewesen. Essentiell sei die Einbeziehung von Berlin (West). Als Gesprächspartner von unserer Seite stehe StS von Würzen zur Verfügung.“ Mittag versicherte, daß Berlin (West) einbezogen werden solle: „BM Dr. Bangemann und StS Dr. von Würzen verwiesen darauf, daß im Hinblick auf EG und GATT auf die bisherigen Grundlagen des innerdeutschen Handels Bezug genommen werden müsse.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundesarchiv, B 136/20572.

<sup>22</sup> Zu den Verhandlungen über die Reduzierung der Werra-Versalzung vgl. Dok. 244, Anm. 14.



Gespräche über die Einbeziehung von Kiel, Hamburg und Hannover in den grenznahen Verkehr sollen nunmehr aufgenommen werden. Hinsichtlich des Berliner Reise- und Besucherverkehrs zeigte die DDR zwar die Bereitschaft zu gewissen technischen Verbesserungen, substantielle Verbesserungen – wie die für den grenznahen Verkehr bestehende Übernachtungsregelung – sind aber weiterhin und wohl auch angesichts des starken Reiseverkehrs aus Berlin wegen fortbestehender Sicherheitserwägungen vorerst nicht zu erwarten. Die Gespräche hierüber sollen aber fortgesetzt werden.

In der Frage der Berliner Übergänge, insbesondere hinsichtlich der Offenhaltung des Übergangs Staaken<sup>23</sup>, zeigte die DDR Flexibilität, die noch auszuloten sein wird.

Der Ausbau der Transitstrecken von und nach Berlin bleibt weiterhin ein wesentliches Element von Vereinbarungen im innerdeutschen Verhältnis. Im Hinblick auf von DDR-Seite schon vor einigen Monaten vorgeschlagene Gespräche über den weiteren Ausbau der Autobahnstrecken wurde unsererseits die prioritäre Bedeutung einer Verbesserung des Eisenbahnverkehrs von und nach Berlin herausgestellt. Die DDR erklärte sich zu Gesprächen darüber einverstanden.

Die Gespräche über die Berlin betreffenden Fragen waren insofern insgesamt bemerkenswert, als die grundsätzlichen politischen Vorbehalte der DDR, hierüber mit der Bundesregierung überhaupt zu sprechen, stärker in den Hintergrund getreten sind. Dies zeigen auch öffentliche Erklärungen des DDR-Presse-sprechers<sup>24</sup> in Bonn. Die DDR ist sich dessen zunehmend bewußt, daß die volle Teilhabe Berlins ein wesentlicher Bestandteil der innerdeutschen Beziehungen ist.

In dem im Zusammenhang mit dem offiziellen Arbeitsbesuch von GS Honecker geführten Gespräch zwischen den beiden Außenministern<sup>25</sup> wurden die Themen erörtert, die sie bei internationalen Anlässen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten (vgl. Art. 5 des Grundlagenvertrages<sup>26</sup>) seit vielen Jahren besprechen. Im Vordergrund standen allgemeine Fragen des West-Ost-Verhältnisses, der Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie der KSZE.

Neue Gesichtspunkte traten bei der Bewertung der einzelnen Fragen nicht zutage. Die Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle wurden von beiden Seiten auf der Basis der jeweiligen Bündnispositionen vorgetragen. BM Genscher erläuterte die Erklärung des Bundeskanzlers vom 26. August zu PIa<sup>27</sup>, die in der Logik und Konsequenz der bisherigen Politik der Bundesregierung liege. Es sei wichtig, daß das Gespräch Shultz–Schewardnadse<sup>28</sup> jetzt die Verhandlungen voranbringe und noch offene Fragen, die nicht uns betreffen, gelöst würden. Im

<sup>23</sup> Zur Frage der Offenhaltung des Grenzübergangs Staaken vgl. Dok. 245, Anm. 10.

<sup>24</sup> Wolfgang Meyer.

<sup>25</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 8. September 1987 vgl. Dok. 247.

<sup>26</sup> Für den Wortlaut von Artikel 5 des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDES-GESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

<sup>27</sup> Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vgl. Dok. 235.

<sup>28</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die USA vom 15. bis 17. September 1987. Vgl. dazu Dok. 261.

Hinblick auf PIa sei klar, daß dieses System auslaufen werde und daß die Sprengköpfe abgezogen würden, wenn die Raketen nicht mehr da seien. Die Erklärung des Bundeskanzlers zu PIa sei eindeutig und habe ihr Gewicht, das gewürdigt werden sollte. Ein INF-Ergebnis noch in diesem Jahr sei möglich. Manchmal sei Zeitdruck nützlich. AM Fischer äußerte demgegenüber den Eindruck, daß Washington in der Verifikationsfrage zögere.

BM wies mit Nachdruck auf das Übergewicht der WP-Staaten bei SRINF und im konventionellen Bereich hin. Über die Rolle der Militärdoktrinen sollten möglichst bald Gespräche aufgenommen werden. AM Fischer wies seinerseits auf die letzte Erklärung des Beratenden Ausschusses der WP-Staaten in Berlin hin.<sup>29</sup> Erneut sprach er sich dafür aus, daß Kontakte auch auf militärischer Ebene zwischen den beiden Bündnissen stattfinden sollten.

AM Fischer unterstrich von sich aus die Bedeutung eines Abkommens EG/RGW-Mitgliedstaaten<sup>30</sup> und kündigte an, daß die WP-Staaten Botschafter bei der EG in Brüssel akkreditieren würden.

BM stellte deutlich heraus, das das West-Ost-Verhältnis sich nicht auf die Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung verengen lasse. Zur politischen Vertrauensbildung sei eine möglichst breite Zusammenarbeit erforderlich. Unser Verhältnis zur DDR biete dafür ein gutes Beispiel. Besonders unterstrich BM Genscher die gute Zusammenarbeit im Rahmen des KSZE-Prozesses, sie könne verbessert und weiter ausgebaut werden. Die Schlußakte von Helsinki<sup>31</sup> sei unser „Marschkompaß“. Beide deutsche Staaten sollten den Ehrgeiz haben, ein Beispiel für die Entwicklung und Durchführung der Schlußakte zu geben. Es wurde vereinbart, jeweils Weisung an die Delegationen in Wien zu geben, die Kontakte vor Ort zu intensivieren.

BM Genscher unterstrich unser Bemühen, die Beziehungen auch zu den übrigen WP-Staaten, insbesondere zur Sowjetunion, weiter auszubauen. Der Moskauer Vertrag<sup>32</sup>, der noch tiefer ausgeschöpft werden könne, enthalte ein langfristig angelegtes Programm der Zusammenarbeit. Die Außenminister waren sich darüber einig, daß die Gespräche und Konsultationen über gemeinsam interessierende internationale Fragen vertieft werden sollen. Sie werden ihre Gespräche am 23. September<sup>33</sup> in New York am Rande der VN-GV fortsetzen.<sup>34</sup>

IV. Im Rahmen des Bonner Besuchsprogramms führte GS Honecker auch Gespräche mit Bundestagspräsident Jenninger<sup>35</sup> und den Fraktionsvorsitzenden

<sup>29</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts über Militärdoktrinen auf seiner Tagung am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 392–394.

<sup>30</sup> Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 177, Anm. 31.

<sup>31</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>32</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

<sup>33</sup> Korrigiert aus: „22. September“.

<sup>34</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 23. September 1987 vgl. Dok. 247, Anm. 24.

<sup>35</sup> Für das Gespräch des Bundestagspräsidenten Jenninger mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 8. September 1987 vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundesarchiv, B 136/20567. Für das Gesprächsprotokoll der DDR vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 607–609.

der Parteien im Bundestag<sup>36</sup>. Eine Aufnahme offizieller Kontakte zwischen den Parlamenten beider Staaten wurde nicht abschließend erörtert.

V. Es ist vielfach in der ausländischen Presse, insbesondere der Presse der WP-Staaten (s. auch Wojna-Leitartikel im ND<sup>37</sup>), auf den Anerkennungsaspekt des Honecker-Besuchs hingewiesen worden. Zwar stellen Vorbereitung und Abwicklung des Besuchs in keiner Hinsicht eine Abweichung von den in der Regierungserklärung vom 4. Mai 1983<sup>38</sup> genannten Grundlagen der Deutschlandpolitik und insbesondere von den Vereinbarungen des Grundlagenvertrages dar. Zweifellos hat jedoch dieser Besuch Anlaß gegeben, sich der Tatsache der deutschen Teilung in der Öffentlichkeit – national wie international – bewußter zu werden. Der Besuch hat aber auch die Besonderheit des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten deutlich aufgezeigt und deren Entschlossenheit demonstriert, ihren Beitrag für die Zusammenarbeit in Europa zu leisten. Der Besuch ist ein tiefer Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands. Gleichzeitig aber gilt, was der Bundeskanzler im Bundestag ausführte: Das Bewußtsein für die Einheit der Nation ist geschärft worden.<sup>39</sup>

Aus der Sicht der Bundesregierung ist dieser Besuch ein wichtiger Schritt auf dem langen Weg der allmählichen Überwindung der Teilung Europas, in die auch die deutsche Frage eingebettet ist. Er soll insbesondere dazu beitragen, die positive Entwicklung der Beziehungen zu stabilisieren, um sie in Zukunft fortzusetzen und weiter fördern zu können. Hauptziele dieser Politik bleiben die Erlangung von Erleichterungen für die Menschen in Deutschland und die Sicherung des Friedens in Europa.

Der Besuch von GS Honecker in der Bundesrepublik Deutschland wurde in den vergangenen Jahren mehrfach geplant, konnte aber aus den allgemein bekannten Gründen nicht durchgeführt werden.<sup>40</sup> Der für den gegenwärtigen Besuch gewählte Zeitpunkt hat sich als hilfreich für die weitere Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen und ihre Einbettung in das West-Ost-Verhältnis erwiesen. Für die laufende Legislaturperiode hat er zusätzliche Anstöße vermittelt. Er erfolgt in einem entscheidenden Moment der positiven Entwicklung des West-

<sup>36</sup> Für die Gespräche des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bundestag, Vogel, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Dregger, und dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Mischnick, sowie mit Vertretern der Grünen, die alle am 8. September 1987 auf Schloß Gymnich stattfanden, vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 613–617 und S. 620–630.

<sup>37</sup> Vgl. den Artikel „Vor dem Besuch in Bonn. Ryszard Wojna in „Rzeczpospolita““, NEUES DEUTSCHLAND vom 7. September 1987, S. 2.

<sup>38</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 4. Mai 1983 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 4. Sitzung, S. 56–74.

<sup>39</sup> Bundeskanzler Kohl äußerte sich am 10. September 1987 im Bundestag zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik. Er führte aus: „Der Verlauf des Besuches hat gezeigt, daß das Bewußtsein für die Einheit der Nation so wach ist wie eh und je. Mehr noch: Ich bin davon überzeugt, dieser Besuch hat dazu beigetragen, dieses Bewußtsein zu schärfen, indem er eindrucksvoll deutlich machte, daß Begegnungen wie die zwischen Generalsekretär Honecker und mir etwas anderes sind als Begegnungen zwischen Vertretern verschiedener Nationen.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 24. Sitzung, S. 1594.

<sup>40</sup> Zur Absage des für 1983 geplanten Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1983, I, Dok. 123.

Zur Absage des für 1984 geplanten Besuchs vgl. AAPD 1984, II, Dok. 232.

Ost-Verhältnisses, insbesondere im Hinblick auf die laufenden Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung.

GS Honecker hat nicht nur ganz offensichtlich für seinen Besuch auf den Moskau genehmen Zeitpunkt warten müssen, er hat den Zeitpunkt des Besuches sicherlich auch unter internen Gesichtspunkten sorgfältig abgewogen. Innenpolitisch hat er versucht, das Feld durch die 1986 eingeleiteten Reiseerleichterungen ebenso günstig zu beeinflussen wie durch seine Amnestieankündigung und die Abschaffung der Todesstrafe<sup>41</sup>.

Honeckers am 10. September in seiner Geburtsstadt getroffene Feststellung, der Tag werde kommen, an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern Grenzen uns vereinen<sup>42</sup>, machte die innenpolitische Sensibilität des Besuches noch einmal deutlich.<sup>41</sup>

Tischreden und Kommuniqué sind in Informationsfunk und Bulletin erschienen.

[gez.] Pleuger

**Referat 210, Bd. 139187**

<sup>41</sup> Zum Erlaß einer Amnestie und zur Abschaffung der Todesstrafe in der DDR am 17. Juli 1987 vgl. Dok. 217, Anm. 19 und 20.

<sup>42</sup> Zu den Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, zur innerdeutschen Grenze vgl. Dok. 258.

## 256

**Botschafter Pfeffer, Warschau, an das Auswärtige Amt****VS-NfD****Aufgabe: 11. September 1987, 8.35 Uhr<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 1486****Ankunft: 11. September 1987, 10.22 Uhr**

Betr.: Deutsch-polnische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes;  
hier: Dekontamination von Molkepulver<sup>2</sup>

Bezug: 1) DB Nr. 1172<sup>3</sup> und 1174<sup>4</sup> vom 9./10.7.87 – Wi 495 VS-NfD

2) DB Nr. 1194 vom 15.7.87 – Wi 495 VS-NfD<sup>5</sup>

3) DB Nr. 1468 vom 8.9.87 – Pol 320.10<sup>6</sup>

Mit der Bitte um Weisung zu Ziffer III., 2)

**I. Zusammenfassung**

Herr Svenson, Mitinhaber der privaten Polonia-Firma Polscan, mit dem eine Delegation des BMU am 8./9.7. in Warschau Gespräche über eine Dekontamination des im Bundeseigentum befindlichen Molkepulvers geführt hatte, suchte am 8.9. Wirtschaftsreferenten Lunscken auf. Er teilte mit, daß seine Firma nach wie

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Legationsrat I. Klasse Lunscken, Warschau, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Mann am 11. September 1987 vorgelegen.

Hat Mann am 20. September 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S[iehe] auch DB 431-495 POL 657/87 VS-v[ertraulich].“

<sup>2</sup> Zum strahlenbelasteten Molkepulver vgl. Dok. 39.

<sup>3</sup> Gesandter Bauch, Warschau, berichtete am 10. Juli 1987, die Gespräche von Vertretern des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit am 8./9. Juli 1987 in Warschau über den Export des im Eigentum des Bundes befindlichen kontaminierten Molkepulvers und dessen Dekontamination in Polen hätten folgende vorläufige Ergebnisse erbracht: „1) Potentieller Abnehmer des Molkepulvers wäre die private polnische Firma Polscan. Sie stellt u.a. Futtermittel her, hat aber keine Erfahrungen im Bereich der Milchwirtschaft. Sie beabsichtigt, das dekontaminierte Molkepulver ihrem für den polnischen Markt bestimmten Viehfutter beizumengen. Polscan verfügt nicht über die erforderlichen Technologien zur Dekontamination, sondern beabsichtigt, die benötigten Anlagen aus D zu importieren. Unter der Voraussetzung, daß die Anlagen kostenlos zur Verfügung gestellt werden, würde Polscan auf ein Entgelt für die Abnahme des Pulvers verzichten. 2) In finanzieller Hinsicht sind die vorgeschlagenen Konditionen günstig. Allerdings stellte die deutsche Seite gegenüber den Vertretern des polnischen Umweltministeriums und der Firma Polscan klar, daß ein Vertragsabschluß nur in Betracht kommt, wenn zweifelsfrei feststeht, daß die zuständigen polnischen Stellen Import und Dekontamination des Molkepulvers in Polen billigen.“ Der Vertreter des polnischen Umweltministeriums habe erklärt, sein Ministerium habe keine Bedenken. Es seien aber noch eine Abstimmung mit dem Landwirtschaftsministerium und die Erteilung einer Importlizenz durch das Außenhandelsministerium erforderlich. Vgl. Referat 431, Bd. 153270.

<sup>4</sup> Für Auszüge vgl. Anm. 9.

<sup>5</sup> Für Auszüge vgl. Anm. 7.

<sup>6</sup> Botschafter Pfeffer, Warschau, berichtete am 8. September 1987: „Am 6.9.1987 kam es zu einer Demonstration von etwa 3000 Menschen (darunter zahlreiche Frauen und Kinder) gegen die geplante Atommülldeponie von Międzyrzecz (Meseritz), Kleinstadt zwischen Posen und Frankfurt/Oder. Die Polizei löste die von der illegalen polnischen Friedens- und Umweltschutzgruppe Frieden und Freiheit (W[olność] i P[okój]) organisierte Demonstration ohne nennenswerte Gewaltanwendung auf.“ Es solle ein Lager errichtet werden für radioaktive Abfälle minderer Gefährlichkeit aus dem im Bau befindlichen Atomkraftwerk Zarnowiec bei Danzig: „Hochradioaktive Substanzen sollen in der Sowjetunion gelagert werden. Es sei vorgesehen, die in Frage kommenden Abfälle mit Zement zu vermischen und in den Bunkeranlagen einzumauern. Man schätzt, daß in M[eseritz] genug Platz vorhanden ist, um bis ins Jahr 2025 Abfälle dorthin zu bringen. Experten bezweifeln, daß die Bunker als Atommülldeponie geeignet sind.“ Vgl. Referat 431, Bd. 153270.

vor an einem Auftrag zur Dekontamination des Molkepulvers interessiert sei. Allerdings könne er die ursprünglich mit dem BMU diskutierten Konditionen (Abnahme des Molkepulvers gegen Lieferung der Anlage für die Dekontamination) nicht aufrechterhalten. Die Konditionen müßten den mit der Hungener Firma Internilch vereinbarten Bedingungen (Zahlung von 9 bis 13 Mio. DM?) entsprechen.

Svenson versicherte, die Bedenken des polnischen Außenhandelsministeriums (s. Bezug zu 2)<sup>7</sup>) seien inzwischen ausgeräumt. Er stehe in engem Kontakt zu einer Reihe polnischer Regierungsstellen, die für die Genehmigung des Geschäfts zuständig seien, und sei zuversichtlich, die erforderlichen Genehmigungen beschaffen zu können.

Aus der Sicht der Botschaft besteht nach wie vor keine ausreichende Gewähr dafür, daß die polnische Regierung die Einfuhr und Dekontamination des Molkepulvers in Polen genehmigen wird.

## II. Im einzelnen

Herr Svenson hatte Herrn Lunsken unter Berufung auf Fernschreibwechsel mit BMU um Gespräch gebeten, das nach Rücksprache mit Referat 431 am 8.9. stattfand.

1) Svenson bedauerte einleitend, daß das BMU, während er sich noch in Verhandlungen mit polnischen Genehmigungsbehörden befunden habe, Mitte Juli in Bonn die Absicht bekanntgegeben hatte, die Dekontamination in Hungen durchzuführen. Er habe FS des BMU vom 15.7.87 als „letter of intent“ verstanden. Polscan habe jedoch bereits viel Zeit und Glaubwürdigkeit (gegenüber polnischen Genehmigungsbehörden) investiert und sei – falls realistische Erfolgsaussichten bestünden – an Fortsetzung der Vertragsverhandlungen interessiert.

Wir stellten daraufhin klar, daß BMU-Delegation während der Verhandlungen in Warschau ausdrücklich auf gleichzeitige Verhandlungen mit anderen Firmen hingewiesen und auf baldigen Abschluß Wert gelegt habe (s. Ziffer I, 2 des DB Nr. 1172). Dies sei nach dem negativen Votum der polnischen Botschaft in Köln nicht mehr gewährleistet gewesen.

2) In Ergänzung und Abweichung von dem am 8./9.7. in Warschau erzielten vorläufigen Verhandlungsergebnis führte S. u.a. folgendes aus:

2.1) Um die Genehmigung der Transaktion durch die polnischen Behörden zu erleichtern und eine für Polscan günstige Vertragsgestaltung zu ermöglichen, liege ihm nach wie vor sehr daran, nicht unmittelbar mit dem BMU abzuschließen. Vertragspartner auf deutscher Seite müsse aber nicht notwendigerweise die Firma IPS sein. In Betracht käme z.B. auch ein Bundesunternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit. Auf polnischer Seite müsse außerdem noch ein Außenhandelsunternehmen, voraussichtlich die Firma Polimar, eingeschaltet werden.

<sup>7</sup> Legationsrat I. Klasse Lunsken, Warschau, informierte: „Herr Svenson, Miteigentümer der Firma Polscan, teilte der Botschaft heute mit, das polnische Außenhandelsministerium habe ihn informiert, daß aufgrund eines negativen Votums der polnischen Botschaft in Köln gegenwärtig nicht mit einer Importgenehmigung für das im Eigentum des Bundes befindliche kontaminierte Molkepulver zu rechnen sei. Die für den 16./17.7. vorgesehene Fortsetzung der Verhandlungen zwischen BMU und Polscan müsse daher verschoben werden.“ Vgl. Referat 431, Bd. 153270.

2.2) Nach Bekanntgabe der zwischen BMU und der Hungener Firma Intermilch vereinbarten Konditionen in der deutschen Presse sei zu den am 8./9.7. in Warschau ins Auge gefaßten Konditionen nicht mehr mit einer Genehmigung durch die polnischen Behörden zu rechnen. Er müsse nun auf Konditionen bestehen, die den der Firma Intermilch gewährten vergleichbar seien. S. sprach in diesem Zusammenhang von einem Entgelt in Höhe von 9 bis 13 Mio. DM. Allerdings werde Polscan dann den Import der Dekontaminationsanlage selbst finanzieren.

2.3) In Verhandlungen mit polnischen Genehmigungsbehörden habe sich herausgestellt, daß die Bewilligung einer Einfuhrgenehmigung erleichtert würde, wenn sie sich nicht auf den Kauf, sondern nur auf die Verarbeitung des Molkepulvers in Polen erstreckte, d.h. Eigentümer des Pulvers bliebe der deutsche Vertragspartner. In jedem Fall scheint sich S. die Option aufrechterhalten zu wollen, das dekontaminierte Pulver zu reexportieren. Auf unsere Frage nach dem Verbleib des cäsiumhaltigen Konzentrats erwiderte S., daß mehrere Lösungen denkbar seien. Nach wie vor bestehe die Möglichkeit, das Konzentrat beim polnischen Institut für Atomenergie in Świerk zu deponieren. Der Firma IPS liege aber auch ein Angebot des Kernforschungszentrums Karlsruhe vor.

3) Zur Frage der Genehmigung des Geschäfts durch die polnischen Behörden erklärte S., daß er nun fest mit einer Importlizenz des polnischen Außenhandelsministeriums (AHM) rechne. Wir wiesen demgegenüber darauf hin, daß das AHM vor Erteilung einer Importlizenz zwar auch prüfe, ob das Geschäft den einschlägigen polnischen Rechtsvorschriften entspreche, die Entscheidung aber in erster Linie unter außenwirtschaftlichen Aspekten treffe. Der Importeur werde dadurch nicht von der Verantwortung entbunden, sicherzustellen, daß die beabsichtigte Transaktion im Einklang mit den bestehenden Vorschriften stehe. Stelle sich nachträglich heraus, daß dies nicht der Fall ist oder daß das Importgut nicht den in der Importlizenz aufgeführten Spezifikationen entspricht, seien die polnischen Behörden durch die Importgenehmigung nicht daran gehindert, den Import zu einem späteren Zeitpunkt zu untersagen. S. räumte dies ein.

S. rechnet jedoch nicht damit, daß von anderen polnischen Behörden Widersprüche erhoben werden, und verwies auf die dort vorliegende positive Stellungnahme des polnischen Umweltministeriums sowie auf eine für den 10.9. angesetzte Sitzung zwischen Polscan und mehreren polnischen Behörden (u.a. Staatliche Agentur für Atomistik), die der Klärung der Aussichten für eine Genehmigung des Imports und der Dekontamination dienen soll. Außerdem übergab S. uns zwei positive Stellungnahmen polnischer wissenschaftlicher Institute (werden z.Zt. übersetzt und folgen mit nächstem Kurier<sup>8</sup>).

Wir baten S. um Verständnis, daß die Frage der Genehmigung für uns auch nach Zustimmung des AHM, des polnischen Umweltministeriums oder der Agentur für Atomistik noch problematisch bleibe. Für uns sei nicht voll überschaubar, welche polnischen Behörden an einer derartigen Entscheidung mitwirken müßten. Wir könnten nicht das Risiko eingehen, daß wir z.B. nach

<sup>8</sup> Legationsrat I. Klasse Lunsken, Warschau, übersandte am 16. September 1987 die „Stellungnahmen des polnischen Zentralverbands der Milchgenossenschaften und des Instituts für Chemie und Kerntechnik“ nebst Übersetzungen des Sprachendienstes der Botschaft. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1689; Referat 431, Bd. 153270.



Zustimmung des polnischen Umweltministeriums und der Agentur für Atomistik einen Vertrag mit Polscan abschließen, dessen Durchführung später am Einspruch einer anderen polnischen Stelle scheitert.

S. kam daraufhin auf einen früheren Vorschlag des BMU zurück: Bis zur Erteilung der Importgenehmigung durch das AHM müsse ein evtl. Vertrag schwebend unwirksam bleiben (vom polnischen Außenhandelsrecht so vorgeschrieben). Das Inkrafttreten des Vertrags könne zusätzlich von einer verbindlichen Erklärung der polnischen Regierung, z.B. des polnischen Außenministeriums gegenüber unserer Botschaft, abhängig gemacht werden, daß keine Einwände gegen die Durchführung des beabsichtigten Geschäfts bestehen. Ob dieser Weg gangbar sei und wie eine derartige Vertragsklausel formuliert werden könne, bedürfe jedoch noch genauer Prüfung.

4) Inzwischen berichtete S., daß auf der Sitzung vom 10. September der Präsident der Staatlichen Agentur für Atomistik, Sowinski, großes Interesse an der Dekontaminationstechnologie gezeigt habe. Unter der Voraussetzung, daß seine Agentur bzw. das nukleare Forschungsinstitut in Świerk wissenschaftlich beteiligt würden und mit der deutschen Seite eine sorgfältig ausgehandelte Vereinbarung getroffen werde, die die politischen Risiken minimiere, sei er evtl. bereit, sich innerhalb der polnischen Regierung für das Projekt einzusetzen und hierfür die Verantwortung zu übernehmen. Er habe gegenüber S. angeregt, die Verhandlungen zwischen Polscan und BMU unter Beteiligung deutscher Wissenschaftler fortzusetzen. Allerdings habe er darauf hingewiesen, daß aus seiner Sicht die erforderlichen detaillierten Vereinbarungen wohl mehrere Verhandlungsrunden erforderten und sich über einen längeren Zeitraum erstrecken würden. Während der kommerzielle Teil Sache von Polscan und BMU bleibe, solle seine Agentur zur Frage der wissenschaftlichen Kontrolle der Dekontamination und der erforderlichen Genehmigungen seitens der polnischen Regierung in die Gespräche einbezogen werden. Svenson schlägt nun vor, die Verhandlungen Ende September/Anfang Oktober in Warschau fortzusetzen.

### III. Stellungnahme der Botschaft

1) Die Botschaft verweist erneut auf die im Bezugs-DB Nr. 1174<sup>9</sup> dargelegten Bedenken, die aus hiesiger Sicht bei einer Entscheidung über die Fortführung der Verhandlungen mit der Firma Polscan mitberücksichtigt werden sollten; die Demonstrationen vom vergangenen Wochenende gegen die geplante Atommülldeponie in Meseritz (s. Bezug zu 3)) bestätigen, daß eine Dekontamination des Molkepulvers in Polen ein politisch sensibles Thema wäre. Nach der umfangreichen Berichterstattung in den deutschen Medien über die geplante Dekontamination in Hungen wäre auch in Polen mit einem erheblichen Medienecho zu rechnen.

<sup>9</sup> Gesandter Bauch, Warschau, berichtete am 10. Juli 1987: „1) Wir müssen davon ausgehen, daß ein Export des kontaminierten Molkepulvers nicht nur in D, sondern auch in Polen in den Medien große Beachtung finden wird. Umweltfragen sind auch in PL, wenn auch nicht im selben Ausmaß wie in D, ein Politikum. Polen gehört zu den durch Umweltverschmutzung am stärksten belasteten Ländern Europas. [...] 2) Nach Einschätzung der Botschaft ist, falls es innerhalb Polens zu massiver Kritik an dem Molkepulverimport kommen sollte, nicht völlig auszuschließen, daß die polnische Regierung trotz anfänglich signalisierter Zustimmung versuchen würde, diese Zustimmung wieder zurückzuziehen.“ Bauch empfahl, eine Konzeption für die politische Öffentlichkeitsarbeit in Polen zu entwickeln. Dabei sollte „nicht in erster Linie der Export des Molkepulvers, sondern der Transfer der Dekontaminationstechnologie in den Vordergrund gestellt“ werden. Vgl. Referat 431, Bd. 153270.

Nach Einschätzung der Botschaft ist deshalb nach wie vor nicht völlig auszuschließen, daß die polnische Regierung auch nach anfänglich signalisierter Zustimmung im Falle eines größeren Drucks der Öffentlichkeit versucht sein könnte, diese Zustimmung wieder zurückzuziehen.

2) Für eine möglichst baldige Unterrichtung über die Haltung der Bundesregierung zu den Vorschlägen der Firma Polscan wäre die Botschaft dankbar.

Bevor wir die Vorschläge mit Polscan wieder aufnehmen, sollten wir zunächst klären, ob die Angaben Svensons über sein Gespräch mit dem Leiter der polnischen Agentur für Atomistik zutreffen und wie Sowinski die Aussichten für eine Billigung des Geschäfts durch die polnische Regierung einschätzt.

Falls die Botschaft mit der Agentur für Atomistik Kontakt aufnehmen soll, wird hierzu um Weisung gebeten.<sup>10</sup>

[gez.] Pfeffer

**Referat 431, Bd. 153237**

<sup>10</sup> Am 8. Oktober 1987 wurde im Bundestag die Frage des SPD-Abgeordneten Oostergetelo vom 2. Oktober 1987 behandelt: „Warum hat die Bundesregierung sich entgegen ihrer Ankündigung, daß die Entseuchung des radioaktiv belasteten Molkepulvers in einem milchverarbeitenden Betrieb (Molkerei in Hungen) stattfinden solle, für die Dekontaminierung der Molke im derzeit stillgelegten Kernkraftwerk II in Lingen entschieden, und welche besonderen [...] Gründe haben diese Entscheidung der Bundesregierung bewirkt?“ Bundesminister Töpfer antwortete, die Bundesregierung habe wiederholt darauf hingewiesen, „daß sich die Verhandlungen mit verschiedenen für die Dekontaminierung des Molkepulvers in Frage kommenden Betrieben als schwierig und langwierig erweisen. Es dürfte darüber hinaus nach den in den letzten Wochen erfolgten öffentlichen Erklärungen der hessischen Landesregierung und der Stadt Hungen allgemein bekannt sein, daß die zeitliche Dimension zur Durchführung gegebenenfalls notwendig werdender bau- und wasserrechtlicher Genehmigungsverfahren am Standort Hungen nur schwer abschätzbar ist. Die Bundesregierung ist aber an einer technisch und rechtlich einwandfreien, gesundheitlich unbedenklichen und zeitlich möglichst raschen Lösung des Problems nachhaltig interessiert. Der Bundesumweltminister hat sich daher intensiv bemüht, auch andere Standorte auf ihre Eignung zu untersuchen. Dabei wurde auch überprüft, ob das Gelände des stillgelegten Kernkraftwerks Lingen in Frage kommen kann. In Übereinstimmung mit dem niedersächsischen Umweltminister hält der Bundesumweltminister den Standort Lingen für geeignet, da einerseits die gesamte notwendige Infrastruktur vorhanden ist und sich andererseits die genehmigungsrechtlichen Probleme einfacher darstellen und ein erheblich kürzeres Verfahren erwartet werden kann. Derzeit werden zusammen mit dem Land Niedersachsen und den örtlichen Behörden in Lingen die technischen und genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen geprüft.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 30. Sitzung, S. 1991.

## 257

**Aufzeichnung des Botschafters Holik****220-371.76 INF-1484/87 geheim****15. September 1987<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung

Betr.: Amerikanischer INF-Vertragsentwurf vom 14.9.1987

Anlg.: 1 (nur beim Original<sup>4</sup>)

I. 1) Der amerikanische INF-Vertragsentwurf, den die USA am 14.9.1987 in Genf auf den Verhandlungstisch gelegt haben, ist die Umsetzung der weltweiten Eliminierung aller landgestützten INF mit mehr als 500km Reichweite in Vertragssprache.

Er baut auf dem amerikanischen Entwurf vom 4. März d.J. auf.<sup>5</sup> Er berücksichtigt ferner in den Artikeln 1, 2, 13 bis 15 die in Genf am Verhandlungstisch erzielten Übereinkünfte bei der Erarbeitung eines gemeinsamen Vertragstextes.

2) Als wichtigste Bestimmungen gegenüber dem früheren amerikanischen Vertragsentwurf sind zu nennen:

a) LRINF-Flugkörper und deren Abschußvorrichtungen sollen innerhalb von drei Jahren eliminiert werden (Art. 4 in Verbindung mit Art. 10).

Die Zerstörung der GK ist nicht vorgesehen und wird von den USA weiterhin kategorisch abgelehnt. Botschafter Glitman hat am 10.9.1987 im NATO-Rat in Brüssel erklärt, daß in der gemeinsamen Vertragssprache (wohl in dem Protocol on destruction) festgestellt werde, daß die GK abgezogen werden sollten und sodann „turned over to use by the appropriate enterprises“.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 15. September 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher laut Vermerk des Ministerbüros vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Elbe am 16. September 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Holik und Referat 220 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach am 16. September 1987 vorgelegen.

Hat Holik am 17. September 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Hartmann verfügte.

Hat Hartmann vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 17. September 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner und Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt verfügte.

Hat Wagner vorgelegen.

Hat Mülmenstädt erneut vorgelegen.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den Entwurf „Treaty between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics on the Elimination of Intermediate-Range and Shorter-Range Nuclear Missiles of the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics“ vgl. VS-Bd. 11363 (220).

<sup>5</sup> Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.

<sup>6</sup> Gesandter Lohse, Brüssel (NATO), berichtete am 10. September 1987: „Glitman stellte in seiner Eingangserklärung zunächst heraus, daß die grundlegenden Anforderungen an ein INF-Abkommen (Globalität, doppelte Null-Lösung, keine Berücksichtigung von Drittstaatensystemen) erreicht worden seien. Allerdings bestünden noch erhebliche grundsätzliche und praktische Probleme in dreifacher Hinsicht: 1) Zur Verifikation sowie Datenfrage gebe es noch nicht einmal gemeinsame Arbeitsentwürfe.“

Noch zu vereinbaren ist die Zahl der Reduzierungsschritte. Die USA denken an zwei oder drei. Die USA sind bereit, gleichzeitig mit den Sowjets mit den Reduzierungen zu beginnen, sofern die SU zustimmt, daß eine gleiche gemeinsame Obergrenze festgelegt wird, von der aus der letzte Reduzierungsschritt, d. h. die völlige Eliminierung der noch verbliebenen Systeme, erfolgt.

Der Gedanke des „corralling“ – Zusammenlegen der Systeme an einem überwachten Sammelplatz und Sicherstellung ihrer Nichteinsetzbarkeit – für LRINF findet im Vertragsentwurf keinen Niederschlag. Das State Department steht einem solchen Verfahren weiterhin positiv gegenüber.

b) Die Flugkörper in der Reichweite 500–1000 km (SRINF) und deren Launcher sollen innerhalb eines Jahres eliminiert werden (Artikel 5).

Innerhalb von 45 Tagen nach Inkrafttreten des Vertrags sollen die zu eliminierenden SRINF in sog. „elimination facilities“ verbracht werden und dort bleiben, bis sie eliminiert sind.

c) Das vorgesehene Produktions- und Testverbot erstreckt sich sowohl auf LRINF als auch auf SRINF (Art. 6). Es gilt für Launcher und Flugkörper „subject to the provision of this Treaty“. ALCM und SLCM werden von diesem Verbot nicht berührt.

d) Die in dem alten Vertragsentwurf vorgesehene unwiderlegbare Vermutung, daß alle ballistischen Raketen als nukleare gelten, wird ausgedehnt auf Cruise Missiles (Art. 7, Ziffer 4). Damit kommen die USA einem sowjetischen Anliegen entgegen.

Art. 7, Ziffer 3 enthält ferner die Bestimmung, daß eine bodengestützte ballistische Rakete, die zu BMD-, ASAT- und Luftverteidigungszwecken entwickelt und getestet wurde, nicht als Vertragsgegenstand gilt.

e) Art. 10 spricht generell von „Eliminierung“. Im Vergleich zum früheren Vertragsentwurf werden die einzelnen Arten der Eliminierung („destruction, dismantlement, conversion“) nicht mehr genannt.

Nachdem die SU der doppelten globalen Null-Lösung zugestimmt hatte<sup>7</sup>, haben die USA auf das Instrument der Umwandlung (conversion) der Flugkörper und deren Abschußvorrichtungen verzichtet.

f) Zu den Bestimmungen hinsichtlich der Vor-Ort-Inspektionen ist folgendes anzumerken:

- Das permanente „perimeter portal monitoring“ wurde gänzlich fallengelassen. Dieses Verifikationsinstrument war Gegenstand sowjetischer Kritik. Vor allem

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1303*

Hier seien nicht nur politische, sondern auch erhebliche technische, sehr zeitaufwendige Fragen zu lösen. 2) Hinsichtlich des Zeitplans für den Abbau sei der Vorschlag der Sowjetunion vom 28. Juli für die US nach wie vor nicht akzeptabel (Sprengköpfe und Eliminierungsperiode). 3) Frage der Behandlung der Sprengköpfe auf deutschen Pershing Ia. [...] Hier sei eine Verhärtung der sowjetischen Haltung zu beobachten, obwohl Glitman sowjetische Seite dazu zu bewegen versuche, die Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen. Obuchow habe auf ausdrückliche Weisung aus Moskau darauf bestanden, daß die Eliminierung der Gefechtsköpfe auf deutschen Pershing Ia Teil eines Abkommens sein müsse. Glitman habe demgegenüber eingewendet, daß durch die Erklärung Bundeskanzler Kohls und die anschließende Erklärung der amerikanischen Regierung zum Abzug der Gefechtsköpfe alle sowjetischen Besorgnisse behoben sein sollten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1176; VS-Bd. 11283 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>7</sup> Zur Annahme einer globalen Null-Lösung bei LRINF und SRINF durch die UdSSR vgl. Dok. 180 und Dok. 217, Anm. 6.

hierauf bezogen sich Äußerungen Obuchows, daß die amerikanischen Verifikationsbestimmungen zu kompliziert seien.

- „Missiles operating bases“ und „support facilities“, d.h. auch Produktionsstätten, können im Rahmen systematischer Kontrollen inspiziert werden (Art. 11, Ziffer 3 in Verbindung mit Art. 2, Ziffer 9).
- Die Verdachtskontrolle ist eingeschränkt worden:
  - Sie ist beschränkt auf das Territorium der USA und der SU.
  - Nach einer bestimmten Frist (die USA denken an fünf bis zehn Jahre nach Abschluß der Reduzierungen) sollen die Verdachtskontrollen eingestellt werden.
  - Verdachtskontrollen dürfen nur in Dislozierungsgebieten und „support facilities“, die in Art. 2 des Vertragsentwurfs definiert sind, für landgestützte ballistische Raketen mit einer Reichweite von mehr als 500km durchgeführt werden.

Damit können auch Dislozierungsgebiete landgestützter ballistischer Raketen mit interkontinentaler Reichweite (ICBM) im Rahmen der Verdachtskontrolle inspiziert werden. Es bleibt abzuwarten, wie die SU hierauf reagieren wird, da ICBMs im sowjetischen strategischen Potential eine weit größere Rolle spielen als im amerikanischen.
- Nach dem vorliegenden Vertragsentwurf beläuft sich die jährliche Quote für die Verdachtsinspektion auf 15. Dies ist eine weit höhere Zahl, als uns bei den Konsultationen der Verifikationsquint genannt wurde. Diese hohe Zahl ist Reaktion auf sowjetische Vorwürfe, die amerikanischen Verifikationsbestimmungen gingen nicht weit genug. Gleichzeitig soll damit Kritik konservativer Kreise in den USA begegnet werden.
- Durch die Formulierung „owned by, operated by or under contract to the inspected party“, für die wir uns schon bei der ersten Verifikationsquint eingesetzt haben, ist sichergestellt, daß im Rahmen der Verdachtskontrolle auch amerikanische Privatfirmen inspiziert werden können.

## II. Kurzübersicht über die einzelnen Artikel

### Präambel

Artikel 1: Vertragsziel: „doppelte globale Null-Lösung“

Artikel 2: Definitionen

Artikel 3: Nennung der existierenden Typen der vom Vertrag erfaßten Waffensysteme

Artikel 4: Reduzierungsbestimmungen für die LRINF

Artikel 5: Reduzierungsbestimmungen für die landgestützten Flugkörper mit einer Reichweite zwischen 500 und 1000 km

Artikel 6: Produktions- und Modernisierungsverbote

Artikel 7: Zähl- und Typenregeln

Artikel 8: Dislozierungsbeschränkungen (beispielsweise das Gebot, Mittelstreckenflugkörper nur in Dislozierungsräumen oder in „missiles support facilities“ zu dislozieren)

Artikel 9: Datenaustausch und Notifizierungsverpflichtungen

Artikel 10: Eliminierungsbestimmungen (Eliminierung muß in bestimmten Räumlichkeiten durchgeführt werden, die im Memorandum of Understanding festgelegt werden)

Artikel 11: Bestimmungen hinsichtlich der Vor-Ort-Inspektion

Artikel 12: Weitere Verifizierungsbestimmungen (Verbot, die Verifizierung durch „national technical means“ (NTM) zu beeinträchtigen; Einsetzung eines Konsultativremiums – die USA denken daran, die neugeschaffenen „Nuclear Risk Reduction Centres“<sup>8</sup> zu nutzen)

Artikel 13: Vertragsdauer (unbegrenzt) und Rücktrittsrecht (analog zum ABM-Vertrag<sup>9</sup>)

Artikel 14: Vertragsänderung

Artikel 15: Inkrafttreten

Holik

**VS-Bd. 11363 (220)**

<sup>8</sup> Zur amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung über „Nuclear Risk Reduction Centers“ vgl. Dok. 115, Anm. 7.

Ein Abkommen zwischen den USA und der UdSSR über die Einrichtung von „Nuclear Risk Reduction Centers“ wurde am 15. September 1987 in Washington geschlossen. Für den Wortlaut des Abkommens einschließlich der Protokolle vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 572–576.

<sup>9</sup> Artikel XV des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) legte fest, daß dieser auf unbegrenzte Zeit abgeschlossen wurde. Beide Vertragsparteien konnten den Vertrag jedoch unter Berufung auf höchste nationale Interessen unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten kündigen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 395.

## 258

**Aufzeichnung des  
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach**

210-330.12 VS-NfD

15. September 1987

Über Herrn Dg 21<sup>1</sup>/D 2<sup>2</sup>, Herrn Staatssekretär<sup>3</sup> Herrn Bundesminister<sup>4</sup>Betr.: Äußerung von GS Honecker zum Charakter der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten<sup>5</sup>

## Zur Unterrichtung

Die in der in- und ausländischen Presse verschiedentlich als Sensation bezeichnete Äußerung von GS Honecker, die er in seiner Heimatstadt Neunkirchen-Wiebelskirchen am 10. September machte<sup>6</sup>, bedarf für ihre richtige Bewertung einer sorgfältigen Einordnung in den Gesamtkontext der Politik der DDR-Führung und ihrer Partner im Warschauer Pakt.

Es ist davon auszugehen, daß es sich um eine gezielte, im Warschauer Pakt auch möglicherweise abgestimmte öffentliche Erklärung handelt, die auch zeitlich und örtlich wohlüberlegt in den Besuchsablauf eingepaßt wurde.

Der Reiz der Erklärung liegt in ihrem gedanklichen Spiel mit dem jetzt trennenden und später einmal möglicherweise einigenden Charakter der innerdeutschen Grenze. Der volle Wortlaut der einschlägigen Passage von Honeckers Erklärung enthält bereits wichtige Anhaltspunkte für ihre Interpretation:

„Die Lage ist heute so, daß auf deutschem Boden zwei voneinander unabhängige souveräne deutsche Staaten existieren. Aufgrund dieser Tatsache ... ist es notwendig, daß diese Staaten sich verständigen, denn beide gehören verschiedenen Bündnissystemen an. ... Daß unter diesen Bedingungen die Grenzen nicht so sind, wie sie sein sollten, ist nur allzu verständlich, aber ich glaube, wenn wir gemeinsam hinwirken entsprechend dem Kommuniqué, das wir nunmehr in Bonn unterzeichnet haben<sup>7</sup>, und in Verbindung damit eine weitere friedliche Zusammenarbeit erreichen, dann wird auch der Tag kommen, an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern Grenzen uns vereinen, so wie uns die Grenze zwischen der DDR und der VR Polen vereint.“

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 15. September 1987 in Vertretung des Ministerialdirigenten Kastrup vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 15. September 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 16. September 1987 vorgelegen.

<sup>4</sup> Hat Ministerialdirigent Jansen am 17. September 1987 vorgelegen.

Hat Jansen am 17. Dezember 1987 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 210 verfügte und handschriftlich vermerkte: „BM ist unterrichtet.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 21. Dezember 1987 erneut vorgelegen.

<sup>5</sup> Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 244, Dok. 245 und Dok. 255.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 10. September 1987 in Neunkirchen vgl. HONECKER, Reden, Bd. 12, S. 539 f.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1987, S. 710–713.



Die Ständige Vertretung in Berlin (Ost) hat in ihrer Berichterstattung zutreffend darauf hingewiesen, daß der derzeitige grenzüberschreitende Personenverkehr DDR–Polen seit 1971 zwar paß- und visafrei erfolgt, aber seit den polnischen Unruhen im Jahre 1980 nur noch auf der Basis polizeilich bestätigter Einladungen stattfindet.<sup>8</sup> Trotz dieser Freizügigkeitsbeschränkung bleibt als wesentlicher Unterschied gegenüber dem innerdeutschen DDR-Grenzregime, daß in den DDR-Grenzgebieten gegenüber Polen keine Schutzstreifen, Sperr- oder Grenzzonen sowie keine besonderen Melde-, Registrier-, Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen bestehen.

Es ist daher insgesamt keine Frage, daß die Herstellung „polnischer Zustände“ an der innerdeutschen Grenze ein bedeutsamer Einschnitt in der Entwicklung der Nachkriegsgeschichte wäre, der nur begrüßt werden könnte.

Honeckers Bezugnahme auf die deutsch-polnische Grenze legt allerdings nahe, daß seine Erklärung im Gesamtkontext einer unter den WP-Führungen, insbesondere zwischen Ost-Berlin, Warschau und Moskau, abgestimmten Politik gesehen werden muß.

Seit einigen Monaten hat es immer wieder Hinweise auf eine solche Abstimmung gegeben, die ohnehin im Zuge der Vorbereitung der Honecker-Reise in die Bundesrepublik Deutschland erforderlich gewesen sein dürfte, darüber hinaus aber einen besonderen aktuellen Anlaß auch in der öffentlichen Diskussion der deutschen Frage bei uns gefunden haben wird.

Dementsprechend dürfte die Erklärung Honeckers in Neunkirchen eine doppelte Funktion haben. Sie geht gleichzeitig auf Möglichkeiten vermehrter Freizügigkeit im innerdeutschen Verhältnis und auf das deutschlandpolitische Konzept der Regierungen in Ost-Berlin, Warschau und Moskau ein. Ihre überwiegende Bedeutung dürfte in der langfristigen deutschlandpolitischen Aussage liegen, die Honecker während seines Aufenthaltes in Bonn weitgehend aussparte und statt dessen der begleitenden Kommentierung seiner Reise durch Moskau und Warschau überließ.

Bei der Beschreibung des zukünftigen Charakters der innerdeutschen Grenze hat sich Honecker eng an die Formulierung der Präambel des Görlitzer Vertrages vom 6. Juli 1950<sup>9</sup> gehalten: „In Anerkennung, daß die festgelegte und bestehende Grenze unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze ist, die die beiden Völker nicht trennt, sondern einigt.“

<sup>8</sup> Ministerialdirigent Staab, Ost-Berlin, teilte am 11. September 1987 mit: „Die Bemerkung Honeckers, daß der Tag kommen könne, an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern vereinen, so wie uns die Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen vereint, ist gegenwärtig nicht eindeutig auslegbar. Seit dem 30.10.1980 unterliegt auch der Reiseverkehr mit Polen erheblichen Einschränkungen, die vor diesem Datum nicht bestanden hatten. Daher ist Honeckers Bemerkung in Neunkirchen von DDR-Bürgern auch mit erheblicher Zurückhaltung aufgenommen worden, ob hierin wirklich die Ankündigung einer Verbesserung liege. [...] Auch wenn der gegenwärtige Reiseverkehr zwischen der DDR und Polen nicht ohne Einschränkungen möglich ist, so zeigen die unterschiedlichen Regelungen doch, daß die Verhältnisse an der Grenze zu Polen in verschiedener Hinsicht deutlich besser als im Verhältnis zur Bundesrepublik und Berlin (West) sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1534; Referat 210, Bd. 145161.

<sup>9</sup> Die DDR erkannte im Abkommen vom 6. Juli 1950 über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze (Görlitzer Abkommen) die Oder-Neiße-Linie als Grenze zu Polen an. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. DzD II/3, S. 249–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1949/50, Dok. 112.

Die Übertragung dieser Formel auf den möglichen zukünftigen Charakter der innerdeutschen Grenze ist daher wohl als Hinweis auf ein deutschlandpolitisches Konzept anzusehen, das von der dauerhaften Zweistaatlichkeit Deutschlands ausgeht und möglicherweise sogar die schrittweise Ablösung der Kriegs- und Nachkriegsordnung mit dem Ziel weiterer, friedensvertragsähnlicher Vereinbarungen anstrebt.

Zeitpunkt und Ort der Erklärung Honeckers wurden geschickt gewählt. Die Behandlung der Grenzfrage, mit der er seine grundsätzliche Aussage zur Deutschlandpolitik verbunden hat, außerhalb des Kontextes der Bonner Gespräche, entband Honecker der Notwendigkeit einer näheren Interpretation dieser Aussage. Die verhaltene bis enthusiastische Wertung seiner Äußerungen durch die deutsche Presse hat seinen Besuch zusätzlich in positivem Licht erscheinen lassen. Mit Ministerpräsident Lafontaine verbinden ihn besondere Vorstellungen von der weiteren Normalisierung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten. Die in seinem Geburtsort gemachte Aussage erlaubte zusätzlich eine emotionale Interpretation. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, daß Honecker die historische Rolle des Saarlandes in ihrer europäischen Dimension und der Bedeutung für die Aussöhnung mit den französischen Nachbarn im Auge hatte, als er von saarländischem Boden sprach.

Lambach

Referat 210, Bd. 145161

259

### Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, an das Auswärtige Amt

114-5503/87 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 790

Aufgabe: 16. September 1987, 12.45 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 17. September 1987, 10.46 Uhr

Betr.: Syrien und die islamische Revolution;  
hier: Assads Nein zu Afghanistan

Bezug: DE Nr. 7031 vom 11.9.1987 – 340-322 AFG<sup>2</sup>  
DB Nr. 786 vom 16.9.1987 – Pol 322 AFG<sup>3</sup>

1) Bei der im Bezugs-DB geschilderten Demarche zur Afghanistan-Frage wurde mir klar, daß die syrische Seite hier teils mit vordergründigen Argumenten

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 17. September 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Ministerialdirigent Keil teilte mit: „Seit einiger Zeit bemüht sich das Regime in Kabul – unterstützt von der Sowjetunion – im Vorfeld der nächsten VN-GV durch diplomatische Initiativen, insbesondere in Staaten der Dritten Welt, seine internationale Isolierung zu durchbrechen und somit eine Aufwertung zu erreichen. Zu den vermehrten Anstrengungen des Regimes zählen insbesondere Reisen afghanischer Delegationen in eine Reihe von Ländern der Dritten Welt mit dem Ziel, diplomatische Beziehungen zum jeweiligen Gastland aufzunehmen bzw. bereits bestehende zu intensivieren (z. B. durch Botschafteraustausch). Gleichzeitig wird versucht, die jeweiligen Gesprächspartner dazu zu bewegen, gegen die auf der kommenden 42. VN-GV zu verabschiedende Afghanistan-Resolution zu stimmen oder

operierte. Ihre eigentlichen Motivationen für das Nein zur VN-Resolution<sup>4</sup> sind andere.

2) Syrien kann diese Resolution nicht unterstützen, u. a. auch wegen seiner Annäherung an den Westen, die ihm zu einer Reihe von Problemen mit der befreundeten Sowjetunion ein gravierendes hinzubringt. Es liegt nicht im Interesse Assads, der auch abgesehen von seiner Westpolitik genügend Ärger mit den Sowjets hat, diesen Partner wegen einer für ihn untergeordneten Frage vor den Kopf zu stoßen.

3) Die Freiheitskämpfer in Afghanistan sind überwiegend Fundamentalisten, also eine Spezies, die die regierende Kaste Syriens nicht mag. Die sunnitische Mehrheit im Lande wäre eher für diese Freiheitskämpfer zu begeistern, und die Moslem-Bruderschaften würden das wohl tun, aber die lückenlose Zensur sorgt dafür, daß man hier von ihnen kaum etwas erfährt. Sicher gibt es unter hiesigen westlich gebildeten Intellektuellen ebenso wie in anderen Ländern Menschen, die sich immer dafür begeistern, wenn eine kleine Nation es fertigbringt, sich einer Supermacht zu erwehren und angesichts deren technischer Übermacht nicht aufzugeben.

4) Die afghanischen Mujahedin kämpfen für die Freiheit ihres Landes. Sie werden dabei von den ihnen ideologisch verwandten Iranern unterstützt, die ebenfalls die Überfremdung abgeschüttelt haben. Ob diese Überfremdung aus dem Norden im Gewand eines doktrinären Atheismus oder eines permissiven Agnostizismus (Rudi Carrell<sup>5</sup>) auftritt, ist für die islamische Revolution letztlich irrelevant. Sie kämpft gegen die säkularisierenden Einflüsse, woher sie auch kommen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1309*

für deren Abschwächung einzutreten.“ Keil bat, „in Absprache mit den übrigen EG-Vertretungen vor Ort auch bilateral der Gastregierung unsere Haltung zu erläutern“ und eine entsprechende Demarche der EG-Ratspräsidentschaft zu unterstützen: „Hierbei sollte insbesondere darauf hingewiesen werden, daß wir [...] über die jüngsten diplomatischen Initiativen des Regimes besorgt seien und befürchteten, daß sich etwaige Erfolge bei diesen Bemühungen nachteilig auf den weiteren Verlauf der indirekten Genfer Gespräche und damit die baldige politische Lösung des Afghanistan-Konflikts auswirken könnten.“ Vgl. AV Damaskus, Bd. 18682.

3) Botschafter Schlingensiepen, Damaskus, berichtete: „1) Bereits vor Eingang des Bezugsdrahterlasses war in der EG-Botschafterrunde beschlossen worden, daß auf Troika-Ebene demarchiert werden sollte. 2) Am 14.9. begab ich mich mit meinem dänischen Kollegen als Vertreter der Präsidentschaft und dem belgischen Chargé d'affaires zu Vizeminister Shakour. Außenminister Scharaa, der mich in der letzten Woche achtmal empfangen hatte, ließ sich diesmal verleugnen, einmal, weil das vom Dänen telefonisch mitgeteilte Thema ihm nicht paßte, zum zweiten, weil er noch immer seinen dänischen Kollegen in seiner Eigenschaft als Präsidentschaftsvertreter nicht gesehen hat und dem dänischen Botschafter deshalb bisher stets ausgewichen ist. Mr. Søndergaard trug die Demarche vor, er hatte fast gleiche Weisung erhalten wie ich.“ Schlingensiepen informierte weiter: „Herrn Shakours Reaktion war typisch für die syrische Denkungsweise. Man hat mit der Sowjetunion zur Zeit so viele Probleme, daß man ihr gerne einen Gefallen erweist, wo es nichts kostet. Auf der anderen Seite besteht hier ein tiefes Mißtrauen gegen jedwede Aktion von Supermächten.“ Daher sei Shakours Vorschlag, „daß sich viele Mächte für einen Ausgleich in Afghanistan einsetzen und den Supermächten nicht allein alles überlassen sollen, durchaus folgerichtig“ gewesen: „Beim Hinausgehen schlug der Däne vor, daß sich Syrien wenigstens der Stimme enthalten sollte, was Herr Shakour mit einem freundlichen Lächeln quittierte. Stimmen wird Syrien mit ‚Nein‘.“ Vgl. AV Damaskus, Bd. 18682.

4) Für den Wortlaut der Resolution Nr. 42/15 der VN-Generalversammlung zu Afghanistan vom 10. November 1987 vgl. RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 42. Tagung, S. 42 f.

5) Zu den Folgen der ARD-Sendung „Rudis Tagesshow“ vom 15. Februar 1987 für die Beziehungen der Bundesrepublik zum Iran vgl. Dok. 46, Dok. 47 und Dok. 113.

Sie meint also ihre Freiheit, nicht unsere, was diese Freiheit für sie nicht kleiner macht.

5) Syrien wiederum ist ein laizistischer Staat, und seiner Herrschaftsschicht muß vor allem daran gelegen sein, den Einfluß der islamischen Revolution von ihrem Territorium fernzuhalten. Ideell verbindet also die Alawitenherrschaft hier und die Mujahedin dort wenig. Im Gegenteil: Diese müssen hier eben als ideologisches Anhängsel des Iran erscheinen. Syriens Regierung muß fürchten, daß die Wogen der islamischen Revolution, falls es zu keiner Lösung im Libanon kommt, eines Tages auch hierher überschwappen. Im Iran hat die islamische Herrschaft einen breiten Unterbau. Das Syrien Assads steht dagegen wie die Halbdemokratie Ägyptens, das Königreich Husseins und manche andere arabische Staaten auf sehr viel weniger breitem Fundament. Muselmanische Bruderschaften gibt es vielerorts, und wenn die Zeit reif ist, findet ein Khomeini sich immer.

6) Die islamische Revolution in ihren schiitischen und sunnitischen Spielarten gibt den einfachen, armen und teilweise verelendeten Massen ähnlich wie der Kommunismus ein leicht faßliches Weltbild und damit Ziel, Hoffnung und Sinn des Lebens. Darin liegt ihre Schlagkraft. Sie ist ferner ein Vehikel für die Emanzipation des Südens vom Norden, ähnlich wie es in China der Kommunismus war oder ist. (Es ist bezeichnend, daß sich der chinesische Kommunismus in der Zeit seiner schärfsten Feindschaft zu den USA gleichwohl zwangsläufig gegen den sowjetischen wandte.)

Die nicht-ideologischen Regime des Nahen Ostens – und wohl vielerorts in der Dritten Welt – müssen auch deshalb zwischen den Weltmächten lavieren und immer wieder mit einer oder beiden von ihnen paktieren, weil sie sich nur so der Khomeinis und Maos erwehren können. Häufig wirken sie mit Erfolg hinter den Kulissen bei der Lösung von Problemen wie in Afghanistan, Nicaragua etc. mit. Das tut auch Syrien, etwa am Golf. Vielleicht sogar einmal in Afghanistan, auch wenn es anders abstimmt, als wir wollen.

7) Von der islamischen Revolution aber werden wir noch allerhand Überraschungen zu erwarten haben, hoffentlich nicht nur negative. Ist sie erst einmal zu einem wirklichen Machtfaktor geworden, und vieles spricht dafür, daß sie das wird, so werden sich die großen politischen Fragen unserer Tage für den Norden neu stellen.

[gez.] Schlingensiepen

VS-Bd. 13644 (310)

## Deutsch-spanisches Regierungsgespräch

17. September 1987<sup>1</sup>

Deutsch-spanische Konsultationen der Regierungschefs in Bonn am 16./17. September 1987<sup>2</sup>;

hier: Delegationsgespräch unter Leitung der Regierungschefs am 17. September 1987

Der *Bundeskanzler* begrüßt eingangs die spanische Delegation und schlägt vor, daß die einzelnen Minister kurz über die Ergebnisse ihrer Fachgespräche berichten. Er erteilt zunächst Bundesminister Genscher das Wort.

Bundesminister *Genscher* erläutert, er habe am 16. September mit Außenminister Ordóñez im wesentlichen drei Themenkomplexe behandelt:

- Stand der West-Ost-Beziehungen einschließlich Besuch von GS Honecker in Deutschland<sup>3</sup>, Staatsbesuch des Bundespräsidenten in der Sowjetunion<sup>4</sup>, Einschätzung des Fortgangs der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen, insbesondere im INF-Bereich.
- Entwicklung im Golfkrieg seit der Resolution des VN-Sicherheitsrates Nr. 598 vom 20. Juli<sup>5</sup>, insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Präsidentschaft im VN-Sicherheitsrat<sup>6</sup>.
- EG-Themen: Stand der Bemühungen, um einen Beitrag zur Stabilisierung Zentralamerikas auf Grundlage des Kooperationsabkommens EG–Zentralamerika<sup>7</sup> zu leisten. Einigkeit darüber, daß Arias-Plan<sup>8</sup> europäische Unterstützung verdient.

Im übrigen habe man die<sup>9</sup> Lage in Chile und die Möglichkeiten des Einflusses der Europäer auf die Wahl des künftigen Generalsekretärs der UNESCO<sup>10</sup> erörtert.<sup>11</sup>

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 5. Oktober 1987 gefertigt.

<sup>2</sup> Ministerpräsident González besuchte die Bundesrepublik am 16./17. September 1987.

<sup>3</sup> Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

<sup>4</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

<sup>5</sup> Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vgl. Dok. 221, Anm. 6.

<sup>6</sup> Die Bundesrepublik hatte die Präsidentschaft im VN-Sicherheitsrat vom 1. bis 31. August 1987 inne.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 12. November 1985 zwischen der EWG und den Partnerländern des Generalvertrags über die zentralamerikanische Wirtschaftsintegration (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua) sowie Panama vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 172 vom 30. Juni 1986, S. 2–11.

<sup>8</sup> Zum Vorschlag eines Friedensabkommens für Zentralamerika des Präsidenten Arias vom 15. Februar 1987 vgl. Dok. 103, Dok. 108 und Dok. 110.

Zur Unterzeichnung des Abkommens auf der Gipfelkonferenz der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 6./7. August 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 228.

<sup>9</sup> Korrigiert aus: „man über die“.

<sup>10</sup> Zur bevorstehenden Neuwahl des Generaldirektors der UNESCO vgl. Dok. 237.

<sup>11</sup> Im Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Fernández Ordóñez am 16. September 1987 wurde zudem die Frage der Nachfolge des NATO-Generalsekretärs

AM ergänzt, aus spanischer Sicht sei die Erörterung der Lage in Lateinamerika besonders wichtig gewesen. Man sei sich darin einig, daß die nächste San-José-Konferenz im kommenden Frühjahr in Hamburg<sup>12</sup> Impuls zu einer Intensivierung der Zusammenarbeit geben müsse. Die Zusammenarbeit mit Lateinamerika in der EG gehe ja auf eine deutsche Initiative zurück.<sup>13</sup> Im übrigen sei auch die Abstimmung beider Länder in der Behandlung des Golf-Konflikts im Sicherheitsrat für ihn sehr wichtig gewesen.

Der *Bundeskanzler* erteilt danach dem spanischen Finanz- und Wirtschaftsminister Solchaga das Wort, um über sein Gespräch mit Bundesminister Dr. Bangemann zu berichten.

Minister *Solchaga* erläutert, drei Themen hätten im Mittelpunkt des Meinungsaustauschs gestanden:

- Man habe intensiv über die interne Wirtschaftsentwicklung in beiden Ländern gesprochen. In Deutschland wie in Spanien sei ein Aufwärtstrend klar festzustellen. Spanien habe zwar im Verhältnis zu Deutschland wie insgesamt ein Defizit in der Handelsbilanz, die Leistungsbilanz sei jedoch positiv.
- Zweites Thema sei die innere Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft gewesen. Bundesminister Dr. Bangemann habe ihm gegenüber das Interesse der Bundesrepublik Deutschland einer Teilhabe der EFTA-Länder am europäischen Binnenmarkt betont. Auch aus spanischer Sicht sei es wünschenswert, daß alle westeuropäischen Länder an einem großen gemeinsamen Markt teilhaben.
- Im übrigen habe man konkrete bilaterale Industrieprojekte insbesondere der Kooperation besprochen.<sup>14</sup> Es sei dabei um den Airbus<sup>15</sup>, um die deutsche

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1312*

Lord Carrington erörtert. Genscher „benutzte die Gelegenheit, um die Entscheidung des Bundeskanzlers für eine Kandidatur von BM Wörner für den Posten des NATO-Generalsekretärs nachhaltig zu unterstützen“. Fernández Ordóñez „erwiderte, die Kandidatur werde von spanischer Regierung zur Zeit geprüft. In der vergangenen Woche habe ihm der italienische Außenminister Andreotti in Madrid gesagt, Lord Carrington werde gegebenenfalls noch bis Dezember 1988 im Amt bleiben. Allerdings habe Andreotti dies wohl eher als persönlichen Eindruck wiedergegeben.“ Wichtig sei ein „breiter Konsensus über den künftigen Kandidaten“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 203, Bd. 150998.

<sup>12</sup> Die vierte Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe fand am 29. Februar und 1. März 1988 in Hamburg statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

<sup>13</sup> Bei einem Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 28./29. September 1984 in San José beschlossen die Anwesenden regelmäßige politische Konsultationen sowie die Aufnahme von Verhandlungen über ein wirtschaftliches Kooperationsabkommen. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 41–45. Vgl. dazu ferner AAPD 1984, II, Dok. 260.

<sup>14</sup> So in der Vorlage.

<sup>15</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Siemes erläuterte am 10. Februar 1987, die spanische Firma CASA sei mit etwa vier Prozent an dem multinationalen Unternehmen Airbus Industrie beteiligt: „Die spanische Regierung hat mehrfach beklagt, daß die spanische Industrie nicht im gleichen Wert wie die CASA-Beteiligung Zulieferaufträge erhält. Airbus Industrie verweist auf Preis- und Qualitätsprobleme der spanischen Zulieferer und argumentiert, A[irbus]I[ndustrie] müsse nach streng marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten einkaufen.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160439. Bundesminister Bangemann führte am 16. September 1987 ein Gespräch mit dem spanischen Wirtschafts- und Finanzminister Solchaga sowie dem Minister für Industrie und Energie, Croissier. Croissier „bat um Unterstützung bei Lösung der Probleme von CASA mit AI. CASA produziere nur 2,5 % des Airbus (bei 4,2 % Beteiligung) und mache 20 Mrd. P[ese]tas Verluste. Ohne Lösung sei es

Beteiligung an dem spanischen Luftfahrtunternehmen CASA und um die Kooperation Lufthansa/Iberia (Gründung eines Charterunternehmens) gegangen, ferner auch um die Gründung einer gemeinsamen europäischen Organisation zum Verkauf von Flugscheinen (Amadeus) mit Sitz in Madrid. Ausführlich sei auch die Zusammenarbeit zwischen deutschen und spanischen Firmen bei dem Ausbau und der Modernisierung der spanischen Eisenbahnen gesprochen worden. Schließlich habe er die Bedeutung eines spanischen Beitritts zur Zehnergruppe<sup>16</sup> im Rahmen des IWF betont, er habe seinen Kollegen Bangemann gebeten, daß sich Deutschland zugunsten des spanischen Beitritts verwende. Bundesminister Dr. Bangemann habe dies zugesagt.

Insgesamt sei die spanische Regierung mit der Entwicklung der bilateralen Beziehungen im wirtschaftlichen Bereich zufrieden.

PStS *Riedl* ergänzte in Abwesenheit von Bundesminister Dr. Bangemann, er stimme mit der von dem spanischen Kollegen gegebenen Bewertung überein. Interessant sei für die deutsche Seite der Hinweis der spanischen Delegation gewesen, daß vertraglich vereinbarte Investitionsleistungen deutscher Firmen nur schleppend geleistet würden. Dies sei ihm bisher unbekannt gewesen. Das Wirtschaftsministerium werde dem nachgehen. In der kommenden Woche finde in München die Airbus-Ministerkonferenz unter deutschem Vorsitz statt<sup>17</sup>, die Probleme der spanischen Seite seien auf der Tagesordnung. Im übrigen habe man einen Meinungsaustausch über die Entwicklung in der Stahlpolitik gehabt. Spanien sei zur Zeit dabei, die im Beitrittsvertrag<sup>18</sup> festgelegten Bedingungen der Restrukturierung zu erfüllen.

Der spanische Industrieminister *Croissier* wies anschließend auf die Probleme beim Zugang zur Hochtechnologie wie auch in klassischen Bereichen hin. Er wolle nur als Beispiel den Umstand erwähnen, daß spanische Unternehmen keine Möglichkeit hätten, Armaturen für Badezimmer nach Deutschland zu exportie-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1313*

schwierig, das Engagement von CASA auf die neuen Typen auszuweiten [...]. Man bemühe sich, die Lieferverzögerungen zu überwinden. Lieferungen durch Lockheed anstelle CASA wären inakzeptabel. Die Kostenerhöhungen rührten von der neuen Technologie (Kohlenstoffasern) her.“ Bangemann „verwies auf die laufenden Gespräche der Gesellschaften über die Probleme, er bat um Material“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 203, Bd. 150998.

<sup>16</sup> Dem als Zehnergruppe bezeichneten, 1962 gegründeten informellen Kooperationsgremium gehörten neben den G 7-Staaten auch Belgien, die Niederlande und Schweden an. 1983 trat auch die Schweiz den G 10 bei.

<sup>17</sup> In der Presse wurde berichtet: „Die Ausweitung des europäischen Flugzeugprogramms Airbus um die Mittel- und Langstreckenversionen A 330 und A 340 ist jetzt auch formell beschlossen worden. Die Fachminister aus Frankreich, Großbritannien und Spanien sowie der Koordinator der deutschen Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt, Erich Riedl, haben auf einer Tagung in München ein entsprechendes Memorandum unterzeichnet. Die Bundesrepublik will sich an den Entwicklungskosten der beiden neuen Flugzeugtypen mit bis zu knapp 3 Milliarden DM beteiligen. Bis Ende Juli dieses Jahres sind für die Typen A 300, A 310 und den neuen A 320 insgesamt knapp 750 Aufträge mit einem Verkaufswert von zusammen rund 36 Milliarden Dollar, nach heutigem Kurs um die 65 Milliarden DM, eingegangen. Für A 330 und A 340 wurden bisher 130 Festbestellungen und Optionen genannt.“ Vgl. den Artikel „Airbus-Programm gebilligt“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 30. September 1987, S. 15.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut des Beschlusses vom 11. Juni 1985 über den Beitritt Portugals und Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sowie des Vertrags vom 12. Juni 1985 über den Beitritt Portugals und Spaniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft einschließlich der Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil II, S. 1251–1686.



ren. Hierfür solle ein technischer Ausschuß gegründet werden, um die bestehenden Probleme zu bereinigen. In der industriellen Zusammenarbeit seien die Perspektiven im großen und ganzen gut. Deutsche Unternehmen seien zunehmend an Investitionen in Spanien interessiert, insbesondere wegen der vergleichsweise vorteilhaften Kostensituation. In bezug auf den Airbus sei die Zusammenarbeit mit deutschen Firmen für Spanien wichtig. Spanien müsse insofern auf einen größeren Anteil bei den Warenzulieferungen drängen, was seinem finanziellen Engagement entspreche. Für die Produktion des Triebwerks des neuen europäischen Kampfflugzeuges<sup>19</sup> habe Spanien ein eigenes Unternehmen gegründet, mit deutscher Beteiligung. Chancen für die Zusammenarbeit mit deutschen Unternehmen seien auch in der angestrebten Modernisierung der spanischen Eisenbahnen zu sehen. Gleiches gelte für die Kooperation zwischen Lufthansa und Iberia. In bezug auf die Gründung eines gemeinsamen Charterunternehmens hätte es bisher bürokratische Probleme der Zulassung gegeben, auf die Herr Ruhnau gestern in der Besprechung mit den Unternehmern hingewiesen habe. Er könne mitteilen, daß diese Probleme inzwischen in Madrid aus dem Weg geräumt seien.

Der *Bundeskanzler* wies an dieser Stelle darauf hin, daß die von der spanischen Seite erwähnten Schwierigkeiten bei dem Export von Badezimmerarmaturen aus Spanien in die Bundesrepublik Deutschland die Widersinnigkeit dieser Situation aufzeigten. Jeder in Europa spreche sich für die Verwirklichung des Binnenmarktes aus, in Wirklichkeit werde aber verdeckter Protektionismus betrieben. Der Binnenmarkt lasse sich nicht verwirklichen, wenn wir nicht die Kraft aufbringen, diesen Protektionismus zu überwinden; die Frage müsse politisch durchgesetzt werden. Die Bundesregierung sei sich der innenpolitischen Probleme auch bei uns bewußt, sie werde jedoch entschlossen an die Lösung dieses Problems herangehen.

Er bewertet das Experiment eines Zusammentreffens mit deutschen und spanischen Unternehmen am Vortage sehr positiv. Die Fachministerien müßten die konkreten Hinweise und Wünsche der Unternehmer jetzt aufnehmen und auswerten. Man müsse auf hoher Beamtenebene eine Nachlese halten, um begründete Klagen abzustellen. Ein Zusammentreffen dieser oder ähnlicher Art sollte in zwei bis drei Jahren, schon wegen seiner politisch-psychologischen Wirkung, wiederholt werden.

Der Bundeskanzler betonte, daß die Zusammenarbeit zwischen Spanien und Deutschland Eckstein unserer Politik sei. Er wolle an dieser Stelle noch einmal das aufgreifen, was er bereits gestern vor den Unternehmern grundsätzlich

<sup>19</sup> Die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien unterzeichneten am 11. Oktober 1984 ein Planungsdokument über den Bau eines europäischen Kampfflugzeugs („Jäger 90“). Die weiteren Arbeiten verzögerten sich jedoch wegen abweichender Vorstellungen Frankreichs hinsichtlich der technischen und organisatorischen Ausführung. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 198.

Legationssekretär Mafael notierte am 9. September 1987: „BMVg geht wie bisher davon aus, daß der deutsche Anteil an der Entwicklung des ‚Jäger 90‘ 6,7 Mrd. DM betragen wird. Es hält diese Schätzung für realistisch. Dabei entfallen u. a. auf die Zelle ca. 1 Mrd. DM, den Antrieb ca. 2,1 Mrd. DM, Ausrüstung und Avionik 2,1 Mrd. DM. Die Kosten für die Entwicklung sind im Bundeswehrplan eingestellt. Dabei wurde allerdings bewußt eine Unterplanung vorgenommen, da Zweifel bestehen, ob der von der Industrie vorgeschlagene Mittelabflußplan (beginnend 1988 Mittelabfluß innerhalb von zehn Jahren) eingehalten werden kann. Da es sich bei dem Haushaltstitel ‚Jäger 90‘ nur um einen einseitig deckungsfähigen Titel handelt, würden bei nicht rechtzeitigem Abfluß der Mittel diese verfallen.“ Vgl. Referat 209, Bd. 148694.

ausgeführt habe.<sup>20</sup> Der Besuch von Generalsekretär Honecker in der letzten Woche sei für Deutschland ein wichtiges Ereignis gewesen. Die Westbindung, die Einbindung in die Wertegemeinschaft der westlichen Welt, in EG, in die NATO, seien und bleiben die Grundlagen der Politik der Bundesrepublik Deutschland. Man könne sagen, dies sei Teil der Staatsraison Deutschlands. Innerhalb der westlichen Welt habe die Bundesrepublik Deutschland zu einigen Ländern noch intensivere, noch engere Beziehungen als zu anderen. Hierzu gehöre die enge Freundschaft und Partnerschaft mit Frankreich. Europa habe dadurch Vorteile. Dies müsse man auch Dritten verständlich machen. Für ihn sei es gerade wichtig, die Beziehungen zu Spanien zu intensivieren. Die Ausgangsposition hierfür sei gut. Unsere Beziehungen seien historisch in keiner Weise belastet. Die Intensivierung mit Spanien gehe über das rein wirtschaftliche Moment weit hinaus. Eine Intensivierung unserer Beziehungen zu Frankreich wie unserer Beziehungen zu Spanien belaste niemanden. Wir wollten dadurch niemanden ausschließen. Gerade weil Deutschland und Frankreich so gute Beziehungen unterhielten, sollten wir auch das bilaterale Verhältnis Spaniens mit Deutschland einerseits und mit Frankreich andererseits weiter verbessern. Die Bundesregierung habe sich seit jeher für den EG-Beitritt Spaniens eingesetzt, in dem Bewußtsein, daß Spanien eine dynamische Kraft für die Gemeinschaft sei, während andere eher statische Mitglieder seien.

Anschließend berichtete der spanische EG-Staatssekretär *Solbes* über sein Gespräch mit Frau Staatsministerin Dr. Adam-Schwaetzer. Man habe insbesondere die anstehenden EG-Reformen besprochen. Hier habe man im wesentlichen eine gemeinsame Linie. Man stimme darin überein, daß es notwendig sei, diese Reformen als ein globales Paket in Angriff zu nehmen und rasch zu grundsätzlichen Entscheidungen zu kommen. Man stimme auch überein, daß eine Verstärkung der Haushaltsdisziplin notwendig sei, daß die Strukturfonds in ihrer geographischen Anwendung konzentriert werden müßten. Man habe Differenzen im Hinblick auf die künftige finanzielle Ausstattung dieser Strukturfonds. Es gebe auch Nuancen über den Inhalt der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik. Man stimme aber überein, daß man die Landwirtschaft erst wieder in die Lage zurückversetzen müsse, sich an die Marktbedingungen anzupassen. Dies dürfe nicht zu einer Verringerung der Anzahl der Landwirte führen. Man müsse dabei die Kleinbetriebe und die Betriebe in weniger begünstigten Regionen schützen. Insgesamt müßten die nationalen Beihilfepolitiken im Rahmen der Gemeinschaftspolitiken stehen.

Staatsministerin Dr. Adam-Schwaetzer ergänzte, es gebe nur Unterschiede in Nuancen. Die Landwirtschaftsstruktur müsse erhalten bleiben, um die gesellschaftliche Struktur der Mitgliedstaaten nicht zu schädigen. Man brauche die Reform, um Fortschritte beim Binnenmarkt zu erzielen und um die Europäische Union voranzutreiben. Vor allem müsse man einen fairen Interessenausgleich finden. Der Europäische Rat in Kopenhagen<sup>21</sup> müsse insoweit Grundsatzentscheidungen treffen.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl bei der Jahrestagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Socialpolitik) am 16. September 1987 in Berlin (West) vgl. BULLETIN 1987, S. 773–777.

<sup>21</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. Dok. 358.

Ministerpräsident *González* knüpfte zusammenfassend an das Unternehmer-treffen und seine grundsätzlichen Bemerkungen, die er dort gemacht habe, an. Er verwies auf den spanischen Willen rascher Integration in die Europäische Gemeinschaft. Man müsse zu einer größtmöglichen Konvergenz zwischen der politischen und der wirtschaftlichen Seite kommen. Die Europäische Gemeinschaft sei kein dualer Prozeß, man müsse zu gemeinschaftlichen Lösungen kommen. Dies gelte insbesondere für die Förderung der Strukturfonds wie für andere Bereiche. Man müsse ein Gleichgewicht und eine Zusammenarbeit im Interesse aller finden.

Ministerpräsident *González* wies in diesem Zusammenhang auf die bevorstehende spanische EG-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1989 nach der deutschen und der griechischen Präsidentschaft<sup>22</sup> hin. Er halte es für notwendig, die Arbeitsweise der europäischen Gipfel zu verbessern. Es müßten dort mehr politische Entscheidungen in konzentrierter Weise getroffen werden. Die Tagesordnung müsse erfüllbar, durchführbar vorbereitet werden. Spanien sei bereit, mit der Bundesrepublik Deutschland hieran zu arbeiten.

Seine Regierung lege auf eine enge Zusammenarbeit mit Deutschland als vertrauenswürdigem, verlässlichem Partner besonderen Wert. Spanien befinde sich in einer wichtigen wirtschaftlichen Entwicklungsphase. Dies gelte vor allem für die Entwicklung der Klein- und Mittelindustrie. Es werde nicht einfach sein, diese in den großen europäischen Entwicklungsprozeß zu integrieren.

Gerade unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung einer europäischen Sicherheitspolitik und angesichts der sich entwickelnden internationalen Lage sei die deutsch-französische Zusammenarbeit für den europäischen Einigungsprozeß unerlässlich. Dies gelte auch insbesondere für die angestrebte Vertiefung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Spanien wolle gerne daran teilnehmen. Dies in der Überzeugung, daß Deutschland und Frankreich gerade in der europäischen Sicherheitspolitik eine Schlüsselfunktion einnehmen. Der Besuch von Generalsekretär Honecker in Deutschland habe gezeigt, wie wichtig die Frage der Sicherheit in Europa sei. Spanien verstehe die deutsche Außenpolitik gegenüber den Ostblockländern. Die Europäer müßten mehr Sensibilität für die Situation Deutschlands gegenüber dem Ostblock entwickeln. Er halte eine europäische koordinierte Politik, „einen konzentrierten Kreis“, für notwendig. Die Beziehungen zu nicht der EG angehörenden europäischen Partnern wie z.B. Österreich, aber auch dem südlichen Mittelmeerraum seien ebenso wichtig. Es sei notwendig, hierfür eine gemeinsame Politik zu entwickeln. Als Beispiel müsse er auch die Beziehungen zu Ungarn anführen.<sup>23</sup> Ungarn könne Westeuropa nicht gleichgültig bleiben.

<sup>22</sup> Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne, Griechenland anschließend bis 31. Dezember 1988.

<sup>23</sup> Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Ungarn vgl. Dok. 74, Anm. 20 und 21.

In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 16. Oktober 1987 wurde dargelegt, zentraler Punkt in den Verhandlungen über ein Handels- und Kooperationsabkommen sei nach wie vor „der Abbau von diskriminierenden, d. h. nur gegenüber Staatshandelsländern geltenden mengenmäßigen Beschränkungen bei der Ausfuhr von Waren in die Gemeinschaft bis zu einem festen Zeitpunkt. Das verabschiedete Mandat sieht vor, daß die mengenmäßigen Beschränkungen bis auf einen kleinen Teil bis zum 31.12.1992 abgebaut werden. Für den restlichen harten Kern sieht das

Wenn es in Westeuropa drei oder vier Länder gäbe, die ihre Politik gemeinsam koordinieren, abstimmen, so führe das nicht zu einem Zerbrechen der Gemeinschaft. Der Rest der europäischen Länder werde sich diesen drei oder vier anschließen. Es müsse so sein, daß drei oder vier die Richtung absteckten. Er wolle dies an dem Beispiel der Bekämpfung der Inflation erläutern. Wenn wir sagen, wir kämpfen gegen die Inflation, so heißt das nicht, daß wir alle eine möglichst hohe Inflationsziffer oder die Inflationsziffer des Mitgliedstaates mit der höchsten Inflation akzeptieren. Wir können nicht von dem, der eine niedrige Inflationsrate hat, verlangen, daß er in seinem Kampf nachläßt. Wir müssen aber versuchen, denjenigen, die noch eine zu hohe Inflation haben, gemeinsam zu helfen, von dieser Zahl herunterzukommen.

Zusammenfassend freue er sich, daß er in den zwei Tagen in Bonn sehr offene und intensive Gespräche mit dem Bundeskanzler habe führen können. Auch das Unternehmertreffen sei für beide Seiten sehr erfreulich verlaufen.

Der *Bundeskanzler* betont abschließend, daß er sich der Wertung von Ministerpräsident González voll anschließe. Die Gespräche hätten ein sehr hohes Maß an Übereinstimmung in allen wichtigen Fragen erbracht. Der Bundeskanzler bat anschließend seinen Gast, gemeinsam zur Presse zu gehen.

**Referat 203, Bd. 150998**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1317*

Mandat vor, daß ‚Schutzmaßnahmen grundsätzlich vorübergehender Art‘ sein sollen. Nach unserem Verständnis müssen die restlichen Waren nach einem in den Verhandlungen festzulegenden Zeitraum (mindestens zehn Jahre) liberalisiert werden. Demgegenüber wollen vor allem I und E sich nicht auf einen festen Zeitpunkt einlassen. Sie wollen die Möglichkeit offenhalten, bei einzelnen sensiblen Produkten auch nach diesem Zeitpunkt noch Importbeschränkungen aufrechtzuerhalten.“  
Vgl. Referat 421, Bd. 140307.

## 261

**Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt**

114-5550/87 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 3970  
Citissime nachts

Aufgabe: 18. September 1987, 14.21 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 18. September 1987, 20.37 Uhr

Zur Vorlage am Samstag<sup>2</sup> morgen bei den Empfängern

Betr.: Amerikanisch-sowjetische AM-Verhandlungen<sup>3</sup>;  
hier: Erste Bewertung des Rüstungskontrollteiles

Ich wurde soeben durch Holmes vorab über die Gespräche der Außenminister Shultz und Schewardnadse und ihrer Delegationen, soweit rüstungskontrollpolitische Themen betroffen waren, ins Bild gesetzt. Eine Unterrichtung aller Bündnismissionschefs ist für heute nachmittag anberaumt. Weiterer Bericht bleibt insoweit vorbehalten.<sup>4</sup>

Zu den INF-Gesprächen sagte Holmes: Noch am ersten Abend der dreitägigen Begegnung, d.h. vor Bildung der einzelnen Arbeitsgruppen, sei das Problem der PIa Hauptgegenstand der Diskussion gewesen. Die US-Seite habe dabei mit großer Klarheit ihre Haltung bekräftigt, daß diese nicht Gegenstand eines INF-Abkommens sein könnten. Der US-Delegation sei im Laufe des Gesprächs deutlich geworden, daß das Hauptproblem für die Sowjets in diesem Zusammenhang die Gefechtsköpfe seien, wobei auch eine gewisse Konfusion über die Bedeutung des Begriffs „war head“ ersichtlich geworden sei.

Erst gestern am späten Nachmittag sei es dann zu der Einigung auf den dort vorliegenden Text der „Agreed Minutes“ gekommen.<sup>5</sup> Dieser Text müsse verstanden

<sup>1</sup> Hat dem Bereitschaftsdienst am 19. September 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Gespr[äch] Ber[eitschafts]D[ienst] – RL 220 am 19.9.: Arb[beits]Ex[emplar] für D2A wird von H[errn] Holik im Laufe des Sa[mstags] pers[önlich] abgeholt.“

Ferner notierte der Bereitschaftsdienst handschriftlich: „M[inister]B[üro]-Ex. wird von H. Jansen pers. abgeholt.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 21. September 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner, die Legationsräte I. Klasse Müller und Mülmenstädt sowie an Legationssekretär Haller verfügte.

Hat Wagner, Müller und Mülmenstädt vorgelegen.

<sup>2</sup> 19. September 1987.

<sup>3</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die USA vom 15. bis 17. September 1987. Vgl. dazu FRUS 1981–1988, VI, S. 294–361 und S. 362–389.

<sup>4</sup> Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 18. September 1987: „Assistant Secretary Ridgway, Botschafter Nitze und Botschafter Glitman unterrichteten am Nachmittag des 18.9. NATO- sowie japanischen und australischen Botschafter. [...] Das Thema Menschenrechte habe ein gutes Drittel des ersten Verhandlungstages ausgefüllt. Es sei den US sowohl um die Diskussion von Prinzipien als auch um praktische Fragen gegangen. Die SU habe auf die im Moment bei ihr im Gange befindlichen institutionellen Veränderungen hingewiesen, die Anpassungen im Sinne des von den USA Geforderten bringen würden. Ridgway wies darauf hin, daß durch die Gespräche ein verlässlicher Gesprächskanal hergestellt worden sei, der für die Zukunft eine gute Basis darstelle. [...] Die Behandlung der regionalen Fragen habe sich fast ausschließlich auf die Themen Afghanistan und Golf konzentriert, Nicaragua wurde kurz angesprochen. Eine Palette weiterer Themen sei aus Zeitmangel nicht zur Erörterung gekommen. Zum Konflikt Iran/Irak habe es eine gute Diskussion gegeben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4000; VS-Bd. 11363 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>5</sup> Am 18. September 1987 notierte Vortragender Legationsrat Elbe den Text der „Agreed Minutes“ zur Pershing-Ia-Frage, „die von der INF-AG erarbeitet und von den Außenministern gebilligt worden

werden auf dem Hintergrund der grundsätzlichen Einigung zwischen beiden Delegationen über die Behandlung der amerikanischen und sowjetischen „reentry vehicles“: Bei diesen habe man sich darauf geeinigt, den eigentlichen Explosivteil (nuclear package inside) und das Lenksystem auszubauen und in die jeweiligen Arsenale zurückzuverbringen. Das verbleibende Gehäuse werde dem gleichen Eliminierungsverfahren unterworfen, das auch für Trägersystem und übrige Raketenstufen gelte.

Über den Zeitrahmen und über die Eliminierungsprozedur gebe es noch keine Einigung. Diese werde den Verhandlern in Genf vorbehalten bleiben.

Die Bedeutung der „Agreed Minutes“ bezüglich der deutschen P I a erläuterte Holmes wie folgt: Erst wenn die Bedingungen, die der Bundeskanzler in seiner öffentlichen Erklärung gesetzt habe<sup>6</sup>, zu unserer Zufriedenheit erfüllt seien, werde dieses spezifische Kooperationsprogramm (POC<sup>7</sup>) beendet sein und die Gefechtsköpfe wieder in die alleinige US-Verantwortung zurückgelangen. Erst dann würden sie dem oben geschilderten Eliminierungsverfahren unterworfen.

Holmes bewertete auf meine entsprechende Frage auch die Ergebnisse der START-Arbeitsgruppe als „some headway“. Die Sowjets hätten eine Unterkategorie von 3600 Gefechtsköpfen für ICBMs angeboten. Bedauerlicherweise bestünden sie bisher darauf, die 60-Prozent-Formel für alle Teile der Triade anzuwenden. Bei schweren ICBMs hätten sie Bereitschaft zu einer Reduzierung um 50 Prozent erkennen lassen. Außerdem sei deutlich geworden, daß man bei der Zahl der Bomber die Reykjavik-Formel<sup>8</sup> (ein Bomber = ein Gefechtskopf) beiderseits wieder einvernehmlich anwende. Holmes bemerkte dazu zusammenfassend, wenn der entsprechende politische Wille vorhanden sei, könne man durchaus im nächsten Jahr auch zu einem Abkommen über diesen Komplex gelangen.

Zu den CW-Gesprächen gab Holmes mir den Text des Arbeitsgruppenberichts (Text folgt als Anlage<sup>9</sup>) und erläuterte dazu: Die US-Seite bewerte auch diese Gespräche als nützlich, obwohl ein CW-Abkommen keinesfalls unmittelbar bevorstehe (still not around the corner). Er erwarte, daß die öffentliche Darstellung der Sowjets zu diesem Komplex übertrieben optimistisch klingen werde, und äußerte Sorge darüber, daß der Eindruck einer amerikanisch-sowjetischen Dominanz im CW-Bereich entstehen könne, während doch die Schwierigkeit darin bestehe, daß immer mehr Staaten reale oder potentielle CW-Mächte seien.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1319*

sind: ,1) Prior to the process of eliminating INF ballistic missiles, nuclear weapons and guidance systems will be removed from reentry vehicles. The remaining reentry vehicle structure will then be eliminated under agreed procedures. Such procedures shall apply to all residual reentry vehicles including those which by unilateral decision have been released from existing programmes of cooperation. The protocol on elimination should reflect these procedures. 2) When reentry vehicles for FRG P I a missiles are withdrawn, they become US reentry vehicles not associated with an existing p[rogram]o[f]c[operation] and therefore will be subjected to the same elimination procedures and time frames for final elimination as for reentry vehicles removed from US and Soviet INF ballistic missiles.‘ Die ‚Agreed Minutes‘ sind integraler Bestandteil des Abkommens, werden aber nicht veröffentlicht.“ Vgl. VS-Bd. 11363 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>6</sup> Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

<sup>7</sup> Program of Cooperation.

<sup>8</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

<sup>9</sup> Dem Vorgang beigefügt. Für den „Report of Working Group on Chemical Weapons“ vgl. VS-Bd. 11363 (220).

Zum Ergebnis im Bereich nuclear tests und KRK wird gesondert berichtet.<sup>10</sup>

Holmes legte großen Wert darauf, mir darzutun, daß er uns über die Gespräche vorab und gesondert unterrichtete. Er habe dies nicht früher tun können, weil er selbst erst alle Details habe zweifelsfrei zusammentragen und evaluieren müssen.

[gez.] Paschke

VS-Bd. 11363 (220)

## 262

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Roßbach

21. September 1987<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung  
Betr.: Bedenklicher Trend deutscher Verteidigungsausgaben

1) Gemessen an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland sind unsere Verteidigungsausgaben in den letzten Jahren stetig gefallen: von 3,4 % Anteil am BSP 1983 auf etwa 3 % 1987 (nach NATO-Kriterien).

1988 droht erstmals seit Bestehen der Bundeswehr das Unterschreiten der 3 %-Schwelle<sup>4</sup> (derzeitige Schätzung: 2,97 % vom BSP 1988).

<sup>10</sup> Gesandter Paschke, Washington, informierte am 18. September 1987, die Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway, habe die Botschafter der NATO-Mitgliedstaaten in den USA über die Gespräche der Außenminister Shultz (USA) und Schewardnadse (UdSSR) unterrichtet: „Die größten Fortschritte habe man beim Thema Teststopp erzielt. Hier sei durch die vorausgegangenen Expertengespräche der Boden so weit vorbereitet gewesen, daß man die dort bekannte Einigung erzielen konnte, der zufolge beide Seiten sich über effektive Verifikationsmaßnahmen verständigen werden, die die Ratifizierung der TTBT- und PNET-Verträge ermöglichen sollen. Im Anschluß daran werde man zu Verhandlungen über weitere Begrenzungen der Nukleartests übergehen. Zu KRK, das in einer gesonderten Arbeitsgruppe von Ledogar und Holmes verhandelt wurde, gab es offensichtlich wenig Berichtenswertes.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4000; VS-Bd. 11363 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Daerr und Oberstleutnant i. G. Graf von Pfeil konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 23. September 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 15. Oktober 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]V[orlage] mit Darlegung, inwieweit und wo sich die V[erteidigungs]-Ausgabenentwicklung nachteilig auf Fähigkeit der Bundeswehr zur Erfüllung ihrer Aufgaben auswirkt. Inwieweit wirken sich die Ausgaben der anderen NATO-Länder auf eine bessere Fähigkeit dieser Armeen für Erfüllung des Auftrags aus? Wie wird die Aufgabenentwicklung in den verschiedenen Armeen beurteilt? WV 15.11.“ Vgl. Anm. 6.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 15. Oktober 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach am 15. Oktober 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Sudhoff verfügte.

Hat Sudhoff erneut vorgelegen.

<sup>4</sup> In der „Ministerial Guidance 1977“, die in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18. Mai 1977 in Brüssel verabschiedet wurde, hieß es, daß alle Mitglied-



Damit würden wir, gemessen an den 1987-Zahlen der Verbündeten, weit hinter den USA (6,5%), Griechenland (6,6%), Großbritannien (4,7%), Türkei (4,7%), Frankreich (4,0%) und vermutlich auch noch hinter Portugal, Norwegen, Niederlande, Belgien (3,2–3,1%) liegen.

Auch der für den realen Verteidigungsbeitrag besonders relevante Anteil der Ausgaben für schweres Gerät hat bei uns seit 1982 fallende Tendenz und beschert uns für 1987 voraussichtlich nur einen miserablen 11. Platz im Bündnis. Den gleichen Platz nehmen wir übrigens 1986 bei der realen Entwicklung der Gesamtausgaben ein: Rückgang um 0,6%.

2) Natürlich können wir versuchen, für den gemessen an unserer Leistungsfähigkeit weit unter dem NATO-Durchschnitt (1987: 5,0%) und auch unter dem NATO-Europa-Durchschnitt (1987: 3,5%) liegenden Verteidigungshaushalt dadurch Verständnis zu gewinnen, daß wir Belastungen anderer Art (Berlin-Hilfe, Bereitstellung von Immobilien und Infrastruktur, Belastung durch Manöver) in Rechnung stellen.

Die Entwicklung bleibt jedoch in mehrfacher Hinsicht bedenklich:

- Wir vernachlässigen das Standbein des Harmel-Konzepts<sup>5</sup> und geben der SU ein falsches Signal. Die USA haben in den 70er Jahren diesen Fehler gemacht und haben dann heftig gegensteuern müssen, während wir damals trotz Entspannungspolitik die Verteidigungsausgaben gesteigert haben.
- Wir untergraben damit auch die Erfolgchancen unserer Rüstungskontrollpolitik. Der Anreiz für sowjetische Zugeständnisse bleibt gering bzw. westliche Vorleistung eilt ihnen vorweg, so daß sich per saldo die westliche Sicherheit nicht verbessert (sowjetische Rüstungseinsparungen nach dem Motto „to eat the cake and have it“).
- Wir setzen uns in Widerspruch zu unserer eigenen Mahnung, daß mit Fortschreiten der nuklearen Abrüstung das konventionelle Gleichgewicht an Bedeutung gewinnt. Wenn zu unseren demographischen Problemen auch noch ein Finanzschwund kommt, wird aus der angestrebten Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit ein Verfall derselben werden.
- Wir belasten das atlantische Verhältnis und damit die Bündniskohäsion. Zwar fallen auch die amerikanischen Verteidigungsausgaben, aber sie bleiben vergleichsweise mehr als doppelt so hoch wie unsere (1986: 6,4%, Schätzung 1988: 6,1% BSP). Bei Abgleiten unter die 3%-Schwelle könnten US-Medien und -Öffentlichkeit uns mit Verbündeten wie Dänemark in einen Topf tun: sehr wohlhabend, aber verteidigungsunwillig.
- Wir tun der europäischen Säule der westlichen Verteidigung einen schlechten Dienst. Innerhalb Europas frustrieren wir die Verbündeten, die trotz geringerer Wirtschaftskraft mehr leisten, und geben denen ein schlechtes Beispiel, die zu wenig tun oder jetzt ebenfalls nachlassen wollen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1321*

staaten eine reale Erhöhung ihres Verteidigungshaushalts um etwa drei Prozent jährlich anstreben sollten. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 71–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 349–352. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, I, Dok. 123 und Dok. 141.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

Bisher hat das unrealistische und auf lange Sicht auch unsinnige NATO-Ziel einer jährlichen Realsteigerung der Verteidigungsausgaben um 3 % zu sehr im Vordergrund gestanden. Das eigentlich relevante Kriterium ist der BSP-Anteil, und hier kommt der 3 %-Schwelle nicht nur optisch große Bedeutung zu.<sup>6</sup>

Roßbach

VS-Bd. 14049 (02)

263

**Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z.Z. New York,  
an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

Aufgabe: 21. September 1987, 20.10 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 8

Ankunft: 22. September 1987, 09.54 Uhr

Betr.: Gespräch BM mit polnischem AM Orzechowski am 20.9.1987<sup>2</sup>

BM führte mit dem polnischen Außenminister Orzechowski in der Residenz von Botschafter Lautenschlager ein gut einstündiges Gespräch in kleinem Kreise, dem sich ein Abendessen in größerem Kreise anschloß. Gespräch war von dem Willen und der Bereitschaft beider Seiten getragen, in den deutsch-polnischen Beziehungen in einer Phase dynamischer West-Ost-Beziehungen ein Stück voranzukommen.

<sup>6</sup> Am 9. November 1987 beantwortete Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach die Fragen des Bundesministers Genscher vom 15. Oktober 1987: „Die sinkende Geburtsrate (1993 werden 50 % weniger Wehrpflichtige zur Verfügung stehen als 1983) zwingt trotz Wehrpflichtverlängerung zur Anhebung der Anzahl der Berufs- und Zeitsoldaten. Die Bundeswehr steht hier in Konkurrenz zur Industrie, die bereits Maßnahmen ergriffen hat, um ihren Nachwuchs sicherzustellen.“ Sollten finanzielle Mittel für entsprechende Maßnahmen fehlen, „wird eine zu kurze Personaldecke den Verteidigungsauftrag gefährden“. Weiter legte Roßbach dar: „Ein wertender Vergleich der Bündnispartner ist schwierig. Daß wir bisher kaum schlechte Noten bekommen haben, hängt nicht zuletzt mit dem absoluten Gewicht unseres Beitrages, mit qualitativ guten Leistungen früherer Jahre und politischer Rücksichtnahme zusammen. Tatsache bleibt, daß wir heute (1987) nach zwei Kriterien, die für den realen Verteidigungsbeitrag besonders relevant sind, nämlich Anteil der Ausgaben für schweres Gerät und Anteil der Investitionen in Gerät insgesamt (ohne Munition, Sanitäts- und Verwaltungsapparat, Verbrauchsgüter), eine vergleichsweise schlechte Figur machen (11. bzw. 9. Platz im Bündnis).“ Zur letzten Frage notierte Roßbach: „Im Vergleich 1987 mit 1983 (Fünf-Jahres-Zeitraum) ist der BSP-Anteil der Verteidigungsausgaben in Belgien, Dänemark, Frankreich, Portugal, Türkei, UK und bei uns gefallen (erheblich höheres Ausgangsniveau als wir bei UK, TU, F; größerer Rückgang als bei uns nur in B, DK, UK); USA, Italien, Kanada, Niederlande, Luxemburg gleich geblieben; Norwegen, Griechenland, Spanien gestiegen. In Zukunft dürfte der Kreis der Absteiger eher größer werden“. Vgl. VS-Bd. 14049 (02); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 25.

Hat Vortragender Legationsrat Honsowitz am 22. September 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an die Referate 214 und 221 verfügte und um Wiedervorlage bat.

<sup>2</sup> Anlässlich der VN-Generalversammlung in New York hielt sich Bundesminister Genscher vom 20. bis 25. September 1987 in den USA auf. Zu weiteren politischen Gesprächen vgl. Dok. 247, Anm. 24, Dok. 264, Dok. 267 und Dok. 268.

Auf Vorschlag von BM begann AM Orzechowski (AM) mit einer ca. 40-minütigen Darlegung der aus polnischer Sicht gegebenen Lage und den daraus für beide Seiten sich stellenden Aufgaben.

Im einzelnen führte AM aus:

Er gratulierte BM zu den Erfolgen bei den jüngsten Landtagswahlen.<sup>3</sup> Er sehe darin Zeichen einer Politik des Realismus und realistischer Stimmung in der Bundesrepublik, aber auch einen persönlichen Erfolg von BM. P schätze den persönlichen Beitrag von BM zur Entwicklung deutsch-polnischer Beziehungen. Sein Anteil an der Gestaltung der Beziehungen garantiere deren weitere positive Entwicklung. In einer sich verändernden Welt gebe es große Möglichkeiten und neue Herausforderungen. P sei zu ganz normaler Entwicklung der Beziehungen bereit, auch zu einem wesentlichen Schritt nach vorn und vielleicht Durchbruch bei gemeinsamem Willen. Er habe über die Gespräche der AM Shultz und Schewardnadse in Washington<sup>4</sup> optimistische Informationen erhalten. Der bevorstehende Abschluß des INF-Abkommens habe große psychologische und politische Bedeutung. Das Abkommen sei ein Durchbruch zu wirklicher Abrüstung, eröffne darüber hinaus aber Möglichkeiten in anderen Gebieten. P sei sich bewußt, daß ein solches Abkommen Einfluß auf das Klima und die Beziehungen in Europa haben werde. Es werde anderen Bereichen der Zusammenarbeit Impulse ungeachtet der fortbestehenden ideologischen Unterschiede geben. Die Nutzung dieser Chance hänge von den Europäern selber ab. Bestimmte Ereignisse in der Mitte Europas, wie die Besuche Honeckers in der Bundesrepublik<sup>5</sup> und des Bundespräsidenten in Moskau<sup>6</sup>, seien für die Zukunft Europas und die Beziehungen „auf der Linie Bonn–Berlin–Warschau–Moskau“ wichtig. Die Beziehungen zwischen den einzelnen Gliedern dieser Kette entschieden über die Qualität der Beziehungen auf der ganzen Linie. Dies verleihe den deutsch-polnischen Beziehungen eine ganz besondere Dimension. Es sei zu überlegen, was Deutschland und Polen für Europa und zur Überwindung der tiefgreifenden Teilung des Kontinents unternehmen könnten. P und D könnten als Teile zweier politischer, gesellschaftlicher und militärischer Systeme auf ihre jeweiligen großen Verbündeten positiv einwirken. Die Stimme Bonns werde in Washington mit Aufmerksamkeit gehört wie umgekehrt die Stimme Warschaus in Moskau. Beide Stimmen könnten nicht ignoriert werden. P und D hätten in Fragen der Abrüstung (nukleare Abrüstung, Beseitigung der chemischen Waffen) viel zu sagen und könnten Einfluß nehmen, daß positive Lösungen gefunden werden.

AM fuhr fort, daß P und D auch viel zur Verbesserung des Klimas in ganz Europa zur Stärkung der gesamteuropäischen kulturellen Bindungen und der europäischen Identität beitragen könnten. Er erinnerte an den polnischen Vorschlag,

<sup>3</sup> Am 13. September 1987 fanden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Wahlen zur Bremer Bürgerschaft statt. Vgl. dazu Dok. 246, Anm. 3.

<sup>4</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die USA vom 15. bis 17. September 1987. Vgl. dazu Dok. 261.

<sup>5</sup> Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

<sup>6</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

dem Europarat einen allgemeinen europäischen Charakter zu verleihen.<sup>7</sup> Der Bundespräsident habe sich bei seiner Begegnung mit polnischer Jugend im Mai in Darmstadt dazu positiv geäußert.<sup>8</sup> Er frage sich, was beide Staaten tun könnten, um die Kontakte mit dem jeweils anderen Teil Europas zu fördern. AM erinnerte an die polnischen Vorschläge zu gemeinsamen Maßnahmen beim Umweltschutz<sup>9</sup> und einem Treffen der Parlamentspräsidenten aus den 35 KSZE-Staaten in Polen<sup>10</sup>.

AM fuhr fort, der dritte Bereich sei der Bau eines sicheren Europas. Die Frage sei, was die Europäer nach dem Abschluß des INF-Abkommens tun könnten, um Entspannung und Abrüstung voranzubringen. Statt bei konventionellen und nuklearen Kurzstreckenwaffen zuzulegen, sollten auch hier realistische Wege beschritten werden. Der Jaruzelski-Plan<sup>11</sup> wie auch die Vorschläge der DDR zur Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa<sup>12</sup> schafften hierfür gute Voraussetzungen. Der Jaruzelski-Plan verfolge das Ziel, in einem kleinen Ausschnitt in Europa, wo die meisten Atomwaffen konzentriert seien, die Waffenkonzentration abzubauen. P verfolge mit großem Interesse die Auf-

<sup>7</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling vermerkte am 13. Oktober 1987: „Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung des Europarats berichten von wachsendem Interesse Ungarns, Polens und Rumäniens am Europarat; in einer Resolution vom 6.10.1987 beschloß die [Parlamentarische]V[ersammlung] u. a., die Kontakte mit europäischen Nicht-Mitgliedstaaten zu intensivieren. Der polnische Staatsratsvorsitzende Jaruzelski sprach sich am 9.5.1987 in einer Rede dafür aus, ‚dem Europarat allgemeineuropäische Dimensionen zu verleihen‘.“ Eine Zusammenarbeit biete sich beispielsweise beim Umweltschutz an: „Andererseits sollte der Europarat seinen Werten und Zielen treu bleiben. Artikel 3 der Europarats-Satzung verlangt für eine Mitgliedschaft die Anerkennung der Grundsätze der parlamentarischen Demokratie und der Vorherrschaft des Rechts und der Menschenrechte. Einen Beitritt sozialistischer mittel- und osteuropäischer Staaten zum Europarat halten wir daher ohne grundlegende Änderung der dortigen staatlichen Strukturen für nicht möglich.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133561.

<sup>8</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker führte am 21. Mai 1987 in Darmstadt eine Diskussion mit Jugendlichen aus Polen im Rahmen der ZDF-Sendung „Bürger fragen – Politiker antworten“. Dabei legte er dar, Staatsratsvorsitzender Jaruzelski habe „in einer Ansprache Anfang Mai auch davon gesprochen, ob es nicht möglich und ratsam wäre, den Europarat in einem gesamteuropäischen Sinn weiter zu öffnen. Ich finde das eine Anregung, die nicht ungehört verhallen sollte.“ Vgl. WEIZSÄCKER, Reden und Interviews, Bd. 3, S. 471.

<sup>9</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 433 vom 21. Oktober 1987 wurde vermerkt: „Bilaterales Umweltabkommen: Mehrfach geäußertes polnisches Interesse an einem solchen Abkommen, wobei primär der Wunsch nach Anschluß an westliches Know-how stehen dürfte. BMU steht dem polnischen Anliegen, nachdem Umweltabkommen mit DDR und ČSSR unterzeichnet wurden, aufgeschlossen gegenüber. [...] Im multilateralen Rahmen (ECE, KSZE-Folgeprozeß, Helsinki-Konvention zum Schutz der Ostsee, UNEP) zeigt Polen verhältnismäßig starkes Engagement für Umweltfragen, ohne sich andererseits aber wegen der umfangreichen und teuren Investitionen selbst auf konkrete Abhilfemaßnahmen festlegen zu lassen. So hat Polen z. B. – im Gegensatz zu fast allen anderen osteuropäischen Staaten – nicht einmal das Protokoll zur Genfer Konvention über weiträumige Luftverschmutzung unterzeichnet (Verpflichtung zum 30-prozentigen Abbau der Schwefeldioxid-Emissionen bis 1993/95). Besonderes Interesse besteht dagegen daran, über eine west-östliche Zusammenarbeit im Umweltschutz an moderne westliche Technologien heranzukommen.“ Vgl. Referat 421, Bd. 140328.

<sup>10</sup> Botschafter Pfeffer, Warschau, berichtete am 7. Juli 1987, vom 1. bis 3. Juli 1987 habe in Warschau ein Treffen der Präsidenten der Parlamente der Warschauer-Pakt-Staaten stattgefunden. Der Vorsitzende des Sejm, Malinowski, habe „für seinen Vorschlag eines Treffens der Parlamentspräsidenten der KSZE-Teilnehmerstaaten in Warschau blockintern nicht die erhoffte allgemeine und vorbehaltlose Zustimmung“ bekommen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1149; Referat 214, Bd. 139737.

<sup>11</sup> Zu den Abrüstungsvorschlägen des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 8. Mai 1987 vgl. Dok. 148, Anm. 29.

<sup>12</sup> Zum Vorschlag der ČSSR und der DDR vom 3. April 1987 zur Bildung einer nuklearwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vgl. Dok. 86, Anm. 5.

nahme des Jaruzelski-Planes in der Bundesrepublik, weil die Haltung der Bundesrepublik mit dazu beigetragen habe, daß der Rapacki-Plan<sup>13</sup> seinerseits keinen Erfolg hatte.

AM nannte sodann als vierten Bereich, in dem P und D zur Schaffung eines friedlichen Europa beitragen könnten, den der bilateralen Beziehungen. Die polnische Regierung sei bereit, gemeinsam zu überlegen, welche praktischen Schritte auf der Grundlage des Warschauer Vertrages<sup>14</sup> getan werden könnten, um einen Durchbruch zu erzielen. Es gebe in den bilateralen Fragen strittige Fragen, doch sei P bereit, Lösungen zu finden, die den Interessen beider Seiten nicht widersprechen. AM wies in diesem Zusammenhang auf den Besuch von D2 Ende April<sup>15</sup> und von BM Bangemann Ende Mai<sup>16</sup> in Warschau hin. Damit verbunden sei der Besuch von BM in Polen. Er sei persönlich enttäuscht, daß er noch nicht Gastgeber von BM habe sein können. Aufgeschoben sei nicht aufgehoben. Der Besuch solle ein wichtiger Schritt nach vorne in den Beziehungen, eine Etappe bei der Vorbereitung des angestrebten Durchbruchs werden. Er solle entsprechend seinem Rang vorbereitet werden; er wolle entsprechende Bedingungen schaffen und AM entsprechend seiner Funktion als AM, Vizkanzler und bedeutender FDP-Politiker empfangen. Er schlage vor, über einen Termin zu sprechen und die Mitarbeiter mit der Besuchsvorbereitung zu beauftragen. Mit großer Aufmerksamkeit habe er den Bericht von Sejm-Marschall Malinowski über dessen Begegnung mit dem Bundeskanzler<sup>17</sup> vernommen. BK habe die besondere Bedeutung der Entwicklung der Beziehungen mit Polen und seinen persönlichen Beitrag zur Versöhnung und Verständigung unterstrichen. GS Honecker habe den Wunsch, den BK in dieser Angelegenheit geäußert habe, weitergegeben. Er denke, daß es auf dieser Linie liegen würde, über einen Besuch des BK in Polen nachzudenken, wenn das, worüber er gesprochen habe, verwirklicht werde und Erfolg habe. Was die Reihenfolge der Besucher auf höchster Ebene angehe, so schlage er vor, daß BK nach BM nach Polen komme. Für diese Sequenz sei wichtig, die Lösung der Fragen, die bereits im Gespräch seien, zu forcieren. Hinsichtlich des Investitionsschutzabkommens gebe es wegen des besonderen Charakters der Beziehungen Schwierigkeiten.<sup>18</sup> Die Lage sei insoweit

<sup>13</sup> Zu den Rapacki-Plänen vgl. Dok. 147, Anm. 6.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

<sup>15</sup> Am 29./30. April 1987 fanden in Warschau deutsch-polnische Direktorenkonsultationen statt, an denen Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen teilnahm. Vgl. dazu Dok. 121 und Dok. 122.

<sup>16</sup> Am 25./26. Mai 1987 fand in Warschau die siebte Tagung der Gemischten Regierungskommission der Bundesrepublik und Polens zur Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit statt, an der Bundesminister Bangemann teilnahm. Zur Tagung und zu den Vorschlägen Bangemanns für eine Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 182, Anm. 16.

<sup>17</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden des polnischen Sejm, Malinowski, am 25. Juni 1987 vgl. Dok. 182.

<sup>18</sup> Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 18. August 1987: „Seit Ende Januar 1987 haben drei Treffen zwischen einer deutschen und einer polnischen Regierungsdelegation stattgefunden, die den Abschluß eines I[nvestitions]F[örderungs]V[ertrages] zum Gegenstand hatten. Während die beiden ersten Gesprächsrunden in Bonn (29./30.1.87) und Warschau (5.–7.5.87) in erster Linie einem umfassenden Informations- und Meinungsaustausch über die Materie dienten (die Bundesrepublik Deutschland hat bisher 61 solcher Verträge abgeschlossen, die VR Polen am 19.5.87 ihren ersten, und zwar mit Belgien), handelte es sich bei dem dritten Treffen am 25./26.6.87 in Bonn um Verhandlungen im engeren Sinn.“ Polen habe großes Interesse am Abschluß eines solchen Vertrags; „in auffälligem

nicht vergleichbar mit den Investitionsschutzabkommen, die die Bundesrepublik mit Bulgarien<sup>19</sup> und Ungarn<sup>20</sup> abgeschlossen habe. Er sei bereit, in dieser Frage einen Kompromiß mit einer für beide Seiten akzeptablen Formel zu erzielen. Wichtig sei auch die Errichtung der Generalkonsulate in Krakau und Hamburg<sup>21</sup> sowie die Verwirklichung der Vorschläge von BM Bangemann zur Regelung der Finanz- und Kreditbeziehungen im bilateralen und multilateralen Rahmen.

BM dankte AM für dessen lange Ausführungen, die zeigten, wie AM an die vor uns liegenden Aufgaben herangehen wolle. Er dankte AM auch für dessen an ihn persönlich gerichtete Bemerkungen.

BM führte sodann aus, daß die deutsch-polnischen Beziehungen von besonderer Bedeutung und Qualität seien. Um so wichtiger sei es, wenn diese Beziehungen verbessert werden könnten. Die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik entwickle sich so, daß alle Nachbarn dies mit großem Vertrauen sehen könnten. Die Grundrichtung und Berechenbarkeit unserer Außenpolitik werden durch die Verantwortlichen in der Bundesregierung garantiert. Die Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen für Europa zeige sich u. a. daran, daß es keine Schlußakte von Helsinki<sup>22</sup> ohne den Abschluß des Warschauer Vertrages gegeben hätte. Dies zeige zugleich das Maß an Verantwortung für die Pflege der deutsch-polnischen Beziehungen, die beiden Regierungen obliege. Die neue Phase der West-Ost-Beziehungen sei bereits in vollem Gange. Was in Washington besprochen wurde, sei von großer Bedeutung für Abrüstung und Vertrauensbildung. Das INF-Abkommen sei nicht nur eine Initialzündung für weitere Abrüstungsverträge, sondern gebe den West-Ost-Beziehungen insgesamt neue Substanz.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1326*

Gegensatz hierzu stand aber das tatsächliche Verhalten der polnischen Delegation“. In zentralen, den Schutz des Investors und der Investition betreffenden Vertragselementen habe sich die polnische Seite „bislang relativ unbeweglich gezeigt“. Ungeklärt sei auch die Investordefinition. Polen habe die „Rumänienformel“ („Deutsche mit Wohnsitz im Geltungsbereich dieses Vertrages“) abgelehnt und Gegenvorschläge unterbreitet, die unannehmbar seien, „da sie entweder auf eine Leugnung der ‚deutschen Staatsangehörigkeit‘ hinauslaufen oder Personen mit Wohnsitz in Berlin (West) ausschließen würden“. Vgl. VS-Bd. 14521 (422); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. April 1986 zwischen der Bundesrepublik und Bulgarien über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen einschließlich der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil II, S. 743–750.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 30. April 1986 zwischen der Bundesrepublik und Ungarn über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen einschließlich des Protokolls vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil II, S. 439–445.

<sup>21</sup> Am 13./14. Juli 1987 fand in Bonn die zweite Verhandlungsrunde zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Errichtung von Generalkonsulaten in Hamburg und Krakau statt. Vortragender Legationsrat Löschner hielt als Ergebnis fest: „Ortsbezeichnungen: Polen trug zunächst seine unverändert harte Haltung vor (Umschreibung des Konsularbezirks nur mit polnischen Ortsbezeichnungen), gab aber im Laufe der Verhandlungen schließlich zu erkennen, daß es unserem Vorschlag (einseitige deutsche Verbalnote zur Errichtung des GK Krakau mit deutschen Ortsbezeichnungen, Beifügung einer polnischen Höflichkeitsübersetzung mit polnischen Ortsbezeichnungen) als positiv wertet. Polen sagte Prüfung zu“. Zum Thema Berlin-Klausel vermerkte Löschner: „Polen ging darauf ein, daß die beiden Generalkonsulate durch je einseitige Erklärungen errichtet werden und deshalb eine Berlin-Klausel entfällt. Polen erklärte aber, eigentlich eine vertragliche Vereinbarung der Errichtung der Generalkonsulate zu bevorzugen.“ Weiter notierte Löschner: „Polen beharrte auf seiner Auffassung, daß Berliner, die sich nicht in Polen aufhalten, nur durch die Konsularabteilung der polnischen Militärmission im Land Berlin konsularisch betreut werden können.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139717.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.



Die Verabredungen in Washington lägen in der Logik des Gipfels von Reykjavik<sup>23</sup> vor einem Jahr. Man dürfe sich mit dem Erreichten nicht zufriedengeben. Die Bundesregierung habe einen notwendigen Beitrag geleistet, ohne den das Ergebnis nicht erreicht worden wäre. Das Ergebnis komme allen europäischen Staaten in West und Ost zugute. Wenn die Völker die Möglichkeit hätten, über das INF-Abkommen abzustimmen, dann solle dies überall mit überwältigender Mehrheit geschehen. Das ermutige, auf diesem Wege voranzuschreiten. Die Bundesregierung sei daran interessiert, daß die beiden Supermächte die strategischen Waffen in die Abrüstung einbeziehen. Dazu hätten sich diese bereits im Nichtverbreitungsvertrag<sup>24</sup> vor 20 Jahren verpflichtet. Uns bedrückten auch die chemischen Waffen. Bei gutem Willen auf allen Seiten müßte hier eine Einigung in wenigen Monaten zustande gebracht werden können.

<sup>25</sup>Darüber hinaus müsse man sich dem großen Problem der konventionellen Abrüstung zuwenden. Die Entscheidung der NATO im Dezember<sup>26</sup> 1986<sup>27</sup> und des WP in Berlin im Mai 1987<sup>28</sup> bildeten den Ausgangspunkt für konstruktive Verhandlungen. Natürlich seien wir uns der Vielschichtigkeit und Kompliziertheit des Problems bewußt. In diesem Zusammenhang sähen wir im Jaruzelski-Plan positive Ansätze für konventionelle Stabilität und Vertrauensbildung in Europa. Was die Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors in Europa angehe, so könnten wir diesen Vorschlägen nicht zustimmen. Wir befänden uns heute in einer Phase entweder weltweiter oder auf ganz Europa bezogener Abrüstungsmaßnahmen. Es wäre ein Fehler, sich mit regionalen Ansätzen in Europa begnügen zu wollen. Die Einrichtung chemiewaffenfreier Zonen in Europa würde zudem zusätzliche Probleme der Verifikation aufwerfen. Wir sollten demgegenüber in Europa weite Ziele aufstellen. Ein weiterer Bereich, in dem Abrüstungsverhandlungen stattfinden müßten, seien die nuklearen Systeme unter 500 km Reichweite. Das gelte besonders für die Bundesrepublik. AM warf ein, auch für Polen.

BM fuhr fort, die West-Ost-Beziehungen dürften nicht auf Abrüstungsverhandlungen beschränkt werden. Abrüstungsverhandlungen liefen im Gegenteil besser, wenn sich die West-Ost-Beziehungen insgesamt gut entwickelten. Wegen der vertrauensbildenden Wirkung sei daher die Entwicklung aller Formen der Zusammenarbeit wichtig. Hier müßten alle Anstrengungen unternommen werden. Unser Verhältnis zu Polen sähen wir in der geschichtlichen Perspektive. Doch sollte der Blick nunmehr nach vorne gerichtet werden. Die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten hätten eigene Qualität, aber zugleich große Auswirkungen auf ganz Europa. Es gäbe keine Politik an D und P vorbei. Dies sei mehr als

<sup>23</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

<sup>24</sup> Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

<sup>25</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 9 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>26</sup> Korrigiert aus: „September“.

<sup>27</sup> Für den Wortlaut des Communiqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle“ beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

<sup>28</sup> Vgl. Ziffer 4 des Communiqués der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin; EUROPA-ARCHIV 1987, D 387 f.



eine Realität, worüber wir nicht unglücklich seien. Die Geschichte lehre, daß das deutsch-polnische Verhältnis für den Geist von Europa von großer Bedeutung sei, da es das Bewußtsein Europas zum Guten verändere. Er sei daher froh über das, was AM über die Perspektive der Beziehungen gesagt habe. Wir seien bereit, mit der polnischen Regierung darüber nachzudenken und daran zu arbeiten. Wir seien dafür, die in Verhandlungen befindlichen Abkommen abzuschließen und den politischen Dialog mit Polen zu verdichten. Das gelte auch für die Fortsetzung der Gespräche über Abrüstung und Rüstungskontrolle. D und P säßen zwar bei INF und START nicht mit am Verhandlungstisch, seien jedoch Verhandlungspartner in allen anderen Abrüstungsverhandlungen. Wir sähen die polnischen Erfahrungen mit Interesse und seien bereit, Gespräche darüber aufzunehmen, welchen Beitrag beide Seiten politisch in den Abrüstungsverhandlungen leisten und welchen Einfluß sie auf diese nehmen könnten. Die Entwicklung der Beziehungen sollte Ausdruck auch in persönlichen Begegnungen der Verantwortlichen finden. Die von AM vorgeschlagene Reihenfolge der Besuche entspreche unseren Vorstellungen. Er schlage vor, mit der Vorbereitung seines Besuches konkret zu beginnen. Dieser Besuch würde wiederum zur Vorbereitung des Besuches des Bundeskanzlers dienen. Es gelte, die Themen zu identifizieren, die im Vorfeld behandelt werden sollten. Ausgestaltung und Rahmen des Besuches müssen den Interessen und den Gefühlen beider Seiten Rechnung tragen. Wegen der besonderen Qualität der Beziehungen sollte der Blick in die Zukunft gerichtet werden. Was die finanziellen Fragen angehe, so habe die Bundesregierung in schwierigen Zeiten um Verständnis für die Lage Polens geworben. Wir hätten viel Überzeugungsarbeit für Polen leisten müssen. BM wies auf die bevorstehende Reise von Vizepräsident Bush nach Polen<sup>29</sup> hin, um zu unterstreichen, daß diese Arbeit nunmehr Erfolge zeige. Das von der Bundesregierung im Juli im Pariser Club unterbreitete Angebot<sup>30</sup> sollte von der polnischen Regierung richtig eingeschätzt werden. Er rate, hier zuzufassen. Wichtig sei auch der Abschluß eines Stand-by Agreements mit dem IWF. Die Zurückhaltung der USA gegenüber einem solchen Abkommen sei uns bekannt; er habe das Thema auf die Tagesordnung für seine Gespräche mit AM Shultz<sup>31</sup> gesetzt. In einer Phase

<sup>29</sup> Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich vom 26. bis 29. September 1987 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 274.

<sup>30</sup> Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 121, Anm. 19 und 21. Der Pariser Club unterbreitete Polen am 17. Juli 1987 ein Umschuldungsangebot. Referat 422 vermerkte am 24. August 1987, die Bundesrepublik habe diesem „außerordentlich weitgehenden Angebot“ zugestimmt: „Rekonsolidierung der bestehenden Umschuldungsabkommen unter Einbeziehung aller noch nicht umgeschuldeten Fälligkeiten bis einschließlich solcher des Jahres 1988 ohne gleichzeitiges Vorliegen eines laufzeitkongruenten IWF-Bereitschaftskreditabkommens“. Vgl. Referat 422, Bd. 148953. In einem Schreiben an den Pariser Club vom 7. September 1987 bzw. bei einem Gespräch im Bundesministerium für Wirtschaft am 11. September 1987 formulierte der polnische Stellvertretende Finanzminister Dorosz Gegenpositionen: „Konsolidierung aller Zahlungsverpflichtungen bis Ende 1988; Aufnahme bilateraler Verhandlungen zur Anpassung der Zinssätze im Rahmen der Umschuldungsabkommen 1981 an das heutige Marktniveau; Rückzahlung in acht Jahren nach sieben Freijahren; Zahlungen an den Pariser Club in 1987, die wesentlich unter den vom Pariser Club erhobenen Forderungen liegen.“ Vgl. Referat 422, Bd. 148954.

<sup>31</sup> Am 22. September 1987 kamen Bundesminister Genscher und die Außenminister der übrigen EG-Mitgliedstaaten mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in New York zusammen. Vgl. dazu Dok. 264.

Am 23. September 1987 traf Genscher mit Shultz in New York zu einem Frühstück zusammen. Themen waren das europäisch-amerikanische Verhältnis, die Politik des Generalsekretärs des ZK

durchgreifend veränderbarer und sich verändernder West-Ost-Beziehungen dürften P und D die Hände nicht in den Schoß legen, sondern müßten ihre Pionierarbeit fortsetzen. Die Mitarbeiter sollten Auftrag erhalten, den Besuch substantiell vorzubereiten. Er habe die Gespräche mit der polnischen Führung stets zu schätzen gewußt und erinnere sich gerne an alle Gespräche, die er mit General Jaruzelski geführt habe.<sup>32</sup> Dieser fände bei uns die ganz aufrichtige Bereitschaft, die Absicht zu verwirklichen, in den bilateralen Beziehungen einen großen Schritt nach vorn zu tun sowie zu untersuchen, was beide gemeinsam tun könnten, um einen deutsch-polnischen Beitrag im KSZE-Prozeß zu leisten. Die Darlegung von AM entspreche dem, wie wir an dieses Treffen herangehen wollten.

AM dankte BM für seine Ausführungen. Er schätze die erzielte Übereinstimmung hoch ein. General Jaruzelski habe die Gespräche mit BM sehr hoch eingeschätzt. Er habe mit dem General vor seiner Abreise über die VN-GV und das Gespräch mit BM in New York gesprochen. Das, was er über Rang, Bedeutung und Perspektive der deutsch-polnischen Beziehungen gesagt habe, sei die Meinung von General Jaruzelski. Er teile die Auffassung von BM über die eigene Qualität der bilateralen Beziehungen. Nach seiner Auffassung sollten daraus gegenüber den Völkern und Staaten die richtigen Schlußfolgerungen gezogen werden. Er stelle fest, daß beide Seiten zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen P und D und zwischen den Völkern bereit seien. Alles andere leite sich daraus ab und sei nur noch eine Frage der Technik und des guten Willens. Er denke, daß der Besuch, den BM P abstatten werde, Schlüsselbedeutung habe. Er sollte deshalb besonders solide vorbereitet werden. Die erste Frage sei, wann BM kommen wolle. 1987 oder 1988?

BM erwiderte „spät in diesem oder früh im nächsten Jahr“.<sup>33</sup>

AM stellte fest, „im Dezember, so früh, wie es möglich ist“. Dies sei eine Orientierungshilfe. Die Mitarbeiter sollten beauftragt werden, Gespräche über Programm und Inhalt zu führen. Dies sollte durch die Botschafter<sup>34</sup> geschehen.

An diese Feststellung schloß sich ein kurzer Meinungsaustausch über unseren Botschaftertausch zwischen Paris und Warschau an.<sup>35</sup>

BM stimmte der Besuchsvorbereitung durch die Botschafter zu und fügte hinzu, danach wolle er einen hohen Beamten nach Warschau schicken, um die Vorbereitungen abzuschließen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1329*

der KPdSU, Gorbatschow, die Ost-West-Beziehungen sowie Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Vgl. dazu die undatierte Aufzeichnung des Referats 204; Referat 230, Bd. 142150.

Am 23. September 1987 trafen sich Genscher und Shultz zudem im Rahmen eines Abendessens der Außenminister der G7-Staaten in New York. Behandelt wurden vor allem Fragen der Weltwirtschaft. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 34/35 des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen, z. Z. New York, vom 24. September 1987; Referat 230, Bd. 142150.

<sup>32</sup> Bundesminister Genscher besuchte Polen am 19./20. März 1981. Für sein Gespräch mit Ministerpräsident Jaruzelski am 20. März 1981 in Warschau vgl. AAPD 1981, I, Dok. 80.

Am 6. März 1985 hielt sich Genscher erneut in Polen auf. Für sein Gespräch mit Jaruzelski in Warschau vgl. AAPD 1985, I, Dok. 56.

<sup>33</sup> Bundesminister Genscher besuchte Polen vom 10. bis 13. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

<sup>34</sup> Ryszard Karski (Polen; seit 16. September 1987) und Franz Pfeffer (Bundesrepublik).

<sup>35</sup> Der bisherige Botschafter in Warschau, Pfeffer, war seit 7. November 1987 Botschafter in Paris. Der bisherige Botschafter in Paris, Schoeller, wurde am 9. November 1987 Botschafter in Warschau.

Bei dem sich anschließenden Abendessen wurde in allgemeiner Form über den KSZE-Prozeß und das Wiener Folgetreffen gesprochen. Neue Gesichtspunkte ergaben sich nicht. BM hob den Prozeßcharakter der KSZE hervor und betonte, gerade die Europäer, die von den Gegensätzen zwischen West und Ost am meisten betroffen seien, trügen Verantwortung, das gegenseitige günstige Klima in Wien zu nutzen. Die Minister waren sich einig, daß der kulturellen Zusammenarbeit eine besonders friedensbildende Funktion zukomme.

Auf Frage BMs nach polnischer Haltung zu künftigem GD von UNESCO<sup>36</sup> erklärte AM, Polen habe eine Präferenz für bulgarischen Prof. Todorow. Man teile jedoch Ansicht BMs, daß ein Europäer keine Chance habe.

AM erklärte, daß Rede von StM Adam-Schwaetzer bei Eröffnung des Aspen-Seminars in Berlin<sup>37</sup> bei ihnen auf großes Interesse gestoßen sei.

Über den Stand der Verhandlungen US–UdSSR habe Schewardnadse gestern die sozialistischen AM unterrichtet.

[gez.] Richthofen

**Referat 230, Bd. 142150**

<sup>36</sup> Zur bevorstehenden Neuwahl des Generaldirektors der UNESCO vgl. Dok. 237.

<sup>37</sup> Das Seminar des Aspen-Instituts „Polen – innere und äußere Entwicklung“ fand vom 9. bis 12. September 1987 in Berlin (West) statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt notierte dazu am 14. September 1987, es habe Teilnehmer aus Polen, den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik versammelt, die „nur im eigenen Namen, nicht in amtlicher Eigenschaft“ gesprochen hätten. Hauptzweck seien die „Bilanzierung der schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage Polens und Erörterung von Möglichkeiten und Voraussetzungen einer Normalisierung der polnischen Finanzbeziehungen zu den Ländern des Pariser Clubs“ gewesen: „Die Erörterung der Finanzfragen ergab am Schluß der Veranstaltung eine sehr weitgehende Übereinstimmung der Teilnehmer aus GB, USA und D, daß eine längerfristig orientierte Lösung aus der entstandenen Sackgasse herausführen könne, nämlich dem ‚Teufelskreis‘ zwischen den Großen Verschuldung und Schuldendienstkapazität, Modernisierung der Wirtschaft, Exportfähigkeit, Import westlicher Technologieprodukte und Gewährung neuer Kredite bzw. Garantien.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139738.

Für den Wortlaut der Rede der Staatsministerin Adam-Schwaetzer am 9. September 1987 vgl. BULLETIN 1987, S. 733–735.

## 264

## Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in New York

105-A87/3

22. September 1987<sup>1</sup>

Gespräch der Zwölf<sup>2</sup> mit AM Shultz anlässlich eines Abendessens in New York am 22.9.1987;

hier: Dolmetscheraufzeichnung

Nach einleitenden Worten des Gastgebers (AM DK) führte AM *Shultz* aus: Die Welt werde ohne Zweifel in fünf bis zehn Jahren völlig anders aussehen als heute, wie sie ja auch vor fünf oder zehn Jahren völlig anders ausgesehen habe. Er habe den Eindruck, wir wenden das Gesicht der Vergangenheit zu und schreiten rückwärts in die Zukunft. Wir müssten uns umdrehen, ohne allerdings die Vergangenheit außer acht zu lassen. Er glaube, daß dieser und sich daraus fortentwickelnde Gedanken in diesem befreundeten Kreise einmal erörtert werden müssten, daß das Denken wachgerüttelt werden müsse.

Zum jüngsten Zwischenfall im Golf<sup>3</sup> führte AM Shultz sodann aus: Das iranische Schiff sei mit neuesten fototechnischen Geräten von einem Helikopter aus fotografiert worden. Die auf dem aufgebrachten Schiff festgestellten Minen seien nicht gefesselte, sondern Grundminen; sie seien im übrigen anderer Machart als die von Rußland an Libyen gelieferten. USA haben inzwischen Vereinbarungen mit Amman getroffen, die gefangenen Iraner, einschließlich der Toten, den Jordaniern zu übergeben, die sie ihrerseits Iran ausliefern würden. Bezüglich des Schiffes selbst sei noch keine Entscheidung getroffen. Vermutlich sei es unsinnig, es Iran zurückgeben zu wollen.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Siebourg am 2. Oktober 1987 gefertigt.

Hat Ministerialdirigent Jansen am 16. November 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Giulio Andreotti (Italien), Hans van den Broek (Niederlande), Uffe Ellemann-Jensen (Dänemark), Francisco Fernández Ordóñez (Spanien), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Geoffrey Howe (Großbritannien), Brian Lenihan (Irland), Karolos Papoulias (Griechenland), João de Deus Pinheiro (Portugal), Jacques Poos (Luxemburg), Jean-Bernard Raimond (Frankreich) und Léo Tindemans (Belgien).

Anlässlich der VN-Generalversammlung in New York hielt sich Bundesminister Genscher vom 20. bis 25. September 1987 in den USA auf. Zu weiteren politischen Gesprächen vgl. Dok. 247, Anm. 24, Dok. 263, Dok. 267 und Dok. 268.

<sup>3</sup> Botschafter Wulffen, Kuwait-Stadt, berichtete am 23. September 1987: „Zwei Hubschrauber haben von US-Fregatte ‚Jarrett‘ aus etwa 80 km nordöstlich von Bahrain vor Mitternacht am 21. Sept[ember] 1987 die Beobachtung und Verfolgung eines iran[ischen] Kriegsschiffes aufgenommen, das nach ihren Erkenntnissen dabei war, etwa in der Mitte des Golfs Minen zu legen. Diese Feststellung wurde mit Hilfe von Nachtsichtgeräten getroffen. Nach Kontaktaufnahme mit dem die US-Flotte kommandierenden Admiral Bernsen und dessen Autorisierung wurde das iran. Schiff in der Morgendämmerung des 22. Sept. mit Maschinengewehrfeuer ([7].62 mm) und Raketen (7 cm) beschossen. Dabei wurden drei (nach anderen Quellen vier) iran. Seeleute getötet, drei schwer verletzt, mindestens 22 unverletzt geborgen. Mehrere Seeleute (mindestens zwei) sollen noch vermißt sein. Insgesamt sollen sich an Bord des Schiffes mindestens 30 (nach Berichterstattung Kuwaits 31) Seeleute befunden haben. Die getöteten Seeleute wurden an Bord des US-Zerstörers La Salle, dem Flaggschiff der amerik[anischen] Mittelostflotte, und die Verletzten auf den US-Hubschrauberträger Guadalcanal gebracht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 254; Referat 311, Bd. 139991.

Folgende Überlegungen gelte es in diesem Zusammenhang grundsätzlich anzustellen: Erstens, die freie Welt sei abhängig von Energie, also von Lieferungen aus der Region. Die Importe der USA seien geringfügig, Europa und Japan aber bezögen je einen beachtlichen Prozentsatz hierher. Öl sei so gut wie Geld, es müsse am besten „gepoolt“ werden, der Golf trage zum gemeinsamen Pool bei. Die Frage sei, wie man für die kommenden Jahre die Energieversorgung der freien Welt sichern könne. Jedenfalls könne die freie Welt nicht zulassen, daß eine ihr nicht freundlich gesinnte Macht die Vorhand gewinne. Iran sei derzeit dabei, sich eine solche Position auszubauen, indem er die Golfstaaten bedränge. Ebenso wenig könne es im Interesse des Westens liegen, die SU den Fluß des Öls bestimmen zu lassen.

Infolgedessen müßten US und Europäer handeln. US, GB, NL und B hätten bereits Schiffe in den Golf entsandt. Derzeit befänden sich 41 US- und 35 europäische Schiffe in der Region. Die Militärs, insbesondere die Marine, der betroffenen Staaten könnten ihre Aktionen somit koordinieren.

Wichtig sei, wie im Falle INF, darzutun, daß der Westen seine Interessen kenne und zu wahren gewillt sei. Ja, daß er seine Interessen zur Not auch verteidige, wenngleich er den diplomatischen Weg zur Problemlösung, also z. B. den Weg über die VN, vorziehe. Konkret sei es im vorliegenden Fall wichtig, die gemeinsame Haltung innerhalb der VN zu wahren. Im übrigen habe dies den zusätzlichen Vorteil, das Ansehen der VN insgesamt zu stärken.

Wenngleich Irak den Krieg<sup>4</sup> begonnen habe, was er ohnehin seit langem bedaure, so erweise es sich derzeit als geradezu unmöglich, Iran auf die Reihe zu bringen und z. B. zu einem Waffenstillstand zu bewegen. Hier sei Druck erforderlich. Noch wisse man nicht, was die iranische Führung dem GS gegenüber erklärt habe.<sup>5</sup> Die Rede von Präsident Khamenei<sup>6</sup> sei hierzu wenig aufschlußreich gewesen. Nur eines sei klar: Man müsse die Implementierung von Resolution 598<sup>7</sup> voranbringen und unablässig weiter in diese Richtung drängen. Er (Shultz) empfinde es als eindrucksvoll, aus den jüngsten Ereignissen ableiten zu können, daß SU sich irre, wenn sie erkläre, Militärpräsenz wirke destabilisierend, das Gegenteil sei der Fall.

Am 20.7. seien alle SR-Mitglieder hier in New York gewesen, und noch nie habe man eine solch starke Resolution mit so eindrucksvoller Einhelligkeit angenommen. Dies könne seine Wirkung auf die Weltöffentlichkeit nicht verfehlen. Diese Wirkung, wenn man sie denn zu erhalten verstehe, könne auch Dividenden in

<sup>4</sup> Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 247, Anm. 11.

<sup>5</sup> Zum Aufenthalt des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar vom 11. bis 13. September 1987 im Iran und vom 13. bis 15. September 1987 im Irak vgl. Dok. 252, Anm. 21.

<sup>6</sup> Zur Rede des Präsidenten Khamenei am 22. September 1987 vor der VN-Generalversammlung in New York wurde in der Presse berichtet, dieser habe nach dem Beschuß des iranischen Schiffes im Persischen Golf durch die USA wenige Stunden zuvor „Vergeltungsmaßnahmen“ angedroht: „Das war der Anfang einer Serie von Ereignissen, die sich nicht auf den Golf beschränken werden“, sagte er vor der Vollversammlung. Die Vereinigten [Staaten] erhielten eine „passende Antwort auf diesen abscheulichen Akt“. Der Staatschef gab keine direkte Antwort auf die Forderung des amerikanischen Präsidenten Reagan vom Montag, „klar und unzweideutig“ zu sagen, ob Iran die Resolution 598 des Sicherheitsrates mit dem Ziel einer Waffenruhe im Golfkrieg befolgen werde. In [seiner] Rede wiederholte der Iraner die Forderung, daß der Irak als Aggressor verurteilt werden müsse.“ Vgl. den Artikel „Amerikaner greifen iranisches Schiff an“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23. September 1987, S. 1f.

<sup>7</sup> Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

anderen Bereichen abwerfen. Um dies aber zu erreichen, müsse man sich Herausforderungen stets stellen.

Er habe die Rede von Khamenei 15 Minuten lang am Fernsehen verfolgt. Khamenei sei offensichtlich ein „Logik-Zerreißwolf“. Die Iraner hätten ihre eigene Rationalität. Der Westen behaupte oft, sie seien irrational; das stimme nicht, lediglich sei ihr gedanklicher Ausgangspunkt ein anderer. Auf diese Weise hätten sie sich denn auch manches herausgenommen, ohne entsprechende Folgen gewärtigen zu müssen. So habe man die Iraner sozusagen verwöhnt, und heute glaubten sie, sie könnten sich alles leisten, ohne das irgend jemand etwas dagegen tue. Schließlich aber gebe es so etwas wie internationale Verhaltensnormen. Hier seien Korrekturen erforderlich, und man müsse die Iraner an den Zügel nehmen. Bezüglich des aufgebrachten Schiffes z.B. sei internationales Handeln erforderlich; man müsse die Iraner in die Verantwortung nehmen.

*AM F:* Die Resolution vom 20.7. müsse weiter verfolgt werden, wenngleich eine der betroffenen Parteien ihr nicht zugestimmt habe. Es gelte, den Fehler zu vermeiden, insbesondere für die Augen des Iran, sich spalten zu lassen.

*AM I:* Es stehe außer Zweifel, daß Resolution 598 durchgeführt werden müsse. Andernfalls sei dies eine Niederlage für die gesamten VN. Nun gelte es allerdings zu sehen, wie diese Durchführung aussehen könne. Vor allem sei die Einheit der Fünf zu erhalten. Möglicherweise könne man mit nur geringer Anstrengung Iran in der Frage des Kriegverschuldens ein wenig entgegenkommen; man brauche auch nicht sogleich einen Nürnberger Prozeß auszulösen. Es solle ja unterschieden werden in einerseits die Frage nach der Auslösung des Krieges und zum anderen die Motive und Handlungen, die darauf folgten. Wenn dies Iran schon so befriedige, daß er der Resolution zustimme, so sei dies ein wichtiger Punkt. Man müsse in diesem Zusammenhang auch vermeiden, daß sich bei anderen eine Solidarisierung mit Iran entwickle. Mit einer Aussage habe Khamenei in seiner Rede durchaus recht, wenn er nämlich frage, warum vor sieben Jahren niemand die Kriegsschuldfrage gestellt habe.

Es gelte ferner zu vermeiden, daß die derzeitige Spannungssituation im Golf sich auf die Beziehungen SU–US auswirke, die derzeit, wie alle Anwesenden von AM Shultz und AM Schewardnadse gehört hätten, auf gutem Kurs seien.<sup>8</sup> In diesem Punkt stimmten die SU-Interessen mit denen des Westens überein. Auch SU wolle nicht, daß Iran die Oberhand gewinne.

*BM:* Resolution 598 vom 20.7. sei zweifellos nach aller Auffassung ein wichtiges Dokument. Es frage sich, ob dies auch so sei und dieselbe Wirkung gehabt haben würde, wenn es nicht die Übereinstimmung gegeben hätte. Hier hätten SU und China sich in besonderer Weise verantwortlich gezeigt. SU gehe es zugleich um die Wahrung guter Beziehungen zu den arabischen Staaten sowie um die Sorge, wie sich die Lage eigentlich nach einem iranischen Sieg entwickeln würde. Immerhin sei SU Nachbar des Iran. In den südlichen SU-Provinzen lebten Moslems. Der enge Kontakt unter allen sei nun erforderlich, zwischen den fünf ständigen SR-Mitgliedern, den westlichen Staaten und mit Japan.

<sup>8</sup> Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung der Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) vom 18. September 1987; EUROPA-ARCHIV 1987, D 576 f. Zu Schewardnadses Besuch in den USA vom 15. bis 17. September 1987 vgl. Dok. 261.



*AM GB:* Die Ereignisse in NO müßten in ihren komplexen und historischen Zusammenhängen gesehen werden. In Iran ereigne sich derzeit eine Entwicklung ohne Beispiel. Es gehe um eine Kombination aus nationaler Selbstverwirklichung und Revolution, die per definitionem irrational sei. Sie stehe zudem logischerweise in ständigem Konflikt mit der fragilen Ordnung, die der Westen sich für die Pflege seiner internationalen Beziehungen gegeben habe. Der Westen wolle und brauche auch im internationalen Bereich rechtsstaatliches Denken. Die Rede von Khamenei sei ein Phänomen, das die gesamte Basis westlicher Gedanken und westlicher Ordnung in Frage stelle. Gerade auch vor diesem Hintergrund müsse der Westen vermeiden, sich durch Verfolgung nationaler Interessen vom Festhalten an der einheitlichen Position ablenken zu lassen. Es sei nun einmal so, daß nationale Interessen sich auf sehr unterschiedliche Weise äußern könnten. Bislang bestehe auch noch kein Konflikt für die jeweiligen nationalen Interessen des Westens. Zur Zeit habe sogar die SU, habe auch China ein Interesse an der Aufrechterhaltung der internationalen Rechtlichkeit. Die heutige SU, das heutige China gründeten sich – nach einer ersten natürlicherweise in eine gewisse Isolierung führenden Phase – auf mittlerweile etablierten Revolutionen.

Man müsse sich das Wesentliche stets vor Augen halten: Die sehr fragile Einheit innerhalb der VN, insbesondere des SR, müsse auf den gesamten Bereich der internationalen Beziehungen ausgedehnt werden.

*AM US* warf ein, nicht alle Revolutionen führten notwendigerweise in die Isolation. Wenn er da an die amerikanische denke, so seien die Dinge dabei doch recht anders gelaufen.

*AM NL:* Der Krieg Irak–Iran gehe nun in sein achttes Jahr. Die Glaubwürdigkeit des SR stehe auf dem Spiel. Resolution 598 insgesamt wie insbesondere einige ihrer Absätze seien ohne Beispiel, insbesondere wegen der Einstimmigkeit der Zustimmung. Diese Einheit müsse bewahrt werden. Hier stehe man vor einem gewissen Dilemma, nämlich der Frage, wie diese Einheit bewahrt werden könne, insbesondere wenn man davon ausgehen müsse, daß zwei ständige SR-Mitglieder (SU und China) geneigt seien, gegenüber Iran gewisse Konzessionen zu machen. Wo aber könne man Konzessionen einräumen? Seines Erachtens müsse Resolution 598 integral durchgeführt werden. Bei gleich welcher Abweichung vom derzeitigen Inhalt müsse Irak Einspruch erheben. Es sei darauf hingewiesen worden, daß SU und China gewisses Zögern zeigen könnten wegen ihrer Beziehungen einerseits zu Iran, andererseits zu den arabischen Staaten; zugleich äußerten beide Staaten Sorge gegenüber der anwachsenden militärischen Präsenz im Golf. Unter keinen Umständen dürfe dies zum Anlaß genommen werden, Resolution 598 „aufzuribbeln“.

*AM IRL:* Seines Erachtens müsse man gegenüber Iran fest auftreten. Schließlich habe man in jüngster Zeit die Verhaltensweise von Iran beobachten können und die Gefährlichkeit seines Vorgehens festgestellt.

*AM I:* Sollte der SR, insbesondere die fünf ständigen Mitglieder, sich auf eine weitere Resolution einschließlich von Sanktionen einigen können, so sei dies gut. Dieses werde aber nicht eintreffen. Auch er wolle weder Konzessionen noch ein „Aufribbeln“. Aber der ins Auge gefaßte Ausschuß müsse sich ja nun über die Kriegsschuld äußern. Das sei zwar sehr einfach festzustellen. Ebenso einfach aber sei es für Iran, dieser Schlußfolgerung dann nicht zuzustimmen, und danach



werde es sehr einfach sein, Uneinigkeit zwischen den SR-Mitgliedern über weitere Maßnahmen zu säen. Ein Schwachpunkt liege in der Tatsache, daß der SR sich zu früherem Zeitpunkt nie zur Kriegsschuldfrage geäußert habe. Gewiß seien auch die Iraker keine Engel. Er erinnere sich sehr gut der Zeit, da der Westen sehr diffizile Beziehungen zu Irak hatte und er selbst (AM Andreotti) einen Brief an Präsident Carter geschrieben habe, er möge doch die Beziehungen zu Irak wieder aufnehmen<sup>9</sup>, um dieses Land nicht völlig in die Isolierung und eine gefährliche Haltung zu treiben.

*AM B:* Er habe vor kurzem eine Reise nach Malaysia und Pakistan durchgeführt.<sup>10</sup> Beide hätten ihm ihre Sorge davor zum Ausdruck gebracht, möglicherweise durch Irak in eine bewaffnete Auseinandersetzung mit der SU zu geraten.

*AM SP:* Noch vor zehn Jahren habe man sich keine islamische Bewegung von der heutigen Virulenz auch nur vorstellen können. Man dürfe die islamischen Staaten nicht isolieren. Der Krieg dauere nun seit sieben Jahren an, und erst jetzt beginne der Westen, sich Sorgen zu machen. Dies dürfe den Westen nicht veranlassen, von seiner Vorsicht abzugehen. Der Westen müsse den Konsens sorgfältig aufrechterhalten.

*AM US:* Mit Interesse habe er die Ausführungen von AM Genscher gehört. Die islamischen Staaten liegen im Hinterhof der SU. Iran verfolge eine revolutionäre Philosophie, und diese sei auch für die Ohren einer großen Zahl von Moslems in der SU bestimmt. Im Bereich ihrer Beziehungen zur arabischen Welt zahle SU heute die Strafe für ihr Tun und Treiben in bezug auf Iran.

Wenn der Westen richtig handele, so könne er derzeit eine starke Unterstützung für eine zweite Resolution gewinnen. Iran wolle keinen Waffenstillstand, sondern vielmehr die ihm eigenen Ziele weiterverfolgen. Er glaube, daß auch China mit dem Westen stimmen werde, wenngleich nur nach gewissem Zögern. China habe schließlich kommerzielle Interessen auch im Westen.

*AM DK:* Am Nachmittag habe ein Gespräch der Troika mit China stattgefunden. Demnach zeige China sich gegenüber einem weiteren Verfolg der Resolution vorsichtig und betone, es müsse zunächst dem SG<sup>11</sup> mehr Zeit für seinen Auftrag gegeben werden.

*AM I:* Man dürfe die große Gefahr nicht außer acht lassen, die sich aus dem Einfluß des Iran auf die gesamte islamische Welt, möglicherweise künftig noch stärker gerade auf die ärmeren Bevölkerungsschichten, ergeben könne.

*BM:* Er wolle an die ersten Worte von AM Shultz anknüpfen. Vergleichbare Gedanken seien bereits in Venedig<sup>12</sup> angerissen worden. Auch er erachte es für wichtig, daß der Westen sich einmal ausführlich über seine politische Strategie, über den Wandel in den westlichen Gesellschaften und in den wirtschaftlichen Beziehungen insgesamt unterhalte. Grundsätzlich sei er optimistisch bezüglich der Zukunft des Westens, sei er doch überzeugt, daß die Flexibilität der westlichen

<sup>9</sup> Am 7. Juni 1967 brach der Irak die diplomatischen Beziehungen zu den USA ab. Seit 26. November 1984 unterhielten die beiden Staaten wieder diplomatische Beziehungen.

<sup>10</sup> Der belgische Außenminister Tindemans hielt sich vom 7. bis 10. September 1987 in Pakistan auf. Zuvor hatte er die Philippinen und Malaysia besucht.

<sup>11</sup> Secretary-General.

<sup>12</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

Gesellschaften es ihnen sehr viel besser erlaube, mit Veränderungen fertig zu werden, als die kommunistischen Gesellschaften dies könnten.

Er schlage vor, daß jeder der hier Anwesenden eine Person benenne, die in besonderer Weise befähigt wäre, hierüber Gedanken in ein gemeinsames Gespräch, in eine Art Arbeitsgruppe, einzubringen. Er denke dabei nicht an die Sherpas, auch nicht an hohe Beamte überhaupt. Das Thema setze sowohl Kreativität wie auch große Kenntnis von den bevorstehenden und bereits eingeleiteten Entwicklungen (neue Technologien) voraus und zugleich den Glauben an die Zukunft dieser Entwicklungen und unserer Gesellschaften. Politische Ideen wandelten sich, auch Regierungen wechselten, dennoch stelle man in Administrationen meist Untersuchungen so an, als wandle sich die Welt nicht. Im Grunde gehe es um das neue Denken, wie es selbst Gorbatschow auf seine Weise verfolge.

Besonders attraktiv sei für ihn hierbei die Anregung von AM Shultz, daß sich die Minister innerhalb der Allianz mit diesen Themen – von dem erwähnten Kreis beauftragter Personen aufbereitet – ausführlich miteinander aussprechen sollten.

Diese Aussprache könne auf einer informellen NATO-AM-Sitzung (nach Art der EG-Gymnich-type-Treffen<sup>13</sup>) stattfinden, zeitlich z. B. verbunden mit NATO-Tagung (Spanien: 9./10.6.<sup>14</sup>), Wirtschaftsgipfel (Toronto: 19./20.6. oder 20./21.6.<sup>15</sup>) oder OECD-Tagung<sup>16</sup>.

**Referat 010, Bd. 178925**

<sup>13</sup> Zu den „Gymnich-type-Treffen“ vgl. Dok. 4, Anm. 29.

<sup>14</sup> Die NATO-Ministerratstagung fand am 9./10. Juni 1988 in Madrid statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

<sup>15</sup> Der Weltwirtschaftsgipfel in Toronto fand vom 19. bis 21. Juni 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

<sup>16</sup> Die OECD-Ministerratstagung wurde am 18./19. Mai 1988 in Paris abgehalten.

## 265

**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Fritzsche****209-360.91 ISR VS-NfD****22. September 1987<sup>1</sup>**

Betr.: Zusammenarbeit mit Israel im Rüstungsbereich<sup>2</sup>;  
 hier: Besuch VM Rabin in der Bundesrepublik Deutschland  
 (6.–10.9.1987)<sup>3</sup>

1) Ich habe, wie von Ihnen<sup>4</sup> erbeten, Herrn MR Dr. Schloenbach heute angerufen, um ihm Ihre Zuschrift vom 21.9.1987 anzukündigen. Die erste Reaktion von Herrn Schloenbach war, daß die Delegationsgespräche im BMVg weniger ergeben hätten, als tags zuvor im „General-Anzeiger“ geschildert worden sei<sup>5</sup>. Was allerdings in den Vier-Augen-Gesprächen mit Strauß und Wörner besprochen worden sei, wisse er nicht. Unter Hinweis darauf, daß er zur Zeit außerordentlich in der Kommissionsarbeit eingespannt und von kommendem Freitag<sup>6</sup> bis 4. Oktober auf Dienstreise in USA sei, bat Herr Schloenbach darum, daß ich zur persönlichen Information zu ihm komme.

2) Im BMVg gab mir Herr Schloenbach folgende ausführliche Schilderung des Verlaufs der Gespräche mit VM Rabin, wozu er mir versicherte, daß er mir seine Aufzeichnung voll wiedergegeben habe.

2.1) Die Gespräche im BMVg hätten etwa eine knappe Stunde gedauert, zusätzlich sei ein 10–15-minütiges Abschlußgespräch geführt worden. Beide Gespräche seien unter Vorsitz der VM gewesen.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat von Arnim am 23. September 1987 vorgelegen, der Vortragenden Legationsrat Fritzsche um Rücksprache bat.

Hat Fritzsche am 23. September 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[err] Schloenbach hat auch gesagt, er wisse seinerseits nicht, was – und ob eventuell auch unter vier Augen – im AA besprochen worden sei, betonte Notwendigkeit gegenseitiger Information, ohne ausdrücklich um AA-Gesprächsvermerk zu bitten.“

Hat nach Weiterleitung einer Ablichtung an Referat 310 Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter vorgelegen, der das Wort „AA-Gesprächsvermerk“ hervorhob und handschriftlich vermerkte: „Keine Bedenken, sofern M[inister]B[üro] zustimmt.“

Hat Vortragender Legationsrätin Kaempffe am 25. September 1987 vorgelegen, die handschriftlich vermerkte: „D[urch]druck mit Stempelerlaß an B[otschaft] Tel Aviv.“ Ferner vermerkte sie: „Z[u] d[en] A[kten] S[onder]B[and] Besuch Rabin.“

<sup>2</sup> Zur Rüstungskooperation zwischen der Bundesrepublik und Israel vgl. Dok. 167.

<sup>3</sup> Bei seinem Besuch in der Bundesrepublik traf der israelische Verteidigungsminister Rabin u. a. am 9. September 1987 mit Bundesminister Genscher zusammen. Bei diesem Gespräch wurden der Nahost-Konflikt, insbesondere der Libanon-Konflikt, der irakisch-iranische Krieg, die Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik und Lieferungen aus der Bundesrepublik an Syrien, die zur Herstellung chemischer Waffen verwendet werden konnten, thematisiert. Zu dem letzten Punkt führte Rabin aus, er wisse, „daß es da rechtliche Probleme gebe, weil das Material auch zur Herstellung von Düngemitteln diene“. Zum Libanon-Konflikt legte Rabin dar, der Libanon „sei ein Morast, in dem jeder versinke. Man könne dort unmöglich den Polizisten spielen. Syrien kontrolliere West-Beirut nicht vollständig. Die Schiiten seien in ihren Loyalitäten gespalten (Hisbollah/Iran, Amal/Syrien). Die Armee zerfalle in konfessionelle Gruppen. Eine Kantonalisierung wäre die einzige Lösung, sei jedoch nicht zu erreichen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178903.

<sup>4</sup> Joachim von Arnim.

<sup>5</sup> Vgl. den Artikel „Deutsche und israelische Militärs verstehen sich prächtig“, GENERAL-ANZEIGER vom 5./6. September 1987, S. 2.

<sup>6</sup> 25. September 1987.

2.2) Ziel sei es gewesen, die bisherige Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit bilanzierend darzustellen und nicht auf Details einzugehen, auch nicht Projekte, z.B. die U-Boot-Frage<sup>7</sup>, in der Delegation zu besprechen. Hintergrund seien die eine Woche zuvor getroffene Lavi-Entscheidung in Israel<sup>8</sup> und der israelische Wunsch gewesen, sich selbst erst einmal Klarheit zu verschaffen, was weiter werden solle.

2.3) Im Gespräch gab D einen Überblick über den Sachstand der Rüstungs-kooperation nach der Wende<sup>9</sup> mit Hinweis auf die Verbesserung der Zusammenarbeit im Sinne einer üblichen Verbindung zwischen befreundeten Staaten mit dem Schwerpunkt auf Informations- und Erfahrungsaustausch. Dabei sei auch, was die israelische Seite nicht so gerne höre, auf die besondere Stellung der Bundesrepublik Deutschland durch ihre Einbindung in und Ausrichtung auf die NATO und ihre Bindung an die NATO-Partner, was die Zusammenarbeit einschränke, eingegangen worden. Die Notwendigkeit der Ausgewogenheit deutscher Zusammenarbeit in der Region sei betont worden. Ebenso das Grundprinzip gegenseitigen Interesses und gegenseitigen Nutzens. Dieser einleitende Überblick habe etwa 10–15 Minuten in Anspruch genommen.

Sodann sei man dazu übergegangen, Gebiete verstärkter Zusammenarbeit in jüngster Zeit zu erörtern.

2.4) Bei den Drohnen wolle die Bundesrepublik Deutschland an israelischer Technologie partizipieren. Hinsichtlich eines eventuellen Abschlusses von Ver-

<sup>7</sup> Referat 424 vermerkte am 4. September 1987: „Israel beabsichtigt die Beschaffung von drei konventionellen U-Booten im Zeitraum 1990–1995, die aus amerikanischer Militärhilfe finanziert werden sollen. Die Aufträge dazu können aber nicht in die USA vergeben werden, da dort seit 30 Jahren keine konventionellen U-Boote mehr gebaut werden. Um dieses Problem zu umgehen, haben die beteiligten Firmen 1985 zunächst folgendes Konzept entworfen: Bestellung eines US-Generalunternehmens; Montage der Boote in Haifa bzw. den USA; Zulieferung der Waffen und Elektronikkomponenten direkt aus den USA; Bezug von schiffstechnischen Druckkörpersektionen von HDW.“ Eine Voranfrage habe die Firma Howaldtswerke–Deutsche Werft AG inzwischen zurückgezogen „und dafür eine Voranfrage zur Exportgenehmigung für ein komplettes U-Boot sowie Materialpakete für den Bau von zwei weiteren U-Booten auf US-Werft gestellt. Der vorgesehene Endverbleib dieser drei Boote in Israel wurde von HDW erst im nachhinein eingeräumt (zwei Monate später). Ausrüstung mit Waffen und dem größten Teil der Elektronik soll mit US-Material in den USA erfolgen. Da offenbar die Frage der Finanzierung und des Einverständnisses der USA mit einem solchen Dreiecksgeschäft noch nicht geklärt ist, scheint keine besondere Eile bei der Prüfung geboten. Über diese Anfrage ist noch nicht entschieden.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149594.

<sup>8</sup> Am 30. August 1987 stimmte das israelische Kabinett für die Aufgabe der Entwicklung und Produktion des Kampfflugzeugs „Lavi“. In der Presse wurde berichtet: „Die Israelis sind längst Demonstrationen gewöhnt – von streikenden Arbeitern und Angestellten, die höhere Löhne fordern, von Ultraorthodoxen, die in Jerusalem die Schließung der Kinos am heiligen Sabbat verlangen. Der Protest vom Beginn dieser Woche aber war für die Israelis etwas Neues, bisher Einmaliges in ihrer beinahe schon alltäglichen Demonstrationsgeschichte: Hunderte von Mitarbeitern der Flugzeugindustrie blockierten Israels zentrale Verkehrsader, die Autobahn zwischen Tel Aviv und Jerusalem, zogen vor das Verteidigungsministerium und die amerikanische Botschaft, besetzten den Flughafen. Der Protest richtete sich gegen die Entscheidung des Kabinetts – die nur mit einer Stimme Mehrheit gefällt wurde –, das kostspielige „Lavi“-Projekt endgültig zu begraben. [...] Es wäre Israels teuerstes Produkt geworden und hätte die Wirtschaft des Landes wiederum an den Rand des Ruins bringen können.“ Vgl. den Artikel „Gewogen und zu schwer befunden“, DIE ZEIT vom 4. September 1987, S. 4.

<sup>9</sup> Nach Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien SPD und FDP über den Bundeshaushalt 1983 traten die Bundesminister Baum, Ertl, Genscher und Graf Lambsdorff am 17. September 1982 zurück. Im Rahmen eines konstruktiven Mißtrauensvotums gegen Bundeskanzler Schmidt wählte der Bundestag am 1. Oktober 1982 den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Kohl, zu dessen Nachfolger.

tragen habe keine Zusage gemacht werden können, da dies, wie auch in anderen Fällen, eine Frage des Wettbewerbes sei. Hier kooperierten israelische Firmen mit den deutschen Firmen Dornier und MBB, die andererseits auch mit französischen Firmen zusammenarbeiteten. Die israelischen Entwicklungen hätten den Vorteil, daß es sich um erprobte und vorhandene Systeme handele, dagegen seien die deutsch-französischen Produkte theoretisch besser auf die militärischen Anforderungen in Europa-Mitte abgestimmt. Israel betrachte die Bundesrepublik Deutschland als Eintrittspforte für den NATO-Markt.

2.5) Bei Munition bestehe seit langem eine enge Zusammenarbeit. Die Israelis hätten modernste Pfeilmunition, besser als alle NATO-Partner. Auch hier wollten wir israelische Erfahrungen nutzen. Aber auch dies sei eine Frage des Wettbewerbes. Bisher hätten israelische Firmen immer in Konkurrenz zu anderen Firmen gestanden und seien dabei immer besser und billiger gewesen. Momentan bestünde eine Koproduktion zwischen Rheinmetall und der israelischen Fa. IMI<sup>10</sup>, welche fortgesetzt werde. Ende des Jahres stehe ein neues Bundeswehrlos zur Beschaffung an, für welches Israel gute Chancen habe.

2.6) Zur Ortung habe Israel ein Wärmebildgerät, welches besser als alle US- oder europäischen Entwicklungen sei, vor allem sei es klein genug für den PAH. Momentan sei Israel als Anbieter konkurrenzlos. Derzeit fänden Versuche auf Industrieebene zur Erprobung statt.

2.7) Bei den Radarsignalprozessoren arbeiteten israelische Firmen und AEG zur Verbesserung der Verarbeitung von Radarinformationen zusammen. Eventuell werde Ende des Jahres ein Industrievertrag abgeschlossen.

2.8) Für das Helmdisplay für Piloten bestehe eine Chance, daß bis Ende des Jahres ein Studienvertrag israelischer Firmen mit AEG und Leitz abgeschlossen werde.

3) VM Rabin habe in den Gesprächen nur kurze Anmerkungen gemacht. So habe er hinsichtlich der Drohnen um Prüfung und Berücksichtigung der israelischen Entwicklung gebeten. Hinsichtlich der Munition habe er erwähnt, daß die militärischen und technischen Anforderungen der Bundeswehr zu hoch seien und bitte noch einmal überdacht werden mögen. Zu den Radarsignalprozessoren habe er lediglich erwähnt, daß Israel außer der Entwicklung von Lavi auch andere modernste Technik entwickele.

4) BM Wörner habe als einzige Möglichkeit, den israelischen Wünschen nachzukommen, die Herstellung noch engerer Firmenkontakte gesehen.

5) Insgesamt habe VM Rabin einen sehr be-/gedrückten Eindruck, insbesondere während des Abschlußgespräches, gemacht. Er habe den Eindruck vermittelt, als habe er mehr nach Israel mitbringen wollen, als ihm gelungen sei. Dahingehend sei auch sein abschließender Appell zu verstehen, ob nicht der Lavi-Firma IAI (Israel Air Industries) nach Aufgabe der Lavi-Entwicklung und -Produktion von deutscher Seite Aufträge erteilt werden könnten. Im Bewußtsein der auf ihn zukommenden Gewerkschaftsforderungen und Demonstrationen im Anschluß an die Lavi-Entscheidung habe man erkennen können, daß VM

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „EMI“.  
Israel Military Industries.

Rabin bereits mit seinen Gedanken wieder in Israel gewesen sei, wohin er vorzeitig wieder abgereist sei. Abschließend habe VM Rabin die Übereinstimmung von Rahmen- und Zielsetzung gemeinsamer Rüstungskoooperation zum Ausdruck gebracht und dabei auf die starke wirtschaftliche Bedeutung für Israel hingewiesen, wo 30% des BSP in den Verteidigungsbereich gehen.

6) Aus diesem Gesamteindruck schließe er, Schloenbach, daß VM Rabin auch in den Vier-Augen-Gesprächen keine weitergehenden Zusagen erhalten habe. Hierüber lägen ihm allerdings keinerlei Erkenntnisse vor.

7) Nach seiner, Schloenbachs, Ansicht, genüge eigentlich unser DE vom 8.9. zur Information der Botschaft Kairo.<sup>11</sup> Weitere erläuternde Weisung durch uns bittet er möglichst mit ihm persönlich abzustimmen, was allerdings nur am Mittwoch, den 23. September, und am Donnerstag, den 24. September 1987, möglich sei, da er anschließend zu seiner Dienstreise in die USA aufbreche. Wenn möglich, bäte er die Abstimmung am Donnerstag vorzunehmen.<sup>12</sup>

Hiermit Herrn v. Arnim nach Rückkehr zur Kenntnis.

[Fritzsche]<sup>13</sup>

**Referat 310, Bd. 149594**

<sup>11</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter teilte mit: „Die Bundesregierung hält an ihrer restriktiven Rüstungsexportpolitik fest. Lieferungen deutscher Rüstungsgüter in den Nahen und Mittleren Osten erfolgten bisher nur mit größter Zurückhaltung unter Berücksichtigung der Spannungslage in der Region. Israelische Überlegungen, in einem Drittland, evtl. der Bundesrepublik Deutschland, U-Boote zu beschaffen, sind uns bekannt. Es hat jedoch für die Bundesregierung bisher keine Veranlassung bestanden, sich mit der Frage einer Genehmigung zur Lieferung von U-Booten oder Teilen davon zu befassen.“ Presseverlautbarung erscheint nicht notwendig.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 267; Referat 310, Bd. 149594.

<sup>12</sup> Vortragender Legationsrat von Arnim teilte der Botschaft in Kairo am 24. September 1987 mit: „1) Das Gespräch VM Rabins mit BM Genscher wurde zu folgenden Themen geführt: Nahost-Konflikt, Golfkrieg, Libanon, restriktive deutsche Rüstungsexportpolitik und Honecker-Besuch. Zur Rüstungskoooperation erklärte VM Rabin, daß er die deutsche restriktive Haltung schätze, Israels Interesse vor allem gemeinsamer Forschung und Entwicklung und deutschen Käufen gelte. Die Frage der U-Boote für Israel sei nicht einmal im eigenen Land spruchreif. BM erklärte, israelische Lieferungen an uns könnten politisch nützlich sein. Verkäufe an Israel hingegen würden erhebliche Probleme aufwerfen [...]. 2) Die Delegationsgespräche im BMVg drehten sich um den deutschen Wunsch, an israelischer Technologie und an israelischen Entwicklungen zu partizipieren, und den israelischen Wunsch, seinerseits zur Auslastung seiner Rüstungsindustrie Beschaffungsaufträge der Bundeswehr zu erhalten.“ Arnim bat, gegenüber der ägyptischen Regierung wie folgt zu verfahren: „1) DE 310-321.36 ISR vom 8.9.87 gilt unverändert fort. Die Botschaft wird gebeten, Dritten gegenüber weiterhin diese Sprachregelung zu verwenden. 2) Nur bei näherer Nachfrage von offizieller ägyptischer Seite kann hinzugefügt werden, daß eine Lieferung von Leopard 2 an Israel nicht Gesprächsgegenstand gewesen sei. Im übrigen stützten sich die ägyptischen Fragen offensichtlich auf Pressespekulationen.“ Vortragender Legationsrat Fritzsche vermerkte dazu, die Abstimmung des Drahterlasses mit dem Bundesministerium der Verteidigung „erfolgte tel[efonisch] mit MR Dr. Schloenbach am 24.9. 18.00 Uhr“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 7448; VS-Bd. 11926 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>13</sup> Vermuteter Verfasser der nicht gezeichneten Aufzeichnung.

266

**Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt**

114-5604/87 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 4060  
Citissime

Aufgabe: 22. September 1987, 19.30 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 23. September 1987, 01.54 Uhr

Betr.: Perspektiven der weiteren Verhandlungen für die Bereiche START und Weltraum nach dem Außenministertreffen Shultz/Schewardnadse in Washington (15. bis 17.9.1987<sup>2</sup>)

**Zusammenfassung**

In beiden Bereichen hat die Sowjetunion bei den Außenministergesprächen Konzessionen gemacht oder solche zumindest angedeutet: bei START durch grundsätzliche Bereitschaft zum Akzeptieren von Untergrenzen bei gleichzeitiger Beibehaltung der Bomber-Zählregel. Bei den Weltraumverhandlungen zeigte die SU Flexibilität durch Angebot von zwei alternativen Vorgehensweisen, entweder der beiderseitigen Verpflichtung auf die enge Auslegung des ABM-Vertrages<sup>3</sup> oder durch die Festlegung von zulässigen Elementen und numerischen Kriterien für die Entwicklung von strategischen Abwehrsystemen. Die Administration sieht sich jetzt vor die Notwendigkeit einer Entscheidung gestellt. Dabei gilt es, nicht nur die sowjetischen Vorschläge, sondern auch die Position des US-Kongresses zur ABM-Interpretation und zur SDI-Finanzierung zu berücksichtigen. Vor allem aufgrund der Sachzwänge der Haushaltsgesetzgebung erwartet Gesprächspartner<sup>4</sup>, daß Entscheidung bis Mitte Oktober erfolgen muß.

**Im einzelnen**

Die START-Verhandlungen waren in Washington von amerikanischer Seite mit der Erwartung eingeleitet worden, daß die SU, wenn sie an Fortschritten interessiert sei, hier entsprechende Zeichen setzen möge. Dies ist in der Tat durch mehrere Zugeständnisse erfolgt:

- Die 60-Prozent-Regel als höchste Obergrenze für ein Element der Triade bestätigt die Akzeptanz von Untergrenzen durch die SU (es wurde klargestellt, daß diese Untergrenze natürlich auch für SLBMs zu gelten habe).
- Bereitschaft, die 154 SS-18 als 1540 GK auf schweren ICBMs rechnen zu lassen.
- Bereitschaft, Wurfgewicht als Vertragsbestandteil zu akzeptieren, bei Reduzierung um 50 Prozent und Verpflichtung, dieses nicht nachträglich wieder zu

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Legationsrat I. Klasse Gottwald, Washington, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 23. September 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Holik „[nach] R[ückkehr]“ sowie an Vortragenden Legationsrat Wagner, die Legationsräte I. Klasse Müller und Mülmenstädt, Legationssekretär Haller und Referat 201 verfügte.

Hat Holik vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in den USA vgl. Dok. 261.

<sup>3</sup> Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

<sup>4</sup> James H. Holmes.



erhöhen (Verbot von „throw weight creep“). Wurfgewicht als Kriterium war vorher von der SU nie akzeptiert worden. Auch die Verpflichtung zur Reduzierung um 50 Prozent wird hier SU noch einen Vorteil beim verbleibenden Wurfgewicht belassen. Die US sind bereit, dies zu akzeptieren.

- Weitergeltung der Bomber-Zählregel trotz Akzeptierung von Untergrenzen im Gegensatz zur bisherigen Verhaltensweise.

Diese Zugeständnisse sollten genügend Raum für die Verhandlungen geben, die nach gegenseitiger Vereinbarung in intensivierter Form in Genf fortgeführt werden sollen und beim nächsten AM-Treffen im Oktober in Moskau<sup>5</sup> auf höherer Entscheidungsebene wieder im Mittelpunkt stehen dürften.

Das Junktim START/Weltraum wurde von der SU in Washington nicht aufgehoben, ihre Vorschläge im Weltraumbereich sind jedoch offensichtlich so angelegt, daß eine Vereinbarung, die den Weg für ein START-Abkommen freimachen könnte, etwas weniger unerreichbar scheint. Die SU habe für die Regulierung der BMD-Aktivitäten zwei alternative Wege vorgeschlagen. In beiden Fällen verlange sie eine Bindungsdauer von zehn Jahren; sie habe zugestanden, daß nach Ablauf dieser Frist eine neue Verhaltensregelung gelten müsse, ohne sich aber etwa auf die Zustimmung zum Deployment einzulassen. Als Alternative 1 sieht die SU die Verpflichtung beider Seiten zu strikter Beachtung der restriktiven Auslegung des ABM-Vertrages. Hier habe sie durch den Verzicht auf die bisherigen, über die Regelungen des ABM-Vertrages hinausgehenden Beschränkungen für die BMD-Forschungen ein Zugeständnis gemacht. Sie habe keinen Zweifel daran gelassen, daß sie mit ihrer Formel von der Beachtung des ABM-Vertrages, wie er 1972 vereinbart worden sei, die bisherige restriktive Auslegung meine.

Als Alternative dazu habe sie ihren Vorschlag einer Liste von akzeptierbaren Aktivitäten und Kriterien ausgebaut. Bewegung hierzu habe es vor allem dadurch gegeben, daß vorher genannte Zahlen für die Begrenzung von Aktivitäten erheblich angehoben worden seien. In der Liste, die Vertragsbestandteil des sowjetischen Entwurfs vom 29.7.87<sup>6</sup> ist, habe es keinerlei Zahlenkriterien gegeben. Derartige Zahlen seien dann durch ein Papier eingeführt worden, das die SU am 10.9.87 der amerikanischen Seite übergeben habe. Diese Zahlen seien jedoch weit unterhalb dessen gewesen, was für die SDI-Forschung erforderlich scheine. Bei den AM-Gesprächen habe man nunmehr gesagt, daß diese ersten Zahlen lediglich illustrativen Charakter gehabt hätten, und habe neue, höhere eingeführt. So habe man z. B. bei der Stärke von „directed energy multiple beam lasers“ den Faktor von  $10^8$  auf  $10^{15}$  erhöht. Auch für die Größe von Spiegeln und die Geschwindigkeit von „interceptors“ seien entsprechende Anpassungen vorgenommen worden.

Gesprächspartner, zuständiger Referatsleiter in der Politisch-Militärischen Abteilung des State Department, glaubt, daß sich hier eine Situation entwickelt,

<sup>5</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 296.

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „27.7.87“.

Zum Entwurf der UdSSR vom 29. Juli 1987 für ein Abkommen über Abrüstung im Weltraum vgl. Dok. 227, Anm. 8.

die die Administration in Entscheidungsdruck setzen wird. Beide Optionen hätten Vor- und Nachteile. Das Akzeptieren einer Liste würde von den Befürwortern einer weiten Interpretation bereits als Verzichtserklärung angesehen, da sie hiermit über Dinge verhandeln müßten, deren Zulässigkeit sie bereits behauptet hätten. Die Beibehaltung der engen Interpretation ihrerseits würde die Möglichkeit von Tests im Weltraum praktisch ausschließen. Gesprächspartner sah die Notwendigkeit für eine politische Entscheidung auf höchster Ebene auf die USA zukommen. Hierbei würden allerdings voraussichtlich nicht die sowjetischen Veränderungsforderungen im Vordergrund stehen. In erster Linie müsse es der Administration darum gehen, eine Lösung zu finden, die den Kongreß zumindest soweit zufriedenstelle, daß er die für die Fortführung der SDI-Forschung erforderlichen Mittel bereitstelle.<sup>7</sup> Zwar habe der Präsident<sup>8</sup> klargemacht, daß er Beschränkungen, wie sie der Kongreß in der vergangenen Woche beschlossen habe, sollten sie Bestandteil der Haushaltsgesetzgebung werden, durch ein Veto blockieren werde. Nicht klar sei jedoch, wie es dann weitergehen solle. Da die Haushaltsberatungen im Oktober abgeschlossen sein müßten, würde es wohl darauf hinauslaufen, daß eine Entscheidung hierzu gefallen sein könnte, bevor die Außenminister sich in Moskau erneut treffen. Die Prognose des Gesprächspartners war, daß man eher zur Listenlösung neige, da sie größere Flexibilität für die SDI-Forschung erlaube. Auch wenn man auf die enge Interpretation des ABM-Vertrages zurückgehe, würde es nicht ausbleiben, daß man sich auf quantitative Festlegungen verständige. Dann sei man aber auf ähnlichem Gebiet wie bei der Listenlösung, ohne deren Vorteile zu haben. Intensives Nachdenken der Administration über die hier aufgeworfenen Fragen werde in den nächsten Wochen erforderlich sein.

[gez.] van Well

**VS-Bd. 11283 (220)**

<sup>7</sup> Ministerialrat Hirsch, Washington, informierte am 8. Oktober 1987 über die Finanzmittel für das SDI-Programm der amerikanischen Regierung: „Schon jetzt zeichnet sich eine drastische Kürzung der vom US-Verteidigungsministerium geforderten Haushaltsmittel (\$ 5,7 Mrd.) für 1988 ab. Das Repräsentantenhaus hatte sich auf \$ 3,1 Mrd. geeinigt, der Senat hatte mit knapper Mehrheit \$ 4,5 Mrd. zugestanden. Der Vermittlungsausschuß wird sich für die endgültige Gesetzesvorlage irgendwo in der Mitte treffen, also ca. \$ 2 Mrd. weniger, als SDIO gefordert hatte. Das Pentagon, in Vorlagen an den Kongreß, lamentierte wiederholt, daß bereits mit der Vorgehensweise nach alter Programmstruktur erhebliche Streichungen und Verzögerungen im Programm zu erwarten seien, würde der SDI-Haushalt auf \$ 4,5 Mrd. oder weniger sinken.“ Vgl. den Wehrtechnischen Bericht Nr. 87/87; Referat 431, Bd. 153222.

<sup>8</sup> Ronald W. Reagan.

267

**Ministerialdirigent Jansen, z.Z. New York,  
an das Auswärtige Amt**

114-5634/87 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 23  
Citissime

Aufgabe: 23. September 1987, 20.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 24. September 1987, 05.16 Uhr

Betr.: Gespräch BM mit iranischem Staatspräsidenten Khamenei<sup>2</sup> am  
22.9.1987 in New York<sup>3</sup>

1) Das in freundlicher Atmosphäre geführte Gespräch, das in der Suite des Präsidenten im Hotel Waldorf Astoria stattfand, behandelte neben dem Geiselthema<sup>4</sup> die Lage am Golf. Am Gespräch nahmen AM Velayati und Vize-AM Larijani teil.

2) Präsident würdigte den guten Stand der deutsch-iranischen Beziehungen. Die Haltung der Bundesregierung zur Sicherheitsratsresolution<sup>5</sup> 598<sup>6</sup> habe dazu beigetragen.

BM würdigte die Gelegenheit, den Dialog mit dem Iran fortzusetzen und erinnerte an die erfolgreichen Besuche von AM Velayati<sup>7</sup> und Vize-AM Larijani<sup>8</sup> kürzlich in Bonn. BM verwies auf die deutschen Bemühungen während der deutschen Präsidentschaft im Sicherheitsrat im vergangenen Monat August und die Unterstützung der konstruktiven Aktion des Generalsekretärs<sup>9</sup>. Es komme jetzt darauf an, den Generalsekretär bei den nächsten Schritten zu unterstützen. Die Bundesregierung ermutige alle Beteiligten, sich an Resolution 598 zu halten und zu einem Waffenstillstand zu kommen. Wichtig sei es, daß jetzt eine Phase vernünftiger Gespräche beginne. BM stellte als besonders bedeutungsvoll heraus, daß auch in Zukunft die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates gemeinsam voringen. Er hoffe, daß Präsident Khamenei seine Anwesenheit in New York nutze, um mit möglichst vielen Mitgliedern der Völkergemeinschaft zu sprechen und um sich dann eine Meinung bilden zu können.

BM dankte ferner für die iranische Unterstützung bei der Freilassung der deutschen Geisel Schmidt. Er bat um weitere Hilfe des Iran im Falle des noch immer

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Eickhoff am 24. September 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 230 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Honsowitz am 25. September 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Durchgängig korrigiert aus: „Khomeini“.

<sup>3</sup> Anlässlich der VN-Generalversammlung in New York hielt sich Bundesminister Genscher vom 20. bis 25. September 1987 in den USA auf. Zu weiteren politischen Gesprächen vgl. Dok. 247, Anm. 24, Dok. 263, Dok. 264 und Dok. 268.

<sup>4</sup> Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt im Libanon vgl. Dok. 249.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „Sicherheitsresolution“.

<sup>6</sup> Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

<sup>7</sup> Der iranische Außenminister Velayati hielt sich am 23./24. Juli 1987 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 23. Juli 1987 vgl. Dok. 221.

<sup>8</sup> Der stellvertretende iranische Außenminister Larijani hielt sich am 1./2. Juni 1987 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 171, Anm. 40.

<sup>9</sup> Zum Aufenthalt des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar vom 11. bis 13. September 1987 im Iran und vom 13. bis 15. September 1987 im Irak vgl. Dok. 252, Anm. 21.

in Geiselhaft gehaltenen Cordes, der sich in einem schlechten psychischen und physischen Zustand befinde.

3) Präsident Khamenei versprach, das zu tun, was in der Macht des Iran stünde. Er hoffe, daß der Fall gelöst werde. Der Iran tue dies aus humanitärer Verantwortung.

Zur Resolution 598 sei dem Generalsekretär die klare positive Haltung des Iran erklärt worden. Die Aussagen des Iran zielten auf logische und praktische Lösungen auf der Grundlage konkreter und realistischer Sichtweisen. Leider sei die Aggression des Irak in der Resolution nicht erwähnt. Ohne Lösung der Schuldfrage könne es aber keine Lösung des Konflikts geben. Ohne eine Durchführung der Resolution in diesem Sinne werde sie ihre praktische Bedeutung verlieren. Der Iran habe praktische Vorschläge gemacht. Man glaube auch, daß der VN-GS alles tue, was in seiner Macht stehe. Der gestrige Zwischenfall im Golf (Angriff eines US-Helikopters auf ein iranisches Schiff<sup>10</sup>) kompliziere aber die Dinge. Und je schwieriger die Lage dort sei, je schwerer werde es aber auch dem Generalsekretär fallen, erfolgreiche Aktionen durchzuführen. Er glaube, daß die Aktion im Golf zeige, daß die USA den guten Willen vermissen ließen; mit anderen Worten, die USA wollten ihre Probleme lösen, aber nicht die Probleme, die im Persischen Golf bestünden. Falls die Resolution 598 genutzt werde, um Druck auf den Iran auszuüben, werde der Iran nicht nachgeben. Wenn der Wille bestehe, korrekt nach der Resolution 598 zu verfahren, so sei auch der Iran kooperationsbereit.

BM erläuterte, daß die Bundesrepublik Deutschland die Resolution so nehme, wie sie ist. Für keine Seite sei sie perfekt. Sie sei eine gute Basis für den Generalsekretär. Heute sei alle Welt froh über dessen Reise nach Teheran und Bagdad. Jetzt müßten alle Betroffenen verantwortlich und vernünftig handeln. Deshalb würde er es begrüßen, wenn es endlich zu einem Waffenstillstand komme. Für die Bundesregierung begrüße er den laufenden Dialog mit dem Iran, der sich durch die Besuche des Außenministers und Vize-Außenministers in Bonn manifestiert habe.

4) BM bat noch einmal eindringlich, alle möglichen Schritte iranischerseits zu unternehmen, um die deutsche Geisel Cordes freizubekommen. Bundesregierung sei im übrigen bereit, alles zu tun, um zu einer friedlichen Entwicklung am Golf beizutragen, und zwar auf der Grundlage der Resolution 598, die für keine Seite Partei ergreife. Bundesregierung wolle den Dialog mit der iranischen Regierung fortsetzen und die bilateralen Beziehungen verbessern.

Präsident widersprach. Er sei in einem Punkt nicht einverstanden. Resolution nehme sehr wohl Partei, denn sonst hätte der Irak als Aggressor bezeichnet werden müssen. Die USA, GB und F, alle wüßten, wer den Krieg begonnen hätte, aber niemand sage es. Deshalb könne auch nicht davon gesprochen werden, daß die Resolution eine neutrale Haltung einnehme. Wie könne das iranische Volk unter diesen Umständen Resolution akzeptieren? Resolution müsse jetzt in allen Teilen implementiert werden. Dies habe der Generalsekretär zugesagt.

<sup>10</sup> Zum Beschuß eines iranischen Schiffes durch amerikanische Streitkräfte am 21. September 1987 im Persischen Golf vgl. Dok. 264, Anm. 3.

BM betonte abschließend Wert des Dialogs, der auf allen Ebenen fortgesetzt werden sollte. Dies sei um so wichtiger, als es darum gehe, die schwierige und gefährliche Situation im Golf zu überwinden.

Präsident erklärte sich nachdrücklich einverstanden mit dem Dialog zwischen den beiden Regierungen und der Entwicklung der bilateralen Beziehungen. Bundesrepublik Deutschland sei darüber hinaus ein wichtiger Handelspartner, mit dem man eng zusammenarbeiten wolle.

[gez.] Jansen

VS-Bd. 13036 (230/231/232)

268

**Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und  
Botschafter Holik, beide z.Z. New York,  
an das Auswärtige Amt**

VS-NfD  
Fernschreiben Nr. 25

Aufgabe: 24. September 1987, 08.20 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 24. September 1987, 21.23 Uhr

Betr.: Deutsch-sowjetische Beziehungen

Von BM noch nicht genehmigt

BM<sup>2</sup> führte mit AM Schewardnadse im Rahmen eines Mittagessens in Residenz sowjetischen UNO-Botschafters ein gut eineinhalbstündiges Gespräch, das in einer sehr freundlichen Atmosphäre verlief.<sup>3</sup> Behandelt wurden Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, des Konfliktes Irak–Iran und die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen.

Teilnehmer auf sowjetischer Seite: AM Schewardnadse, VAM Bessmertnych, Abrüstungsbeauftragter Wiktor Karpow, UN-Botschafter Belonogow<sup>4</sup> u. a.

Teilnehmer auf deutscher Seite: Botschafter Lautenschlager, Botschafter Meyer-Landrut, D2<sup>5</sup>, D2A<sup>6</sup>, L 010<sup>7</sup>, L 013<sup>8</sup>.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 32.  
Hat Bundesminister Genscher am 28. September 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Anlässlich der VN-Generalversammlung in New York hielt sich Bundesminister Genscher vom 20. bis 25. September 1987 in den USA auf. Zu weiteren politischen Gesprächen vgl. Dok. 247, Anm. 24, Dok. 263, Dok. 264 und Dok. 267.

<sup>3</sup> Das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse fand am 22. September 1987 statt.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „Belonogow“.

<sup>5</sup> Hermann Freiherr von Richthofen.

<sup>6</sup> Josef Holik.

<sup>7</sup> Michael Jansen.

<sup>8</sup> Jürgen Chrobog.

BM begann Gespräch mit Hinweis auf vorangegangenes Treffen mit den AM von IT und JAP zum Konflikt Irak–Iran.<sup>9</sup> Schewardnadse (AM) verwies auf Reise von VAM Petrowskij im April in das Konfliktgebiet.<sup>10</sup> Inzwischen sei die Lage im Golf durch das Auftauchen von Flugzeugträgern und anderen Kriegsschiffen noch schwieriger geworden. Er begrüßte sodann BM als Vizeminister und Außenminister und bezeichnete die Beziehungen zu BM als gut und sachlich. Beiträge von BM zur Entwicklung der Beziehungen würden in Moskau geschätzt. Er verfolge seine Reden und Entscheidungen genau; seine Parteitagsrede<sup>11</sup> habe er persönlich gelesen. Die Rede enthalte interessante Überlegungen. Manche stünden im Einklang mit den Äußerungen von GS Gorbatschow zum sowjetischen Plan eines Konzepts allumfassender Sicherheit (sichere, nuklearfreie Welt).

AM würdigte sodann die bedeutende Rolle der Bundesregierung bei der Vorbereitung der sowjetisch-amerikanischen INF-Gesprächsrunde in Washington.

<sup>9</sup> Bundesminister Genscher traf am 22. September 1987 in der italienischen VN-Vertretung in New York mit den Außenministern Andreotti (Italien) und Kuranari (Japan) zusammen, um über das weitere Vorgehen im VN-Sicherheitsrat zum irakisch-iranischen Krieg zu beraten. Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z. Z. New York, berichtete, Genscher habe vorgeschlagen, den Meinungsaustausch der drei nicht-ständigen Mitglieder des VN-Sicherheitsrats fortzusetzen, „weil sie von allen westlichen Ländern die einzigen seien, deren Stimmen sowohl in Teheran als auch in Bagdad gehört werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 16; Referat 311, Bd. 139985.

Am 25. September 1987 trafen Andreotti, Genscher und Kuranari wiederum in der italienischen VN-Vertretung zusammen. In dieser Unterredung bemerkte Andreotti, daß in den vergangenen Tagen „zwei negative Ereignisse eingetreten seien: die harte Rede des iranischen Staatspräsidenten Khomeini; der jüngste Zwischenfall im Golf. Bei der Bewertung der Lage dürften jedoch nicht nur diese beiden negativen Ereignisse, sondern müsse auch die offene Haltung des Iran in den bilateralen Kontakten in Betracht gezogen werden. Allerdings sei zu prüfen, ob es sich beim Verhalten des Iran um Strategie oder Taktik handele.“ Genscher „berichtete über sein soeben geführtes Telefongespräch mit AM Velayati, dem er vorgeschlagen habe, in Kontakt zu bleiben. Er habe Velayati deutlich gemacht, daß der Iran nicht hinter die mit dem G[eneral]S[ekretär] besprochene Linie zurückfallen dürfe. Die Lage sei gefährlich genug. [...] BM sprach sich ferner dafür aus, auch in engem Kontakt mit dem Irak und dessen Freunden in der Arabischen Liga zu bleiben, insbesondere mit denen, die Einfluß auf den Irak ausüben könnten. Die EG sollte die Verhandlungen mit dem GCC über den Abschluß des Kooperationsabkommens bald positiv zu Ende bringen. [...] Ein Auseinanderbrechen der Einigkeit der fünf ständigen SR-Mitglieder liege nicht im westlichen Interesse, weil sonst der Einfluß der SU in der Region zunehmen werde.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178934.

<sup>10</sup> Der sowjetische Stellvertretende Außenminister Petrowskij hielt sich vom 19. bis 28. April 1987 in Kuwait, den Vereinigten Arabischen Emiraten, im Oman und im Irak auf. Zu seinem Besuch vom 24. bis 28. April 1987 im Irak berichtete Botschafter Fiedler, Bagdad, am 30. April 1987, Petrowskij sei am 25. April von Präsident Hussein und Außenminister Aziz zu mehrstündigen Gesprächen empfangen worden: „Aus der Sicht eines Beobachters in Bagdad reaktiviert die SU unter G[eneral]S[ekretär] Gorbatschow ihre Nah- und Mittelostpolitik. Hauptziel dürfte unverändert die Abhaltung einer internationalen Konferenz sein, die es ihr ermöglichen soll, in den Nahen Osten aktiv zurückzukehren und mit den USA auf der Grundlage der gemeinsamen Erklärung vom 1.10.77 gleichzuziehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 413; Referat 213, Bd. 143560.

<sup>11</sup> Der FDP-Bundesparteitag fand am 5./6. September 1987 in Kiel statt. Zur Rede des Bundesministers Genscher am 6. September 1987 wurde in der Presse berichtet: „Im außenpolitischen Teil seiner Rede stellte sich Genscher abermals hinter die Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl vom 26. August zur Diskussion über die Pershing 1A. Sie dürfe ‚von niemandem in Zweifel gezogen werden‘. [...] Nachdrücklich plädierte Genscher dafür, die Entwicklungen in den Ost-West-Beziehungen nicht auf die Abrüstung zu begrenzen. ‚Wenn heute, nach Jahrzehnten der Konfrontation im West-Ost-Verhältnis, ein Wendepunkt erreicht werden könnte‘, sagte der Außenminister, ‚dann wäre es ein Fehler von historischem Ausmaß, wenn der Westen diese Chance vorübergehen ließe‘. Wer sich nicht aus alten Feindbildern lösen könne und im Falle der Sowjetunion ‚immer nur einzig und allein den schlimmsten Fall annimmt‘, der, so Genscher, mache sich selbst ‚politikunfähig‘.“ Vgl. den Artikel „FDP lehnt härtere Strafe für Vermummung ab. Waffendienst von Frauen befürwortet“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 7. September 1987, S. 1f.

Gorbatschow habe die wichtige Erklärung des Bundeskanzlers<sup>12</sup> sowie die Äußerungen von BM zur PIa besonders unterstrichen. Daß ein INF-Abkommen vor der Tür stehe, sei nicht nur der Verhandlungskunst der Amerikaner und der Sowjets zuzuschreiben, sondern auch der aktiven Politik der Bundesregierung, wie auch Beiträgen der Verbündeten der Sowjetunion. Alle progressiv denkenden Menschen seien mit dem Ergebnis zufrieden.

BM dankte für die Einladung. Er erinnerte an seinen Besuch im Juli 1986 in Moskau<sup>13</sup>, bei dem Gorbatschow vom Aufschlagen einer neuen Seite in den Beziehungen gesprochen habe. Die ungelösten Abrüstungsfragen hätten die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zunächst gehemmt. Beim Staatsbesuch des Bundespräsidenten in Moskau<sup>14</sup> habe er mit Schewardnadse mit großer Offenheit über die mit INF zusammenhängenden Fragen gesprochen. Schewardnadse habe gefragt, was wir noch bräuchten, um der doppelten Null-Lösung zuzustimmen und unseren Beitrag im Hinblick auf die PIa zu leisten. Er, BM, habe sich für eine weltweite Lösung eingesetzt, aber auch gesagt, daß ein Abkommen an der Bundesrepublik Deutschland nicht scheitern werde. Er habe das auch später Botschafter Kwizinskij in Bonn<sup>15</sup> gesagt.<sup>16</sup> In der Folge hätten wir jedes Wort davon in die Tat umsetzen können und damit einen eigenständigen entscheidenden Beitrag zum Zustandekommen eines INF-Abkommens geleistet.

Uns liege daran, daß dieses Abkommen von allen Seiten richtig eingeschätzt werde, nämlich als Beweis, daß Abrüstung möglich sei und funktioniere. Das bedeute, daß man nun auch in anderen Bereichen der Abrüstung voranschreiten und Lösungen dort im selben Geist finden müsse wie bei INF, d.h. nicht nach der Methode Rüstung/Gegenrüstung, sondern Beseitigung von Überlegenheiten, wo sie vorhanden sind.

Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, wo die Frage gemeinsam beantwortet werden müsse, was deutsch-sowjetische Beziehungen für beide Länder und Europa insgesamt leisten können. Der Moskauer Vertrag<sup>17</sup> sei kein vergilbtes Dokument. Er lege beiden Seiten besondere Verantwortung auf, sich über die Zukunft Europas Gedanken zu machen. Es gehe darum, auf die Frage, wie es in Zukunft in Europa aussehen solle, Antworten zu formulieren. Es gehe um die künftigen Strukturen, um Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis.

Gorbatschow habe von gegenseitiger Abhängigkeit im guten Sinne gesprochen, d.h. Abhängigkeit beider voneinander. Wir seien in der Lage von Architekten, die

<sup>12</sup> Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

<sup>13</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 207–210 und Dok. 218.

<sup>14</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

<sup>15</sup> Die Wörter „in Bonn“ wurden von Bundesminister Genscher gestrichen.

<sup>16</sup> Bundesminister Genscher traf am 18. August 1987 im südfranzösischen Théoule-sur-Mer zu einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij zusammen. Themen waren ein Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in der Bundesrepublik und ein INF-Abkommen, insbesondere die Frage einer Einbeziehung der Pershing Ia. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14154 (010); B 150, Aktenkopien 1987. Vgl. dazu auch GENSCHER, Erinnerungen, S. 571–573. Vgl. dazu ferner das Gespräch Genschers mit Kwizinskij am 26. August 1987; Dok. 247, Anm. 6.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.



Vorstellungen über die künftige Gestalt von Europa entwickeln sollen, damit keine wilde Bauerei einsetze, die alles erschwere. Die Schlußakte von Helsinki<sup>18</sup> sei das Kursbuch für ein besseres Europa. Es würden aber noch viele Konkretisierungen benötigt.

BM fuhr fort, AM habe davon gesprochen, daß er die Bundesrepublik besuchen wolle. Botschafter Kwizinskij habe das auch gesagt. Wir müßten jetzt die Zeit nutzen, um bei dem Besuch Substantielles zustande bringen zu können. Wir träten AM mit großer Aufrichtigkeit und gutem Willen gegenüber.

AM erwiderte, es gehe um den Bau des gesamteuropäischen Hauses. BM warf ein, daß dafür noch der richtige Plan fehle. AM fuhr fort, es gehe um die Architektur. Allerdings gebe es für die Planungen der Architekten Grenzen aus der Realität. Indem wir das europäische Haus bauten, müßten wir reale Möglichkeiten berücksichtigen.

Ein bedeutender Schritt sei nunmehr getan worden. Ein INF-Abkommen wäre ein wichtiger Block, ein Fundament, aber nur ein Beginn. Der Abrüstungsprozeß müsse nun weitergehen, und zwar zunächst mit der Reduzierung der strategischen Offensivwaffen und der garantierten Einhaltung des ABM-Vertrages für mindestens zehn Jahre. Hierzu habe die Sowjetunion einige Vorschläge eingebracht. Die beiderseitigen Delegationen würden nun weiter beraten und bis zum AM-Treffen in der zweiten Hälfte Oktober<sup>19</sup> einen vereinbarten INF-Text vorlegen. Die Hauptfragen seien jedoch Reduzierungen der strategischen Offensivwaffen und eine Regelung für Defensivwaffen. Hier müsse die historische Bedeutung des vorgesehenen Gipfeltreffens liegen.<sup>20</sup> Die Sowjetunion werde sich gebührend darauf vorbereiten. Freilich applaudierten nicht alle den bisherigen Ergebnissen, manche forderten eine Pause im Abrüstungsdialog. Aus der NATO höre man, daß nunmehr militärische Verstärkungen für Europa nötig seien, als ob Europa ohne ausreichende Verteidigung sei. Was habe sich für Europa durch ein INF-Abkommen verändert? Die Sowjetunion werde, wie auch BM wiederholt ausgeführt habe, weit mehr Nuklearwaffen beseitigen als die NATO. Nach sowjetischer Auffassung müsse die jetzt eingetretene Dynamik aufrechterhalten werden. Würde man Halt machen, würden andere Tendenzen die Oberhand gewinnen.

Auch bei Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle und taktische Nuklearwaffen seien Fortschritte nötig. Bei den Gesprächen über ein Mandat für konventionelle Rüstungskontrolle in Wien<sup>21</sup> sei Übereinstimmung über einige prinzipielle Positionen festzustellen. Um zusätzliche Impulse zu erreichen, wäre ein Treffen auf Ministerebene nützlich.

Bei<sup>22</sup> den Verhandlungen über eine Konvention zum weltweiten Verbot chemischer Waffen sei man sehr nahe an einem Ergebnis. Die sowjetischen Zugeständ-

<sup>18</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>19</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR auf. Am 30. Oktober 1987 besuchte der sowjetische Außenminister Schewardnadse die USA. Vgl. dazu Dok. 296 und Dok. 302.

<sup>20</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

<sup>21</sup> Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 254.

<sup>22</sup> Korrigiert aus: „C“.

nisse bei Verdachtsinspektionen und beim Austausch über Vorräte von C-Waffen seien für die USA offensichtlich unerwartet gekommen, auch Einladungen zur Besichtigung von Objekten der chemischen Industrie und der Vernichtung von chemischen Waffen.<sup>23</sup> Eigentlich blieben keine unlösbaren Fragen übrig. Er habe den Eindruck, daß die CW-Verhandlungen durch die Entwicklung im nuklearen Bereich in der Öffentlichkeit in den Hintergrund gerückt seien. Das dürfe nicht zugelassen werden. Er wisse, daß BM an Fortschritten interessiert sei. Besorgt sei er, daß keine Anzeichen großer Begeisterung in Washington festzustellen seien. Die französische Position<sup>24</sup> sei ihm unverständlich, und auch London zeige sich verhalten. Die Sowjetunion meine und wolle, daß noch bis zum Ende der gegenwärtigen amerikanischen Administration eine CW-Konvention abgeschlossen werden könne. Deshalb gelte es, für dieses und das kommende Jahr ein Programm zur Beschleunigung der Verhandlungen aufzustellen. Zahlreichen Erklärungen des Ministers entnehme er, daß unsere Interessen hier objektiv übereinstimmen.

BM bezeichnete es als sehr wichtig, daß SU und USA nachdrücklich über Reduzierungen strategischer Waffen verhandeln. Wir hätten befürchtet, daß mit dieser Aufgabe auf die nächste Administration gewartet würde, was ein schwerer Fehler wäre. Was jetzt geschehen sei, habe ein Momentum ausgelöst, das genutzt werden müsse. Die Bemühungen müßten bis zum letzten Tag der Amtszeit Reagans weitergeführt werden. Man müsse, wie es im deutschen Sprichwort heiße, das Eisen schmieden, solange es heiß sei. Im Moment sei das Eisen sehr heiß.

Bei START gehe es um ein Thema, wo wir als Deutsche – wie auf einem Fußballplatz – die beiden Mannschaften anfeuern könnten. Unter den Verhandlungen, an denen wir selbst beteiligt sind, seien die größten Fortschritte im chemischen Bereich festzustellen. Hier sei man an einem Punkt angelangt, wo sich die Frage stelle, ob die bisherigen Ergebnisse ausreichend seien, um die chemischen Waffen weltweit zu beseitigen. Wenn man diese Frage verneine, könne man eigentlich gar kein Abkommen schließen, denn natürlich sei die Verifikation des CW-Verbots kompliziert. Er, BM, werde eine Gelegenheit suchen,

<sup>23</sup> Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 233.

In einer Aufzeichnung des Referats 222 vom 10. September 1987 wurde dargelegt: „Knapp sechs Monate nach der ersten offiziellen Bestätigung, daß die SU über chemische Waffen (CW) verfügt, und der Ankündigung des Baus einer CW-Vernichtungsanlage (Gorbatschow-Rede in Prag vom 10.4.1987) können auf sowj[etische] Einladung über 100 ausländische Experten am 3./4.10.1987 CW-Installationen und eine Vernichtungsanlage in Schichany/Wolga besichtigen. Von deutscher Seite werden zwei AA- und ein ziviler BMVg-Vertreter teilnehmen. Die sowjetische Bereitschaft zur Offenheit im CW-Bereich hat in den letzten Monaten eine beachtliche Entwicklung erfahren und zeugt auch von dem Zugeständnis, sich an den vor allem von den USA geforderten vertrauensbildenden Maßnahmen schon vor Abschluß eines CW-Verbotsabkommens zu beteiligen. Die sowjetische Bewegung dürfte teilweise Glasnost-bestimmt sein und auch dem sowjetischen Bemühen um Fortschritte bei den CW-Verhandlungen entsprechen. Zugleich wird sie nicht unerheblich mitbestimmt sein von dem Anliegen, der amerikanischen Offenlegung von CW-Vernichtungsplänen und der Einladung in eine amerikanische CW-Vernichtungsanlage eigene Beweise konstruktiven und offenen Verhaltens entgegenzusetzen.“ Vgl. Referat 222, Bd. 162043.

Am 21. September 1987 ergänzte Referat 222: „Bei Verdachtskontrolle nunmehr volles Einverständnis der SU mit Art. 10 des ursprünglichen amerikanischen CW-Abkommensentwurfs (Anm.: Dieser sieht stringenteres Kontrollverfahren vor als z. Zt. als Verhandlungsgrundlage dienender britischer Entwurf).“ Vgl. Referat 222, Bd. 162043.

<sup>24</sup> Zum französischen Vorschlag einer Sicherheitsreserve („security stock“) bei chemischen Waffen vgl. Dok. 105.

unser elementares Interesse an einem Abschluß zum Ausdruck zu bringen. Wahrscheinlich sei Genf hierfür der geeignete Platz.

Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle seien sehr kompliziert und vielschichtig. Trotzdem sei das, was West und Ost<sup>25</sup> vorgelegt hätten, in den wichtigsten Fragen nicht weit auseinander. Als Hauptbetroffene würden wir hier unseren Schwerpunkt setzen.

Im Hinblick auf die Nuklearraketen in der Reichweite unter 500 km kenne die Sowjetunion unsere Interessen. Eine Position im Bündnis hierzu sei im Vorbereitungsstadium. Das eigentlich wichtige sei, daß nunmehr alle Aspekte der Rüstung weitgehend erfaßt würden.

Zu den Ausführungen des AM zu START erinnerte BM an die Gespräche in Moskau zum Verhältnis offensiver und defensiver Waffen. Damals habe er gesagt, daß er sich keine andere Lösung vorstellen könne als die Einigung über die Befolgung des ABM-Vertrages für eine bestimmte Zeitperiode. Wichtig sei, an alle diese Fragen im gleichen Geiste heranzugehen wie bei den INF-Verhandlungen.

Auf die Frage des AM, ob er eine Rede in Genf halten wolle, bemerkte BM, daß er eigentlich schon früher nach Genf reisen wollte. Er habe diese Reise aber verschoben, weil er nach der letzten Rede Schewardnadses in Genf<sup>26</sup> deutlich hätte entgegenhalten müssen. Die großen Ergebnisse und Entwicklungen seien ihm jedoch wichtiger erschienen. Auf die Bemerkung des AM, seine Rede habe vielleicht dazu beigetragen, gewisse Schwierigkeiten in Bonn zu überwinden, meinte BM, AM solle sich besser nicht in interne Dinge einmischen. Botschafter Stülpnagel habe in Genf unseren Standpunkt klar und in würdiger Form zum Ausdruck gebracht<sup>27</sup>, er habe ihm dafür seine Anerkennung ausgesprochen. AM bemerkte, daß auch er die Erklärung Botschafter Stülpnagels wichtig und würdig gefunden habe. BM fuhr fort, der gleiche Botschafter habe später vor der Konferenz über Abrüstung und Entwicklung die Erklärung des Bundeskanzlers vom 26.8.<sup>28</sup> darlegen können.<sup>29</sup>

<sup>25</sup> Die Warschauer-Pakt-Staaten unterbreiteten am 22. Juni 1987 in Wien Vorschläge für ein Mandat für Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa. Vgl. dazu Dok. 216, Anm. 16.

<sup>26</sup> Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 6. August 1987 vor der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. *EUROPA-ARCHIV* 1987, D 566–569 (Auszug).

<sup>27</sup> Mit nicht numerierter Fernkopie vom 6. August 1987 übermittelte die Delegation bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) den Text der Ausführungen des Botschafters von Stülpnagel vom selben Tag. In seiner Erklärung legte Stülpnagel dar: „The distinguished Minister of Foreign Affairs of the Union of Soviet Socialist Republics has put a direct question to the Representative of the Federal Republic of Germany to the Conference on Disarmament, whether his country has nuclear systems in its arsenals. The answer [...] is no. The Federal Republic of Germany is supporting the decision of the United States Government, the owners of the warheads of the Pershing Ia, not to include these warheads in the current INF negotiations. This is also the position of the North Atlantic Alliance. Since [...] the nuclear warheads of the Pershing Ia are not in the arsenals of the Federal Republic of Germany, but in the arsenals of the United States of America, my country remains in full compliance with its obligations arising from the Non-Proliferation Treaty.“ Vgl. Referat 220, Bd. 144771.

<sup>28</sup> Korrigiert aus: „24.8.“

Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

<sup>29</sup> Die VN-Konferenz über Abrüstung und Entwicklung fand vom 24. August bis 11. September 1987 in New York statt. In seiner Rede am 26. August 1987 legte Botschafter von Stülpnagel, z.Z. New York, dar: „Wenn in Genf zwischen den USA und der Sowjetunion eine Einigung über die weltweite Beseitigung aller Mittelstreckenflugkörper erreicht wird, wenn insbesondere die noch offenen Verifikations-

AM stellte fest, daß die sowjetische Führung den Gedanken und Äußerungen des BM stets große Bedeutung beimesse. Gorbatschow wolle die Rolle und Bedeutung der VN ganz allgemein erhöhen und werfe die Frage umfassender Sicherheit in den VN prinzipiell auf.

In den Gesprächen mit Shultz<sup>30</sup> sei auch über nukleare Tests gesprochen worden. Da dieses Problem jedoch nicht nur die USA und die SU betreffe, habe die sowjetische CD-Delegation in Genf auch Vorschläge für ein multilaterales Teststopp-Abkommen vorgelegt.<sup>31</sup> Diese Vorschläge ergänzten sich in einem konstruktiven Sinn mit den bilateralen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen. Ein Teststopp-Abkommen würde auch die Verifizierung von Abkommen zur nuklearen Abrüstung erleichtern. AM bat BM, sich in Genf auch für Fortschritte auf diesem Gebiet einzusetzen. Das Gespräch wandte sich dann bilateralen Fragen zu.

<sup>32</sup>AM stellte fest, die bilateralen Beziehungen hätten zwar noch keinen qualitativen Sprung gemacht, doch nähme die Quantität zu. Es gäbe interessante Einschätzungen und Äußerungen aus der Wirtschaft. Seine Kollegen stünden vor großen Projekten. In der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit laufe es nicht schlecht. Weiter sprach sich AM dafür aus, die Arbeit über den Abschluß eines Protokolls über Konsultationen voranzubringen.<sup>33</sup> Man müsse diese systematisieren. Die Arbeiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes sollten beschleunigt werden<sup>34</sup>; es gehe dabei um interessante und akute Fragen. Auch

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1352*

fragen in einer für alle Betroffenen befriedigenden Weise gelöst werden, wenn dieses INF-Abkommen zwischen den Vertragsparteien ratifiziert und in Kraft getreten ist und wenn schließlich die Vertragsparteien den vereinbarten Zeitplan für die Beseitigung ihrer Waffensysteme einhalten, für diesen Fall ist die Bundesregierung bereit, schon heute zu erklären, daß mit der endgültigen Beseitigung aller sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenflugkörper die Pershing-Ia-Raketen nicht modernisiert, sondern abgebaut werden. In diesem Zusammenhang fordert die Bundesregierung die Sowjetunion und ihre Partner auf, ihrerseits auf die laufende Modernisierung von Raketen mit einer Reichweite unterhalb von 500 km zu verzichten. Sie erwartet in besonderer Weise die Unterstützung Polens, der DDR und der Tschechoslowakei, die sich gerade in den letzten Wochen über die P[ershing] I a besorgt geäußert haben, daß sie nun auch unsere Besorgnisse im Hinblick auf die bei ihnen stationierten Scud-B-Raketen, die vor allem das Territorium der Bundesrepublik Deutschland bedrohen, ernst nehmen und diese Bedrohung abbauen.“ Vgl. Referat 223, Bd. 144824.

<sup>30</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die USA vom 15. bis 17. September 1987. Vgl. dazu Dok. 261.

<sup>31</sup> Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 9. Juni 1987 für ein umfassendes Verbot von Nuklearwaffentests vgl. Dok. 233, Anm. 9.

<sup>32</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 26 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>33</sup> Zu einem Konsultationsprotokoll zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vermerkte Vortrager der Legationsrat I. Klasse Heyken am 3. September 1987: „Dies ist ein sowjetischer, im September 1986 zuerst vorgebrachter Wunsch, dem wir uns nur zögernd genähert haben. Mandat zur Aufnahme des Gesprächs hat BM erst nach Unterredung mit K[wizinski] am 18.8. gegeben.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143532.

Am 18. September 1987 notierte Referat 213, die Bundesregierung habe zu einem Konsultationsprotokoll folgende Vorstellungen: „Wir wollen ein sachbezogenes Dokument mit einer Präambel, die auf drei wichtige Grundlagen hinweist: VN-Charta, Schlußakte und Moskauer Vertrag; wir brauchen deshalb auch keine erneute Bekräftigung des Gewaltverzichts; eine präventive Konsultationsklausel fiel uns schwer. [...] Unsere westlichen Bündnispartner haben eine präventive Konsultationsverpflichtung mit der SU auch nicht abgeschlossen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143534.

<sup>34</sup> Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit teilte dem Auswärtigen Amt am 16. Juli 1987 mit: „Im Rahmen des Besuches des Bundespräsidenten in Moskau haben BM Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse sich am 7.7.1987 übereinstimmend dafür ausgesprochen, das Umweltabkommen auf der Grundlage der Einigung der Verhandlungs-

in anderen Bereichen könnte vieles geleistet werden. Er bereite sich auf seinen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland vor. Mit Rücksicht auf „den amerikanischen Faktor“ könne er noch kein festes Datum nennen, weil das Datum für das Gipfeltreffen noch nicht festgelegt sei. Vorbehaltlich des Gipfels möchte er im Prinzip in der zweiten Novemberhälfte nach Bonn kommen.<sup>35</sup> Davor, in der zweiten Oktoberhälfte, werde Dobrynin auf Einladung der SPD in der Bundesrepublik sein. Er gehe davon aus, daß auch BM Dobrynin empfangen werde.<sup>36</sup> Bis zum November träte dann keine Unterbrechung in den Kontakten ein. Er werde jedenfalls bis zum Jahresende seinen Besuch gemacht haben.

BM hielt fest, daß der Besuch von AM noch in diesem Jahr stattfinde. Das Terminproblem des sowjetisch-amerikanischen Gipfels könne er gut verstehen. Er gehe davon aus, daß sich AM nach dem Besuch von AM Shultz in Moskau definitiv zu seinem Besuchstermin äußern könne. AM: Ja, zweifelsohne.

BM bestätigte, daß Dobrynin in Bonn auch Gesprächspartner in der Regierung finden werde. Die Vorbereitung des Besuches von AM sei unter vielen Gesichtspunkten wichtig: Es wäre wünschenswert, zu einer Veränderung der Strukturen der Wirtschaftsbeziehungen zu kommen, insbesondere im Interesse von Joint-ventures. Er habe aus der deutschen Wirtschaft Hinweise auf bestehende Probleme auf sowjetischer Seite bekommen. Dabei handle es sich nicht um Grundsatz- oder um politische Fragen. Vielmehr gehe es um organisatorische Probleme und mehr Flexibilität. Er habe dazu ein Papier fertigen lassen, das Mitarbeiter übergeben werde, und bitte, sich das anzusehen. Die Arbeiten am Umweltschutzabkommen seien klar. Dabei und in anderem Zusammenhang (Kultur) seien leider Probleme in bezug auf Berlin aufgetaucht, von denen wir glaubten, daß sie nicht aufzutreten brauchten. Diese Fragen sollten bei der Vorbereitung des Besuches gelöst werden.

AM warf ein, wir haben doch schon Präzedenzfälle in bezug auf Berlin.

BM fuhr fort, eine deutliche Zukunftsperspektive stelle sich bei der gemeinsamen Absicht, ein Protokoll über Konsultationen abzuschließen. Er habe sich die Ergebnisse der exploratorischen Gespräche angesehen. Die hierbei erreichten Annäherungen rechtfertigen es, die Mitarbeiter zu beauftragen, in förmliche Gespräche über ein solches Protokoll einzutreten und es nach Möglichkeit bis zu dem Besuch fertigzustellen.

AM nickte zustimmend. Er bereite sich sehr ernsthaft auf die Gespräche über Wirtschaftsprobleme vor. Hier gebe es aussichtsreiche Perspektiven. Es wäre

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1353*

delegationen zu finalisieren [...]. Die Vorbereitung der Unterzeichnung wird deshalb von hier aus nunmehr in Angriff genommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 909; Referat 213, Bd. 143603.

Am 30. Oktober 1987 informierte das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, „daß sowjetische Seite zur Einbeziehung der Berliner Experten in den Arbeitsplan für die ersten Jahre der Zusammenarbeit ‚neue Vorschläge‘ unterbreitet habe, die die bundesdeutsche Seite nunmehr prüfen und zu denen wir Stellung nehmen sollten. Dabei handelt es sich um den Vorschlag, alle Berliner Vertreter jeweils am Ende der Liste zu dem jeweiligen Programmpunkt aufzuführen und die Teilnehmer aus dem Bundesgebiet jeweils am Anfang zu benennen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1104; Referat 213, Bd. 143603.

<sup>35</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die Bundesrepublik vom 17. bis 19. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

<sup>36</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Sekretär des ZK der KPdSU, Dobrynin, am 12. Oktober 1987 vgl. Dok. 280.

nützlich, vor dem Besuch über die Botschafter Gedanken auszutauschen, damit die Gespräche beim Besuch spürbare Ergebnisse erbrächten.

BM erwiderte, Botschafter Meyer-Landrut habe sich in diese Fragen vertieft und auch Gespräche mit führenden Vertretern der Wirtschaft geführt. Er schlage vor, daß der Botschafter mit AM vor seinem Besuch darüber spreche. AM stimmte dem zu.

BM sprach sich dafür aus, die nächste Verhandlungsrunde über die Errichtung der Generalkonsulate in Kiew und München in Moskau zu führen<sup>37</sup> und dort letzte offene Fragen zu klären. Was die Familienzusammenführungen und Ausreisen angehe, so habe er auch öffentlich die gute Entwicklung gewürdigt.<sup>38</sup> Daneben gäbe es Härtefälle. Ein Teil der an die sowjetische Seite in Listenform übergebenen Fälle sei gelöst.<sup>39</sup> Er wäre dankbar, wenn auch die anderen Fälle gelöst werden könnten. AM sagte Prüfung zu. Er stellte die Gegenfrage, warum BM nicht die Konferenz über humanitäre Angelegenheiten in Moskau<sup>40</sup> unterstütze.

BM fragte zurück, ob hier nicht eine Verwechslung vorläge. Er habe sich dazu in seiner Wiener Rede zur Eröffnung des WFT sehr dezidiert geäußert.<sup>41</sup> Für uns stelle die Konferenz kein Problem dar, sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt seien.

Auf die Rückfrage von AM, welche Voraussetzungen BM meine, erwiderte dieser, daß er diese im einzelnen in seiner Rede dargelegt habe. Wir verlangten nicht mehr als die Einhaltung der etablierten Praxis. Er gebe keine Stellungnahme gegen Moskau.

AM wies darauf hin, daß er auch mit AM Howe und AM Andreotti sprechen würde und fragte, ob er ihnen gegenüber von dieser Stellungnahme Gebrauch machen könne. BM erwiderte, er könne sagen, den beiden Außenministern sei ja seine Wiener Rede bekannt. Da AM von der Moskauer Konferenz gesprochen

<sup>37</sup> Zu den Verhandlungen über die Errichtung von Generalkonsulaten der Bundesrepublik und der UdSSR in Kiew bzw. München vgl. Dok. 133.

<sup>38</sup> Zur Ausreise Deutschstämmiger aus der UdSSR vgl. Dok. 212, Anm. 28.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kunzmann vermerkte am 3. September 1987: „1) Die positive Entwicklung der Ausreisen Deutscher aus der Sowjetunion hat sich nach dem Besuch des Herrn Bundespräsidenten fortgesetzt. Allein im Juli sind 1583 und im August 1650 Aussiedler eingetroffen. Die Gesamtzahl für die Zeit vom 1.1. bis 31.8.87 beträgt somit 7073 Personen [...]. 2) Die sowjetischen Behörden wickeln Ausreisegesuche, auf welche die seit dem 1.1.87 gültige Ausreiseverordnung anwendbar ist (getrennte Ehegatten, Zusammenführung naher Verwandter), nunmehr zügig ab. Vorrangig werden Ausreisegenehmigungen in Altfällen erteilt, bei denen sich die Ausreisewilligen seit fünf bis zehn Jahren oder noch länger um die Ausreise bemüht hatten. Ausreisende haben in den letzten Monaten gegenüber der Botschaft in Moskau und dem Deutschen Roten Kreuz in Friedland von freundlicherer Behandlung und höflicheren Umgangsformen berichtet. Auch von Repressalien des KGB gegenüber Ausreisewilligen ist in den letzten Monaten nichts bekannt geworden. 3) In allen Fällen, in denen der Verwandtschaftsgrad nach der neuen sowjetischen Verordnung als zu weitläufig angesehen wird oder in denen gar keine verwandtschaftlichen Beziehungen vorliegen, ist die Lage allerdings unverändert schwierig.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143610.

<sup>39</sup> Zu den Härtefällen bei der gewünschten Ausreise von Deutschstämmigen aus der UdSSR vgl. Dok. 206, Anm. 23.

<sup>40</sup> Zum Vorschlag der UdSSR vom 5. November 1986 für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 225, Anm. 8.

<sup>41</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 7. November 1986 bei der KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. BULLETIN 1986, S. 1145–1148.



habe, wolle er an die von uns vorgeschlagene Wirtschaftskonferenz<sup>42</sup> erinnern. Zwischen beiden bestehe kein Junktim. (AM: Darauf habe ich gewartet.)

Als letzten Punkt des Gespräches bat BM um sowjetische Einschätzung zum Stand des Konfliktes Irak–Iran<sup>43</sup> und was nach sowjetischer Auffassung jetzt getan werden sollte.

AM erwiderte, er habe auf diese Frage keine Antwort. Die Lage sei sehr kompliziert. Er mache sich Gedanken, was man praktisch tun könnte, um die Implementierung der Resolution 598<sup>44</sup> sicherzustellen. Die einen meinten, der VN-Sicherheitsrat solle eine zweite Resolution verabschieden. Die SU habe im Prinzip nichts dagegen. Er frage sich allerdings, welche Garantien für die Implementierung der zweiten Resolution gegeben wären. Darüber mache er sich die meisten Gedanken, wann solle eine zweite Resolution erlassen werden und mit welchen Garantien. Die SU habe sehr aktiv mit Iran und Irak gesprochen. Er habe AM Velayati vorgeschlagen, sofort ein VN-Gremium zur Feststellung des Aggressors einzusetzen und diesem drei, maximal fünf Monate Zeit zu geben. Eine Befristung sei notwendig, weil das Gremium sonst endlos und fruchtlos diskutiere. Darüber hinaus sollte man sich über einige andere Fragen verständigen, um wenigstens eine vorübergehende Entspannung der Lage zu erreichen. Velayati sei darauf nicht eingegangen. Die Lage sei sehr kompliziert, insbesondere durch die Konzentration von Flugzeugträgern und anderen Kriegsschiffen im Golf. Er habe den Iran vor der Komplizierung der Lage gewarnt. Der gestrige Zwischenfall im Golf<sup>45</sup> bestätige die Richtigkeit dieser Warnung. Zunächst sei es nur um den Krieg zwischen Iran und Irak gegangen. Jetzt gehe es auch um die Lage im Golf. Das mache alles noch komplizierter. AM bat BM, seine Überlegungen darzulegen. BM: Wir fragten uns, was man nach der Resolution 598 als ersten weiteren Schritt tun könne. Es wäre illusionär zu glauben, daß der Krieg nach sieben Jahren in zwei Monaten beendet werden könne. Die einstimmige Verabschiedung der SR-Resolution 598 sei außerordentlich bedeutsam. Es sei sehr wichtig, diese Einsicht aufrechtzuerhalten. Vor allem käme es auf die Einstimmigkeit der fünf ständigen SR-Mitglieder an. Wenn es etwas gäbe, was beide Konfliktparteien beeindrucke, dann diese Einstimmigkeit. Daher obliege den fünf ständigen SR-Mitgliedern in dieser Frage eine große Verantwortung. Mit der herausgehobenen Stellung sei eine enorme Verantwortung verbunden. Nach seiner Meinung sollte das bisherige Verhalten des SR ein Beispiel für das künftige Verhalten der SR-Mitglieder sein. Er habe das auch gegenüber den beiden anderen westlichen, nicht-ständigen SR-Mitgliedern IT und JAP unterstrichen. Wir würden nichts tun, was geeignet wäre, die Einheit des SR zu untergraben. Wir hätten ein elementares Interesse an der Stabilität in der Region und sowohl gute Beziehungen zu den arabischen Staaten als auch zum Iran. Das Gefahrenpotential in der Region sei angesichts der bestehenden

<sup>42</sup> Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine Ost-West-Wirtschaftskonferenz vgl. Dok. 43, Anm. 12.

<sup>43</sup> Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 247, Anm. 11.

Vgl. ferner den Aufenthalt des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar vom 11. bis 13. September 1987 im Iran und vom 13. bis 15. September 1987 im Irak; Dok. 252, Anm. 21.

<sup>44</sup> Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

<sup>45</sup> Zum Beschuß eines iranischen Schiffes durch amerikanische Streitkräfte am 21. September 1987 im Persischen Golf vgl. Dok. 264, Anm. 3.



Gegensätze groß. Jedes Problem für sich (Golf, Libanon, Palästinenser) sei gefährlich genug. Noch schlimmer wäre es, wenn sich die Gefahren potenzierten.

AM erwiderte, die Einheit im SR könne nur beibehalten werden, wenn keine der Großmächte in den Konflikt hineingezogen werde. Genau dieses könne man aber nach dem gestrigen Zwischenfall im Golf nicht mehr ausschließen.

BM wies darauf hin, daß die Konfliktlösung noch in den Kinderschuhen stecke. In der weiteren Diskussion müsse die Einigkeit des SR sehr behutsam behandelt werden. AM stimmte dem zu, wies allerdings erneut auf den gestrigen Zwischenfall und die starke militärische Präsenz im Golf hin. BM entgegnete, wir legten keine Minen und suchten keine Minen.

AM hielt den Zwischenfall für sehr gravierend. Er meinte abschließend, der SR sollte gleichwohl seine Einheit aufrechterhalten und zum erforderlichen Zeitpunkt eine Entscheidung treffen.

In einem anschließenden Gespräch unter vier Augen sprach BM den Fall Rust an.<sup>46</sup> Er wies darauf hin, daß wir das Verfahren gegen Mathias Rust genau verfolgt hätten, und bat um wohlwollende Prüfung des von den Eltern eingereichten Gnadengesuches. AM sagte zu, sich der Sache anzunehmen und mit GS Gorbatschow darüber zu sprechen. Die Durchführung des Verfahrens sei für die sowjetische Seite notwendig gewesen.

[gez.] Richthofen

**Referat 010, Bd. 178934**

<sup>46</sup> Zum Haftfall Mathias Rust vgl. Dok. 242.

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in Berlin (West)

25. September 1987<sup>1</sup>

Gesprächsteilnehmer auf deutscher Seite: der Herr Bundeskanzler, MDg Dr. Hartmann als Note-taker, VLR I Weber als Dolmetscher.

Gesprächsteilnehmer auf britischer Seite: Premierminister Thatcher<sup>2</sup>, Herr Charles Powell als Note-taker.

Der *Bundeskanzler* eröffnet das Gespräch mit einem Dank für das Schreiben von PM Thatcher zur Frage der Nachfolge von Generalsekretär Carrington<sup>3</sup>: Er gehe davon aus, daß die Sache praktisch entschieden sei, und hoffe, daß man am Ende eine Abstimmung vermeiden könne.

PM Thatcher erwidert, sie teile diese Hoffnung, denn Herr Willoch sei ein vorzüglicher Mann und eine Abstimmungsniederlage würde ihm schaden.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er verstehe die Haltung von Willoch nicht ganz. Er habe sich heute morgen zum IDU-Präsidenten wählen lassen<sup>4</sup> und gleichzeitig erklärt, daß er an der Kandidatur für den NATO-Generalsekretär festhalte. Er hoffe, daß die Sache in einigen Wochen vorbei sei.

PM Thatcher wiederholt, Willoch sei in der Tat ein exzellenter Mann, aber BM Wörner sicherlich viel fähiger. Außerdem könne man nicht übersehen, daß Norwegen in der Sicherheitspolitik keine klare Haltung einnehme, das gelte

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 30. September 1987 gefertigt und am 1. Oktober 1987 von Ministerialdirektor Teltschik über Bundesminister Schäuble, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu vermerkte Teltschik: „Ich bitte um Weisung, ob der von Ihnen gebilligte Vermerk Herrn BM Genscher zur Kenntnis übersandt werden soll. Wenn nicht, müßte das Auswärtige Amt zumindest von Ihrer Zusage gegenüber PM Thatcher betreffend unser Stimmverhalten bei einer von Argentinien oder anderen D[ritte]W[elt]-Staaten eingebrachten Falkland/Malvinen-Resolution in Kenntnis gesetzt werden. Wir haben uns in dieser Frage bisher stets der Stimme enthalten (obwohl im vergangenen Jahr wichtige westliche Länder wie Kanada, Australien, Frankreich, Italien und Türkei erstmals für die argentinische Resolution stimmten). Ihre Zusage an Frau Thatcher, ‚in dieser Frage hilfreich zu sein‘, dürfte von dieser dahingehend ausgelegt werden, daß wir uns auch in diesem Jahr – ungeachtet des noch nicht vorliegenden genauen Wortlauts eines Resolutionsentwurfs – der Stimme enthalten.“

Hat Schäuble am 2. Oktober 1987 vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen].“

Hat Hartmann am 7. Oktober 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „AA – Hr. Vollers – entsprechend unterrichtet.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73; B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>2</sup> Premierministerin Thatcher hielt sich anlässlich der dritten Parteiführerkonferenz der Internationalen Demokratischen Union, die vom 24. bis 26. September 1987 stattfand, am 25. September 1987 in Berlin (West) auf.

<sup>3</sup> Zur Frage der Nachfolge des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington bzw. zur Kandidatur des Bundesministers Wörner vgl. Dok. 250.

<sup>4</sup> Der frühere norwegische Ministerpräsident Willoch wurde auf der dritten Parteiführerkonferenz der Internationalen Demokratischen Union vom 24. bis 26. September 1987 in Berlin (West) zum neuen Vorsitzenden gewählt.

insbesondere hinsichtlich der Stationierung von Nuklearwaffen. Andererseits werde BM Wörner ein Verlust für die Bundesregierung sein, so wie seinerzeit Lord Carrington ein Verlust für die britische Regierung gewesen sei.

PM Thatcher und der Herr Bundeskanzler tauschen sodann kurz ihre Meinung über die Präsidentschaftswahlen in Frankreich<sup>5</sup> und den Vereinigten Staaten von Amerika<sup>6</sup> aus. Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, wer nach ihrer Einschätzung demokratischer Präsidentschaftskandidat sein werde, erwidert PM *Thatcher*, der Gouverneur von Massachusetts, Dukakis, habe offenbar gute Chancen. Außerdem sei bemerkenswert, daß Jesse Jackson zur Zeit 23 % Stimmen hinter sich habe.

PM Thatcher stellt sodann die Frage, wie der Besuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik Deutschland<sup>7</sup> zu beurteilen sei. Sie habe den Eindruck gewonnen, daß Honecker hierbei gut wegkam.

Der *Bundeskanzler* erwidert, der Besuch Honeckers sei in vielerlei Hinsicht für uns ambivalent gewesen. Zunächst müsse man sehen, daß die DDR ein wichtiger Partner für die Sowjetunion sei. Das gelte vor allem für den wirtschaftlichen Bereich. Allerdings sei das persönliche Verhältnis Gorbatschows zu Honecker nicht gut. Honecker schade es offenbar, daß er nie auf einer sowjetischen Parteischule gewesen sei, sondern statt dessen in einem deutschen Zuchthaus gesessen habe. Das habe u. a. dazu geführt, daß Honecker in der Sowjetunion weniger Leute der Führungsgarnitur persönlich gekannt habe als beispielsweise Ulbricht.

Ein weiterer wichtiger Punkt sei, daß Honecker mit 75 Jahren am Ende seiner politischen Laufbahn stehe und daher etwas mehr „Freiheit“ für sich in Anspruch nehmen könne. Gleichzeitig sei Gorbatschow sehr mit seinen eigenen Problemen beschäftigt, was ihn zwingt, den anderen WP-Staaten etwas mehr Spielraum zu lassen. Schließlich wolle Honecker sein Denkmal bauen und nicht wie Ulbricht zu einer Unperson in der DDR werden.

Dennoch sei es ausgeschlossen, in prinzipiellen Fragen mit Honecker zu irgendwelchen Kompromissen zu kommen – übrigens auch nicht mit ihm als deutschem Bundeskanzler. Man habe aber über diese prinzipiellen Dinge offen gesprochen. Fortschritte gebe es in pragmatischen Fragen. Beispielsweise gebe es heute mehr „Tore durch die Mauer“. Dies sei eine der Bedingungen gewesen, die er, der Bundeskanzler, bei der Kreditgewährung vor drei Jahren<sup>8</sup> gestellt habe.

<sup>5</sup> In Frankreich wurden am 24. April bzw. 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen abgehalten.

<sup>6</sup> In den USA fanden am 8. November 1988 Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

<sup>7</sup> Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

<sup>8</sup> Am 5. Juni 1983 endeten vertrauliche Gespräche des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß und des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, über die Vergabe eines Bankenkredits in Höhe von 1 Mrd. DM, für den die Bundesregierung eine Bürgschaft übernehmen sollte. In einem Schreiben an Strauß erklärte sich der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, im Gegenzug zu humanitären Erleichterungen bereit. Vgl. dazu DzD VII/1, S. 280 f. Vgl. dazu ferner STRAUSS, Erinnerungen, S. 470–475; KOHL, Erinnerungen 1982–1990, S. 175–183; SCHALCK-GOLODKOWSKI, Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 284–303.

Am 25. Juli 1984 entschied das Kabinett, die Garantie für einen Kredit der Deutschen Bank in Höhe von 950 Mio. DM an die DDR zu übernehmen. Staatsminister Jenninger, Bundeskanzleramt, teilte

Die Zahlen sprächen für sich. 1983 seien rund 300 000–400 000 Rentner und rund 35 000 Leute, die noch nicht im Rentenalter stünden, aus der DDR herübergekommen. Für 1987 sei mit rund 1,8 Millionen Rentnern und 1,2 Millionen Leuten, die noch nicht im Rentenalter stünden, zu rechnen. Dies sei eine qualitative Veränderung, wobei festzuhalten sei, daß Honecker nicht die Gesetze geändert, sondern nur eine großzügigere Handhabung veranlaßt habe.

Hinzu komme ein weiteres: Die DM sei heute praktisch die zweite Währung in der DDR. Dies könne problematisch werden, denn damit werde faktisch eine weitere privilegierte Klasse – die der DM-Besitzer – geschaffen.

Der Besuch habe in einem Punkt eine besonders wichtige Dimension gehabt: Es sei vorher vereinbart worden, daß die Reden beider Seiten im Fernsehen übertragen und auch in den DDR-Medien abgedruckt würden. Er, der Bundeskanzler, habe in seiner Rede<sup>9</sup> alle Probleme von den Menschenrechten über die politischen Gefangenen bis zur Schandmauer beim Namen genannt. Niemand könne voraussehen, was dies letztlich für Wirkungen habe.

Für die Zukunft gehe er davon aus, daß Honecker die Öffnung noch verstärken wolle. Mit welchen Veränderungen man es zu tun habe, zeige folgende demoskopische Erhebung aus der DDR: 1983 hätten sich noch 50 % für eine eigene DDR-Staatsangehörigkeit ausgesprochen, 1987 seien es nur noch 27 % gewesen. PM Thatcher wirft ein, das sei außerordentlich interessant. Aus ihrer Sicht könne zweierlei passieren: Entweder würden immer mehr Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland kommen und dann auch jüngere Leute hier bleiben oder das Leben in der DDR werde erträglicher, weil es wegen der Reisemöglichkeiten eine Art Sicherheitsventil gebe.

Der Bundeskanzler erwidert, die zweite Alternative sei wohl richtig. Die Zahl derjenigen, die in der Bundesrepublik Deutschland blieben, sei inzwischen minimal. Dies sei natürlich für Honecker entscheidend. Allerdings müsse Honecker auch damit rechnen, daß die Verbitterung zunehme, denn die Besucher aus der DDR könnten jetzt selber feststellen, daß es ihnen schlechter gehe als den Landsleuten in der Bundesrepublik Deutschland. Vielleicht sei es aber auch so, daß sie sich mit der Lage deswegen abfänden, weil sie wüßten, daß sie einmal im Jahr in die Bundesrepublik Deutschland reisen könnten.

PM Thatcher erklärt, dies sei in der Tat ein sehr wichtiger Faktor. Es könne durchaus sein, daß Honecker in den letzten Jahren offener geworden sei. Gleichzeitig stelle sich natürlich für sie die Frage, wie sich der Nachfolger verhalten werde.

Der Bundeskanzler erwidert, er habe Honecker im Scherz geraten, noch möglichst lange im Amt zu bleiben, denn der Nachfolger müsse sich erst seine Spuren in Moskau verdienen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1359*

dazu mit, die DDR werde den Mindestumtausch für Rentner von 25 auf 15 DM senken und weitere Erleichterungen im Reiseverkehr vornehmen. Vgl. dazu den Artikel „Bonn übernimmt Garantie für neuen DDR-Kredit und gibt elf Zugeständnisse Ost-Berlins bekannt“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. Juli 1984, S. 1.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl beim Empfang des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 7. September 1987 in der Redoute in Bonn-Bad Godesberg vgl. BULLETIN 1987, S. 705–707. Für den Wortlaut vgl. ferner den Artikel „Praktische Zusammenarbeit trotz aller Gegensätze“, NEUES DEUTSCHLAND vom 8. September 1987, S. 3.

PM *Thatcher* erklärt, in der Tat sei vor allem in Ungarn und der DDR die Entwicklung interessant, weil sich dort eine gewisse Freiheit zeige. Polen sei ein anderer Fall wegen der besonderen Rolle der katholischen Kirche.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu und erklärt, die weitere Entwicklung hänge natürlich wesentlich von dem Schicksal Gorbatschows ab. Er sei in dieser Frage skeptischer als noch vor einem Jahr. Zwar hätten ihm Kádár, Schiwkow und Honecker bestätigt, daß Gorbatschow keinen Konkurrenten habe, gleichzeitig seien aber seine Schwierigkeiten gewachsen.

PM *Thatcher* erklärt, man müsse auch sehen, daß sich die Dinge im Grunde nicht änderten. Ihr sei zum Beispiel gesagt worden, daß sowjetische Manager versucht hätten, unfähige Leute rauszuwerfen. Dann sei aber die örtliche KP-Führung gekommen und hätte verlangt, daß die Leute wieder eingestellt würden.

Der *Bundeskanzler* erklärt, auch deutsche Firmen hätten bei ihrem Kontakt mit sowjetischen Kombinatn die Erfahrung gemacht, daß diese sich außerordentlich schwer täten. Es sei für sie bequemer, die Verantwortung für Mängel auf die Moskauer Zentralverwaltung zu schieben.

PM *Thatcher* erklärt, sie gehe von einer vor uns liegenden interessanten Entwicklung aus. Einerseits werde es in der Sowjetunion schwieriger, gleichzeitig machten Polen, die DDR, Bulgarien und andere immer mehr Gebrauch von „Glasnost“. Es werde nicht einfach sein, den Geist wieder in die Flasche zu bringen.

PM *Thatcher* kommt sodann auf die bevorstehende Unterzeichnung eines INF-Abkommens zu sprechen und erklärt, sie sei dem Bundeskanzler außerordentlich dankbar dafür, daß er die Pershing Ia aus diesem Abkommen ausgeschlossen habe<sup>10</sup>, denn bei der PIa handle es sich um eine „private“ Vereinbarung zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland.

Sie hoffe, daß es bei den weiteren Abrüstungsgesprächen zwischen den Sowjets und den Amerikanern nicht wieder zu Überraschungen wie seinerzeit in Reykjavik<sup>11</sup> komme. Sie habe jetzt gehört, daß AM Shultz dazu neige, einen umfassenden Atomteststopp-Vertrag mit den Sowjets auszuhandeln. Darüber mache sie sich große Sorgen, denn wenn der Westen an der nuklearen Komponente festhalten wolle, brauche er auch entsprechende Tests. Die jetzt vorliegenden zwei Abkommen über einen teilweisen Teststopp<sup>12</sup> seien in Ordnung, aber ein umfassendes Teststopp-Abkommen würde sehr schwierige Probleme aufwerfen. Sie habe offen gestanden Sorge, daß auf uns noch etwas zukomme, wovon wir derzeit nichts wüßten.

Der *Bundeskanzler* erklärt, auch er wolle Überraschungen nicht ausschließen. Im übrigen seien er und PM *Thatcher* in der Sache nicht auseinander. Es sei beispielsweise nicht zu übersehen, daß die Sowjetunion im konventionellen Bereich einfach weiterüste. Der Bundeskanzler verweist hierbei auf die Produktion von Luftlandepanzern, die eindeutig offensive Waffensysteme seien.

Man könne die Dinge heute nicht mehr umdrehen. Er hätte aber vorgezogen, wenn man mit der Abrüstung im konventionellen Bereich begonnen hätte.

<sup>10</sup> Vgl. die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987; Dok. 235.

<sup>11</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

<sup>12</sup> Zu den „Schwellenverträgen“ und zum Stand ihrer Ratifizierung vgl. Dok. 115, Anm. 5.

PM *Thatcher* stimmt dem zu. Wahrscheinlich werde Präsident Reagan noch vor seiner geplanten Begegnung mit Generalsekretär Gorbatschow<sup>13</sup> mit den NATO-Bündnispartnern zusammentreffen. Bei dieser Gelegenheit solle man ihm noch einmal offen unsere Sorgen vortragen. Sie habe die Sorge, daß Gorbatschow versuchen werde, Reagan in seinem anti-nuklearen Kurs zu bestärken.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, Gorbatschow könne bei den C-Waffen sehr viel guten Willen beweisen.

PM *Thatcher* erklärt, leider seien Abrüstungsmaßnahmen in diesem Bereich sehr schwer zu verifizieren.

Sie sei aber erfreut festzustellen, daß sie und der Bundeskanzler auf der gleichen Linie lägen.

PM *Thatcher* leitet sodann zu den EG-Fragen über und erklärt, sie habe sich mit Christophersen unterhalten und festgestellt, daß es im EG-Haushalt keine wirkliche Kontrolle gebe. Zahlungen würden ohne Rechnungen im voraus geleistet. So etwas sei im nationalen Bereich undenkbar. Ein weiteres Problem sei die Nahrungsmittelhilfe der EG an Länder der Dritten Welt. Sie habe erfahren, daß einige Lieferungen erst ein Jahr später in den Bestimmungsländern angekommen seien. Bei Empfangnahme sei die Ware natürlich verdorben gewesen. Darüber hinaus habe sie den Eindruck, daß bewußt untaugliche Nahrungsmittel für diese Hilfssendungen bereitgestellt würden. Es sei unglaublich, daß die Gemeinschaft für so etwas auch noch zahle.

Der *Bundeskanzler* erklärt, dies sei eine Angelegenheit, die man gemeinsam untersuchen solle.

PM *Thatcher* äußert Zweifel, daß es in Kopenhagen<sup>14</sup> gelingen werde, einen Durchbruch zu erzielen. Sie habe eher den Eindruck, daß die Probleme auf die deutsche Präsidentschaft<sup>15</sup> zuliefen.

PM *Thatcher* kommt sodann auf die Gemeinsame Agrarpolitik zu sprechen. Wir hätten die Entwicklung nicht mehr im Griff, die auch durch einen rasanten technologischen Fortschritt bestimmt werde. Die große Frage bleibe, wie man der Überschüsse Herr werde.

Der *Bundeskanzler* erwidert, dies sei in der Tat ein zentrales Problem. In der Tat müßten wir von der Überschußproduktion runter. Auf deutscher Seite wolle man dies teilweise durch Flächenstillegung erreichen. Dies sei ein Experiment, das nur Sinn habe, wenn die Produktion nicht durch andere Faktoren gesteigert werde. Er sei gerne bereit, BM Kiechle nach London zu schicken, damit er der britischen Seite unser Konzept erläutere.

PM *Thatcher* äußert sich pessimistisch über die Möglichkeiten einer vernünftigen Lösung.

Beide Seiten stimmen darin überein, daß die derzeitige Überproduktion auch erhebliche negative ökologische Konsequenzen hat.

<sup>13</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

<sup>14</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1987 vgl. Dok. 358.

<sup>15</sup> Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

Der *Bundeskanzler* erklärt, daß man vier oder fünf Jahre brauche, um die Probleme in den Griff zu bekommen.

PM *Thatcher* erklärt, wir müßten uns allerdings darauf gefaßt machen, daß in den nächsten Jahren auch bei Olivenöl und Tomaten – typischen südeuropäischen Erzeugnissen – gewaltige Überschüsse entstünden. Wenn es der deutschen Präsidentschaft nicht gelinge, im nächsten Jahr die Weichen zu stellen, werde lange Zeit nichts richtig laufen. Sie wolle nur feststellen, daß das britische Parlament nicht bereit sei, die nötigen Mittel für die Finanzierung dieser Überschüsse zur Verfügung zu stellen.

PM *Thatcher* stellt sodann die Frage nach der weiteren Behandlung des Problems Südafrika.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er werde seine Haltung nicht ändern.

PM *Thatcher* wirft ein, sie habe gehört, daß der niederländische Ministerpräsident Lubbers eine Grundsatzerklärung zu Südafrika anstrebe. Dies wolle sie auf keinen Fall.

Der *Bundeskanzler* erklärt, auch er wolle dies nicht.

PM *Thatcher* fährt fort, sie glaube, daß Botha sich bemühe, die Dinge in Bewegung zu bringen. Dies solle man nicht durch Erklärungen eines Europäischen Rates stören.

Der *Bundeskanzler* erklärt, vieles in diesem Bereich sei pure Heuchelei. Er gehe davon aus, daß er in Deutschland u. a. mit der protestantischen Kirche über die Südafrika-Frage erheblichen Streit bekommen werde. Dies werde ihn aber nicht davon abhalten, weiter auf der Linie von Den Haag zu bleiben.<sup>16</sup> Es sei allerdings auch nicht einfach, mit Botha die Dinge voranzubringen.

BM *Thatcher* stimmt dem zu. Wenn Botha vernünftig wäre, würde er sich beispielsweise mit Buthelezi arrangieren. Leider verstünden sich die beiden persönlich nicht.

Der *Bundeskanzler* erklärt, Buthelezi werde ihn bald aufsuchen.<sup>17</sup> Buthelezi sei über die Entwicklung sehr deprimiert.

PM *Thatcher* erklärt, Grund dafür sei, daß er mit seinem gewaltfreien Kampf keinen Erfolg habe. Botha bewege sich zu langsam. Sie empfehle daher dem Bundeskanzler, Buthelezi weiter zu ermutigen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er habe Botha auch empfohlen, den Fall Mandela<sup>18</sup> zu lösen.<sup>19</sup> Dabei sei er nicht einmal sicher, ob der ANC oder Mandela selber dies wollten.

PM *Thatcher* erklärt, andererseits sei es tödlich für Botha, wenn Mandela im Gefängnis sterbe.

<sup>16</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1986 bzw. zu den Beschlüssen über die Politik der Europäischen Gemeinschaften gegenüber Südafrika vgl. AAPD 1986, I, Dok. 181. Zur Frage von Sanktionen gegen Südafrika vgl. auch Dok. 164, Anm. 22.

<sup>17</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden der Inkatha Freedom Party, Buthelezi, am 15. Oktober 1987 vgl. Dok. 284.

<sup>18</sup> Nelson Mandela wurde am 12. Juni 1964 in Pretoria wegen Sabotage und Aufruf zum bewaffneten Umsturz zu lebenslanger Haft verurteilt.

<sup>19</sup> Ministerpräsident Botha besuchte die Bundesrepublik vom 4. bis 6. Juni 1984. Für das deutsch-südafrikanische Regierungsgespräch am 5. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, I, Dok. 162.



Der *Bundeskanzler* erklärt, er habe Botha vertraulich empfohlen, Mandela zu Weihnachten freizulassen. Denn wenn er sterbe, sei dies in der Tat eine Katastrophe.

PM *Thatcher* bittet den Bundeskanzler beim Hinausgehen, wie bisher in der Falkland-Frage<sup>20</sup> zu verfahren.

Der *Bundeskanzler* erklärt, wir würden hilfreich sein.<sup>21</sup>

PM *Thatcher* bedankt sich hierfür nachdrücklich.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73**

<sup>20</sup> Zum Falkland-Konflikt vgl. Dok. 54, Anm. 45.

Referat 330 vermerkte am 8. September 1987 zum Falkland-Konflikt: „Argentinische Haltung: Trotz Verurteilung der Gewaltanwendung durch die Militärs bleibt die Rückgewinnung der Souveränität über die Falkland/Malvinen-Inseln außenpolitische Priorität. Angestrebt wird friedliche Lösung auf dem Verhandlungswege, möglichst unter Beteiligung des VN-Generalsekretärs oder der Schutzmächte Schweiz und Brasilien. [...] Bereitschaft, Inselbewohnern Sonderstatus zu gewähren. Die von GB geforderte Erklärung über formelle Einstellung der Feindseligkeiten wird grundsätzlich abgelehnt, Verhandlungen ohne Vorbedingungen jedoch zugestanden. Kritik am militärischen Ausbau der Inseln durch GB [...]. Britische Haltung: Gespräche über Dauerlösung unter Einschluß der Souveränitätsfrage werden seit Ende 1984 kategorisch abgelehnt (früher nur ‚for the time being‘). Militärischer Ausbau der Inseln und Verkündung einer Verfassung (seit 3.10.1985 in Kraft), die den Kolonialstatus der Inseln festschreibt. Verbesserung der Beziehungen zu Argentinien durch Gespräche über die Normalisierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und über humanitäre Fragen.“ Vgl. Referat 330, Bd. 143901.

<sup>21</sup> Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), berichtete am 17. November 1987: „Mit 114 Ja-Stimmen, fünf Nein-Stimmen und 36 Enthaltungen (Vorjahr 116 Ja, vier Nein und 34 Enthaltungen) unterstützte auch in diesem Jahr eine große Mehrheit der Mitgliedstaaten die von sieben Blockfreien eingebrachte und von Brasilien eingeführte Resolution zum TOP 37: Frage der Falkland-Inseln (Malvinas). [...] Die Zwölf stimmten wie im Vorjahr. Zusammen mit uns übten Stimmenthaltung: B, DK, IRL, LUX und POR; mit Ja stimmten F, GRI, I, NL und SP.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3073; Referat 330, Bd. 143901.

Für den Wortlaut der Resolution Nr. 42/19 der VN-Generalversammlung vom 17. November 1987 vgl. RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 42. Tagung, S. 44 f.

## 270

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit**

330-504.00 CHL

25. September 1987<sup>1</sup>Über Herrn Dg33<sup>2</sup>, Herrn D3<sup>3</sup> Herrn Staatssekretär zur Unterrichtung<sup>4</sup>

Betr.: Menschenrechte in Chile;  
 hier: Colonia Dignidad (CD)<sup>5</sup>

Bezug: Weisungen vom 28.8.1987<sup>6</sup> und vom 24.9.1987;  
 Vorlage vom 10.9.1987<sup>7</sup>

## I. Sachstand

1) „Colonia Dignidad“ – ca. 400 km südlich von Santiago gelegen – wurde 1961 von Mitgliedern der „Privaten Socialen Mission e.V.“ mit Sitz in Siegburg gegründet mit dem Ziel, bedürftigen Kindern durch berufliche Ausbildung zu einem würdigen Leben zu verhelfen. Das Krankenhaus der CD ist auch der Bevölkerung zugänglich. Heute leben etwa 260 bis 300 Deutsche und etwa 20 chilenische Waisenkinder in der CD. Der Gesamtkomplex der Kolonie umfaßt land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Krankenhaus, Kirche, Schule, Wirtschafts- und Wohngebäude.

## 2) Die Vorwürfe

## a) Allgemein

In den folgenden Jahren wurden immer wieder Gerüchte laut, daß die „Private Sociale Mission e.V.“ in Wirklichkeit eine dubiose religiöse Sekte sei, die ihre Mitglieder in völliger Abhängigkeit halte. Die Mitglieder der „Colonia Dignidad“ würden zum Teil gewaltsam festgehalten und zur Arbeit gezwungen; Fluchtversuche würden mit allen Mitteln verhindert und drakonisch bestraft; einige

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heubaum konzipiert.

<sup>2</sup> Konrad von Schubert.

<sup>3</sup> Reinhard Schlagintweit.

<sup>4</sup> Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von Schubert am 25. September 1987 an Staatssekretär Sudhoff geleitet. Dazu vermerkte er: „Als Anlage wird die aufgrund Ihrer Weisung vom 24. September 1987 überarbeitete Vorlage über Colonia Dignidad vom 10.9.1987 vorgelegt.“

Hat Sudhoff am 25. September 1987 vorgelegen, der für Bundesminister Genscher handschriftlich vermerkte: „Hierzu möchte ich vortragen. Beiliegende Aufzeichnung zur ersten Information.“

Hat Genscher am 5. Oktober 1987 vorgelegen, der für Sudhoff handschriftlich vermerkte: „1) Ich werde sofort geeignete Persönlichkeiten für einen Informationsbesuch vorschlagen, die zu C[olonia] D[ignidad] reisen. 2) Chil[enischer] Botschafter ist einzubestellen, Zugang für Beauftragten der Botschaft und des AA ist sofort zu verlangen.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 330, Bd. 159188.

<sup>5</sup> Vgl. dazu auch das Gespräch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger mit Vertretern von Amnesty International am 28. August 1987; Dok. 238.

<sup>6</sup> Vortragender Legationsrat Schlichting legte am 25. August 1987 eine Aufzeichnung zur Colonia Dignidad vor. Staatssekretär Sudhoff vermerkte dazu am 28. August 1987 handschriftlich: „Ich bitte um eine chronologische Aufstellung, was die Botschaft seit wann weiß und getan hat – eigene Bemühungen vor Ort und gegenüber chilenischen Behörden und Repräsentanten etc. Hier tickt eine Zeitbombe! Die Herren Dg33 und RL330 mögen bitte intensives Aktenstudium betreiben.“ Vgl. Referat 330, Bd. 159188.

<sup>7</sup> Ministerialdirektor Schlagintweit legte Staatssekretär Sudhoff am 10. September 1987 eine Aufzeichnung über „Menschenrechte in Chile; hier: Colonia Dignidad (CD)“ vor, in der er den Sachstand darlegte und „Vorschläge für weiteres Vorgehen“ unterbreitete. Vgl. dazu Referat 330, Bd. 159188.

Mitglieder seien mit Elektroschocks und Psychopharmaka behandelt worden, weil sie gegen Anweisungen der Leitung der Kolonie, insbesondere eines Paul Schäfer, verstoßen hätten.

#### b) Berichte geflohener CD-Mitglieder

Im Februar 1966 gelang dem Jugendlichen W. Müller, im Dezember 1984 dem Ehepaar Hugo Baar und im Februar 1985 dem Ehepaar Georg und Lotti Packmor die Flucht aus der Kolonie. Deren Aufzeichnungen enthalten unglaubliche Beschreibungen der Verhältnisse in der CD. Sie ergeben das Bild einer streng autoritär geführten Gemeinschaft, deren Führungsfigur Paul Schäfer mit Stacheldraht, Hunden, Waffen, psychischem Terror, Gewalttätigkeiten, Psychopharmaka, sadistischen und teilweise abartigen Methoden Kinder, Jugendliche und Erwachsene unter seinen Willen zwingt.

Die Mitglieder der CD verfügen weder über eigene finanzielle Mittel noch über Ausweis- und Reisedokumente. Sie sind von jeglichem Außenkontakt durch ein ausgeklügeltes Überwachungssystem abgeschirmt.

Die Berichte wurden nicht an die chilenischen Behörden weitergeleitet. Botschafter Holzheimer hat den Gesamtkomplex CD indes wiederholt gegenüber General Stange angesprochen.

#### 3) Medienbeachtung und Verfahren

a) 1977 wurde in deutschen Medien (u. a. im Magazin „Stern“<sup>8</sup>) berichtet, daß die chilenische Geheimpolizei DINA im Einvernehmen mit der Leitung der Kolonie auf dem Gelände der Colonia Dignidad chilenische Regimegegner festgehalten und mißhandelt habe.

Gleichzeitig gab Amnesty International – unter der Leitung des früheren evangelischen Bischofs in Chile, Helmut Frenz – eine Broschüre heraus, in der die Colonia Dignidad als „Konzentrationslager“ und als „wichtiger Bestandteil des geheimen Unterdrückungsapparates in Chile“ geschildert wurde.<sup>9</sup>

b) Die „Private Sociale Mission e. V.“ in Siegburg erhob daraufhin beim Landgericht Bonn Klage auf Unterlassung dieser Behauptungen. Der Rechtsstreit gegen AI sowie „Gruner + Jahr“ ist nach wie vor anhängig.

Nach einem Beweisbeschluß des Landgerichts Bonn vom 22.1.1980 sollten unter Teilnahme deutscher Richter Zeugen in Chile vernommen werden und eine detaillierte Ortsbesichtigung in der CD durchgeführt werden. Das chilenische Justizministerium lehnte am 3.4.1981 eine Teilnahme ausländischer Richter an der Beweisaufnahme ebenso ab wie die Teilnahme des Gerichts Bonn an einer konsularischen Vernehmung freiwillig erscheinender deutscher Staatsangehöriger in den Diensträumen der Botschaft. Auf Ersuchen des Landgerichts Bonn vom 6.5.1982 wurde am 14.1.1985 ein von chilenischer Seite formell akzeptiertes Rechtshilfeersuchen dem chilenischen Außenministerium übergeben.<sup>10</sup> In der

<sup>8</sup> Vgl. den Artikel „Das Folterlager der Deutschen“; STERN vom 17. März 1977, S. 26–32 und S. 266.

<sup>9</sup> Vgl. AMNESTY INTERNATIONAL, Colonia Dignidad: Deutsches Mustergut in Chile – ein Folterlager der DINA, Frankfurt am Main 1977.

<sup>10</sup> Für das Schreiben der 3. Zivilkammer des Landgerichts Bonn vom 6. Mai 1982 an die Botschaft in Santiago de Chile vgl. AV Santiago de Chile, Bd. 31579.  
Botschafter Holzheimer, Santiago de Chile, berichtete am 21. Januar 1985, das betreffende Rechtshilfeersuchen sei dem chilenischen Außenministerium am 14. Januar 1985 mit der Bitte um Weiterleitung

Zwischenzeit war das Ersuchen von den chilenischen Behörden wegen fehlerhafter Übersetzung (22.10.1982) und fehlender Legalisierung durch die chilenische Botschaft (16.3.1984) zweimal zurückgereicht worden, was insgesamt zu einer nicht unerheblichen Verzögerung der Durchführung des Rechtshilfeersuchens beitrug. Die Beklagte AI hat ihrerseits erst am 26.3.1987 in Santiago die erforderlichen Schritte eingeleitet, um das Beweisverfahren einzuleiten. Offenbar hat sie das Verfahren nicht weiterverfolgt, weil sie sich über ihre Prozeßstrategie nicht schlüssig war. Nunmehr soll nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft in Bonn ein Ortstermin in der CD „unmittelbar“ bevorstehen. Die Botschaft ist angewiesen worden, die zuständigen Stellen zu ersuchen, daß ein Botschaftsvertreter als Beobachter am Ortstermin teilnehmen kann.

c) Aufgrund der Berichte der entflohenen Mitglieder der Kolonie, Packmor und Baar<sup>11</sup>, die das Auswärtige Amt dem BMJ am 17.4.1985 bzw. 26.6.1985 mit dem Anheimgeben der weiteren Veranlassung übersandt hatte, hat die Staatsanwaltschaft Bonn Ende 1985 ein Ermittlungsverfahren gegen Paul Schäfer wegen fortgesetzter Freiheitsberaubung usw. eingeleitet.

Das strafrechtliche Ermittlungsverfahren ist ausgesetzt, bis das Ergebnis des Ortstermins des Zivilprozesses der CD gegen AI und Gruner+Jahr bekannt ist.

d) Die Botschaft Santiago hat – alarmiert durch die Berichte der entflohenen Mitglieder der Kolonie – immer wieder die chilenischen Behörden befaßt:

- Februar 1968: Gespräch über das Hilfeersuchen des deutschen Staatsangehörigen Bohnau mit dem Generaldirektor der chilenischen Kriminalpolizei, „der über die Verhältnisse in der Kolonie genauestens informiert ist“.<sup>12</sup> Anregung der Kriminalpolizei, Außenministerium um Untersuchungskommission zu bitten.<sup>13</sup> In diesem Zusammenhang: Versuch des RK-Referenten<sup>14</sup>, Informationsbesuch in der CD durchzuführen. Botschaftsmitgliedern wird Zugang verwehrt.
- 15.3.1968: Weisung AA, Botschaft solle chilenische Behörden vom Hilfsersuchen Bohnaus „generell unterrichten“, sie um eingehende Untersuchung bitten.<sup>15</sup> Versuch verläuft im Sand.
- Februar 1980: Gespräch des Botschafters<sup>16</sup> mit GD des chilenischen Außenministeriums anläßlich eines kritischen „Washington-Post“-Artikels<sup>17</sup> über CD. GD äußert „wachsendes Unbehagen“ über „Abgeschlossenheit und Geheim-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1366*

an den Obersten Gerichtshof übergeben worden. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 79; AV Santiago de Chile, Bd. 31577.

<sup>11</sup> Vgl. den Bericht von Georg Packmor vom 15. März 1985 und den Bericht von Lotti Packmor vom 17. März 1985 sowie den Bericht von Hugo Baar vom 2. April 1985 einschließlich des Vermerks „Mitarbeiter und besondere Vertraute des Herrn Schäfer“, ferner die Schreiben von Hugo Baar und Waltraud Baar an Botschafter Holzheimer, Santiago de Chile, vom 6. April bzw. 25. Mai 1985; AV Santiago de Chile, Bd. 31578.

<sup>12</sup> Vgl. das Schreiben des Botschafters Salat, Santiago de Chile, vom 22. Februar 1968 an das Auswärtige Amt; AV Santiago de Chile, Bd. 31581.

<sup>13</sup> Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Auf diese Anregung ist offensichtlich nichts erfolgt!“

<sup>14</sup> Heinrich End-Panzera.

<sup>15</sup> Vgl. das Schreiben des Vortragenden Legationsrats Steinmann vom 15. März 1968 an die Botschaft in Santiago de Chile; AV Santiago de Chile, Bd. 31581.

<sup>16</sup> Heinz Dittmann.

<sup>17</sup> Vgl. den Artikel „Colonia Dignidad: Nobody Comes, Nobody Goes“; THE WASHINGTON POST vom 11. Februar 1980, S. A 1 und S. A 10.

niskrämerei“ der CD, die „allerdings viel Gutes auf sozialem Gebiet getan habe“.<sup>18</sup>

- September 1985: Mehrere Gespräche des Botschafters mit Polizeichef Stange im Zusammenhang mit der Flucht Packmors und Baars. Stange sagt zu, Behörden einzuschalten. Am 3.10.1985 erklärt General Stange Botschafter Holzheimer, daß die Bemühungen seiner Organe, Verantwortlichen in der CD strafbare Handlungen nachzuweisen, völlig vergeblich gewesen seien. Man sei auf eine Mauer des „Nichtwissens“ und Schweigens gestoßen. Nur eine Anzeige könne helfen (Bericht Nr. 1095/85 vom 3.10.1985<sup>19</sup>). Herr Baar wurde am 17.10.1985 entsprechend unterrichtet. Eine Anzeige bei den chilenischen Behörden ist nicht erfolgt, weil Herr Baar negative Auswirkungen auf seine noch in der Kolonie lebenden Kinder befürchtete. BM Justiz erhielt am 15.10.1985 Doppel des Botschaftsberichts mit der Bitte um weitere Veranlassung. Daß diese Bemühungen ergebnislos blieben, kann nur durch das gute Verhältnis zwischen CD und der Staatsführung erklärt werden. Frau Packmor berichtete, die Frau des Staatspräsidenten<sup>20</sup> habe eine Elementarschule der CD eröffnet. Ob die – auch in VN-Dokumenten auftauchende und auch aufgrund der Aussagen von Frau Packmor nicht auszuschließende – Behauptung, in CD seien chilenische Regimegegner von der Geheimpolizei gefoltert worden, zutrifft, läßt sich nicht nachprüfen.

e) Bereits im April 1968 waren die chilenischen Behörden von der Botschaft darüber in Kenntnis gesetzt worden, daß Angehörige der Kolonie am Verlassen des Grundstücks gehindert wurden. Die Behörden wurden um Polizeischutz für diejenigen Angehörigen gebeten, die die Kolonie verlassen wollten.

f) Seit Mai 1987 läuft auf Initiative der Botschaft ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Münster gegen Unbekannt wegen des Verdachts des Betrugs und der Urkundenfälschung betreffend die Person des CD-Mitglieds Nathaniel Bohnau.

#### 4) Kontakte der Botschaft zur CD und Versuch der Einführung eines Konsularsprechtages

a) Die Beziehungen zwischen Botschaft und CD waren von Anfang an gespannt. Sie beschränkten sich auf ein Minimum konsularischer Tätigkeit; vor allem unterstützte die Botschaft alle diejenigen, denen es gelang, aus CD zu fliehen:

<sup>18</sup> Botschafter Dittmann, Santiago de Chile, berichtete am 29. Februar 1980: „Politischer Generaldirektor Außenministerium sprach mich auf Artikel über Colonia Dignidad von Charles Krause in Washington Post vom 11.2. an. Er ließ durchblicken, daß chilenische Regierung die Aktivitäten, vor allem jedoch die Abgeschlossenheit und Geheimniskrämerei der Colonia Dignidad mit wachsendem Unbehagen betrachte. [...] Colonia Dignidad habe zweifellos auch viel Gutes auf sozialem Gebiet getan, insbesondere durch das Krankenhaus. Die Abgeschlossenheit, mit der sich die Kolonie umgebe und die an Klöster erinnere, mache jedoch Sorgen. Hinzu komme die Publizität im Ausland, die für das ‚Image‘ Chiles abträglich sei. Auf seine Frage sagte ich, daß die Botschaft im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse die in der Colonia Dignidad lebenden Deutschen wie jeden anderen in Chile ansässigen Deutschen behandle, daß ich im übrigen keine Beziehungen zur Colonia Dignidad unterhalte und es auch nicht meine Absicht sei, solche aufzunehmen. Ich wolle vermeiden, daß versucht werde, die Botschaft für oder gegen die Colonia Dignidad auszuspielen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 29; AV Santiago de Chile, Bd. 31579.

<sup>19</sup> Für den Schriftbericht des Botschafters Holzheimer, Santiago de Chile, vgl. Referat 010, Bd. 178920.

<sup>20</sup> Lucía Hiriart de Pinochet.

- 1966 W. Müller,
- 1968 Kuhn,
- 1984 Ehepaar Hugo Baar,
- 1985 Ehepaar Packmor.

Verschiedene Versuche, sich durch Augenschein ein Bild der Verhältnisse zu machen, scheiterten.

Botschafter Holzheimer gab darüber hinaus am 27.3.1985 strikte Weisung an alle Botschaftsmitglieder, von jeglicher außerdienstlicher Beziehung mit Vertretern der Colonia Dignidad Abstand zu nehmen.<sup>21</sup> (Ein Angehöriger des mittleren Dienstes hatte zu Hause landwirtschaftliche Produkte von CD erworben.)

b) Die konsularische Betreuung der deutschen Staatsangehörigen in der CD erstreckt sich im wesentlichen auf Paßverlängerungen, Rentenauszahlungen und Lebensbescheinigungen. Sie wurden bis in das Jahr 1986 im Sammelverfahren über einen Beauftragten der CD in der Botschaft abgewickelt, ein Geschäftsablauf, der sich bei der Ablegenheit der Kolonie als der praktikabelste erwiesen hatte. Ein solches Vorgehen ist bei der konsularischen Betreuung deutscher Gruppen im Ausland (z.B. Mennoniten in Uruguay, Paraguay und Emigrantengruppen in New York) nicht unüblich. Aufgrund Erlaß vom 19.12.1985<sup>22</sup> werden Pässe von Angehörigen der CD allerdings nur noch nach persönlicher Vorsprache in der Botschaft verlängert. Die Botschaft hatte sich bereits in den 70er Jahren bereit gefunden, vereinzelte Konsulartage in der Kolonie abzuhalten. Seit Frühjahr 1985 bemühte sie sich im Hinblick auf die erhobenen Vorwürfe, einen Konsularsprechtage in der Colonia Dignidad durchzuführen und fest zu etablieren. Sie wollte damit unzufriedenen Mitgliedern von CD die Möglichkeit eines Gesprächs eröffnen.

Das erste diesbezügliche Schreiben der Botschaft datiert vom 29.3.1985. Wie die Botschaft mitteilt, hat sie sich in vier weiteren Schreiben an den CD-Präsidenten (30.4.1985, 10.10.1985, 27.8.1986 und 29.1.1987) und in drei Gesprächen mit der CD-Leitung im April und Mai 1985 sowie im November 1986 um die Einführung eines Konsularsprechtages bemüht. Die Leitung der Colonia hat zunächst ausweichend, dann dilatorisch und anschließend überhaupt nicht mehr auf das Anliegen, einen Konsularsprechtage durchzuführen, reagiert.

Ein auf den 18.2.1987 angesetzter Konsularsprechtage, den die Botschaft mit Hinweis auf das teilweise hohe Rentenalter der Mitglieder von CD und die weite Reise nach Santiago angeboten hatte, wurde von der Leitung der CD verhindert und Beamten der Botschaft das Betreten von CD verweigert. Um der Botschaft dennoch Gelegenheit zu verschaffen, mit einzelnen Mitgliedern der CD einen unüberwachten Kontakt aufzunehmen, wird sie in Zukunft (Bericht Nr. 223/87 vom 9.3.1987<sup>23</sup>) alle konsularischen Amtshandlungen ausschließlich in der

<sup>21</sup> Vgl. den Schriftbericht Nr. 352 des Botschafters Holzheimer, Santiago de Chile, vom 27. März 1985; AV Santiago de Chile, Bd. 31577.

<sup>22</sup> Korrigiert aus: „19.2.1985“.

Legationsrat I. Klasse Krapp teilte der Botschaft in Santiago de Chile am 19. Dezember 1985 mit: „Die Botschaft wird gebeten, die Pässe der in der Colonia Dignidad wohnenden Deutschen nur nach persönlicher Vorsprache in der Botschaft zu verlängern.“ Vgl. AV Santiago de Chile, Bd. 31577.

<sup>23</sup> Für Auszüge aus dem Schriftbericht vgl. Dok. 238, Anm. 5.

Botschaft vornehmen, wenn die betreffende Person persönlich in der Botschaft vorspricht; sie wird keine Sammelvollmachten mehr akzeptieren und bei Paß-Neuausstellungen und Paß-Verlängerungen unter Umständen kürzere Fristen (statt fünf etwa zwei oder drei Jahre) anordnen.

Seit Einführung dieser Änderung in der konsularischen Behandlung haben CD-Mitglieder bislang ihre abgelaufenen Reisepässe noch nicht verlängert. Mehrere Rentenempfänger sind bisher der wiederholten Aufforderung, ihre Lebensbescheinigungen persönlich bei der Botschaft bestätigen zu lassen, ebenfalls nicht nachgekommen.

## II. Vorschläge für weiteres Vorgehen

1) Der WDR hat in einer Regionalfernsehsendung im August 1987 über CD berichtet und einen Journalisten (Herrn Gemballa) nach Chile entsandt, um weitere Einzelheiten in Erfahrung zu bringen.<sup>24</sup> Herr Gemballa ist inzwischen aus Chile zurückgekehrt und bereitet einen Beitrag vor, in welchem die Verhältnisse in und um Colonia Dignidad im Zusammenhang mit dem Interesse an Menschenrechtsfragen in Chile erneut in die Medien gelangen werden.<sup>25</sup> Mit einer öffentlichen Diskussion des Themas muß gerechnet werden. Es ist auch nicht auszuschließen, daß dem AA und der Botschaft Santiago (zu Unrecht) vorgeworfen werden wird, zu lange untätig geblieben zu sein und trotz der Berichte der geflüchteten Packmor, Baar, Kuhn, des Stern-Berichts und der Hinweise von Amnesty International zu wenig unternommen zu haben.

Es gibt Äußerungen von BM Blüm, daß auch er daran denkt, das Thema aufzugreifen, nachdem er sich während seines Besuchs in Chile Ende Juli 1987<sup>26</sup> persönlich für die Angelegenheit Colonia Dignidad interessiert hat.

2) Solchen Vorwürfen könnte wie folgt begegnet werden:

a) Vorwürfe im Hinblick auf „mangelnde konsularische Betreuung“: Wir halten nach Kenntnis der Vorwürfe und der Ablehnung eines Konsularsprechtages durch CD-Leitung eine Einzelfallbehandlung in den Räumlichkeiten der Botschaft für die geeignete konsularische Betreuung der CD-Angehörigen. Hierdurch wird den einzelnen deutschen Mitgliedern der Kolonie zumindest die Möglichkeit einer ungestörten und unüberwachten Kontaktaufnahme mit der deutschen Botschaft eröffnet und einer der Leitung der Kolonie vorgeworfenen Bevormundung und Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Angehörigen entgegengewirkt. Nach unserer Auffassung trägt diese Regelung den Interessen der einzelnen deutschen Staatsangehörigen in der CD am besten Rechnung. Nichtsdestoweniger bestehen wir aber weiter auf einem Konsularsprechtage in oder in der Nähe der CD.

<sup>24</sup> Zum Aufenthalt des Journalisten Gemballa in Chile vgl. Dok. 238, Anm. 6.

<sup>25</sup> Vgl. Gero GEMBALLA, „Colonia Dignidad“. Ein deutsches Lager in Chile, Reinbek bei Hamburg 1988.

<sup>26</sup> Bundesminister Blüm besuchte Chile vom 23. bis 26. Juli 1987. Botschaftsrat I. Klasse Spohn, Santiago de Chile, berichtete am 23. Juli 1987 über das Besuchsprogramm am ersten Tag von Blüms Aufenthalt. Dieser habe u. a. ein Gespräch mit der Leitung der chilenischen Menschenrechtskommission geführt: „Die MRK schilderte zunächst ihre Struktur (im ganzen Land ca. 2500 freiwillige Mitarbeiter) und Arbeitsweise (Unterstützung für politisch Verfolgte, Dokumentation, Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation mit internationalen Institutionen, insbes[ondere] VN-MRK). Nach Darstellung der Folterpraktiken [...] und des Zwangsexils betonte die MRK die ‚institutionellen Strukturen‘ der Menschenrechtsverletzungen.“ Vor Pressevertretern der Bundesrepublik und Chiles habe Blüm anschließend „seine Sympathien für die Arbeit der MRK, die Bedeutung der Menschenrechte und sein Engagement für sie gerade auch in Chile deutlich“ gemacht. Vgl. den Drahtbericht Nr. 231; Referat 231, Bd. 148155.



b) Vorwürfe hinsichtlich einer „Verschleppung der Verfahren“: AA und Botschaft haben ausweislich der Aktenlage die deutschen zuständigen Gerichte von Anfang an zügig unterstützt, alles Notwendige veranlaßt und stehen in der Angelegenheit in ständigem Kontakt mit den zuständigen chilenischen Behörden. Die Dauer der Erledigung des Rechtshilfeersuchens wegen fehlerhafter Übersetzung und fehlender Legalisierung durch die deutschen Justizbehörden kann dem AA nicht angelastet werden. Im übrigen hat erst zu einem späten Zeitpunkt, nämlich erst am 26. März 1987, AI durch ihre Anwälte, darunter den Vizepräsidenten der chilenischen Unabhängigen Menschenrechtskommission<sup>27</sup>, in Santiago die ihrerseits erforderlichen Schritte zur Einleitung des Beweisverfahrens unternommen. Ein aktives Betreiben der Beweisaufnahme durch die Beklagte AI ist in Chile erforderlich, da die dortigen Gerichte nur auf Antrag der Parteien und nicht von Amts wegen tätig werden. Nach den uns vorliegenden Informationen soll die Durchführung der Beweisaufnahme in der CD nunmehr kurz bevorstehen. Die Ergebnisse der Beweisaufnahme durch Zeugenvernehmung und Ortstermin sind für die weitere Behandlung der Angelegenheit Colonia Dignidad naturgemäß von größter Bedeutung.

3) Vorschlag für weiteres Vorgehen

a) Die Botschaft Santiago sollte angewiesen werden, die zuständigen chilenischen Behörden erneut nachdrücklich zu ersuchen, das Rechtshilfeersuchen mit den Ermittlungen in der Colonia Dignidad insbesondere gegen Paul Schäfer auch im eigenen Interesse zu beschleunigen.

b) Unabhängig von dem Versuch einer Beschleunigung des laufenden Rechtshilfeverfahrens sollte die chilenische Regierung zur Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission<sup>28</sup> aufgefordert werden. Diese sollte den Auftrag erhalten, die Verhältnisse in der Kolonie aufzuklären.

c) Die Botschaft sollte weiter auf der Abhaltung von Konsularsprechtagen in der Kolonie bestehen.

D 5<sup>29</sup> hat mitgezeichnet.

gez. Schlagintweit

**Referat 330, Bd. 159188**

<sup>27</sup> Luis Ortiz Quiroga.

<sup>28</sup> Zu den Wörtern „internationalen Untersuchungskommission“ vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „oder einer nationalen mit ausländ[ischen] Beobachtern“.

<sup>29</sup> Jürgen Oesterhelt.

## Deutsch-italienisches Regierungsgespräch

28. September 1987<sup>1</sup>

Arbeitsbesuch des italienischen Ministerpräsidenten Gorla am Montag, den 28. September 1987, in Bonn;

hier: a) Gespräch zwischen dem Herrn Bundeskanzler und MP Gorla von 11.10 Uhr bis 12.45 Uhr; b) Gespräch im erweiterten Kreis mit Teilnahme von AM Andreotti und BM Genscher von 12.45 Uhr bis 14.00 Uhr

Der *Bundeskanzler* heißt MP Gorla in Bonn herzlich willkommen und weist darauf hin, daß die Entwicklung in Italien für uns von großer Bedeutung sei. Wenn er, der Bundeskanzler, daher in irgendeiner Sache hilfreich sein könne, so solle MP Gorla ihn das wissen lassen.

Der Bundeskanzler schildert zunächst die Lage in der Bundesrepublik Deutschland. Die Wirtschaftsdaten seien optimal. Allerdings nähmen die Leute es als selbstverständlich hin, daß wir bereits im vierten Jahr so gut wie keine Inflationsrate hätten. Der Anstieg der Mieten sei der niedrigste seit 1949. Die jetzige Bundesregierung habe bisher über 700 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Für 1988 werde eine Wachstumsrate von 2 % vorausgesagt. Die statistischen Daten über die Arbeitslosigkeit spiegelten – wie auch in anderen Ländern – die wahre Lage nicht wider. Die Zahl der echten Arbeitslosen läge zwischen 5,5 % und 6 % und nicht bei 8,3 %, wie die Statistik ausweise. Man könne davon ausgehen, daß zwischen 500 000 und 600 000 statistische Arbeitslose entweder gar nicht arbeiten wollten oder schwarz arbeiteten.

Daneben gebe es allerdings auch schwierige Probleme in den Bereichen Werften, Stahl, Kohle und beispielsweise in der Schuhindustrie.

Das größte innenpolitische Problem sei die Landwirtschaft. Hier mache sich eine teilweise radikale Stimmung breit. Die Bauern hätten durch Stimmenthaltung bei Landtagswahlen vor allem der CDU eine Schlappe beigebracht.<sup>2</sup> In diesem Bereich seien daher Anstrengungen erforderlich, allerdings lasse sich eine über 15 Jahre betriebene Politik der Überproduktion nicht einfach von heute auf morgen abstellen. Ein weiteres Problem bestehe darin, daß wieder mehr Frauen auf den Arbeitsmarkt drängten, die unter der früheren Regierung die Suche nach

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 29. September 1987 gefertigt und am 30. September 1987 von Ministerialdirektor Teltschik über Bundesminister Schäuble, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu vermerkte Teltschik: „Ich bitte um Weisung, ob der von Ihnen gebilligte Vermerk Herrn BM Genscher zur persönlichen Kenntnissnahme überlassen werden kann (gegebenenfalls auch nur der Teil, der das Gespräch im erweiterten Kreis abdeckt).“

Hat Schäuble vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „[In] O[rdnung].“ Zur Frage einer Weiterleitung an Bundesminister Genscher hob Kohl den Passus „gegebenenfalls ... abdeckt“ hervor und vermerkte handschriftlich: „Ja.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100(56), Bd. 73; B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>2</sup> Am 13. September 1987 fanden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Wahlen zur Bremer Bürgerschaft statt. Vgl. dazu Dok. 246, Anm. 3.

einem Arbeitsplatz bereits aufgegeben hatten. Daher komme es darauf an, mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit ernst zu machen.

Insgesamt seien aber die Erfolge der Aufräumarbeit dieser Bundesregierung deutlich spürbar. Das erlaube uns, u. a. in diesem Jahr rund 55 Mrd. DM in die Forschung zu investieren, die ein existentieller Bereich sei.

Der Bundeskanzler geht sodann kurz auf die innenpolitische Diskussion der letzten Wochen ein und erklärt abschließend, jetzt gelte es, vor allem drei große Probleme zu lösen:

- Zunächst die Steuerreform. Zwischen 1986 und 1990 würden brutto insgesamt rund 50 Mrd. DM Steuern gesenkt<sup>3</sup>; dies sei auch ein Beitrag zur internationalen Entwicklung.
- Sodann werde man versuchen, die explosiv angestiegenen Gesundheitskosten wieder in den Griff zu bekommen; die Steuersenkung nütze wenig, wenn es nicht gelinge, die Lohnnebenkosten zu reduzieren;
- Im Dezember schließlich wolle man die Diskussion über die Rentenreform beginnen; die derzeitige Rentenformel stimme so nicht mehr; die Bundesrepublik Deutschland habe die niedrigste Geburtenrate der Welt; die Alterspyramide stehe praktisch auf dem Kopf. (Beispiel: 1950 habe es 180 000 Menschen über 80 Jahre gegeben, in diesem Jahr über zwei Millionen!)

MP *Goria* dankt dem Bundeskanzler für diese Darstellung. Das Angebot zu einer engen Zusammenarbeit nehme er gerne an. MP *Goria* schildert sodann die innenpolitische Entwicklung in Italien. Die wirtschaftlichen Daten für 1986 und 1987 seien sehr günstig. In diesem Jahr erwarte man ein Wachstum von über 3%. Allerdings werfe die starke Binnennachfrage auch gewisse Probleme auf. Auch sei es schwierig, die Erwartungen der Italiener unter Kontrolle zu halten. Sie übersähen, daß Italien eben nicht soviel öffentliche Mittel zur Verfügung habe wie andere europäische Länder.

Ein weiteres Problem bestehe darin, daß in Italien traditionell zu wenig Steuern bezahlt würden und diese zugleich ungerecht verteilt seien. Hier werde er versuchen, eine Umschichtung vorzunehmen. Im Gesundheitswesen und bei der Rentenversicherung stehe man vor ähnlichen Problemen wie die Bundesrepublik Deutschland. Aber insgesamt sei die Lage zufriedenstellend. Zwar habe man hinsichtlich der Inflation nicht so viele Erfolge vorzuweisen wie die Bundesrepublik Deutschland, aber immerhin habe er als Finanzminister bei einer Inflationsrate von 19% angefangen. Jetzt liege die Inflationsrate zwischen 4% und 5%.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, dies sei eine gewaltige Leistung.

MP *Goria* fährt fort, bei der Arbeitslosigkeit gebe es ähnlich wie in Deutschland einen großen Unterschied zwischen Statistik und Realität. Auch gebe es das Sonderproblem Süditalien sowie sektorale Schwierigkeiten bei Werften, Stahl und einigen anderen Industrien.

Die politische Lage aber sei eher instabil. Die Sozialistische Partei (PSI) habe in den letzten Jahren den Ehrgeiz entwickelt, die Mitte im politischen System zu

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Steuersenkungsgesetzes 1986/1988 vom 26. Juni 1985 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 1153–1242.

Für den Wortlaut des Steuersenkungs-Erweiterungsgesetzes 1988 vom 14. Juli 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil I, S. 1629–1670.

besetzen, die gleichzeitig von der Democrazia Cristiana beansprucht werde. Sie bemühe sich folglich, rechts und links Stimmen zu gewinnen. In diese Taktik passe, daß die Sozialisten nicht bereit gewesen seien, sich mit der DC auf eine längere Regierungszeit festzulegen. Dies bedeute ein Element der Instabilität.

Auf die Frage, wieso es der PSI gelungen sei, sich in den jüngsten Wahlen<sup>4</sup> so gut zu behaupten, gebe es zwei mögliche Antworten: Entweder stelle sie sich tatsächlich als die modernere und aktivere Partei dar, oder die dreieinhalb Jahre an der Regierung hätten ihr 2–3% mehr Stimmen gebracht. Welche These wirklich stimme, sei nur durch Wahlen zu beweisen.

Er befinde sich auch insofern in einer besonderen Lage, als er die Probleme innerhalb der Regierung ausdiskutieren müsse und es nicht den Parteien überlassen könne, eine Einigung herbeizuführen. Er sehe sich der doppelten Aufgabe gegenüber, einerseits die Zusammenarbeit zwischen DC und PSI möglichst offen zu gestalten, und gleichzeitig sicherzustellen, daß die PSI daraus keine einseitigen Vorteile ziehe. Das alles erfordere gute Arbeit. Inzwischen könne er sagen, daß die Partei (DC) voll hinter der Regierung stehe, was zu Anfang nicht selbstverständlich gewesen sei.

MP Gorla geht sodann kurz auf die interne Lage der DC ein. Es zeichne sich die Gefahr ab, daß man erneut über die Führung – und auch die Organisation – der Partei streite. Allerdings gelte auch hier, daß diesen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit größeres Gewicht beigemessen werde, als ihnen in Wirklichkeit zukomme.

MP Gorla weist abschließend darauf hin, daß es für die Sozialisten derzeit keine linke Alternative gebe. Dies gelte zunächst zahlenmäßig, bedeute aber auch, daß die PSI die politische Linie zur Zeit nicht in Frage stelle.

Der *Bundeskanzler* erklärt, die Analyse der innenpolitischen Lage in Italien interessiere ihn sehr. Die Entwicklung sei für uns auch wichtig im Hinblick auf die europäischen Fragen, insbesondere im Hinblick auf die Verwirklichung des Binnenmarktes. Man gehe schon jetzt davon aus, daß es entscheidend auf die deutsche Präsidentschaft in der ersten Hälfte 1988 ankomme. In dieser Perspektive lege er allergrößten Wert auf enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit den italienischen Freunden.

MP Gorla wiederholt seine Bereitschaft zu einer solchen Zusammenarbeit und greift die Anregung des Bundeskanzlers auf, möglicherweise auftauchende Probleme durch ein Zusammentreffen der persönlichen Mitarbeiter zu regeln.

MP Gorla wirft die Frage der nächsten deutsch-italienischen Konsultationen auf.

Der *Bundeskanzler* hält einen Termin zu Beginn der deutschen Präsidentschaft für sinnvoll. Beide Seiten einigen sich prinzipiell darauf, einen Termin in der zweiten Januarhälfte 1988 – in Italien – ins Auge zu fassen.<sup>5</sup> Eine konkrete Vereinbarung sollen MD Teltschik und Herr Fontana Giusti treffen.

<sup>4</sup> In Italien fanden am 14./15. Juni 1987 Parlamentswahlen statt, bei denen die Sozialistische Partei 14,2% der abgegebenen gültigen Stimmen erreichte. Am 29. Juli 1987 wurde eine neue Regierung unter Ministerpräsident Gorla (Democrazia Cristiana) gebildet. Zuvor hatte von August 1983 bis April 1987 Bettino Craxi (Partito Socialista Italiano) das Amt des Regierungschefs inne.

<sup>5</sup> Das nächste deutsch-italienische Regierungsgespräch fand am 12. Mai 1988 in Rom statt.

Der Bundeskanzler dankt MP Gorla für die Unterstützung der Kandidatur von BM Wörner für den Posten des NATO-Generalsekretärs.<sup>6</sup>

MP Gorla erklärt, seine Regierung habe diese Kandidatur aus voller Überzeugung unterstützt. Dabei habe nicht nur die Persönlichkeit von BM Wörner, sondern auch die klare Haltung der Bundesregierung in der Frage der Pershing Ia eine Rolle gespielt. Er habe dies auch gegenüber verschiedenen anderen Gesprächspartnern, zuletzt VP Bush<sup>7</sup>, erläutert.

MP Gorla spricht kurz die Lage in Spanien an und erklärt, er habe Nachrichten, wonach sich eine Gruppe von Politikern mit der Absicht trage, eine Partei mit dem Namen „Christliche Demokraten“ zu gründen, die auch von Kreisen der Kirche unterstützt werden solle.

Der Bundeskanzler erwidert, er wolle angesichts der Erfahrungen, die er in Spanien gemacht habe, die Entwicklung zunächst einmal abwarten.

Der Bundeskanzler weist sodann darauf hin, daß die Firma Siemens zur Zeit mit dem Fernmeldekonzern Telit in Verhandlungen über eine enge Zusammenarbeit stehe. Dies werde von ihm sehr begrüßt.

MP Gorla erwidert, er teile diesen Wunsch, auch wenn die Regierung in dieser Frage auf die Unabhängigkeit des Unternehmens Rücksicht nehmen müsse.

MP Gorla kommt sodann auf das INF-Abkommen zwischen den USA und der SU zu sprechen. Hier stünden wir einerseits vor der Notwendigkeit, daß Europa seine Rolle in der veränderten Lage stärker zur Geltung bringen müsse. Andererseits dürfe man nicht den Eindruck erwecken, daß man damit einem Disengagement der Amerikaner Vorschub leiste.

Der Bundeskanzler erklärt sich mit dieser Feststellung voll einverstanden.

MP Gorla fügt hinzu, es gebe in den USA starke Tendenzen zum Isolationismus, vor allem in der Republikanischen Partei. Unter keinen Umständen dürfe daher der Eindruck entstehen, daß man in Europa auch ohne die Vereinigten Staaten auskommen könne.

Der Bundeskanzler wiederholt, er stimme mit dieser Analyse voll überein. Seine Formel sei immer die gewesen, daß die USA durch nichts zu ersetzen seien, aber gleichzeitig sei auch die Verstärkung europäischer Anstrengungen durch nichts zu ersetzen. Es gebe in diesem Punkt kein Entweder-oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch.

Dies bedeute für uns, daß wir auch mehr Pflichten übernehmen müßten.

Der Bundeskanzler kommt in diesem Zusammenhang auf die Golf-Problematik zu sprechen. Die Bundesregierung sei bereit, die Amerikaner im Atlantik zu entlasten, aber sie sei auch bereit, eine Entlastung im Mittelmeer vorzunehmen, falls Italien damit einverstanden sei.

MP Gorla erwidert, zunächst wolle er feststellen, daß deutsche Schiffe die eines befreundeten Landes seien. Er werde aber gerne über die Problematik noch nachdenken und alle in Frage kommenden Aspekte prüfen.

<sup>6</sup> Zur Frage der Nachfolge des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington bzw. zur Kandidatur des Bundesministers Wörner vgl. Dok. 250.

<sup>7</sup> Der amerikanische Vizepräsident Bush besuchte Italien am 25. September 1987.

Der *Bundeskanzler* bittet MP *Goria* abschließend um eine kurze schriftliche Mitteilung über das Ergebnis, und zwar möglichst bald, da er über die Angelegenheit im Oktober entscheiden müsse.<sup>8</sup> MP *Goria* sagt dies zu.

Das Gespräch wird bei dem nun folgenden Mittagessen in Anwesenheit von AM *Andreotti* und BM *Genscher* fortgesetzt.

Der *Bundeskanzler* spricht zunächst die Entwicklung in der Sowjetunion an. Gorbatschow sei bemüht, seinen Kurs durchzusetzen, aber er habe den Eindruck, daß die Schwierigkeiten für ihn zunähmen. Dabei stütze er sich auf entsprechende Aussagen von Honecker, Kádár und Schiwkow. Gorbatschow sehe sich zwar keiner organisierten Opposition gegenüber, aber die Führungsschicht insgesamt stelle ihn vor große Probleme. Wie schwierig die Durchsetzung der Reformen sei, zeige sich auch an der Zusammenarbeit zwischen deutschen Unternehmen und sowjetischen Kombinat.

Ein Aspekt der Entwicklung sei, daß die anderen Warschauer-Pakt-Staaten etwas mehr Spielraum gewonnen hätten. Bei der DDR käme hinzu, daß sie Nr. 1 in der Wirtschaft sei. Das werfe allerdings auch Probleme für das Verhältnis von Gorbatschow und Honecker auf.

Sein fester Eindruck sei, daß Gorbatschow ein INF-Abkommen mit Reagan wolle. Selbstverständlich würde dies von uns unterstützt. Gleichzeitig sei aber für uns wichtig, daß auch die anderen Probleme (C-Waffen, konventionelle Waffen, Kurzstreckenraketen) auf dem Tisch blieben. Die Kurzstreckenraketen seien vor allem auf die Bundesrepublik Deutschland – zu einem Teil auch auf unsere unmittelbaren Nachbarn – gerichtet und stellten daher ein besonderes Problem dar. Er habe hierüber vor wenigen Tagen mit PM Thatcher gesprochen<sup>9</sup> und wenig Verständnis für unsere Lage gefunden. Besonders wichtig sei auch der konventionelle Bereich. Hier gebe es keine Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion die Modernisierung ihres Gerätes stoppe, im Gegenteil: Die Modernisierung werde zügig fortgesetzt und damit die Angriffsfähigkeit gesteigert.

Der *Bundeskanzler* geht sodann auf den Besuch von Generalsekretär Honecker<sup>10</sup> ein und erklärt, Honecker sei es vor allem darum gegangen, sein eigenes Image zu verbessern. Er wolle nicht wie Ulbricht zur Unperson werden, sondern vielmehr als eine Art Landesvater in die Geschichte eingehen.

Dies alles ändere nichts an den Gegensätzen in den Grundsatzfragen. Praktisch sei aber vieles in Bewegung gekommen. Der *Bundeskanzler* weist auf die hohe Zahl der Ausreiseanträge – 400 000 – hin und erklärt, auch wenn man nicht Mauer und Stacheldraht beseitigen könne, so sei es doch gelungen, mehr „Tore“ einzulassen. Der *Bundeskanzler* weist auf die hohe Zahl der Reisenden aus der DDR in diesem Jahr (zwei Millionen Rentner, ca. eine Million Menschen, die noch nicht im Rentenalter stehen) und die damit verbundenen Auswirkungen auf das politische Klima hin.

<sup>8</sup> Zur Entsendung von Schiffen der Bundesmarine in das Mittelmeer vgl. Dok. 279.

<sup>9</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher am 25. September 1987 in Berlin (West) vgl. Dok. 269.

<sup>10</sup> Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

Dabei habe man es mit einer Art Gratwanderung zu tun. Die DDR-Bürger würden durch diese Reisen in die Lage versetzt, unmittelbare Vergleiche anzustellen. Die Folgen hieraus ließen sich nicht ohne weiteres abschätzen. Wahrscheinlich gehe die Führung davon aus, daß die Leute, solange sie nur reisen können, sich mit der Lage abfinden werden. Ein anderes Problem für die DDR stelle die Tatsache dar, daß die DM praktisch heute eine Art zweite Währung sei. Dies habe auch soziale und politische Konsequenzen insofern, als damit neben die privilegierte Klasse der Funktionäre noch die der DM-Besitzer trete.

Die Begegnung mit Honecker selber sei für uns eine schwierige Sache gewesen. Das Wichtigste sei gewesen, daß seine Rede, in der er Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl offen angesprochen habe, auch in die DDR übertragen und ebenfalls absprachegemäß dort veröffentlicht wurde.<sup>11</sup> Die Frage sei, welche Wirkungen das für die Zukunft habe.

Abschließend wolle er feststellen, daß es nach seiner Überzeugung keine spezifischen deutsch-deutschen Beziehungen geben könne, wenn nicht die West-Ost-Beziehungen insgesamt in Ordnung seien.

MP *Goria* stimmt dem zu und erklärt zur Lage in der SU, dort habe man es mit einer komplexen Industriegesellschaft zu tun, und folglich sei es nicht so einfach, innerhalb kurzer Zeit wirtschaftliche Reformen durchzuführen.

AM *Andreotti* ergreift an dieser Stelle auf Bitten von MP *Goria* das Wort und erklärt, es sei erstaunlich, welche Konvergenz es zwischen Amerikanern und Russen bei den Verhandlungen zwischen AM Shultz und AM Schewardnadse<sup>12</sup> gegeben habe. Das gehe so weit, daß sich beide Seiten bei der Würdigung des INF-Abkommens und dem Ausblick auf die weiteren Abrüstungsverhandlungen des gleichen Vokabulars bedient hätten.

Selbst wenn Gorbatschow Schwierigkeiten mit der Partei habe, so werde doch an den Abrüstungsverhandlungen deutlich, daß er offenbar erhebliche Autorität gegenüber den Militärs habe.

BM *Genscher* erklärt, er habe den Eindruck gewonnen, daß für die USA und die Sowjetunion die INF-Frage bereits erledigt sei; was jetzt noch zu regeln sei, sei Angelegenheit der Experten.

Beide Seiten wendeten ihre besondere Aufmerksamkeit jetzt der 50-prozentigen Reduzierung der strategischen Systeme und der Problematik der Anwendung des ABM-Vertrages zu. Er sei sicher, daß hierüber bis kurz vor einem Treffen Reagan/Gorbatschow<sup>13</sup> verhandelt werde.

Er habe bei AM Shultz eine völlig veränderte Einstellung gegenüber seinen sowjetischen Gesprächspartnern vorgefunden. Bemerkenswert sei, daß die Sowjets mit den Amerikanern auch über die Deutschen gesprochen hätten, allerdings nicht im Sinne irgendeiner „deutschen Karte“, eher im Gegenteil. Die Sowjets

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl beim Empfang des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 7. September 1987 in der Redoute in Bonn-Bad Godesberg vgl. BULLETIN 1987, S. 705–707. Für den Wortlaut vgl. ferner den Artikel „Praktische Zusammenarbeit trotz aller Gegensätze“, NEUES DEUTSCHLAND vom 8. September 1987, S. 3.

<sup>12</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die USA vom 15. bis 17. September 1987. Vgl. dazu Dok. 261.

<sup>13</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.



seien mißtrauisch gegenüber Honecker und hätten dessen Besuch in Bonn besonders sorgfältig verfolgt.

MP *Goria* schlägt vor, daß man sich dem Thema „Golfkrieg“ zuwendet, und bittet AM *Andreotti*, dazu vorzutragen.

AM *Andreotti* erklärt, aus seiner Sicht sei es wichtig, daß der der am 20. Juli 1987 einstimmig verabschiedeten Sicherheitsratsresolution<sup>14</sup> 598<sup>15</sup> zugrundeliegende Konsens weiterbestehe. Zwei Ereignisse hätten sich in jüngster Zeit für den Iran ungünstig ausgewirkt:

- die Tatsache, daß die USA die Iraner beim Minenlegen ertappt hätten<sup>16</sup>;
- die harte Rede von Khamenei vor der VN-Generalversammlung<sup>17</sup>.

Allerdings habe Khamenei in seiner Rede auch erklärt, daß der Iran bereit sei, die Bemühungen des VN-Generalsekretärs<sup>18</sup> weiterhin zu unterstützen.

Er wolle weiterhin festhalten, daß die ursprünglichen amerikanischen Vorstellungen für eine zweite Resolution, mit der Sanktionen verhängt würden, zur Zeit keine Zustimmung finden. Auch F und GB seien in diesem Punkt vorsichtig. Zunächst wolle man, daß der Generalsekretär seine Gespräche fortführe.

Man sei insofern einen Schritt weitergekommen, als die Kommission, die die Kriegsschuldfrage klären solle, ihre Tätigkeit mit dem Tag des Waffenstillstandes aufnehmen solle. Die Iraner hätten eine Konzession gemacht, indem sie akzeptierten, daß die Waffenruhe de facto von den VN überwacht werden solle. Vor zwei Tagen habe VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar dem Sicherheitsrat ein Papier zugeleitet, das die Frage der Waffenruhe und der Einsetzung der Kommission behandle.

In zwei Punkten könnten sich allerdings noch ernste Schwierigkeiten ergeben: Die Iraker seien der Auffassung, aus der Resolution 598 ergebe sich klar, daß zunächst die Waffenruhe und der Rückzug der iranischen Truppen aus den beiden vom Iran besetzten irakischen Provinzen erfolgen müßten und daß es erst dann zur Gründung der Kommission komme. Tatsächlich sehe die Resolution 598 den sofortigen Truppenrückzug mit Eintritt des Waffenstillstandes vor. Der Iran sage, er sei zu einem Rückzug bereit, aber erst in der zweiten Phase des Waffenstillstandes, d. h., nachdem die Kommission den ersten Teil ihrer Arbeit abgeschlossen und damit auch zur Kriegsschuldfrage Stellung genommen habe. Jetzt müsse man daher versuchen, zwischen diesen beiden Auffassungen einen Kompromiß zu finden; das bedeute insbesondere, daß der Zeitplan präzisiert werden müsse, damit man nicht in eine ähnliche Situation wie 1948 nach dem Waffenstillstand zwischen Israel und den Arabern<sup>19</sup> komme.

<sup>14</sup> Korrigiert aus: „Sicherheitsresolution“.

<sup>15</sup> Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vgl. Dok. 221, Anm. 6.

<sup>16</sup> Vgl. den Beschuß eines iranischen Schiffes durch amerikanische Streitkräfte am 21. September 1987 im Persischen Golf; Dok. 264, Anm. 3.

<sup>17</sup> Zur Rede des Präsidenten Khamenei am 22. September 1987 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 264, Anm. 6.

<sup>18</sup> Vgl. den Aufenthalt des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar vom 11. bis 13. September 1987 im Iran und vom 13. bis 15. September 1987 im Irak; Dok. 252, Anm. 21.

<sup>19</sup> Am 11. Juni 1948 trat ein von den Vereinten Nationen vermittelter vierwöchiger Waffenstillstand zwischen Israel und den am Palästinakrieg beteiligten arabischen Staaten in Kraft. Verhandlungen über eine endgültige Regelung der Palästinafrage scheiterten jedoch.

AM Andreotti unterstrich, daß die bisherigen Abstimmungen zwischen Deutschland, Italien und Japan außerordentlich hilfreich gewesen seien.<sup>20</sup> Dies sei auch von anderen Mitgliedern des Sicherheitsrates, beispielsweise Ghana und Kongo, anerkannt worden.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, diese gemeinsame Arbeit sei in der Tat sehr wichtig. AM Andreotti fährt fort, er habe im Gespräch mit AM Schewardnadse die Frage aufgeworfen, was die Sowjetunion von dem Vorschlag von MP Nakasone halte, sofort die Waffenlieferungen an beide kriegführenden Parteien einzustellen. Schewardnadse habe daraufhin erwidert, eine solche Maßnahme schade einseitig dem Irak. Daran zeige sich, daß die Sowjetunion nach wie vor mit der irakischen Seite sympathisiere.

AM Andreotti erklärt auf die Frage des Herrn Bundeskanzlers nach seiner Prognose für die weitere Entwicklung, es werde sicherlich weitere Fortschritte geben. Möglicherweise werde es dem Generalsekretär gelingen, zu erreichen, daß der Irak sich damit einverstanden erklärt, die Kommission mit Eintreten des Waffenstillstandes zu bilden. Dann werde man eine Waffenruhe unter Überwachung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen haben. Wenn dies nicht gelinge, werde sich in der Tat die Frage nach Sanktionen erneut stellen. Diese würden sich zunächst gegen den Iran richten, denn angesichts der Tatsache, daß der Irak die Resolution 598 angenommen habe<sup>21</sup>, sei schwer vorstellbar, daß auch Sanktionen gegen den Irak beschlossen werden könnten.

Auf die entsprechende Frage des Herrn *Bundeskanzlers* erläutert AM Andreotti, die Frage von Sanktionen werde sich zwangsläufig dann stellen, wenn der Iran beispielsweise nicht bereit sei, seine Truppen zurückzuziehen, bevor die Untersuchungskommission zusammentrete.

MP *Goria* erklärt, man müsse auch sehen, daß Sanktionen die Funktion hätten, beide Seiten zu einer bestimmten Haltung zu zwingen, und infolgedessen hätte auch die Drohung mit Sanktionen eine Wirkung auf beide Seiten. Wenn man nur eine Seite durch ein Embargo schwäche, so habe das zur Folge, daß die Aggressivität der anderen Seite nur noch gesteigert werde.

AM Andreotti ergänzt, dies sei in der Tat ein logischer Zusammenhang. Man müsse allerdings sehen, daß es eine breite Front von den USA bis zur Sowjetunion und darüber hinaus bis zu den gemäßigten arabischen Staaten gebe, die glaubten, daß man Khomeini durch Sanktionen stürzen könne. Dies halte er nicht für zwingend.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er teile die Auffassung von AM Andreotti. Bei einem Regime, das von einer religiös verbrämten Ideologie getragen werde wie das iranische, würden Sanktionen wenig bewirken. Hierfür gebe es geschichtliche Beispiele. Sanktionen seien nicht der Schlüssel des Problems, zumal er jetzt schon gespannt sei, wie viele Länder ein mögliches Embargo umgehen würden.

BM *Genscher* weist darauf hin, daß sowohl die Sowjets als auch die Chinesen erklärten, sie könnten sich durchaus eine weitere Entschließung vorstellen, mit

<sup>20</sup> Zu den Gesprächen der Außenminister Andreotti (Italien), Genscher (Bundesrepublik) und Kuranari (Japan) am 22. und 25. September 1987 in New York vgl. Dok. 268, Anm. 9.

<sup>21</sup> Der Irak nahm die Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 in einer Sondersitzung des Parlaments am 22. Juli 1987 an.

der ein Embargo verhängt werde, aber sie stellten dann gleichzeitig einen Zusammenhang mit der westlichen Flottenpräsenz im Golf her.

MP *Goria* erklärt, er habe die Sorge, daß ein Embargo, statt die Lage im Iran zu destabilisieren, nur das Gegenteil bewirke. Insofern seien Sanktionen illusorisch.

AM *Andreotti* stimmt dem zu und erklärt, man dürfe auch nicht übersehen, daß der Aufmarsch der verschiedenen Flotten im Golf erst stattgefunden habe, als es dem Iran gelungen sei, bei Basra die Front zu durchbrechen und sich die Araber ernsthaft Sorgen um die Stellung des Irak gemacht hätten. Wir sollten weiterhin die gemäßigten Iraner – AM *Andreotti* nennt Außenminister Velayati und VAM *Larijani* – in ihrer Position stärken. Die Iraner könnten zu Recht darauf verweisen, daß der Sicherheitsrat nichts unternommen habe, als der Iran besetzt wurde.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73**

## 272

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nagel

424-410.05/1 VS-NfD

29. September 1987<sup>1</sup>

Über Dg 42<sup>2</sup>, D 4<sup>3</sup>, Herrn Staatssekretär<sup>4</sup> Herrn Bundesminister

Betr.: Exportkontrollen für solche chemischen Substanzen, die zur Herstellung chemischer Waffen geeignet sind;

hier: 6. Treffen der „Australischen Initiative“ am 14./15.9.1987 in Paris

Anlg.: 1

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

#### I. Kurzfassung

Neben den Genfer Verhandlungen zur vollständigen Beseitigung chemischer Waffen besteht seit 1984 auf australische Initiative die sog. „Australische Gruppe“. Bei diesen informellen Treffen sind inzwischen alle wichtigen westlich orientierten Staaten vertreten (19 Staaten: alle zwölf EG, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland und nunmehr erstmals auch die Schweiz).

Dabei geht es darum, durch Exportkontrollen den Export solcher chemischer Substanzen, die für die Produktion von chemischen Waffen geeignet sind, in

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel und Vortragendem Legationsrat Daum konzipiert.

Hat Daum am 8. Oktober 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Nagel „n[ach] R[ückkehr]“ und an Legationssekretär Warnken „z[ur] K[ennntnisnahme]“ verfügte.

Hat Nagel und Warnken am 19. Oktober 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirigent Höynck am 4. Oktober 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Ministerialdirektor Jelonek am 5. Oktober 1987 vorgelegen.

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 6. Oktober 1987 vorgelegen, der die Wörter „Herrn Bundesminister“ strich und handschriftlich vermerkte: „Kopie 010.“

diejenigen Länder zu verhindern, die bestrebt sind, ein eigenes CW-Potential aufzubauen. Hauptzielrichtung sind bestimmte nahöstliche Staaten, insbesondere Irak und Iran. Der Einsatz von chemischen Waffen seitens des Irak<sup>5</sup> wurde von den VN bestätigt, es bestehen Anhaltspunkte, daß Iran eine eigene CW-Kapazität entwickelt.

Gesetzestechisch erfolgen die Exportkontrollen mittels einer sog. „Kernliste“, d.h. Substanzen, die unter Ausfuhrkontrolle gestellt sind (für deren Export also eine Genehmigung erforderlich ist), und mittels einer sog. „Warnliste“, deren Beachtung die Industrie in der Weise zugesichert hat, daß sie verdächtige oder auffällige Exportanfragen entweder selber ablehnt oder die Genehmigungsbehörde um Überprüfung bittet.

Aus Wettbewerbsgesichtspunkten ist eine im wesentlichen identische Exportkontrolle unter den großen (westlichen) Chemieländern unabdingbar. Diese Wettbewerbsgleichheit ist durch die Zusammensetzung der Australischen Gruppe gewährleistet.

Im vergangenen Jahr haben auch die SU und kürzlich die DDR national (ohne Abstimmung mit der Australischen Gruppe) eine Reihe von chemischen Substanzen unter Exportkontrolle gestellt.

Die jüngste Tagung der Australischen Gruppe (Delegationsleitung hatte Dg42, ferner waren Referate 424 und 222 sowie BMWi, BAW und BND vertreten) kann in mehrfacher Hinsicht als erfolgreich bezeichnet werden:

- Wir brauchten unseren (mit der Industrie vorher abgestimmten) Verhandlungsspielraum nicht vollständig auszuschöpfen und konnten deshalb überzeugend und nachdrücklich bei allen konsensfähigen Punkten mitarbeiten.
- Unsere ernsthafte Absicht, auf diesem Gebiet (wo der gute Wille „etwas kostet“) einen aktiven Beitrag zu leisten, wurde gegenüber den übrigen Staaten deutlich.
- In der Sache selbst wurden Fortschritte erzielt, die eine formelle Einigung beim nächsten Treffen<sup>6</sup> wahrscheinlich machen. Wir werden dann (als EPZ-Präsidentschaft<sup>7</sup>) eine Koordinierungsfunktion haben.

Die konkreten Ergebnisse dieser Tagung der „Australischen Initiative“ lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Erstmals nahm die Schweiz teil. Dies ist nicht nur deshalb von Bedeutung, weil CH als wichtiger Chemieproduzent in diese Anstrengungen einbezogen sein muß, sondern auch wegen der notwendigen Wettbewerbsgleichheit der wichtigsten Chemie-Exportländer.
- Eine Erweiterung der (gesetzlich unter Exportkontrolle gestellten) „Kernliste“ chemischer Substanzen von acht auf neun scheiterte (vorläufig) daran, daß GB und F hier – ebenso wie wir – nur ein im Gleichschritt erfolgendes Vorgehen der wichtigen Chemieproduzenten akzeptieren wollten. (Schweiz und Japan verweigern dies zur Zeit noch.)

<sup>5</sup> Zum Einsatz chemischer Waffen im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 247, Anm. 17.

<sup>6</sup> Das nächste Treffen der „Australischen Initiative“ fand vom 19. bis 21. April 1988 in Paris statt.

<sup>7</sup> Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

- Hinsichtlich einer Erweiterung der Warnliste wurde weitgehende Einigkeit über die hierfür relevanten Substanzen erzielt; damit die Warnliste aber praktikabel bleibt, soll sie auf der nächsten Tagung gleichzeitig um eine Anzahl von Substanzen gekürzt werden.
- Das nächste Treffen ist für Frühjahr 1988 in Paris vorgesehen.

## II. Langfassung

1) Wichtigstes formelles Ereignis war die erstmalige Teilnahme der Schweiz. Japan, das bisher noch keine weltweiten Kontrollen eingeführt hatte, teilte mit, daß die gesetzgeberischen Schritte zur Einführung der Kontrollen für die Substanzen der Kernliste (acht Substanzen) eingeleitet wären.

### 2) Drittstaaten

Australien teilte mit, daß es seit dem Januar-Treffen<sup>8</sup> mit etwa 30 Staaten die Gedanken der Australischen Initiative erörtert habe. Mehr oder weniger positiv reagiert hätten Österreich, Finnland, Schweden, Israel, Südkorea, Pakistan, Singapur, SU, DDR, Polen, Brasilien, Argentinien, Mexiko, Algerien, Nigeria, Vietnam. Dagegen hätte China sich rein rezeptiv verhalten und negativ hätte neben Ungarn und Rumänien vor allem Indien reagiert.

Australien habe auch Ägypten und Jordanien angesprochen, obwohl diese Staaten im Verdacht stünden, als Zwischenlieferanten für den Irak aufzutreten. Durch diese Demarche habe Australien die Besorgnisse der internationalen Gemeinschaft deutlich machen wollen.

Die USA berichteten über Kontakte mit Österreich, Finnland, Schweden, der SU, Israel und Singapur. Auch Norwegen und die Niederlande hatten mit einigen europäischen Staaten gesprochen.

Australien wies darauf hin, daß weitere Kontakte mit Schweden, Österreich und Jugoslawien besonders erwünscht seien.

Formelle Beschlüsse zum Thema „Drittstaaten“ wurden nicht gefaßt. Wir deuteten an, daß wir gegenüber einigen Staaten die Ziele der Australischen Initiative und unser eigenes Engagement zu erläutern bereit seien.

### 3) Erweiterung der Kernliste

Unsere Kernliste umfaßt derzeit (ebenso wie die der wichtigen EG-Staaten) acht Substanzen. Von verschiedenen für die Erweiterung vorgeschlagenen Substanzen wurde nur Thionylchlorid diskutiert. Thionylchlorid wird für die Herstellung der Kampfgase „Lost“ und „Tabun“ verwendet, hat aber auch zahlreiche zivile Einsatzgebiete und wird deshalb in erheblichen Mengen produziert und gehandelt. Wegen der bürokratischen Belastung der Industrie durch eine Exportkontrolle erklärte GB, daß es einem Konsens hierüber nur zustimmen werde, wenn die wettbewerbsmäßige Belastung durch Exportkontrollen auch von den übrigen wichtigen Mitgliedern der Australischen Initiative mitgetragen werde. Während sich F und wir dieser Haltung anschlossen, erklärten CH und Japan, daß sie derzeit nicht beabsichtigten, ihre Kontrollliste um Thionylchlorid zu erweitern.

Im Hinblick darauf, daß mehrere der kleineren Staaten bereits diese Substanz kontrollieren, wird die entsprechende Erweiterung der Kernliste einen Tages-

<sup>8</sup> Zum fünften Treffen der „Australischen Initiative“ am 29./30. Januar 1987 in Paris vgl. Dok. 45.

ordnungspunkt beim nächsten Treffen der Australischen Initiative bilden. Da ein Drängen der USA in diese Richtung zu erwarten ist, dürften GB, F und wir (unsere Industrie würde dies akzeptieren) sich einer Kontrolle nicht weiter entziehen. Wasserfreie Flußsäure (HF<sup>9</sup>) wurde nur kurz diskutiert. GB wies darauf hin, daß es diese Substanz bereits in seine nationale Kontrollliste aufgenommen habe; die USA erklärten sich bereit, einem eventuellen Konsens zu folgen, während Japan darauf hinwies, daß die Warnliste insoweit bereits Exporte nach Irak/Iran verhindere.

Auch dieser Punkt dürfte bei der nächsten Tagung der Australischen Gruppe erneut erörtert werden.

#### 4) Erweiterung der Warnliste

Wir trugen – ähnlich wie andere Delegationen – unsere grundsätzlich sehr positiven Erfahrungen mit der Warnliste vor. Die Kooperationsbereitschaft der Industrie habe in konkreten Fällen dazu geführt, daß Exportaufträge für die Substanzen der Warnliste besonders sorgfältig auf ihre Endverwendung geprüft würden, daß die Industrie in Zweifelsfällen die Auffassung der Regierung einhole und daß die deutsche Industrie auf mehrere konkrete Exportgeschäfte verzichtet habe.

Japan erläuterte, daß die Warnliste für JAN auf Grund des Systems der „administrative guidance“ faktisch zu einem Embargo dieser Substanzen führe und im Einzelfall Exportanträge der Regierung vorgelegt würden.

Wir wiesen – unterstützt von F und GB – nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, die Warnliste praktikabel und damit effizient zu erhalten. Eine zu lange Warnliste würde bei den Exportsachbearbeitern der Industrie nicht mehr den Eindruck erwecken, es gehe um Kontrolle der wirklich unmittelbar für chemische Waffen verwendeten Substanzen. Eine gutgemeinte Verlängerung der Liste müßte also faktisch ihre Wirksamkeit – die auf der Kooperation der Industrie beruhe – beeinträchtigen. Ferner wiesen wir darauf hin, daß eine wirksame Warnliste – unter Wettbewerbsgesichtspunkten – für alle wichtigen Mitgliedsstaaten der Australischen Gruppe identisch sein müsse.

Bei der Diskussion eines australischen Vorschlags zur Erweiterung der Warnliste (Anlage) ergab sich folgendes:

Die USA sind bereit, sie in vollem Umfang zu akzeptieren, GB die Substanzen A, B, C und D(i) und D(vi). Weiter brachte die Diskussion folgende Ergebnisse:

- Substanz I ist ein CS<sup>10</sup>-Stoff (Tränengas) und daher als Kampfgas nicht relevant.
- Substanz H ist ein ganz allgemeines und bei zahlreichen Prozessen verwendetes chemisches Lösungsmittel, deshalb nicht als CW-spezifisch anzusehen.
- Die Substanzen A, B, C sowie D(i) und D(vi) sind CW-relevant; hier zeigte sich eine weitgehende Übereinstimmung, wonach eine Kontrolle sinnvoll erschiene. Japan machte allerdings – wie wir – gegen D(i) und D(vi) Vorbehalte geltend (weitverbreitete chemische Substanzen).
- Gleiches Meinungsbild ergab sich auch für Substanz G.

<sup>9</sup> Fluorwasserstoff.

<sup>10</sup> 2-Chlorbenzylidenmalonsäuredinitril.

Im Hinblick darauf, daß es demnach gute Gründe für eine Erweiterung der Warnliste um einige dieser Substanzen gibt, daß aber die Erhaltung der Praktikabilität der Warnliste deren beliebige Verlängerung ausschließt, lud Australien Mitglieder der Gruppe ein, zur nächsten Tagung einige Substanzen der geltenden Warnliste zur Streichung zu identifizieren. Eine erste Prüfung durch unsere Sachverständigen zeigte, daß wir zur nächsten Tagung ein Papier mit einigen Streichungsvorschlägen vorzulegen in der Lage sein dürften.

#### 5) Kontrolle von chemischen Anlagen

Dieser wichtige Punkt wurde erstmals vertieft erörtert.

Hintergrund ist die Tatsache, daß die Einrichtungen und Anlagen der irakischen CW-Fabrik weitgehend importiert wurden.<sup>11</sup> Andererseits sind chemische Anlagen, die zur CW-Herstellung Verwendung finden können, in aller Regel identisch mit typischen zivilen Anlagen und Geräten.

Zwei von GB und USA vorbereitete Papiere wurden nicht vertieft. Es zeigte sich, daß die Schwierigkeit der Abgrenzung weitere Überlegungen erforderlich macht, daß es aber andererseits doch bestimmte Anlagen gibt, die typischerweise in einer Kampfgasfabrik Verwendung finden. Entscheidendes Kriterium ist hierbei allerdings auch die konkrete Endverwendung. Möglicherweise müssen Ausfuhrkontrollen deshalb länderspezifisch ansetzen. Dies widerspricht zwar unserer bisherigen Gesetzessystematik, könnte aber vielleicht bei chemischen Anlagen auf die Länder ausgerichtet werden, die an einem Konflikt beteiligt sind, in denen nach Feststellung der VN CW eingesetzt wurden. Eine solche Beschränkung ließe den wirtschaftlich wichtigen Teil unserer Exporte frei von bürokratischen Erschwernissen.

#### 6) Informationsaustausch

Hierzu wurde ein kanadisches Dokument<sup>12</sup> diskutiert, das den Umfang auszutauschender Informationen ebenso freistellt wie die Frage, ob Informationen bilateral oder multilateral weitergegeben werden sollten. Insgesamt zeigte sich ein Konsens, bis zum nächsten Treffen wichtig erscheinende Informationen auszutauschen und sodann erneut über die Erfahrungen zu diskutieren.

#### 7) „Future Activities“

Hier wurde – besonders von den USA – erneut die Wünschbarkeit weiterer Kontakte mit Drittstaaten unterstrichen. Die USA kündigten auch an, daß sie bei der 42. GV<sup>13</sup> wieder eine Resolution zur Verurteilung des Einsatzes von CW einbringen würden<sup>14</sup>, und luden die übrigen Staaten ein, diese Resolution mitzutragen. Die Reaktion war grundsätzlich positiv; es wurde aber allgemein darauf hingewiesen, daß die Abstimmung über ein solches gemeinsames Einbringen einer VN-Resolution anderen Stellen in den jeweiligen Regierungen obläge.

<sup>11</sup> Zur Frage einer Lieferung von Ausrüstungen und Vorprodukten an den Irak zur möglichen Herstellung chemischer Waffen vgl. Dok. 219.

<sup>12</sup> Für das kanadische Dokument vom September 1987 („Framework of Procedures for Sharing Information Concerning the ‚Core List‘ of Chemical Compounds to be Controlled and Concerning the Warning List“) vgl. Referat 424, Bd. 135878.

<sup>13</sup> Die 42. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 21. Dezember 1987 in New York statt.

<sup>14</sup> Vgl. die Resolutionen 37 A, 37 B und 37 C der VN-Generalversammlung vom 30. November 1987; RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE DER GENERALVERSAMMLUNG, 42. Tagung, S. 80–82.



## 8) Nächstes Treffen

Konsens, daß ein Treffen in etwa sechs Monaten keine Institutionalisierung der Australischen Gruppe bedeute, sondern zur Evaluierung der erörterten Fragen und ihrer Umsetzung nützlich erscheine. Als Termin wurde ca. April 1988 in Aussicht genommen. Australien wird dazu (in erster Abstimmung mit uns) im kommenden Februar Kontakt mit den einzelnen Mitgliedstaaten der Gruppe aufnehmen.

D2A<sup>15</sup> hat mitgezeichnet.

Nagel

## Anlage 1

„Warning List“

Additional Chemicals for Consideration.

<u>Chemical Compound</u>	CAS <sup>16</sup> Number
A) Potassium hydrogen fluoride (Potassium bifluoride)	[7789-29-9]
B) Ammonium hydrogen fluoride (Ammonium bifluoride)	[1341-49-7]
C) Sodium fluoride	[7722-88-5]
D) <u>Other Fluoride Salts</u>	
(i) Calcium fluoride	[14542-23-5]
(ii) Aluminium fluoride	[7784-18-1]
(iii) Cryolite	[15096-52-3]
(iv) Fluorosilicic acid	[16961-83-4]
(v) Sodium hexafluorosilicate	[16893-85-9]
(vi) Sodium bifluoride	[1333-83-1]
(vii) Lithium fluoride	[7789-24-4]
E) Sodium Cyanide	[143-33-9]
F) Hydrogen Cyanide	[74-90-8]
G) Triethanolamine <sup>17</sup>	[102-71-6]
H) Chlorobenzene	[108-90-7]
I) Ortho-Chlorobenzaldehyde	[89-98-5]

**Referat 424, Bd. 135878**

<sup>15</sup> Josef Holik.

<sup>16</sup> Chemical Abstracts Service.

<sup>17</sup> Korrigiert aus: „Tris-ethanolamine“.

## 273

# Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bitterlich, Bundeskanzleramt

Geheim

29. September 1987<sup>1</sup>

Betr.: Deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit;  
hier: Dritte Gesprächsrunde am 23. September 1987, 13.45 Uhr bis  
15.00 Uhr, im Bundeskanzleramt<sup>2</sup>

Teilnehmer auf französischer Seite: Herr Attali, Frau Guigou, General Forray,  
Herr Védrine.

Auf deutscher Seite: MD Teltschik, Vizeadmiral Brost, MDg Dr. Hartmann,  
MDg Dr. Thiele, MDg Dr. von Ploetz, Kapitän Lange, VLR Bitterlich.

MD Teltschik verweist eingangs auf Treffen BK–StP Mitterrand am 24. September.<sup>3</sup> Dort müsse Festlegung getroffen werden, mit welcher zeitlichen Zielsetzung, welchen inhaltlichen Vorgaben und in welcher Form die Gespräche fortgesetzt werden sollen. PM Chirac habe BK am 19. September<sup>4</sup> erläutert, daß er mit dem StP ausführliches Gespräch in nächster Zeit vereinbart habe. Zuvor sollen keine öffentlichen Ankündigungen gemacht werden. Wenn dies der Auffassung des Präsidenten entspreche, würde es am 24. September nicht zur Abgabe der ins Auge gefaßten Grundsatzerklärung kommen. PM Chirac habe BK als zeitliche Horizonte hierfür den 50. Gipfel (12./13. November<sup>5</sup>) und für konkrete

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 29. September 1987 über Ministerialdirigent Hartmann an Ministerialdirektor Teltschik, beide Bundeskanzleramt, geleitet. Dazu vermerkte er: „Hiermit lege ich Ihnen Vermerk über die dritte Gesprächsrunde am 23. September 1987 zur Billigung vor. Ich bitte um Ihre Zustimmung. Vermerk anschließend an die übrigen Teilnehmer des Gesprächs auf unserer Seite zu übermitteln.“

Hat Teltschik am 1. Oktober 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Einverstanden.“

Hat Bitterlich am 2. Oktober 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Bitte drei Ausfertigungen anfertigen. 2) W[ieder]V[orlage].“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12087 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

Die Aufzeichnung wurde von Bitterlich am 2. Oktober 1987 an Ministerialdirigent von Ploetz übermittelt. Dazu vermerkte er, zur Unterrichtung übersende er den „von Ministerialdirektor Teltschik gebilligten Vermerk“.

Hat Ploetz am 5. Oktober 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Fehlt meine Intervention zu Währung + Wi[rtschaft] (einschl[ießlich] Übergabe BM-Artikel v. 19.9.)!“ Ferner verfügte Ploetz die Weiterleitung an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Referat 201.

Hat Richthofen am 9. Oktober 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Bertram verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 12087 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>2</sup> Zur ersten Gesprächsrunde am 24. Juli 1987 in Bonn und zur zweiten Gesprächsrunde am 27. August 1987 in Paris über die deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit vgl. Dok. 223 bzw. Dok. 239.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen sich am 24. September 1987 in Ingolstadt am Rande der deutsch-französischen Heeresübung „Kecker Spatz“, die vom 17. bis 24. September 1987 in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg stattfand. Zur Übung vgl. Dok. 276.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Chirac kamen beim deutsch-französischen Jugendtreffen am 19. September 1987 in Ludwigsburg zusammen. Für den Wortlaut ihrer Ansprachen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 581–585.

<sup>5</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen in Karlsruhe vgl. Dok. 315, Dok. 316 und Dok. 318.

Vereinbarungen den 25. Jahrestag des Elysée-Vertrages<sup>6</sup> (22. Januar 1988) genannt.

Attali betont, daß StP im Hinblick auf öffentliche Ankündigung nicht festgelegt sei. Er habe insofern noch keine Entscheidung getroffen und sei flexibel. Hierfür müsse man morgiges Gespräch mit BK abwarten. Zudem werde dies vom Stand der Vorarbeiten einschließlich der „wirtschaftlichen Dimension“ abhängen.

MD Teltschik schlägt vor, unter diesen Umständen heute zügig weiter über die Inhalte, evtl. Präambel, zu sprechen. Im übrigen erwarteten wir die französischen Vorschläge zur Vertiefung der Zusammenarbeit in der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik.<sup>7</sup>

Attali sieht in Erörterung Präambel keine Dringlichkeit, es sei denn, daß wir darin mehr als eine Bezugnahme auf die Grundlagen (Elysée-Vertrag, Vereinbarung vom 28. Februar 1986<sup>8</sup>), was ein „chapeau“ von 15 Zeilen bedeute, aufnehmen wollten. StP sei im übrigen mit dem am 27. August vereinbarten Text einverstanden.

MD Teltschik erklärt sich damit einverstanden, heute Präambel nicht zu vertiefen, und übergibt unseren Präambel-Entwurf (Papier vom 22. September<sup>9</sup>). Beim nächsten Treffen solle über Wortlaut gesprochen werden.<sup>10</sup>

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die deutsch-französische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.

<sup>7</sup> Zur französischen Initiative für wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit vgl. Dok. 241.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der „Erklärung über ein Abkommen zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und dem Präsidenten der Französischen Republik“ zum Abschluß der deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris vgl. BULLETIN 1986, S. 180. Zu den Konsultationen vgl. ferner AAPD 1986, I, Dok. 61.

<sup>9</sup> Im Entwurf der Bundesrepublik für eine Präambel hieß es: „Ausgehend von dem deutsch-französischen Vertrag vom 22.1.1963, der ein umfassendes Programm für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Auswärtigen Angelegenheiten und der Verteidigung enthält, unter Berücksichtigung der seither, insbesondere aufgrund der am 22.10.1982 und am 26.2.1986 beschlossenen weiteren Schritte auf dem Gebiet der deutsch-französischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, im Bewußtsein der Notwendigkeit einer schrittweisen weiteren Konkretisierung und Institutionalisierung der Schicksalsgemeinschaft beider Länder, die eine unauflösbare Sicherheitsgemeinschaft und einen gemeinsamen Verteidigungsraum bilden, geleitet vom Prinzip der kollektiven Verteidigung und der Entschlossenheit, die gemeinsame Freiheit an den Grenzen des bedrohten oder angegriffenen Partners zu verteidigen, unter Berücksichtigung der bestehenden Bündnisverträge, der Bedeutung fortdauernder Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Europa [...], überzeugt von der Notwendigkeit, daß beide Länder eine gemeinsame Streitkräftekonzeption mit dem Ziel entwickeln müssen, das für die Sicherheit Europas notwendige ausgewogene Potential nuklearer und konventioneller Streitkräfte zusammen mit den anderen Bündnispartnern auch in Zukunft zu gewährleisten, haben der Bundeskanzler und der Präsident beschlossen ...“. Vgl. die Aufzeichnung des Referats 201 vom 22. September 1987; VS-Bd. 12087 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>10</sup> Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen notierte am 29. Oktober 1987: „MD Teltschik teilte telefonisch nach Unterrichtung durch Präsidentenberater Attali und PM-Berater Bujon de l'Etang folgendes mit: Am 28.10.1987 fand in Paris eine Besprechung zwischen Präsident Mitterrand, Premierminister Chirac, Außenminister Raimond und Verteidigungsminister Giraud über die deutsch-französische Verteidigungszusammenarbeit (Verteidigungsrat, deutsch-französische Brigade etc.) statt. In dieser Besprechung konnte nicht in allen Punkten Einvernehmen erzielt werden. Daher hat Bujon de l'Etang seine für heute morgen vorgesehene Reise nach Bonn zu Gesprächen mit MD Teltschik und je einem Vertreter aus dem Auswärtigen Amt und dem BMVg kurzfristig abgesagt. Nunmehr wurde in Paris Einvernehmen erzielt, wie in der Angelegenheit weiter prozediert werden soll: AM Raimond ist offiziell beauftragt, die offiziellen Verhandlungen mit der Bundesregierung zu führen, und wird sich dieserhalb mit BM in Verbindung setzen. Bujon de l'Etang und Attali sind beauftragt, Instruktionen für AM Raimond zu erarbeiten, die von Präsident Mitterrand und PM Chirac gebilligt

Zu den Aufgaben und der Struktur des Verteidigungsrates sei morgiges Gespräch abzuwarten. Wir würden jedoch gern einige Punkte der Aufgabenbeschreibung erörtern, die wir mit dem Text des Elysée-Vertrages verglichen hätten. Text vom 27. August berge Gefahr in sich, hinter den Zielen des Elysée-Vertrages zurückzubleiben. Wir könnten hierauf beim nächsten Treffen zurückkommen; gleiches gelte für das Sekretariat, dessen organisatorische Ausgestaltung der Vertiefung bedürfe.

Ferner müßten wir uns über die Beteiligung der Ressorts und Fachminister für die kommenden Gespräche klar werden.

Attali spricht sich dafür aus, heute in Vorbereitung des Treffens BK–StP über die Aufgaben des Rates zu sprechen.

Die Fachministerien müßten in die Gespräche einbezogen werden. Arbeitsgruppe solle jedoch in jedem Fall alleinige Vorbereitungsinstanz bleiben. Über Zusammensetzung müßten BK und StP entscheiden.

MDg von Ploetz erläutert sodann unseren Vorschlag insbesondere zur Neufassung des ersten Anstriches der Aufgaben des Rates (vgl. Papier vom 22. September<sup>11</sup>). Unsere Aufgabe müsse darin bestehen, den Elysée-Vertrag auf Grundlage der heutigen Aufgabenstellungen zu konkretisieren, inhaltlich fortzuentwickeln.

Attali betont, daß sich dieser Vorschlag sehr weit von dem am 27. August vereinbarten Text entferne. Er werfe zudem Probleme auf, die nicht vom Elysée-Vertrag abgedeckt seien („gemeinsame Konzeption ... ausgewogene Potentiale nuklearer und konventioneller Streitkräfte ... zu gewährleisten“). Er nehme diesen Vorschlag – der nochmals von MD Teltschik, MDg von Ploetz und Vizeadmiral Brost erläutert wurde – zur Kenntnis. StP und BK müßten hierüber sprechen.

MD Teltschik übergibt gesamten Textvorschlag zur Neuformulierung der Aufgaben des Verteidigungsrates (Papier vom 22. September).

Attali betont, daß Frankreich der parallel zu verstärkenden Zusammenarbeit in der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik besondere Bedeutung beimesse. Wenn man hier nicht vorwärtskomme, würden „andere Leute“ Fortschritte in der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in Frage stellen. Es bestehe in diesem Bereich schon eine weitgehende Zusammenarbeit im europäischen Rahmen. Hierauf müsse man Rücksicht nehmen. Er wolle hier zunächst exploratorisch auf persönlicher Grundlage einige Ideen vortragen. Es sei unmöglich, in Zukunft ohne Hinzuziehung der Spezialisten aus dem Finanzministerium, der Notenbank, weiterzuarbeiten.

Im Hinblick auf die Entwicklung eines bilateralen Rates für Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik müsse man berücksichtigen, daß ein

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1387*

werden sollen. MD Teltschik ist mit dem Übergang der Verhandlungen auf das AA einverstanden, bittet aber, VLR Bitterlich in die Delegation aufzunehmen“. Vgl. VS-Bd. 12087 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

- 11 In der am 27. August 1987 vereinbarten Fassung („Entwurf für Beschluß zum 50. Gipfel“) hieß es zu den Aufgaben eines deutsch-französischen Verteidigungsrats: „Abstimmung der Analyse der Lage europäischer Sicherheit mit dem Ziel, soweit wie möglich eine Konvergenz der Schlußfolgerungen, die jeder für die europäische Sicherheit daraus zieht, zu erreichen.“ Der neue Vorschlag der Bundesrepublik lautete: „Entwicklung einer gemeinsamen Streitkräftekonzeption mit dem Ziel, das für die Sicherheit Europas notwendige ausgewogene Potential nuklearer und konventioneller Streitkräfte zusammen mit den übrigen Bündnispartnern auch in Zukunft zu gewährleisten.“ Vgl. die Aufzeichnung des Referats 201 vom 22. September 1987; VS-Bd. 12087 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

solcher Rat im europäischen Rahmen besteht („Ecofin-Rat“). Frankreich könne sich daher bilateral eher eine Verstärkung der diesbezüglichen Gremien bei den Gipfelkonsultationen vorstellen.

Was praktische Schritte angehe, so müsse man an eine Zusammenarbeit der Zentralbanken bei ihrer Reservenpolitik denken. Man könne sich auch vorstellen, die Abteilungen für Studien („services d'études“) beider Notenbanken zusammenzulegen oder eine gemeinsame Banknote/Münze einzuführen. Die Experten hätten ihm mitgeteilt, daß dies alles technisch hinreichend vorgeklärt sei. Er wisse, daß alle diese oder ähnliche Vorschläge existieren, aber von Deutschland immer abgelehnt würden. Wenn wir daran festhielten, würde das die Dynamik des deutsch-französischen Prozesses ändern.

MD Teltschik verweist darauf, daß dieser Komplex für uns aus verschiedenen Gründen schwierig sei. Wenn wir hier vorankommen wollten, komme es entscheidend auf die Klugheit beider Seiten an. Wir seien bereit, über diesen Fragenkomplex offen und freundschaftlich zu sprechen. Man sollte sich aber davor hüten, leichtfertig ein Junktim (zur Sicherheitspolitik) aufzubauen. Junktims hätten sich in der Politik immer als hinderlich für Fortschritte erwiesen.

Wir dürften auf der einen Seite die bestehenden Instrumente der Wirtschafts- und Währungspolitik nicht schwächen. Wir müßten sie stärken, zudem müsse diese Zusammenarbeit offen für andere sein (z.B. EWS, EG-MS). Deutsch-französische Zusammenarbeit könne keinen Exklusivcharakter haben. Hierin sei er mit Attali einig.

Auf der anderen Seite habe die Bundesbank eine andere Stellung als die französische Notenbank. Der bilaterale Rat müsse die Aufgabentrennung klar festschreiben. Wir könnten bei uns in keinem Fall den Eindruck erwecken oder hinnehmen, daß die Autonomie der Bundesbank durch ein bilaterales Gremium in Frage gestellt wird.

Wir könnten prüfen, bilateral neben einem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister einen Rat der Notenbankgouverneure einzurichten. Der in Basel tagende Rat der Notenbankgouverneure erhalte im europäischen Rahmen zunehmend eigenes Gewicht. Es sei vorstellbar, daß die Notenbanken ihre Zusammenarbeit in gewissen Bereichen verstärken, einschließlich des Austausches von Mitarbeitern. Diese gelte auch für die Wirtschafts- und Finanzministerien.

Für weitere Gespräche sei es unbedingt notwendig, die Ressortchefs einzubeziehen.

MDg Thiele stellt ergänzend einige Fragen zum besseren Verständnis der französischen Vorstellungen. Was ist z.B. mit Zusammenarbeit der Notenbanken in bezug auf die Devisenreserven gemeint? Heißt dies, gegenseitig die Währung des anderen in die Reserven aufzunehmen? (Attali: Ja.) Man könne dies nicht auf zwei Länder beschränken, zumal diese Frage im europäischen Rahmen bereits diskutiert werde. Sei Frankreich bereit, dann die Lira oder Drachme aufzunehmen, auch wenn sich die eine oder andere Währung in einer kritischen Lage befinde? Bundesbank sei hierzu sehr reserviert und lehne dies ab, da dadurch ihre Politik der Geldwertstabilität erschwert werde. Wie stelle man sich Vorschlag einer gemeinsamen Münze, eines Geldscheins, vor? Sei damit die Schaffung einer gemeinsamen Währung verbunden, oder solle dies Symbol sein?

Attali: Ich bin überrascht und beunruhigt. Ich höre immer wieder die gleichen negativen Kommentare. Fortsetzung des Gespräches ohne Experten macht keinen Sinn.

Madame Guigou ergänzt, es gehe Frankreich um paralleles Vorgehen, nicht um ein Junktim. Man denke an drei praktische Themenkomplexe, bei denen man vorwärtskommen solle:

- Es gehe um die Zukunft der ECU. Die private und öffentliche ECU bestehen und funktionieren gut. Man müsse nunmehr private und öffentliche ECU miteinander verbinden („le passage entre les deux“).
- Es gehe weiterhin darum, wie die Zentralbanken effektiver, schneller zusammenarbeiten können. Man solle versuchen, gemeinsame Reservenpolitik zu treiben („essayer en commun la gestion des réserves“). Z.B., wie könne man die 20 %-Devisen-Reserve beim EFWZ<sup>12</sup> besser nutzen?
- Wie könne man insbesondere diese nutzen, um das EWS von innen zu stabilisieren?

Man wolle jetzt weniger institutionell als vor allem praktisch vorgehen. Über die institutionellen Auswirkungen könne man später nachdenken.

In einer gemeinsamen Münze sehe man eine symbolische Maßnahme.

MD Teltschik drückt seine Überraschung über die Reaktion von Attali aus. Wir seien bereit, uns dem Thema zu stellen. Wir seien offen für eine Verstärkung der Zusammenarbeit. Der politische Wille sei bei uns gegeben. Wir müßten aber wissen, wohin die Richtung konkret gehe. Es komme darauf an, eine klare Aufgabendefinition für die Wirtschafts- und Finanzminister einerseits und für die Notenbankgouverneure andererseits zu finden.

Er verweist zudem auf den „Teufelskreis“, der sich dadurch ergebe, daß Frankreich eine Intensivierung der währungspolitischen Zusammenarbeit fordere, die die wirtschaftspolitische Konvergenz fördere. Wir würden hingegen davon ausgehen, daß die einmal hergestellte wirtschaftspolitische Konvergenz eine engere Zusammenarbeit in der Währungspolitik nach sich ziehen werde. „Teufelskreis“ sei nur aufzulösen, wenn man in beiden Bereichen vorwärtskomme. Es sei falsch, sich nur auf einen Bereich zu konzentrieren.

Attali erklärt sich einverstanden, daß die jeweiligen nationalen Kompetenzen in Rechnung gestellt werden müssen. Wir sollten unser nächstes Treffen diesem Bereich widmen und Experten dazunehmen. Vielleicht könnte man für den Gipfel im Herbst auch ein Gespräch der Wirtschafts- und Finanzminister im Beisein des StP und des PM sowie von BK vorsehen, um dieses Thema voranzutreiben. Ggfs. könne man auch zusätzlich die Notenbankgouverneure hinzuziehen.

MD Teltschik betont, er halte Realisierung eines Gesprächs beim nächsten Gipfel entsprechend Attalis Idee für möglich. Er wolle dies nicht ausschließen. Zuvor sollte aber evtl. Gespräch auf Ministerebene zur Vorbereitung erfolgen. Er bittet Attali, uns Vorschläge zur Konkretisierung der französischen Vorstellungen zu übermitteln.

<sup>12</sup> Europäischer Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit.

Attali sagt dies zu. Er halte Ministertreffen für eine gute Idee. Man soll das weitere Procedere morgen besprechen (BK-StP). Neben den Ministern müsse aber bestehende Arbeitsgruppe einziges Gremium bleiben.

Bitterlich

VS-Bd. 12087 (201)

## 274

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush

30. September 1987<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, George Bush (Bonn, 30.9.1987, 12.10 Uhr bis 13.25 Uhr)<sup>2</sup>

Der *Bundeskanzler* (BK) begrüßt Vizepräsident Bush (VP) als alten und bewährten Freund. Er erkundigt sich, wie die Präsidentschaftskampagne<sup>3</sup> laufe.

VP dankt für die freundliche Begrüßung und führt aus: Die Meinungsumfragen stünden für ihn recht gut, aber es sei noch zu früh, etwas Endgültiges zu sagen. Wenn man wie er als „front runner“ bezeichnet werde, werde man mehr als alle anderen angegriffen.

Insgesamt aber habe er ein gutes Gefühl. Über die Nominierung seitens der Republikanischen Partei werde bis März 1988 entschieden sein: Am 8. März, dem „Super-Dienstag“, fänden in 14 bis 16 Südstaaten, darunter Texas, Florida und Mississippi, die Vorwahlen statt. Dabei werde eine enorme Zahl von Delegierten – zusammen mit vorangehenden Vorwahlen über die Hälfte – gewählt,

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 5. Oktober 1987 gefertigt und am 13. Oktober 1987 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach „zur Unterrichtung des Herrn Staatssekretärs“ übermittelt.

Hat Pfetten-Arnach am 14. Oktober 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Staatssekretäre Sudhoff und Ruhfus sowie Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und das Ministerbüro verfügte.

Hat Richthofen am 17. Oktober 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent von Ploetz und Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Moltke „z[ur] K[enn]tnisnahme“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „M[it] d[er] B[itte], L[eiter]B[üro]St[aats]S[ekretäre] möge im B[undes]K[anzleramt] nachfragen, ob dieser Vermerk auch dem Koordinator zur Lektüre gegeben werden kann.“

Hat Ploetz am 20. Oktober 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 23. Oktober 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Moltke „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „L[au]t Rückfrage L 014 bei L 212 (ChBK) soll Koordinator nur auszugsweise und ausschließlich über jene Passagen unterrichtet werden, die seinen eigentlichen Aufgabenbereich betreffen. Kopie S. 10 und 11 Koord[inator] D/USA vorgelegt.“ Vgl. Anm. 15.

Hat Moltke vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 204, Bd. 135404.

<sup>2</sup> Der amerikanische Vizepräsident Bush besuchte die Bundesrepublik am 29./30. September 1987.

<sup>3</sup> In den USA wurden am 8. November 1988 Präsidentschaftswahlen abgehalten.



so daß man dann ein klareres Bild habe. Bis zum Konvent der Republikaner im August<sup>4</sup> – so auf Zwischenfrage BK – könne dann nicht mehr viel passieren, zumal die Delegierten in ihrer Stimmabgabe auf einen bestimmten Kandidaten festgelegt seien.

Auf Frage BK nach weiteren republikanischen Kandidaten bezeichnet VP Senator Dole als hauptsächlichen Rivalen, daneben könne aber auch der Fundamentalisten-Geistliche Robertson noch erhebliche Stimmen mobilisieren. Die Chancen des früheren AM Haig bewertet er zurückhaltend.

Auf Frage BK nach den Chancen demokratischer Kandidaten entgegnet VP, das Feld habe sich inzwischen gelichtet, dennoch gebe es keinen klaren „front runner“. Die Medien hätten Senator Nunn gute Chancen eingeräumt – dieser aber kandidiere nicht, wohl wissend, daß er gewisse Zielgruppen an der demokratischen Basis nicht erreichen könne (Gewerkschaften, Frauengruppen, Minderheiten, Homosexuelle). Derartige Schichten spreche durchaus der ebenfalls nicht erklärte New Yorker Gouverneur Cuomo an. Sollte allerdings Nunn wider Erwarten die demokratische Nominierung erhalten, wäre er ein ernsthafter Gegner für die Republikaner. Hinsichtlich des Gouverneurs von Massachusetts, Dukakis, und anderer evtl. Kandidaten sieht VP das Hauptproblem, daß sie zwar in regionalen demokratischen Gruppen Anhang gewinnen könnten, nicht aber in der nationalen Partei mit ihren vielfältigen Interessengruppen.

Der republikanische Nominierungsprozeß – so VP weiter – schiebe die Bewerber nach rechts, der demokratische nach links. Man müsse sich deshalb in der Vorwahlphase hüten, bereits zu weit rechts oder links Positionen einzunehmen – dann habe man keine Chance, das jeweilige Zentrum der Parteien für sich zu gewinnen.

BK wünscht VP alles Gute für den „harten Job“.

BK erkundigt sich nach stärksten Eindrücken VPs in Polen.<sup>5</sup>

VP nennt einmal die Vitalität der Kirche, zum anderen die Tatsache, daß das Regime seine Kontakte mit Lech Wałęsa und anderen Oppositionsführern aus dem wissenschaftlichen Raum (die sich über die polnischen Perspektiven eher deprimiert geäußert hätten) zugelassen und eine fünfminütige Fernsehrede an das polnische Volk<sup>6</sup> ermöglicht habe.

General Jaruzelski (J.) habe mehr Zeit als vorgesehen zur Verfügung gestanden. Zu Beginn der Gespräche sei er eher angespannt gewesen und habe eine militärische Haltung vorgekehrt, dann sei er langsam aufgetaut und habe erfreulich lebhaft diskutiert.

<sup>4</sup> Der Nationalkonvent der Republikanischen Partei fand vom 15. bis 18. August 1988 in New Orleans statt.

<sup>5</sup> Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich vom 26. bis 29. September 1987 in Polen auf.

<sup>6</sup> Botschafter Pfeffer, Warschau, berichtete am 29. September 1987, der amerikanische Vizepräsident Bush habe am Vortag um 19.30 Uhr im polnischen Fernsehen gesprochen. Pfeffer übermittelte den Wortlaut der Rede und teilte nach Informationen der amerikanischen Botschaft in Warschau mit, Bush sei ein „nicht zensierter Zugang zum polnischen Fernseh-Publikum“ zugesichert worden. Im Vorfeld sei Bush aber gebeten worden, einige Punkte zu „überdenken“. So sei um Streichung des Wortes „Solidarität“ gebeten worden, denn „Solidarität sei für illegal erklärt“ worden. Bush habe seine Rede dennoch „genau so gehalten wie vorgesehen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1603/1604; Referat 214, Bd. 139733.

Jaruzelski stehe offensichtlich Gorbatschow näher als irgendein anderer Ostblockführer (BK wirft ein: zusammen mit Kádár), unterstütze dessen Reformen und dessen Kurs auf mehr Offenheit und hoffe, dadurch selbst innenpolitischen Druck abfangen zu können. Hinsichtlich der Wirtschaft sei J. offensichtlich frustriert. Auf seine – VP – Aufforderung, den Dialog mit Solidarność wieder aufzunehmen, habe J. geantwortet, Solidarność existiere nicht mehr, sie werde heute nur noch durch etwa 120 Leute verkörpert, hingegen gebe es in Polen durchaus tatkräftige neue Gewerkschaften. Im übrigen – so J. weiter – habe Solidarność 1981 durch überzogene Forderungen (z.B. drei Jahre Mutterschaftsurlaub) die polnische Wirtschaft vor nicht lösbare Probleme gestellt.

Hinsichtlich polnischer Umschuldungswünsche<sup>7</sup> habe er – VP – J. amerikanische Bereitschaft zu langfristiger Umschuldung 1986 bis 1988 zusagen können, weitergehende Wünsche nach befürwortender Haltung der USA in IWF habe er damit beantworten müssen, daß die USA in diesem Gremium nicht allein entscheiden.

Insgesamt – so VP – habe J. das Wirtschaftsthema mit deutlichen Zeichen der Besorgnis, aber weder bittend noch arrogant, sondern sehr faktisch-nüchtern behandelt.

In Sachen Rüstungskontrolle habe J. die grundsätzliche INF-Vereinbarung zwischen USA und SU sehr begrüßt und darauf hingewiesen, daß er zur Frage konventioneller Abrüstung hilfreiche Vorschläge unterbreitet habe<sup>8</sup> – VP fügt jedoch hinzu, nach amerikanischer Wertung brächten sie nicht viel Neues.

BK dankt für diese Darstellung – auch für uns seien die Beziehungen zu Polen, unserem wichtigsten östlichen Nachbarn, nicht frei von Emotionen. In deutschem Namen sei in Polen Schreckliches geschehen, jedoch hätten die deutsch-polnischen Beziehungen nicht erst 1933 begonnen. Man müsse auch an 1920/1921 denken und daran, daß die Polnische Republik manches getan habe, der Weimarer Republik Schwierigkeiten zu bereiten.

BK erinnert sodann an sein Gespräch mit General Jaruzelski in Moskau 1985<sup>9</sup>, dem jedoch nichts nachgefolgt sei, wohl nicht aus bösem Willen, sondern weil J. nicht anders konnte. Heute sehe J. nun mit großem Mißbehagen, daß unsere Beziehungen zu anderen WP-Staaten sich weitaus besser entwickelten als mit Polen.

Zu Ungarn pflegten wir gute Beziehungen; sie seien allerdings auch weder aus Geschichte noch Gegenwart belastet. Er – BK – unterstütze nachdrücklich den „Gulasch-Kommunismus“ Kádárs: Er sei der einzige vernünftige Entwicklungsweg für die Länder des Ostens. Scheitere er, so würden alle „hardliner“ wieder hervorkommen – und davon habe niemand Nutzen. BK gibt sodann Vorschau auf Besuch MP Grósz<sup>10</sup>, mit dem wir eine Reihe interessanter Abmachungen, insbesondere auch über Förderung deutscher Minderheit in Ungarn, treffen würden. Dies sei für uns wichtig im Sinne der Menschenrechte, aber auch als Prä-

<sup>7</sup> Zur Frage einer Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 263, Anm. 30.

<sup>8</sup> Zu den Abrüstungsvorschlägen des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 8. Mai 1987 vgl. Dok. 148, Anm. 29.

<sup>9</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vom 12. bis 14. März 1985 in der UdSSR auf und traf bei dieser Gelegenheit mit Ministerpräsident Jaruzelski in Moskau zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 67, Anm. 12.

<sup>10</sup> Ministerpräsident Grósz besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 10. Oktober 1987. Vgl. dazu Dok. 277.

zedenzfall gegenüber Dritten, etwa Polen. Die Botschaft laute: Wenn man guten Willens sei, könne man etwas Vernünftiges tun.

Auch wirtschaftlich wollten wir Ungarn helfen – nicht aus Steuermitteln, sondern über die Banken –, weil wir wünschten, daß Ungarn seine derzeitigen Schwierigkeiten (VP pflichtet lebhaft bei) überwinde. Gelingen dies nicht, würde die ganze Modernisierungsbewegung im Warschauer Pakt zusammenbrechen. Ungarn sei ein Paradebeispiel, auch für Gorbatschow.

Was Gorbatschows Politik angehe – so BK weiter –, so glaube er, daß Gorbatschow wolle, was er sage. Skeptisch bleibe er – BK – allerdings, ob er es auch schaffe. VP fragt, ob BK Probleme hinsichtlich der Kontrolle über den Zentralapparat sieht.

BK erwidert, nach seiner Einschätzung habe Gorbatschow sehr wohl die Herrschaft fest in Händen, könne aber die Leute, das Volk, nicht durch Dekrete zwingen, 60 Jahre Erziehung zu vergessen; Probleme selber zu lösen, statt sie nach Moskau abzuschieben; und das zu tun, was gestern noch verboten gewesen sei (Exkurs: Probleme bei Firmenkooperation). So beziehe das Volk eben eine abwartende Haltung.

Gorbatschow erscheine ihm wie ein Mann, der von einem Teich löffelweise eine Drei-Zentimeter-Ölschicht abschöpfen wolle: Die Schicht werde zwar dünner, aber das Öl bleibe.

Gorbatschow sei zwar klüger als Chruschtschow, aber er müsse eine Welt bewegen!

Für den Westen, und gerade auch für die USA und ihren nächsten Präsidenten, gelte es zu begreifen, welche großen Chancen sich heute bieten. Gorbatschow sei in einer Übergangssituation und werde dies noch einige Jahre sein. Vielleicht habe er tatsächlich Erfolg (und ihm – BK – könne dies nur recht sein), vielleicht habe er keinen Erfolg und müsse „Kommando zurück“ geben. Aber in dieser Situation habe der Westen gute Karten in der Hand.

Dies gelte insbesondere für Rüstungskontrolle und Abrüstung. Hier müsse man vernünftig, ohne Illusionen vorgehen. Wichtigster Grundsatz bleibe: Abrüstung ist kein Wert an sich. Am Ende des Abrüstungsprozesses muß die Sicherheit größer – nicht geringer – sein.

Im Westen gebe es Leute, die Gorbatschow für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen hätten – eine absurde Idee. Er – BK – sei dafür, Gorbatschow zu glauben, aber die Taten müßten noch kommen. Jetzt steuere man ein INF-Abkommen an, dann aber müsse es weitergehen: Mit START, CW, konventionellen Waffen, Systemen unter 500 km Reichweite. Dabei wäre es eine Illusion zu glauben, daß es am Ende eine denuklearisierte Welt geben könne.

Sein besonderes Augenmerk – so BK weiter – müsse er darauf richten, daß der WP konventionell immer stärker werde, moderne Angriffswaffen zuführe und damit die Invasionsfähigkeit erhöhe. Zwischen Kiew und der deutschen Grenze stünden 150 000 Mann Luftlandetruppen (auf seiten der NATO 25 000) – gerade diese bekämen nun moderne Luftlandepanzer. Warum? Um die Invasionsfähigkeit zu erhalten! Auch werde bei uns völlig übersehen, daß die SU weiterhin große Anstrengungen auf dem Gebiet der Zivilverteidigung unternehme (VP pflichtete bei).

Er – BK – fürchte nicht, daß die SU einen Krieg beginnen wolle, aber ihre Taktik sei klar: Weiter in einer Lage zu bleiben, die Westeuropäer in Furcht und Schrecken zu versetzen. Sowjetische Idealvorstellung sei dabei, daß ein Narr Präsident der USA werde und sein Land in den Isolationismus zurückführe. Dann könne die SU über Leute wie Kinnock in GB und die SPD und die Grünen bei uns ihre politischen Vorstellungen durchsetzen.

Der Westen müsse in dieser Situation eine klare Position haben. Wichtig sei insbesondere, daß die USA ihren Kurs weitersteuerten. Der Westen habe gute Karten. Die wirtschaftliche Situation in Osteuropa werde schwierig bleiben, die menschliche Kommunikation zunehmen (Exkurs über Besuchsreisen aus der DDR) und die Differenzierung der östlichen Gesellschaft zunehmen: Funktionäre, die wie bisher Privilegien hätten – Leute mit Zugang zu westlicher Währung und westlichen Gütern –, „arme Teufel“, die nichts von beidem haben. Dies könne nicht auf Dauer gut gehen. Die Schwäche der Regime bedeute, daß wir die besseren Karten hätten. Jedoch müsse man seine Politik nicht als Hundertmeterlauf, sondern als Marathon konzipieren: Genau dies sei seine Politik gegenüber der DDR.

VP sieht in dem von BK angesprochenen US-Isolationismus zwar keinen Grund akuter Sorge, es gebe jedoch im Lande eine Unterströmung, die frage: Warum immer wir? Warum sind wir weltweit involviert? Warum zahlen wir und nicht jemand anderes? In der Präsidentschaftskampagne werde voraussichtlich in beiden Parteien mit solchen Argumenten gearbeitet werden. Es wäre schlecht für den Westen insgesamt, wenn diese Stimmung zunehme.

BK pflichtet lebhaft bei und erinnert, daß die kostspieligste Torheit der USA in diesem Jahrhundert die Abreise Wilsons aus Paris und der nachfolgende Isolationismus der USA gegenüber Europa nach dem Ersten Weltkrieg gewesen sei.<sup>11</sup> Dieser Fehler sei die USA teuer zu stehen gekommen: Er erinnere an die Toten und materiellen Opfer des Zweiten Weltkriegs und an die Veränderungen der Welt, die dieser Krieg hervorgebracht habe. Dies müsse man auch dem Mann in Chicago klarmachen können.

VP sieht dies genauso, fürchtet aber, daß isolationistische Argumente nicht leicht vom Tisch zu bringen sein werden. So werde der Präsident größte Mühe haben, sein Veto gegen die jetzt vom Kongreß vorbereiteten Handelsgesetze<sup>12</sup> durch-

<sup>11</sup> Nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags am 28. Juni 1919 verließ Präsident Wilson die Pariser Friedenskonferenz noch am selben Tag. Der amerikanische Kongreß verweigerte die Ratifizierung des Vertrags.

<sup>12</sup> Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 7. September 1987: „Die Diskussion über das neue US-Handelsgesetz (omnibus trade bill), mit dem die zukünftige Ausrichtung der amerikanischen Handelspolitik (Beibehaltung der bisherigen liberalen, weltoffenen, dem multilateralen Handelssystem verpflichteten Politik oder eine stärker auf die Wahrung amerikanischer Interessen ausgerichtete, notfalls in bilateralen Absprachen und mit protektionistischen Maßnahmen durchgesetzte Politik) im wesentlichen vorgegeben wird, ist in ihre entscheidende Phase eingetreten. Ein Vermittlungsausschuß beider Häuser des Kongresses wird ab Mitte September versuchen, einen einheitlichen Gesetzestext zu erarbeiten. Die von Repräsentantenhaus und Senat verabschiedeten Vorlagen werden von der EG als teilweise protektionistisch und GATT-widrig, aber auch von der amerikanischen Administration vor allem wegen der Beschneidung der Befugnisse des US-Präsidenten abgelehnt. In den sehr umfangreichen Vorlagen, die neben handelspolitischen Regelungen auch wirtschaftliche und soziale Maßnahmen vorsehen, finden sich zahlreiche Bestimmungen, die den Entscheidungsspielraum der Administration begrenzen, Verhandlungsziele der Uruguay-Runde durch einseitige Regelungen präjudizieren, anerkannte GATT-Regeln einseitig auslegen oder den Schutz der heimischen Industrie

zuhalten. Das Argument, man müsse die Jobs im Lande behalten, sei nur schwer zu widerlegen.

Daß man jetzt am Vorabend eines ersten Rüstungskontrollabkommens stehe, sei eine gute Sache. Dies sei der Festigkeit des Präsidenten zu verdanken, die er auch gewahrt habe, als die sowjetische Propaganda ihn verleumdet habe.

Was – so VP – werde nun nachkommen? Die Chancen hinsichtlich START und CW stünden nicht schlecht. Gewisse Probleme sehe er bei den konventionellen Waffen. Hier gelte es, den Schwung aufrechtzuerhalten. Hingegen würde er hinsichtlich der Kurzstreckensysteme eher Vorsicht walten lassen.

BK verdeutlicht unser Interesse, daß der Prozeß überhaupt weitergeht. Er stelle keine Position vor die andere, sondern alle nebeneinander:

- START: Hier sei er sicher, daß es Fortschritte geben werde, weil USA und SU sehr direkt daran interessiert sind.
- CW: Er halte diese Waffen tatsächlich für entbehrlich.
- Konventionelle Waffen: Eigentlich das Wichtigste!

Man habe im Westen wahrscheinlich einen Fehler gemacht, als man vor vielen Jahren nicht mit konventionellen Waffen den Rüstungskontrollprozeß begonnen habe.

- Kurzstreckenwaffen: Wenn man seitens der USA und des Westens die doppelte Null-Lösung proklamiere, stelle sich ganz natürlich auch die Frage der Kurzstreckenwaffen. Sie sei vor allem ein psychologisches Problem, das er anders sehen müsse als Frau Thatcher („Brandmauer“ bei 500 km, darüber abbauen, darunter nachrüsten). Natürlich könne man sich nicht auf eine dritte Null-Lösung einlassen, obwohl einige Narren in unserem Lande dies forderten. Wir brauchten vielmehr vernünftige Obergrenzen – und das heiße, daß die Sowjets von ihrem gegenwärtigen Rüstungsniveau herunter müßten (583 Scud-B, zu denen es kein westliches Gegengewicht gebe).

In der Sache gebe es mit ihm – BK – natürlich ein Arrangement, dies habe sich auch bei der Pershing Ia gezeigt. Er wolle auch in Zukunft hilfreich sein. Aber er könne nicht für alles den Kopf hinhalten, vielmehr müsse die Lösung für uns Deutsche erträglich sein – und (die Auslassung des Bereichs unter 500 km) sei für uns Deutsche nicht erträglich!

VP sagt zu, diese Überlegungen des BK Präsident Reagan, den er Anfang nächster Woche sehe, zu übermitteln. Er selbst sehe nach dem INF-Abkommen, nach Fortschritten bei START und CW die nächste Priorität bei den konventionellen Waffen.

BK betont, für ihn sei wichtig, daß Abrüstung „ganzheitlich“ gemacht werde. Man müsse weg von punktueller Betrachtung, man brauche ein Gesamtkonzept. Dabei dürfe es im Bündnis keine unterschiedliche Sicherheit geben! Dies sei für uns ein psychologisches Problem, weil unser Territorium Glacis der NATO sei und wir eine Wehrpflichtarmee hätten.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1395*

in protektionistischer Weise ausbauen. Ein Inkrafttreten dieser Regelungen in der jetzigen Form würde die amerikanischen Handelspartner zu Gegenmaßnahmen veranlassen.“ Vgl. Referat 411, Bd. 144312.

Bei der Stationierungsfrage habe sich gezeigt: Wenn die Deutschen nicht stehen, könne man die NATO vergessen. Das wisse auch Gorbatschow. Zwei Gründe hätten ihn an den Verhandlungstisch zurückgebracht: SDI und eben die Stationierung. Ohne diese beiden gäbe es heute keine Verhandlungen und morgen kein Abkommen. Dies müsse für alle eine Lektion sein. Wenn wir zusammenstehen, die Dinge mit Ruhe angehen, eine klare und vernünftige Sprache sprechen, dann verstehe dies auch Gorbatschow. Und diese Sprache könne er – BK – auch seinen Leuten hier vermitteln. Was sie aber nicht verstünden, wäre, daß die Bundesrepublik Deutschland weiterhin die (sc. konventionelle) Hauptlast trägt, ihre Sicherheit aber nachläßt.

In den nächsten 14 Tagen – so BK weiter – werde entschieden, wie wir die USA hinsichtlich des Golf-Engagements entlasten könnten.<sup>13</sup> Zwar könnten wir nicht selbst in den Golf gehen, würden aber zusätzliche Aufgaben im Atlantik oder im Mittelmeer übernehmen. Er habe kürzlich mit MP Gorla darüber gesprochen<sup>14</sup>; dieser werde ihm zur Haltung Italiens hinsichtlich eines Mittelmeer-Engagements Bescheid geben – dann aber werde bei uns entschieden. Es bestehe kein Zweifel, daß wir unsere Freunde unterstützten.

Gerade deshalb wiederhole er die Bitte, uns auch in der Abrüstungsfrage psychologische Unterstützung zu geben (Exkurs: Verhältnis von CDU-Anhängern zu USA „enttäuschte Liebe“). Wichtig – so BK – sei, sich auf die gemeinsamen Interessen zu besinnen und gemeinsam zu handeln. Er sei optimistisch!

VP betont, die USA bewegten sich nicht in Richtung Isolationismus und würden niemand anders für sich bezahlen lassen. Er habe BK lediglich von Unterströmungen berichtet, die man nicht leichtnehmen dürfe.

Was die Rüstungskontrolle angehe, werde man jetzt das INF-Abkommen erreichen, dann werde man zu START weitergehen: Dies alles werde die Unterstützung des amerikanischen Volkes finden. Sowjetische Besorgnisse über die Ratifizierung des INF-Abkommens seien unbegründet. Die USA seien auf dem richtigen Wege.

BK pflichtet bei und bittet, Präsident Reagan seinen Dank für enge Konsultation, insbesondere in den letzten Wochen, zu übermitteln.

<sup>15</sup>VP weist darauf hin, der Präsident sei betroffen von Umfragen in Europa gewesen, nach denen Gorbatschow von sechs Mal mehr Leuten als „friedliebend“ angesehen worden sei als Reagan. Derartige „Anti-Reagan-Stimmung“ schlage sich auch in amerikanischen Leitartikeln nieder – und Gorbatschow fasziniere sie.

BK sieht einen Grund darin, daß Gorbatschow im Gegensatz zu seinen Vorgängern („alte Bären“) ein moderner Sowjetführer sei. Andererseits aber darin, daß von sowjetischer Seite mit erheblichem Geldeinsatz (jährlich 100–120 Mio. allein in unserem Land) derartige Stimmungen und Desinformationen geschürt würden.

<sup>13</sup> Zur Entsendung von Schiffen der Bundesmarine in das Mittelmeer vgl. Dok. 279.

<sup>14</sup> Für das deutsch-italienische Regierungsgespräch am 28. September 1987 vgl. Dok. 271.

<sup>15</sup> An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Kölsch handschriftlich: „[Ab hier] Koord[inator].“ Vgl. Anm. 1.



Er selbst trete ständig öffentlich gegen antiamerikanische Stimmungen und gegen Verunglimpfungen des Präsidenten auf. Er wolle aber auch sagen: Wenn man die Deutschen vor die Entscheidung stelle, wem sie tatsächlich ihre<sup>16</sup> Sicherheit anvertrauen wollten, dann sei völlig klar: 8:2 für die USA!

Andererseits verkenne er nicht, daß im Gegensatz zu früheren Zeiten die persönlichen Verbindungen zwischen uns und Amerika weniger geworden seien und man in Gefahr stehe, sich auseinanderzuleben. Gerade an diesem Punkt setze er mit aller Energie an: verstärkter Jugendaustausch, Kontakte der Universitäten, Einladungsprogramm für Senatoren und Kongreßabgeordnete. Besondere Aufmerksamkeit müsse auch dem Bild des jeweils anderen Landes in den Medien gewidmet werden: Zum Teil werde Haarsträubendes berichtet, weil so mancher Journalist außer der Hauptstadt und wenigen dortigen Informanten nichts und niemand kenne. Er – BK – sei jedenfalls fest entschlossen, noch mehr gegen antiamerikanische Stimmungen zu tun. Botschafter Burt und sein Vorgänger<sup>17</sup> seien dabei wertvolle Stützen.

VP dankt dem Bundeskanzler und Frau Kohl für ihren persönlichen Einsatz für USO<sup>18</sup>: Es sei wichtig, daß die Leute auf beiden Seiten des Atlantiks diese Geste sehen und würdigten.

VP dankt dem Bundeskanzler für das Gespräch.

Anwesend auf amerikanischer Seite: Botschafter Burt, Stabschef des Vizepräsidenten, Fuller, Sicherheitsberater des Vizepräsidenten Gregg (Note-taker), Dolmetscherin; auf deutscher Seite: Staatsminister Dr. Stavenhagen, MD Teltschik, VLRI Dr. Kaestner (Note-taker), VLRI Weber (Dolmetscher).

**Referat 204, Bd. 135404**

<sup>16</sup> Korrigiert aus: „seine“.

<sup>17</sup> Arthur F. Burns.

<sup>18</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke notierte am 15. Oktober 1987: „Am 27.10. d.J. findet in Frankfurt am Main eine Fundraising-Gala-Veranstaltung der United Service Organizations (USO) (Central European Headquarters: Römerstraße 104, 6900 Heidelberg) statt, die bei einem Betrag von \$ 1000 pro Teilnehmer einen Reinertrag von \$ 1 Mio. für die Arbeit von USO in Deutschland erbringen soll. Regierungsvertreter werden als Gäste eingeladen. Frau Kohl, der am 29.6. d.J. in Washington der International Service Award der USO verliehen wurde, und Botschafter Burt bemühen sich, ein prominentes und finanzkräftiges Publikum aus dem Bundesgebiet und den USA zu versammeln. Prominente Persönlichkeiten (u.a. Kissinger) haben ihre Teilnahme zugesagt; der Herr Bundeskanzler hat seine Teilnahme in Aussicht gestellt. [...] Die Betreuung der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte ist ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung. Die 1941 von Bob Hope gegründeten United Service Organizations, Inc., eine für die Betreuung der Soldaten und vor allem ihrer Familienangehörigen hochangesehene gemeinnützige Organisation, leistet hierzu einen hervorragenden Beitrag. Die Bundesregierung hat USO in der Vergangenheit wiederholt auch finanziell gefördert (Spende im Jahre 1981 in Höhe von DM 900 000; Juni 1987: weitere Spende der Bundesregierung in Höhe von US-\$ 100 000 übergeben durch Frau Kohl).“ Vgl. Referat 204, Bd. 135416.



## 275

**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher****201-363.52-1276/87 geheim****30. September 1987<sup>1</sup>**Über Herrn Dg20, Herrn D2<sup>2</sup> Herrn Staatssekretär<sup>3</sup> zur Unterrichtung<sup>4</sup>

Betr.: Dritte Sitzung der Interministeriellen Kommission (IMK) zur Vorbereitung des Abzugs chemischer Waffen (CW) aus der Bundesrepublik Deutschland im BMVg am 29.9.1987

Anlg.: 1<sup>5</sup>

1) Am 29.9.1987 traf sich die auf der Grundlage des BSR-Beschlusses vom 15.5.1986<sup>6</sup> ins Leben gerufene Interministerielle Kommission (IMK) zu ihrer dritten Sitzung.<sup>7</sup>

Die IMK hat den Auftrag, zeitgerecht die Vorstellungen für einen sicheren Abzug der in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten CW-Altbestände zu erarbeiten und abzuschließen. Für die Sicherheit der Planung und Durchführung des Abtransports wird sowohl für die Grundlage der Arbeit in der IMK wie auch für die jetzt und später notwendig werdende Beteiligung weiterer Stellen durch Fachressorts die strikte Anwendung des Grundsatzes „need to know“ zugrunde gelegt. Die Fortgeltung dieses Beschlusses wurde von dem Vorsitzenden, Generalmajor Hüttel, auch diesmal wieder nachdrücklich unterstrichen. Der Kreis der Wissensträger soll im Interesse einer störungsfreien Durchführung des Abtransports möglichst klein gehalten werden.<sup>8</sup>

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher und Vortragendem Legationsrat Bertram konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 30. September 1987 vorgelegen, auch in Vertretung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen.

<sup>3</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 1. Oktober 1987 vorgelegen.

<sup>4</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Elbe am 7. Oktober 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 14. Oktober 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]V[orlage] 16.10.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 14. Oktober 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Ministerialdirigent von Ploetz an Referat 201 verfügte und handschriftlich vermerkte: „[S]iehe| Fragen BM Seiten 2 + 4. T[ermin] bei BM 16.10. Ref[er]at| 201 ist telefonisch| vorab unterrichtet.“ Vgl. Anm. 8 und 11–13.

Hat Ploetz am 14. Oktober 1987 erneut vorgelegen, auch in Vertretung Richthofens.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die Tabelle „Interministerielle Arbeitsgruppen“ vgl. VS-Bd. 12145 (201).

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „13.5.1986“.

<sup>7</sup> Zur ersten und zweiten Sitzung der Interministeriellen Kommission zum Abzug der chemischen Waffen der USA aus der Bundesrepublik am 10. November 1986 bzw. 3. Februar 1987 sowie zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 15. Mai 1986 vgl. Dok. 27.

<sup>8</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was heißt das? Ist AA beteiligt? Wer ist es?“

Zu dieser Frage vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher am 14. Oktober 1987: „Die IMK wurde auf der Grundlage des BSR-Beschlusses vom 1[5].5.1986 unter der Federführung des BMVg am 10.11.1986 gegründet. Ihr gehören von Anfang an als Mitglieder an: Auswärtiges Amt; Bundesministerium des Innern; Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; Bundesministerium für Verkehr und als Beobachter das Bundeskanzleramt. Wegen der besonderen Sensitivität des Themas gilt für die Arbeit der IMK der Grundsatz, Kenntnis nur, wenn nötig, auch

2) Auf der zweiten Sitzung der IMK am 3. Februar 1987 waren erste Arbeitsüberlegungen des BMVg für den späteren Abzugsplan der CW erörtert worden. Diese Überlegungen wurden während der deutsch-amerikanischen Konsultationen über den Abzug der in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten CW-Altbestände am 2./3. Juli 1987<sup>9</sup> weiter vertieft und ausgearbeitet sowie in ersten Einzelheiten bereits konkretisiert.

Übereinstimmung besteht, daß der Abtransport nach Antransport auf der Straße zum Verladebahnhof mit dem Zug zum Hafen erfolgen wird, von wo der Weitertransport dann mit dem Schiff erfolgt.

Die IMK geht aufgrund der eindeutigen amerikanischen Zusicherungen sowie eigener Inaugenscheinnahme (1. Juni 1987 durch eine kleine Gruppe von Angehörigen des BMVg, AA, BK-Amt) von der absoluten Lager- und Transportsicherheit der unitären amerikanischen CW in der Bundesrepublik Deutschland aus. Einige als „verdächtig“ ausgesonderte CW sind gegenwärtig versiegelt gelagert. Die US-Seite bekräftigte, daß sowohl für diese wie auch für die restlichen kein Transportrisiko bestehe. Oberstes Ziel der Arbeit der IMK ist es, die Sicherheit des Transports zu optimieren.

3) Die US-Seite ließ in den bisherigen Gesprächen mit der IMK keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie zu ihrer Verpflichtung aus der seinerzeitigen Vereinbarung Bundeskanzler Kohl/Präsident Reagan<sup>10</sup> steht, die bei uns gelagerten unitären CW-Bestände bis spätestens Ende 1992 abzuführen.<sup>11</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1399*

innerhalb der Kommission. Vertreter anderer Ressorts wurden deshalb bislang nicht hinzugezogen, sollen jetzt aufgrund der fachlichen Notwendigkeit für die Erarbeitung des Abzugsplanes jedoch unter strengem Auswahlkriterium zur Mitarbeit eingeladen werden. Für das Auswärtige Amt sind als Vertreter in der IMK gemeldet: Dg 20, RL 201 und RL i. V. 201.“ Vgl. VS-Bd. 12145 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>9</sup> Vortragender Legationsrat Bertram notierte am 7. Juli 1987 zu den deutsch-amerikanischen Konsultationen über den Abzug amerikanischer chemischer Waffen aus der Bundesrepublik am 2./3. Juli 1987 im Bundesministerium der Verteidigung: „Die Gespräche verliefen in einer sachbezogenen und sehr guten Atmosphäre. Die amerikanische Delegation war sichtlich bemüht, alle Fragen der deutschen Seite, die zum Teil bereits vorher übermittelt worden waren, erschöpfend zu beantworten. [...] Die amerikanische Seite unterstrich in einem Vortrag erneut die absolute Lager- und Transportsicherheit der unitären amerikanischen CW. Im gesamten amerikanischen CW-Arsenal sei die in Deutschland gelagerte Munition die sicherste. Die US-Seite bestätigte die uns bereits bekannte Information, daß im Anschluß an die amerikanische Überprüfung der CW-Munition 1979 bis 1981 65 der Geschosse ausgesondert worden seien. Es bestehe keine Gefahr eines Lecks, jedoch sei die Aussonderung eine notwendige Vorsichtsmaßnahme gewesen.“ Die Delegation der Bundesrepublik habe „sehr nachdrücklich“ auf das Interesse hingewiesen, „daß das Abzugsdatum strikt eingehalten werden könne“. Die amerikanische Seite habe versichert, daß es keine Verzögerungen geben werde. Vgl. VS-Bd. 12145 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>10</sup> Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan erzielten am Rande des Weltwirtschaftsgipfels vom 4. bis 6. Mai 1986 in Tokio Einvernehmen über den Abzug der chemischen Waffen der USA aus der Bundesrepublik. Vgl. dazu das Schreiben Kohls an Reagan vom 13. Mai 1986; AAPD 1986, I, Dok. 139.

<sup>11</sup> Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Zu diesem Zeitpunkt soll der Abzug vollendet sein. Er soll aber im Dezember 1987 beginnen.“ Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher am 14. Oktober 1987: „Gem[äß] der mit den USA getroffenen Vereinbarungen werden die chemischen Waffen in der Bundesrepublik Deutschland ersatzlos bis spätestens 1992 aus der Bundesrepublik Deutschland abgezogen, falls die Endfertigung binärer Waffen in Amerika im Dezember 1987 beginnen kann. Der Abzug soll 1992 vollendet sein. Es wurde jedoch kein Datum für den Abzugsbeginn vereinbart. Unser Verständnis ist jedoch, dies so schnell wie möglich durchzuführen. Die IMK hat sich deshalb die zeitliche Grobvorstellung vorgegeben: Fertigstellung des Rahmenplanes bis zum 1.10.1987 (wurde im wesentlichen erreicht). Zwei weitere Jahre für Detailarbeit.“ Vgl. VS-Bd. 12145 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

Voraussetzung für den fristgerechten Abzug ist die Produktionsaufnahme der binären CW in den USA bis Ende 1987.

Der gegenwärtige Stand der Behandlung im amerikanischen Kongreß läßt erwarten, daß dieses Datum eingehalten werden kann. Das Repräsentantenhaus hatte im Sommer 1987 sein Haushaltsermächtigungsgesetz (authorization bill) mit einem (Aspin-)Amendment verbunden, das den Abzug der in Europa (d.h. nur bei uns) gelagerten CW-Bestände erst dann erlaubt, wenn binäre CW in wenigstens einem Land in Europa stationiert werden. Der US-Senat lehnte am 24.9.1987 in seinen Abstimmungen über sein Ermächtigungsgesetz (authorization bill) zwei Amendments der Senatoren Hatfield und Pryor ab, den Zusammenbau der neuen CW-Artilleriemunition mit Nervengas für ein Jahr zu stoppen sowie die Produktion der „Bigeye“-Bombe aufzuhalten.

Die Senatsentscheidungen fördern die Politik der Administration, fristgerecht mit der Produktion der binären CW zu beginnen, und werden in den Medien auch als ein erster Erfolg für sie gewertet. Über das Amendment des Repräsentantenhauses muß allerdings noch im Vermittlungsausschuß (vermutlich ab Mitte Oktober) entschieden werden. Eine Presidential Directive, mit der die Produktion binärer CW unter Beachtung bzw. Erfüllung der Forderungen des Kongresses eingeleitet werden soll, wird gegenwärtig im Pentagon erarbeitet. Die zeitgerechte Durchführung der Produktionsaufnahme bzw. des Zusammenbaus hängt damit sowohl von den noch ungewissen Ergebnissen des Vermittlungsausschusses sowie der Reaktion des Kongresses auf die ausstehende Presidential Directive als auch – für die Produktion der „Bigeye“-Bombe – von den hierfür noch ausstehenden Testergebnissen ab.

4) Die dritte Sitzung der IMK am 29.9.1987 diente im wesentlichen der Beratung der Entscheidung über die Einschaltung weiterer Bundesressorts, zusätzlicher nachgeordneter ziviler und militärischer Dienststellen/Experten sowie der Bildung weiterer Arbeitsgruppen. Die Beratungen der IMK hatten als Ergebnis, daß

- der erneut erörterte Rahmenentwurf<sup>12</sup> für einen Abzugsplan der amerikanischen CW der Rahmen bleibt und weiter verfeinert werden soll auf der Grundlage, daß der Transport in der Bundesrepublik Deutschland mit der Eisenbahn erfolgen soll, daß aber die Zuziehung von Experten die einzelnen Modalitäten hinsichtlich des Transportes ergeben wird;
- einige Arbeitsgruppen (vgl. Anlage) jetzt eingerichtet werden sollen. Eine Beteiligung des Auswärtigen Amtes ist hier bei der Arbeitsgruppe für Kosten, Haftung und Rechtsfragen vorgesehen. Die Arbeitsgruppen sollen zunächst vom BMVg einberufen werden mit dem Ziel, in den Arbeitsgruppen dann festzulegen, wo die Verantwortung für die von den Arbeitsgruppen als notwendig bezeichneten Arbeitsschritte (Ressorts, Länder) liegen wird;
- die notwendige Heranziehung weiterer Stellen oder Personen in der Verantwortung der beteiligten Ressorts liegen soll, wobei jedoch der Grundsatz des „need to know“ strikt beachtet werden muß;

<sup>12</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vorlage!“

Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher am 14. Oktober 1987, der „Entwurf eines Transportplanes, soweit er bislang in der IMK besprochen wurde“, werde vorgelegt. Vgl. VS-Bd. 12145 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

- für die weiteren Arbeitsschritte es nun darauf ankommt, daß der BMVg die Arbeitsgruppen einberuft und daß die Arbeitsgruppen ihre Arbeit umgehend aufnehmen.

Zu Beginn des nächsten Jahres (Januar/Februar 1988<sup>13</sup>) sollen erneut bilaterale deutsch-amerikanische Expertengespräche über die Abzugsplanung stattfinden. Die IMK wird im Anschluß daran als „steering committee“ erneut zusammen-treten<sup>14</sup>, um das Ergebnis dieser Gespräche sowie dann vorhandene Arbeits-ergebnisse der eingerichteten Arbeitsgemeinschaften zu bewerten.

Dreher

VS-Bd. 12145 (201)

## 276

### Brigadegeneral Fraidel, Paris, an das Auswärtige Amt

114-5821/87 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 2219  
Citissime

Aufgabe: 2. Oktober 1987, 13.52 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 2. Oktober 1987, 18.26 Uhr

Betr.: Deutsch-französische militärische Zusammenarbeit;  
hier: Kecker Spatz<sup>2</sup>, deutsch-französischer Verteidigungsrat

Sachstand

Aus einem Gespräch am 1.10.1987 mit dem Fünf-Sterne-Luftwaffengeneral Fleury (seit Oktober 1987 Chef des militärischen Sonderstabes von Staatspräsi-dent Mitterrand und damit Nachfolger des Fünf-Sterne-Heeresgenerals Forray,

<sup>13</sup> Die Wörter „Januar/Februar 1988“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Warum erst dann?“  
Zu dieser Frage vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dreher am 14. Oktober 1987: „Die nächste Sitzung der IMK wird Januar/Februar 1988 erst deshalb stattfinden, weil der amerikanischen Seite zwischenzeitlich zahlreiche Detailfragen zu Transport- und Risikoeinschätzung übermittelt worden sind, die jetzt durch Abklärung innerhalb des großen amerikanischen Apparates beantwortet werden. [...] Auf der Grundlage dieser Antworten wird dann die nächste Sitzung stattfinden.“ Vgl. VS-Bd. 12145 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>14</sup> Die vierte Sitzung der Interministeriellen Kommission zum Abzug der chemischen Waffen der USA aus der Bundesrepublik fand am 4. Februar 1988 statt.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17.

Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 5. Oktober 1987 vorgelegen, der für Referat 201 handschriftlich vermerkte: „Ein sehr aufschlußreicher Bericht. Bitte bei der Analyse berücksichtigen.“ Ferner verfügte Ploetz die Wiedervorlage.

<sup>2</sup> Das gemeinsame Manöver „Kecker Spatz“ der Bundeswehr und der Force d'Action Rapide (FAR) der französischen Streitkräfte fand vom 17. bis 24. September 1987 in Bayern und Baden-Württemberg statt. Dazu teilte das Bundesministerium der Verteidigung mit: „Die deutsch-französische Heeres-übung 1987 findet in dieser Größe zum ersten Mal statt und hebt damit die Bedeutung dieses Manö-vers über alle bisherigen hervor. [...] Insgesamt werden rund 20 000 französische und 55 000 deutsche Soldaten mit etwa 20 000 Kraftfahrzeugen, darunter 800 Kampfpanzer, und 390 Hubschraubern üben.“ Vgl. BULLETIN 1987, S. 695.

dem die Leitung des Secrétariat Général de la Defense Nationale/SGDN, d. i. Beraterstab des Premierministers Chirac, übertragen wurde), das auf dessen Einladung hin zustande kam, halte ich für den o. a. begrenzten Verteiler<sup>3</sup> m. d. B. um Wahrung der Vertraulichkeit fest:

1) Nach Auffassung von General F. war die deutsch-französische Heeresübung ein großer Schritt vorwärts, hatte große Bedeutung und war insgesamt ein großer Erfolg. Die Manöver zeigten den beiderseitigen Willen zur militärischen und militärpolitischen Zusammenarbeit, sie charakterisierten die Position Frankreichs innerhalb der bestehenden NATO-Abkommen, und sie zeigten für den Fall eines Angriffs auf die Bundesrepublik Deutschland auf, daß Frankreich dieser zur Hilfe eilt und darüber hinaus den Alliierten insgesamt.

An dieser Tatsache ändern auch nichts die mehr oder weniger bedeutenden Schwierigkeiten, die es bei der Vorbereitung der Manöver gegeben haben mag, die aber in jedem Falle von der Presse überzeichnet wurden.<sup>4</sup> Nach seiner Ansicht muß in Zukunft insbesondere die gemeinsame Ausbildung der Offiziere weiter ausgebaut werden. Die Erhöhung der ausgetauschten Offiziere seit Februar 1986, als die Idee hierzu konkretisiert wurde<sup>5</sup>, von vier auf 20 ist zwar erfreulich, aber absolut nicht ausreichend.<sup>6</sup> Auch wenn dies teuer ist, so müßte dennoch eine effektive Prozedur des Fortschritts auf diesem Gebiet gefunden werden. Probleme beim Ablauf der Manöver sollte es dann aus unterschiedlichen ausbildungs- und operationellen Auffassungsgründen bei zukünftigen Manövern nicht mehr geben. Schlimm genug sei, daß es interne französische Meinungsverschiedenheiten gebe, wie z. B. bei der Frage, ob die FAR der 1. Französischen Armee unterstellt gehört oder ob sie selbständig bleiben solle. Während die erstere Überlegung von der 1. Französischen Armee gefordert sei, bestehe der FAR-Befehlshaber<sup>7</sup> auf Selbständigkeit, Unabhängigkeit, da der Einsatzraum der FAR über die Operationszonen der 1. Französischen Armee hinausgehen könne. Mit dieser Erläuterung werde die deutsche Seite jetzt vielleicht besser verstehen, warum die FAR von einem Vier-Sterne-General und Teile der 1. Fran-

<sup>3</sup> Das Fernschreiben war im Auswärtigen Amt an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen gerichtet sowie im Bundesministerium der Verteidigung an Staatssekretär Rühl, Generalinspekteur Wellershoff, die Leiter der Stabsabteilungen II und III im Führungsstab der Streitkräfte, Brigadegeneral Richardsen bzw. General Hüttel, und den Mitarbeiter im Referat Fü S III 1, Oberstleutnant i. G. Millotat.

<sup>4</sup> Gesandter Rouget, Paris, teilte am 29. September 1987 mit: „Starke Beachtung in den französischen Medien haben Vorbereitung, Durchführung und Abschluß des deutsch-französischen Manövers ‚Kecker Spatz‘ in Süddeutschland gefunden. Die Manöverberichterstattung geht, neben der Hervorhebung der generell guten bilateralen militärischen Zusammenarbeit, auch auf sichtbar gewordene Schwächen wie Schwierigkeiten durch Kommunikation, unterschiedliche Ausrüstung und Doktrinen ein.“ Das Hauptaugenmerk der französischen Presse gelte jedoch dem durch Staatspräsident Mitterrand bekannt gemachten „Vorschlag zur Schaffung eines deutsch-französischen Verteidigungsrates, der insgesamt mit einer eher verhalten positiven Reaktion aufgenommen worden“ sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2184; Referat 201, Bd. 424485. Vgl. dazu auch den Artikel „Daumen senken“; DER SPIEGEL, Nr. 40 vom 28. September 1987, S. 135–139.

<sup>5</sup> Bei den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris beschlossen Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand eine gemeinsame Offiziersausbildung von Armeegehörigen beider Staaten: „In einer ersten Phase, die spätere Fortentwicklungen einschließt, ist vorgesehen, ab 1986/87 gemeinsame Lehrgänge für Offiziere abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich abzuhalten.“ Vgl. BULLETIN 1986, S. 180. Vgl. dazu auch AAPD 1986, I, Dok. 61.

<sup>6</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent von Ploetz mit Kreuz hervorgehoben.

<sup>7</sup> Paul Lardry.

zösischen Armee von einem Drei-Sterne-General geführt würden, was jedoch keine militärische Auswirkung habe.

Zusammengefaßt waren die Manöver ein „politisches Engagement unseres Landes für die Verteidigung von West-Europa“. Dieses klare Bekenntnis hat seit 1966, dem Austritt Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO<sup>8</sup>, etwas lange auf sich warten lassen, und es ist verständlich, wenn viele (Franzosen und Nicht-Franzosen) die eigentliche Position Frankreichs nicht immer voll verstanden haben. Tatsächlich hat diese Politik Widersprüche, denn zum einen enthält sie die NATO-Zugehörigkeit und zum anderen die autonome Entscheidungsfreiheit.

Frankreich ist derzeit dabei, etwas zu finden, das das Verständnis dieser Politik für alle vereinfacht, die übrigens uns allen letztlich nur Vorteile und keine Nachteile bringt. Und dies hat die Übung aus französischer Sicht aufzeigen wollen, denn mit ihr wurde der Bundesrepublik Deutschland und im erweiterten Sinne der NATO verständlich gemacht, daß Frankreich seine Abmachungen einhält, sich aufgrund der gemachten Zusagen engagiert und dies ohne Druck von irgendeiner Seite. All dies muß französischerseits der Bundesrepublik Deutschland und auch dem französischen Volk verständlich gemacht werden.

Übrigens gäbe es auch Widersprüche in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. So wünsche die Bundesrepublik Deutschland einerseits die Annäherung mit Frankreich und halte – verständlicherweise – am Schutz der USA fest.<sup>9</sup> Des weiteren: Es gibt zwei deutsche Staaten, und der Wunsch nach Wiedervereinigung ist nur zu verständlich, aber selbst, wenn man diese anstrebe, so möchte man die Sicherheit des westlichen Bündnisses doch nicht aufgeben.<sup>10</sup> Fazit: Es muß jeder seine spezifischen Auffassungen und Probleme kennen und dem anderen verständlich zu machen versuchen.

2) Zum Problem der Einladung bzw. Nichteinladung des SACEUR<sup>11</sup> und weiterer Repräsentanten der NATO auf MNC<sup>12</sup>-Ebene<sup>13</sup> stellte General Fleury fest, daß alles, was wie eine Annäherung an die NATO im militärisch-strukturellen Sinne aussieht, als Aufgabe der nationalen Unabhängigkeit gedeutet wird. Man läuft dabei stets auf „rohen Eiern“, und obwohl dies nichts mit den einzelnen Parteien zu tun hat, gibt o. a. Zusammenhang immer Anlaß zu politischen Mißtönen (sujet de discorde politique). Man muß daher in Frankreich sehr vorsichtig sein und auch in der Bundesrepublik Deutschland, denn dort könnte die An-

<sup>8</sup> Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

<sup>9</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent von Ploetz mit Frage- und Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>10</sup> Der Passus „möchte man ... aufgeben“ wurde von Ministerialdirigent von Ploetz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hier ist Erklärungsbedarf.“

<sup>11</sup> John R. Galvin.

<sup>12</sup> Major NATO Command.

<sup>13</sup> In der Presse wurde berichtet: „Der Vorsitzende des Militärausschusses der NATO, General Altenburg, und der neue NATO-Oberbefehlshaber Europa, der amerikanische General Galvin, die dem deutsch-französischen Manöver ‚Kecker Spatz‘ offizielle Besuche abstatten wollten, sind von der Bundeswehr auf französische Intervention hin wieder ausgeladen worden.“ Statt dessen seien die Repräsentanten der NATO gebeten worden, „die zur NATO-Manöverserie ‚Autumn Forge‘ gehörenden Übungen zu besuchen“. Vgl. den Artikel „NATO-Generäle beim Manöver ‚Kecker Spatz‘ ausgeladen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 24. September 1987, S. 1.



näherung an Frankreich ja auch als Abdriften von der NATO gesehen werden. Seitens Frankreichs sei jedoch in keinem Falle eine Schwächung der NATO vorgesehen, sondern im Gegenteil: Die noch stärkere Zusammenarbeit bzw. der noch festere Verbund von zwei Nationen innerhalb der NATO festigt diese selbst noch mehr. Alles, was die NATO schwächt, schwächt auch Frankreich. Aus französischer Sicht war die Präsenz hoher NATO-Vertreter nicht gegeben, weil damit auch deutlich wurde, daß die FAR nicht der NATO zugeordnet ist, „auch wenn beim ersten Schuß von Feindesseite die FAR mit der NATO kämpft“. Staatspräsident Mitterrand hat aus all diesen Gründen die Bundesrepublik Deutschland gebeten, von den o. a. Einladungen Abstand zu nehmen.

3) Von meiner Seite auf die Ankündigung eines deutsch-französischen Verteidigungsrates und die diesbezüglichen Äußerungen des französischen Staatspräsidenten angesprochen<sup>14</sup>, äußerte General Fleury, daß dies nicht vorgesehen gewesen, sondern eine spontane Antwort auf die Frage eines Journalisten gewesen sei, wobei er gleich anfügte, daß dies keine bestellte Frage eines Journalisten gewesen sein könne, denn der Verteidigungsrat sei über Absprachen Elysée/Matignon nicht hinausgegangen. Er selbst sei sehr verärgert darüber gewesen, und er habe Verständnis für die deutsche Seite, die sicherlich wie viele in Frankreich sich gewünscht hätte, erst dann darüber zu sprechen, wenn konkrete inhaltliche Aussagen dazu gemacht werden können. (Dies hat übrigens auch VM Giraud in einem kürzlichen Interview so formuliert: „Derzeit Idee, jetzt mit Fleisch füllen.“<sup>15</sup>)

Tatsächlich sei der Verteidigungsrat ja die Idee unseres Bundeskanzlers gewesen, und Frankreich gehe mit uns einig, daß damit kein Konflikt mit den Gremien der NATO oder WEU aufkommen dürfe oder diesen der Elan entzogen werden solle. Der Verteidigungsrat ändert nicht viel, aber er ist ein Symbol zur Institutionalisierung dessen, was man macht (Mitterrand: „donnera de la puissance et de la majesté à ce qui existe!“).

Auf meine Bemerkung hin, daß wichtige deutsche Persönlichkeiten durch die Schaffung eines Verteidigungsrates ein Abdriften von den USA befürchten könnten, während Frankreich seine Unabhängigkeit für Atomwaffen und konventionelle Truppen behalte und nicht in die NATO integriere, antwortete General Fleury, daß man in Frankreich die Sorge habe, daß dies fallweise geschehen könnte, daß Frankreich dies aber nicht bewirken wolle und deshalb Wege und Mittel suche, dies zu verdeutlichen und zu informieren. Tatsächlich habe man sich 1966 bei Austritt aus der militärischen Integration (DPC/NPG<sup>16</sup>) ein Pro-

<sup>14</sup> Vgl. die deutsch-französischen sicherheitspolitischen Konsultationen am 23. September 1987; Dok. 273.

In einer gemeinsamen Pressekonferenz in Manching mit Bundeskanzler Kohl nach dem Besuch des Manövers „Kecker Spatz“ bestätigte Staatspräsident Mitterrand am 24. September 1987, es gebe Planungen und bereits Verhandlungen für einen Verteidigungsrat beider Staaten. Für den Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (September/Oktobre), S. 66–68. Für den deutschen Wortlaut vgl. FRANKREICH-INFO, Nr. 24 vom 7. Oktober 1987, S. 3f.

<sup>15</sup> Brigadegeneral Fraidel, Paris, berichtete am 1. Oktober 1987, der französische Verteidigungsminister Giraud habe in einem Rundfunkinterview mit dem Sender France-Inter am 28. September 1987 die Idee des geplanten deutsch-französischen Verteidigungsrats als „äußerst interessant“ bezeichnet, jedoch die vorzeitige Bekanntgabe durch Staatspräsident Mitterrand kritisiert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2204; Referat 201, Bd. 143337.

<sup>16</sup> Korrigiert aus: „DPC/NPC“.



blem geschaffen und seitdem kein geeignetes Gremium gefunden, um über eine gemeinsame Strategie zu sprechen. So kennt Frankreich, insbesondere nach der doppelten Null-Lösung, nicht das strategische Konzept der USA, und es ist deshalb von großer Bedeutung, daß FRA mit der Bundesrepublik Deutschland über Probleme der strategischen Verteidigung Europas sprechen kann. Hierzu wäre der Verteidigungsrat eine Möglichkeit, aber wiederum keinesfalls zur Schwächung der NATO. Auch der Staatspräsident Mitterrand habe gesagt: Der deutsch-französische Verteidigungsrat stellt keinen Widerspruch zum NATO-Bündnis dar, die Schaffung geschieht im Rahmen der Allianz. Und General Fleury führte weiter an, daß nach seiner persönlichen Meinung der deutsch-französische Verteidigungsrat die gleiche Ebene haben könne wie das DPC und dabei ein Mittel für Frankreich wäre innerhalb der Allianz (Gremium „au sein de l'Alliance“).

Im weiteren stellte ich die Frage, ob ein Angriff auf die FAR oder deren Vernichtung einen atomaren Gegenschlag Frankreichs auslöse. Die Antwort war spontan: Natürlich, das ist offensichtlich. Er sage dies wieder aus seiner persönlichen Beurteilung heraus, aber nur wenige andere <sup>17</sup>werden es auch sagen, und bestimmt niemand wird es so schreiben. Dabei verwies er auf das Buch von Mitterrand: *Réflexions sur la politique de la France*, S. 98/99 (s. Originaltext am Ende des FS<sup>18</sup>), wo die „Philosophie“ des Einsatzes der FAR beschrieben ist. General Fleury ergänzte noch: Wenn die UdSSR davon ausgehen muß, daß USA, GB und FRA atomar zurückschlagen, wenn sie die Bundesrepublik Deutschland angreifen, dann könne man dort ruhig schlafen. Und zum Einsatz der FAR als Reserve bemerkte er, daß dies eine gute Lösung für die Vorverteidigung der NATO sei, denn wenn sie statt dessen dort selbst eingebunden sei, wer würde dann die notwendigen (zuverlässigen) Reserven stellen?

Für meine Feststellung, daß die Entwicklung der Verteidigungsdoktrin Frankreichs in der Bundesrepublik Deutschland mit großem Interesse verfolgt werde, hatte er volles Verständnis. Und tatsächlich tue sich ja etwas in der französischen Verteidigungsdoktrin, bei der Frankreich<sup>19</sup> zwar weiterhin unabhängig bleibe, aber bei der die Verteidigung des Landes heute an der Elbe beginne. Hierzu ist Frankreich gezwungen, weil es in seinem Interesse liegt, den gemeinsamen Raum zu verteidigen, und es ist damit offensichtlich, daß der französische Nuklearschirm die Bundesrepublik Deutschland abdeckt. Nur eben dies wird niemand sagen, und der potentielle Feind soll auch nicht wissen, welche Entscheidung der Staatspräsident Frankreichs treffen wird. Man wird niemals schreiben, bis wohin sich die Nuklearverteidigung erstreckt. Die Bundesrepublik Deutschland wünscht vielleicht eine Präzisierung, aber diese würde die gemeinsame Stärke schwächen.

Auf die Erwähnung zweier Presseartikel, daß Frankreich sich über den Verteidigungsrat eine bedeutendere Rolle in Europa und der Welt aneignen wolle (Prawda<sup>20</sup>) und man hierzu die Bundesrepublik Deutschland total in ein West-

<sup>17</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2220 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>18</sup> Dem Vorgang beigelegt war ein Textauszug aus François MITTERRAND, *Réflexions sur la politique extérieure de la France*. Introduction à 25 discours, 1981–1985, Paris 1986, S. 98 f.

<sup>19</sup> Korrigiert aus: „bei der sich Frankreich“.

<sup>20</sup> Vgl. dazu den Artikel „Derzkij vorobej“ („Kecker Spatz“); PRAWDA vom 26. September 1987, S. 5.

bündnis eingliedern müsse, so daß keinerlei eigene Überlegungen mehr gegeben sein können (ehemaliger Außenminister Cheysson), bemerkte General Fleury, daß dies Presse- bzw. Personenäußerungen seien, die er nicht nachvollziehen könne. Tatsächlich würde man sich in Frankreich auch zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten Gedanken machen und habe Verständnis für diesen Wunsch, wie schon gesagt, aber man wisse auch, daß die Bundesrepublik Deutschland an den freiheitlichen Grundwerten der Demokratie festhalte und das System der DDR kenne.

Wichtig sei, so beschloß General Fleury das Gespräch, daß man sich gegenseitig die Position erläutere und verständlich mache. Die Pressekonferenz in Manching sei eine gute Sache gewesen, und er hoffe, daß es bald schon weitere positive Schritte in die eingeschlagene Richtung einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit im militärpolitischen und militärisch-operationellen Bereich geben werde. Hierzu kann der offizielle Besuch des französischen Staatspräsidenten in der Bundesrepublik Deutschland<sup>21</sup> ebenso beitragen wie die Vorbereitungen zur 25-Jahres-Feier des Elysée-Vertrages<sup>22</sup>.

#### Bewertung

General Fleury hat vor seiner jetzigen Dienststellung die strategischen Luftstreitkräfte Frankreichs (Mirage IV mit atomaren Luft-Boden-Flugkörpern mittlerer Reichweite und die strategischen Flugkörper des Plateau d'Albion) befehligt, er ist somit bestens vertraut mit der Nuklearstrategie Frankreichs und hat den Präsidenten zurückliegend bereits in diesem Bereich beraten. Das vielleicht ausführlicher und offener gewordene Gespräch als ursprünglich gedacht seitens Generals Fleury, vorgesehen ca. 30 Min., Dauer 1 Std. 15 Min., gibt einen guten Überblick zum augenblicklichen „Umbruch“ in der Verteidigungsdoktrin Frankreichs sowie zur Problematik der NATO-Zugehörigkeit einerseits und der nationalen Unabhängigkeit/Entscheidungsfreiheit andererseits. General Fleury, der mir seit vielen Jahren bekannt ist, sprach tatsächlich sehr offen, bat jedoch darum, daß seine Aussagen vertraulich behandelt werden. In gleicher Weise hat er meine Ausführungen zur Kenntnis genommen, die ich zur Ausladung des SACEUR gemacht habe (Großübung von Freunden, Verwehren der Teilnahme hat militärischen Schaden angerichtet, Vertreter der deutsch-französischen Linie wurden enttäuscht etc.), und sein persönliches Bedauern darüber ausgedrückt, wie es letztlich dazu gekommen ist.

[gez.] Fraidel

**VS-Bd. 12087 (201)**

<sup>21</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 12./13. November 1987 in Karlsruhe vgl. Dok. 315, Dok. 316 und Dok. 318.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.

## 277

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Grósz

Geheim

7. Oktober 1987<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Ministerpräsidenten der Ungarischen Volksrepublik, Károly Grósz (Bonn, 7.10.1987, 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr)<sup>2</sup>; hier: Vieraugengespräch

Der *Bundeskanzler* (BK) begrüßt Ministerpräsident Grósz (MP) herzlich und bittet ihn, Generalsekretär Kádár seine Grüße zu übermitteln – er hoffe, ihn in nicht zu ferner Zeit wieder treffen zu können.<sup>3</sup>

Die bilateralen Beziehungen – so BK weiter – seien glücklicherweise geschichtlich nicht belastet. In den letzten 100 Jahren habe man manches Auf und Ab gemeinsam erlebt. Wir respektierten unsere unterschiedlichen Systeme.

Bei alledem hätten sich die deutsch-ungarischen Beziehungen in den letzten fünf Jahren, seit seinem Amtsantritt als Bundeskanzler, glänzend entwickelt. Ungarn sei des öfteren im Warschauer Pakt hilfreich gewesen – dafür danke er und wolle diese Möglichkeit auch in Zukunft nützen.

Derzeit seien wir in eine hochinteressante weltpolitische Lage eingetreten, bei der z.Zt. niemand sagen könne, was am Ende herauskomme. Was GS Gorbatschow in seinem Land und den Beziehungen zu anderen Ländern tue, beobachteten wir mit größtem Interesse und mit Sympathie: Er hoffe, daß alles so eintreffe, wie dies beabsichtigt werde, doch bleibe er Realist und warte die Entwicklung ab. Teil seiner Politik sei jedoch, in dieser Zeit des Übergangs so viel Positives zustande zu bringen wie irgend möglich.

Weltpolitisch gehe es in erster Linie um Abbau von Spannungen. Wir überschätzen uns als Deutsche nicht, seien aber immerhin wichtigster Partner der USA in Europa und stellten innerhalb der NATO das stärkste konventionelle Kontingent. Deshalb habe unsere Stimme bei den amerikanischen Freunden und im Bündnis Gewicht – wir hätten sie eingesetzt, damit jetzt ein erster Abrüstungsvertrag zustande komme. Er – BK – habe sowjetischen Gesprächspartnern immer wieder gesagt, es gelte, mit dem gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten Verträge zu schließen – sonst trete eine Pause bis mindestens 1990 ein. Dabei könne heute niemand wissen, wer der nächste US-Präsident sein werde.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 8. Oktober 1987 gefertigt.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Grósz besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 10. Oktober 1987. Für das anschließende Delegationsgespräch mit Bundeskanzler Kohl am 7. Oktober 1987 sowie Grósz' Gespräche mit Bundesminister Genscher und Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker am 8. Oktober 1987 vgl. die Gesprächsaufzeichnungen; Referat 214, Bd. 139488.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte Ungarn vom 21. bis 23. Juni 1984 und traf am 22. Juni 1984 in Budapest mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, zusammen. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 173, Anm. 16.

<sup>4</sup> Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

Aus all diesen Gründen habe er auch seine Entscheidung zur Pershing Ia<sup>5</sup> getroffen. Er wolle aber klarstellen: Ein INF-Abkommen könne nur der erste Schritt sein. Alle Anstrengungen wären vergeblich, wenn es nur bei diesem Schritt bliebe. Vielmehr müßten weitere hinzukommen: hinsichtlich der chemischen Waffen, der interkontinental-strategischen Raketen, der Raketen unter 500 km Reichweite und – was uns Deutsche am meisten bedrücke – hinsichtlich der konventionellen Überlegenheit der Sowjetunion.

Ein Satz aus dem Genfer Gipfel-Kommuniqué Reagan/Gorbatschow<sup>6</sup> sei für ihn besonders wichtig: Es gehe darum, die Beziehungen auf breiter Front zu verbessern, in Fragen der Abrüstung, der Wirtschaft, der Kultur, der Menschenrechte, des Sports usw. Er könne nur hoffen, daß sich die Dinge so entwickelten. Wir wollten unseren Beitrag dazu leisten.

Derzeit sei Bonn Anlaufstelle für viele wichtige sowjetische Besucher. Dabei spüre er, daß – bildlich gesprochen – nach fünf Jahren Peitsche nunmehr vielleicht fünf Jahre Zuckerbrot kommen sollen. Beides berühre seine festen Positionen nicht – er werde aber gerne auf das freundlichere Klima eingehen, wenn dabei etwas an Verbesserung für die Menschen herauskomme. Vielleicht erhielten wir interessante Angebote. Bei alledem – das solle MP wissen – würden wir aber nicht vergessen, was unsere ungarischen Partner und Freunde in den vergangenen fünf Jahren für uns getan haben. Deshalb werde man heute auch eine Vereinbarung unterzeichnen, wie sie in dieser Form noch mit keinem Staat des Warschauer Pakts abgeschlossen worden sei – gedacht auch als Signal für andere.

MP Grósz habe vor kurzem eine schwierige Aufgabe übernommen.<sup>7</sup> Unsere Zeitungen schrieben sogar von „Himmelfahrtskommando“. Auch er – BK – habe hier ein Himmelfahrtskommando. Er – BK – wünsche MP, daß er mit seiner Reform Erfolg habe und die ungarische wirtschaftliche Position sich verstärke. Die Bundesregierung trage durch eine Kreditbürgschaft das ihre dazu bei.<sup>8</sup> Er hoffe ferner, daß auch die von MP angestrebte gesellschaftliche Öffnung durchgesetzt werden könne. Der Weg sei richtig!

<sup>5</sup> Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690. Vgl. dazu auch AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>7</sup> Zum Amtsantritt des Ministerpräsidenten Grósz am 25. Juni 1987 vgl. Dok. 135, Anm. 2.

<sup>8</sup> Referat 421 notierte am 7. Juli 1987: „Seit 1985 hat sich die Wirtschaftslage Ungarns erheblich verschlechtert. Klimabedingte Produktionsausfälle, mangelnde Steigerung der Produktivität, steigender Inflationsdruck, die Verschlechterung der ungarischen Terms of Trade, vor allem aber anhaltende Strukturprobleme der Wirtschaftsreform haben zu stagnierenden bis rückläufigen Wachstumsraten und zu einer beträchtlichen Außenverschuldung geführt. [...] Die Verbindlichkeiten Ungarns in konvertibler Währung sind seit Mitte der 70er Jahre rasch angestiegen. Während Ungarns internationale Refinanzierungsmöglichkeiten bisher relativ gut waren, zeigt sich in jüngster Zeit zunehmende Skepsis bei westlichen Banken hinsichtlich der Gewährung neuer Kredite. Die ungarische Schulden-situation könnte sich damit einer kritischen Grenze nähern.“ Vgl. Referat 421, Bd. 140303.

In der Presse wurde berichtet, im Laufe des Besuchs von Ministerpräsident Grósz vom 7. bis 10. Oktober 1987 in der Bundesrepublik, werde „auch ein Kreditabkommen mit Ungarn unterzeichnet werden, für das die Bundesrepublik die Bürgschaft übernimmt; Ungarn ist derzeit das am stärkste verschuldete Land im COMECON. Regierungssprecher Ost bestätigte, daß ein Bankenkredit in Höhe einer Milliarde Mark an Ungarn gegeben werden soll.“ Vgl. den Artikel „Bonn bürgt für einen Bankenkredit an Budapest von einer Milliarde“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 8. Oktober 1987, S. 1.

BK bietet MP enge persönliche Zusammenarbeit und direkte Kontaktaufnahme an.

MP dankt für Empfang und reichhaltiges Programm, was er auch als eine Wertschätzung der langjährigen bilateralen Beziehungen empfindet.

MP lädt sodann BK zu einem Besuch Ungarns ein, sobald er dies zeitlich ermöglichen könne (BK dankt).<sup>9</sup> Auch GS Kádár sende herzliche Grüße (Exkurs über Reisepläne des Generalsekretärs).

Ungarn – so MP weiter – habe seit 30 Jahren eine Politik mit spezifischen Elementen entwickelt, die von politischen Stimmungen unabhängig und langfristig angelegt sei und die zielstrebig fortgesetzt werde. Die ungarische Regierung, an deren Spitze er stehe, werde dies auch in Zukunft tun.

Was die Einschätzung der internationalen Lage durch BK angehe, so könne er nur zustimmen: Die Entwicklung sei jetzt an einem Punkt angelangt, der, wenn man ihn verpasse, nur schwer wieder herbeizuführen sei. Während zwischen den Großmächten in den vergangenen zehn Jahren eine merkwürdige Arrhythmie zu verzeichnen gewesen sei – war die eine Seite gesprächsbereit, war es die andere nicht, und umgekehrt –, bewegten sich heute beide, wenn auch aus verschiedenen Gründen, in gleiche Richtung. Dies sei ein historischer Moment, den man nutzen müsse.

Ungarn habe mit bescheidenen Mitteln schon lange versucht, beizutragen, daß dieser Punkt erreicht werde. Dies habe es als seine Verpflichtung empfunden.

Die Bundesrepublik Deutschland – hierbei von viel größerer Bedeutung – habe in den letzten Wochen und Monaten Schritte getan, deren Bedeutung weit über die Grenzen Europas hinausgehe. Die Entscheidung des Bundeskanzlers zur Pershing Ia sei überall sehr hoch geschätzt worden, wobei er nicht nur als Ungar spreche, sondern auch die Meinung seiner Gesprächspartner der letzten Zeit wiedergebe.

Ungarn begrüße dies um so dankbarer, als es angesichts seiner geographischen Lage den „Luftzug“ stärker spüre als andere. Deshalb sei es für Ungarn lebenswichtig, daß dieses Klima, dieser Kurs, auf Dauer erhalten bleibe.

Ungarn habe sogenannte Freunde, die seinen Versicherungen nicht glaubten, daß die Grenzen unveränderlich seien. Damit stehe aber nicht in Widerspruch, die Völker einander näher zu bringen, Grenzen müsse man nicht mit Waffen niederreißen, sie aber überwinden.

Was die Entwicklung in der Sowjetunion angehe, wolle er, um das Bild des BK aufzunehmen, sagen: Ein Himmelfahrtskommando gebe es nicht nur in Budapest und Bonn, sondern auch in Moskau. Was man dort vorantreibe, werde noch auf sehr große Schwierigkeiten stoßen und nur bei Überwindung großer Hindernisse erfolgreich sein. Es werde nicht aus einem Triumphzug bestehen, man werde vielmehr Tiefpunkte erleben – dabei sei es aber ein großer Fehler, nur auf die Höhepunkte und auf die Gipfel zu schauen.

Anders als die Bundesrepublik Deutschland könne Ungarn dabei jedoch nicht abwarten.

<sup>9</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte Ungarn vom 16. bis 18. Dezember 1989. Für sein Gespräch mit Ministerpräsident Németh am 16. Dezember 1989 in Budapest vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 124.

*BK* wirft ein, die heute mit Ungarn zu schließende Vereinbarung sei seine Antwort auf diese Entwicklung, er wolle, daß sie Erfolg habe.

*MP* fährt fort, er glaube, daß trotz aller Schwierigkeiten die Politik in der Sowjetunion siegen werde, weil es keine andere Alternative gebe. Der Prozeß müsse zu Ende geführt werden, er nähre sich nicht mehr nur aus Stimmungselementen.

Dabei sei er – *MP* – nicht überzeugt, daß die gleichen Leute, die den Prozeß begonnen hätten, ihn auch zum Siege führen würden.

Auf Frage des *BK* nach möglichen Rückschlägen erwiderte *MP*, Ungarn habe dabei handfeste Erfahrungen. Seit 20 Jahren habe es eine Politik geführt, auf ein Ziel hingesteuert, ohne immer zu wissen, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Bei diesem Prozeß sei es aus eigenem Versäumnis zu Fehlern gekommen. Dabei sei Ungarn auf diesem Wege lange Strecken allein gegangen. Wenn es heute Leute gebe, die sich lauter zu Wort meldeten als Ungarn, so beeinträchtige dies die ungarische Entschlossenheit nicht. Ungarn werde seinen Kurs unbeirrt fortsetzen, nicht spektakulär, sondern durch zähe, harte Arbeit und nicht frei von Rückschlägen und Mißerfolgen.

Ungarn – so *MP* weiter – habe das alte Wirtschaftsmodell verworfen, weil es den Anforderungen der Zeit nicht mehr entsprochen habe. Von dem, was man jetzt in einer zweiten Reformperiode durchführe, hätten viele Leute gesagt, daß es praktisch unmöglich sei. Die Regierung tue es dennoch, weil es nichts anderes sei als die konsequente Vollendung und Durchführung des ursprünglichen Gedankens unter ganz anderen Bedingungen, wozu er auch ein günstiges internationales Umfeld rechne. Ungarn schaue nach vorn und sei fest entschlossen, trotz aller Schwierigkeiten die Strukturen aufzubauen und zu entwickeln, die heutigen Erfordernissen entsprechen.

Dabei wolle er anmerken, daß die internationale Presse die ungarischen Probleme – so groß die Sorgen auch seien – übertreibe.

Er wolle keinen Zweifel lassen: Sein Land könne nur vorwärts gehen und nicht zurück. Hilfen, wie die heute mit der Bundesrepublik Deutschland zu unterzeichnenden Vereinbarungen einschließlich der Kreditbürgschaft, verzeichne er mit Dankbarkeit, wisse aber zugleich, daß die Schlacht zu Hause gewonnen werden müsse. Wenn die ganze Erneuerung in der Sozialistischen Gemeinschaft scheitere, könne dies unabsehbare Folgen haben (*BK* stimmt lebhaft zu).

Dabei wolle er – *MP* – unterstreichen: So wichtig das Geld sei, noch wichtiger sei, daß die Menschen lebten, ihre Kontakte pflegten, ein Netzwerk von Beziehungen aufbauten. Deshalb gelte es, auch in unserem Verhältnis über die wirtschaftlichen Beziehungen hinaus die politischen, geistigen, kulturellen Bindungen zu entwickeln. Die Menschen und Völker müßten einander näher kommen und sich verstehen. Wichtig sei, daß die eine Million Touristen aus der Bundesrepublik Deutschland, die 1987 nach Ungarn kommen, sich wohl fühlten, ebenso wie die 350 000 Ungarn, die die Bundesrepublik Deutschland besuchten. Ebenso wichtig sei, daß die etwa 200 000 Ungarn-Deutschen ihre kulturelle Tradition und ihre Muttersprache unter guten Bedingungen pflegen könnten. Wichtig sei, daß selbst ungarische Fahnenflüchtige, die sich in die Bundesrepublik Deutschland begeben hätten, ihr Vaterland nicht zu verleugnen brauchten, sondern zurückkehren könnten. Wichtig schließlich auch die Tatsache, daß bei BMW 400 ungarische



Arbeiter beschäftigt seien, die hohe Arbeitskultur und die deutsche Sprache lernten.

Er – MP – verdeutliche dies alles, um der Wertung des BK zuzustimmen, daß man die Zusammenarbeit auf breiter Palette fortentwickeln müsse. Wie BK sehe er die Beziehungen als Ganzes und freue sich überdies, daß BK ihm, wenn nötig, Kontaktaufnahme auf kurzem Wege angeboten habe – er komme darauf gern zurück.

Ungarn werde, dessen sei er überzeugt, seine Schwierigkeiten überwinden. Dabei stehe man mit dem jetzt begonnenen Vorhaben vor einer schwierigen Periode und müsse auf Kämpfe, Spannungen und Verleumdungen gefaßt sein. Er brauche BK nicht zu erklären, was es bedeute, im Parlament eine Steuerreform durchzusetzen. Seit 40 Jahren habe man den Leuten erklärt, Steuern seien etwas Böses, etwas Kapitalistisches, deshalb gebe es sie im Sozialismus nicht. Jetzt müsse man sie im Bewußtsein der Öffentlichkeit verständlich machen. Dies werde natürlich auf Widerstand stoßen. Dabei gebe es in Ungarn eine zahlenmäßig kleine, von manchen aufgebauchte politische Opposition in Ungarn, die die Regierung von rechts kritisiere. Aber auch von links stehe sie unter Druck. Trotzdem sei Ungarn entschlossen, seinen Weg zu Ende zu gehen. So werde man ungarisches Privatkapital stärker in die Wirtschaft einbeziehen. So habe man vor kurzem die zulässige Zahl von Beschäftigten in Privatbetrieben verdoppelt. Bereits heute werde 25–27% des Bruttosozialprodukts aus privater Produktion erzeugt. Die Unternehmensautonomie werde weiter ausgebaut. Ungarn sei interessiert an gemischten Unternehmen, Joint-ventures. Die dafür geschaffenen Bedingungen seien in der Sozialistischen Gemeinschaft einmalig. Kurzum: Ziel der ungarischen Politik sei es, das Land in eine Lage zu versetzen, wo es den Konkurrenzkampf unter Marktbedingungen – im Inneren und auf dem Weltmarkt – aufnehmen könne. Ungarn glaube an den nüchternen Menschenverstand. Deshalb würden auch die, die heute noch Vorbehalte gegenüber diesem Kurs hegten, einsehen, daß er am besten den Interessen des Landes entspreche.

Daß Ungarn bei diesem Kurs Freunde in der Welt habe, bedeute eine große Rückendeckung.

*BK* nimmt das Stichwort „Freunde“ auf und betont, Ungarn könne sich auf uns verlassen. Was wir zur Unterstützung tun könnten, wollten wir tun. Im Delegationskreise wolle man noch über Möglichkeiten in den Beziehungen EG–Ungarn<sup>10</sup> sprechen<sup>11</sup> (folgt Lob für Botschafter Horváth).

Zu den heute abzuschließenden Projekten – so BK – wolle er folgendes sagen:

- Das Abkommen über Schutz und Förderung von Investitionen, dessen Ratifikationsurkunden man heute austauschen werde, sei ein wichtiger Schritt,

<sup>10</sup> Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Ungarn vgl. Dok. 260, Anm. 23.

<sup>11</sup> Im Delegationsgespräch dankte Ministerpräsident Grósz am 7. Oktober 1987 „für die Unterstützung ungarischer Anliegen in der EG. [...] Durch Aufbau bilateraler Beziehungen wolle man dazu beitragen, daß es später zu allgemeinen Beziehungen EG–RGW kommen könne. Deshalb gelte es, den bilateralen Dialog EG–Ungarn, aber auch mit anderen RGW-Mitgliedern, voranzubringen. Dabei müsse aber klar sein, daß Ungarn ein anderes Verhältnis zu den EG-Ländern habe als andere sozialistische Länder. Ungarn sei z. B. seit 15 Jahren GATT-Mitglied.“ Ministerialdirektor Schomerus, Bundesministerium für Wirtschaft, legte dar, die Bundesregierung werde sich weiterhin für eine den Wünschen Ungarns entgegenkommende Regelung einsetzen. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139488.



eine Weichenstellung zu noch intensiverer industrieller Kooperation.<sup>12</sup> Auf diesem Felde sei Ungarn bereits jetzt innerhalb des RGW „Rekordhalter“.

- Wichtig sei auch das Abkommen über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit<sup>13</sup>. Hier habe die Bundesrepublik Deutschland viel zu bieten (Exkurs über Forschungspolitik der Bundesregierung). Wenn die (Abrüstungs-)Verträge zwischen Ost und West zustande kommen, werde es im Atlantischen Bündnis auch eine neue Diskussion über COCOM geben. Bei derartigen Diskussionen denke er – BK – auch immer an die ungarischen Freunde.
- Die Bundesregierung unternehme eine besondere Anstrengung, die ungarische Reformpolitik zu unterstützen und zur Entwicklung der beiderseitigen wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit beizutragen. Deshalb garantiere die Bundesregierung einen ungebundenen Bankenkredit in Höhe von 1 Mrd. DM.<sup>14</sup> Dies sei über das Materielle hinaus ein bewußtes Signal; wir wünschten, daß der ungarische Weg erfolgreich sei.
- Die kulturellen Vereinbarungen seien Ausdruck europäischer Gesinnung (Exkurs: Europa nicht gleich EG, Warschau und Krakau europäische Städte, Donau fließt mitten durch Europa). Er – BK – könne MP nur zustimmen, daß die kulturellen Verbindungen gepflegt werden müßten. Zwar stünden in der internationalen Politik oft Wirtschaftsfragen im Vordergrund, in der Geschichte seien aber die kulturellen Beziehungen eine ungeheure Kraft. Gerade deshalb sei es sehr wichtig, die alten kulturellen Beziehungen zwischen Deutschen und Ungarn stärker zu pflegen. Der Austausch von Kulturinstituten<sup>15</sup>,

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 30. April 1986 zwischen der Bundesrepublik und Ungarn über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil II, S. 439–443.

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen vermerkte am 5. Oktober 1987, der Vertrag trete einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Da die ungarische Ratifikationsurkunde bereits der hiesigen ungarischen Botschaft vorliege und auch von seiten der Bundesrepublik die Ratifikationsurkunde seit 1. Oktober 1987 vorliege, biete sich ein Austausch anlässlich des Besuchs von Ministerpräsident Grósz an, am besten „im direkten Anschluß an die für den 7.10.1987, 18.00 Uhr, im Info-Saal des Bundeskanzleramts vorgesehene Unterzeichnung der Vereinbarung über die gegenseitige Errichtung von Kultur- und Informationszentren“. Vgl. Referat 214, Bd. 139488.

<sup>13</sup> Referat 430 notierte am 17. September 1987, das vom 2. bis 4. Juni 1987 in Budapest und am 15./16. September 1987 in Bonn verhandelte Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn über Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung sei zusammen mit dem Durchführungsprogramm am 16. September 1987 paraphiert worden und trete am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft: „Das WTZ-Abkommen enthält in Art[ikel] 11 die Frank-Falin-Klausel. Die Einbeziehung des Berliner Forschungspotentials ist durch das erste Programm zur Durchführung des Abkommens i[n] V[erbindung] m[it] Art. 4 Abs[at]z 5 des Abkommens sichergestellt“. Vgl. Referat 421, Bd. 140300.

Für den Wortlaut des Abkommens vom 7. Oktober 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 243 f.

<sup>14</sup> Für den Kreditvertrag zwischen der Ungarischen Nationalbank und der Deutschen Bank vom 7. Oktober 1987 vgl. Referat 421, Bd. 140300.

<sup>15</sup> Ministerialdirektor Witte informierte Bundesminister Genscher am 7. August 1987 über die Einigung auf einen Vertragstext mit Ungarn zur wechselseitigen Errichtung von Kulturinstituten: „Damit ist es, wenn man von dem Sonderfall Rumänien absieht, erstmals gelungen, mit einem Staat des Warschauer Paktes ein Abkommen über die Errichtung von Kulturinstituten zu erzielen. Der deutsch-ungarischen Vereinbarung kommt im Hinblick auf unsere Bemühungen, mit Bulgarien und Polen, langfristig auch mit der Sowjetunion, ähnliches zu erreichen, Modellcharakter zu. Auch für die laufenden Verhandlungen mit der VR China ist die Vereinbarung mit Ungarn hilfreich.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139525.

Für den Wortlaut der Vereinbarung vom 7. Oktober 1987 zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und Ungarns über die gegenseitige Errichtung von Kultur- und Informationszentren vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 163 f.

den er sehr begrüße, entspreche im übrigen unserem beim KSZE-Kulturforum Budapest<sup>16</sup> gemachten Vorschlag.

- Die Vereinbarung über die Unterstützung kultureller Einrichtungen der deutschen Minderheit und Förderung der deutschen Sprache in Ungarn<sup>17</sup> sei für uns ganz besonders wichtig. Wir wollten nach den enormen Bevölkerungsverschiebungen während und nach dem Zweiten Weltkrieg keine weiteren Völkerwanderungen. Vielmehr wollten wir, daß unsere Landsleute, die ungarische Staatsbürger seien, die heute vereinbarten Möglichkeiten hätten, ihre kulturelle Tradition im Lande zu pflegen. Dieses Besuchsergebnis werde – dessen sei er sicher – die langfristigste Wirkung haben. Bereits heute abend würden Millionen in beiden Teilen Deutschlands und darüber hinaus es über die Fernsehschirme, morgen in der Presse erfahren. Im übrigen habe dies auch beachtliche wirtschaftliche Auswirkungen, bis hin zum Tourismus. Ein Deutscher, der Ungarn besuche, sage sich: Dies ist das Land, das auch unsere Landsleute anständig behandelt.

Kurzum: Gerade diese Vereinbarung zeuge von europäischer Gesinnung. Gleichzeitig könne MP davon ausgehen, daß wir uns vollauf bewußt seien, daß das Thema für Ungarn sensibel sei – was wir respektieren würden.

Die Vereinbarung über die Förderung der Minderheiten – dies wolle er ganz offen sagen – sei für uns besonders wertvoll, weil wir in dieser Hinsicht in anderen WP-Staaten erhebliche Probleme hätten. Was Rumänien angehe, so säßen Deutsche und Ungarn in einem Boot. (MP: Leider wahr!) Hier sehe er – BK – keine andere Lösung als die, die 200 000 Landsleute, deren Lage verzweifelt sei, herauszuholen. Augenblicklich kämen etwa jährlich 15 000 Leute zu uns – und wir zahlten viel Geld dafür.<sup>18</sup> Er – BK – würde diese Menschen lieber heute als morgen alle herausholen, auch wenn es sehr viel Geld koste. Aber die Lage in Rumänien sei ungewöhnlich.

Im Falle eines anderen Landes, zu dem Ungarn sehr gute Beziehungen habe, könne MP vielleicht hilfreich sein: Er spreche von Polen. Alles was er – BK – vorhin zum deutsch-ungarischen Verhältnis gesagt habe, gelte im Verhältnis zu Polen nicht: Wir hätten riesige Probleme der Geschichte, nicht erst in jüngster Zeit, sondern seit vielen hundert Jahren. Russen, Preußen und Österreicher

<sup>16</sup> Zum KSZE-Kulturforum vom 15. Oktober bis 25. November 1985 in Budapest vgl. Dok. 106, Anm. 7.

<sup>17</sup> Ministerialdirigent Höynck übermittelte dem Bundesministerium für Wirtschaft am 9. Oktober 1987 einen Durchdruck der Vereinbarung „über die gegenseitige Errichtung von Kultur- und Informationszentren sowie einer Erklärung“. Dazu teilte er mit: „Die ‚Erklärung‘ ist zwar in der Öffentlichkeit unterschrieben worden, die ungarische Seite hat jedoch ausdrücklich gebeten, diesen Text nicht der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Es wird deshalb gebeten, die Einstufung dieser ‚Erklärung‘ zu beachten.“ Vgl. das Schreiben nebst Anlagen; Referat 421, Bd. 140300. Bundeskanzler Kohl teilte der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn mit Schreiben vom 15. Oktober 1987 mit, „daß wir anlässlich des Besuchs von Ministerpräsident Grósz erstmals mit einem Land des Warschauer Pakts eine konkrete Vereinbarung über die Unterstützung der Kulturarbeit der deutschen Minderheit, in so wichtigen Bereichen wie Ausbildung – vom Kindergarten bis zur Universität – und Förderung der deutschen Sprache, getroffen haben. Durch die Unterstützung von Bildungseinrichtungen wird das Erlernen der deutschen Sprache in Ungarn künftig erheblich erleichtert. Die Zusammenarbeit wird sich nicht nur auf eine Übersendung von Lehrmitteln beschränken, sondern es werden auch Dozenten zur intensiven Lehrerfortbildung entsandt und Stipendien für ungarische Deutschlehrer vergeben werden.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139517.

<sup>18</sup> Zur Ausreise Deutschstämmiger aus Rumänien vgl. Dok. 334.

hätten Polen geteilt. Über mehr als 100 Jahre habe es deshalb juristisch überhaupt kein Polen gegeben. Gerade deshalb habe er – BK – großen Respekt vor den Polen, vor ihrer ungewöhnlichen nationalen Kraft. Sie hätten in schwierigsten Zeiten durchgestanden – Deutsche und Polen seien aber auch immer schwierige Nachbarn gewesen. Andererseits habe Konrad Adenauer in seiner ersten Regierungserklärung 1949<sup>19</sup> – und er, BK, sehe sich in dieser Tradition – sich dazu bekannt, mit Frankreich, Polen und Israel Frieden und wenn möglich gute Nachbarschaft herzustellen.

Heute seien die Beziehungen zu F so gut wie nie (Exkurs zu häufigen deutsch-französischen Begegnungen vor den dortigen Wahlen<sup>20</sup>). Zu Israel sei das Verhältnis natürlich wesentlich komplizierter. Immerhin habe zu einer Verbesserung beigetragen, daß unser Land – was heute kaum jemand wisse – von 1954 bis 1990 100 Mrd. DM an Wiedergutmachung an Israel und an Einzelpersonen gezahlt habe bzw. zahlen werde. Dafür gebe es in der Geschichte kein Vorbild.

So bleibe Polen, und hier – wenigstens in polnischer Sicht – die Grenzfrage. Wenn man heute in der Bundesrepublik Deutschland über die Oder-Neiße-Grenze abstimmen lasse, würden mehr als 82/83 % der Bürger dafür stimmen, über diese Grenze nicht weiter zu reden. Aus Umfragen sei bekannt, daß Kinder von Vertriebenen zu noch höheren Prozentsätzen dieser Meinung seien. Es gebe bei uns keinen Revanchismus!

Was die Polen nicht begreifen wollten (in Wahrheit aber sehr gut begriffen), sei, daß wir den Friedensvertragsvorbehalt aufrechterhalten müssen. Wir hätten heute keinen Friedensvertrag, niemand wisse, ob es ihn je geben werde. Aber man könne nicht von uns erwarten, daß wir einseitig erklärten, ein Drittel des deutschen Staatsgebiets sei „weg“. Die Zeit jedoch arbeite völlig eindeutig – das Beste sei, das Gras wachsen zu lassen.

Er – BK – wolle die Beziehungen verbessern. Er habe bei der Beerdigung von GS Tschernenko lange mit General Jaruzelski darüber gesprochen<sup>21</sup>, in Wahrheit habe sich aber nicht viel bewegt. Dabei bestünden die Probleme fort. Wenn Polen nur einen in etwa vergleichbaren Schritt zugunsten der Deutschstämmigen tue, wie Ungarn ihn jetzt unternehme, würde sich das Klima schlagartig verbessern.

Wir hätten für Polen bereits viel getan, wenn man nach DM rechne, mehr als für jedes andere Land des Warschauer Pakts (Exkurs: Paketaktion nach Verhängung des Kriegsrechts<sup>22</sup>) – in der Sache sei man dennoch nicht grundlegend weitergekommen.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Adenauer am 20. September 1949 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 1. WP, 5. Sitzung, S. 22–30.

<sup>20</sup> In Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen statt.

<sup>21</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vom 12. bis 14. März 1985 in der UdSSR auf und traf bei dieser Gelegenheit mit Ministerpräsident Jaruzelski in Moskau zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 67, Anm. 12.

<sup>22</sup> Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegerrecht verhängt und ein Militärrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

Die Referate 214 und 421 hielten am 28. Februar 1983 zur humanitären Hilfe für Polen fest, u. a. habe die Bundesregierung die Gebührenfreiheit für private Hilfspakete an Polen gewährleistet: „Gebührenfreiheit Postpakete (8.2.–30.6.1982): 78 Mio. DM (4,34 Mio. Pakete); erneute Gebührenfreiheit (1.11.–31.12.1982): 96,8 Mio. DM (3,7 Mio. Pakete)“. Vgl. Referat 411, Bd. 131173.

Wenn MP demnächst polnische Gesprächspartner sehe, möge er ihnen sagen, daß, wenn sie etwas von Ungarn lernen würden, dies sehr nützlich wäre. Er selbst – BK – sage dies nicht öffentlich. (Exkurs: Verhältnis der Christlichen Demokraten zu Polen, das glaube, mit Kontakten zur SPD besser zu fahren.)

Kurzum: MP möge den Polen sagen, daß heute über dieses Thema hier gesprochen worden sei und er – BK – guten Willen habe, aber auch genauso viel auf die Würde der Deutschen halte, wie ein Polen auf die Würde der Polen achte. (Exkurs: Honecker-Besuch<sup>23</sup>, der in Polen argwöhnisch beobachtet worden sei.)

BK hebt schließlich die beabsichtigte Sichtvermerksvereinbarung als „gewaltigen Schritt nach vorn“ hervor.<sup>24</sup> Er selbst hätte lieber noch einen weiteren Schritt getan, dies sei aber in der EG so nicht durchsetzbar gewesen. Dort werde er – BK – schon fast als „Agent der Ungarn“ angesehen. Er bitte jedenfalls MP, diesen ersten wichtigen Schritt gemeinsam offensiv zu vertreten. Oft führe in der Politik der Umweg eher zum Ziel als der direkte (folgt Übergabe und kurze Erläuterung eines Non-paper<sup>25</sup> sowie Vereinbarung, daß bald auf Experten-ebene darüber gesprochen wird<sup>26</sup>).

BK erwähnt abschließend, daß MP Strauß in der Sache sehr engagiert und hilfreich gewesen sei.

MP dankt für die SV-Erleichterungen und -Befreiungen – in Ungarn habe man von Anfang an erkannt, daß dies zwar ein Kompromiß, aber ein Schritt in die

<sup>23</sup> Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

<sup>24</sup> Referat 514 notierte am 15. Juli 1987, seit Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte am 1. August 1975 fordere Ungarn die Aufhebung bzw. Erleichterung der Sichtvermerkspflicht: „Ein verstärktes Drängen der Ungarn läßt sich seit den Verhandlungen über die Errichtung eines Goethe-Instituts in Budapest feststellen. Ohne ein formelles Junktim herzustellen, erwartet die ungarische Seite als Gegenleistung Entgegenkommen im Sichtvermerksbereich.“ Am 2. Dezember 1986 hätten Bundeskanzler Kohl und die Bundesminister Genscher und Zimmermann „grundsätzliches Einverständnis über eine Aufhebung der S[icht]V[ermerks]-Pflicht für Ungarn erzielt“. Daher seien Konsultationen mit den Vertragspartnern des Schengener Übereinkommens vom 14. Juni 1985 eingeleitet worden: „In der am 18.5. von Frankreich erteilten Antwort wird gesagt, daß die Aufhebung der SV-Pflicht für Ungarn gegen den Text und den Geist des Schengener Übereinkommens verstoßen würde. [...] Ähnlich ablehnend haben die Benelux-Partner reagiert.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139517.

<sup>25</sup> Für das von Bundeskanzler Kohl am 7. Oktober 1987 übergebene Non-paper vgl. Referat 514, Bd. 190639.

<sup>26</sup> Expertengespräche über die bilaterale Sichtvermerksvereinbarung fanden am 8./9. November 1987 in Budapest statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Müller-Chorus vermerkte am 12. November 1987, die ungarische Seite habe mitgeteilt, die von der Bundesrepublik geforderte Berlin-Klausel nicht übernehmen zu können und zudem die anvisierte Lösung, die Sichtvermerksbefreiung jeweils durch das Mitführen besonderer Nachweise, die „die Zugehörigkeit zu den diplomatisch/konsularischen Vertretungen, dem Kreis der prominenten Delegationen bzw. den gemischten Firmen dokumentieren“, als schwer praktikabel bezeichnet. Er selbst habe klargestellt, „daß die deutsche Seite in den ab 1.1.1988 zu verwirklichenden Befreiungen und Erleichterungen nur einen ersten Schritt sähe. Weitere Erleichterungen erwarteten wir vor allem auch von ungarischer Seite bei den umfangreichen Einreiseformalitäten.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139517.

Botschafter Steger, Budapest, teilte am selben Tag mit, der Staatssekretär im ungarischen Außenministerium, Horn, habe sich „zutiefst enttäuscht“ über die Expertengespräche geäußert. Diese „stellten geradezu einen Rückschritt gegenüber dem dar, worüber in den letzten zwei bis drei Jahren gesprochen worden sei“. Horn habe dringend gebeten, statt dessen seinen Vorschlag zu übermitteln, „beiderseits jede Visumsverpflichtung für deutsche und ungarische Diplomaten“ aufzuheben und „für Wirtschaftler, Techniker, Monteur, Fahrer etc. (etwa unter Vorlage von Jahreslisten) dafür zu sorgen, daß dieser Personenkreis Visa erhalte, die zu mehrfachen Einreisen berechtigen. Nur so könne man hoffen, zu vermeiden, daß die Dinge jetzt nicht noch komplizierter werden, als sie bisher gewesen seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1493; Referat 214, Bd. 139517.

richtige Richtung und damit keine Niederlage, sondern ein Sieg sei. Dies werde er auch öffentlich so vertreten. Es komme nun darauf an, diesen Weg weiterzugehen, ohne daß man dies jetzt schon öffentlich sagen müsse. Der heutige Schritt werde weitere Ausstrahlung haben.

Zu Polen – so MP weiter – habe sein Land in der Tat sehr gute Beziehungen, begründet nicht nur auf das Verständnis der Politiker, sondern auf die Sympathie der Menschen. Für Ungarn sei es manchmal sogar problematisch, von Polen so sehr geliebt zu werden: Jährlich kämen 4,5 Mio. Touristen ins Land. (Exkurs: Bei 10 Mio. Einwohnern jährlich 16 Mio. Touristen, davon 4,5 Mio. Polen, 2 Mio. Österreicher, 1–3 Mio. Tschechoslowaken usw.)

Dem Wunsch des BK, den Polen etwas zu vermitteln, könne er schnell nachkommen: Bereits am Montag nächster Woche<sup>27</sup> werde er in Moskau PM Messner treffen<sup>28</sup> und unterrichten, desgleichen während eines Warschau-Besuchs Ende Oktober General Jaruzelski<sup>29</sup>. Wenn er einen Beitrag leisten könne, daß Polen mehr Verständnis für BK aufbringe, so wolle er dies gern tun. Er sehe dies als natürliche Pflicht, weil es im gemeinsamen Interesse liege und für Europa insgesamt wichtig sei. Im übrigen müsse man die innenpolitische Lage Polens berücksichtigen: Er wolle sich unkonventionell ausdrücken: 1956 habe in Ungarn zu radikaleren Lösungen geführt<sup>30</sup>, als sie sich heute in Polen abspielten. Polen habe die Umwälzungen noch nicht überwunden. Dies wirke sich auf die Führung aus. Dennoch glaube er, daß man den Prozeß auch dort nicht aufhalten könne, ja es gut wäre, ihn zu beschleunigen.

Daß BK dafür Ungarn als Beispiel halte, dessen schäme er sich nicht.

Hieran anknüpfend, äußert MP Bitte verstärkter Unterstützung in EG-Fragen und plädiert dafür, die Beziehungen zur EG nicht nur als wirtschaftliche Frage zu betrachten, sondern dabei auch den Prozeß der zunehmenden Verständigung im Auge zu behalten. (Folgt kurzer Austausch über Entwicklung in Bulgarien, von der MP glaubt, daß die Bulgaren Konzepte der Umstrukturierung eifrig übernehmen, aber keine Antwort wissen, wohin diese führen werde.)

Weitere Teilnehmer:

Auf ungarischer Seite: Stellvertretender AM László Kovács, Botschafter Dr. István Horváth, Dolmetscher Peter Mate.

Auf deutscher Seite: AL 2<sup>31</sup>, RL 212<sup>32</sup> (Note-taker), Dolmetscher Heupel.

Ende des Gesprächs: 17.05 Uhr.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 73**

<sup>27</sup> 12. Oktober 1987.

<sup>28</sup> In Moskau fand am 13./14. Oktober 1987 die Tagung des RGW statt.

<sup>29</sup> Ministerpräsident Grósz besuchte Polen am 27./28. Oktober 1987.

<sup>30</sup> Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

<sup>31</sup> Horst Teltschik.

<sup>32</sup> Uwe Kaestner.

278

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher

201-363.39-1296/87 geheim

7. Oktober 1987<sup>1</sup>

Über Herrn Dg20<sup>2</sup>, Herrn D2<sup>3</sup>, Herrn Staatssekretär<sup>4</sup> Herrn Bundesminister<sup>5</sup>  
Betr.: Verwundbarkeit Westeuropas durch bodengestützte sowjetische strategische Waffen

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Nach einem INF-Abkommen müßte die UdSSR nach jetzigem Stand folgende Waffen eliminieren:

441	SS-20	mit je 3 Gefechtsköpfen (GK)	= 1323 GK	LRINF-Bereich
112	SS-4	mit je 1 Gefechtskopf	= 112 GK	LRINF-Bereich
148	SS-12/22	mit je 1 GK	= 148 GK	SRINF-Bereich
12	SS-23	mit je 1 GK	= 12 GK	SRINF-Bereich

Insgesamt: 713 Flugkörper mit 1595 GK (Nachladebestände sind nicht berücksichtigt).

Der militärische Haupteffekt liegt bei der Eliminierung der SS-20, und zwar quantitativ (1323 von 1507 GK) und qualitativ (Zielgenauigkeit, Reichweite, Sprengkraft, Überlebensfähigkeit, Modernisierungsgrad).

2) Die Frage ist, ob bzw. wie die UdSSR mit ihrem strategischen Potential bisherige Ziele der SS-20 abdecken kann. Generell gilt auch für das gesamte strategische Potential der Grundsatz, daß weiterreichende Systeme aufgrund ihrer Stationierungsorte und/oder ihrer Mindestreichweiten auch kürzerreichende Aufgaben wahrnehmen können. Im folgenden wird nur auf bodengestützte strategische Flugkörper (ICBM) eingegangen, die – unabhängig von ihrer tatsächlichen Zielabdeckung – Ziele in Europa bedrohen könnten.

Eine andere Frage ist, ob über die gegenwärtige Zielabdeckung hinaus Ziele in Europa übernommen werden könnten, die durch eine INF-Vereinbarung abdeckungsbedürftig geworden sind.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher und Legationsrat I. Klasse Beck konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirigent von Ploetz, auch in Vertretung von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, am 15. Oktober 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hermann Freiherr von Richthofen.

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 16. Oktober 1987 vorgelegen.

<sup>5</sup> Hat Bundesminister Genscher am 17. Oktober 1987 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 19. Oktober 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnabach am 19. Oktober 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher und Legationsrat I. Klasse Beck erneut vorgelegen.



3) Das sowjetische Gesamtpotential an strategischen landgestützten Raketen besteht derzeit aus ca. 1430 Flugkörpern (FK) und 6270 GK. Den Hauptanteil stellen dabei die SS-18 (308 FK x 10 MIRV), die SS-17 (149 x 4 MIRV) und die SS-19 (360 FK x 6 MIRV) mit 5836 von 6270 GK. Nach westlichen Erkenntnissen (u. a. Soviet Military Power 1987<sup>6</sup>) sind alle drei Systeme in der Lage, Ziele in Europa abzudecken. Dies gilt insbesondere für die zielgenaue SS-18, die in der Lage ist, Raketenabschlußvorrichtungen und andere stark gehärtete Punktziele zu zerstören. Die SS-17 und -19 können dagegen mit hoher Erfolgswahrscheinlichkeit schwächer oder nicht gehärtete Flächenziele wie Flughäfen, Hafenanlagen, Industriekomplexe usw. in Europa bekämpfen.

4) Aufschlußreicher noch ist ein Blick auf die beiden neuesten sowjetischen strategischen Flugkörpersysteme, die bereits eingeführte straßenmobile und somit überlebensfähige SS-25 (1 GK) und die voraussichtlich noch 1987 in Dienst gestellte schienenmobile SS-24. Bisher sind 99 der nach Schätzungen von US-Experten später ca. 300 bis 500 SS-25 stationiert. Sie löst derzeit die SS-11 ab und dürfte damit auch deren bisherige Zielabdeckung in den USA und Europa übernehmen. Technisch ist sie in der Lage, weiche bis mittelstark gehärtete Ziele in den USA und bei sogar höherer Treffgenauigkeit (200 bis 300 m) in Europa abzudecken.

Die SS-24 ist die erste mobile ICBM mit einzeln zielbaren Mehrfachsprengköpfen (10 MIRV). Sie kann bei einer Mindestreichweite von 1000 km bei geringerer und 3000 km bei normaler Treffgenauigkeit (300 m silogestützt, 400 m mobil) gegen Flächenziele in Europa eingesetzt werden. Die wahrscheinliche Ablösung von SS-17 (4 MIRV) und möglicherweise eines Teils der SS-19 (6 MIRV) durch die SS-24 wird es der UdSSR erlauben, ohne Erhöhung der ICBM-Gesamtzahlen, also bei Einhaltung der SALT-II-Obergrenzen<sup>7</sup>, mehr Ziele abzudecken. So würde eine Substitution der 150 derzeitig dislozierten SS-17 durch SS-24 zusätzlich 900 GK und eine zusätzliche SALT-konforme Ersetzung von 100 SS-19 durch SS-24 weitere 400 Gefechtsköpfe erbringen. Allein damit könnte die gleiche Zahl von Zielen wie bisher von der SS-20 und SS-4 abgedeckt werden.

5) Der amerikanische START-Vertragsentwurf<sup>8</sup>, der u. a. auf die Begrenzung der als destabilisierend empfundenen schweren und gemirvten ICBM der SU abzielt, würde auch die o.g. Substitutionsmöglichkeiten für die SU erheblich beschneiden.

Er sieht ein Subceiling von 1650 GK für schwere ICBM (SS-18) und ICBM mit mehr als 6 GK (SS-24 auf sowjetischer Seite, MX auf amerikanischer Seite) vor.

Wenn die SU diese Bestimmung akzeptieren würde, so beließe ihr das lediglich die Möglichkeit, 11 SS-24 (110 GK) einzuführen (die SU ist bereit, ihre derzeit 308 SS-18 mit 3080 GK auf 154 SS-18 mit 1540 GK zu halbieren). Auf die weitere Stationierung von SS-24 müßte die SU verzichten, es sei denn, sie wäre bereit, für jede neu eingeführte SS-24 eine SS-18 zu eliminieren.

<sup>6</sup> Vgl. DEPARTMENT OF DEFENSE (Hrsg.), Soviet Military Power 1987, Washington D. C., März 1987.

<sup>7</sup> Artikel II des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) legte die Waffensysteme fest, für welche die getroffenen Absprachen gelten sollten. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 24–28. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–374.

<sup>8</sup> Zum Entwurf der USA vom 8. Mai 1987 für einen START-Vertrag vgl. Dok. 143.



Die SS-25 müßte nach dem gegenwärtigen Verhandlungsstand eliminiert werden, da der amerikanische Vertragsentwurf ein Verbot mobiler ICBM umfaßt (anders als die SS-24 kann die SS-25 nicht silogestützt disloziert werden).

Die gegenwärtige sowjetische Verhandlungsposition sieht vor, daß kein Element der strategischen Triade (ICBM, SLBM, strategische Bomber) 60 % der in Reykjavik<sup>9</sup> vereinbarten 6000 GK überschreiten darf. Dies ergibt eine Zwischengrenze von 3600 GK für ICBM. Hiervon wären auch die SS-24 und SS-25 erfaßt.

6) Mit bodengestützten Interkontinentalraketen ist die UdSSR bereits jetzt in der Lage, Europa unter Risiko zu halten. Nach Indienststellung der neuen SS-24, deren Stationierung bereits begonnen hat, wird es ihr ohne entgegenstehende START-Regelungen um so leichter fallen, bisherige Ziele der im Rahmen eines INF-Abkommens zu eliminierenden SS-20 und SS-4 abzudecken. Daneben existiert die grundsätzliche Möglichkeit, durch strategische Bomber und seegestützte strategische Systeme Ziele in Europa abzudecken.

7) D2A<sup>10</sup> hat mitgezeichnet.

Dreher

VS-Bd. 12144 (201)

## 279

### Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Stoecker

VS-NfD

9. Oktober 1987<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 65 Ortex

Zur Entsendung von Schiffen der Bundesmarine in das Mittelmeer

Nachstehende Erläuterungen dienen der Darstellung unserer Haltung. Sie sind in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens ausschließlich reaktiv zu verwenden. Unsere Neutralitätspolitik im Krieg Irak–Iran wird hiervon in keiner Weise berührt.

1) Die Bundesregierung hat am 8. Oktober 1987 nach Konsultation im Bündnis<sup>2</sup> beschlossen, eine Einsatzgruppe der Bundesmarine, bestehend aus dem Zerstörer

<sup>9</sup> Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

<sup>10</sup> Josef Holik.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher vorgelegen, der den Umlauf in Referat 201 verfügte.

<sup>2</sup> Bundesminister Wörner informierte Bundeskanzler Kohl am 7. Oktober 1987, am Vortag habe das United States European Command (USEUCOM) „zur Frage der Kompensation des US-Einsatzes im Persischen Golf durch die deutsche Marine“ für eine unter NATO-Befehl operierende Einsatzgruppe der Bundesmarine im Mittelmeer plädiert. Er, Wörner, werde entsprechend „eine deutsche Einsatzgruppe, bestehend aus zwei Zerstörern oder Fregatten plus Unterstützungseinheit, in Kürze in das Mittelmeer“ beordern. Das Auswärtige Amt sei darüber unterrichtet; am 8. Oktober 1987 sollten

„Mölders“, der Fregatte „Niedersachsen“ und dem Versorgungsschiff „Freiburg“, in das Mittelmeer zu entsenden.

Diese Einsatzgruppe wird zunächst im Rahmen der vom 14.10. bis 16.11. aktivierten NATO „Naval on Call Force Mediterranean“ (dieser Verband wird in der Regel zweimal jährlich für je einige Wochen zu Übungs- und Ausbildungszwecken aktiviert und setzt sich aus Schiffen mehrerer NATO-Partner zusammen) operieren und anschließend bis Mitte Dezember unter Einsatzbefehl des NATO-Befehlshabers Alliierte Seestreitkräfte Europa-Süd (COMNAVSOUTH) Ausbildungs- und Übungsvorhaben im Mittelmeer bis kurz vor Weihnachten durchführen.

2) Diese Entscheidung erfolgte in Umsetzung der Erklärung des Bundeskanzlers am Rande des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig vom Juni 1987.<sup>3</sup> (Der Bundeskanzler hatte im Sinne einer Arbeitsteilung im Bündnis angedeutet, daß die Bundesrepublik Deutschland innerhalb des Bündnisbereiches zur Entlastung von Partnern bereit sein könnte, die außerhalb des Bündnisbereiches<sup>4</sup> im Bündnisinteresse tätig werden.)

Schon am 22.9.1987 hatte die Bundesregierung das Versorgungsschiff „Saar“ als Ersatz für ein in den Golf entsandtes belgisches Versorgungsschiff in den NATO-Verband Ärmelkanal entsandt. Sie wollte damit ein Beispiel für ihre Bereitschaft geben, auch kurzfristig bei Unterstützungsanträgen durch ihre Bündnispartner einzuspringen.

Die am 8.10.1987 beschlossene Entsendung der drei Schiffe ins Mittelmeer ist ein deutliches Zeichen der Solidarität der Bundesrepublik Deutschland mit unseren Verbündeten und ein Beitrag zur Entlastung der Bündnispartner USA, GB, Italien, Belgien, Niederlande, die die Freiheit der Schifffahrt in der Golfregion auch im Interesse der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten. Die Entsendung dient ausschließlich der Unterstützung unserer Partner bei ihren Bemühungen, die Freiheit der Schifffahrt im Golf zu gewährleisten. Sie verfolgt keine darüber hinausgehenden Ziele.

3) Eine Entsendung von Schiffen der Bundesmarine in den Golf ist nicht vorgesehen. Unsere Verfassungslage läßt generell die Teilnahme der Bundeswehr an Aktivitäten außerhalb des NATO-Gebietes nicht zu.<sup>5</sup> Diese Haltung aller Bundesregierungen hat auch der Bundeskanzler erneut bestätigt.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1420*

der Verteidigungsausschuß des Bundestags und die Öffentlichkeit informiert werden. Vgl. den Vermerk; Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl.

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen vermerkte am 7. Oktober 1987, Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, habe ihn am Nachmittag telefonisch auf Weisung Wörners über dessen Schreiben an Kohl unterrichtet. Er, Richthofen, habe dargelegt, er müsse sich „die Entscheidung des BM vorbehalten und könne im gegenwärtigen Zeitpunkt nur zur Kenntnis nehmen, daß BM Wörner dem Bundeskanzler mitteile, daß das AA unterrichtet sei“. In einer weiteren Aufzeichnung vom selben Tag hielt Richthofen fest, Rühl sehe sich „nach Rücksprache mit BM Wörner nicht in der Lage, dem Ausw[ärtigen] Amt den Vermerk von BM Wörner für den Bundeskanzler zur Verfügung zu stellen“. Vgl. Referat 201, Bd. 143384.

<sup>3</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 10. Juni 1987 zum Abschluß des Weltwirtschaftsgipfels vgl. BULLETIN 1987, S. 515 f.

<sup>4</sup> Zur Festlegung des Bündnisgebiets vgl. Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

<sup>5</sup> Zur Frage von Auslandseinsätzen der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets vgl. Dok. 159.

4) In diesem Zusammenhang wird – im wesentlichen für die Vertretungen in westlichen Ländern – unsere Out-of-area-Politik dargestellt:

Die Entsendung der drei Schiffe muß auf dem Hintergrund der „Out-of-area“-Problematik im Bündnis gesehen werden. Eine eingehende Erörterung dieser Frage hat unter den Außenministern bei der Pariser Ratstagung im Juni 1983<sup>6</sup> mit folgendem Ergebnis stattgefunden:

„The Allies recognise that events outside the Treaty area may affect their common interests as members of the Alliance. If it is established that their common interests are involved, they will engage in timely consultations. Sufficient military capabilities must be assured in the Treaty area to maintain an adequate defence posture. Individual member governments who are in a position to do so will endeavour to support, at their request, sovereign nations whose security and independence are threatened. Those Allies in a position to facilitate the deployment of forces outside the Treaty area may do so on the basis of national decision.“<sup>7</sup>

Es ist also vor dem Mißverständnis zu warnen, alle Bündnispartner müßten in genau gleicher Weise für die Wahrnehmung gesamtwestlicher Interessen außerhalb des Bündnisses zur Verfügung stehen. So liegt die Hauptaufgabe der Bundesrepublik Deutschland darin, die Zentralfrent in Mitteleuropa zu sichern, ohne daß hier die Partner von der Südflanke der NATO teilnehmen.

Kriterium für ein Engagement Out-of-area muß sein, daß jedes Land dort sich engagiert, wo es besonders sinnvoll und effizient handeln kann.

5) Die Bundesrepublik Deutschland ist sich ihrer Verantwortung für die Wahrung gesamtwestlicher Interessen außerhalb des NATO-Gebietes bewußt.

Sie ist mit anderen Partnern im Bündnis solidarisch und bereit, zum gemeinsamen Vorhaben der Stabilisierung und Friedenssicherung im Nahen und Mittleren Osten beizutragen.

Der wirtschaftlichen und politischen Stabilität geographischer Schlüsselländer, wie der Türkei, Saudi-Arabiens oder Ägyptens, kommt für die westliche Nahost-Politik große Bedeutung zu. Unser Ziel muß es sein, mit langfristig orientierter Wirtschaftshilfe zur Stabilisierung dieser Länder beizutragen.

Auf dem Hintergrund der Beschränkungen, die unsere Verfassung (Art. 87 a Grundgesetz<sup>8</sup> i. V. m. Art. 5 NATO-Vertrag<sup>9</sup>) einem Einsatz der Bundeswehr (nur zugelassen für Landesverteidigung, NATO-Fall, Katastrophenhilfe) auferlegt, trägt die Bundesregierung auf ihre Weise zur Wahrnehmung der gesamtwestlichen Interessen außerhalb des NATO-Gebietes bei durch

- Aktivitäten der Bundesrepublik Deutschland im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen,

<sup>6</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris vgl. AAPD 1983, I, Dok. 178 und Dok. 179.

<sup>7</sup> Vgl. Ziffer 17 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 9./10. Juni 1983 in Paris; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 91. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 396 f.

<sup>8</sup> Artikel 87a des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 in der vom Siebzehnten Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 24. Juni 1968 geänderten Fassung regelte die Aufstellung und den Einsatz der Streitkräfte. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 711.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut von Artikel 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

- Rüstungs-, Verteidigungs- und Materialhilfe für die Türkei als geopolitisch wichtiges Land der Region<sup>10</sup>,
- Leistungen im Rahmen der Entwicklungshilfe zur Förderung echter Blockfreiheit im Interesse von Frieden und Stabilität.

[gez.] Stoecker

Referat 201, Bd. 143384

## 280

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Sekretär des ZK der KPdSU, Dobrynin

12. Oktober 1987<sup>1</sup>

Unter Verschuß

Deutsch-sowjetische Beziehungen;

hier: Gespräch des Herrn Bundesministers mit ZK-Sekretär Dobrynin am 12. Oktober 1987 von 10.30 bis 12.00 Uhr<sup>2</sup>

Teilnehmer auf sowjetischer Seite: Botschafter Kwizinskij, Dolmetscher.

Teilnehmer auf deutscher Seite: D 2<sup>3</sup>, VLR Weiß (Dolmetscher), VLR Elbe.

Aus dem ca. 1 1/2-stündigen Gespräch von BM mit ZK-Sekretär Dobrynin (D.), das in sehr angenehmer Atmosphäre und in einem sehr konstruktiven Geist stattfand, ist festzuhalten:

BM eröffnete das Gespräch mit der Feststellung, daß der Besuch von D. in Bonn in dieser Zeit sehr wichtig sei. Er habe den Brief von GS Gorbatschow (G.) an den Bundeskanzler vom 1.10.<sup>4</sup> mit Aufmerksamkeit gelesen und sei sehr interessiert daran zu hören, was ihm D. mitteilen werde.

<sup>10</sup> Zur Rüstungs- und Entwicklungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 136.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 12. Oktober 1987 gefertigt, der handschriftlich vermerkte: „Von BM noch nicht genehmigt.“

Hat Ministerialdirigent Jansen am 15. Oktober 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe „n[ach] R[ückkehr]“ und Vortragenden Legationsrat Schumacher verfügte.

Hat Schumacher am 15. Oktober 1987 vorgelegen.

Hat Elbe vorgelegen.

<sup>2</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken vermerkte am 28. September 1987, der Sekretär des ZK der KPdSU, Dobrynin, halte sich auf Einladung der SPD ab 8. Oktober 1987 in der Bundesrepublik auf: „Am 8. und 9.10. wird er in Bonn Gespräche mit Vertretern der SPD führen, insbesondere mit dem Vorsitzenden der SPD, Vogel, der ein Mittagessen für Dobrynin geben wird, mit dem Ehrenvorsitzenden Willy Brandt und mit MdB Egon Bahr. Ferner wird Dobrynin einen Vortrag in der Friedrich-Ebert-Stiftung halten. Am Freitag, dem 9.10., wird Dobrynin von Bundeskanzler Kohl zu einem eineinhalbstündigen Gespräch empfangen werden.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147150.

<sup>3</sup> Hermann Freiherr von Richthofen.

<sup>4</sup> Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, übermittelte Bundesminister Genscher am 9. Oktober 1987 ein Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 1. Oktober 1987 an

*Dobrynin* dankte BM, daß er Zeit gefunden habe, ihn zu empfangen. GS Gorbatschow, den er noch vor seiner Abreise gesehen habe, habe ihn gebeten, BM seine persönlichen Grüße zu übermitteln. G. habe ihn beauftragt, zu bekräftigen, daß alles, was er dem Bundespräsidenten und Bundesminister in Moskau gesagt habe<sup>5</sup>, aufrechterhalten bleibe, insbesondere das, was er über die neuen Möglichkeiten zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen gesagt habe. Es seien ihm wesentlichen diese Gedankengänge, die in dem Schreiben an den Bundeskanzler enthalten seien. G. habe darin nochmals an den Bundeskanzler appelliert, die bilateralen Beziehungen neu zu überdenken, eine neue Seite in den Beziehungen aufzuschlagen und diese mit konkreten Taten oder jedenfalls Planungen auszufüllen. Durch die Übermittlung persönlicher Grüße an BM wolle G. zum Ausdruck bringen, daß er den persönlichen Beitrag von BM zur Entwicklung der Beziehungen im Interesse beider Länder sowie im internationalen Interesse schätze. G. habe auch öffentlich gesagt, daß er den Beitrag des Bundeskanzlers und des Bundesministers zur PIA<sup>6</sup> zu würdigen wisse, einem Problem, das plötzlich aufgetaucht wäre.

D. fuhr fort, AM Schewardnadse (Sch.) sei bei seiner Abreise noch nicht von seiner Lateinamerika-Reise zurück gewesen<sup>7</sup>; er hätte ihm sonst bestimmt aufgetragen, Grüße an BM auszurichten. Er wisse, daß Sch. und BM in New York ein langes und gutes Gespräch geführt hätten.<sup>8</sup> Zur Charakterisierung des Gespräches meinte D., daß man hier ja auch keine besonderen Umstände zu machen brauche. Unter Bezugnahme auf die Rückkehr von seiner jüngsten USA-Reise<sup>9</sup> fragte D. BM, was es dort Neues gebe.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1423*

Bundeskanzler Kohl, das vom Sekretär des ZK der KPdSU, Dobrynin, übergeben worden war. Darin hieß es: „Wir in der sowjetischen Führung wissen die von der Regierung der BRD bezogene Haltung gebührend zu schätzen, die das Zustandekommen der grundsätzlichen Einigung zwischen der UdSSR und den USA über das Problem der Abschaffung der Mittelstrecken- und operativ-taktischen Raketen gefördert hat. [...] In diesem Fall haben Sie getan, was wir wie auch alle Europäer von der Bundesrepublik zu erwarten berechtigt waren.“ Mit Blick auf den künftigen INF-Vertrag erwarte er, Gorbatschow, „daß die Regierung der BRD, was den sie betreffenden Teil angeht, auch weiterhin an der Position festhalten wird, die einen erfolgreichen Abschluß dieses Prozesses begünstigt“. Nötig seien weitere Abrüstungsvereinbarungen im Bereich des Weltraums, der chemischen und der konventionellen Waffen: „Nach meiner Ansicht spricht die Logik selbst dafür, den Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD größere Gründlichkeit zu verleihen, was von wahrhaftig historischer Bedeutung wäre. Unsere beiden Staaten, die als solche in ihren Systemen und Bündnissen bleiben, könnten – vielleicht wie keine anderen – sehr vieles dafür tun, damit das ‚europäische Haus‘ auch in architektonischer Hinsicht einwandfrei und, das ist die Hauptsache, für alle, die darin wohnen, sicher und gemütlich ist. Offen gesprochen, mich verläßt seit langem die Empfindung nicht, daß es notwendig wäre, die Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD unter diesem Blickwinkel in vielerlei Hinsicht zu überdenken und sie durch gemeinsame Anstrengungen auf ein neues Niveau zu heben.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143532.

<sup>5</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

<sup>6</sup> Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

<sup>7</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte Brasilien vom 26. bis 30. September 1987, anschließend Argentinien bis 4. Oktober 1987 sowie Uruguay vom 4. bis 7. Oktober 1987.

<sup>8</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 22. September 1987 in New York vgl. Dok. 268.

<sup>9</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 9. bis 11. Oktober 1987 in den USA vgl. Dok. 283.

BM erwiderte, daß er in den USA eine sehr positive Haltung zur Gestaltung der Beziehungen zur SU wie auch in den Absichten festgestellt habe, die man mit dem bevorstehenden Besuch von AM Shultz in Moskau<sup>10</sup> verbinde.

*Dobrynin* warf ein, am 22./23. Oktober.

BM fuhr fort, er habe das, was er gesagt habe, sowohl in seinem Gespräch mit AM Shultz wie auch in den Gesprächen mit Präsident Reagan und Vizepräsident Bush bestätigt gefunden.

*Dobrynin* stellte daraufhin fest, daß sich in der INF-Frage alles recht gut bewege, obwohl es dort einige noch nicht abgestimmte Fragen gäbe. Der Termin für einen Abschluß des INF-Abkommens bis zum Ende dieses Jahres liege in Reichweite.

D. fuhr fort, die Sowjets hielten es auch für reell und möglich, daß ein Abkommen über eine Reduzierung der strategischen Waffen um 50 % in der ersten Hälfte des nächsten Jahres zustande komme. Jedenfalls sei dies der sowjetische Wille, allerdings unter der Bedingung der Einhaltung des ABM-Vertrages. Zu diesem „ersten“ Abkommen gebe es in Genf allerdings noch keine richtige Bewegung, obwohl darüber intensiv in täglichen Gesprächen weiter gesprochen werde. Die Dinge seien aber nicht ganz klar. Vielleicht habe sich die amerikanische Administration noch nicht in allen Fragen festgelegt. Zwar bestehe Einvernehmen über eine Reduzierung der strategischen Waffen um 50 %, nicht aber über die Frage der Untergrenzen, die Frage, ob die Backfire-Bomber mitgezählt würden, und auch nicht über die Langstreckenraketen. Es seien insgesamt noch viele Fragen offen, und die Amerikaner hätten sich noch nicht auf ihr Verhältnis zum ABM-Vertrag von 1972 festgelegt. Die Gespräche zwischen den Außenministern Shultz und Schewardnadse in den USA seien gut gelaufen.<sup>11</sup> Die beiden Minister hätten allerdings mehr Zeit auf das INF-Abkommen verwandt. Möglicherweise hätten die Amerikaner noch keine endgültige Position, weil es Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Administration über das Verhältnis zum ABM-Vertrag gebe. Darüber hinaus bestünden offensichtlich Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kongreß und der Administration. Es sei ja bekannt, daß im Kongreß eine Resolution angenommen worden sei, die dazu aufrufe, den ABM-Vertrag in seiner engen Auslegung einzuhalten<sup>12</sup>. Die sowjetische Seite nehme die Aufteilung der Interpretation des ABM-Vertrages in eine enge und eine breite Auslegung nicht an. Es gäbe nur eine Interpretation, nicht zwei. Bis 1973 habe auch für die Amerikaner nur eine Interpretation gegolten. Erst nach 1983 sei die breite Interpretation aufgebracht worden.

D. fuhr fort, BM kenne sicherlich den Vorschlag von Senator Nunn, der vom Kongreß unterstützt würde.<sup>13</sup> Jetzt fordere der Kongreß alle Verhandlungsprotokolle

<sup>10</sup> Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 296.

<sup>11</sup> Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 17. September 1987 in den USA vgl. Dok. 261.

<sup>12</sup> Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

<sup>13</sup> In der Presse wurde berichtet: „Der amerikanische Senat mußte nach Ansicht des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Nunn, alle Verhandlungs-Dokumente kennen, ehe er einen Vertrag über einen weltweiten Abbau der Mittelstreckenraketen (INF) ratifizierte. Nunn begründete dies in einem Brief an Präsident Reagan mit dem amerikanisch-sowjetischen Vertrag über die Abwehr von Atomraketen (ABM) aus dem Jahr 1972, über dessen Auslegung ein heftiger Streit entbrannt ist. Der demokratische Senator aus Georgia befürwortet eine ‚enge‘ Auslegung des ABM-Vertrags.“ Vgl. den



an. Die Sowjets hofften, daß der Senat nicht alle diese Protokolle studieren werde, da dann abzusehen wäre, daß er – auch im Hinblick auf den Wahlkampf<sup>14</sup> – mit der Ratifikation des INF-Vertrages nicht fertig werden würde. Moskau halte die Unterzeichnung und Ratifizierung des INF-Abkommens für reell und möglich. AM Shultz könne bei seinem Besuch in Moskau Klarheit verschaffen, ob der Abschluß eines Abkommens über die 50-prozentige Reduzierung der strategischen Waffen Anfang 1988 auch möglich wäre. Die sowjetische Regierung habe entsprechende politische Beschlüsse gefaßt. Auch das Politbüro habe beschlossen, wenn möglich noch mit der Reagan-Administration den zweiten Abrüstungsvertrag abzuschließen, ohne die Wahlen und einen neuen Präsidenten abzuwarten. Reagan sei für die Sowjets zwar nicht der ideale Präsident („Lieblingspräsident“). Trotzdem seien sie bereit, mit ihm abzuschließen, wenn er auch das wolle. Dies liege im Interesse beider Staaten und im Interesse der gesamten Staatengemeinschaft, der Welt.

D. fuhr fort, der Abschluß dieses Abkommens würde es erleichtern, auch zu den anderen Abrüstungskomplexen überzugehen: weltweite Ächtung der chemischen Waffen, Abbau der taktischen Nuklearwaffen, konventionelle Abrüstung durch Reduzierung konventioneller Waffen und Streitkräfte. Ab 1.12. würden die Verhandlungen über die Einstellung von Atomtests aufgenommen.<sup>15</sup> Die Sowjets wollten keine Pause zwischen dem INF-Abkommen und weiteren Abrüstungsverhandlungen und wollten diese möglichst parallel führen. Das beziehe sich auch auf ein Abrüstungsabkommen im konventionellen Bereich. Sie seien daher für eine Beschleunigung der Gespräche in Wien.

D. stellte fest, nach seiner Auffassung gebe es in einer Reihe von „Richtungen“ eine ähnliche Sicht zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland; das gelte besonders für die Hauptrichtungen in den Bereichen chemische Waffen, taktische Nuklearwaffen und für eine Reihe anderer Fragen. Die Sowjets seien der Auffassung, daß sich mit dem Abschluß des INF-Abkommens neue Möglichkeiten eröffnen, dieser Zusammenarbeit unter Berücksichtigung des Gewichtes beider Länder in Europa und in der Welt eine größere Rolle zu geben. Dies sei auch in dem Brief von GS Gorbatschow an den Bundeskanzler zum Ausdruck gekommen.

D. stellte fest, daß es ein großes Feld für Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Abrüstung und ein unbegrenztes Feld für Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft gebe, wo man allerdings die diskriminierenden Tatbestände der Gesetze beseitigen müsse. Auch die kulturellen Verbindungen könnten verstärkt werden. In den Beziehungen bestünde bereits ein dichtes Netz von Verträgen für

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1425*

Artikel „Nunn fordert Einsicht in alle Vertragsdokumente“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. September 1987, S. 2.

<sup>14</sup> Am 8. November 1988 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

<sup>15</sup> Vgl. dazu die Gespräche beim Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 17. September 1987 in den USA; Dok. 261, besonders Anm. 10.

In der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) vom 18. September 1987 hieß es: „Im Anschluß an die Erörterung von Fragen bezüglich der Nuklearerprobung waren sich beide Seiten einig, noch vor dem 1. Dezember 1987 mit umfassenden schrittweisen Verhandlungen zu beginnen, die ausschließlich in einem Forum geführt werden sollen.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 576.



die Zusammenarbeit, eine Reihe von Verträgen sei in letzter Zeit abgeschlossen worden. Eine Vereinbarung über politische Konsultationen wäre ein wichtiger zusätzlicher Faktor für die Stärkung des Vertragsnetzes. Sowjetische Seite messe den persönlichen Kontakten große Bedeutung bei. Dies sei auch die Meinung von G., insbesondere was Kontakte auf hoher und höchster Ebene angehe. Kontakte zwischen den Außenministern und zwischen anderen Ministern sollten weiterentwickelt werden. Die sowjetische Führung sei der Auffassung, wenn sich die Dinge normal weiterentwickelten, stehe die Frage eines Treffens zwischen GS Gorbatschow und Bundeskanzler in nicht zu ferner Zukunft.<sup>16</sup> Das wären die nächsten Perspektiven aus Moskauer Sicht, die die sowjetische Seite als gut und positiv einschätze bei allen Schwächen, die BM bekannt seien. Er sei beauftragt, diesen Standpunkt dem Bundeskanzler und Bundesminister darzulegen.

D. fuhr fort, er sei interessiert, den Standpunkt von BM kennenzulernen. Er sei bereit, auch auf unsere Wünsche näher einzugehen. Unsere Einschätzung kenne er im großen und ganzen. Offen gesagt, müßen die Sowjets der Entwicklung der Beziehungen zunehmende Bedeutung bei, ohne damit einen Anschlag auf Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu ihren Verbündeten verüben zu wollen. Dies beziehe sich umgekehrt auch auf das Verhältnis der Sowjetunion zu den Verbündeten in ihrem System. Er glaube, daß beide Seiten in den Beziehungen mehr machen könnten. Er denke dabei sowohl an das europäische Haus<sup>17</sup> wie an das bilaterale Verhältnis. Er frage sich, wo man die nächsten Fortschritte suchen solle, wie die sowjetischen Gedanken, die wir hoffentlich partiell teilten, in die Wirklichkeit umgesetzt werden könnten.

An BM persönlich gerichtet, sagte D., BM habe große Erfahrungen im bilateralen und internationalen Geschäft. Die Welt verändere sich. Der erste Abrüstungsvertrag mit der vollständigen Beseitigung von zwei Kategorien nuklearer Waffen belege dies. Darüber hinaus fänden auch andere Veränderungen statt. Er wäre interessiert, von BM zu hören, welche Veränderungen sich aus seiner Sicht eröffneten.

BM erwiderte, wir begrüßten sehr, daß die amerikanische und die sowjetische Führung die Absicht hätten, die restliche Amtszeit von Präsident Reagan<sup>18</sup> für weitere Abrüstungsverhandlungen zu nutzen, und hofften demgemäß wie die sowjetische Seite auf Vertragsabschlüsse. Wir hätten es für einen Fehler gehalten, wenn man jetzt eine Pause in den Abrüstungsverhandlungen hätte eintreten lassen. Er glaube, daß D. Recht habe, nach einer Einigung über das INF-Abkommen dessen Momentum zu nutzen und zu einem Abkommen über eine 50-prozentige Reduzierung der strategischen Waffen zu kommen. Das liege im Interesse der beiden Weltmächte wie auch in unserem Interesse. Wir hielten das INF-Abkommen für einen bedeuteten Schritt und hätten deshalb aus gutem Grund unseren Beitrag zu seinem Zustandekommen geleistet. Beim Staatsbesuch in Moskau habe er AM Schewardnadse in einem zusätzlichen Gespräch gesagt, er

<sup>16</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Für das Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 24. Oktober 1988 in Moskau vgl. AAPD 1988. Vgl. dazu ferner GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 29.

<sup>17</sup> Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus“ sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.

<sup>18</sup> Die Amtszeit des Präsidenten Reagan endete am 20. Januar 1989.

bäte, wenn er es nützlich fände, miteinander in Kontakt zu treten, das zu tun. Es sei gut gewesen, daß Botschafter Kwizinskij ihn im Urlaub besucht habe.<sup>19</sup> In diesem Fall habe sich gezeigt, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion durch Gespräche und Austausch von Auffassungen in der Lage sind, etwas zu bewegen. Was die anderen Abrüstungsverhandlungen angehe, so hielten wir den Abschluß eines Abkommens über die weltweite Ächtung chemischer Waffen für besonders dringlich.

*Dobrynin* fragte, ob wir glaubten, ein solches Abkommen im nächsten Jahr abschließen zu können.

*BM* erwiderte, er sähe keinen Grund, warum das nicht möglich sein solle. Ferner glaube er, daß man sich über konventionelle Abrüstung zügig und erfolgversprechend verständigen sollte. An beiden Verhandlungen seien die Bundesrepublik und die Sowjetunion beteiligt. Er halte es für vernünftig, in bezug auf die Verhandlungen, an denen beide Länder beteiligt seien, in engem Kontakt zu bleiben, auch um zu sehen, wie man diese Verhandlungen voranbringen könne.<sup>20</sup>

*Dobrynin* stimmte *BM* zu.

*BM* fuhr fort, was die bilateralen Beziehungen angehe, so hätten wir immer die Meinung vertreten, daß die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht nur für die beiden Staaten, sondern auch für die Lage in Europa wichtig sei. Dies sei ein Faktum, aus dem sich eine große Verantwortung ergebe. Bei der Gestaltung der Beziehungen müsse man stets vor Augen haben, daß diese nicht nur im eigenen Interesse liege, sondern auch für andere Länder Bedeutung habe. Um so größer sei die Verantwortung. Man könne sagen, daß diese eine europäische Dimension habe.

*BM* wies anschließend darauf hin, daß beide Seiten im Moskauer Vertrag<sup>21</sup> eine solide Grundlage für die Entwicklung der Beziehungen besäßen, die kein Kapitel beschließe, sondern Perspektiven eröffne. Er denke, daß, wie GS Gorbatschow dies in seinem Schreiben an den Bundeskanzler zum Ausdruck gebracht habe, wir alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausschöpfen sollten.

*Dobrynin* fragte nach der Bedeutung des Wortes „ausschöpfen“. Er sei der Auffassung, daß immer etwas zu tun übrigbleiben müsse.

*BM* bekräftigte, daß auch er das so gemeint habe. Alles, was gut sei, sei das Ergebnis eines langfristigen Prozesses. *Dobrynin* stimmte dieser Interpretation zu.

Auf das Wort „ausschöpfen“ zurückkommend, meinte *BM*, wir sollten das Gefäß nicht leerschöpfen, sondern es im Gegenteil füllen.

*BM* fuhr fort, ein Protokoll über politische Konsultationen würde sicherlich ein wichtiges Signal darstellen und den Beziehungen mehr Qualität geben<sup>22</sup>; sie

<sup>19</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij am 18. August 1987 in Théoule-sur-Mer vgl. Dok. 268, Anm. 16.

<sup>20</sup> Vgl. dazu den Besuch des sowjetischen Stellvertretenden Außenministers Petrowskij am 10./11. September 1987 in der Bundesrepublik; Dok. 203, Anm. 7.

<sup>21</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

<sup>22</sup> Zum geplanten Konsultationsprotokoll mit der UdSSR vgl. Dok. 268, Anm. 33.

Am 30. Oktober 1987 übergab Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij den Entwurf eines Konsultationsprotokolls. Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken vermerkte am 3. November 1987, Richthofen habe dargelegt, die Bundesregierung wünsche

würden der Bedeutung entsprechen, die von sowjetischer Seite, aber auch von uns den Beziehungen beigelegt werden soll. Er halte es für besonders wichtig, sich Gedanken darüber zu machen, wie die Zukunft Europas langfristig aussehen könne.

*Dobrynin* warf ein, „das ist interessant“.

*BM* fuhr fort, daß bereits im Harmel-Bericht von 1967<sup>23</sup> die Rede von Europas Friedensordnung sei. Wir strebten eine solche Friedensordnung an mit der Schlußakte von Helsinki<sup>24</sup> und der Entwicklung, die sich daraus ergibt. *GS Gorbatschow* habe den Begriff des Europäischen Hauses in die politische Diskussion eingeführt. Er habe mit der Verwendung dieses Begriffes keine Probleme. Insgesamt sei mit europäischer Friedensordnung oder Europäischem Haus das gleiche gemeint.

*Dobrynin* warf ein, er stimme mit dem, was *BM* gesagt habe, voll überein. Insbesondere damit, was er über die Schlußakte von Helsinki als Grundlage für den europäischen Prozeß ausgeführt habe.

*BM* wies auf die Bedeutung der KSZE-Schlußakte als Kursbestimmung für Europa hin und wiederholte, daß es wichtig sei, sich Gedanken darüber zu machen, wie die Architektur des zukünftigen Europas aussehen solle. Darüber gebe uns die Schlußakte keine Auskunft, sie weise nur in diese Richtung. Sowohl die Sowjetunion als auch die Bundesrepublik Deutschland hätten bei der Entwicklung einer solchen Architektur eine wichtige Funktion in ihrem jeweiligen Bündnis, aber auch im Dialog miteinander zu erfüllen. Der Meinungsaustausch hierüber könne sehr breit sein. Je früher man sich mit solchen Gedanken befasse, je geringer sei die Gefahr, aneinander vorbeizuplanen.

*BM* fuhr fort, *GS Gorbatschow* habe an verschiedene Phasen der deutsch-sowjetischen Beziehungen erinnert: an die gute Phase der 20er Jahre, an die schlechte Phase der 40er Jahre sowie an die Entwicklung danach. Wenn man sich überlege, welche Grundkonstanten es gebe, so wolle er sagen, daß es in diesem Land feindselige Gefühle gegenüber den Völkern der Sowjetunion nicht gebe. Ganz im Gegenteil seien für diese Völker hier große Sympathien und Respekt vorhanden. Er erwähne das, weil man erkennen könne, daß die Politik der Verbesserung der Beziehungen nicht auf Sand gebaut, sondern auf einem festen Fundament errichtet sei, das im Herzen der Menschen verankert sei.

Das möge erklären, warum hier in der Bundesrepublik Deutschland an der Entwicklung in der Sowjetunion ganz erhebliches Interesse bestehe und man

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1428*

„einen nüchternen, konzentrierten Text mit einer knappen Präambel. [...] Ziffer 1 enthalte eine Umschreibung und enumerative, d.h. nicht ausschließliche Nennung der wichtigsten Konsultationsgegenstände. Ziffer 2 behandle den Modus der Konsultationen. Ziffer 3 beinhalte die klassische Konsultationsklausel, während in Ziffer 4 die Unberührtheitsklausel formuliert sei.“ *Kwizinskij* habe die Weiterleitung zugesagt mit der Bemerkung, „nach seiner Meinung sei dies ein ‚bescheidenes‘ Dokument. D2 widersprach mit der Bemerkung, das Dokument würde die herausgehobene Qualität der Beziehungen widerspiegeln.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143532.

<sup>23</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

<sup>24</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

diese<sup>25</sup> realistisch betrachte in dem Sinn, daß sie gute Chancen eröffne, die Beziehungen in beiderseitigem und im europäischen Interesse zu verbessern.

Auf die Frage von *Dobrynin* nach den USA zu Beginn des Gespräches zurückkommend, stellte *BM* fest, daß er bei seinem jüngsten Besuch in den USA in der öffentlichen Meinung wie in der amerikanischen Politik mehr Offenheit für unsere Einschätzung der sowjetischen Politik gefunden habe als vor einiger Zeit. Dies sei wichtig für uns und wichtig für Europa. Wir würden von uns aus alles tun, um die gebotenen Möglichkeiten auf der Grundlage des Moskauer Vertrages in der Absicht zu nutzen, unseren Beitrag zur Verbesserung der Lage in Europa zu leisten. Wir seien bereit, das neue Blatt in den Beziehungen mit kräftiger Schrift zu beschreiben, mit Texten, die in die Zukunft gerichtet seien.

*Dobrynin* erwiderte, er habe *BM* mit Aufmerksamkeit zugehört und mehrere interessante Aspekte festgehalten, die er kommentieren wolle. So habe *BM* gesagt, im deutschen Volk gebe es jetzt keine feindseligen Gefühle gegenüber den Völkern der Sowjetunion.

*BM* warf ein, er habe nicht nur von „jetzt“, sondern von „immer“ gesprochen.

*Dobrynin* akzeptierte das und fuhr fort, er wolle dazu gerne seine Eindrücke auf seiner ersten Reise durch die Bundesrepublik Deutschland vermitteln, obwohl es gefährlich sei, nach drei Tagen bereits Schlußfolgerungen zu ziehen. Er habe mehrere Gespräche mit Vertretern der Parteien und der Öffentlichkeit geführt und sei stark beeindruckt davon, daß er nirgendwo ein feindseliges Gefühl den Sowjets gegenüber vernommen hätte, sondern im Gegensatz großes Interesse, welche neue Politik von den Sowjets zu erwarten sei. Dies sei einzuordnen in die Grundvorstellungen über die Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Er habe auch dazu keine negativen Äußerungen gehört. Natürlich habe es nicht nur Übereinstimmung in den Gesprächen gegeben, aber doch durchgehend die Bereitschaft, gemeinsam Klarheit zu schaffen und nach vorne zu gehen. Seine Erwartungen seien übertroffen worden, und dies sei der stärkste Eindruck, der ihm vermittelt wurde.

*D.* fuhr fort, was *BM* zum Europäischen Haus gesagt habe, insbesondere zu den Methoden des Aufbaus bilateral und multilateral unter Einbeziehung aller, sei die richtige Methode sowohl für den bilateralen wie auch für den multilateralen Dialog. Er stimme voll damit überein, daß der Moskauer Vertrag und die Schlußakte die Grundlagen dafür bilden sollen. Es gehe um die innere Ausgestaltung des Hauses. Dieses könne komfortabel oder weniger komfortabel, allzu modern oder vielleicht etwas herkömmlicher eingerichtet sein, jedenfalls in einer Weise, die alle anspreche. Deshalb wolle er an der Entwicklung der Architektur mitwirken. Das Haus müsse bequem, mit Perspektiven versehen und sicher gebaut werden.

*D.* kam dann darauf zu sprechen, daß bekanntlich in Europa auf beiden Seiten verschiedene Integrationsprozesse laufen, im RGW und in den Europäischen Gemeinschaften. Es sei an der Zeit, diese Prozesse einander näher zu bringen, und zwar auch im Zusammenhang mit dem Europäischen Haus. Nach seiner Ansicht sollten beide in ähnlicher Weise an die Angelegenheit herangehen. Es

<sup>25</sup> Korrigiert aus: „und diese“.

gäbe vielleicht Meinungsverschiedenheiten im Detail. Fragen der militärischen Integration riefen bei den Sowjets Sorge hervor, erstens als Prozeß des militärischen Aufbaus und zweitens aus der Gesamtsituation heraus, die sich herausgebildet habe und die dadurch charakterisiert sei, daß der Rüstungswettlauf gestoppt und umgekehrt werden müsse. Damit sei nicht vereinbar, darüber zu reden, wie man das Rüstungsniveau wieder ausbauen könne. Es werde über die „Auffüllung des Vakuums“ nach der Abschaffung von zwei Kategorien von Kernwaffen gesprochen. Wenn man der Entwicklung aus dem INF-Abkommen folge, dann könne die militärische Konfiguration keine andere Form annehmen. Auf amerikanischer Seite bestehe mehr Interesse für seegestützte nukleare Raketen. Diese Waffen seien nicht Gegenstand der sowjetisch-amerikanischen Beratungen. Die amerikanische Seite zeige keine Bestrebung, diese Waffen abzubauen. Militärische Integrationsprozesse riefen deshalb auf sowjetischer Seite Besorgnis hervor. Sie könnten das Europäische Haus stören, wenn nicht darauf hingearbeitet werde, daß das Niveau der Konfrontation gesenkt und nicht angehoben werde.

D. fragte in bezug auf die Wiener Gespräche über<sup>26</sup> konventionelle Abrüstung, ob sich die NATO bereits auf einen Ausschluß der taktischen Nuklearwaffen aus den Verhandlungen über den Abbau konventioneller Waffen und Streitkräfte festgelegt habe.<sup>27</sup> Die Sowjets verstünden uns so, daß man den Fragenkomplex als Ganzes verstehen solle. Er bäte BM, unsere Position inoffiziell zu erläutern.

BM erwiderte zu dem von D. angesprochenen ersten Komplex: Es sei offenkundig, daß es Integrationsprozesse in Europa gäbe. So gesehen gäbe es drei verschiedene Staatengruppen, nämlich diejenigen, die der EG angehören, diejenigen, die dem RGW oder Warschauer Pakt angehören, und diejenigen, die keiner der beiden vorgenannten Gruppierungen angehören. Er glaube, daß die EG zur Weiterentwicklung der Stabilität in Europa beitrage. Der Prozeß der Integration bedeute nicht die Errichtung einer großen Mauer nach außen. Wir betrachteten die EG nach außen als offene, zur Kooperation bereite Gemeinschaft. Es werde sehr darauf ankommen, wie die SU ihre künftige Rolle in der Weltwirtschaft sehe. Wir würden es als ein stabilisierendes Element ansehen, wenn sich die SU stärker öffne und sich in die Weltwirtschaft integriere, was bedeute, daß wir zwischen RGW und EG Fortschritte machten.<sup>28</sup>

Dobrynin warf ein, die Sowjets seien dafür, aber es gebe Hindernisse, die diskriminierenden Charakter in den Wirtschaftsbeziehungen hätten. Die SU bleibe jedoch weiterhin an mehr Kooperation zwischen beiden Wirtschaftssystemen orientiert. Wirtschaftliche Integration gäbe es auf beiden Seiten. Man solle zwischen beiden Seiten Brücken bauen und nichts tun, was die Kooperation störe.

BM schloß an diese Ausführungen die Feststellung an, daß die Intensität auch im wirtschaftlichen Austausch verbessert werden könne, wenn sich die Gesamtlage verbessere durch Fortschritte bei der Abrüstung und im politischen Bereich,

<sup>26</sup> Korrigiert aus: „Gespräche und über“.

<sup>27</sup> Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. Dok. 254.

<sup>28</sup> Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 177, Anm. 31.

weil damit bestehende Hindernisse im neuen Licht erschienen. Er sei überzeugt, daß die Entwicklung in diese Richtung gehen werde.

*Dobrynin* warf ein, er stimme mit der Grundthese überein, daß der Handel auch für die Entwicklung der Beziehungen in anderen Bereichen nützlich sei. *BM* fügte hinzu, genau dies sei die Philosophie des langfristigen deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommens<sup>29</sup>. Er sei insgesamt der Auffassung, daß Fortschritte bei der europäischen Integration im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften gleichzeitig eine stabilisierende Wirkung für die europäischen Bündnispartner der USA haben. Hier bildeten sich Strukturen, die die westeuropäische Entwicklung für die SU berechenbarer machen.

*Dobrynin* fragte, ob *BM* damit auf die wirtschaftliche Integration abstelle.

*BM* erwiderte, er meine damit auch die sicherheitspolitische Integration. Man müsse das in der richtigen Perspektive sehen. Es sei kein Geheimnis, daß die Zuwendung zur aktiven Gestaltung des West-Ost-Verhältnisses unterschiedlich entwickelt sei. Unsere Geschichte und unsere geographische Lage hätten dazu geführt, daß wir uns mit der Gestaltung der Beziehungen zu den östlichen Nachbarn intensiver befaßt hätten als manche anderen europäischen Länder. Das mache die deutsch-sowjetischen Beziehungen so wichtig, sei aber auch sehr wichtig für die Meinungsbildung innerhalb der EG.

*BM* fuhr fort, was die Frage von *D.* nach dem Stand der Meinungsbildung in Wien zur konventionellen Rüstungskontrolle und zu dem nuklearen Potential unterhalb 500km Reichweite angehe, wolle er auf den Beschluß der NATO in Reykjavik verweisen, daß ein Mandat für Verhandlungen über Raketen kürzerer Reichweite erarbeitet werden soll.<sup>30</sup> Er verrate kein NATO-Geheimnis, wenn er sage, daß das ein komplizierter Prozeß sei. Die große Bedeutung dieser Frage für uns sei klar. Die Raketen kürzerer Reichweite seien für uns ein Gegenstand großer Sorge. Was die Bedeutung der konventionellen Abrüstungsverhandlungen angehe, so habe er diese *D.* bereits erläutert. Insgesamt fänden wir, daß es ein richtiges Herangehen an das Problem sei, nicht Überlegenheit zu suchen, sondern ein Gleichgewicht der Streitkräfte auf niedrigem Niveau zu erreichen. *BM* erläuterte, warum er dem INF-Abkommen eine so große Bedeutung beimesse. Es gehe darum, endlich einen wirklichen Abrüstungsvertrag zustande zu bringen und damit zu dokumentieren, daß Abrüstung machbar und verifizierbar ist. Das werde vieles berechenbarer machen. Es sei wichtig, die Barrieren des Mißtrauens zu überwinden.

*Dobrynin* warf ein, das sowjetische Herangehen sei genau gleich. *G.* habe dasselbe gesagt. Es bestehe volles Einverständnis. Die Sowjets hätten den Amerikanern das auch so erläutert.

<sup>29</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59f.

Vgl. dazu ferner das am 1. Juli 1980 in Moskau unterzeichnete „Langfristige Programm über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie“; Referat 421, Bd. 141310. Vgl. dazu auch AAPD 1980, II, Dok. 195.

<sup>30</sup> Vgl. Ziffer 7 des Communiqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383f. Zur Tagung vgl. Dok. 170 und Dok. 174.



BM fuhr fort, es sei wichtig, die Philosophie der Zusammenarbeit auf allen Gebieten in die Köpfe der Menschen zu bringen. Man habe ihm nach seiner Rede in Minneapolis<sup>31</sup> die Frage gestellt, ob der Westen die SU stärke, wenn er wirtschaftlich mit ihr zusammenarbeite. Er habe darauf geantwortet, daß wirtschaftliche Zusammenarbeit natürlich nur laufe, wenn beide Seiten davon einen Nutzen haben. Entscheidend sei aber die Frage, ob eine technische und wirtschaftliche Spaltung Europas spannungsfördernd oder spannungsmindernd sei. Verbesserungen im Lebensstandard seien stets spannungsmindernd. Wir hätten uns stets für die spannungsmindernde Variante entschieden. Die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit allen östlichen Nachbarstaaten, die SU eingeschlossen, liege im Interesse der Europäer.

Dobrynin erwiderte, er wisse, daß man in den USA oft mit dieser Frage konfrontiert werde. BM habe schon persönlich darauf geantwortet. Beim Studium der Rede von BM habe er den Eindruck gewonnen, daß BM sich seine Position erarbeitet habe. Was die sowjetische Seite angehe, so habe G. bei verschiedenen inneren Anlässen und in seinem Namensartikel<sup>32</sup> zum Ausdruck gebracht, daß es an der Zeit sei, Bausteine zu fertigen, die das Vertrauen stärken: wirtschaftlich, kulturell, ökologisch, militärisch, alles, was dazu diene, um zu einem breiten Vertrauenssystem zu kommen. Ohne dies wäre es aussichtslos, auf ein umfassendes Sicherheitssystem hinzuarbeiten. Jetzt würden gegenseitig 2000 nukleare Gefechtsköpfe abgeschafft, davon 2/3 sowjetische. Trotzdem verliere die SU nichts dabei, wenn sich beide Seiten vom Prinzip der Parität leiten ließen, auf dem das Vertrauen basiere. Das Vertrauen baue darauf auf, wenn beide Seiten das in ihrem Bereich täten. Vor fünf Jahren wäre es noch unmöglich gewesen, ins Politbüro zu gehen und eine asymmetrische Lösung zu fordern. Damals hätten die Generäle dies für unmöglich erklärt. Jetzt denke die sowjetische Führung in einer anderen Kategorie. Das Thema Integrationsprozeß sei wichtig. Die Sowjets würden darüber noch öfters sprechen wollen.

D. fuhr fort, er glaube, daß die Standpunkte beider Seiten hinsichtlich der wirtschaftlichen, kulturellen Integration usw. ähnlich seien. Bei der militärischen Integration sei es jedoch komplizierter. BM habe Recht, wenn er sage, daß unter den NATO-Partnern die Bundesrepublik Deutschland die SU besser kenne. Das hänge mit der Geschichte zusammen. Er freue sich, von BM zu hören, daß er<sup>33</sup> in den USA größere Offenheit für seine Einschätzungen in der Ostpolitik gefunden habe.

D. sprach sich dafür aus, Fragen der militärischen Integration weiter zu besprechen. Wo die Brücken, die uns verbänden, breit genug seien, solle das zum allgemeinen Nutzen verwendet werden. Er hoffe auf eine Gelegenheit, das Gespräch mit BM weiterzuführen. Er tausche gerne Meinungen mit „der westdeutschen Seite und Ihnen persönlich“ aus. Er sei sicher, daß ihn G. fragen werde, was BM über diese Entwicklung denke. Wie schon der Bundeskanzler habe auch der Bundesminister ihm interessante Dinge vermittelt. Er denke, das sei

<sup>31</sup> Zur Rede des Bundesministers Genscher vom 9. Oktober 1987 vgl. Dok. 283, Anm. 7.

<sup>32</sup> Vgl. den am 17. September 1987 in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ veröffentlichten Artikel von Michail Gorbatschow, „Realität und Garantien einer sicheren Welt“, GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 258–270.

<sup>33</sup> Korrigiert aus: „es“.



konstruktiv gefärbt und gehe in Richtung einer Verbesserung der Beziehungen, nicht nur zwischen unseren beiden Ländern. Die sowjetische Position dazu sei ebenso bekannt wie die Position der Bundesrepublik Deutschland. Die Sowjets sähen, daß wir uns fest an diesen Kurs hielten.

Auf die abschließende Frage von BM, wann D. in die SU zurückkehre, erwiderte dieser, daß er noch bis zum 14.10. in der Bundesrepublik bleiben werde, da er auch noch ein Gespräch mit den „Grünen“ führen wolle. An diese Bemerkung schloß sich ein kurzer Meinungswechsel über die Rolle der „Grünen“ in beiden Staaten an. D. argumentierte dabei, daß es auch in der SU bereits „Grüne“ gäbe. Er wies auf die Zunahme von Zeitungsexemplaren und Abonnenten aufgrund von Glasnost hin (darunter eine Zeitung mit einer Auflage von 13 bis 14 Mio. Exemplaren). Ferner meinte er, daß die „Grünen“ in der SU für verbesserten Umweltschutz im Baikalsee und Ladogasee eintreten und Bürger beim Bau neuer Industrieanlagen vorher befragt würden.

BM bat D., Grüße an GS Gorbatschow und AM Schewardnadse zu übermitteln, die dieser ausrichten versprach. Auf die weiteren Termine angesprochen, meinte *Dobrynin*, es bleibe beim vorgesehenen Termin für den Besuch von AM Schewardnadse in Bonn.<sup>34</sup>

**Referat 010, Bd. 178904**

<sup>34</sup> Der Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in der Bundesrepublik fand vom 17. bis 19. Januar 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

## 281

# Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

214-321.00 POL

12. Oktober 1987<sup>1</sup>Herrn Staatssekretär<sup>2</sup>Siehe auch beigegefügt abweichendes Votum von Dg21<sup>3</sup>Betr.: Beschießung des Tenders Neckar der Bundesmarine durch ein polnisches Schiff<sup>4</sup>;

hier: Geltendmachung unseres Schadensersatzanspruchs

Bezug: Ihre Weisung in der Direktorenbesprechung

Anlg.: 1<sup>5</sup>

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zu Ziffer V.

## I. Ausgangslage

1) BM Wörner hat am 5. Oktober 1987 entschieden, daß das AA gebeten werden soll, gegenüber der VR Polen wegen der Beschießung des Tenders Neckar der

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 26. Oktober 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Minister vorzulegen unter Hinweis auf meine Stellungnahme vom 26.10.87.“

In einer Aufzeichnung vom 26. Oktober 1987 hielt Sudhoff für Bundesminister Genscher fest, er „habe gegen die Geltendmachung unserer Schadensersatzansprüche rechtliche und politische Bedenken“. Wer sich mit einem Schiff in die Nähe der Schießzone begeben, nehme, selbst wenn dies internationalen Usancen entspräche, Gefahren in Kauf und müsse „sich die Frage eines Mitverschuldens entgegenhalten lassen. Ich habe erhebliche Zweifel an der Begründetheit des Schadensersatzanspruchs in voller Höhe. M. E. will das BMVg durch die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen sich die Möglichkeit offenhalten, auch in Zukunft fremde Manöver in gleicher Weise beobachten zu können. Mit der Geltendmachung der Ansprüche soll zum Ausdruck gebracht werden, daß solches Verhalten grundsätzlich rechtmäßig und international üblich ist. Ich vermute ferner, daß sich das BMVg gegenüber dem Bundesrechnungshof, aber auch gegenüber Öffentlichkeit und Parlament freizeichnen will.“ Polen werde der Schadensersatzforderung kaum entsprechen. Die Nichtweiterleitung der Schadensersatzansprüche solle „dem Verteidigungsministerium nicht auf normalem bürokratischen Weg mitgeteilt werden. Es bedarf dazu wohl schon des politischen Gesprächs auf Ihrer Ebene, ggf. unter Einschaltung des Bundeskanzleramtes.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139708.

Hat Bundesminister Genscher am 9. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]V[orlage] mit einer völkerrechtlichen Beurteilung, die auch die Gesichtspunkte bewertet, die StS [Sudhoff] in seiner Bemerkung vom 26.10. m. E. zu Recht erwähnt. 2) WV 15.12.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 9. November 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Ministerialdirigent Kastrup und Referat 214 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[Siehe] W[ei]ls[un]g BM.“

<sup>3</sup> Ministerialdirigent Kastrup vermerkte am 15. Oktober 1987: „Ich stimme dem Votum der Vorlage nicht zu und rate davon ab, Schadensersatzansprüche gegen Polen geltend zu machen. Begründung: Bei einer Abwägung aller Gesichtspunkte halte ich die gegen eine Geltendmachung sprechenden Argumente für politisch schwerwiegender.“ Das Hauptanliegen des Bundesministeriums der Verteidigung, „zu dokumentieren, daß den Tender Neckar keine Mitschuld an dem Zwischenfall treffe, läßt die Empfindlichkeiten in unserem Verhältnis zu Polen gänzlich unberücksichtigt“, zumal nicht zu erwarten sei, „daß Polen irgendwelche Zahlungen leistet“. Es sei nicht erkennbar, wie der Fall angesichts der unterschiedlichen Darstellungen des Tathergangs durch die Bundesmarine und die polnische Seite gelöst werden könne. Die befürchtete Präcedenzwirkung sei nicht stichhaltig: „Da es sich nach dem Vortrag des BMVg um den ersten Fall eines Manöverzwischenfalls dieser Art überhaupt handelt, scheint die Wahrscheinlichkeit einer Wiederholung nicht besonders hoch zu sein.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139708.

Bundesmarine am 15. Juni 1987 in der Ostsee Schadensersatzansprüche geltend zu machen. Der durch polnische Geschosse angerichtete Sachschaden wird vom BMVg auf 536028 DM beziffert. Die eventuelle Geltendmachung von Ansprüchen wegen Personenschäden (drei verletzte Matrosen) behält BMVg sich vor.

In den bisherigen Kontakten mit der polnischen Seite wegen des Zwischenfalls haben wir uns die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen vorbehalten.

2) Die völkerrechtliche Bewertung der Stellungnahmen des BMVg zur Schadensersatzfrage<sup>6</sup> gelangt zu dem Ergebnis, daß bei Zugrundelegung des vom BMVg geschilderten Sachverhalts die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegenüber Polen gerechtfertigt erscheint (Anlage<sup>7</sup>).

## II. Die polnische Position

Mit der polnischen Seite besteht in bezug auf den dem Zwischenfall zugrundeliegenden Sachverhalt und seine Bewertung kein Konsens. Zwar hat der polnische Geschäftsträger gegenüber Dg21 am 20.6.1987 „die Wahrscheinlichkeit eines zufälligen Beschusses der Neckar“ konzediert und das Bedauern seiner Regierung ausgesprochen.<sup>8</sup> Die polnische Seite hat bei dieser wie bei anderen Gelegenheiten zugleich aber auch betont, daß die Untersuchungen „keine Grundlagen zur eindeutigen Feststellung der Tatsachen ergeben“ hätten. Polen geht

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1435*

<sup>4</sup> Das Bundesministerium der Verteidigung teilte am 16. Juni 1987 mit, daß am Vortag „die ‚Neckar‘ während der Beobachtung eines Übungsschießens von Seestreitkräften des Warschauer Paktes in der östlichen Ostsee (Brüsterort, am Rande der Danziger Bucht) neun Seeminen außerhalb der sowjetischen Hoheitsgewässer von fünf Artilleriegeschossen getroffen und beschädigt wurde“. Der Zwischenfall habe sich in internationalen Gewässern ereignet, „in einem Warnggebiet, das zum Zeitpunkt des Ereignisses von den Seestreitkräften des WP nicht aktiviert war“. Vgl. die Presseerklärung Nr. XXIV/21; Referat 214, Bd. 139708.

Referat 214 vermerkte am 25. Juni 1987, der polnische Gesandte Kulski sei für den Protest der Bundesregierung am 16. Juni 1987 ins Auswärtige Amt einbestellt worden: „Bei dieser Gelegenheit wurde zugleich die Forderung übermittelt, die polnischen Behörden sollten für die umgehende vollständige Aufklärung des Vorfalles Sorge tragen, eine Entschuldigung aussprechen und Maßnahmen zur Verhinderung solcher Zwischenfälle in Zukunft treffen. Die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen wurde ausdrücklich vorbehalten.“ Diese Mitteilungen seien nach Ausbleiben einer polnischen Reaktion bei einer weiteren Einbestellung des Gesandten am 19. Juni 1987 wiederholt worden. Vgl. Referat 214, Bd. 139708.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 7.

<sup>6</sup> Für die Aufzeichnungen des Bundesministeriums der Verteidigung vom 24. August und 2. September 1987 vgl. Referat 214, Bd. 139708.

<sup>7</sup> Vortragender Legationsrat Löschner skizzierte Möglichkeiten zur Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen an Polen wegen des „Neckar-Zwischenfalls“. Für eine Geltendmachung von Schadensersatzforderungen spreche neben der Bitte des Bundesministeriums der Verteidigung Polens „unter den Ostblockstaaten [...] relativ größte Bereitschaft, sich obligatorischen Streitbeilegungsformen zu unterwerfen“. Auch wenn in keinem bilateralen Abkommen entsprechende Schiedsklauseln enthalten seien, sei Polen Vertragspartei zahlreicher multilateraler Abkommen, die „entweder die einseitige Anrufung des IGH oder die Einsetzung eines Schiedsgerichtes auf Verlangen einer Vertragspartei“ ermöglichen würden. Ein stillschweigender Verzicht könne zudem „als Einverständnis eines Fehlverhaltens unsererseits“ interpretiert werden: „Im Verfolg der Schadensersatzforderung könnte allgemein ein Beitrag zur Umsetzung des Prinzips der friedlichen Streitbeilegung sowie auch der Haftung für völkerrechtswidriges Verhalten gesehen werden.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139708.

<sup>8</sup> Ministerialdirigent Kastrup informierte die Botschaften in Warschau und Moskau, die Ständigen Vertretungen bei der NATO in Brüssel und in Ost-Berlin sowie das Bundesministerium der Verteidigung am 22. Juni 1987, der polnische Gesandte Kulski habe ihm am 20. Juni 1987 eine Erklärung der polnischen Regierung übergeben mit dem Hinweis, ihr Inhalt würde es erlauben, „die Angelegenheit zum Abschluß zu bringen“, um „eine ‚Komplizierung der politischen Beziehungen‘ zu vermeiden“. Vgl. den Runderlaß Nr. 4921; Referat 214, Bd. 139708.

im übrigen unverändert von einer Mitschuld der Neckar aus (Einfahren in für Übungsschießen vorgesehenes Gebiet; Nichtreagieren auf polnische Warnungen; Manöver „in gefährlich nahem Abstand zu übenden Schiffen“).<sup>9</sup> Die polnische Seite möchte die Angelegenheit mit der Entschuldigung als „definitiv abgeschlossen“ betrachten (Europa-Direktor Fekecz gegenüber Botschafter Pfeffer am 20.7.1987<sup>10</sup>).

Fazit: Die von Polen eingenommene Position läßt erwarten, daß es sich der Zahlung von Schadensersatz mit Sicherheit widersetzen wird. Seine allseits bekannte problematische Finanzlage wird es darin bestärken.

### III. Die politische Opportunität der Geltendmachung des Anspruchs

1) Beide Seiten haben von Anfang an den Wunsch zum Ausdruck gebracht, den Zwischenfall nicht zu einem Störfaktor der bilateralen Beziehungen werden zu lassen. Die Einforderung von Schadensersatz bei der VR Polen berührt zwangsläufig die bilateralen Beziehungen. Die Geltendmachung der Forderung ist daher auch unter dem politischen Aspekt der deutsch-polnischen Beziehungen zu prüfen. Da es ernsthafte Argumente für und gegen eine Geltendmachung gibt, werden diese im folgenden einander gegenübergestellt.

#### 2) Argumente gegen eine Geltendmachung

2.1) Einen Anspruch zu erheben, bedeutet auch, sich für seine Durchsetzung zu engagieren. Gerade dies wird im Hinblick auf die Ausführungen unter Ziffer II. zu langwierigen Auseinandersetzungen mit der polnischen Seite führen, die im Ergebnis den bestehenden Dissens nicht aufheben, dafür aber die Beziehungen mit einer kontroversen Diskussion um Verantwortlichkeiten belasten werden.

2.2) Mit großer Sicherheit ist schon heute absehbar, daß Polen Zahlungen in dieser Angelegenheit nicht leisten wird. Die vorhersehbare Belastung der bilateralen Beziehungen steht daher in keinem Verhältnis zu dem zu erwartenden Resultat und ist im Vorfeld eines anstehenden BM-Besuches in Polen<sup>11</sup> politisch unerwünscht.

2.3) Die polnische Seite hat über den Zwischenfall ihr Bedauern zum Ausdruck gebracht. Kontroverse Auseinandersetzungen über Schadensersatz können im Ergebnis dazu führen, daß die polnische Entschuldigung „hinwegdebattiert“ wird.

<sup>9</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix informierte die Botschaften in Moskau und Warschau, die Ständigen Vertretungen bei der NATO in Brüssel bzw. in Ost-Berlin sowie das Bundesministerium der Verteidigung am 30. Juni 1987, Ministerialdirigent Kastrup habe dem polnischen Gesandten Kulski am 30. Juni 1987 „mit der Bitte um Weiterleitung an die polnische Regierung“ die Stellungnahme der Bundesregierung zur polnischen Erklärung vom 20. Juni 1987 übergeben mit dem Hinweis, „daß in der Schadensersatzfrage noch keine Entscheidung ergangen sei und deshalb die Geltendmachung von Ansprüchen vorbehalten bliebe“. Auch die Bundesregierung hoffe auf eine baldige Beilegung. Zur Presseerklärung der polnischen Regierung vom 23. Juni 1987 hieß es: „Die Bundesregierung weist entschieden jeden Versuch der polnischen Seite zurück, eine Mitschuld der ‚Neckar‘ an dem Zwischenfall zu konstruieren. Bei der Eindeutigkeit der gegebenen Sachlage und dem Eingeständnis der eigenen Verantwortlichkeit durch die polnische Seite muß ein solcher Versuch Befremden auslösen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 5191; Referat 214, Bd. 139708.

<sup>10</sup> Botschafter Pfeffer, Warschau, berichtete am 20. Juli 1987, der Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium, Fekecz, habe ihm am selben Tag eine im Anhang übermittelte Stellungnahme der polnischen Regierung zum „Neckar-Zwischenfall“ in der Ostsee übergeben, um „die Angelegenheit mit dieser Antwort zu einem definitiven Abschluß“ zu bringen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1221; Referat 214, Bd. 139708.

<sup>11</sup> Bundesminister Genscher besuchte Polen vom 10. bis 13. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

2.4) Schadensersatzforderungen an die polnische Adresse im Zusammenhang mit einem deutschen Kriegsschiff können bei den Polen sehr leicht emotionale Reaktionen in bezug auf die Vergangenheit auslösen. Es liegt nahe, daß Polen die Debatte um seine Wiedergutmachungsforderungen an uns wiederbeleben wird.<sup>12</sup>

### 3) Argumente für eine Geltendmachung

3.1) Der polnische Ausdruck des Bedauerns kann als Teil der Wiedergutmachung des moralischen Schadens gelten. Diese Wiedergutmachung bedarf der Ergänzung durch Ersatz des materiellen Schadens.

3.2) Im Hinblick auf die Ausführungen unter Ziffer II. könnte ein stillschweigender Verzicht auf die Geltendmachung des Schadensersatzanspruches von Polen als Signal in die falsche Richtung verstanden werden. Polen könnte darin das Eingeständnis eines Fehlverhaltens unseres Schiffes und einer Bestätigung seiner These von der Mitschuld sehen.

3.3) Nach Auskunft des BMVg ist der Neckar-Zwischenfall der erste, bei dem sich für ein Kriegsschiff der Bundesmarine im Verhältnis zu einem Drittstaat die Frage der Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen stellt. Ein stillschweigender Verzicht auf Ansprüche kann eine für die Bundesrepublik Deutschland nachteilige völkerrechtliche Praxis ins Werk setzen dergestalt, daß die Bundesrepublik bei Schäden im Zusammenhang mit Manöverbeobachtung auf deren Geltendmachung verzichtet. In künftigen Fällen könnten sich Polen, aber auch andere Länder auf diesen Präzedenzfall berufen.

3.4) Die Geltendmachung entspricht einer dezidierten Bitte des BMVg. Im Deutschen Bundestag (MdB Czaja im Juli 1987) ist ebenfalls schon nach der Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen wegen des Neckar-Zwischenfalls gefragt worden.<sup>13</sup> Auch die Presse hat diesen Aspekt bereits im Auge. Bei Verzicht auf die Geltendmachung hätte das AA die Last innenpolitischer Kritik (Vorwurf zu großer Nachgiebigkeit gegenüber Polen) allein zu verantworten.<sup>14</sup> Diese Kritik könnte von bestimmter Seite recht heftig ausfallen.

3.5) Wenn sich der Zwischenfall mit umgekehrten Rollen abgespielt hätte, wären von polnischer Seite mit ziemlicher Gewißheit Ansprüche an die Adresse der Bundesrepublik Deutschland erhoben worden. Im Hinblick auf den „dichten Verkehr“ von Kriegsschiffen in der Ostsee ist die Gefahr einer Realisierung dieser Annahme keineswegs wirklichkeitsfremd.

3.6) Polen zeigt unter den Ostblockstaaten die relativ größte Bereitschaft, sich obligatorischen Streitbeilegungsformen zu unterwerfen. Zwar gibt es bisher in

<sup>12</sup> Zu den polnischen Forderungen nach Reparationen vgl. Dok. 122, Anm. 17.

<sup>13</sup> Auf die schriftliche Frage des CDU-Abgeordneten Czaja, ob die Bundesregierung wegen des „Neckar-Zwischenfalls“ Schadensersatzansprüche an Polen stelle, teilte Staatsminister Schäfer am 22. Juli 1987 mit, die Bundesregierung behalte sich diesen Schritt vor: „Sie prüft zur Zeit die Sach- und Rechtslage.“ Vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/640, S. 3.

<sup>14</sup> Unter Bezugnahme auf Presseberichte über den „Neckar-Zwischenfall“ vermerkte Vortragender Legationsrat Weiß am 24. August 1987: „Spiegel-Notiz scheint (wie Welt-Artikel vom 14.8.) vom BMVg lanciert, um uns Schwarzen Peter zuzuschieben.“ Statt die vom Auswärtigen Amt gestellten Fragen zu beantworten, „bedient sich der BMVg – wie schon früher – der Medien, um uns anzuklagen“. Vgl. Referat 214, Bd. 139708.

Vgl. dazu die Meldung „Wörner abgeblitzt“; DER SPIEGEL, Nr. 35 vom 24. August 1987, S. 17, und den Artikel „Schüsse auf die ‚Neckar‘ kosten 600 000 Mark“; DIE WELT vom 14. August 1987, S. 4.

keinem bilateralen Abkommen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland eine Schiedsklausel, wohl aber in zahlreichen multilateralen Abkommen, bei denen Polen Vertragspartei ist.

#### 4) Votum

Nach Abwägung der vorstehenden Gesichtspunkte wird vorgeschlagen, zugunsten der Geltendmachung unseres Schadensersatzanspruches gegenüber der VR Polen zu entscheiden. Der Vorschlag stützt sich auf folgende Gesichtspunkte: Die mangelnde Realisierbarkeit eines Anspruches vermag den Verzicht auf seine Geltendmachung im Interesse der bilateralen Beziehungen im Endergebnis nicht zu rechtfertigen. Dies ergibt sich aus den nachteiligen völkerrechtlichen Konsequenzen, die ein stillschweigender Verzicht auf die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen wie im vorliegenden Fall für die Bundesrepublik Deutschland zur Folge haben kann. Der Verzicht würde im Wege der Präzedenzwirkung eine für uns negative völkerrechtliche Praxis begründen helfen und sich damit zugleich als politische Hypothek für zukünftige Fälle erweisen.

Der Geltendmachung des Schadensersatzanspruches kommt daher eine von der Realisierungsmöglichkeit unabhängige Bedeutung zu. In diesem Sinne ist auch die Stellungnahme des BMVg vom 24.8.1987 zu verstehen, wo es heißt: „Ob Aussichten bestehen, die geltend gemachten Entschädigungen zu erhalten, vermag hier nicht beurteilt zu werden. Wichtig ist, daß durch die Geltendmachung der Schadensersatzansprüche eindeutig und unmißverständlich unsere Auffassung dokumentiert wird, daß den Tender Neckar keine Mitschuld an dem Zwischenfall in der Ostsee trifft.“

#### IV. Weiteres Procedere

Die Geltendmachung des Anspruches sollte gleichwohl im Interesse der bilateralen Beziehungen nüchtern, sachbezogen und möglichst unspektakulär erfolgen. Dafür bietet sich folgendes Vorgehen an:

Als erster Schritt sollte die Erhebung unserer präzise bezifferten Schadensersatzforderung gegenüber der polnischen Seite auf diplomatischem Wege (z. B. über unsere Botschaft Warschau) erfolgen. Die Forderung sollte mit dem Angebot zur Aufnahme von Verhandlungen zwecks Klärung des dem Zwischenfall zugrundeliegenden Sachverhalts und seiner rechtlichen Bewertung verknüpft werden. Wenn Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen, Polen aber zur Mitwirkung bei der Klärung der Sach- und Rechtslage bereit ist, steht eine Reihe völkerrechtlicher Verfahren (Untersuchungskommission, Einrichtung eines Schiedsgerichts, IGH, Zwischenformen) zur weiteren Behandlung des Anspruches zur Verfügung. Welches Verfahren gegebenenfalls in Betracht kommt, sollte im Lichte der polnischen Reaktion auf die Anmeldung unseres Schadensersatzanspruches und danach entschieden werden, ob es die Weiterverfolgung unseres Anspruches im Interesse der bilateralen Beziehungen auf möglichst unspektakuläre Weise gestattet.

#### V. Zusammenfassendes Votum

Es wird vorgeschlagen:

- entsprechend der Bitte des BMVg wegen der Beschädigung des Tenders Neckar durch polnische Geschosse am 15.6.87 in der Ostsee Schadensersatzansprüche gegenüber der VR Polen geltend zu machen;



- als ersten Schritt die präzise bezifferte Forderung auf diplomatischem Wege gegenüber der polnischen Regierung zu erheben und
- die Entscheidung über die weitere verfahrensmäßige Behandlung im Lichte der polnischen Reaktion zu treffen.<sup>15</sup>

D5<sup>16</sup> hat mitgezeichnet unter rechtlichen Gesichtspunkten und bemerkt, daß für ihn der unter III. 3.4) genannte Gesichtspunkt der entscheidende ist.<sup>17</sup>

Richthofen

**Referat 214, Bd. 139708**

<sup>15</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix übermittelte Referat 500 am 11. November 1987 die Aufzeichnung vom 12. Oktober 1987 nebst dem Votum des Staatssekretärs Sudhoff vom 26. Oktober 1987 und bat, der handschriftlichen Weisung des Bundesministers Genscher vom 9. November 1987 nach Wiedervorlage und einer völkerrechtlichen Beurteilung des Vorgangs nachzukommen. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139708.

Am 7. Dezember 1987 legte Ministerialdirektor Oesterhelt eine Aufzeichnung zur Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen beim „Neckar-Zwischenfall“ vor: „Daß eine auch nur fahrlässige Beschießung eines fremden Kriegsschiffes in Friedenszeiten völkerrechtswidrig ist, ist selbstverständlich. Auch die Einrichtung eines Warnggebietes vermag an der Völkerrechtswidrigkeit der Beschießung eines Beobachters nichts zu ändern. Die Erklärung eines Warnggebietes bedeutet nur, daß anderen Schiffen geraten wird, ein bestimmtes Gebiet zu vermeiden. Sie bedeutet nicht, daß fremden Schiffen die Einfahrt versagt werden kann oder daß eine Beschießung innerhalb des Warnggebietes zulässig würde.“ Ein Staat hafte für völkerrechtswidrige Schädigungen, „wenn er oder seine Organe bei ihrem Handeln nicht die nötige Sorgfalt (due diligence) aufgewendet haben“. Die Position der „Neckar“ sei der polnischen Seite bekannt gewesen, was durch deren Behauptung, das Schiff sei gewarnt worden, erhärtet werde. Zur Frage einer Mitverschuldung des Tenders vermerkte Oesterhelt: „Ein Mitverschulden beseitigt nicht die Rechtswidrigkeit einer Schädigung. Wohl kann sich aber die Höhe des völkerrechtlich geschuldeten Schadensersatzes vermindern, wenn den Geschädigten eine Mitschuld trifft.“ Das polnische Verhalten, das Feuer trotz Kenntnis über ein fremdes Schiff im Feuerbereich zu eröffnen, „wäre eine schwere Verletzung der Seegepflogenheiten, so daß ein geringes Fehlverhalten der Besatzung der ‚Neckar‘ insgesamt kaum zu Buche schlagen würde. Selbst die Annahme eines weitergehenden Mitverschuldens würde rechtlich die Erhebung von Ansprüchen nicht ausschließen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139708.

<sup>16</sup> Jürgen Oesterhelt.

<sup>17</sup> Der Passus „unter rechtlichen ... ist“ wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

## 282

**Generalkonsul Breitenbach, Genf, an das Auswärtige Amt****Fernschreiben Nr. 2085****Aufgabe: 12. Oktober 1987, 21.10 Uhr****Citissime**Betr.: Tod von Herrn Uwe Barschel in Genf<sup>1</sup>Bezug: DB Nr. 2078 vom 11.10.1987 – RK 542<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

1) Pressesprecher der Genfer Kantonspolizei unterrichtete heute nachmittag über vorläufiges Autopsieergebnis. Danach ist Tod am 11.10.1987 gegen 11.00 Uhr eingetreten. Todesursache steht noch nicht fest. Zwei Möglichkeiten werden jedoch nach bisherigen Erkenntnissen ausgeschlossen: Ertrinken in der Badewanne und Gewaltanwendung. Natürlicher Tod durch Herzversagen („une défaillance cardiaque“) sei jedoch nicht auszuschließen, da Herr Barschel offenbar früher einen Infarkt erlitten habe. Endgültige Bewertung hängt vom Ergebnis toxikologischer und chemischer Untersuchung ab, das frühestens Mittwoch<sup>3</sup> zu erwarten sei.

2) Auf späterer Pressekonferenz wiederholte Pressesprecher diese Angaben, die von Untersuchungsrichterin<sup>4</sup> bestätigt wurden. Nach ihrer Begründung ist Tod durch Ertrinken auszuschließen, da der Kopf nicht unter Wasser gewesen sei. Anzeichen der Gewaltanwendung seien am Körper nicht feststellbar.

3) In den frühen Abendstunden stellten sich Ehefrau Freya Barschel und Bruder Dr. Eike Barschel, wohnhaft [...] <sup>5</sup> (Nähe Lausanne), der internationalen Presse im Hotel Intercontinental und erläuterten ihre Version über den Tod von Uwe Barschel. Sie forderten seine Rehabilitierung und betonten die Absicht der Fami-

<sup>1</sup> Vor den Wahlen zum schleswig-holsteinischen Landtag am 13. September 1987 wurde bekannt, daß das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ in seiner Ausgabe vom 14. September 1987 melden werde, der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Barschel (CDU) habe mit Hilfe des Mitarbeiters der Staatskanzlei, Pfeiffer, eine Verleumdungskampagne gegen seinen Herausforderer, den Vorsitzenden der schleswig-holsteinischen SPD-Fraktion, Engholm, inszeniert. Vgl. dazu den Artikel „Waterkantgate: ‚Beschaffen Sie mir eine Wanze‘“; DER SPIEGEL, Nr. 38 vom 14. September 1987, S. 17–25.

Bei den Wahlen zum schleswig-holsteinischen Landtag erzielte die SPD 45,2%, die CDU 42,6%, die FDP 5,2% und der Südschleswigsche Wählerverband 1,5% der Stimmen. Die Grünen kamen auf 3,9%.

Bei einer Pressekonferenz am 18. September 1987 wies Barschel in einer eidesstattlichen Erklärung die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen als falsch zurück. In der konstituierenden Sitzung des Landtags am 2. Oktober 1987 in Kiel erklärte er den Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten; am selben Tag setzte der Landtag einen Untersuchungsausschuß zur Klärung der Affäre ein. Am 6. Oktober 1987 wurde Barschels parlamentarische Immunität aufgehoben.

<sup>2</sup> Botschafter Dannenbring, Genf (Internationale Organisationen), berichtete, die Ständige Vertretung sei von der Genfer Polizei fernmündlich gegen 16 Uhr über den Tod des früheren schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Barschel informiert worden: „Genfer Polizei hat gegenüber Presse und StV bisher lediglich mitgeteilt, daß zur Feststellung der Todesursache Autopsie des Toten angeordnet worden sei. Wie zu erfahren, soll Barschel heute nachmittag gegen 14.00 Uhr tot im Hotel Beau-Rivage aufgefunden worden sein. Ergänzend wurde mitgeteilt, daß Herr Barschel voll bekleidet in einer mit Wasser gefüllten Badewanne gefunden wurde.“ Vgl. AV Bern, Bd. 39576.

<sup>3</sup> 14. Oktober 1987.

<sup>4</sup> Claude-Nicole Nardin.

<sup>5</sup> Angabe der Adresse wurde entfernt.

lie, ihn nicht „demonstrieren“ zu lassen. Eike Barschel benutzte die Gelegenheit eingangs zu einem Angriff auf die Partei seines Bruders, die ihn in schwerer Zeit nicht unterstützt und Mitschuld an seinem Tod auf sich geladen habe. Er entwickelte im wesentlichen die These, daß Uwe Barschel nicht durch Selbstmord oder natürlichen Tod aus dem Leben geschieden, sondern möglicherweise Opfer eines Mordkomplotts geworden sei. Nach seinen Angaben habe sein Bruder während des Ferienaufenthalts auf Gran Canaria<sup>6</sup> neuen Mut geschöpft, um seine Rehabilitierung zu betreiben, was sich auch aus einem Telegramm vom 8.10.1987 an den CDU-Fraktionsvorsitzenden Klaus Kribben (vgl. Anlage<sup>7</sup>) ergebe. Anlaß zu dieser positiven Haltung sei außerdem eine Information gewesen, die er telefonisch erhalten habe. Ein ihm Unbekannter namens Robert Roloff, der ihn bereits am 26.9.1987 in Kiel telefonisch kontaktiert habe, habe ihm Material zu seiner Entlastung angeboten. Dabei habe es sich um ein Foto gehandelt, das Herrn Pfeiffer und einen unbekannten Mann darstelle. Mit Herrn Roloff habe er sich – entgegen dem Rat der Familie – für das letzte Wochenende in Genf verabredet. Er sei mit dem Unbekannten auch am Samstag, dem 10.10.1987, vermutlich auf dem Flughafen in Genf zusammengetroffen. In einem anschließenden Telefongespräch mit seiner Ehefrau habe er sich sehr optimistisch darüber geäußert, den Schlüssel des Problems gefunden zu haben. Die „Transaktion“ (gleich Übergabe des Fotos) solle später erfolgen. Ob es zu dieser Übergabe gekommen sei und wo sich ggf. das Foto befinde, sei der Familie nicht bekannt. Die ermittelnden Behörden hätten bisher darüber geschwiegen. Uwe Barschel habe bei allen Telefonaten aus Genf zuversichtlich gewirkt, und diese Haltung schließe Selbstmord aus.

Der Unbekannte habe verlangt, Uwe Barschel an dem geplanten Treffpunkt allein und ohne Polizei zu begegnen. Über seine Identität habe die Familie keine Informationen; bei ihm handle es sich offenbar nicht um einen Politiker; die auf dem Foto neben Herrn Pfeiffer abgebildete Person könne aber sicherlich dem politischen Leben in der Bundesrepublik zugerechnet werden. Während Herr Barschel die bohrenden Fragen der Journalisten nach möglichen Motiven für einen politischen Mord nicht beantworten konnte, betonte er mehrfach seine Verschwörungstheorie.<sup>8</sup>

<sup>6</sup> Zusammen mit seiner Ehefrau reiste Uwe Barschel am 6. Oktober 1987 nach Gran Canaria. Am 10. Oktober 1987 flog er von Las Palmas nach Genf.

<sup>7</sup> Dem Vorgang beigelegt. Mit Fernkopie Nr. 383 übermittelte Generalkonsul Breitenbach, Genf, am 12. Oktober 1987 das Telegramm von Uwe Barschel an den Vorsitzenden der schleswig-holsteinischen CDU-Fraktion, Kribben. Darin beklagte Barschel Äußerungen aus den Reihen der CDU, die „einer beispiellosen rechtsstaatswidrigen Vorverurteilung“ gleichkämen. Weiter schrieb er: „Ich werde Sonntagmittag in Schleswig-Holstein eintreffen und am Montag, dem 12.10.1987, wenn gewünscht, allgemein zur Verfügung stehen. [...] Leider bin ich jetzt in meinem Kampf für die Erhellung der vollen Wahrheit auf mich allein gestellt, aber ich werde kämpfen, damit die volle Wahrheit ans Licht kommt. Aufgrund einer Information, die ich vor einigen Tagen erhalten habe und der ich noch am Wochenende persönlich nachgehen werde, könnte ich vielleicht schon am Montag einen wesentlichen Beitrag zur Aufklärung leisten. Ich kann in diesem FS nicht mehr andeuten.“ Vgl. AV Bern, Bd. 39576.

<sup>8</sup> Generalkonsul Breitenbach, Genf, berichtete am 15. Oktober 1987, nach 48-stündiger Nachrichtensperre hätten die Behörden in Genf am Vorabend bekanntgegeben: „Nach Ausführungen Polizeisprechers und Untersuchungsrichterin hat Untersuchung des Magen- und Darminhalts sowie des Bluts das Vorhandensein von fünf verschiedenen Medikamenten (u. a. Beruhigungs- und Schlaftabletten) ergeben, deren Quantität bisher noch nicht endgültig feststeht. Auf Fragen erklärte Pressesprecher, die festgestellte Dosis reiche aus, um den Tod eines Menschen zu bewirken. Die Untersuchung habe

4) Das schweizerische Fernsehen berichtete heute abend über beide Pressekonferenzen.

Breitenbach<sup>9</sup>

AV Bern, Bd. 39576

283

## Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz

13. Oktober 1987<sup>1</sup>

Betr.: Gespräche BM–Präsident Reagan, Vizepräsident Bush, Baker<sup>2</sup> und Carlucci am 9. Oktober 1987 im Weißen Haus<sup>3</sup>

### 1) Vizepräsident Bush

Bei kurzem Gespräch, in dessen Mittelpunkt die Entwicklung der Beziehungen zu den kleineren WP-Staaten stand, äußerte sich Bush befriedigt über die in US-Presse vom 9.10. angekündigten polnischen Reformbestrebungen<sup>4</sup>. Er bezeichnete dies als eine wichtige Entwicklung.

BM unterstrich seinerseits unser Interesse an diesen Entwicklungen und verwies auf derzeit in Bonn stattfindenden Besuch des ungarischen MP, bei dem Bundesregierung finanzielle Hilfe zugesagt habe.<sup>5</sup> Dies sei Ausdruck unseres Interesses an einem Erfolg des ungarischen Reformprogramms.

### 2) Baker/Carlucci

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen West-Ost-Beziehungen, insbesondere die verschiedenen Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen mit Blick auf Shultz-Besuch in Moskau<sup>6</sup>. Erörtert wurden auch Lage in Zentralamerika, Stand der SR-Beratungen zur Iran/Irak-Frage sowie Nachfolge des NATO-GS.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1442*

aber auch ergeben, daß keine Spuren von Gewaltanwendung am Mund vorhanden seien. Tod als natürliche Ursache wird damit seitens der Untersuchungsbehörden ausgeschlossen. Weiterhin wird an Todesstunde (11.10., 11.00 Uhr) nicht mehr festgehalten, da Leichenstarre durch Wassereinwirkung verzögert werden könne. Fall ist damit weit von Aufklärung entfernt, was auch bei Untersuchungsbehörden tätige deutsche Beamte des Bundeskriminalamts und Landeskriminalamts Kiel bestätigten.“  
Vgl. den Drahtbericht Nr. 2093; AV Bern, Bd. 39576.

<sup>9</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 17. Oktober 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Howard Henry Baker.

<sup>3</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 9. bis 11. Oktober 1987 in den USA auf.

<sup>4</sup> Das ZK der PVAP beschloß am 8. Oktober 1987 ein Programm, das auf umfangreiche Umgestaltungen im Bereich der Wirtschaft abzielte sowie bürokratische Hürden abbauen und die Zahl der Regierungsministerien auf 20 halbieren sollte.

<sup>5</sup> Ministerpräsident Grösz besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 10. Oktober 1987. Für sein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 7. Oktober 1987 vgl. Dok. 277.

<sup>6</sup> Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR vgl. Dok. 296.

Nach einleitenden Anmerkungen BMs über unsere Einschätzung der West-Ost-Lage (gemäß Minnesota-Rede<sup>7</sup>) registrierten Baker und Carlucci mit deutlich erkennbarer Befriedigung ersten konkreten sowjetischen Hinweis auf bevorstehenden Gipfel: Iswestija habe am 8. Oktober 1987 festgestellt, daß Gorbatschow-Besuch der erste eines sowjetischen Führers in den USA seit 1973<sup>8</sup> sein würde. Für das sowjetische Zögern, sich in dieser Frage festzulegen, hätten sie keine einleuchtende Begründung. Amerikanischen Erwartungen hätte es entsprochen, wenn Termin bei den gut verlaufenen Washingtoner Gesprächen mit Schewardnadse<sup>9</sup> festgelegt worden wäre.

Dieser habe, so der bei dieser Gelegenheit übergebene Gorbatschow-Brief an Reagan<sup>10</sup>, Vollmacht gehabt, Ort und Zeit zu vereinbaren. Carlucci meinte, vielleicht sei es Teil eines Spieles, einen gewissen Druck aufrechtzuerhalten, wie die erneute Aufbringung der PIa-Frage in Genf wahrscheinlich auch in diesen Kontext gehöre. USA hätten hierzu ablehnende Haltung bekräftigt. Im übrigen hielt Carlucci die Überlegung von Shultz für einschlägig, daß politisches Taktieren auch mit Sorgen in bezug auf die INF-Ratifizierung zu tun haben könnte.

In bezug auf das Datum des Besuchs gibt es laut Baker bisher keine Klärung. Man sei aber mit „sowjetischen Counterparts“ um Klärung bemüht. Nach Carluccis Eindruck läuft es auf die zweite Novemberhälfte hinaus, auch im Hinblick auf Moskau-Besuch Ortegas<sup>11</sup>.

BM bestätigte, daß dies auch aus der Einlassung von Schewardnadse in New York<sup>12</sup> zu seinem Bonn-Besuch geschlossen werden könne. Dobrynin habe sich in FES-Rede am 8.10. positiv zu den bilateralen Beziehungen geäußert.<sup>13</sup> In

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher auf der Tagung des Institute for East-West Security Studies (IEWSS) am 9. Oktober 1987 in St. Paul/Minnesota vgl. BULLETIN 1987, S. 893–898.

Botschafter van Well, Washington, berichtete am 13. Oktober 1987, die Herbstkonferenz des IEWSS vom 9. bis 11. Oktober 1987 habe unter dem Motto „Implikationen des sowjetischen neuen Denkens“ gestanden. Bundesminister Genscher habe den zentralen Vortrag beim Eröffnungsdinner am 9. Oktober 1987 vor ca. 200 Teilnehmern aus Nordamerika sowie West- und Osteuropa gehalten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4428; Referat 204, Bd. 135399.

<sup>8</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 18. bis 25. Juni 1973 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 214. Vgl. dazu ferner FRUS 1969–1976, XV, S. 486–542.

<sup>9</sup> Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 17. September 1987 in den USA vgl. Dok. 261.

<sup>10</sup> Für das am 15. September übergebene Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 10. September 1987 an Präsident Reagan vgl. DEAR MR. PRESIDENT, S. 108–112, bzw. FRUS 1981–1988, VI, S. 288–292.

<sup>11</sup> Eine von Präsident Ortega angeführte nicaraguanische Delegation hielt sich anlässlich der Feierlichkeiten am 2. November 1987 zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution sowie anlässlich des Treffens der kommunistischen und Arbeiterparteien am 4./5. November 1987 in der UdSSR auf. Vgl. dazu den Artikel „Repräsentanten aus aller Welt zu Revolutionsfeierlichkeiten in Moskau“; NEUES DEUTSCHLAND vom 2. November 1987, S. 2.

<sup>12</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 22. September 1987 vgl. Dok. 268.

<sup>13</sup> Auf Einladung der SPD besuchte der Sekretär des ZK der KPdSU, Dobrynin, die Bundesrepublik vom 8. bis 14. Oktober 1987. Vgl. dazu Dok. 280.

Zur Rede Dobrynins am 8. Oktober 1987 vor der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken am 9. Oktober 1987: „Die Rede war ein Plädoyer für die Politik Gorbatschows. Sie brachte für diejenigen, die die öffentlichen Erklärungen der sowjetischen Führung verfolgen, nichts Neues. Dobrynin behandelte relativ breit und insgesamt werbend die bilateralen Beziehungen. Er vertrat die Auffassung, vieles hänge von persönlichen Kontakten auf

Gespräch mit BK am 9. Oktober 1987 habe er Gorbatschow-Brief<sup>14</sup> übergeben. Der Beitrag der Bundesregierung zu den Rüstungskontrollverhandlungen sei positiv gewertet und die Absicht bekräftigt worden, in den deutsch-sowjetischen Beziehungen ein neues Kapitel aufzuschlagen. Eine Information, ob Brief auch PIa-Frage erwähne, liege nicht vor. Schewardnadse-Besuch solle Begegnung BK–Gorbatschow vorbereiten.<sup>15</sup> In bezug auf Termin des Schewardnadse-Besuchs<sup>16</sup> könne in diesem Zusammenhang erbetenes Gespräch des Botschafters mit StS am 9. Oktober 1987 Zusätzliches ergeben.

### 3) West-West-Beziehungen

Auf Frage von Carlucci nach seiner Reaktion auf Newsweek-Interview von Kissinger<sup>17</sup> verwies BM auf seine Minneapolis-Rede: Bundesrepublik Deutschland unterstütze nachdrücklich die INF-Entscheidung. Das Abkommen stärke die Allianz und das Vertrauen zwischen USA und Europäern, besonders zwischen USA und D. Es genieße breiteste Unterstützung in der Bundesrepublik Deutschland.

Das Abkoppelungsargument könne nicht akzeptiert werden: Zunächst habe die SS-20-Rüstung abkoppelnd wirken sollen, jetzt solle ihre Beseitigung abkoppelnd wirken (entsprechende Rede-Passagen wurden von Baker mit großer Aufmerksamkeit verlesen).

Im weiteren Gespräch setzten sich Carlucci, Baker und Burt mit der Kissinger-Sorge auseinander, daß das INF-Abkommen das europäische Vertrauen in die USA unterminierte und zu zwei – für das Bündnis schädlichen – Reaktionen führen könne:

- Druck auf weitere Verhandlungen über SNF bis hin zur Eliminierung,
- Druck auf Annäherung an den Osten (Burt fügte hinzu: und zunächst Druck auf eine dritte Null-Lösung).

Carlucci sah in dieser Schrittfolge von Abrüstungsschritten das Risiko einer Denuklearisierung Europas.

BM hielt das in Reykjavik<sup>18</sup> gemeinsam festgeschriebene Konzept entgegen: Es müsse umgesetzt werden. Dabei sei es wichtig, sich nach INF und START auf ein CW-Verbot und Herstellung konventioneller Stabilität zu konzentrieren. Wenn dies mit Ernsthaftigkeit betrieben werde, könne das Kurzstreckenproblem im Hintergrund bleiben. Es sei daher wichtig, daß die USA auch öffentlich ihr Eintreten für diese Ziele unterstrichen. In Reykjavik sei ein gutes Mandat beschlossen worden. Wie in der Rede in Minnesota festgestellt werde: Je mehr Fortschritte bei nuklearer Abrüstung erzielt würden, desto wichtiger seien konventionelle Stabilität und CW-Verbot.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1444*

Regierungsebene im bilateralen Verhältnis ab, ohne dies weiter zu spezifizieren.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143532.

<sup>14</sup> Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 1. Oktober 1987 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 280, Anm. 4.

<sup>15</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Für das Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 24. Oktober 1988 in Moskau vgl. AAPD 1988. Vgl. dazu ferner GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 29.

<sup>16</sup> Der Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in der Bundesrepublik fand vom 17. bis 19. Januar 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

<sup>17</sup> Vgl. den Artikel „Kissinger: A New Era for NATO“; NEWSWEEK vom 12. Oktober 1987, S. 19–22.

<sup>18</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.



Carlucci faßte – ohne sich auf Kissinger zu berufen, aber offensichtlich in dessen Gedankengängen – nach: Woher sollen die zusätzlichen Ressourcen im konventionellen Bereich kommen?!

BM hielt entgegen: Dies sei nicht die Frage. Vielmehr müsse die SU mit der Forderung nach asymmetrischen Reduzierungen konfrontiert werden. Dieses Thema müsse auch öffentlich intoniert werden.

Die weitere Diskussion ließ erkennen, daß die amerikanischen Gesprächspartner sich mit den Problemen der konventionellen Rüstungskontrollverhandlungen noch nicht eingehend beschäftigt hatten. Carlucci und Burt brachten ihre Skepsis dadurch zum Ausdruck, daß sie nur „mehr asymmetrische und sehr große“ Reduzierungen auf östlicher Seite als Einstiegsmöglichkeiten in Reduzierungen ansahen. Carlucci griff außerdem den Brzezinski-Gedanken einer panzerfreien Zone in Mitteleuropa auf.<sup>19</sup> Baker nahm Bezug auf Nunn, der bei Panzern und Artillerie eine Doppel-Null gefordert habe.

BM warnte nachdrücklich vor der Idee panzerfreier Zonen: Auf westlicher Seite komme es vor allem auf die Panzerkräfte der Bundeswehr und der US-Armee an. Eine panzerfreie Zone in Mitteleuropa würde dazu führen, daß die SU ihre Panzer einige 100 Kilometer nach Osten verlegen würde, die Bundeswehr demobilisieren und die USA – mangels Stationierungsalternative in Westeuropa – nach den USA zurückkehren müßten. Dies würde also bedeuten, daß praktisch ganz Westeuropa zur panzerfreien Zone würde.

Burt wies ergänzend auf Definitionsprobleme bei Panzern hin. Sowjetunion verfüge über große Überlegenheit bei sonstigen gepanzerten Fahrzeugen.

In Murmansk-Rede von Gorbatschow<sup>20</sup> sah BM den bekannten Zonenvorschlag an die nordischen Länder wiederkehren. Nach seiner Auffassung muß es eine Prinzipienfrage sein, nicht auf diese Zonenideen einzugehen, nachdem man

<sup>19</sup> Botschafter Citron, Wien (KRK-Delegation), berichtete am 21. September 1987, im Reichstagsgebäude in Berlin (West) habe vom 16. bis 18. September 1987 eine von der RAND Corporation und der Stiftung Wissenschaft und Politik organisierte Konferenz zur Sicherheitspolitik stattgefunden, „bei der Dr. Brzezinski und BM Wörner die Hauptansprachen hielten. [...] Wichtigste Themen der Konferenz waren die konventionelle Verteidigung (im Rahmen der flexible response) und mögliche Konzepte für KRK. [...] Brzezinskis Vorschlag für eine Panzer-freie Zone in Mitteleuropa (MBFR-N[ATO]G[uidelines]A[rea] plus Ungarn) fand nur begrenzte Unterstützung, wenn auch die Tendenz, damit u. a. Osteuropa von einem Unterdrückungsinstrument zu befreien, verstanden wurde. Mehr Verständnis fand seine These, daß Wandel in Osteuropa die militärische Dimension im Ost-West-Verhältnis mindern könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1367; Referat 221, Bd. 144803.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 1. Oktober 1987 in Murmansk vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 283–313.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken analysierte am 2. Oktober 1987, Gorbatschow habe für seine Grundsatzdarlegungen der sowjetischen Politik den äußersten Nordwesten der UdSSR gewählt, „um wie mit einem Sprachrohr in die Nordregion der Erde hinein zu sprechen. [...] Er greift die intern kontrovers diskutierte Frage der sowjetischen Wirtschaftsreformen auf und stellt sie rhetorisch geschickt in den Ost-West-Kontext, allerdings anders als die Führungsmitglieder Ligatschow und Tschebrikow, die in kürzlichen Grundsatzreden die Gefahren der ausländischen Einnischung bei zu weitgehenden Reformbestrebungen an die Wand gemalt hatten. GS Gorbatschow dreht das Argument um: Gerade die ‚Perestroika‘ stärke Ansehen und Einfluß der SU ‚in der Weltarena‘ und werde in den USA sogar als ‚Bedrohung der nationalen Sicherheit‘ empfunden“. Im außenpolitischen Teil der Rede wende sich Gorbatschow an die Länder im „nördlichen Teil des Planeten“ mit dem Vorschlag einer kernwaffenfreien Zone Nordeuropa und dem „Angebot, die raketenbestückten U-Boote der sowjetischen Ostsee-Flotte abzuziehen“. Vgl. Referat 213, Bd. 143550.

den Durchbruch zu den Wiener Verhandlungen geschafft hat, in denen über Stabilität vom Atlantik bis zum Ural verhandelt wird.

Baker und Burt waren einverstanden, unterstrichen aber andererseits auch die politische Notwendigkeit, darauf zu achten, daß die konventionelle Bedrohung nicht von Europa nach Fernost verlagert wird.

#### 4) Zentralamerika

Baker äußerte sich negativ über die Ortega-Rede vor der VN-GV am 8. Oktober 1987. Seine unglaublichen Vorwürfe gegen die USA seien von dem amerikanischen VN-Vertreter Walters mit Ausmarsch beantwortet worden.<sup>21</sup> Ortega sei nicht der intelligenteste Führer. (Auf Frage BMs:) Letzte Instanz sei auch wahrscheinlich nicht Ortega, sondern Borge.

#### 5) Lage im Golf

Baker nahm Bezug auf sein Frühstück mit Weinberger am selben Tage: Er schloß sich dessen sehr positiver Einschätzung über die kooperative Haltung der Bundesrepublik Deutschland an, die durch Entsendung von drei Schiffen in das Mittelmeer deutlich gemacht worden sei.<sup>22</sup>

Carlucci äußerte sich beunruhigt, daß auf einem der am 7.10. beschossenen und manövrierunfähigen iranischen Schiffe<sup>23</sup> Batterien für Stinger-Raketen aufgefunden worden seien, über die auch der afghanische Widerstand verfüge. Stinger-Flugkörper selbst seien nicht aufgefunden worden.

Zur weiteren Entwicklung in den VN: Laut Walters gehe die Vorbereitung für eine zweite Runde des GS voran.<sup>24</sup> Danach seien die zweite Resolution und

<sup>21</sup> Botschafter Lautenschlager, New York (VN), berichtete am 8. Oktober 1987, in seiner „mehrfach mit starkem Beifall bedachten Rede“ vom selben Tag habe Präsidenten Ortega Verhandlungen mit den Contras in seinem Land abgelehnt und statt dessen direkte Verhandlungen mit den USA gefordert: „Die größtenteils frei gehaltene Rede war mit polemischen Angriffen gegen die USA und Präsident Reagan gespickt, was zum frühen Auszug der US-Delegation führte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2263; Referat 230, Bd. 142151.

<sup>22</sup> Zur Entsendung von Schiffen der Bundesmarine in das Mittelmeer vgl. Dok. 279.

<sup>23</sup> Kapitän zur See Kamper, Washington, berichtete am 9. Oktober 1987, im amerikanischen Verteidigungsministerium sei mitgeteilt worden, ein amerikanischer Beobachtungshubschrauber sei im Persischen Golf ca. 15 Meilen südwestlich von Farsi Island in internationalen Gewässern am Donnerstagabend um ca. 21.50 Uhr Ortszeit von mindestens drei iranischen „Gunboats“ angegriffen worden. Man habe daraufhin mehrere bewaffnete Hubschrauber zur Unterstützung der angegriffenen Besatzung entsandt, die mit Maschinengewehren und Raketen das Feuer erwidert hätten. Dabei seien drei iranische Boote versenkt worden. Ein US Navy Patrol Boat habe anschließend sechs überlebende Iraner an Bord genommen, von denen zwei kurze Zeit später ihren Verwundungen erlegen seien. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4393; Referat 201, Bd. 143384.

<sup>24</sup> Zum Aufenthalt des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar vom 11. bis 13. September 1987 im Iran und vom 13. bis 15. September 1987 im Irak vgl. Dok. 252, Anm. 21.

Vortragender Legationsrat Honsowitz notierte am 9. Oktober 1987, ein Mitarbeiter der amerikanischen Botschaft habe Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vollers am selben Tag ein Papier übergeben und gebeten, „daß die Bundesregierung den Entwurf der Ständigen SR-Mitglieder (Federführung: GB) für eine ‚guidance‘ des SR an den GS (weiteres Vorgehen zur Implementierung der Resolution] 598) einer raschen Prüfung unterziehen und ihr im SR zustimmen möge“. Vgl. Referat 311, Bd. 139986.

Botschafter Lautenschlager, New York (VN), übermittelte am 16. Oktober 1987 den „Entwurf eines Implementierungsplans des VN-GS“, den Pérez de Cuéllar am Vortag der irakischen und iranischen Vertretung übergeben habe: „In dem Begleitschreiben an die jeweiligen AM erbat VN-GS ‚initial views‘ in Schriftform zu der Ausarbeitung bis Ende Oktober. Wie wir im VN-Sekretariat hören, haben beide Parteien, die auch über die ‚guideline‘ des SR informiert wurden, lediglich zugesagt, umgehend ihre Hauptstädte zu unterrichten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2396; Referat 311, Bd. 139986.

damit Sanktionen an der Reihe. Carlucci schien zu unterstellen, daß auch wir dafür seien.

BM forderte dazu auf, die SU zur Mitwirkung zu drängen, und zwar nicht nur in New York. Die erforderlichen wichtigen Entscheidungen würden in Moskau getroffen.

Carlucci reagierte zustimmend und ergänzte, daß auch die Araber auf die SU Druck ausüben müßten. Dies sei auch die Meinung von Shultz.

BM erinnerte an seine entsprechenden Ausführungen gegenüber Shultz am Vortag.<sup>25</sup> Man solle den Gipfel in Amman<sup>26</sup> nutzen, um Position gegenüber SU zu verdeutlichen.

Carlucci bezeichnete auch Annäherung der Araber an Ägypten sehr wichtig. Vertraulich äußerten sich viele von ihnen positiv. Es sei an der Zeit, dies öffentlich zu tun.

BM stimmte dem zu: Mubarak brauche Unterstützung.

#### 6) NATO-GS<sup>27</sup>

Carlucci bezog sich auf Shultz, nach dessen Meinung die Bundesregierung sich stärker einsetzen müsse.

BM wies darauf hin, daß er Stoltenberg in seinem Flugzeug nach Minnesota mitnehme. BK habe mit Luxemburg gesprochen, es sei einverstanden. NL ebenfalls. Im übrigen hätten die kleinen Länder bisher überwiegend – nach Amtsdauer – den GS gestellt.

#### 7) Gesprächstermine für MdB Dr. Waigel<sup>28</sup>

BM unterstützte mit Nachdruck die Terminwünsche. Burt sekundierte. Baker und Carlucci sagten zu, sich persönlich der Sache anzunehmen.<sup>29</sup>

<sup>25</sup> Bundesminister Genscher führte am 8. Oktober 1987 in Washington ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Dazu teilte Ministerialdirigent von Ploetz, z. Z. Washington, am selben Tag mit, im Zentrum hätten die Ost-West-Beziehungen „unter besonderer Berücksichtigung der bevorstehenden Gespräche von AM Shultz in Moskau“ gestanden: „Erörtert wurden auch die West-West-Beziehungen, einschließlich der europäisch-amerikanischen Handelsprobleme, technologische Zusammenarbeit (Columbus) sowie die Lage im Golf, der Friedensprozeß in Zentralamerika und Probleme des südlichen Afrika. [...] Im Vier-Augen-Gespräch über Nachfolge NATO-GS erläuterte AM, daß er Kandidatur Wörners gegenüber norwegischem AM nachdrücklich unterstützt habe.“ Vgl. den Drahtbericht; Referat 010, Bd. 178904.

<sup>26</sup> Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 8. bis 11. November 1987 in Amman vgl. Dok. 329.

<sup>27</sup> Zur Frage der Nachfolge des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington bzw. zur Kandidatur des Bundesministers Wörner vgl. Dok. 269.

<sup>28</sup> Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Waigel, teilte Bundesminister Genscher am 15. Juni 1987 mit, er plane, mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Bötsch, und weiteren CSU-Abgeordneten im Oktober die USA zu besuchen. Er bat das Auswärtige Amt, Gespräche u. a. mit Vizepräsident Bush, Finanzminister Baker, Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger zu arrangieren. Vgl. dazu das Schreiben; Referat 011, Bd. 138371.

Vortragender Legationsrat Zeisler vermerkte am 7. Oktober 1987, Bötsch habe sich telefonisch „in erregter Weise über die Vorbereitung des Besuchs von Dr. Waigel in Washington“ beschwert und das von der Botschaft erstellte Programm als „völlig unzureichend“ bezeichnet. Bereits im Vorjahr habe ein Besuch stillschweigend abgesagt werden müssen, „weil die Vorbereitung durch die Botschaft und das Auswärtige Amt völlig unzureichend gewesen sei. Diesmal werde man die Absage mit einem Paukenschlag“ in der Öffentlichkeit begleiten, wenn nicht bis spätestens zum Montag, 12.10., adäquate Gesprächspartner durch die Botschaft erreicht würden.“ Vgl. Referat 011, Bd. 138371.

Anmerkung: Ledsky vom NSC hatte Gesandten Paschke vor dem Gespräch ein Non-paper übergeben, in dem Bundesregierung noch einmal dringend darum gebeten wird, Export eines sogenannten Mini-U-Boots nach Nordkorea zu verhindern. Entgegen seiner Ankündigung wurde Thema jedoch von Baker oder Carlucci nicht angesprochen.<sup>30</sup>

Dg20<sup>31</sup> erinnerte Ledsky daran, daß – wie US-Seite mehrfach erläutert – Bundesregierung mit großer Sorgfalt ihre Möglichkeiten geprüft habe.

#### 8) Gespräch BM mit Präsident Reagan

Während des Gesprächs mit Baker und Carlucci kam Präsident Reagan hinzu: BM wies auf seine bevorstehende Rede hin, in der er die starke Unterstützung der Bundesregierung für die Politik des Präsidenten bekräftigte, das INF-Abkommen abzuschließen und zu einem START-Abkommen zu kommen. Die Europäer stünden hinter dieser Politik des Präsidenten, die für andere Rüstungskontrollverhandlungen und West-Ost-Beziehungen wichtige Impulse geben werde.

Präsident Reagan brachte seine Wertschätzung für die positive und unterstützende Position der Bundesregierung zum Ausdruck und teilte die Auffassung von BM, daß der Abschluß des INF-Abkommens die Bündniskohäsion nicht schwächen, sondern im Gegenteil stärken werde. Abschließend bat Präsident Reagan BM, dem Bundeskanzler seine besten Grüße zu übermitteln.

Ploetz

**Referat 010, Bd. 178904**

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1448*

<sup>29</sup> Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Waigel, und seine Delegation besuchten die USA vom 17. bis 28. Oktober 1987. Botschafter van Well, Washington, berichtete am 27. Oktober 1987, Waigel und seine Delegation hätten vom 20. bis 23. Oktober in Washington u. a. Gespräche mit Präsident Reagan und hochrangigen Vertretern des Außen- und Verteidigungsministeriums geführt. Im Mittelpunkt der Gespräche habe „die Frage nach den Aufgaben der westlichen Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik nach Abschluß eines INF-Abkommens“ gestanden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4600; Referat 220, Bd. 144769.

<sup>30</sup> Gesandter Paschke, Washington, übermittelte am 9. Oktober 1987 die „Speaking Notes“, die dem Stabschef des amerikanischen Präsidialamts, Baker, für das Gespräch mit Bundesminister Genscher vorgelegt worden waren. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4407; VS-Bd. 14534 (424); B 150, Aktenkopien 1987.

Für eine Ressortbesprechung auf Staatssekretärsebene am 15. Oktober 1987 notierte Referat 424 am selben Tag, Bundesminister Genscher sei während seines Aufenthalts in den USA auf den Vorgang angesprochen worden, über den er in großer Sorge sei: „Nach Auffassung USA soll ein Boot der Sabotage dienen, und das zweite soll an Iran weitergeliefert werden. [...] Prüfung durch BMWi/BAW ergab: Das Boot fällt nicht unter COCOM-Liste (Grenze: zehn Stunden), da es maximal acht Stunden tauchen kann.“ Amerikanischen Erkenntnissen zufolge könne das Mini-U-Boot jedoch mittels Schnorchel länger als zehn Stunden operieren: „Dieses Argument sollte BMWi neuen Anlaß geben, die Frage, ob Boot ausfuhrkontrolliert ist, nochmals zu überprüfen.“ Vgl. VS-Bd. 14534 (424); B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>31</sup> Hans-Friedrich von Ploetz.

## 284

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden der Inkatha Freedom Party, Buthelezi

15. Oktober 1987<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem schwarzen südafrikanischen Politiker und Führer der Inkatha-Bewegung, Chief Mangosuthu Buthelezi, am 15. Oktober 1987, 15.00–16.00 Uhr<sup>2</sup>

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, Staatsminister Dr. Stavenhagen, VLRI Weber als Dolmetscher, der Unterzeichnete<sup>3</sup> als Note-taker; auf afrikanischer Seite: Chief Mangosuthu Buthelezi, ein Begleiter.

Der *Bundeskanzler* eröffnete das Gespräch mit dem Hinweis auf den sehr positiven Eindruck, den er bei seinem ersten Gespräch mit Buthelezi<sup>4</sup> von diesem gewonnen habe: Buthelezi solle wissen, daß er in Deutschland und in der Bundesregierung gute Freunde habe.

Mit Botschafter Stabreit sei ein ehemaliger Mitarbeiter und persönlicher Vertrauter nach Südafrika entsandt worden. Wenn Buthelezi ihm, dem Bundeskanzler, jemals eine persönliche Mitteilung zukommen lassen wolle, so könne dies direkt über Botschafter Stabreit erfolgen.

Der Bundeskanzler bat sodann seinen Gesprächspartner um dessen Einschätzung der Lage in Südafrika, die ihm große Sorge bereite.

*Buthelezi* dankte dem Bundeskanzler für dessen so positive Einstellung; sie sei eine Hoffnung für Südafrika und die Mehrheit seiner Bevölkerung. Diese habe Vertrauen zur Bundesregierung und zu deren Südafrikapolitik. Jede andere deutsche Politik könnte sich als verhängnisvoll erweisen.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 20. Oktober 1987 gefertigt und von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 22. Oktober 1987 über Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl „mit der Bitte um Billigung“ geleitet. Dazu teilte Teltschik mit: „Staatsminister Dr. Stavenhagen erhält nach Genehmigung Durchdruck des Vermerks.“

Hat Schäuble am 26. Oktober 1987 vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ja.“

<sup>2</sup> Ministerialdirigent Sulimma notierte am 25. September 1987, der Vorsitzende der Inkatha Freedom Party, Buthelezi, besuche die Bundesrepublik vom 12. bis 23. Oktober 1987. Geplant seien Gespräche mit den Unternehmen Siemens und KWU sowie mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß und Bundeskanzler Kohl. Da Buthelezi bereits im Vorjahr zwei Mal die Bundesrepublik besucht habe und dabei von Kohl, Bundesminister Genscher und Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker empfangen worden sei, solle Genscher diesmal auf ein Gespräch verzichten, um nicht die gleiche „Behandlung politisch relevanter Gruppierungen innerhalb der schwarzen Mehrheit“ Südafrikas zu gefährden. Vgl. Referat 320, Bd. 156002.

Genscher führte am 15. Oktober 1987 ein viertelstündiges Gespräch mit Buthelezi. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 232 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Nöldeke an die Botschaft in Pretoria vom 16. Oktober 1987; Referat 320, Bd. 156002.

<sup>3</sup> Hans-Christian Ueberschaer.

<sup>4</sup> Der Vorsitzende der Inkatha Freedom Party, Buthelezi, besuchte die Bundesrepublik vom 16. bis 22. Februar 1986. Am 18. Februar 1986 fand ein Treffen mit Bundeskanzler Kohl statt. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 320, Bd. 156002.

Von der Haltung der südafrikanischen Regierung sei wenig Positives zu berichten. Sie sei – trotz des bei den Wahlen am 6. Mai von der weißen Bevölkerungsgruppe erneuerten Mandats<sup>5</sup> – in der Reformfrage von Unbeweglichkeit gekennzeichnet.

Der *Bundeskanzler* warf dazu die Frage auf, ob die Regierung Botha – möglicherweise aus innenpolitischen Zwängen heraus – 1989 neue Wahlen ansetzen müsse und Furcht habe, diese durch Flexibilität in der Reformfrage zu verlieren. Nach seinen Informationen könnten bei dem in Südafrika geltenden Mehrheitswahlrecht kleine Veränderungen in der Stimmabgabe bereits zum Verlust des Gesamtwahlkreises führen.

Für die Bundesregierung mache die Starrheit der Regierung Botha die Lage sehr schwierig: In der EG werde die Sanktionsfrage demnächst erneut aufkommen<sup>6</sup>, und auch in der deutschen öffentlichen Meinung gäbe es hierfür viele Befürworter.

Unterstützung für seine Ablehnung von Sanktionen könne D in Europa nur noch von GB erhalten, und auch diese sei – angesichts des Drucks im Commonwealth – nicht für dauernd gesichert. *Buthelezi* warf dazu ein, daß PM Thatcher ihre Haltung auf der Commonwealth-Konferenz in Vancouver tapfer verteidigt habe.<sup>7</sup>

Zur europäischen Haltung gegenüber Sanktionen fuhr der *Bundeskanzler* ergänzend fort, daß in Frankreich Präsident Mitterrand anders als PM Chirac hierüber denke. Die Haltung Portugals, das sich bisher zu den Sanktionsgegnern zähle, sei unsicher.

Bei uns stehe die Bundesregierung unter heftigem Druck der Evangelischen Kirche, der Medien und sogar von Mitgliedern der Regierungsparteien.

Er selbst werde seinen bisherigen Kurs zwar auch weiterhin fortsetzen, habe aber südafrikanische Regierungsvertreter, insbesondere Minister Schlebusch, wissen lassen, daß ohne substantielle Fortschritte in der Reformfrage diese Haltung nicht für immer garantiert werden könne.

*Buthelezi* bestätigte dem Bundeskanzler dessen Eindruck von der mangelnden Flexibilität der südafrikanischen Regierung. Er habe dem südafrikanischen Minister Stoffel van der Merwe, den Botha zu seinem Kontaktmann bestimmt hätte, mitgeteilt, daß es für ihn sinnlos sei, mit dem Staatspräsidenten zu sprechen, solange sich in der Reformfrage nichts bewege. Eine Beteiligung an dem von der südafrikanischen Regierung geplanten Verfassungsrat, der eine Verfassung ausarbeiten solle, sei für ihn undenkbar, solange Nelson Mandela nicht freigesetzt sei.<sup>8</sup> Gegenwärtig gebe es aber nur Spekulationen über die Freilassung

<sup>5</sup> Zu den Parlamentswahlen in Südafrika am 6. Mai 1987 vgl. Dok. 129, Anm. 35.

<sup>6</sup> Zur Frage von Sanktionen gegen Südafrika vgl. Dok. 164, Anm. 22.

<sup>7</sup> Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Commonwealth fand vom 13. bis 18. Oktober 1987 statt. Dabei wurde u. a. eine Erklärung zum südlichen Afrika verabschiedet, in der sich die 45 Vertreter mit Ausnahme Großbritanniens für Sanktionen gegen Südafrika aussprachen, um das System der Apartheid zu beenden. Ferner wurden die Unterstützung der Frontlinienstaaten und die Unabhängigkeit Namibias gefordert. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 646–650.

<sup>8</sup> Nelson Mandela wurde am 12. Juni 1964 in Pretoria wegen Sabotage und Aufruf zum bewaffneten Umsturz zu lebenslanger Haft verurteilt.



anderer schwarzer Politiker, nicht über die Mandelas. Er, Buthelezi, glaube nicht an eine Bereitschaft der Regierung Botha zur Änderung ihrer Haltung. Die von ihr in den letzten Jahren betriebene Repressionspolitik spreche eindeutig dagegen. Der Widerstand der schwarzen Radikalen schrecke die Regierung nicht, sondern spiele ihrer Politik nur in die Hände. Sie sei durch die von ihr eingeführte Notstandsgesetzgebung jederzeit nach innen wie nach außen Herr der Lage.<sup>9</sup> Selbst der ehemalige tansanische Ministerpräsident Nyerere habe jüngst erklärt, daß kein afrikanisches Land Südafrika militärisch gewachsen sei.

Die Haltung der Regierungen der Frontstaaten<sup>10</sup> in der Frage des gewaltsamen Widerstands sei zwiespältig. Sie riefen die internen Kräfte in Südafrika zu Radikalität und Widerstand auf, ohne ihnen praktisch helfen zu können. Sie selbst praktizierten keine Sanktionspolitik gegenüber Südafrika, lehnten aber jede Kooperation mit dem Westen wegen dessen angeblich fehlender Solidarität ab. Der Präsident von Simbabwe, Mugabe, habe im Rahmen der jüngsten Commonwealth-Konferenz PM Thatcher am stärksten zugesetzt.

Zu dem Einwand des *Bundeskanzlers*, daß dies Heuchelei sei, da die Frontstaaten Solidarität versprechen, ohne sie halten zu können, meinte *Buthelezi*, daß sowohl Mugabe als auch Kaunda ständig von anderen Sanktionen forderten, ohne sie selbst verhängen zu können. Unter diesem Vorzeichen seien sie auch nach Vancouver gekommen.

Vor diesem Hintergrund sei die Haltung der Bundesregierung und der britischen Regierung die einzig richtige. Das Schicksal der Schwarzen hänge von der für sie selbst entscheidend wichtigen Lage der südafrikanischen Wirtschaft ab.

Auf Frage des Bundeskanzlers nach Erzbischof Tutu ließ Buthelezi erkennen, daß dieser aus seiner Sicht eine eher zwiespältige Persönlichkeit sei. Er, Buthelezi, sei 1978 gebeten worden, beim Tode des Gründers des Pan Africanist Congress (PAC)<sup>11</sup>, der ebenso wie Mugabe mit ihm gemeinsam die Universität besucht habe, die Grabrede zu halten. Tutu sei zu dieser Zeit Sekretär des Afrikanischen Kirchenrates – der Partnerorganisation der EKD – gewesen. Bei der Beerdigung sei er von einer Reihe jüngerer Afrikaner bedroht worden. Tutu habe ihm auf die Frage, was er angesichts der zunehmenden Unruhe dieser Leute tun solle, geraten, wegzugehen, ohne die Grabrede zu halten. Als er sich daraufhin abgewandt hätte, habe einer der Angreifer versucht, ihn von hinten zu erstechen. Sein Sekretär habe ihn mit der Schußwaffe in der Hand retten können.

<sup>9</sup> In Südafrika wurde vom 21. Juli 1985 bis 7. März 1986 ein regional begrenzter Notstand verhängt und ab 12. Juni 1986 ein landesweiter Notstand. Im Politischen Halbjahresbericht vom 25. November 1987 hieß es: „Seit dem Ausbruch der durch die Einführung des sogenannten Dreikammerparlamentes ausgelösten Unruhen steht Südafrika – mit Ausnahme einiger Monate im Jahre 1986 – unter Ausnahmezustand, der durch Pressezensur, die Einschränkung der Rede- und Versammlungsfreiheit, den De-jure-Ausschluß der Habeas-Corpus-Rechte für Personen, die unter dem Ausnahme-recht verhaftet werden, massenhafte Verhaftungen für kürzere oder längere Zeit etc. gekennzeichnet ist. [...] Das harte Durchgreifen der Sicherheitskräfte und ihre permanente Präsenz in den schwarzen Wohngebieten haben zunächst einmal zu einer äußerlichen Beruhigung der Lage geführt. Die äußerliche Wiederherstellung von Law and Order überdeckt freilich nur die potentielle Instabilität, die ihre Ursache in der politischen und rechtlichen Diskriminierung der nichtweißen Bevölkerung (und insbesondere der Schwarzen) hat.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155995.

<sup>10</sup> Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

<sup>11</sup> Robert Sobukwe.



Bei einem anschließenden Interview habe Tutu, ohne auf den Mordversuch einzugehen, die jungen Leute verteidigt; sie hätten eine „eiserne Seele“.

Tutu habe im vergangenen Jahr Durban besucht. Dortige Geistliche hätten bei dieser Gelegenheit versucht, zwischen ihm und Tutu zu vermitteln. Tutu habe darauf nicht reagiert. Tutus Haltung ihm, Buthelezi, gegenüber sei wohl von dessen starkem politischen Ehrgeiz bestimmt.

So habe Tutu die Witwe Martin Luther Kings, zu der Buthelezi aufgrund ihrer gemeinsamen Ablehnung gewaltsamer politischer Lösungen schon lange Kontakt hätte, zu einem Besuch Südafrikas eingeladen. Bei diesem Besuch hätten Tutu und Boesak die Witwe Kings gegen deren ursprüngliche Absicht dazu überredet, weder mit ihm noch mit Präsident Botha zusammenzutreffen, da dies „den Sinn der Einladung in Frage stellen würde“.<sup>12</sup>

Der *Bundeskanzler* äußerte, daß dies alles seine eigenen Beobachtungen bestätige. Tutu spiele mit seiner eigenartigen Auslegung des Evangeliums eine verhängnisvolle Rolle.

Die Frage des Bundeskanzlers, ob Tutu großen Einfluß in Südafrika ausübe, verneinte *Buthelezi*. So sei Tutu bei dem Besuch des von ihm eingeladenen US-Senators Edward Kennedy<sup>13</sup> nicht in der Lage gewesen, gegen diesen gerichtete Demonstrationen von Anhängern der AZAPO, der Azanian People's Organization, einer Untergruppe der „Black-Consciousness“-Bewegung, zu verhindern. Im übrigen seien es Leute wie Kennedy, die Tutu unterstützten und auch die Verleihung des Friedensnobelpreises an ihn angeregt hätten.<sup>14</sup>

Der *Bundeskanzler* bemerkt hierzu, daß die Sozialistische Internationale auf die Verleihung des Friedensnobelpreises großen Einfluß habe. Er fragte sodann nach Kontakten Buthelezis zum ANC.

*Buthelezi* erwiderte, daß er seit 1979, wo er mit einer Delegation mit der ANC-Führung in London zusammengetroffen sei, keinen direkten Kontakt mehr mit dieser Organisation gehabt habe. Ihr Verhältnis zu ihm sei zwiespältig:

So habe der UDF<sup>15</sup> als der interne legale Zweig des ANC – unterstützt von Tutu und Boesak – lange Zeit mit allen Mitteln versucht, ihn, Buthelezi, am Besuch der Schwarzen-Townships in Durban zu hindern. Als er sich auch von Morddrohungen nicht habe beeinflussen lassen, habe Oliver Tambo ihm schriftlich ein Arrangement vorgeschlagen, um Blutvergießen zu vermeiden. Er, Buthelezi, habe Tambo daraufhin angeboten, an einem beliebigen Ort mit ihm zusammenzutreffen. Hierauf sei Tambo jedoch seinerzeit nicht eingegangen. In jüngster Zeit habe ihm Tambo durch Einschaltung verschiedener Geistlicher das Interesse an einer Annäherung zwischen ANC und Inkatha angedeutet. Er habe daraufhin seinen Generalsekretär<sup>16</sup> zu Tambo entsandt, der ein dreistündiges, sehr konstruktives Gespräch mit Tambo geführt habe. Auch bei dem kürzlichen

<sup>12</sup> Coretta Scott King besuchte Südafrika im September 1986. Vgl. dazu den Artikel „Martin Luther Kings Witwe sagt Treffen mit Botha ab“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. September 1986, S. 5.

<sup>13</sup> Der amerikanische Senator Kennedy besuchte Südafrika vom 5. bis 13. Januar 1985.

<sup>14</sup> Bischof Tutu wurde 1984 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

<sup>15</sup> United Democratic Front.

<sup>16</sup> Oscar Dumisani Dhlomo.

Treffen des ANC mit einer Reihe Südafrikaner in Dakar habe es seitens des ANC einige positive Erklärungen in bezug auf ihn, Buthelezi, gegeben.

Nach alledem könne er sich die Zwiespältigkeit des ANC nur mit dem Einfluß kommunistischer Gruppen innerhalb der Organisation erklären, die Kontakte mit ihm verhindern wollten.

Auf Frage des *Bundeskanzlers* nach Nelson Mandela äußerte *Buthelezi*, daß er mit diesem – ebenso wie Helen Suzman – in Briefkontakt stehe. Er wünsche Mandelas Freilassung angesichts der von diesem seit 26 Jahren vertretenen positiven und versöhnlichen Haltung. Er, Buthelezi, habe auch versucht, Mandela im Gefängnis zu besuchen. Mandela habe aber – offenbar unter dem Einfluß des ANC oder dem seiner Frau Winnie – gebeten, mit einem Zusammentreffen so lange zu warten, bis er freigelassen sei. Mandela wünsche seine baldige Freilassung; der ANC und Winnie Mandela seien offenbar aber dagegen.

Auf Frage des *Bundeskanzlers* nach der Sicherheit Mandelas im Falle einer Freilassung und der offensichtlichen Befürchtung der südafrikanischen Regierung, daß ein Anschlag gegen Mandela ihr angelastet werden könne, meinte *Buthelezi*, daß man in der Tat mit einem Machtkampf zwischen Tambo und Mandela rechnen müsse.

Mandela sei für den ANC im Gefängnis als Märtyrer von großer Bedeutung, dürfte ihm aber kaum als Führer willkommen sein, wenn er erst freigelassen sei. Sicher werde man ihm nicht ohne weiteres die Rolle des Führers des ANC überlassen. Dem namibischen SWAPO-Volkshelden Toivo ya Toivo sei dies nach seiner Freilassung<sup>17</sup> jedenfalls nicht gelungen: er sei vielmehr bereits nach einer Woche politisch kaltgestellt gewesen. Winnie Mandela genieße ihre eigene politische Rolle inzwischen viel zu sehr, als daß Nelson Mandela von ihr eine Unterstützung erwarten könne.

Auf Frage des *Bundeskanzlers* nach der Wirtschaftslage Südafrikas äußerte *Buthelezi*, daß diese sich so lange nicht bessern werde, als keine Stärkung des internationalen Vertrauens in die südafrikanische Wirtschaft eingetreten sei. Die drei Prozent Wirtschaftswachstum in den letzten Monaten in Südafrika seien nur eine Scheinblüte, die nicht anhalten werde. Gerade den Weißen in Südafrika sei durchaus klar, daß ohne eine im Westen anerkannte substantielle Änderung der südafrikanischen Politik eine langfristige Gesundung der Wirtschaft Südafrikas nicht denkbar sei.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56) Bd. 73**

<sup>17</sup> Botschafter Lahusen, z.Z. Kapstadt, berichtete am 1. März 1984, der Mitbegründer der SWAPO, Toivo ya Toivo, „seit 1968 auf Robben Island bei Kapstadt gefangengehalten, und vier seiner Mitgefangenen [...] wurden am 29.2.1984 ins Gefängnis nach Namibia verlegt“. Dies werde in der Presse „als erster Schritt auf dem Wege zu Gnadenerlaß für Toivo ya Toivo angesehen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 34; Referat 320, Bd. 138098.

Am 5. März 1984 informierte Lahusen, Toivo ya Toivo habe am 2. März 1984 nach seiner Freilassung eine Presseerklärung in Windhuk-Katatura abgegeben: „Toivo gilt als relativ moderater, nicht-marxistischer, nationalistischer Führer der SWAPO, mit einem Führungscharisma, dessen fortdauernde Kraft der enthusiastische Empfang in Windhuk-Katatura unter Beweis gestellt hat.“ Sein „Eigengewicht“ werde sich aber „erst langsam entwickeln“ können. Vgl. den Drahtbericht Nr. 36; Referat 320, Bd. 138098.

## 285

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek**

431-493.00/0

15. Oktober 1987<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister

Betr.: Bevorstehende Weltraumentscheidungen der Bundesregierung;

hier: Optionenpapier des BMFT<sup>3</sup> für Koalitionsgespräch

Zweck der Vorlage: Zur Information und mit der Bitte um Zustimmung zu Ziffer 5

## Kurzfassung

Das vom BMFT vorgelegte Optionenpapier zeigt, daß die Bundesregierung nur einen geringen Spielraum bei den bevorstehenden Weltraumentscheidungen hat. Die einzige realistische Variante ist die zeitliche Streckung des autonomen Teils des europäischen Weltraumprogramms (d.h. Hermes<sup>4</sup> und das freifliegende Labormodul MTFF<sup>5</sup> von Columbus<sup>6</sup>). Dieses Konzept verlangt vorhergehende intensive Konsultationen mit unseren ESA-Partnern, insbesondere mit F, über die Streckung von Hermes sowie die Anpassung unseres Verhandlungsziels bei Columbus. An einer Grundsatzentscheidung für alle drei Großprojekte wird die Bundesregierung jedoch nicht vorbeikommen, ohne ihre technologiepolitischen und außenpolitischen Interessen zu gefährden.

1) Das BMFT hat, einem Wunsch des BMF folgend, zur Vorbereitung des Koalitionsgesprächs über Raumfahrtfragen (noch nicht terminiert<sup>7</sup>) ein Optionenpapier vorgelegt, das die der Bundesregierung offenstehenden Entscheidungsalternativen darlegen soll. Das BMFT stellt folgende Thesen an den Anfang des Papiers:

- Europa braucht mehr Autonomie in der Weltraumtechnik;
- Europa braucht bemannte Raumfahrt;
- Europa braucht weiterhin die Kooperation mit den USA im Weltraum;
- wir müssen uns angemessen an dem europäischen Weltraumprogramm beteiligen und dies durch ein entsprechendes nationales Programm ergänzen.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Blankenstein und Legationsrat I. Klasse Ammon konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 15. Oktober 1987 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Jansen am 2. November 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 431 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Siehe Ergebnis Hausbesprechung bei BM am 2.11.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 3. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte „H[errn] Ammon.“

<sup>3</sup> Staatssekretär Ziller, Bundesministerium für Forschung und Technologie, übermittelte am 9. Oktober 1987 eine Aufzeichnung zu „Entscheidungen zur deutschen Weltraumpolitik 1988–2000“. Vgl. dazu Referat 431, Bd. 154475.

Für das Papier in der Fassung vom 26. Oktober 1987 vgl. Referat 431, Bd. 154475.

<sup>4</sup> Zum Hermes-Projekt vgl. Dok. 13, Anm. 6.

<sup>5</sup> Man-Tended Free Flyer.

<sup>6</sup> Zu den Verhandlungen der ESA-Mitgliedstaaten mit den USA über eine europäische Beteiligung an der Internationalen Raumstation („Columbus“) vgl. Dok. 13.

<sup>7</sup> An dieser Stelle handschriftlicher Vermerk: „3.11., 14–18 h bei BK.“

Die ersten drei Thesen entsprechen dem ESA-Beschluß von Rom vom 31. Januar 1985.<sup>8</sup> Die Forderung nach einem national geführten Programm ist die Konsequenz aus der Erfahrung, daß ein nationales Programm Voraussetzung für eine gestaltende Rolle in der ESA ist (Beispiel F).

2) Das BMFT sieht vier Entscheidungsalternativen:

#### Modell A

Umfassende Kürzung des ESA-Programmvorschlags sowie des nationalen Programms um 15%. Ariane V würde sofort, Columbus und Hermes zeitlich gestreckt realisiert. Dies führt zu folgender Kostenbelastung für den Bundeshaushalt bis zum Jahr 2000:

#### Großprojekte

(Ariane V, Hermes, Columbus)	9 Mrd. DM
Übriges ESA-Programm	10,1 Mrd. DM
Nationales Programm	7,8 Mrd. DM
DFVLR <sup>9</sup> -Förderung	2,5 Mrd. DM
Gesamtaufwand	29,4 Mrd. DM

#### Modell B

Wie Modell A, jedoch wird vor einer Entscheidung über den Bau von Hermes noch eine dreijährige Vorentwicklungsphase geschaltet. Je nachdem, ob Hermes gebaut würde oder nicht, entstünden Gesamtkosten von 28,5 Mrd. DM bzw. 25,5 Mrd. DM.

#### Modell C

Wie Modell A, jedoch definitiver Verzicht auf Hermes.

Gesamtkosten: 24,9 Mrd. DM.

#### Modell D

Verzicht auf bemannte Raumfahrt. Hermes und der größte Teil von Columbus entfallen ebenso wie die auf bemannte Raumfahrt ausgerichteten Teile des nationalen Programms.

Gesamtkosten: 22,2 Mrd. DM.

#### 3) Bewertung

3.1) Eine Analyse der Optionen zeigt sehr schnell, daß nur Modell A und B ernsthaft betrachtet werden müssen:

#### Modell C

Ein Verzicht auf Hermes würde voraussichtlich zu einem Rückzug Fs aus Columbus führen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß ein anderer Partner die entstehende Finanzierungslücke füllen könnte. Ein einheitliches europäisches Konzept wäre gescheitert, unser Verhältnis zu F belastet.

<sup>8</sup> Zur ESA-Ministerratstagung am 30./31. Januar 1985 vgl. Dok. 13, Anm. 18.

<sup>9</sup> Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt.

## Modell D

Ein Verzicht auch noch auf Columbus bliebe hinter dem Kabinettsbeschuß vom 16.1.1985 zurück.<sup>10</sup> Wir hätten damit das europäische Weltraumprogramm zu Fall gebracht. Die Berechenbarkeit unserer politischen Entscheidungen müßte von unseren wichtigsten Partnern und Verbündeten in Zweifel gezogen werden.

3.2) Die Lösungen können daher nur in einer zeitlichen Streckung des Programms liegen (Dies wurde vom BMFT kürzlich auch gegenüber der Presse lanciert). Dabei sind aber folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

- Es ist ungewiß, ob F neben der Streckung von Hermes auch einer Verschiebung der Entscheidung über den Bau bis nach Ablauf einer dreijährigen Vorentwicklungsphase zustimmen wird.
- Mit Hermes müßte auch das freifliegende Labormodul MTFF (das regelmäßig von Hermes und alle drei Jahre – wegen verringerter Nutzlast – durch den US-Shuttle gewartet werden muß) zeitlich verschoben werden. Die Columbus-Verhandlungen haben gezeigt, daß europäische Letztentscheidungsrechte lediglich für das MTFF durchgesetzt werden können. Die Europäer bleiben hinsichtlich des angedockten Labormoduls APM<sup>11</sup> weiterhin nur Juniorpartner der USA. Die USA haben klargemacht, daß sie nur dann bereit sind, den Service für das MTFF zu übernehmen, wenn die ESA-Staaten das APM beistellen. Es ist deswegen von entscheidender Bedeutung, daß bereits heute eine Grundsatzentscheidung für den MTFF (und damit auch für Hermes) getroffen wird, damit der MTFF in das Columbus-Abkommen mit den USA einbezogen werden kann. Das APM ist der Preis, den Europa für die amerikanischen Serviceleistungen für das MTFF bezahlen muß. Von einer Entscheidung der Bundesregierung, nur das APM zu bauen, ist daher dringend abzuraten; es ist darüber hinaus zu vermuten, daß sich wichtige andere ESA-MS (insbesondere F) nicht an einem auf das APM reduzierten Columbus-Programm beteiligen würden.

Die oben skizzierte Lösung macht eine Anpassung unserer bisherigen Verhandlungsposition zu Columbus (bisherige Forderung: gleichberechtigte Partnerschaft auch bei APM) notwendig.

3.3) Die vom BMFT vorgelegten Kostenrechnungen zeigen, daß die Gesamtkosten unseres Weltraumprogramms bei einer Entscheidung für oder gegen Hermes nur in der Größenordnung von 10 % höher oder niedriger ausfallen werden. Die Gefahr, am falschen Ende zu sparen, ist nicht von der Hand zu weisen. Das BMFT muß sich auch fragen lassen, ob nicht in anderen Bereichen gespart werden kann. Die drei Großprojekte kosten zusammen weniger als die Fortsetzung der übrigen laufenden ESA-Programme oder als das nationale Programm (einschließlich DFVLR).

3.4) Für die politische Diskussion wäre es sehr hilfreich, wenn nicht auf der Grundlage von Globalzahlungen in der Größenordnung von 30 Mrd. DM argu-

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Kabinetttvorlage des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom 10. Januar 1985; Referat 209, Bd. 130043.

Zum Kabinettsbeschuß vom 16. Januar 1985 vgl. [http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1985k/kap1\\_1/kap2\\_2/para3\\_2.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1985k/kap1_1/kap2_2/para3_2.html). Vgl. dazu ferner AAPD 1986, I, Dok. 174.

<sup>11</sup> Attached Pressurized Module.

mentiert würde, sondern wenn allein die Kosten, über die jetzt entschieden werden soll, betrachtet würden (Hermes kostet gemäß Modell A 3,6 Mrd. DM über 13 Jahre verteilt).

4.1) Das BMFT hat seinem Optionenpapier ein Positionspapier zur Frage der Weltraumagentur beigelegt. Dabei werden zwei unterschiedliche Lösungsansätze vorgestellt, zwischen denen laut BMFT zu entscheiden ist:

- Koordinierungskonzept (vom BMFT favorisiert):  
Danach verbleibt die Zuständigkeit für Raumfahrt weiterhin bei den Ressorts (insbesondere BMFT). Man will jedoch die Koordinierung durch Schaffung eines interministeriellen Ausschusses verbessern und die Vorbereitung und Durchführung der Programme in die Hände einer (privatrechtlichen) Agentur legen.
- Bündelungskonzept:  
Hiernach werden Zuständigkeiten für Weltraum von den Ressorts auf eine (öffentlich-rechtliche) Agentur übertragen. Diese wird von einem interministeriellen Ausschuss gesteuert.

4.2) Aus Sicht des AA, aber auch BMV und z. T. des BMWi, sollte die Agentur nicht auf reine Durchführungsaufgaben beschränkt werden. Die Fachkompetenz der Agentur muß durch Delegation von Verantwortung ergänzt werden. Nur dann wird die Agentur bei der Vertretung unserer Interessen von unseren internationalen Partnern überhaupt ernst genommen werden. Die Agentur sollte neben der Durchführung von Projekten auch mit der Planung eines Weltraumkonzepts beauftragt werden. Dieses Konzept wäre dann von dem interministeriellen Ausschuss auf AL-Ebene, in dem der BMFT den Vorsitz führt, im Konsens zu billigen. Das BMFT trüge gegenüber dem Parlament weiterhin die Ressortverantwortung für die aus seinem Haushalt finanzierten Weltraumprogramme.

4.3) Das BMWi (PStS Riedl) hat erkennen lassen, daß es eine Verschiebung der Agenturenentscheidung vorzieht. Das AA hat sich bisher dagegen ausgesprochen, da die angestrebte Übertragung von Verantwortlichkeiten vom BMFT auf die Agenturen nur im Paket mit den übrigen Weltraumentscheidungen durchsetzbar erscheint.

##### 5) Vorschlag für AA-Position

Der Entscheidungsspielraum der Bundesregierung ist nur gering. Eine gegenüber unseren Partnern durchsetzbare Lösung, die auf außenpolitische Gesichtspunkte Rücksicht nimmt und unsere technologiepolitischen Interessen wahrt, sollte aus folgenden Elementen bestehen:

Die Bundesregierung entscheidet sich vor dem ESA-Ministerrat<sup>12</sup>

- für einen Bau der Ariane V (Beginn Bauphase: 1.1.1988);
- für eine Fortsetzung der Verhandlungen mit den USA über Columbus mit dem Ziel, das europäische Selbstbestimmungsrecht über das freifliegende Labor-Modul MTFF durchzusetzen sowie eine amerikanische Wartungszusage für dieses zu erhalten;

<sup>12</sup> Zur ESA-Ministerratstagung am 9./10. November 1987 in Den Haag vgl. Dok. 315, Anm. 3.



- parallel hierzu Gespräche mit unseren ESA-Partnern über eine mögliche zeitliche Streckung von Hermes und über eine Einsparung bei den übrigen laufenden Programmen zu führen;
- für die Errichtung einer privatrechtlich organisierten, mit eigenen Kompetenzen ausgestatteten Weltraumagentur.

Die Bundesregierung kann diese Verhandlungen nur dann ernsthaft führen, wenn sie grundsätzlich bereit ist, bei einem befriedigenden Ergebnis sich auch tatsächlich an den drei Großprojekten zu beteiligen.<sup>13</sup>

Jelonek

**Referat 431, Bd. 154475**

<sup>13</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach vermerkte am 2. November 1987 für das Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl am Folgetag, die französische Regierung habe am 22. Oktober 1987 „grünes Licht für die Entwicklungsphase aller drei Großprojekte“ (Columbus, Ariane V, Hermes) gegeben: „Präsident Mitterrand und MP Chirac drängen darauf, daß sich die Bundesregierung in Den Haag dem festen französischen Willen zum Aufbau einer bemannten europäischen Raumfahrt anschließt.“ Es bestehe die Gefahr, „daß die Ministerrunde am 3.11. nur dilatorische Entscheidungen trifft bzw. sich auf Kompromisse einigt, die die deutsch-französischen Beziehungen und/oder unsere Raumfahrtinteressen empfindlich beeinträchtigen könnten. [...] BM Riesenhuber fürchtet um die Ausgewogenheit des Forschungshaushalts und taktiert defensiv. Für BM Stoltenberg hat die Steuerreform oberste Priorität. Für BM Bangemann steht am 3.11. auch der Airbus auf der Tagesordnung. Der Bundeskanzler sieht sich zwischen Steuerreform und Frankreich. Nur MP Strauß dürfte vorbehaltlos für eine deutsche Beteiligung an der Entwicklungsphase der drei Großprojekte plädieren.“ Dem Auswärtigen Amt falle daher eine Schlüsselrolle zu. Vgl. Referat 431, Bd. 154475.

Am 6. November 1987 bat Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnabach die Botschaft in Paris, ein Schreiben Kohls vom selben Tag an Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Chirac zu übermitteln. Darin hieß es: „Trotz erheblicher finanzieller Anforderungen ist die Bundesregierung grundsätzlich bereit, sich an dem von der Europäischen Weltraumorganisation vorgeschlagenen langfristigen Weltraumplan bis 2000 einschließlich der Entwicklungs- und Bauphasen der drei Großprojekte Ariane V, Columbus und Hermes zu beteiligen, allerdings auf einem etwa 15 bis 20 % niedrigeren Gesamtkostenniveau und mit der Maßgabe, beim Hermes-Programm nach Ablauf einer Phase von etwa drei Jahren die Fortsetzung des Programms überprüfen zu können. Der positive Grundsatzbeschluss der Bundesregierung wird für den kommenden ESA-Rat auf Ministerebene eine gute Ausgangsbasis für konstruktive Verhandlungen sein.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 431, Bd. 154475.

## 286

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler****311-321.00 LIY****15. Oktober 1987<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> mit der Bitte um Zustimmung zu Ziffer 4

Betr.: Deutsch-libysche Beziehungen;

hier: Erneute Entsendung eines Botschafters nach Tripolis

1) Im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle“<sup>4</sup> und der von den USA unterstellten libyschen Beteiligung daran und in Ausführung der Beschlüsse der Außenminister der Zwölf vom 14. und 21. April 1986<sup>5</sup> führte die Bundesregierung im Mai 1986<sup>6</sup>

- Reduzierung der Zahl der diplomatischen und konsularischen Vertreter an den Vertretungen in Bonn und Tripolis;
- Einschränkung der Bewegungsfreiheit der libyschen Diplomaten auf den Bereich Bonn;

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Dassel und Legationsrat Haßmann konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 16. Oktober 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 17. Oktober 1987 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 19. Oktober 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretär verfügte „z[ur] Vorlage b[eil] H[errn] StS S[udhoff] gem[äß] W[eil]s[un]g BM, s[iehe] S. 3.“ Vgl. Anm. 18.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfitzen-Arnach am 20. Oktober 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 26. November 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Schlagintweit „unter Verschuß“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „StS würde gerne eine Stellungnahme haben, ob dies nach Ihrer Ansicht derzeit in die Landschaft paßt.“

Hat Schlagintweit am 26. November 1987 vorgelegen. Für seine Stellungnahme vgl. Anm. 17.

Hat Zeisler am 23. Februar 1988 erneut vorgelegen, der handschriftlich notierte: „Mit H[errn] Glatz (bei Teltschik) gesprochen – er fragt nach.“

Hat Zeisler am 2. März 1988 erneut vorgelegen, der die Wiedervorlage für den 15. April 1988 verfügte.

Hat Staatssekretär Sudhoff am 28. März 1989 erneut vorgelegen, der die Wiedervorlage für den 15. Juli 1989 verfügte.

Hat Zeisler am 28. November 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an „RL 311“ verfügte. Dazu teilte er handschriftlich mit: „Bei Übergabe an neuen Pers[önlichen]Referenten wurde mit StS Su[dhoff] besprochen, daß der V[organ]g im Referat z[u] d[en] A[kten] gegeben werden sollte.“ Vgl. die Begleitvermerke; Referat 311, Bd. 140015.

<sup>4</sup> Zum Anschlag auf die Diskothek „La Belle“ in Berlin (West) vgl. Dok. 9, Anm. 7.

<sup>5</sup> Bei den Konferenzen im Rahmen der EPZ am 14. April 1986 in Den Haag und am 21. April 1986 in Luxemburg beschlossen die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten Maßnahmen gegen Libyen und andere Staaten, „die eindeutig an der Unterstützung des Terrorismus beteiligt sind“. Dazu gehörten: „Einschränkung der Bewegungsfreiheit der libyschen Diplomaten und des libyschen Konsulatspersonals; strengere Bestimmungen für die Erteilung von Ein- und Ausreisevisa; Verringerung des Botschaftspersonals der Vertretungen der Mitgliedstaaten in Libyen auf eine für die Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen erforderliche Mindestzahl“. Ferner sollten Libyer, die „von einem Mitgliedstaat wegen Verdachts auf Unterstützung des Terrorismus“ ausgewiesen worden seien, nicht mehr in das Hoheitsgebiet eines anderen EG-Mitgliedstaats einreisen dürfen. Vgl. BULLETIN DER EG 4/1986, S. 117–119.

<sup>6</sup> Unvollständiger Satz in der Vorlage.

- strikte Handhabung des auf libysche Staatsangehörige anwendbaren Verfahrens zur Sichtvermerkserteilung;
- keine Zulassung von libyschen Diplomaten, die bereits aus anderen EG-Ländern ausgewiesen wurden.

Zusätzlich wurde als eigene, davon unabhängige Maßnahme beschlossen, anstehenden deutschen Botschafter in Tripolis „zunächst nicht zu ersetzen“.<sup>7</sup>

2) In den vergangenen 1 1/2 Jahren hat Libyen mehrfach Interesse an der Normalisierung der Beziehungen signalisiert. Terroristische oder sonstige gewalttätige Aktionen mit libyschem Hintergrund haben in dieser Zeit in der Bundesrepublik nicht stattgefunden. Allerdings soll Abu Nidal weiter ein Büro in Tripolis unterhalten. Unsere Botschaft berichtet von innenpolitischen Entwicklungen, die auf die Entmachtung der radikalen Revolutionskomitees und Rückkehr zu geregelteren Verhältnissen hinauslaufen.

Von unseren EG-Partnern sind B, E, GR, F, DK auf Botschafterebene in Tripolis vertreten, d. h. alle europäischen am Platz vertretenen Partner.

Wie die Botschaft Tripolis berichtet, hat das libysche Außenministerium die Entsendung eines neuen Leiters für das Volksbüro Bonn angekündigt und bittet darum, ihn protokollarisch als Botschafter einzustufen.<sup>8</sup> Botschaft Tripolis hatte vorgeschlagen, dieses Signal für Entsendung eines neuen deutschen Botschafters abzuwarten.

Anfang Juli 1987 besuchte eine libysche Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des Staatssekretärs im Industrieministerium, Ali Ghariani, die Bundesrepublik Deutschland. Bei einem Gespräch mit D3<sup>9</sup> betonten beide Seiten ihr Interesse an einer Normalisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen.<sup>10</sup> Im gleichen Sinne demarchierte der libysche Geschäftsträger in Bonn im September dieses Jahres.<sup>11</sup>

<sup>7</sup> Der bisherige Botschafter in Tripolis, Enders, trat am 2. Juli 1986 seinen neuen Posten als Botschafter in Kingston an.

<sup>8</sup> Botschaftsrat Vorwerk, Tripolis, berichtete am 13. Oktober 1987, das libysche Außenministerium habe mit Note vom Vortag mitgeteilt, „daß Herr Suleiman el-Areibi zu neuem Sekretär L[ibyschen]V[olks]-B[üros] Bonn ernannt worden sei“, und gebeten, diesen „protokollarisch als Botschafter einzustufen“. El-Areibi, derzeit Leiter des libyschen Volksbüros in Warschau, sei ein qualifizierter Karrierediplomat: „Botschaft regt an, libyschem Petition zu entsprechen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 614; Referat 311, Bd. 140015.

Am 22. November 1987 informierte Vorwerk, ihm sei mitgeteilt worden, „daß der als neuer Leiter des LVB Bonn ausersehene Suleiman el-Areibi am 5.11.1987 verstorben sei. Er sei bereits seit längerer Zeit erkrankt gewesen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 441; Referat 311, Bd. 140015.

<sup>9</sup> Reinhard Schlagintweit.

<sup>10</sup> Ministerialdirektor Schlagintweit informierte die Botschaft in Tripolis am 11. September 1987: „Der Besuch einer LIY Wi[rtschafts]-Delegation in Bonn (Juli 1987) hat dazu beigetragen, Mißverständnisse auszuräumen und den Boden für eine Neubelebung der stagnierenden bilateralen Wi-Beziehungen zu ebnet. Wenn die von der LIY-Seite zugesagten Bemühungen um eine Begleichung der Außenstände deutscher Firmen bis zum Jahresende 1987 nach Aussagen der betroffenen Firmen konkrete Ergebnisse erbringen, könnte der begonnene Dialog durch Entsendung einer deutschen Wi-Delegation nach Tripolis – etwa im Frühjahr 1988 – fortgesetzt werden und die Lockerung der (z.Zt. noch haushaltsrechtlich gebotenen) Hermes-Deckungssperre für LIY-Geschäfte geprüft werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 108; Referat 311, Bd. 140015.

<sup>11</sup> Legationsrat I. Klasse Görgens notierte am 10. September 1987, der libysche Geschäftsträger Bukhreis habe sich am Vortag bei Ministerialdirektor Schlagintweit „nach den konkreten Schritten zur Verbesserung der d[eu]t[sch]-lib[yschen] Beziehungen erkundigt, die das AA nach

3) Aufgrund der dargelegten geänderten Bedingungen erscheint nun der Zeitpunkt gekommen, die erneute Entsendung eines Botschafters nach Tripolis ins Auge zu fassen. Außer den oben angeführten Argumenten spricht auch dafür, daß wir während unserer EPZ-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1988 zur Erfüllung der sich daraus ergebenden Aufgaben über eine voll funktionierende Botschaft in Tripolis verfügen sollten.<sup>12</sup> Wir sollten nicht der einzige europäische Staat<sup>13</sup> bleiben, der in Tripolis nur durch einen Geschäftsträger vertreten ist (außer NL).<sup>14</sup>

Die Gefahr von Einwänden der USA sollte uns an der Entsendung nicht hindern. Wir haben den Abzug unseres Botschafters seinerzeit nicht auf amerikanischen Wunsch, sondern in eigener Verantwortung entschieden. Außerdem haben die USA die Tätigkeit der Botschafter anderer westlicher Staaten (u. a. auch Japan) nicht in Frage gestellt.

Allerdings sollten wir sowohl die USA als auch GB vorher vertraulich – etwa durch D2<sup>15</sup> bei Treffen mit seinen Kollegen – von unseren Absichten unterrichten.<sup>16</sup>

4) Es wird daher vorgeschlagen, der Entsendung eines Botschafters im Laufe des Monats Dezember nach Tripolis grundsätzlich zuzustimmen.<sup>17</sup>

Von D3 im Konzept gebilligt.<sup>18</sup>

Fiedler

#### Referat 311, Bd. 140015

##### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1461*

seiner letzten Unterredung mit D3 am 3.6. ergriffen habe oder beabsichtige“. Vgl. Referat 311, Bd. 140015.

Im Gespräch am 3. Juni 1987 hatte Schlagintweit auf den von Bukhreis übermittelten libyschen „Wunsch nach Wiederentsendung eines deutschen Botschafters nach Tripolis“ eine „Prüfung dieser Frage in positivem Geist“ in Aussicht gestellt. Vgl. die Aufzeichnung von Görgens vom 5. Juni 1987; Referat 311, Bd. 140015.

12 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist ein gutes Argument.“

13 An dieser Stelle fügte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich ein: „der 12“.

14 An dieser Stelle fügte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich ein: „GB hat diplom[atische] Beziehungen seinerzeit abgebrochen.“

15 Hermann Freiherr von Richthofen.

16 An dieser Stelle fügte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich ein: „Frühestens Ende November, um Abstand zu gewinnen zur Sache ‚iran[ischer] Botschafter in Bonn‘.“

17 Ministerialdirektor Schlagintweit vermerkte am 2. Dezember 1987 für Staatssekretär Sudhoff: „Nach meinen Erkundigungen hat sich die ‚Landschaft‘ nicht geändert. Die Botschaft Tripolis berichtet, daß Gaddafis Äußerungen und Handlungen sich im Rahmen des Üblichen bewegen. Innenpolitisch herrscht eher Ruhe. Herr Dingens, den ich bat, sich zu erkundigen, sagte mir vorgestern, die libyschen Aktivitäten seien ‚das Normale‘. Es seien keine in der BRD bekannt geworden. Es lägen auch keine haltbaren Hinweise dafür vor, daß Libyen in letzter Zeit in spektakuläre Waffenlieferungen an die IRA verwickelt sei.“ Vgl. Referat 311, Bd. 140015.

18 Staatssekretär Sudhoff vermerkte an dieser Stelle handschriftlich: „Wir sollten die Neuentsendung intern vorbereiten durch vorherige Unterrichtung des BK.“

Bundesminister Genscher vermerkte dazu handschriftlich: „r[ichtig]“. Ferner verfügte er: „StS S[udhoff] an T[eltschik].“

287

## Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal

212-341.81

16. Oktober 1987<sup>1</sup>

Über Herrn Dg21<sup>2</sup>, Herrn D2<sup>3</sup> Herrn Staatssekretär<sup>4</sup> zur Unterrichtung

Betr.: Wiener KSZE-Folgetreffen (WFT)<sup>5</sup>,  
hier: Bewertung des aktuellen Standes

Bezug: Vorlage vom 17.8.1987 – 212-341.81<sup>6</sup>

### 1) Zusammenfassung und Wertung

Nach einer Periode verbreiteter optimistischer Erwartungen vor und zu Beginn der vierten Phase des WFT sind die Beiträge der TNS in Wien in Substanz und Ton härter und kontroverser geworden. Auch die Presse hat darüber u. a. mit den Schlagworten „Stagnation“, „Verzögerung“, „Krise“ berichtet.

Diese Entwicklung kommt nicht überraschend. Sie kann als Anzeichen dafür gewertet werden, daß das WFT nunmehr ernsthaft vor Verhandlungen für ein Schlußdokument steht. Für die zweite Oktoberhälfte werden die sogenannten Koordinatorenpapiere der N+N zu allen, auch den noch ausstehenden Verhandlungsbereichen erwartet. Erst danach können die eigentlichen Verhandlungen beginnen. Die Teilnehmerstaaten bringen z. Zt. ihre (nationalen) Positionen in aller Härte ein, um dadurch die Verhandlungsgrundlage zu beeinflussen. Für eine Neu- oder Uorientierung östlicher KSZE-Prioritäten gibt es keine Anhaltspunkte.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal und Vortragendem Legationsrat Altenburg konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirigent Kastrup am 16. Oktober 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 16. Oktober 1987 vorgelegen.

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 19. Oktober 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher „z[ur] K[enn]tnisnahme“ verfügte.

Hat Genscher am 15. November 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erbitte erneute Bewertung zum Jahreswechsel.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 16. November 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Ministerialdirigent Kastrup an Referat 212 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[Siehe] W[ei]s[un]g BM.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach am 16. November 1987 vorgelegen.

Hat Richthofen am 17. November 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Kastrup und Vortragende Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal „m[it] d[er] B[il]te um w[eitere] V[er]anlassung“ verfügte.

Hat Vollmar-Libal am 22. Dezember 1987 erneut vorgelegen, die handschriftlich vermerkte: „Wohl durch meine Aufzeichnung vom 18. Dezember 1987 mit erledigt. Z[um] Vorgang.“

<sup>5</sup> Zur KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 225.

<sup>6</sup> Vortragende Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal gab einen Ausblick auf die ab 22. September 1987 beginnende vierte Sitzungsperiode der KSZE-Folgekonferenz in Wien: „Die eigentlichen Verhandlungen über ein Schlußdokument beginnen erfahrungsgemäß erst, wenn ein erster Entwurf der N+N-Staaten zur Verfügung steht. Die N+N-Staaten haben einen solchen Entwurf für Mitte Oktober angekündigt. Eine sich aus westlichen, östlichen und N+N-Teilnehmerstaaten zusammensetzende Redaktionsgruppe muß dann versuchen, auf der Grundlage dieses Entwurfs einen für alle Beteiligten akzeptablen Kompromißtext für ein Schlußdokument auszuhandeln“. Vgl. Referat 212, Bd. 158440.

Die Starrheit allerdings, mit der der Osten sich z.B. im Bereich menschlicher Kontakte auf alte Positionen zurückzieht, läßt schwierige Verhandlungen erwarten und die Aussichten auf einen Abschluß der Wiener Konferenz noch in diesem Jahr drastisch schwinden.

In dieser Lage sind Gelassenheit in der Bewertung, Beharrlichkeit in der Verfolgung unserer Ziele und Stärkung der Autorität der Koordinatoren unter höchstmöglicher westlicher Geschlossenheit erforderlich. Westliche Konzessionen zum jetzigen Zeitpunkt würden vermutlich nur konsumiert, ohne das Ergebnis und/oder den Zeitpunkt des Konferenzabschlusses beeinflussen zu können.

2) Im einzelnen

2.1) In den letzten Tagen haben verschiedene Delegationen ihre Positionen hart und kompromißlos vorgetragen.

- In Korb I verweigern die WP-Staaten die Behandlung des Papiers des Koordinators zur Religionsfreiheit<sup>7</sup>, bis ein östliches Non-paper zu wirtschaftlichen und sozialen Rechten behandelt wird.<sup>8</sup> Dieses östliche Non-paper zu Menschenrechten läuft praktisch auf eine Neuformulierung und Umschreibung der Helsinki-Schlußakte<sup>9</sup> im Sinne einer neuen Rangfolge der Menschenrechte hinaus. Deren Folge wäre eine für den Westen unakzeptable Verwässerung der Implementierungsverpflichtung bei individuellen Menschenrechten, ohne daß damit eine Verbesserung bei der Implementierung wirtschaftlicher und sozialer Rechte zu erreichen wäre.

(Osten behauptet, daß sich individuelle, wirtschaftliche und soziale Rechte gegenseitig bedingen, und begegnet der Forderung nach Respektierung der ersteren dann mit dem Hinweis auf die unvollkommene Verwirklichung der letzteren.)

Diese Entwicklung bestätigt unsere Ausgangsbeurteilung, daß es in Wien äußerst schwer werden kann, zu neuen, westlich inspirierten, für den Osten akzeptablen Menschenrechtstexten zu kommen.

<sup>7</sup> Für das Non-paper des Koordinators für Korb I, Torovsky, vom 1. Oktober 1987 vgl. die Fernkopie der KSZE-Delegation in Wien vom 1. Oktober 1987; Referat 212, Bd. 153436.

<sup>8</sup> Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 7. Oktober 1987: „Osten verweigert gegenwärtig die Behandlung des Koordinatorenpapiers zur Religionsfreiheit mit der unzutreffenden Behauptung, der Westen verweigere das Gespräch über Wirtschafts- und Sozialrechte. Um seine Forderung zu unterstreichen, hat er ein Non-paper, das sich im wesentlichen mit den Wirtschafts- und Sozialrechten beschäftigt, vorgelegt.“ Darin zeige sich der Versuch, „auf die allgemeine Struktur von Prinzip VII in einem Wiener Schlußdokument Einfluß zu nehmen und diese einseitig weiterzuentwickeln“. Deutlich werde „der östliche Ansatz, statt einer besseren Implementierung der Menschenrechte sein Menschenrechtsverständnis und den Vorrang des Staates – und damit konsequenterweise die einschränkenden Elemente – in den Vordergrund zu stellen. Im Bereich der Wirtschafts- und Sozialrechte bleibt das Papier selektiv und weicht nicht unerheblich von den Formulierungen der entsprechenden Texte in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung und dem Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ab. Die Aufforderung zu konkreten Maßnahmen enthält politische Verpflichtungen, die angesichts der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsunterschiede, aber vor allem im Hinblick auf die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme, unrealistisch sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1494; Referat 212, Bd. 153430.

Für das von Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Rumänien und der UdSSR eingeführte Non-paper zu Prinzip VII vom 6. Oktober 1987 vgl. die Fernkopie der KSZE-Delegation in Wien vom selben Tag; Referat 212, Bd. 153436.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

- In Korb III haben WP-Staaten praktisch jeder einzelnen Aussage eines von A und CH vorgelegten Kompromißpapiers<sup>10</sup> Änderungswünsche entgegen gestellt. Sie versuchen damit, faktisch die Ausgangslage vor Einbringung des A/CH-Papiers wiederherzustellen. Die östliche Haltung erscheint verhandlungstaktisch motiviert zu sein. Sie steht im Gegensatz zu den Signalen der Kompromißbereitschaft in diesem Bereich in den Vorphasen. Im Bereich der menschlichen Kontakte (Bern-Materie) kann den östlichen Delegationen zudem entgegengehalten werden, daß ihre Haltung jetzt hinter dem Berner Kompromiß<sup>11</sup> und im Gegensatz zu ihren eigenen selbstverpflichtenden Beteuerungen steht, den Berner Kompromiß unilateral oder bilateral verwirklichen zu wollen.
- USA haben der SU-Delegation bilateral und vertraulich eine Liste konkreter (als notwendig, aber nicht auslösend bezeichneter) Bedingungen präsentiert, ohne deren Erfüllung Moskau als Ort einer humanitären Konferenz<sup>12</sup> ausscheide (u. a. Freilassung politischer und religiöser Gefangener, Beendigung des Jamming, Änderung bestimmter sowjetischer Strafrechtsbestimmungen). Diese US-Haltung ist uns aus Konsultationen bekannt. Sie scheint uns und den meisten anderen westlichen Partnern problematisch. US scheinen sich damit alle Optionen bis zum Ende offenhalten zu wollen und bilateralisieren wichtige Konferenzmaterie. Realistischerweise muß man aber sehen, daß dies auch in der Vergangenheit nicht anders war.
- Infolge einer zwar positiv votierenden Vorlage, die auf politischer Ebene aber eine negative Entscheidung auslöste, ist GB z.Zt. nicht in der Lage, sich zu der Möglichkeit einer Moskauer Konferenz zu äußern oder auch Bedingungen dafür zu erörtern.<sup>13</sup> Dies braucht den Konferenzfortgang so lange nicht zu behindern, wie am Verhandlungstisch die östliche Obstruktion in der menschlichen Dimension im Vordergrund steht. Im weiteren Stadium der Verhandlungen, auch zu Folgeveranstaltungen, kann die britische Haltung aber zu schweren Verzögerungen führen.
- SWE lehnte den Text des Koordinators zum Umweltschutz<sup>14</sup> ab, der die nördlichen, insbesondere schwedischen Maximalforderungen besonders zur Luft-

<sup>10</sup> Zum österreichisch-schweizerischen Non-paper vom 30. Juli 1987 zu Korb III vgl. Dok. 225, Anm. 37.

<sup>11</sup> Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 77 und Dok. 156.

<sup>12</sup> Zum Vorschlag der UdSSR vom 5. November 1986 für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 225, Anm. 8.

<sup>13</sup> Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), teilte am 9. Oktober 1987 mit, der Leiter der britischen KSZE-Delegation, O'Keefe, habe ihn über die veränderte Haltung seiner Regierung zu einer Menschenrechtskonferenz in Moskau informiert, „die aufgrund einer positiven Ministervorlage (Nutzung der Hebelwirkung) nach Fühlungnahme zwischen AM und Premierminister eher restriktiv ausgefallen sei. Britische Haltung zu Moskau sei jetzt nicht mehr ‚yes, if‘, sondern ‚no, unless‘. Ohne sehr viel verbindlichere und substantiellere sowjetische Verpflichtungen zu Menschenrechten und menschlichen Kontakten, als man sie bislang gesehen hätte, könne GB nicht einmal die Möglichkeit einer von der SU vorgeschlagenen Konferenz in Moskau ins Auge fassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1515; Referat 212, Bd. 153430.

<sup>14</sup> Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 6. Oktober 1987: „Koordinator verteilte heute (6.10.) sein in eigener Verantwortung erstelltes Papier zum Umweltschutz und zur Reaktorsicherheit. [...] Papier ist unter weitestgehender deutscher Mitarbeit entstanden. [...] Das Papier basiert weitestgehend auf EG/US-Vorstellungen, ja, es scheint teilweise das Problem des Koordinators gewesen zu sein, einen Text zu finden, der, wenn schon nicht in den Elementen, so doch in der Sprache leicht von den EG-Vorschlägen abweicht. Nur in geringerem Maße fanden Vorstellungen der nördlichen Staaten bzw. der osteuropäischen Länder Eingang in das Papier.“ Als Erfolg wertete Eickhoff,



reinhaltung<sup>15</sup> nicht voll berücksichtigte, für EG und USA aber – bereits nur unter großen Mühen – annehmbar wäre.

- ČSSR bekräftigte mit WP-Unterstützung seinen Anspruch auf das West-Ost-Wirtschaftsforum<sup>16</sup>. Die vorgelegten detaillierten östlichen Mandatsvorstellungen, die sich weitgehend denen der EG<sup>17</sup> nähern, signalisieren östliches Interesse an der Veranstaltung, machen aber deutlich, daß aus östlicher Sicht verhandlungstaktisch noch nicht der Moment zu Kompromissen in der Ortsfrage gekommen scheint. Daraus ergibt sich keine Notwendigkeit einer Änderung unserer bisherigen Linie.
- Verschiedene N+N betonen ihre Ansprüche – u. a. durch Unterstützung des schwedischen Vorschlages WT.131 zu KRK<sup>18</sup> – auf grundsätzlich volle Teilhabe an europäischen Sicherheits- und Abrüstungsverhandlungen. Die bisherigen Arbeiten sowohl in der Arbeitsgruppe S als auch im Rahmen der 23 machen keine Änderung unserer Linie erforderlich.

2.2) Das Anliegen der TNS, durch Einbringen ihrer nationalen Positionen die Verhandlungsgrundlage – vor allem soweit Koordinatorenpapiere noch nicht vorliegen oder gerade im Entstehen sind – zu beeinflussen, ist erkennbar. Dies sollte als Anzeichen dafür gewertet werden, daß das WFT nunmehr ernsthaft vor Verhandlungen für ein Schlußdokument steht. Dies war bisher in dieser Form nicht der Fall, nicht zuletzt, weil Zeitdruck fehlte.

Für eine Neu- oder Umorientierung östlicher, insbesondere sowjetischer KSZE-Prioritäten gibt es keine Anzeichen. Nach wie vor liegen die zentralen und vorrangigen östlichen Interessen im Sicherheitsbereich, gefolgt von Zielsetzungen in Korb II. Dies sind auch die Bereiche, in denen sich die WP-Staaten auch jetzt um raschere Fortschritte bemühen. Dies gilt insbesondere für den Sicherheits-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1465*

„daß trotz heftigem osteuropäischen Widerstandes unsere Gedanken zum Verursacherprinzip und Schutz der Ozonschicht Eingang in den Text gefunden haben“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1488; Referat 212, Bd. 153430.

Für das Non-paper des Koordinators für Korb II, Clavel, vgl. die Fernkopie Nr. 218 des Botschaftsrats Jessen, Wien (KSZE-Delegation), vom 6. Oktober 1987; Referat 212, Bd. 153436.

<sup>15</sup> Zu den auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien eingebrachten Vorschlägen der nordischen Staaten zum Umweltschutz vgl. Dok. 106, Anm. 23.

<sup>16</sup> Zum Vorschlag der ČSSR, der DDR, Polens und Ungarns vom 15. Dezember 1986 für ein Wirtschaftsforum in Prag vgl. Dok. 106, Anm. 14.

Botschafter Eickhoff, Wien (KSZE-Delegation), berichtete am 9. Oktober 1987, die ČSSR habe am selben Tag eine „Präzisierung von Mandat und zeitlichem Ablauf für ihren Vorschlag eines Wirtschaftsforums vorgenommen. Danach soll das Forum ca. acht Monate nach Abschluß des WFT durchgeführt werden und nach einem Vorbereitungstreffen – das hauptsächlich methodischen und organisatorischen Fragen gewidmet sein soll – drei Wochen dauern. In Ergänzung des bisherigen Vorschlags erstreckt ČSSR Teilnahme jetzt ausdrücklich auf leitende Persönlichkeiten aus Handel, Industrie, Finanzwesen, Wissenschaft und Technik. ČSSR erklärt darüber hinaus Bereitschaft, während des Forums die Verbesserung der geschäftlichen Rahmenbedingungen, die Entwicklung von Kontakten zwischen Geschäftspartnern und eine Ausweitung der Wirtschaftsinformation zu diskutieren.“ Alle Beratungen würden öffentlich zugänglich sein: „SU, RUM und BUL erklärten im Plenum ihre Miteinbringerschaft, so daß ČSSR-Vorschlag jetzt vom gesamten Osten getragen wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1518; Referat 212, Bd. 153430.

Für den Vorschlag CSCE/WT.3/Addendum 2 vom 9. Oktober 1987 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

<sup>17</sup> Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

<sup>18</sup> Zu dem von Schweden am 31. Juli 1987 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien eingeführten Vorschlag für eine Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (CSCE/WT.131) vgl. Dok. 225, Anm. 30.

bereich, der nach wie vor der Bereich sein dürfte, an dessen Entwicklung die SU ihre Kompromißbereitschaft in anderen Feldern abmessen wird.

3) Auf die Möglichkeit einer Stagnation in der Phase vor der Präsentation von Kompromißtexten durch die Koordinatoren war bereits in der Bezugsvorlage hingewiesen worden. In der gegenwärtigen Lage sind Gelassenheit in der Bewertung, Beharrlichkeit in der Verfolgung unserer Ziele und Stärkung der Autorität der Koordinatoren unter höchstmöglicher westlicher Geschlossenheit erforderlich. Konzessionen zum jetzigen Zeitpunkt werden vermutlich konsumiert, ohne das Ergebnis und/oder den Zeitpunkt des Konferenzabschlusses wesentlich beeinflussen zu können. Wir sollten daher auch im westlichen Kreis zunächst die Entwicklung bis zur Vorlage aller Koordinatorenpapiere auch in den übrigen Bereichen abwarten.

Vollmar-Libal

Referat 212, Bd. 158440

288

### Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt

114-6078/87 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 2443

Aufgabe: 16. Oktober 1987, 10.27 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 16. Oktober 1987, 06.10 Uhr

Betr.: Besuch von MP Strauß in Peking (12. bis 16.10.87);  
hier: Gespräch mit MP Zhao Ziyang am 15.10.87

Am 15.10. traf MP Strauß mit MP Zhao zusammen. Er wurde begleitet von den beamteten Mitgliedern der Delegation (u. a. StS Lengl, PStS Riedl), GS Tandler und mir. Das Gespräch, das ursprünglich auf 30 Minuten angesetzt war, dauerte insgesamt 80 Minuten.

1) MP Zhao begann das Gespräch mit bilateralen Fragen. China wolle die Zusammenarbeit mit Westeuropa ausweiten, Deutschland sei dabei ein wichtiger Partner. Er bekräftigte erneut das Ziel einer langfristigen und stabilen Zusammenarbeit mit uns, das schon im Mittelpunkt des Kanzlerbesuches<sup>2</sup> gestanden hatte.

Einen breiten Raum nahm die vorgesehene Kooperation mit Siemens ein.<sup>3</sup> MP Zhao unterstrich die Bedeutung dieses Schlüsselprojektes für die bilaterale Zusammenarbeit, ließ dabei auch gewisse Vorbehalte (Preis, Produktgarantie) erkennen und bat darum, daß Siemens – mit Hilfe seines Besuchers – den

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 16. Oktober 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 12. bis 19. Juli 1987 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 209, Dok. 213 und Dok. 222.

<sup>3</sup> Zur Tätigkeit von Siemens in der Volksrepublik China vgl. Dok. 96, Anm. 11.

Chinesen weiter entgegenkommen möge. MP Strauß erwiderte, es komme bei einer langfristigen Zusammenarbeit nicht nur auf den Preis an, sondern auch auf die intensive Zusammenarbeit im Bereich des Technologietransfers. Eine Produktgarantie („Ausbringungsgarantie“) könne eine ausländische Firma aber nur übernehmen, wenn sie auch maßgeblichen Einfluß auf die Produktion (Management, Kündigungsmöglichkeit) habe.

MP Zhao lenkte insoweit ein, als er ankündigte, die Bedingungen für ausländische Investitionen und Joint-ventures sollten denen angeglichen werden, die auch im Ausland gelten. Diese Kooperationen sollten deshalb künftig bessergestellt werden als chinesische Unternehmen. Darüber solle demnächst bilateral verhandelt werden.

MP Strauß ging anschließend auf weitere Projekte der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit ein. Er unterstrich die Bedeutung der gestern vereinbarten Flugzeugkooperation (Mittelstreckenflugzeug MPC-75 von MBB)<sup>4</sup>, wies auf die revolutionäre Bedeutung dieses Flugzeugs für den Binnenverkehr hin, erklärte sich befriedigt über das Gespräch über die Anfangsfinanzierung zwischen StS Lengl und Luftfahrtminister Mo und stellte klar, daß die Bundesregierung nur drei Flugzeugprojekte fördern könne. Neben Airbus und DO 328 sei dafür MPC-75 ausersehen.

Nach einem Dank für den bevorstehenden positiven Abschluß des LH-Werft-Projektes<sup>5</sup> sprach MP Strauß das KWU-Projekt Qinshan II an, für das am Vortage noch keine Zusage seitens der Wirtschaftskommission zu erhalten gewesen war.<sup>6</sup> Er erläuterte der chinesischen Seite eingehend die positiven Aspekte der Kernenergie, betonte, es ginge nicht um den Ausstieg aus ihr, sondern darum, sie sicherer zu machen, und wies darauf hin, daß die deutschen Typen drei Sicherheitssysteme aufwiesen, während die sowjetischen nur eins, die anderen westlichen Systeme zwei besäßen.

Die SU verhandle mit uns über den Ankauf von Sicherheitssystemen. MP Zhao ging auf das Thema nicht näher ein.

2) MP Zhao referierte kurz über die chinesische Innenpolitik. Die Politik der Reform und der Öffnung habe große Erfolge erzielt, werde vom Volk begrüßt und sei breit fundiert, so daß keine Änderung zu erwarten sei. Sorge bereite China lediglich die zu hohe Inflationsrate, die reduziert werden müsse.

Der Parteitag<sup>7</sup> werde die weitere Durchführung dieser Politik beschließen. Auch die anstehenden Parteiwahlen würden sich günstig auf die Reformpolitik auswirken und keinesfalls eine Umkehr zur Folge haben. MP Strauß' „alter Freund

<sup>4</sup> Zum Projekt eines gemeinsamen Mittelstreckenflugzeugs vgl. Dok. 96, Anm. 17.

In der Presse hieß es: „In Peking ist jetzt der seit längerem geplante Vertrag zwischen MBB und der staatlichen chinesischen China Aero Technology Im- and Export Corporation (Catic) über den gemeinsamen Bau eines Flugzeuges für den Regionalflugverkehr unterschrieben worden. Bei der Vertragsunterzeichnung war auch der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß zugegen, der dem Aufsichtsrat von MBB angehört. Das neue Flugzeug wird unter dem Namen ‚MPC-75‘ gebaut werden. Es soll ab 1995 lieferbar sein.“ Vgl. den Artikel „Deutsch-chinesisches Flugzeug ab 1995“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Oktober 1987, S. 20.

<sup>5</sup> Zum „Beijing Lufthansa Centre“ vgl. Dok. 213, Anm. 16.

<sup>6</sup> Zur Tätigkeit von KWU in der Volksrepublik China vgl. Dok. 213, Anm. 17.

<sup>7</sup> Der XIII. Parteitag der KPCh fand vom 25. Oktober bis 1. November 1987 in Peking statt.

Deng Xiaoping<sup>8</sup> werde zwar von seinen Ämtern zurücktreten, er versichere uns aber, daß er seine entscheidende Rolle nicht verlieren werde.

3) MP Strauß lenkte das Gespräch dann auf die Außenpolitik über. Die Beziehungen zwischen den USA und der SU seien in Bewegung. Zu den INF-Verhandlungen bemerkte er, er habe anfänglich gegen die erste Null-Lösung Bedenken gehabt, weil die SU zunächst ihre in Asien stationierten SS-20 habe beibehalten wollen.

Das habe sich geändert. Unser weiteres Ziel sei das Verbot der C-Waffen. Dritter Gegenstand unserer Sorge sei, daß nach einer INF-Vereinbarung 97 Prozent der Nuklearwaffen übrigblieben.

Eine Hoffnung, daß Europa danach nicht mehr mit Nuklearwaffen erreicht werden könne, sei unsinnig.

Bedrückend seien die militärischen Folgen der zweiten Null-Lösung. Durch den Verzicht auf die 72 Pershing I<sup>9</sup> sei es nicht mehr möglich, die zweite und dritte Staffel der SU zu erreichen. Im Bereich zwischen 0 und 500 km Systemen<sup>10</sup> stünden mindestens 1300 sowjetischen Systemen lediglich 88 Lance-Raketen der NATO mit Reichweite von 120 km gegenüber.

Hinter diesen Fragen stehe jedoch die Frage, was Gorbatschow wolle. Wenn er bereit sei, im Gleichklang mit den inneren Reformen nach außen auf Aggressivität zu verzichten, dann wäre die INF-Vereinbarung erträglich. Strebe er jedoch weiter hegemoniale Ziele an, dann sei die Null-Lösung falsch gewesen. Über diese Fragen sei nicht nur bei uns, sondern auch in den USA eine heftige Diskussion im Gange.

MP Zhao entgegnete, China begrüße die erste Null-Lösung als einen Anfang der echten Abrüstung, sei sich darüber aber klar, daß es nur ein kleiner Beginn sei. Werde die Abrüstung nicht fortgesetzt, mache es keinen Sinn, da durch die INF-Vereinbarung nur ein bis zwei Prozent des Potentials betroffen seien. Eine richtige Beurteilung der Politik Gorbatschows sei erst nach Beobachtung seiner weiteren Schritte sinnvoll. Eine Analyse der Entwicklung seit dem 27. Parteikongreß<sup>11</sup> ergebe, insbesondere bei Berücksichtigung der beiden Plenartagungen im Januar und Juni 1987<sup>12</sup>, daß die SU unbedingt Reformen brauche, da die Entwicklung sonst stagniere und der Abstand zum Westen größer werde. Nach den Erfahrungen Chinas brauche die SU die äußere Entspannung, wenn sie wirkliche Lösungen wolle. Reformen bedeuteten auch Kürzung der Rüstungsausgaben.

<sup>8</sup> Der bayerische Ministerpräsident Strauß führte zuletzt am 5. Oktober 1985 in Peking ein Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Deng Xiaoping. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 272.

Deng hatte bereits an Strauß' Begegnung mit dem Vorsitzenden der KPCh, Mao Zedong, am 17. Januar 1975 in Hangchow teilgenommen. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 7.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987; Dok. 235.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „IM-Systemen“.

<sup>11</sup> Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 68.

<sup>12</sup> Am 27./28. Januar 1987 fand in Moskau die Plenarsitzung des ZK der KPdSU statt, auf der Generalsekretär Gorbatschow einen Bericht über die Reorganisation der Partei vorlegte. Für den Wortlaut der Rede vom 27. Januar 1987 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 329–393.

Zur Plenarsitzung des ZK der KPdSU am 25./26. Juni 1987 vgl. Dok. 160, Anm. 9.

Schließlich müsse die SU ihre Außenpolitik ändern, wenn sie ihre Reformpolitik weiterführen wolle. Gorbatschow habe einmal gesagt, die Außenpolitik müsse der Innenpolitik dienen. Wieviel Flexibilität werde die SU aber zeigen? Im Innern seien retardierende Kräfte vorhanden. Bei den drei asiatischen Krisenherden zeichne sich jedenfalls noch keine Änderung ab.<sup>13</sup> Ein chinesisches Sprichwort laute „erst sehen und dann etwas tun“. Ein Vertrauen im voraus könne es nicht geben.

MP Strauß bestätigte, daß für uns die gleichen Kriterien gälten. Zu den drei asiatischen Krisenherden träten noch der Golf und Mittelamerika. Gorbatschow habe die Chance, Hoffnungen zu erfüllen, aber Hoffnungen dürften nicht als Tatsache genommen werden.

Abschließend berichtete MP Strauß von seinen Eindrücken mit osteuropäischen Politikern. Sowohl in Ungarn<sup>14</sup> wie in Bulgarien<sup>15</sup> seien Überlegungen über ein neues Verhältnis zwischen Partei und Regierungsapparat im Gange, die unterschiedlich weit gediehen seien und zu denen sich die SU noch nicht klar geäußert habe. MP Zhao erwiderte, auch bei den vorgesehenen chinesischen Reformen gehe es um eine ähnliche Trennung, die Partei werde nicht mehr in die Regierung hineinregieren, Betriebe und lokale Verwaltungen erhielten mehr Verantwortung, und die Partei werde sich auf die oberste Führung beschränken.

[gez.] Hellbeck

**VS-Bd. 13670 (341)**

<sup>13</sup> Zu den „drei Hindernissen“ in den chinesisch-sowjetischen Beziehungen vgl. Dok. 209, Anm. 4.

<sup>14</sup> Ministerpräsident Grósz besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 10. Oktober 1987. Am 9. Oktober 1987 führte er ein Gespräch mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in München. Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Grósz am 7. Oktober 1987 vgl. Dok. 277.

<sup>15</sup> Der bayerische Ministerpräsident Strauß hielt sich vom 26. bis 20. August 1987 in Bulgarien auf. Botschafter Lewalter, Sofia, berichtete am 31. August 1987, der Ministerpräsident habe Gespräche mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow und den Ministern für Außenwirtschaftsbeziehungen sowie Wirtschaft und Planung, Lukanow bzw. Owtscharow, geführt: „Strauß teilte mir mit, daß ein Umwelt- und ein Wirtschaftssymposium vereinbart wurden (Beteiligung auf deutscher Seite Bayern, gegebenenfalls auch größerer Rahmen) und daß er im Gespräch mit Lukanow und Owtscharow die Fragen des Donauverkehrs und der Autobahnverbindung durch Südosteuropa bis hin zur Türkei angesprochen habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 490; Referat 012-9, Bd. 138647.

289

## Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Jagow

331-321.00 NIC VS-NfD

19. Oktober 1987<sup>1</sup>

Über Dg33<sup>2</sup>, D3 i. V.<sup>3</sup> Herrn Staatssekretär<sup>4</sup> zur Unterrichtung auf Weisung

Betr.: Bilaterale Beziehungen mit Nicaragua

Bezug: Ihre Weisung vom 14.10.1987

Anlg.: 2<sup>5</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung über mögliche positive Signale an Nicaragua

### 1) Ausgangslage

In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des DBT<sup>6</sup> vom 7.10.1987 hat BM – auf entsprechende Frage von MdB Wischnewski eingehend – erklärt, wir machten uns derzeit Gedanken, wie ein positives Signal an Nicaragua aussehen könnte. Dabei komme es nicht unbedingt darauf an, vor dem 7. November (= Frist zur Erfüllung des GUA-Abkommens<sup>7</sup>) schon die Entscheidung selbst zu treffen, sondern sie unter bestimmten Bedingungen in Aussicht zu stellen (s. Anlage<sup>8</sup>).

### 2) Sachstand

Unsere Beziehungen zu Nicaragua waren seit Jahren kühl. Die Sandinisten zeigten uns die kalte Schulter. 1984 wurde die FZ eingestellt, in der TZ gab es seither keine Neuzusagen.

Die begonnenen TZ-Vorhaben<sup>9</sup> laufen allmählich aus. In der Antwort auf die Große Anfrage der SPD vom 25.1.1984<sup>10</sup> hat die BuReg neue Zusagen von folgenden Voraussetzungen abhängig gemacht: Abwendung NICs von der Destabilisierung der Region, Verwirklichung der selbstgesetzten Ziele Pluralismus, gemischte Wirtschaftsordnung und Blockfreiheit.<sup>11</sup>

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Jagow und Legationsrat I. Klasse Piecha konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirigent von Schubert am 19. Oktober 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Ministerialdirigent Sulimma in Vertretung von Ministerialdirektor Schlagintweit am 20. Oktober 1987 vorgelegen.

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 22. Oktober 1987 vorgelegen, der um Rücksprache bat.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 8 und 15.

<sup>6</sup> Deutscher Bundestag.

<sup>7</sup> Zum Friedensabkommen für Zentralamerika vom 7. August 1987 vgl. Dok. 228.

<sup>8</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow resümierte die Diskussion über Zentralamerika in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 7. Oktober 1987, die „unter TOP 1 (Bericht des BM über VN-GV) abgehandelt“ worden sei und an der sich die Abgeordneten Wischnewski und Wieczorek-Zeul (SPD), Volmer (Die Grünen) und Lamers (CDU) beteiligt hätten. Vgl. Referat 331, Bd. 136364.

<sup>9</sup> Zur Technischen Zusammenarbeit mit Nicaragua vgl. Dok. 253, Anm. 21.

<sup>10</sup> Für die Große Anfrage der SPD-Fraktion vom 2. August 1983 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 10/279, S. 1–4.

<sup>11</sup> Für die Antwort der Bundesregierung vom 25. Januar 1984 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 10/922, S. 1–12.

Schon Monate vor der Unterzeichnung des Friedensplanes von GUA mehrten sich die Signale, daß die Sandinisten ihr Verhältnis zu BuReg verbessern wollen. Bei Besuchen des Sozialministers Téfel<sup>12</sup> und des Leiters der Westeuropa-Abteilung der sandinistischen Partei<sup>13</sup> wurde dies verdeutlicht. Erwartungen an die BuReg richten sich insbesondere auf

- diplomatisch-psychologische Unterstützung für das GUA-Abkommen. NIC weiß sich als Vertragspartei darzustellen, die besonders schnell und weitgehend erfüllt hat. Andere seien nun im Verzug. Namentlich genannt wurden die USA und Honduras;
- Wiederaufnahme der EZ, vor allem FZ-Kredite.

3) Als positive Signale kommen in Betracht:

a) Diplomatisch-psychologische Schritte

- Bilaterale Besuchsdiplomatie: Besuch Dg33<sup>14</sup> in Managua. Von der hiesigen NIC-Botschaft vorgeschlagen (Vorlage der Abteilung 3 vom 11.9.1987, s. Anlage<sup>15</sup>). Falls der Umsetzungsprozeß des GUA-Friedensplans anhält, jedenfalls keine substantiellen Rückschläge in Nicaragua eintreten, kommt grundsätzlich auch der Besuch von Staatsminister Schäfer in Managua in Betracht.
- Bilaterales Engagement gegenüber Dritten für das GUA-Abkommen:  
USA: Wir bitten die US-Administration um konstruktives Aufgreifen des GUA-Abkommens. Unter Bezug auf die Erklärung der Zwölf zu diesem Abkommen<sup>16</sup>, die auch an Staaten mit „Bindungen und Interessen in der Region“ appelliert, werben wir in Washington dafür, insbesondere bei der beabsichtigten Beantragung neuer Mittel zur Fortsetzung der Contra-Hilfe<sup>17</sup> Flexibilität zu zeigen. Unser Engagement auf solcher Linie würde von NIC besonders hoch

<sup>12</sup> Botschafter Rusnak, Managua, teilte am 7. September 1987 mit: „Leiter (Minister) nic[araguanischen] Instituts für soziale Sicherheit und Wohlfahrt, Lic[entiat]us Reynaldo Antonio Téfel Vélez, wird im Rahmen Europa-Reise (Spanien, Frankreich, Italien, Großbritannien) Bundesrepublik Deutschland vom 20. bis 26.9. besuchen.“ Ziel des Besuchs sei es, „sich bei deutschen Hilfsorganisationen (u. a. Misereor und Brot für die Welt) wegen Finanzierung von Projekten in Nicaragua umzusehen“. Téfel sei außerdem an Gesprächen mit Bundesministerin Süßmuth und mit dem Lateinamerika-Beauftragten des Auswärtigen Amtes interessiert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 210; Referat 331, Bd. 136369. Am 23. September 1987 führte Ministerialdirigent von Schubert ein Gespräch mit Téfel über die Lage in Nicaragua und Zentralamerika. Legationsrat I. Klasse Piecha vermerkte am 24. September 1987, die Begegnung sei trotz gelöster Atmosphäre „manchmal kontrovers“ verlaufen: „Herr Téfel verfiel gelegentlich in einen propagandistischen Tonfall. Dies war insbesondere der Fall, wenn das Verhältnis zu den USA angesprochen wurde.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136369.

<sup>13</sup> Legationsrat I. Klasse Piecha vermerkte am 25. September 1987, der für die „Kontakte zu Westeuropa und insbesondere zur SI“ zuständige „Westeuropa-Direktor des Büros für Außenbeziehungen des FSLN, Hernán Estrada“, habe am 25. September 1987 Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Jagow die Lage nach Abschluß des Friedensabkommens für Zentralamerika vom 7. August 1987 dargelegt. Die „Gleichzeitigkeit der Schritte, ein tragendes Prinzip des GUA-Abkommens“, sei bedroht: „Hier sei insbesondere der Einfluß der Europäer gefragt, vor allem auch der Deutschen. Von ihnen fehlten bisher konkrete Schritte (Einflußnahme auf Washington, bilaterale EH für NIC auf Regierungsebene), die dem Ernst der Situation gerecht würden.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136364.

<sup>14</sup> Konrad von Schubert.

<sup>15</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Schlagintweit vgl. Dok. 253.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 13. August 1987 zum Friedensabkommen für Zentralamerika vom 7. August 1987 vgl. BULLETIN DER EG 7-8/1987, S. 115.

<sup>17</sup> Zur „Iran-Contra-Affäre“ vgl. Dok. 228, Anm. 5.



geschätzt, weil man uns als Hauptverbündetem der USA besonderes Gewicht zumißt.

Im Gegenzug böte ein Gesprächskontakt mit NIC die Gelegenheit, die Förderung von Direktverhandlungen zwischen NIC-Regierung und Contras zu unterstützen.

HON: Betreibt derzeit als enger US-Bündnispartner und einziger der Unterzeichner eine Politik, die die Umsetzung des GUA-Abkommens ernstlich behindern könnte. Die Contra-Logistik wird im wesentlichen von HON aus geführt. Wir haben mit HON ein Besuchsdefizit, das mit dem für 1988 geplanten Arbeitsbesuch von Präsident Azcona<sup>18</sup> (von ChBK<sup>19</sup> noch nicht genehmigt) gedeckt werden soll. Wir könnten bereits im Vorfeld des Besuchs bilateral eine Einflußnahme versuchen.

Schritte dieser Art dürfen nicht losgelöst von der EPZ unternommen werden, sondern müssen die Linie der Zwölf ergänzen und unterstützen.

#### b) Entwicklungszusammenarbeit

##### – Stiftungen und freie Träger:

Die privaten Träger der EZ haben ohne Unterbrechung in Nicaragua gearbeitet. Wir könnten sie auffordern, stärker auch mit der Regierung zusammenzuarbeiten, soweit das mit ihren jeweiligen Zielsetzungen vereinbar ist.

##### – Humanitäre Hilfe:

Akute Notlagen, Voraussetzung der humanitären Hilfe, treten in Nicaragua immer wieder auf. Vor allem ist hier die schärfer gewordene Versorgungskrise bei den meisten Grundnahrungsmitteln zu nennen. Eine weitere Verschlimmerung könnte eintreten, wenn – bei Umsetzung des GUA-Abkommens – der Strom der aus dem Ausland zurückkehrenden Flüchtlinge größer werden sollte. Wir sollten Berührungängste mit Regierungsstellen aufgeben. Die humanitäre Hilfe ist ein schnell verfügbares Instrument des Auswärtigen Amtes, das auch von der Größenordnung der Mittel her beachtlich sein kann. In der Flüchtlingshilfe sieht auch die EG-Kommission Schwerpunkt für zusätzliche neue EG-Aktivitäten in der Region.

##### – TZ und FZ:

Dies ist zentral für Nicaragua. Das Land braucht zur Wiederankurbelung der Wirtschaft, die durch Hyperinflation, jahrelanges Schrumpfen des Sozialprodukts und Zahlungsunfähigkeit gekennzeichnet ist, vor allem Kredite, aber auch TZ. Die verzweifelte wirtschaftliche Lage ist Hauptmotiv für die neue Flexibilität der Sandinisten, mit der sie sich die Erschließung neuer Geldquellen erhoffen.

Der BMZ hat die vier bisherigen Voraussetzungen für Neuzusagen (s.o. Abschnitt 2: keine Destabilisierung der Region, Pluralismus, gemischte Wirtschaftsordnung und Blockfreiheit) mit der vollen Umsetzung des GUA-Abkommens verknüpft, aber auch Skepsis geäußert, daß bisher noch nie ein kommunistisches Land von sich aus zur Demokratie zurückgekehrt sei.

<sup>18</sup> 1988 fand kein Besuch des Präsidenten Azcona in der Bundesrepublik statt.

<sup>19</sup> Wolfgang Schäuble.

Die Ziele Blockfreiheit und gemischte Wirtschaftsordnung sind nicht unmittelbar Gegenstand des GUA-Abkommens, entsprechen jedoch dessen Geist der nationalen Versöhnung und des regionalen Ausgleichs. Das Abkommen zielt unmittelbar auf Beendigung der wechselseitigen Destabilisierungsversuche in der Region und verpflichtet zu innerer Demokratie und Pluralismus.

Wir sollten eine Wiederaufnahme der EZ nicht förmlich von der vollen Umsetzung des GUA-Abkommens abhängig machen, da

- wir uns damit vom Urteil der Abkommensgremien abhängig machen könnten,
- wir die Möglichkeit zum flexiblen Reagieren aus der Hand geben würden und
- sich die Umsetzung des GUA-Abkommens eher in Richtung eines längeren Prozesses entwickeln dürfte.

Wir sollten die Wiederaufnahme der EZ vielmehr daran knüpfen, daß die positive Entwicklung in Nicaragua eine sich selbst tragende Eigendynamik entwickelt und damit nach unserem Urteil kaum noch umkehrbar geworden ist.

Angesichts der bisher schon erfolgten Öffnungsschritte der Sandinisten könnte künftiger Auslöser beispielsweise die erfolgte Durchführung freier und fairer Wahlen sein. Gemäß dem Abkommen (Art. 4) sollen in der ersten Hälfte 1988 freie Wahlen zum ZA-Parlament stattfinden, danach Kommunalwahlen. Dies setzt die Aufhebung des Ausnahmezustandes<sup>20</sup> voraus.

Mit der Ankündigung neuer EZ unter diesen Voraussetzungen entsprächen wir dem Wunsch Costa Ricas, Wirtschaftshilfe erst nach nachweisbaren, dauerhaften und irreversiblen Konzessionen an Andersdenkende zu geben.

Jagow

**Referat 331, Bd. 136364**

<sup>20</sup> In Nicaragua wurde am 15. März 1982 der Ausnahmezustand verhängt. Botschafter Rusnak, Managua, informierte am 16. Oktober 1985, Präsident Ortega habe am Vortag eine Verschärfung des Ausnahmezustands bekanntgegeben: „Ab sofort würden 13 Artikel des Statuts betreffend die Rechte und Garantien der Nicaraguaner für Dauer eines Jahres aufgehoben: u. a. das Recht auf ‚Habeas Corpus‘, die Grundrechte der freien Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Streikrecht, Freizügigkeit, Briefgeheimnis und Unverletzlichkeit der Wohnung. Prä[sident] begründete Aufhebung der Grundrechte mit der ständig wachsenden Bedrohung Nicaraguas durch US-Regierung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 263; Referat 331, Bd. 136359.

## 290

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kastrup****21. Oktober 1987<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister

Betr.: Konzeptionelle Überlegungen für das erste Gespräch mit der albanischen Führung

Für Ihr erstes Gespräch mit der albanischen Führung<sup>3</sup> sollten folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden:

1) Die „Befreiung“ ist nach offizieller albanischer Geschichtsschreibung und Selbstdarstellung ein tiefer Einschnitt. Der Begriff ist gängige Terminologie und entscheidendes Datum moderner Zeitrechnung. Gemeint ist der Sieg über die deutschen Besatzungstruppen am 28. November 1944 durch Partisaneneinheiten unter Führung von Enver Hodscha, der im November 1941 die Kommunistische Partei gegründet hatte. Nach der Kapitulation Italiens im September 1943 waren deutsche Truppen in Albanien einmarschiert. In amtlichen Veröffentlichungen und im Nationalmuseum auf dem Zentralen Platz der Hauptstadt wird der „Befreiungskampf gegen die faschistischen Besatzer“ glorifiziert und die Erinnerung daran nachdrücklich wachgehalten („die Straßen und Plätze Tiranas sind Zeugen des brutalen und barbarischen Terrors des Besatzerfeindes“). Die Befreiung erscheint als „das bezeichnendste Ereignis in der jahrhundertealten Geschichte des albanischen Volkes“.

Auf diesem Hintergrund sollten Sie von sich aus bereits in Ihren Eingangsbemerkungen auf das dunkle Kapitel gemeinsamer Geschichte hinweisen und unser Mitgefühl für die Leiden des albanischen Volkes zum Ausdruck bringen. Ihre Gesprächspartner, die nach meinen Erfahrungen<sup>4</sup> Ihnen außerordentlich lebenswürdig und höflich gegenüberzutreten werden, werden derartige Worte zweifellos zu schätzen wissen.

2) Oberste Maxime albanischer Außenpolitik ist die Wahrung strikter nationaler Unabhängigkeit, die auch in verschiedenen Bestimmungen der Verfassung<sup>5</sup> ihre

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Schumacher am 22. Oktober 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 21. Oktober 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Bundesminister Genscher besuchte Albanien am 23. Oktober 1987. Für das Gespräch mit Präsident Alia in Tirana vgl. Dok. 292.

<sup>4</sup> Zu den Gesprächen des Ministerialdirigenten Kastrup über eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Albanien vgl. Dok. 30.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix vermerkte am 17. September 1987, Kastrup habe am 15. September 1987 in Tirana „ad referendum (Vorbehalt der Zustimmung beider Regierungen)“ die Vereinbarung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Albanien unterzeichnet. Am folgenden Tag habe der albanische Stellvertretende Außenminister Kapllani das Interesse seines Landes an einem Ausbau der Beziehungen vor allem im Bereich der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit betont. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139421.

Die Bundesrepublik und Albanien nahmen zum 2. Oktober 1987 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu BULLETIN 1987, S. 868.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Verfassung von Albanien vom 28. Dezember 1976 vgl. Georg BRUNNER und Boris MEISSNER (Hrsg.), Verfassungen der kommunistischen Staaten, Paderborn 1980, S. 26–44.

Ausformung erfahren hat (z. B. Verbot der Annahme ausländischer Kredite, keine Zulassung ausländischen Kapitals). Nach der leidvollen Geschichte ist diese Einstellung durchaus verständlich (türkische Herrschaft seit Mitte des 15. Jahrhunderts bis 1912, die heute verdrängt wird; Bismarck auf dem Berliner Kongreß 1878<sup>6</sup>: „Albanien ist für mich ein bloßer geographischer Begriff“; die Großmächte erkennen 1913 Albanien als autonomes Fürstentum an und setzen den deutschen Fürsten Wilhelm von Wied als ersten Herrscher ein (März–September 1914)).

Trotz uneingeschränkter Weitergeltung des Grundsatzes nationaler Unabhängigkeit verfolgt die albanische Führung unter Ramiz Alia die Politik einer vorsichtigen Aufgabe der selbstauferlegten Isolation und einer schrittweisen Öffnung gegenüber dem Ausland. Jüngstes Zeichen dafür ist die Bereitschaft Albaniens, an einer Außenministerkonferenz der Balkanstaaten teilzunehmen, zu der Jugoslawien die Initiative ergriffen hat.<sup>7</sup> Der wichtigste Grund für eine aufgeschlosseneren Haltung gerade gegenüber dem Westen dürfte die wachsende Erkenntnis sein, daß die wirtschaftliche und technologische Entwicklung des Landes stärkere internationale Kooperationen voraussetzt. Uns gegenüber besteht offensichtlich die Erwartung, daß die Bundesrepublik Deutschland ein Partner ist, der ihnen viel bieten kann.

Wir sollten die albanische Erwartungshaltung unterstützen und durch die Bekundung unserer Bereitschaft zu möglichst breiter Zusammenarbeit indirekt die Weiterführung des Öffnungsprozesses ermutigen.

3) Auf der KSZE-Landkarte ist Albanien bekanntlich der einzige weiße Flecken. Die Gründe für seine Nichtbeteiligung sind hauptsächlich in den Vorstellungen Tiranas über die nationale Unabhängigkeit des Landes sowie darin zu suchen, daß die USA und die Sowjetunion an dem Prozeß beteiligt sind, der nach albanischer Auffassung ein Herrschaftsinstrument der Großmächte darstellt.

In meinen Gesprächen bin ich bei einer Erörterung der KSZE zwar auf eine ablehnende Haltung gestoßen, glaube allerdings auch, eine gewisse Nachdenklichkeit festgestellt zu haben. Es empfiehlt sich, daß Sie in grundsätzlichen Ausführungen unsere Konzeption von Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa erläutern. Nach unseren Unterlagen sind Sie der erste westliche Außenminister, der Albanien besucht. Es ist deshalb anzunehmen, daß die albanische Führung bisher keine Gelegenheit hatte, sich mit westlichen Vorstellungen aufgrund von

<sup>6</sup> Zur Beilegung der Konflikte auf dem Balkan nach dem russisch-türkischen Krieg 1877/78 fand vom 13. Juni bis 13. Juli 1878 in Berlin unter Leitung des Reichskanzlers von Bismarck ein Kongreß der beteiligten Großmächte statt.

<sup>7</sup> Botschaftsrat I. Klasse Göckel, Belgrad, berichtete am 9. April 1987, der jugoslawische Außenminister Dizdarević habe ein Treffen der Außenminister der Balkanstaaten angeregt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 241; Referat 214, Bd. 139595.

Am 30. Juni 1987 übersandte Göckel den Wortlaut der Rede, die Präsident Alia am 25. Juni 1987 vor dem X. Kongreß der albanischen Gewerkschaften in Tirana gehalten habe. Alia lehne eine Teilnahme seines Landes an einem solchen Treffen zwar nicht ausdrücklich ab, bestreite jedoch, „daß Jugoslawien sich um die Schaffung einer Atmosphäre des guten Willens, die unerläßliche Bedingung für ein fruchtbares Treffen sei, ausreichend bemühe“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 806; Referat 214, Bd. 139596.

Ein Treffen der Außenminister Albaniens, Bulgariens, Griechenlands, Jugoslawiens, Rumäniens und der Türkei fand vom 24. bis 26. Februar 1988 in Belgrad statt.

Darlegungen eines hohen politischen Repräsentanten in unmittelbarem Gespräch vertraut zu machen.

Im Zusammenhang mit den Ost-West-Beziehungen sollten Sie auch unseren Standpunkt in der Deutschen Frage klarmachen. Es wird interessant sein, zu sehen, wie die albanische Führung sich dazu einläßt.

Als weitere Gelegenheit, unseren außenpolitischen Standort darzulegen, bietet sich die Tischrede<sup>8</sup> an.

4) Der Vizeaußenminister<sup>9</sup> hat mir gegenüber aus Anlaß der Aufnahme diplomatischer Beziehungen hervorgehoben, daß die Zusammenarbeit nicht auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkt bleiben sollte. Er erwähnte neben Wissenschaft und Technik ausdrücklich die kulturellen Beziehungen. Wir sollten nachdrückliche Zustimmung zu einem solchen breiten Ansatz zum Ausdruck bringen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet können Sie anbieten (siehe im einzelnen die Sprechzettel<sup>10</sup>):

- Verhandlungen über die Aufnahme der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit,
- Verhandlungen über den Abschluß eines Kooperationsabkommens,
- Bereitschaft zur Entsendung einer deutschen Fachdelegation zur Erkundung der Möglichkeiten einer wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit,
- Gesprächsbereitschaft der Lufthansa über Aufnahme einer Flugverbindung.

Die albanische Seite ist daran interessiert, Studenten in die Bundesrepublik Deutschland zu entsenden, vor allem auf den Gebieten Wasserwirtschaft, Veterinärmedizin, Pflanzenforschung, Mineralogie. Die darin für uns liegende Chance sollte durch Inaussichtstellen von Stipendien genutzt werden.

Kastrup

**Referat 214, Bd. 139421**

<sup>8</sup> Ministerialdirigent Kastrup legte Bundesminister Genscher am 20. Oktober 1987 den „Entwurf einer Tischrede anläßlich des von Staats- und Parteichef Ramiz Alia gegebenen Mittagessens am 23. Oktober 1987 in Tirana“ vor. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139421.

In der Presse wurde berichtet: „Daß Albanien bei einer vorsichtigen Öffnung aus Wirtschaftszwängen besonders an die Westdeutschen denkt, wird aus der Behandlung Genschers ersichtlich: Der ihm übergeordnete Staats- und Parteichef richtete ein Mahl mit zwölf Gängen ‚nach albanischer Haus- sitte‘ aus und nannte den Gast seinen ‚Freund‘. Der mußte allerdings auf die Verbreitung seiner Tischrede verzichten, weil Alia das Essen so familiär fand, daß Reden überflüssig seien.“ Vgl. den Artikel „In Tirana weht ein Hauch der Allgegenwart Josef Stalins und Enver Hodschas“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. Oktober 1987, S. 3.

<sup>9</sup> Muhamet Ismail Kapllani.

<sup>10</sup> Vgl. die undatierte Aufzeichnung „Besuch BM in Tirana am 23. September 1987; Gesamtgesprächsführungsvorschlag“, Referat 214, Bd. 139421.

## 291

**Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**

114-6216/87 geheim  
Fernschreiben Nr. 1383

Aufgabe: 22. Oktober 1987, 14.50 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 22. Oktober 1987, 16.32 Uhr

Betr.: Überlegungen zur NATO-Strategie und nuklearen Rüstungskontrolle  
mit Bezug auf SRINF und SNF

Bezug: Telefongespräch mit D2A<sup>2</sup> am 21.10.87

Zur Unterrichtung

1) Das Bündnis hat sich durch die Erklärung von Reykjavik vom 12. Juni 1987<sup>3</sup> (Art. 7 und 8) die Aufgabe gestellt, das vorhandene grundlegende Allianzkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung weiterzuentwickeln und dabei als Richtpunkte die in Artikel 7 genannten konkreten Abrüstungsvorhaben aufgeführt. Die Erklärung ist ein Kompromiß, der insbesondere bei der Frage der Behandlung von bodengestützten nuklearen Flugkörper-Systemen von 0 bis 500 km Interpretationen zuläßt. Es hat sich bei den bisherigen Beratungen des Rates über die Ausführung des Ministerauftrages von Reykjavik herausgestellt, daß die wichtigsten Bündnispartner US, GB und F zum gegenwärtigen Zeitpunkt und auf absehbare Zeit nicht einmal bereit sind, in interne Bündnisberatungen einzutreten über die Ausarbeitung eines Mandats für die rüstungskontrollpolitische Behandlung dieser Systeme, geschweige denn Verhandlungen mit dem Warschauer Pakt über sie ins Auge zu fassen. Die Brandmauer-These wird nicht mehr mit diesem Begriff, doch inhaltlich weiter verfolgt und für unverzichtbar gehalten. Zwar werden die aus unserer geographischen Lage herrührenden Besorgnisse anerkannt und gewürdigt. Die genannten und auch die meisten übrigen Bündnispartner möchten jedoch zunächst konventionelle Stabilität herstellen und ein CW-Abkommen abschließen.

2) Wir haben als ein wichtiges Ziel einer rüstungskontrollpolitischen Behandlung von SRINF und SNF<sup>4</sup> auch die Abschaffung der (etwa 600) Scud-Raketen bezeichnet, die eine besondere Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland darstellten. Die SU könnte diese Argumentation so verstehen, als ob die genannte Systemkategorie (SRINF 150 bis 500 km) für uns besondere Priorität besitzt und daß wir diese rüstungskontrollpolitisch gesondert erfassen wollen. Sie könnte daher versucht sein, diese Systeme als Einstieg für eine auf Null zielende Rüstungskontrolle im Gesamtbereich bis 500 km Reichweite zu nutzen.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Wagner am 23. Oktober 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofstetter „n[ach] R[ückkehr]“ und Legationsrat I. Klasse Müller verfügte.

Hat Müller vorgelegen.

<sup>2</sup> Josef Holik.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384. Zur Tagung vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „SNV“.

3) Das hängt davon ab, welchen Wert die Sowjetunion diesem Waffensystem in operativer Hinsicht beimißt und wie sie die Scud in einer Verhandlungslage einschätzen würde.

Die Scud, ein System, mit dessen Einführung Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre begonnen wurde, ist im Inventar aller WP-Staaten. Aufgrund seiner maximalen Reichweite können damit von WP-Territorium Ziele in den meisten NATO-Ländern (B, DK, D, F, GR, LUX, NL, NWG, TUR) abgedeckt werden, und insofern bedeuten die Scud auch keine ausschließliche deutsche Bedrohung. Für die SU haben sie objektiv nur sehr begrenzten operativen und strategischen Wert. Sie sind als taktisch-operatives System, das sie ja von der maximalen Reichweite her sind, relativ ungeeignet (zu geringe Zielgenauigkeit). Ein Nachfolgesystem würde erhebliche Ressourcen in Anspruch nehmen, ohne zusätzliche relevante politisch-strategische Optionen zu eröffnen.

Ein Indiz für die Aufgabe der Scud und deren Modernisierung könnte der Umstand sein, daß die SU zwar Anfang der 80er Jahre mit der Produktion der SS-23 (Nachfolgesystem) begonnen, diese Produktion nach den verfügbaren Informationen nicht fortgeführt und die SS-23 in die INF-Verhandlungen eingebracht hat.

4) Ist somit die Scud für die SU ohne größere Probleme verzichtbar, böte sie sich geradezu als Köder an, um den Westen in Verhandlungen zu locken mit dem Ziel, Europa zu denuklearisieren oder zumindest zu versuchen, das Bündnis in schwere Konflikte zu stürzen. Stellte die SU ihre Scud zur Disposition, so hätte das Bündnis zur Zeit nichts an bestehenden Systemen in die Verhandlungen einzubringen. Die SU könnte diese ungünstige Verhandlungsposition nutzen, um als Kompensation die Einbeziehung von doppelrollenfähigen Flugzeugen zu fordern.

Beschränken wir uns auf Appelle an die SU und deren Bündnispartner, die Scud ohne Ausgleich abzubauen und auf deren Modernisierung zu verzichten, so könnte dies zu einem erheblichen Druck von seiten Moskaus – noch über die vom Bündnis in Reykjavik erwähnten Richtpunkte hinaus – auf eine dritte Null-Lösung hin für den Bereich 150 bis 500 km führen. Diesem Druck wären in erster Linie wir ausgesetzt. Denn wir könnten angesichts unserer bisherigen Argumentation weder der Gegenseite noch der eigenen Öffentlichkeit vermitteln, warum wir das Angebot einer solchen Lösung nicht akzeptieren. Die Verfolgung von Modernisierungsoptionen wäre unter diesen Umständen noch weniger zu begründen. Sie im Bündnis zu unterstützen, würde uns schwerfallen.

5) Wir würden damit von zwei Seiten in Schwierigkeiten geraten, einmal vom WP durch Vorschlag einer Null-Lösung im Bereich der Systeme 150 bis 500 km, zum anderen in der Allianz durch den Widerstand der meisten Bündnispartner, sich mit der Materie zu diesem Zeitpunkt überhaupt zu befassen. Setzten wir uns im Bündnis durch, so wäre dies sicherlich erst nach einer schweren Krise mit erheblichen Folgen für den Gesamtzusammenhalt und das transatlantische Verhältnis möglich; es fragt sich, ob ein Eingehen auf einen Vorschlag für eine „dritte Null-Lösung“ im relevanten Reichweitenband dieses Risiko rechtfertigen würde und ob es überhaupt in unserem sicherheitspolitischen Interesse liegt.

6) Abgesehen von den bündnispolitischen Folgen hätte eine „dritte Null-Lösung“ schwerwiegende strategische Konsequenzen für die Zukunft. Das Bündnis könnte



dann einen Teil der im Montebello-Beschluß<sup>5</sup> für notwendig befundenen Modernisierungsmaßnahmen nicht durchführen. Es würde auch in der Zukunft zwar noch über bodengestützte nukleare Systeme kurzer Reichweite verfügen (nukleare Artillerie). Auf der anderen Seite, im Warschauer Pakt, gäbe es ebenfalls eine Vielzahl derartiger Systeme (FROG, SS-21, nukleare Artillerie). Mit diesem Arsenal könnte die NATO jedoch keine Ziele im erweiterten Raum mehr unter Risiko stellen (extended deterrence). Der Beitrag dieser Systeme zur Abschreckung wäre relativ gering.

7) Was deutsche Interessen betrifft, so gilt, daß für diese Systeme (0–150 km) in noch viel stärkerem Maße als für SRINF kürzerer Reichweite (150–500 km) deutsches Territorium exklusiver Stationierungs- und Kampfraum wäre.

8) Bei allen rüstungskontrollpolitischen Aktivitäten sind die relevanten geographischen, konzeptionellen und politisch-systembedingten Asymmetrien sowie Asymmetrien in den Kräfteverhältnissen zwischen der NATO und dem WP zu berücksichtigen. Aufgrund dieser Asymmetrien wirken sich gleiche Quantitäten auch unterschiedlich auf politisch-strategische Optionen aus. Für die NATO kann aufgrund des konventionellen Kräfteverhältnisses und einer Defensivstrategie der Verzicht auf längerreichende SRINF sehr viel schwerer wiegen als für den WP.

9) Es ist zu fragen, wie unsere Sicherheitsinteressen in diesem Zusammenhang zu sehen sind, inwieweit sie mit denen des Bündnisses in Übereinstimmung gebracht werden können und in welcher Weise der voraussichtliche Druck aus dem WP durch rüstungskontrollpolitische Schritte oder auf andere (einseitige) Weise auch öffentlichkeitswirksam abgefangen werden kann.

10) Ein Konzept, das Antworten auf diese Fragen zuläßt, sollte aus hiesiger Sicht die folgenden Gesichtspunkte in Rechnung stellen:

- Es entspricht nicht deutschen Interessen, mit nuklearer Rüstungskontrollpolitik „von oben nach unten“ sektoral fortzufahren. Eine dritte Null-Lösung für den Bereich 150–500 km wird uns gerade jene landgestützten Kurzstreckensysteme (SNF, 0–150 km) belassen, die fast nur auf deutschem Boden stationiert und eingesetzt werden können.
- Ein wichtiges Ziel deutscher Nuklearpolitik in der Vergangenheit war es, die Konzeption der Nuklearstrategie des Bündnisses und die Struktur des Bestandes von Nuklearwaffen so zu verändern, daß sich der Akzent von den „Gefechtsfeldoptionen“ auf die „erweiterte Abschreckung“ („extended deterrence“) verlagerte.

Wir haben dies in den GPG<sup>6</sup> konzeptionell und durch den Montebello-Beschluß und seine Ausführung auch materiell durchgesetzt und abgesichert. Strategisch macht eine Verlagerung des Schwerpunktes der Abschreckung auch deshalb Sinn, weil damit jener Bereich unter Risiko gestellt wird, der für die Zuführung sowjetischer Verstärkungskräfte sehr wichtig ist.

<sup>5</sup> Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.

Zum Modernisierungsteil des Montebello-Beschlusses vgl. AAPD 1985, I, Dok. 126.

<sup>6</sup> Zu den General Political Guidelines vgl. Dok. 55, Anm. 12.

- Die Bedenken unserer Hauptverbündeten gegen ein Fortschreiten des Abbaus der Nuklearwaffen unter 500 km sind grundsätzlicher Art. Einmal wollen sie einer Entwicklung zu einer Denuklearisierung Europas entgegenwirken, zum anderen befürchten sie, daß sich damit für die SU die günstige Gelegenheit eröffnet, die Drittstaatenproblematik und die Problematik der „vorwärtsstationierten Systeme“ („Forward Based Systems“) wieder auf den Verhandlungstisch zu bringen. Eine solche Chance will man, nachdem diese Bereiche durch eine konsequente Politik im Verlaufe der INF-Verhandlungen eliminiert wurden, der Sowjetunion nun nicht geben.
- Ein Ansatz, der in besonderer Weise den spezifischen deutschen Interessen (Gefährdungslage) gerecht wird, aber zugleich auch die Erfordernisse der NATO-Strategie, die Zielrichtung der deutschen Nuklearpolitik sowie die prinzipiellen Besorgnisse unserer Verbündeten berücksichtigt, wäre ein Ansatz „von unten nach oben“.

Dieser Ansatz müßte bei den SNF (0–150 km) (Flugkörper kurzer Reichweite und Artillerie) beginnen. Um aufgrund der politischen Probleme und der rüstungskontrolltechnischen Schwierigkeiten (z.B. Verifikation) diesen Ansatz zur Zeit rüstungskontrollpolitisch in Angriff zu nehmen, sollten wir uns in einem ersten Schritt allianzintern auf eine strategieadäquate und deutschen Interessen gerecht werdende Umstrukturierung des Dispositivs an Nuklearwaffen konzentrieren. Für den Bereich der bodengestützten Waffen unter 500 km Reichweite würde dies bedeuten: Reduzierungen im Bereich unter 150 km, Verfolgung der Modernisierungsoptionen von Systemen im Bereich von 150 bis 500 km.

- Diese Zielrichtung ist im Montebello-Beschluß angelegt, sie würde es ermöglichen, überproportional bei den Kurzstreckenwaffen zu reduzieren (was besonders die BR Deutschland entlastete) und würde eine breitere Beteiligung der Bündnispartner bei der Modernisierung im Bereich von 150 bis 500 km Reichweite zulassen. Für eine derartige Zielrichtung könnten wir auch argumentativ im Bündnis Unterstützung finden. Die Möglichkeit von in der Öffentlichkeit nicht ohne Eindruck bleibenden Reduzierungen des Gesamtbestands von Nuklearwaffen im Zuge von Modernisierungsmaßnahmen könnte auch eine breitere Basis politischer Akzeptanz schaffen.<sup>7</sup>

Voraussetzung für einen solchen Ansatz ist es allerdings, daß wir uns die Option des erweiterten Bereichs (150–500 km) bewahren und sie nicht durch eine dritte Null-Lösung weder rüstungskontrollpolitisch noch im Verhältnis<sup>8</sup> zu unseren Bündnispartnern oder in den Argumentationsmöglichkeiten gegenüber unserer Öffentlichkeit selbst verschließen.

- Während wir allianzintern diesen nuklearpolitischen Ansatz verfolgen, könnte rüstungskontrollpolitisch, ebenfalls „von unten“ beginnend, eine Konzentration auf die die Sicherheit in Europa am meisten bedrohenden konventionellen Disparitäten erfolgen. Durch diese Maßnahmen würden zugleich auch die Voraussetzungen für eine strategiekonforme nukleare Rüstungskontrolle geschaffen, die dann logisch und konzeptionell gemäß Artikel 7 Reykjavik-

<sup>7</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Wagner mit Fragezeichen hervorgehoben.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „noch Verhältnis“.

Kommuniqué in den Gesamtzusammenhang der Rüstungskontrollpolitik eingeordnet wäre.

11) Zusammenfassend läßt sich feststellen: Der skizzierte „Doppelansatz“ trägt im besonderen Maße der spezifischen deutschen Bedrohungslage Rechnung, steht in Einklang mit unserer bisherigen Nuklearpolitik, ist strategiekonform, läßt sich von den Erfordernissen der NATO-Strategie her überzeugend begründen, könnte dazu beitragen, einen allianzinternen Konflikt zu entschärfen und bietet die Chance, für notwendige Modernisierungsmaßnahmen breitere Akzeptanz zu finden.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 11364 (220)

## 292

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Alia in Tirana

23. Oktober 1987<sup>1</sup>

Gespräch BM mit Staatspräsident Ramiz Alia am 23.10.1987 (13.15–14.30 Uhr)<sup>2</sup>  
(Ferner anwesend: AM Malile, Prof. Lazri, MDg Kastrup, VLRI Chrobog.)

Alia begrüßt BM und Delegation mit herzlichen Worten. Er bezeichnet die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern<sup>3</sup> als ein großes Ereignis. Nunmehr gelte es, viel nachzuholen.

BM übermittelt Grüße des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers. Er betont unseren Willen zum Ausbau der Beziehungen in allen Bereichen. Er erinnert an die gemeinsame Geschichte. Wir seien uns aller Phasen bewußt, der guten als Beispiel und der schlechten als Lehre. Nach leidvoller Vergangenheit komme es jetzt darauf an, das Tor in die Zukunft aufzustoßen.

Alia: Die Geschichte der Beziehungen zwischen Albanien und Deutschland weise mehr gute als schlechte Episoden auf. Die schlimmen Ereignisse sollten der Vergangenheit angehören. In Albanien habe man das deutsche Volk nie mit den Nazis verwechselt. Das albanische Volk hege freundschaftliche Gefühle gegenüber dem deutschen Volk, das in seinem Lande große Achtung genieße. Deutsche Wissenschaftler und Gelehrte hätten wesentliche Beiträge zur Erforschung

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Kastrup am 26. Oktober 1987 gefertigt. Hat Vortragendem Legationsrat Schumacher am 27. Oktober 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte. Hat Elbe vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 23. Oktober 1987 in Albanien auf. Er führte ferner Gespräche mit Ministerpräsident Çarçani und Außenminister Malile. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnungen; Referat 214, Bd. 139421.

<sup>3</sup> Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Albanien vgl. Dok. 290.

der Geschichte des albanischen Volkes geleistet. Alia erwähnt Leibniz und Herder, die über Albanien geschrieben hätten und wissenschaftlich die These untermauert hätten, daß die Illyrer die Vorfahren der Albaner seien. Die Vergangenheit biete also solide Verbindungsbrücken. Unter den Bedingungen des 20. Jahrhunderts müsse man jedoch neue Wege der Zusammenarbeit suchen.

Alia schildert die leidvolle Geschichte des kleinen albanischen Volkes. Wegen der strategisch wichtigen Lage des Landes habe es viele Eroberungszüge über sich ergehen lassen müssen, angefangen von den Römern über die Ottomanen und Slawen bis hin zum Zweiten Weltkrieg. Die Geschichte habe ihre Spuren hinterlassen. Die wichtigste Lehre, die Albanien aus seiner traurigen Geschichte gezogen habe, sei der unbedingte und kämpferische Wille, sich nicht noch einmal unterdrücken zu lassen. Das teuerste Gut sei deshalb die Unabhängigkeit des Landes.

Nach der Befreiung 1944 habe das Land große Umwandlungen erfahren. Als Vergleichsmaßstab ziehe man nicht die heutige Lage etwa in Deutschland, Frankreich oder Italien heran, sondern vergleiche die Lage im eigenen Lande von damals mit der heute. Alia zählt auf: 90 % Analphabeten, keine Industrie, keine qualifizierte Berufsausbildung, rückständige Landwirtschaft, 1 Mio. Einwohner, Notwendigkeit des Imports von mehr als einem Drittel des Brotgetreides. Heute sei die Lage für sein Volk grundlegend anders: Es gebe kein Analphabetentum mehr, 60 % der Jugend besuchten eine zwölfjährige Schule, es gebe eine in der Entwicklung befindliche Industrie und eine leistungsfähige Landwirtschaft, Spezialisten etwa für Wasserkraftwerke und Industrieanlagen würden im eigenen Lande ausgebildet, Albanien sei Selbstversorger für Brotgetreide.

Natürlich stehe man vor Schwierigkeiten bei der wirtschaftlichen Entwicklung; man benötige moderne Ausrüstungen und Technologie. Der Weg, den Enver Hodscha begonnen habe, sei kein Dogma. Der Gründer des modernen Albanien habe vielmehr den Weg zur Freiheit und Unabhängigkeit gewiesen und einen Strich unter jahrhundertealte Unfreiheit gezogen. Wenn heute im Ausland über eine Öffnung Albanien geredet werde, so müsse er darauf hinweisen, daß dies keine neue Entwicklung sei, sondern in der Logik des begonnenen Weges liege.

Alia drückt die Hoffnung aus, daß es eines Tages auch wieder zur Normalisierung der Beziehungen mit Großbritannien käme. Die Engländer hätten eine eigene Mentalität. Sie müßten lernen, Albanien heute so zu sehen, wie es ist.

Alia gibt anschließend einige Erläuterungen zur albanischen Außenpolitik. Natürlich gelte das albanische Interesse Europa, insbesondere der Lage auf dem Balkan. Alles andere wäre absurd. Europa müsse den Europäern gehören; alle Völker sollten in Freundschaft miteinander leben. Die Einteilung in Militärblöcke müsse ein Ende haben, und die beiden Supermächte müßten ihre Truppen aus Europa zurückziehen.

Alia weist auf die albanische Verfassung<sup>4</sup> hin, wonach es ausländischen Staaten verboten ist, Militärbasen in Albanien zu unterhalten. Besonders wichtig seien für Albanien die Beziehungen zu den Nachbarländern. Das Verhältnis zu Griechenland sei gut. Auch die Beziehungen zu Italien seien im allgemeinen gut.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Verfassung von Albanien vom 28. Dezember 1976 vgl. Georg BRUNNER und Boris MEISSNER (Hrsg.), Verfassungen der kommunistischen Staaten, Paderborn 1980, S. 26–44.

Was den bekannten Vorfall in der italienischen Botschaft anbetreffe<sup>5</sup>, müsse die italienische Regierung Wege zu seiner Lösung finden. Wenn es um die albanische Souveränität gehe, könne es keine Zugeständnisse seiner Seite geben. Das Verhältnis zu Jugoslawien sei nicht gut. Allerdings müsse er darauf hinweisen, daß Albanien kein Interesse an einem Verfall oder einer Destabilisierung Jugoslawiens habe. Denn eine solche Entwicklung könne nur bedeuten, daß die Russen einmarschierten und Albanien dann die Sowjetunion an seiner Grenze habe.

Alia weist auf die schwierige Lage der Albaner in Jugoslawien hin, von denen es 2,5 Mio. gebe. Albanien verlange nicht, die Grenzen zu Jugoslawien neu zu ziehen. Es müsse allerdings darauf bestehen, daß die Albaner die gleichen Rechte wie alle anderen Bürger erhielten, so wie sie in der jugoslawischen Verfassung<sup>6</sup> garantiert seien.<sup>7</sup> Albanien habe den jugoslawischen Vorschlag akzeptiert, an einer Balkankonferenz teilzunehmen.<sup>8</sup> Ergebnisse seien allerdings nur dann möglich, wenn normale Beziehungen zwischen beiden Ländern bestünden.

Alia betont die große Bedeutung, die Albanien der Entwicklung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland beimesse. Der Besuch des BM in Tirana werde von albanischer Seite als ein Zeichen des guten Willens der Bundesrepublik Deutschland gewertet.

BM erwidert, man stehe am Anfang auch des politischen Dialogs. Es sei wichtig, die Vorstellungen des anderen zu verstehen. Was Alia über die nationale Unabhängigkeit Albanien dargelegt habe, habe er mit Aufmerksamkeit und Sympathie verfolgt. Die Bundesregierung sei sich des schwierigen Anfangs Albanien bewußt.

Wir seien entschlossen, die Beziehungen auf einer möglichst breiten Basis zu entwickeln. Das gelte für den Dialog auf politischer Ebene, der durch einen regel-

<sup>5</sup> Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen vermerkte am 4. Dezember 1987, Ministerialdirigent Jansen sei im italienischen Außenministerium ein Papier übergeben worden, in dem die Bundesregierung um Hilfe bezüglich sechs albanischer Geschwister gebeten werde, die sich seit 12. Dezember 1985 als Asylsuchende in der italienischen Botschaft in Tirana aufhalten würden. In dem Papier hieß es: „Ein Schritt der deutschen Vertreter bei den albanischen Behörden könnte in der Bekanntgabe der Bereitschaft bestehen, die Geschwister Popa in der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen. Es würde sich hier natürlich um eine formelle Deckung zwecks Rechtfertigung der deutschen Intervention handeln, da die endgültige Expatriierung der Geschwister Popa nach Kanada, ein Land, das sich bereit erklärt hat, sie aufzunehmen und in dem einige ihrer Verwandten ansässig sind, schon feststeht.“ Vgl. Referat 203, Bd. 173565.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Verfassung von Jugoslawien vom 21. Februar 1974 vgl. Georg BRUNNER und Boris MEISSNER (Hrsg.), *Verfassungen der kommunistischen Staaten*, Paderborn 1980, S. 125–251.

<sup>7</sup> Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), teilte am 18. November 1987 mit, die albanische Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen habe über die Lage der Albaner in Jugoslawien informiert: „Die Albaner fänden sich im Prinzip ab mit der tragischen historischen Entwicklung, die 1913 zur Abtrennung Kosovos geführt hätte, und dächten nicht daran, die Rückgliederung dieses großen Landesteils zu beanspruchen. Sie verlangten nur, daß Kosovo entsprechend der jugoslawischen Verfassung behandelt werde, also in den Genuß der Autonomie komme, die auch anderen Provinzen gewährt werde. Der Zustand bis zum Tode Titos sei insgesamt akzeptabel gewesen, danach jedoch sei eine zunehmende und in letzter Zeit massive Diskriminierung gegen die dortige einheimische Bevölkerung eingetreten. [...] Im Kosovo herrsche eine Art Kriegsrecht. Jugoslawien habe die Grenze zu Albanien radikal geschlossen, während Albanien Freizügigkeit wünsche.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3108; Referat 214, Bd. 139596.

<sup>8</sup> Zum jugoslawischen Vorschlag eines Treffens der Außenminister der Balkanstaaten vgl. Dok. 290, Anm. 7.

mäßigen Meinungsaustausch zwischen den Mitarbeitern der Außenministerien ergänzt werden solle. Auf wirtschaftlichem Gebiet wünschten wir einen Ausbau der bereits bestehenden Beziehungen. BM weist auf das breite Angebot unserer Industrie und die hohe Qualität deutscher Produkte hin. Die Wirtschaftsbeziehungen sollten allerdings nicht auf den reinen Austausch beschränkt bleiben. Wichtig seien die berufliche Ausbildung, die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit und etwa die Vergabe von Stipendien für eine qualifizierte Ausbildung. Der Tourismus biete unserer Auffassung nach große Möglichkeiten. Man solle auch den Ausbau auf den Gebieten des Verkehrs ins Auge fassen. Die Lufthansa sei daran interessiert, Tirana anzufliegen. Von großer Bedeutung sei schließlich die kulturelle Zusammenarbeit. Wir seien daran interessiert, entsprechende vertragliche Grundlagen dafür zu schaffen.

Generelle Voraussetzung einer guten Zusammenarbeit sei der gegenseitige Respekt und die Bildung von Vertrauen. Deshalb träten wir für eine volle gleichberechtigte Partnerschaft ein.

BM erläutert sodann die Bedeutung der EG, die ein Modell für das Zusammenleben gleichberechtigter Staaten darstelle. Die Europäer hätten Lehren aus der Vergangenheit gezogen; das Schicksal Europas könne nur gemeinsam gestaltet werden.

BM legt ferner dar, warum wir uns mit großem Nachdruck für das Zustandekommen der Helsinki-Schlußakte<sup>9</sup> engagiert haben. Der KSZE-Prozeß biete mittleren und kleineren Staaten die Möglichkeit, das Schicksal mitzubestimmen. Die Schlußakte sei die Kursbestimmung für eine europäische Friedensordnung. Wichtig sei die Wiederbewußtmachung der europäischen Identität.

*Alia* bemerkt, daß beide Weltkriege von Europa ausgegangen seien. Daher komme den Europäern eine besondere Friedensverantwortung zu. Allerdings sei es albanische Auffassung, daß die Rolle der beiden Supermächte in Europa zerstörend sei. Die Europäer sollten ihnen die Hände binden. Gegenwärtig sei es leider so, daß gutes oder schlechtes Wetter nur von den beiden Großen gemacht würde.

*BM* erwidert, dauerhafter Friede in Europa sei nur durch Verständigung aller Völker möglich. Alle Probleme Europas konzentrierten sich auf deutschem Boden: Teilung, Zugehörigkeit zu verschiedenen Paktsystemen, unterschiedliche Gesellschaftsordnung, höchste Konzentration konventioneller und atomarer Waffen. Der letzte Punkt erkläre auch das besondere Interesse der Deutschen an Abrüstung.

BM gibt einen Überblick über den Stand der Abrüstungsverhandlungen. Er stellt die Bedeutung eines baldigen Abschlusses eines INF-Abkommens heraus, weil dadurch eine Dynamik in Gang komme, die niemand mehr aufhalten könne.

BM erläutert die deutsch-französischen Beziehungen als ein Beispiel für den Weg zweier Völker von der „Erbfeindschaft“ bis zu der engen Freundschaft. Anhand der Beispiele Zentralamerika, Naher Osten und Afghanistan führt BM aus, warum wir den regionalen Bemühungen um Konfliktlösungen eine so große Bedeutung beimessen.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

*Alia* schließt das Gespräch mit der Bemerkung, durch den heutigen Besuch des BM sei ein guter Anfang für die weitere Entwicklung der deutsch-albanischen Beziehungen gemacht worden. Es komme nunmehr darauf an, die Felder der Zusammenarbeit zu konkretisieren. Albanien suche ehrliche Freundschaft und enge Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland.

**Referat 010, Bd. 178903**

**293**

### **Aufzeichnung des Botschafters Holik**

**221-376.00-1688/87 VS-vertraulich**

**23. Oktober 1987<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: Konventionelle Rüstungskontrolle;

hier: Unsere Überlegungen zu einem westlichen Verhandlungsvorschlag

Bezug: 1) Vorlage vom 7.7.1987 – 221-376.00-1191/87 VS-v<sup>3</sup>

2) Vorlage vom 11.9.1987 – 221-376.00-1470/87 VS-v<sup>4</sup>

Anlg.: 1

1) Auf der Grundlage der von Ihnen gebilligten Vorstellungen (s. Bezugsvorlagen) haben wir unsere Überlegungen zu einem westlichen KRK-Verhandlungsvorschlag weiterentwickelt. Die Ergebnisse sind in einem Arbeitspapier (s. Anlage) zusammengefaßt. Das BMVg hat dem Papier bis auf einen Punkt zugestimmt: Es möchte gesonderte, zusätzliche Obergrenzen auch für Schützenpanzerwagen, was wir als eine nicht erforderliche Komplizierung des Modells ansehen; auch bei den Verbündeten wünscht niemand einen gesonderten Ceiling für Schützenpanzer.

2) D2Ai.V. hat unsere Überlegungen bei bilateralen KRK-Konsultationen vergangene Woche in Washington vorgetragen.<sup>5</sup> Die Amerikaner haben unser Papier grundsätzlich positiv aufgenommen. Gesprächspartner im State Department haben angedeutet, unser Konzept weitgehend übernehmen zu können, während

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Vortragendem Legationsrat Gruber konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 23. Oktober 1987 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Jansen am 23. Oktober 1987 vorgelegen.

Hat Jansen am 1. Juni 1988 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 221 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Gemäß Absprache mit B[üro]St[aats]S[ekretäre] zurück an Abt[eilung] 2A.“

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „1196/87 VS-v“.

Zur Aufzeichnung des Botschafters Holik vgl. Dok. 254, Anm. 7.

<sup>4</sup> Für die Aufzeichnung des Botschafters Holik vgl. Dok. 254.

<sup>5</sup> Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4454 des Botschafters Hartmann, z.Z. Washington, vom 15. Oktober 1987 über seine Gespräche zur Konventionellen Rüstungskontrolle am 13./14. Oktober 1987 im amerikanischen Außen- und Verteidigungsministerium sowie in der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA); VS-Bd. 11541 (221); B 150, Aktenkopien 1987.



das Pentagon noch Zurückhaltung zum Regionalkonzept und zur gesonderten Erfassung von Personal zeigte.

3) Wir werden das Arbeitspapier jetzt auch an GB, F und I verteilen. Es wird damit Grundlage der Beratungen über die Substanz eines westlichen KRK-Vorschlags im Fünfer-Kreis, zu denen ich für den 5./6. November nach Bonn eingeladen habe.<sup>6</sup>

Holik

[Anlage]

Deutsche Überlegungen auf Arbeitsebene zu einem westlichen Vorschlag für Verhandlungen über konventionelle Stabilität

#### 1) Das Konzept

In der Diskussion mit den Verbündeten hat sich eine Reihe von Elementen herauskristallisiert, die sich als Bausteine für einen westlichen Verhandlungsvorschlag zusammenfügen lassen.

Nach unserer Vorstellung sollte der Westen bei Verhandlungsbeginn einen Vorschlag vorlegen, der

- eine Perspektive für die Herstellung konventioneller Stabilität in ganz Europa aufzeigt,
- konkret in einem ersten Schritt die Herstellung gleicher Obergrenzen in Mitteleuropa fordert und
- damit politisch plakativ und für die Öffentlichkeit verständlich dem östlichen Gedanken gleicher Reduzierungen das westliche Konzept gleicher Obergrenzen als zielgerichtetes Ergebnis gegenüberstellt.

Der Vorschlag sollte das neue Gebiet Ganz-Europa vom Atlantik bis zum Ural erfassen und gleichzeitig die bedrohlichsten Disparitäten zunächst in Mitteleuropa abbauen. Dem dienen die Herstellung gleicher Obergrenzen für kampfentscheidendes Großgerät, nämlich Panzer und Artillerie, sowie auch Personal. Die Obergrenzen sollten leicht unter dem derzeitigen westlichen Streitkräfteniveau festgelegt werden, so daß Ost und West stark asymmetrisch reduzieren

<sup>6</sup> Über die Konsultationen zur Konventionellen Rüstungskontrolle im Fünfer-Kreis am 5./6. November 1987 vermerkte Vortragender Legationsrat Gruber am 9. November 1987, das Treffen habe zu einer Annäherung der Standpunkte der Bundesrepublik, Italiens, Großbritanniens und der USA geführt: „Meinungsverschiedenheiten kristallisierten sich dagegen um das Konzept gleicher Obergrenzen: USA, GB, I und wir sehen in diesem Konzept den Kern eines westlichen Verhandlungsvorschlags, um den sich weitere Elemente noch zusätzlich herumgruppieren können. F dagegen lehnt gleiche Obergrenzen mit wenig überzeugenden Argumenten ab“. Offenbar befürchte Frankreich, „durch die rüstungskontrollpolitische Hintertür wieder in die militärische Allianzstruktur eingebunden“ zu werden. Differenzen gebe es zudem über den „Zuschnitt eines Regionalkonzepts für die geographische Differenzierung innerhalb Gesamteuropas. Briten und Amerikaner möchten einen westlichen Verhandlungsvorschlag von europaweiten gleichen Obergrenzen aus aufbauen, während wir in einem ersten Verhandlungsschritt auf gleiche Obergrenzen in einer Kernregion ‚Europa-Mitte‘ abstellen wollen. Ein weiterer Unterschied ergibt sich durch abweichende Vorstellungen über den Umfang dieser Kernregion: Wir wollen sie im Osten wie im Westen eindeutig über den traditionellen MBFR-Raum hinaus ausdehnen; vor allem geht es uns um die Einbeziehung der westlichen drei Militärbezirke der SU. GB und USA dagegen favorisieren eine mitteleuropäische Region gemäß dem Jaruzelski-Vorschlag, die sich also nicht wesentlich von der MBFR-Zone unterscheiden würde.“ Vgl. VS-Bd. 11542 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

müssen. Das Konzept gleicher Obergrenzen ermöglicht es zugleich, von der Forderung nach einer vorherigen Dateneinigung abzusehen. Informationsaustausch und Verifizierung würden auf die Überprüfung des vereinbarten Zustands ausgerichtet.

Der westliche Vorschlag sollte mit Vorrang auf einen Abbau der sowjetischen Präsenz in Mitteleuropa abzielen. Verschiedene Elemente im westlichen Vorschlag sollten daher so kombiniert werden, daß ihr Zusammenwirken zu einer Reduzierung der vorwärts dislozierten sowjetischen Kampfverbände als des Kerns der Invasionsfähigkeit des WP führt.

Neben Limitierungen und Reduzierungen ausgewählter Streitkräftekomponenten sollte der westliche Vorschlag ergänzende stabilisierende Maßnahmen vorsehen. Darüber hinaus sollte der westliche Vorschlag, dem Grundsatz eines schrittweisen Herangehens entsprechend, einen ersten Schritt in den Rahmen eines Gesamtkonzepts der Herstellung konventioneller Stabilität stellen.

## 2) Erster Schritt

Ein erstes westliches Vorschlagspaket sollte folgende Elemente enthalten:

a) Gleiche Obergrenzen in Europa-Mitte für Kampfpanzer, Artillerie und Personal:

- Für regionalen Ansatz zwei Möglichkeiten:
  - Option A:
 

„Europa-Mitte“ nach militärisch operativen Kriterien, nämlich D, Benelux, DK, F und GB im Westen, DDR, Polen, ČSSR und die drei westlichen Militärbezirke der SU im Osten;
  - Option B:
 

WEU-Staaten und ein geographisches Gegenstück im Osten (DDR, Polen, ČSSR, Ungarn und drei westliche Militärbezirke der SU).
- Gleiche Obergrenzen für ausgewählte Streitkräftekomponenten, ungefähr 5% unter dem derzeitigen westlichen Niveau:
  - Kampfpanzer, z. B. bei 14 000 (bzw. 15 500 für Option B),
  - Artillerie, bei 7500 (bzw. 8700)<sup>7</sup>,
  - Personal der Landstreitkräfte bei 1,1 Mio. (bzw. 1,35 Mio.) Soldaten.
- Zur Herstellung gleicher Obergrenzen notwendige Reduzierungen werden als solche nicht festgelegt (damit kein Bedarf einer Einigung über Ausgangsdaten). Reduzierungen müssen jedoch entweder durch Vernichten bzw. Deaktivierung oder – im Fall der SU – durch Rückverlegung hinter den Ural erfolgen. US-Gerät kann in Europa-Mitte eingelagert werden, u.U. – soweit US-Depotbestände Höchstgrenzen übersteigen – unter Festlegung besonderer Höchstgrenzen für Gerät in Depots, die überwacht werden.

<sup>7</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Gleiche Obergrenzen für Artillerie sind u. a. wichtig, um die Möglichkeit der Umgehung von Panzer-Obergrenzen durch alternative Waffen-Konfigurationen zu verhindern. Da Ersatz für den Panzer am ehesten durch eine Kombination aus Artillerie und Schützenpanzern geschaffen werden könnte, sollte im ersten Verhandlungsschritt zugleich mit der Herstellung von Kampfpanzer- und Artillerie-Obergrenzen deren Umgehung durch einen Aufwuchs bei den Schützenpanzern verhindert werden.“

## b) Bestimmungen für Gesamteuropa

- Nichterhöhungsverpflichtung für Kampfpanzer, Artillerie und Heerespersonal für übrige Regionen,
- Aktivitäts-, Präsenz- und Dislozierungsbeschränkungen für ganz Europa, Maßnahmen zur Nichtumgehung (Flankensicherheit),
- evtl. weitere Maßnahmen in Region Nord und Süd nach Vorstellungen betroffener Bündnispartner.

## c) „Stationierungsregel“

Eine Klausel über den Umfang stationierter Kräfte sollte so zugeschnitten sein, daß die SU im Zuge der Herstellung gleicher Obergrenzen auf jeden Fall zu einem erheblichen Abbau ihres vorwärts in Mitteleuropa stationierten Dispositivs gezwungen wird.

Die Vorschläge könnten lauten:

- Gleicher Sub-Ceiling für stationierte Kräfte und Kategorien auf beiden Seiten (z. B. 7500 Kampfpanzer, 3500 Artillerie),
- oder die Regel: „Auf keiner Seite dürfen stationierte Kräfte oder Streitkräfte-kategorien mehr als – beispielsweise – 50 % der vereinbarten Höchststärken ausmachen.“ (Regel ist in Kombination mit geographischer Option B günstig und ohne negative reziproke Wirkung.)

## d) Auswirkungen auf WP-Seite

Die Herstellung der Geräte-Ceilings hätte zur Folge, daß der WP Großgerät in der Größenordnung von z. B. etwa 15 000 Kampfpanzern reduzieren müßte. Die zusätzlichen Stationierungsklauseln hätten die Wirkung, daß von dieser Reduzierung die sowjetischen Stationierungskräfte in Mitteleuropa mindestens in einer Größenordnung von – durch die erste Regel – ca. 1800 Kampfpanzern und – durch die zweite Regel in Verbindung mit geographischer Option B – von ca. 3000 Kampfpanzern betroffen wären.

## e) Aufteilung der Reduzierungen auf westlicher Seite

Das illustrative Beispiel eines Geräte-Ceilings von 14 000 Kampfpanzern und 7500 Artillerie würde eine Reduzierung in der Größenordnung von zwei bis drei Divisionsäquivalenten auf westlicher Seite zur Folge haben.

Wie diese Reduzierungen zwischen den Bündnispartnern aufgeteilt würden, bliebe Gegenstand allianzinterner Entscheidungen. Wenn die USA dies wünschten, könnten sie einen Teil dieser Reduzierungen übernehmen und in Einheiten durchführen, wobei diese Abzüge als „quid pro quo“ für den Abzug sowjetischer Einheiten aus Mitteleuropa präsentiert werden könnten. Im übrigen stünde es den betroffenen Bündnispartnern frei zu entscheiden, ob sie durch Ausdünnen oder – wie voraussichtlich auf amerikanischer Seite – durch Auflösen von Einheiten reduzieren und welche Ebene von Einheiten sie ggfs. zu diesem Zweck wählen.

## f) Stabilisierende Maßnahmen

Bei Ausarbeitung begleitender Maßnahmen (s. Ziffer b) sollte insbesondere die Anwendbarkeit beschränkender Maßnahmen für Brückenlegegerät, Logistik, Sperren- und Minenräumgerät sowie Maßnahmen zum Ausschluß von Umgehungen geprüft werden.

## g) Informationsaustausch und Verifikation

- Definition von Kategorien und Einheiten anhand ihrer Standardausrüstung (Gerät und Personal).
- Informationsaustausch über Umfang und Dislozierung der Streitkräfte für Zustand nach Herstellung gleicher Obergrenzen, und zwar nach Schema:
  - Standorte von Einheiten, die Standardausrüstung entsprechen;
  - für Einheiten, die nicht dem Standard entsprechen, individuelle Auskunft über Ausstattung und Standort;
  - Auffüllungsgrad von Einheiten bei Ausdünnen;
  - Recht der Restrukturierung der notifizierten Einheiten nach Notifizierungsfristen;
  - Überprüfung der vereinbarten Höchststärken auf der Grundlage von ausgetauschten Informationen u. a. durch Vor-Ort-Inspektionen.

## 3) Weitere Schritte

Neben dem ersten Schritt sollte der westliche Vorschlag weitergehende Perspektiven aufzeigen für spätere Verhandlungsphasen:

- gleiche Obergrenzen für ganz Europa, als Summe von Obergrenzen auch für die anderen Regionen,
- Erfassung weiterer Kategorien kampfentscheidenden Großgeräts: OAV<sup>8</sup>, Kampfhubschrauber, später auch Kampfflugzeuge,
- weiteres Absenken der gleichen Höchstgrenzen, z. B. um weitere 20 %,
- aufbauend auf dem Informationsaustausch über die Ausrüstung von Einheiten während der ersten Phase weitergehende Bestimmungen für die Strukturen in einer Weise, die den Angreifer benachteiligt und den Verteidiger begünstigt.

Über eine solche weiterführende Zielperspektive könnte schon in der ersten Phase eine Grundsatzeinigung angestrebt und damit die einzelnen Schritte im Sinn eines Gesamtkonzepts der Herstellung von Stabilität miteinander verbunden werden.

**VS-Bd. 11540 (221)**

<sup>8</sup> Other Armoured Vehicles.

## 294

# Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holthoff

202-700 FRA

23. Oktober 1987<sup>1</sup>Über Dg20<sup>2</sup>, D2<sup>3</sup> Herrn Staatssekretär<sup>4</sup>

Betr.: Reden des französischen Präsidenten während seines Staatsbesuchs vom  
19. bis 22. Oktober 1987;

hier: Aspekte der bilateralen politischen Zusammenarbeit

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Präsident Mitterrand hat das Thema der europäischen Einigung zum Kernpunkt seiner Ausführungen vor der deutschen Öffentlichkeit gemacht. Dabei geht er von der Notwendigkeit eines deutsch-französischen Zusammenwirkens aus, das dem europäischen Einigungsprozeß die erforderliche Antriebskraft verleiht. Die deutsch-französische Zusammenarbeit hat für Mitterrand vor allem instrumentalen Charakter für die europäische Einigung. Er ist sich insofern treu geblieben, obschon er sich im Laufe seiner Amtszeit zunehmend für die deutsch-französischen Beziehungen „erwärmt“ hat. Im übrigen sind seine Ausführungen so angelegt, daß sie sowohl politisches Vermächtnis eines scheidenden Präsidenten als auch Programm eines Kandidaten sein können. Sie erlauben keinen Aufschluß über Mitterrands innenpolitische Absichten.

Seine Reden beim Essen des Bundespräsidenten<sup>5</sup> und in Aachen<sup>6</sup> enthalten eine übersichtsweise Darstellung des gesamten Spektrums der Zusammenarbeit, deren Bilanz er positiv bewertet und für deren Vertiefung er mit weiterführenden Anregungen – die aber häufig Andeutungen bleiben – wirbt.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff und Vortragendem Legationsrat Jess konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 23. Oktober 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 23. Oktober 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BRI Schraepfer, Paris, hatte mich kürzlich auf die von Mitterrand vorgeschlagene Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte zur Verwirklichung der europäischen Einigung hingewiesen. Wir sollten diese Idee gemeinsam mit F auch im Europarat propagieren.“

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 26. Oktober 1987 vorgelegen, der zur Notiz des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen handschriftlich vermerkte: „r[ichtig]“. Ferner verfügte Sudhoff die Weiterleitung an Staatssekretär Ruhfus „z[ur] K[enn]tnisnahme“.

Hat Legationsrat I. Klasse Krekeler am 26. Oktober 1987 vorgelegen.

Hat Ruhfus vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Witte „z. K.“ verfügte.

Hat Ministerialdirigent Wegner am 27. Oktober 1987 vorgelegen, der zur Weiterleitung an Witte vermerkte: „N[ach] R[ückkehr].“

Hat Witte am 28. Oktober 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Jess am 23. März 1988 erneut vorgelegen.

<sup>5</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker gab am 19. Oktober 1987 auf Schloß Augustusburg in Brühl ein Abendessen für Staatspräsident Mitterrand. Für den Wortlaut seiner Rede vgl. BULLETIN 1987, S. 946–948. Für den Wortlaut der Rede Mitterrands vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (September/Oktober), S. 131–133. Für den deutschen Wortlaut vgl. FRANKREICH-INFO, Nr. 29 vom 30. Oktober 1987, S. 1–6.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Oktober 1987 im Rathaus von Aachen vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (September/Oktober), S. 136–140. Für den deutschen Wortlaut vgl. FRANKREICH-INFO, Nr. 30 vom 30. Oktober 1987, S. 1–11.

Bei zwei Anlässen widmet er sich Einzelheiten der deutsch-französischen Beziehungen:

- in der Universität Bonn der kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit<sup>7</sup>,
  - bei der DFVLR der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technologie, insbesondere der bemannten Raumfahrt.<sup>8</sup>
- 2) M. gliedert seine perspektivischen Ausführungen, denen er die Aufforderung, eine „Strategie für Europa“ zu entwerfen, zugrunde legt, in zwei Bereiche:
- den politischen im umfassenden Sinne,
  - den militärischen<sup>9</sup>, dem er abrüstungspolitische und verteidigungspolitische Aspekte gleichermaßen zuordnet.

Durch die Ausführlichkeit seines Eingehens auf die sicherheitspolitische Dimension der europäischen Einigung setzte er einen deutlichen Akzent. Hierzu wird<sup>10</sup> Referat 201 eine mit 2A abgestimmte Aufzeichnung vorlegen<sup>11</sup>.

### 3) Zur politischen Dimension der europäischen Einigung:

M. stellt das gemeinsame Bemühen um Verwirklichung des in der EEA bis 1992 gesteckten Ziels in den Vordergrund.<sup>12</sup> Er wendet sich mit einem nachhaltigen Appell an die politischen Führer Europas, den zentrifugalen Kräften zu widerstehen und unter Verzicht auf gewisse Aspekte ihrer Souveränität den nationalen Willen dem gemeinsamen europäischen Interesse unterzuordnen.

Als besonders prioritär erscheint ihm die Entwicklung einer gemeinsamen Währungspolitik. Er verknüpft hiermit den Vorschlag zur Schaffung einer zentralen europäischen Institution. Der Nachdruck, mit dem diese Forderung wieder-

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand vom 19. Oktober 1987 vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (September/Oktober), S. 134–136. Für den deutschen Wortlaut vgl. FRANKREICH-INFO, Nr. 28 vom 30. Oktober 1987, S. 2–6.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 21. Oktober 1987 in der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt in Köln vgl. FRANKREICH-INFO, Nr. 31 vom 30. Oktober 1987, S. 1–3.

<sup>9</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „sicherheitspolitischen“.

<sup>10</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „hat“.

<sup>11</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „vorgelegt“.

Ministerialdirigent von Ploetz analysierte am 21. Oktober 1987, in den Reden am 19./20. Oktober 1987 in Brühl und Aachen habe Staatspräsident Mitterrand „mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Errichtung eines europäischen Pfeilers“ ausdrücklich Bezug genommen auf die sicherheitspolitische Komponente der europäischen Einigung und zugleich die Bedeutung der NATO unterstrichen „mit dem Hinweis, daß ein Schuttschirm für die Bundesrepublik Deutschland und für Europa weiterhin nur durch die Allianz gestellt werden kann“. Mitterrand habe die amerikanisch-sowjetische Rüstungskontrollpolitik unterstützt, aber betont, mit der Abrüstung strategischer Waffen müßten die beiden Supermächte beginnen: „Frankreich würde sich dann ‚an ihre Fersen heften und den gleichen Weg gehen‘.“ Bezüglich der „prästrategischen Waffen“ habe er dargelegt, Ziel französischer Politik sei zum einen die Konfliktvorbeugung: „Zum anderen sei die Annahme nicht gerechtfertigt, die ‚letzte Warnung Frankreichs‘ würde notwendigerweise auf deutschem Boden erteilt. Mit der Feststellung, daß die Taktik der Strategie untergeordnet sei, verbindet M[iterrand] die Aussage, daß sich die franz[ösische] Nuklearstrategie an den Aggressor, und nur an ihn, wende, und zwar, um ihn abzuschrecken.“ Vgl. VS-Bd. 12076 (201), B 150, Aktenkopien 1987.

<sup>12</sup> Zum Ziel der Herstellung des gemeinsamen Binnenmarkts vgl. Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

holt vorgebracht wird, macht sein Anliegen an unsere Adresse deutlich, dem französischen Drängen in diesem Bereich entgegenzukommen.

Zwei weitere Gebiete, auf denen M. Defizite erkennt und zu verstärkten Anstrengungen aufruft, sind die Kultur und die Technologie.

Seine Reden enthalten bemerkenswerte Passagen zu den West-Ost-Beziehungen. M. befürwortet die „Öffnung nach Osten“ und fordert die (West-)Europäer dazu auf, alle politischen Möglichkeiten hierfür zu nutzen. Es gelte, die Barrieren aller Art, die West und Ost trennen, zu beseitigen, und er fügt ausdrücklich hinzu: „Dies hängt von uns ab.“ Diese Stellungnahme sollten wir als einen Schritt begrüßen, der uns einer gemeinsamen Außenpolitik näherbringt, die wir gerade bei den West-Ost-Beziehungen als einen Kernbereich für notwendig halten.

4) Die Verwirklichung der europäischen Einigung erfordert nach M. über die Nutzung der Möglichkeiten des Elysée-Vertrags<sup>13</sup> hinaus eine Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte, um in „eine neue Epoche der deutsch-französischen Beziehungen“ einzutreten. Als konkrete Vorschläge zu einer noch engeren Verflechtung regt er an:

- die Gründung einer deutsch-französischen Universität,
- eine Ausweitung der Partnerschaften (u. a. Universitäten, Schulen, Militäreinheiten, Betriebsräte),
- eine Systematisierung des Austauschs in verschiedenen Bereichen (Schulen, Universitäten, in allen Berufszweigen, u. a. öffentlicher Dienst etc.),
- eine verstärkte Zusammenarbeit der Industrie (Unternehmer, Arbeitgeberverbände etc.).

Diese – nicht neuen und bereits häufig diskutierten – Gedanken sind im Rahmen von Regierungsvereinbarungen nur beschränkt realisierbar. M. trägt dem Rechnung, wenn er auf die begrenzten Möglichkeiten der politisch Verantwortlichen hinweist und die „lebendigen Kräfte unserer beiden Gesellschaften“ dazu auffordert, gemeinsam zu handeln.

Mit seiner dringenden Mahnung, die Beschlüsse des Frankfurter Kulturgipfels<sup>14</sup> entschlossen umzusetzen, greift M. ein ihm besonders wichtiges Anliegen auf. Dabei geht es ihm vor allem um verstärkte Bemühungen zum Erlernen der Partnersprache als essentielle Voraussetzung des von ihm angestrebten Dialogs der gesellschaftlichen Kräfte beider Länder. Es ist davon auszugehen, daß er auf diesem Gebiet – abgesehen vom Bereich der Sicherheitspolitik – einen Schwerpunkt der deutsch-französischen Zusammenarbeit sieht. Bei den bevorstehenden deutsch-französischen Gipfelbegegnungen sollte dem kulturellen Bereich daher angemessener Raum gewidmet werden.<sup>15</sup> Dies erscheint auch deshalb wünschbar, weil vorzeigbare Ergebnisse in der kulturellen Zusammenarbeit angesichts der zu erwartenden Fortschritte in der sicherheitspolitischen Zusam-

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710. Vgl. dazu auch AAPD 1963, I, Dok. 44.

<sup>14</sup> Am 27./28. Oktober 1986 fanden in Frankfurt am Main deutsch-französische Konsultationen statt. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 312 und Dok. 315.

<sup>15</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[r]ichtig!“.



menarbeit dem möglichen Eindruck einer Unausgewogenheit der bilateralen Zusammenarbeit vorbeugen könnten.<sup>16</sup>

Holthoff

Referat 203, Bd. 151130

## 295

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Born

203-320.15 TUR

23. Oktober 1987

Über Herrn Dg<sup>201</sup>, Herrn D<sup>22</sup> Herrn Staatssekretär<sup>3</sup> zur Unterrichtung  
Betr.: Aktionen von (kurdischen) Türken in der Bundesrepublik Deutschland  
und im Ausland

1) Im Vorfeld der Wahlen in der Türkei<sup>4</sup> führt ein sogenanntes „Türkei Informationsbüro“ mit Sitz in Hannover in der Zeit vom 21.10. bis 5.11.1987 zahlreiche Demonstrationzüge in Nord- und Süddeutschland durch, die als Sternmarsch über Köln am 4. und 5. November in Bonn zu einer Großkundgebung zusammen-

<sup>16</sup> Vortragender Legationsrat Merkel legte am 22. Oktober 1987 zu den kulturpolitischen Forderungen in den Reden von Staatspräsident Mitterrand am 19./20. Oktober 1987 in Bonn und Brühl dar: „1) Die Forderung, junge Europäer sollten zwei Fremdsprachen fließend sprechen, erweitert einen Beschluß der EG-Bildungsminister von 1984, den Schülern solle vor Ende ihrer Schulpflicht das Erlernen von zwei Sprachen ermöglicht werden.“ Dies sei in der Bundesrepublik für Haupt- und Realschüler schwierig, aber für Abiturienten verwirklicht, während man „in Frankreich das Baccalauréat mit Unterricht in nur einer Fremdsprache erreichen“ könne: „Insgesamt steht die deutsche Sprachausbildung besser da als die französische. 19 Prozent der Jugendlichen behaupten, ganz gut Französisch zu können, zehn Prozent der französischen Jugendlichen behaupten, ganz gut Deutsch zu können (einschließlich Elsaß). 2) Lehrerfortbildung in europäischen Ideen und Europakunde gibt es als Angebot in beiden Ländern. [...] 3) Eine europäische Universität oder eine deutsch-französische Universität mit europäischer Ausrichtung ist eine Forderung, die seit Jahren z. B. von Professor Joseph Rovin vertreten wird.“ Allerdings seien die meisten Betroffenen der Ansicht, „ein solches isoliertes Vorhaben entwerfe die Zusammenarbeit in ihrer ganzen Breite. [...] 4) Gemeinsame Berufsausbildung ist das Wunschdenken der französischen Seite, die unser duales System mit Ausbildung in Betrieben aufmerksam verfolgt. Bei rudimentären Sprachkenntnissen und Nichtanerkennung von Ausbildungsabschnitten in Deutschland im französischen Erziehungssystem bleibt nur der gesteigerte Lehrlingsaustausch, wie er in Frankfurt beschlossen wurde. [...] 5) Für eine gemeinsame audiovisuelle Kultur, eine wirkliche Zusammenarbeit im Fernsbereich, fehlt es bisher an Bereitschaft der französischen Seite, deutsche Kultur aufzunehmen. [...] Zwar wird von beiden Seiten ein deutsch-französischer oder europäischer Fernsehkanal angestrebt; nach den ersten konkreten Unterlagen hat es den Anschein, als ob die französische Seite die deutsche gleichberechtigt hauptsächlich bei der Frage der Finanzierung beteiligen will.“ Vgl. Referat 203, Bd. 151130.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 23. Oktober 1987 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 23. Oktober 1987 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 26. Oktober 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Und das ist bei uns alles legal + geduldet? Alles genehmigt?“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 26. Oktober 1987 vorgelegen.

<sup>4</sup> Am 29. November 1987 fanden in der Türkei Parlamentswahlen statt.

treffen. Mit mehreren Tausend Teilnehmern, Türken, türkischen Kurden und deutschen Sympathisanten, ist zu rechnen.

Das „Türkei Informationsbüro“ hat sich in zahlreichen Schreiben an alle politischen Parteien, an Behörden und Dienststellen, an Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, an die Presse und auch an das Auswärtige Amt gewandt und über den geplanten Sternmarsch unterrichtet.

Die Demonstration ist bewußt in die Vorwahlzeit gelegt. Geplant war die Durchführung der zentralen Veranstaltung unmittelbar im Anschluß an die ursprünglich auf den 1.11., inzwischen aber auf den 29.11. verschobenen Wahlen in der Türkei.

2) Die bundesweiten Veranstaltungen stehen unter dem Motto „für die Abschaffung der Todesstrafe und für Generalamnestie in der Türkei“. Die Aufrufe und Flugblätter zeigen deutlich, daß die Organisatoren dem linken Umfeld zuzurechnen sind. Soweit es sich dabei um kurdisch-türkische Gruppierungen handelt, richten sich ihre Aktionen gegen den als „faschistisch“ bezeichneten türkischen Staat und für die Bildung eines unabhängigen Kurdistan.<sup>5</sup>

Zu diesen kurdischen Gruppierungen gehören auch die Anhänger der im Verfassungsschutzbericht<sup>6</sup> als kommunistisch bezeichneten kurdischen Arbeiterpartei PKK, der Nationalen Befreiungsorganisation Kurdistan ERNK<sup>7</sup> und der Volksbefreiungsarmee Kurdistan ARGK<sup>8</sup>.

3) Angehörige dieser Gruppen haben in den letzten Wochen immer wieder deutsche Einrichtungen besetzt. Anlaß für ihre Aktionen war die am 27.7.1987 erfolgte polizeiliche Durchsuchung mehrerer Wohnungen in Köln, bei der eine „Kriegskasse“ in Höhe von rd. 700 000 DM beschlagnahmt wurde. Darüber hinaus wurde am 4.8.87 bei 42 weiteren Durchsuchungen im gesamten Bundesgebiet umfangreiches Beweismaterial sichergestellt.

<sup>5</sup> Mit Runderlaß Nr. 6201 warnte Vortragender Legationsrat Born, daß nach den von der Generalbundesanwaltschaft angeordneten Aktionen gegen kurdische Einrichtungen in der Bundesrepublik mit „Gegenaktionen dieser Gruppen, insbesondere gegen unsere Auslandsvertretungen und sonstige deutsche Einrichtungen“, zu rechnen sei. Dabei könne „auch die Anwendung von Gewalt durch diese Gruppen als Reaktion und Rache nicht ausgeschlossen werden“. Zur „Kurdenfrage allgemein“ teilte Born mit: „Das Siedlungsgebiet der etwa 12 Mio. Kurden erstreckt sich über fünf Staaten Vorderasiens. Von kurzlebigen Versuchen der Staatsbildung abgesehen (1922/23 und 1946/47), gelang es den Kurden in der Geschichte nicht, die staatliche Unabhängigkeit zu erlangen. Mehr als ein Drittel der Kurden lebt in der Osttürkei. In der modernen Türkei sind seit Atatürk Zentralismus und Nationalismus Grundprinzipien geworden. Türkisches Selbstverständnis schließt die Existenz nationaler Minderheiten auf türkischem Boden aus. Lediglich die im Lausanner Vertrag von 1923 erwähnten ‚nicht-islamischen Minderheiten‘, zu denen die Kurden nicht gehören, genießen gewisse Minderheitenrechte. Die Türkei ist auch dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte der Vereinten Nationen vom 19.12.1966 nicht beigetreten. Die dort verankerten Minderheitenrechte können daher der Türkei nicht als vertragliche Verpflichtung entgegengehalten werden. Nach allem, was wir wissen, werden die Kurden in der Türkei nicht diskriminiert, wenn sie sich als türkische Staatsbürger bekennen. Der private Gebrauch der kurdischen Sprache ist nicht verboten und wird nicht verfolgt. Insgesamt kann die Lage der Kurden, wie auch anderer Minderheiten in der Türkei, nach unseren Kriterien noch nicht als befriedigend bezeichnet werden. Im Zuge des fortschreitenden Demokratisierungsprozesses zeichnet sich jedoch eine zunehmende Verbesserung der allgemeinen menschenrechtlichen Lage in der Türkei ab.“ Vgl. Referat 206 (203), Bd. 151025.

<sup>6</sup> Vgl. DER BUNDESMINISTER DES INNERN (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1986, Bonn 1987.

<sup>7</sup> Eniya Rizgariya Netewa Kurdistan.

<sup>8</sup> Artêşa Rizgariya Gelê Kurdistan.

Als Reaktion kam es in der Zeit vom 3. bis 7.8. zu insgesamt 28 Besetzungen und demonstrativen Aktionen im In- und Ausland gegen deutsche Einrichtungen. Am 7.8. erklärte der Europa-Vertreter der ERNK auf einer Pressekonferenz in Bonn, das kurdische Volk werde sich die von den deutschen Behörden beschlagnahmten 700 000 DM nötigenfalls mit Gewalt zurückholen. Daraufhin kam es in der Folgezeit bis zum 21.10.87 zu weiteren 29 Besetzungen und demonstrativen Aktionen durch türkische Kurden. Besetzungsobjekte waren überwiegend deutsche Vertretungen im Ausland (Botschaften, Generalkonsulate, Lufthansa-Büros) sowie im Inland Büros von Presseorganen, politischen Parteien, Gewerkschaften und kirchlichen Einrichtungen.

4) Ob, wann und an wen die zuständigen Ermittlungsbehörden den beschlagnahmten Geldbetrag freigeben, wissen wir nicht. Es ist damit zu rechnen, daß bis zu einer Freigabe dieses Betrages weitere Aktionen gegen deutsche Einrichtungen durchgeführt werden.

In bei den jüngsten Besetzungen verteilten Flugblättern wird die Bundesregierung darauf hingewiesen, sie habe sich mit ihrer Haltung Zehntausende von Kurden zum Feind gemacht. Sie wird für alle negativen Entwicklungen, die von jetzt an entstehen könnten, allein verantwortlich gemacht.

5) Unsere Auslandsvertretungen und auch deutsche Firmen (über DIHT) in den von den kurdischen Gruppen gefährdeten Ländern wurden über die jüngste Entwicklung der Sicherheitslage unterrichtet und gebeten, in Absprache mit den örtlichen Behörden entsprechende Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen.<sup>9</sup>

Born

**Referat 206 (203), Bd. 151025**

<sup>9</sup> Legationsrat Engel informierte am 23. Oktober 1987, das Bundeskriminalamt habe mitgeteilt, daß die Polizei in Köln „die Ermittlungen hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse in bezug auf die 700 000 DM abgeschlossen“ habe, die nicht hätten aufgeklärt werden können: „Nach der Bewertung des BKA ist von einer Eskalation auszugehen, da nach derzeitigem Stand nicht damit zu rechnen ist, daß die 700 000 DM sowie die schriftlichen Unterlagen und Adreßlisten herausgegeben werden, so daß die PKK, um in den Augen ihrer Anhängerschaft nicht das Gesicht zu verlieren, durch gewalttätige Aktionen gegen deutsche Einrichtungen im In- und Ausland den Druck auszuüben versucht, der ihrer Meinung nach erforderlich ist, um die Herausgabe der bezeichneten Gegenstände zu erzwingen.“ Vgl. den Runderlaß; Referat 206 (203), Bd. 151025.

## 296

**Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt****114-6261/87 VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 1412****Citissime nachts****Aufgabe: 24. Oktober 1987, 22.40 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 25. Oktober 1987, 01.25 Uhr**

Betr.: Ministerrat 24.10.87 mit Bericht Secretary Shultz über Gespräche in  
Moskau<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung (DB ist von BM noch nicht genehmigt)

I. An Sitzung nahmen alle Außenminister mit Ausnahme von GR und TUR teil, welche Länder durch StS Georgiou bzw. StV<sup>3</sup> vertreten waren. Beteiligung Formel zwei plus drei (bei uns D 2<sup>4</sup>, D 2 A<sup>5</sup>, DMV<sup>6</sup>). Dauer zweieinhalb Stunden.

Optimismus hinsichtlich baldigen Abschlusses INF-Abkommens. Fortschritte auch bei START. Gewisse Besorgnisse hinsichtlich Gipfels, die jedoch nicht zu stark artikuliert werden sollen.

II. 1) GS<sup>7</sup> erinnerte an Verlegung NATO-Hauptquartier vor zwanzig Jahren nach Brüssel<sup>8</sup> und sprach Dank an B aus: „C'est le provisoire, qui reste.“

Er unterstrich Anzahl und Qualität hochrangiger transatlantischer Konsultationen. Seit Wiederaufnahme Genfer Verhandlungen im Januar 1985<sup>9</sup> hätten insoweit 56 Zusammenkünfte stattgefunden, darunter sieben auf sehr hoher oder höchster Ebene.

2) Shultz meinte, er wolle besonders ausführlich sein, um auch auf diese Weise zum Wert Konsultation beizutragen.

a) Was seien Ziele Bündnisses, an denen sich auch kürzliche Gespräche in Moskau orientiert hätten? Frieden in Freiheit, den es mit Methode kollektiver Sicherheit und Strategie Vorneverteidigung und flexibler Antwort<sup>10</sup> zu verwirk-

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 26 und 38.

<sup>2</sup> Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz am 22./23. Oktober 1987 in der UdSSR vgl. auch FRUS 1981–1988, VI, S. 408–486. Vgl. dazu ferner SHULTZ, Turmoil and Triumph, S. 993–1001; GORBATSCHOW, Erinnerungen, S. 614–617.

<sup>3</sup> Osman Olcay.

<sup>4</sup> Hermann Freiherr von Richthofen.

<sup>5</sup> Josef Holik.

<sup>6</sup> Deutscher Militärischer Vertreter im NATO-Militärausschuß war Hans-Peter Tandecki.

<sup>7</sup> Lord Carrington.

<sup>8</sup> Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

Zur Verlegung des NATO-Hauptquartiers (SHAPE) von Paris nach Brüssel vgl. AAPD 1966, II, Dok. 344.

<sup>9</sup> In einer Gemeinsamen Erklärung vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf am 7./8. Januar 1985 gaben der sowjetische Außenminister Gromyko und der amerikanische Außenminister Shultz die Wiederaufnahme von amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf bekannt. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Vgl. dazu auch AAPD 1985, I, Dok. 7 und Dok. 8.

Die erste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf fand vom 12. März bis 23. April 1985 statt. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 101 und Dok. 106.

<sup>10</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

lichen gelte. Allianz beruhe im Sinne Harmel-Berichts<sup>11</sup> auf Säulen Abschreckung sowie Dialog im Hinblick auf bessere West-Ost-Beziehungen, wie dies auch im Washingtoner Bericht 1984<sup>12</sup> zum Ausdruck gekommen sei. Für beide Elemente westliche Solidarität unabdingbar. Er erinnere sich gut an Ratssitzung Dezember 1984, bei der ihm von Partnern geraten worden sei, geduldig und stark zu bleiben.<sup>13</sup> Auf diesem Hintergrund habe man Gespräche in Moskau geführt, auf die man sich fortschrittsorientiert sorgfältig vorbereitet habe.

Es seien in der Tat Fortschritte erzielt worden, und man werde fortfahren, Dinge voranzubringen. Er wolle daran erinnern, daß es Schewardnadse gewesen sei, der im September in Washington<sup>14</sup> ein Gipfeltreffen für diesen Herbst angekündigt habe, um INF-Abkommen zu unterzeichnen. Allerdings habe Gorbatschow gestern in über vierstündiger Unterredung gemeint, daß INF-Vereinbarung, welche „praktisch unter Dach und Fach“ sei, für TO Gipfel nicht genügend Substanz bringe. Er sei an Besuch USA sehr interessiert, aber es müßten sich hier unmittelbare Chancen („immediate prospect“) für Einvernehmen im Bereich Verteidigung und Weltraum/ABM abzeichnen. Er wolle dieserhalb Brief an Präsidenten schreiben.<sup>15</sup>

Amerikanische Zielsetzung sei eindeutig: Gipfel sei wichtig, und US wollten Fortschritte. Er sei sich nicht ganz über Einlassung Gorbatschows im klaren. Für US sei bei „defense and space“ „rigoroses“ Verteidigungsprogramm Voraussetzung, mit welchem es US und Alliierte gegen ballistische Flugkörper zu schützen gelte. Er habe Verhandlungsfortschritte in diesem Bereich nicht ausgeschlossen. Zeit werde jedoch knapp. Für USA sei Substanz wichtig. Gipfel müsse gut vorbereitet sein und Chancen für wirkliche Fortschritte beinhalten.

Nach warmem Lob finnischer Bemühungen, für Fahrt nach Moskau kurzfristig Sonderzug bereitzustellen<sup>16</sup>, skizzierte Shultz TO Gespräche.

b) An deren Spitze habe für US Menschenrechtsproblematik gestanden. Sie müsse für besondere Art Allianz freiheitlicher Gesellschaften weiterhin erste Priorität besitzen. Verwirklichung Menschenrechte sei in SU nach wie vor notleidend („the human beings get a lousy deal“). Er habe Komplex längere Zeit persönlich angesprochen, und er sei dann von Arbeitsgruppe (Leiter US: Botschafter Schifter) weiterbehandelt worden. Er habe Gruppe von Personen mit Anliegen für Familienzusammenführung (zwei Fälle hätten hier gelöst werden

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Erklärung über die Ost-West-Beziehungen vom 31. Mai 1984 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 134–137. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 367–370. Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 157, Dok. 160 und Dok. 161.

<sup>13</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. AAPD 1984, II, Dok. 349.

<sup>14</sup> Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 17. September 1987 in den USA vgl. Dok. 261.

<sup>15</sup> Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 28. Oktober 1987 an Präsident Reagan vgl. FRUS 1981–1988, VI, S. 489–493.

<sup>16</sup> Vor seinem Besuch in der UdSSR hielt sich der amerikanische Außenminister Shultz am 20./21. Oktober 1987 in Finnland auf. Dort erfuhr er, daß wegen der Wetterverhältnisse in Moskau eine Anreise mit dem Flugzeug nicht möglich sei. Als der von der UdSSR in Aussicht gestellte Sonderzug ausfiel, organisierte die finnische Regierung kurzfristig Ersatz. Vgl. dazu SHULTZ, Turmoil and Triumph, S. 991 f.

können) sowie von „Refuseniks“ empfangen. Aufgrund kürzlicher NO-Reise<sup>17</sup> habe er besondere Einblicke in Probleme sowjetischer Judenheit erhalten und sich für Genehmigung von deren Ausreiseersuchen sowie von denjenigen anderer Bürger eingesetzt. Dabei habe er besonders auch auf Deutschstämmige hingewiesen. Schewardnadse habe er daran erinnert, daß er bei seinem kürzlichen Besuch Südamerikas<sup>18</sup> behauptet habe, daß jeder, der weggehen wolle, dies auch tun könne. Man habe zugesagt, 1987 12000 bis 13000 Juden ausreisen zu lassen. Dies sei gegenüber 1979 zwar eine geringe Zahl, doch würde sie vor dem Hintergrund von durchschnittlich je etwa 800 Genehmigungen in den abgelaufenen Monaten dieses Jahres eine erhebliche Steigerung bedeuten.

Schewardnadse habe Frage Menschenrechtskonferenz Moskau angeschnitten.<sup>19</sup> Er sei auf amerikanische „crucial indicators“ hingewiesen worden. Auf sowjetische Vorhaltung, man habe bei Berner Konferenz<sup>20</sup> Abschlusdokument blockiert, habe er geantwortet, daß es genügend einschlägige Erklärungen und Dokumente gebe und daß es weniger auf Worte als auf Taten ankomme („we need performance“). Schewardnadse habe eingeräumt, für SU werde es keine Tragödie sein, sollte Konferenz in Moskau nicht zustande kommen. Gleichwohl sei noch einmal klargeworden, daß sowjetischerseits erheblicher Wert auf sie gelegt werde. Amerikanische Einlassungen seien nicht unvereinbar mit anderen Vorschlägen Verbündeter in Wien (z. B. F und D) gewesen.

#### c) Regionalfragen

Diesem Bereich habe er ganzen Abend lang mit sowjetischem Kollegen gewidmet, auch mit Gorbatschow sei darüber gesprochen worden. Über Mittelamerika habe es kraftvollen Meinungsaustausch („vigorous exchange“) gegeben. Insbesondere habe man über Krieg Iran–Irak und Lage im Golf gesprochen.<sup>21</sup> Schewardnadse habe hier übereingestimmt, daß mit Festigkeit gemeinsame Schritte („firm and unified follow-up“) ins Auge gefaßt werden müßten, sollte Pérez de Cuéllar keinen

<sup>17</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 16./17. Oktober 1987 in Israel auf und reiste am 17. Oktober 1987 nach Saudi-Arabien weiter, wo er ein Gespräch mit König Fahd führte. Nach erneutem Aufenthalt in Israel vom 17. bis 19. Oktober 1987 führte Shultz am 19. Oktober 1987 ein Gespräch mit Präsident Mubarak in Kairo und am 19./20. Oktober 1987 in London mit König Hussein von Jordanien.

<sup>18</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte Brasilien vom 26. bis 30. September 1987. Im Anschluß hielt er sich bis 4. Oktober 1987 in Argentinien auf sowie vom 4. bis 7. Oktober 1987 in Uruguay.

<sup>19</sup> Zum Vorschlag der UdSSR vom 5. November 1986 für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau vgl. Dok. 225, Anm. 8.

<sup>20</sup> Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 77 und Dok. 156.

<sup>21</sup> Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 247, Anm. 11.

Referat 311 legte am 26. Oktober 1987 dar, durch die erhöhte internationale Militärpräsenz im Persischen Golf drohe der Konflikt weiter zu eskalieren: „Zunächst schien Iran Angriffe auf amerikanische Schiffe bewußt zu vermeiden. Als jedoch im September ein iranisches Schiff beim Minenlegen entdeckt und von US-Hubschraubern beschossen wurde (weiterer Vorfall: Versenkung von iranischen Sturmbooten nach Beschießung amerikanischer Hubschrauber), scheint Iran bewußt auf Konfrontationskurs umgeschwenkt zu sein: Am 15.10. wurde ein unter liberianischer Flagge fahrender amerikanischer Tanker und am 16.10. ein unter US-Flagge fahrender kuwaitischer Tanker von Raketen (vermutlich: Silkworm) getroffen. Dies führte zu der amerikanischen Angriffsaktion vom 19.10., bei der eine als Kommandozentrale der Iraner genutzte Bohrplattform in internationalen Gewässern zerstört wurde. Die USA berufen sich zur Rechtfertigung dieser Aktion auf ihr Recht zur Selbstverteidigung nach Artikel 51 der VN-Charta.“ Vgl. Referat 202, Bd. 151083.



Erfolg haben.<sup>22</sup> Shultz: Es dürfe nicht dazu kommen, daß SR in seinen Anstrengungen nachlasse. Dieser habe eine Entscheidung gefällt, und amerikanischerseits sei man bereit, auf eingeschlagenem Wege weiterzugehen. Schewardnadse habe Treffen vorgeschlagen, um VN-Marinestreitkraft im Golf vorzubereiten. Er, Shultz, habe sich unter praktischen und konzeptionellen Gesichtspunkten jedoch sehr skeptisch gegeben. Was könne die Aufgabe einer solchen Streitkraft konkret sein? Friedenswahrende Mission komme nur in Frage, wenn SR-Entschießung 598<sup>23</sup> von beiden Seiten angenommen und sie Streitkraft zugestimmt hätten. Anderenfalls würde diese in feindliche Handlungen verwickelt, die sich aus der Lage (Irak im Gegensatz zu Iran ohne Zugang zum Golf) ergäben. Frage, wie SR 598 Nachdruck zu verleihen sei, sei ausführlicher erörtert worden. Er habe unterstrichen, daß von einer „dominierenden“ amerikanischen Präsenz im Golf, wie dies sowjetischerseits behauptet werde, nicht gesprochen werden könne. Hinsichtlich Südafrikas hätten sich Aussichten für eine bessere „interaction“ ergeben, was Shultz jedoch (auch auf Nachfrage portugiesischen AM<sup>24</sup>) nicht weiter erläuterte. Afghanistan sei nicht sehr vertieft worden, da sich sowjetische Seite hier sehr zurückhaltend gezeigt habe. Er habe Kambodscha und Korea angesprochen. Über NO hätten Experten einen ausführlichen Meinungsaustausch gepflogen. Im November sollen Armacost und Woronzow über alle Regionalfragen erneut ausführlich sprechen.<sup>25</sup>

<sup>26d</sup>) Bilaterale Probleme. Shultz erwähnte hier lediglich Frage Schutzes US-Botschaft Moskau gegen elektronische Überwachung („hard to get the bugs“) sowie Sicherheit und Gesundheit Botschaftsangehöriger.<sup>27</sup>

#### e) Rüstungskontrolle

##### aa) Strukturierung Verhandlungen in Moskau

Man habe Gespräche in kleineren Arbeitsgruppen bevorzugt. Nach einer ersten Begegnung zu sechst (Shultz, Carlucci, Ridgway bzw. Schewardnadse, Dobrynin, Bessmertnych) habe man in folgenden AGs weiterverhandelt: INF, START, „defense/space“, CW, KRK (sonstige AGs: Menschenrechte, Regionalfragen, bilaterale Probleme). Nitze habe übergeordnete Zuständigkeit für alle Rüstungskontrollfragen besessen. AGs hätten sich bei Bedarf mit Sechsergruppe in Verbindung gesetzt. Nunmehr auch in Moskau eingeführtes simultanes Dolmetschen

<sup>22</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 283, Anm. 24.

Referat 230 vermerkte am 20. Oktober 1987: „Der VN-SR hat am 15.10. den Implementierungsplan des VN-GS zu Res[olution] 598 gebilligt und den GS ermächtigt, seine Bemühungen um eine rasche und vollständige Verwirklichung der Res. 598 auf dieser Grundlage fortzusetzen. Der Plan des GS sieht vor, daß die Implementierung wichtiger Bestimmungen der Res. 598 an einem zu vereinbarenden Datum gleichzeitig begonnen und ein Plan zur Durchführung der übrigen Aspekte der Resolution vereinbart werden soll. Insbesondere gilt dies für den Waffenstillstand und die Einsetzung eines Gremiums zur Untersuchung der Kriegsschuldfrage.“ Vgl. Referat 311, Bd. 139986.

<sup>23</sup> Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 vgl. Dok. 221, Anm. 6.

<sup>24</sup> João de Deus Pinheiro.

<sup>25</sup> Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Armacost, traf mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Woronzow am 17. November 1987 in Genf zu Gesprächen über Regionalfragen zusammen. Vgl. dazu den von der amerikanischen Botschaft in Bonn am 23. November 1987 übergebenen Gesprächsvermerk; Referat 230, Bd. 158100.

<sup>26</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1413 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>27</sup> Zur sowjetischen Spionage gegen die amerikanische Botschaft in Moskau vgl. Dok. 98.



habe Gespräche sehr erleichtert. Stets habe man im Auge behalten, daß Vereinbarungen

- Sicherheit US und ihrer Alliierten erhöhen müßten,
- zu echter – und verifizierbarer – Verminderung von Kernwaffen zu führen hätten sowie
- in keinem Fall Abkommen nur um ihrer selbst willen angestrebt werden dürfen.

bb) Teststopp

Bekanntlich habe man in Washington vereinbart, Gespräche zu führen.<sup>28</sup> Ziel: zunächst Verbesserung Verifikation bestehender zwei Abkommen im Hinblick auf ihre Ratifizierung<sup>29</sup>, erst dann weitere Limitierungen. Amerikanischerseits meine man, daß Pferd nicht vom Schwanz her aufgezügelt werden dürfe, d. h., daß Tests so lange erforderlich seien, als Nuklearwaffen für Abschreckung erforderlich. Man habe Fortschritte gemacht („we are getting off pretty well“). Am 9.11. werde man in Genf aufgrund vereinbarter TO weitermachen.

cc) CW

Gespräche seien nützlich und substantiell gewesen, und sie hätten einen weiten Bereich umfaßt. Man sei sich darüber im klaren gewesen, daß bilaterale Kontakte wichtig seien, daß in Genf jedoch multilateral verhandelt werde.<sup>30</sup> In diesem Rahmen seien jene jedoch sehr bedeutungsvoll. Man habe sich im wesentlichen auf folgende TO geeinigt:

- Aufrechterhaltung Sicherheit während Abbaus;
- Problematik sensibler Informationen bei Inspektionen (Vermeidung Gefahr Spionage);
- Verifizierung neuer Technologien;
- Problematik Proliferation;
- Vermeidung Gefahr, daß mit mehrfachfähigen Substanzen Abkommen umgangen werde;
- mandatorische Verdachtskontrollen, Datenaustausch.

Persönlich wolle er bemerken, je stärker er mit diesem Fragenkreis vertraut werde, desto wesentlicher erscheine es ihm, Lösungen zu finden. Besonders wichtig sei es, Proliferation zu verhindern. Hinweis auf Krieg Iran–Irak und Einsatz seitens SU (gemeint war wohl Afghanistan<sup>31</sup>). Der Geist sei aus der Flasche. Es

<sup>28</sup> Vgl. dazu die Gespräche beim Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 15. bis 17. September 1987 in den USA; Dok. 261, besonders Anm. 10.

In der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) vom 18. September 1987 hieß es: „Im Anschluß an die Erörterung von Fragen bezüglich der Nuklearerprobung waren sich beide Seiten einig, noch vor dem 1. Dezember 1987 mit umfassenden schrittweisen Verhandlungen zu beginnen, die ausschließlich in einem Forum geführt werden sollen.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 576.

<sup>29</sup> Zu den „Schwellenverträgen“ und zum Stand ihrer Ratifizierung vgl. Dok. 115, Anm. 5.

<sup>30</sup> Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 268, Anm. 23.

<sup>31</sup> Die USA übermittelten den Vereinten Nationen am 22. März 1982 einen Bericht, in dem der UdSSR der Einsatz chemischer Waffen in Afghanistan vorgeworfen wurde. Ferner wurde dargelegt, die UdSSR habe Laos und Vietnam mit toxischen Kampfmitteln versorgt und deren Einsatz überwacht. Ein weiterer ergänzender Bericht wurde am 29. November 1982 vorgelegt. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1982, S. 103.

sei sehr dringend, Fortschritte zu erzielen, doch sei Problematik äußerst komplex, und besonders hinsichtlich Verifikation befinde man sich in Dilemma.

dd) KRK

SU habe auf Vertiefung gedrängt, doch sei US hier im Hinblick darauf, daß Verhandlungen multilateral in Wien geführt würden<sup>32</sup>, zurückhaltend gewesen. Thomas habe amerikanischerseits entsprechende AG geleitet. Sowjets hätten besonders versucht, in diesem Rahmen taktische Kernwaffen anzusprechen, nicht zuletzt auf Umweg über „dual-capable systems“, und zwar allgemein bei KRK oder im Rahmen gesonderter Verhandlungen in erster Linie interessierter Länder. Dies sei amerikanischerseits zurückgewiesen worden. Sowjets hätten sich im übrigen darum bemüht, mit US bilateral allgemein über „militärische Lage in Europa“ ins Gespräch zu kommen. Auch das sei amerikanischerseits unter Hinweis darauf verweigert worden, daß derartige Gespräche nicht bilateral geführt werden könnten.

ee) Kernwaffen und Weltraum

aaa) INF

Gorbatschow habe angeregt, beide Seiten sollten schon vom 1. November an mit Abbau beginnen. Dieser „schlaue“ Versuch passe in allgemeines sowjetisches Verhandlungsverhalten. Moskau versuche immer wieder, uns mit derartigen Ködern zu testen, obwohl es sich gewiß darüber im klaren gewesen sei, daß auch insoweit von US sofort abgewinkt werde. Allgemein unterstrich Shultz, daß es gerade auch im INF-Bereich wichtig gewesen sei, strikte Allianzsolidarität zu wahren. Immer wieder gelte es darzulegen, daß das, was erreicht worden sei, sich auf unsere Vorschläge gründe. Es handele sich um Implementierung des Doppelbeschlusses<sup>33</sup> und stelle einen klaren Erfolg des Bündnisses dar.

In Washington seien alle Grundsatzfragen geregelt worden. Über die noch offenen Probleme habe man dann in Genf intensiv verhandelt. Trotzdem hätten dort nicht alle bereinigt werden können. In Moskau habe sich nun vor allem in folgenden Punkten Einvernehmen ergeben:

- Zeitraum der Eliminierung („phasing“). Hier seien die Details „quälend kompliziert“. Man habe vereinbart, daß LRINF innerhalb Zeitraums von drei Jahren, SRINF eines solchen von höchstens 18 Monaten abzubauen seien; bei letzteren wolle man sich um Verringerung auf ein Jahr bemühen, falls dies technisch machbar sei. „Phasing“ gelte sowohl für Sprengköpfe als auch für Launcher.
- Was Zusammenarbeitsprogramm mit BR Deutschland anbelange, bleibe dieses, wie nunmehr endgültig feststehe, außerhalb Abkommens. SU habe im Hinblick auf P Ia akzeptiert, daß alle amerikanischen und sowjetischen INFs bereits fünfzehn Tage vor Ablauf Dreijahresfrist eliminiert werden, so daß BR Deutschland unter Bezugnahme auf Erklärung BK vom 26.8.87<sup>34</sup> zu genanntem Zeitpunkt „Program of Cooperation“ zu beenden in der Lage sei, und

<sup>32</sup> Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 293.

<sup>33</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>34</sup> Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 26. August 1987 vgl. Dok. 235.

sich US-Gefechtsköpfe damit außerhalb desselben befänden und abgezogen werden könnten. Dies sei eine „sehr befriedigende“ Lösung, die mit Bundesregierung abgesprochen sei. Ganzes Problem sei nunmehr vom Tisch.

- Bei Verifikation sei es vor allem um die „on-site inspections“ gegangen. Hier sei man in den meisten Punkten einig, doch gebe es immer noch einige offene Probleme, über die in Genf weiterverhandelt werden müsse. Dies werde in kommender Woche geschehen. Was Verdachtskontrolle anbelange, so werde diese nur für bestimmten Zeitraum mit zahlenmäßigen jährlichen Beschränkungen möglich sein. US hätten insgesamt fünfzehn Inspektionen pro Jahr in US, SU und Stationierungsländern<sup>35</sup> während zehn Jahren nach Abbau vorgeschlagen. Gegenvorschlag SU: zehn Jahre lang, dabei jährlich zehn in ersten fünf Jahren und jährlich zwei bis drei in weiteren fünf Jahren. Auch dies werde in nächster Woche in Genf in Angriff genommen.
- „Launch to destruct“ (LTD). US hätten vorgeschlagen, daß dies nur während Zeitraums von sechs Monaten möglich sei. Daß SU dem grundsätzlich zugestimmt habe, könne als Erfolg gelten. Problematik sei deshalb so wichtig, weil mit LTD Testing verbunden sei, es bei Null-Lösung jedoch ein solches nicht mehr geben dürfe. Andererseits sei LTD bequemster Weg, um umweltkonformen Abbau herbeizuführen.

Beide Seiten hätten ihren Genfer Verhandlern aufgetragen, bis Ende nächster Woche zu berichten. Man werde sich jedoch nicht unter Zeitdruck setzen lassen, denn es müsse solide Arbeit („job right“) geleistet werden. Alles in allem werde es wohl zwei bis drei Wochen dauern, bis ausstehende Probleme in Genf gelöst worden seien.

#### bbb) START

Lage sei nicht schlecht („pretty good“). Ziel sei Reduzierung auf 50 Prozent. Dies stelle Grundsatzentscheidung von Reykjavik<sup>36</sup> (welcher Gipfel auch für INF wichtig gewesen sei) dar. Jede Seite solle nicht mehr als 6000 Gefechtsköpfe und 1600 „delivery vehicles“ behalten. Shultz unterstrich Einigung auf Zählweise (Bomber ohne ALCM – nur ein Gefechtskopf) und auf 1540 Gefechtsköpfe bei schweren ICBMs. Auch Vereinbarung hinsichtlich Limitierung Wurfgewichts sei in Sicht; dies sei sehr bedeutungsvoll wegen Verminderung Streuung und damit Zerstörungskraft. Es gebe nunmehr einen gemeinsamen Text, der indessen noch zahlreiche Klammerungen aufweise.

Man sei weit über SALT<sup>37</sup>, das lediglich Launcher umfaßt habe, hinaus. Jetzt strebten beide Seiten zusätzlich Beschränkungen bei Gefechtsköpfen sowie Wurfgewicht an.

Gorbatschow habe dafür plädiert, START-Abkommen bis Frühjahr unterschriftsreif zu machen und dann Gipfel in Moskau abzuhalten. Verifikation werfe indes-

<sup>35</sup> Belgien, die Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und die Niederlande auf seiten der NATO sowie CSSR und DDR auf seiten des Warschauer Pakts.

<sup>36</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

<sup>37</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

sen bei START (mit seinen verbleibenden 6000/1600 Gefechtsköpfen bzw. Raketen) erheblich größere Probleme auf als bei INF-Null-Lösung (hier keine Tests, verbleibende Systeme, Produktion): „äußerst kompliziert“. Er habe Gorbatschow deshalb gesagt, man wolle gerne Einigung bis zum Frühjahr anstreben, doch werde dies wohl nicht einfach sein.

SU habe sich für mobile Systeme ausgesprochen. US hätten hierzu keine Neigung, da diese nur sehr schwer verifizierbar seien und sich insoweit für SU angesichts deren Weiträumigkeit Vorteile ergeben würden. Andererseits sehe man auch amerikanischerseits durchaus Nutzen mobiler Systeme, vor allem hinsichtlich Überlebensfähigkeit.

Für US sei Limit von 4800 für ballistische Gefechtsköpfe, die größte Gefahr darstellten, wesentlich, und man werde hier auch hart bleiben.

Gestern habe Schewardnadse neue Sublimits für ICBMs (3000 bis 3300), seegestützte Systeme (1800 bis 2000) und ALCMs (800 bis 900) vorgeschlagen, was indessen keine besondere Abweichung von bisheriger sowjetischer Position bedeute. Dies sei für US nicht akzeptabel, weil

- es „freedom to mix“ zu sehr einschränke;
- es bedeuten würde, daß US dann ihre „force structure“ zu stark zu ändern hätten und
- US – zum Vorteil SU – ihre seegestützten Systeme um zwei Drittel vermindern müßten.

Jedoch könne man Vorschläge Moskaus auch so einschätzen, daß man sowjetischerseits auf dem Wege ist, amerikanische Grundgedanken für Strukturierung Triade zu akzeptieren, aber andere Einzelregelung anstrebt als US-Seite. Dies könne Konsens möglich erscheinen lassen.

Abschließend zu diesem Punkt: START-Abkommen im Frühjahr sei denkbar („ingredients are there“), die größten Schwierigkeiten lägen wohl bei Verifikation.

ccc) Verteidigung und Weltraum

Bereich sei eingehend erörtert worden. Hier gebe es Übereinstimmungen und Differenzen. Wesentliche Punkte seien:

- Verpflichtung, sich gewisse Zeit lang nicht aus ABM-Vertrag zurückzuziehen;
- Frage Weiterführung von Forschung, Erprobung und Entwicklung innerhalb dieser Zeit. SU wünsche schwerwiegende Einschränkungen, woraus sich Unmöglichkeit angemessener Fortsetzung Programms ergeben würde.

Während bei INF und START beide Länder parallele Interessen besäßen, wolle SU bei „defense and space“ USA stoppen. Immerhin gebe es Änderung sowjetischer Position. Man sei nunmehr bereit, gewisse Erprobungen im Weltraum hinzunehmen.

<sup>38</sup>Für sowjetische Verhandlungstaktik sei es interessant, daß dies Schewardnadse bereits in Washington zum Ausdruck gebracht habe, daß es in Genf sowjetischerseits jedoch nicht aufgenommen wurde und daß SU jetzt in Moskau wieder darauf zurückgekommen sei. Das bedeute einen Schritt voran. USA wollten keine

<sup>38</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1414 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Änderung ABM-Vertrags. Forschung, Erprobung und Entwicklung seien wesentlich, um SDI nicht zu lähmen.

ff) Im gesamten Rüstungskontrollbereich habe es Fortschritte gegeben („progress across the board“).

Es sei erneut deutlich geworden, daß Ansatz Bündnisses richtig gewesen sei. Starke Verteidigung und Einheit Allianz seien Voraussetzung. Diese habe eine Strategie, sie bewähre sich, und sie gelte es beizubehalten. Trotz erheblicher Fortschritte gebe es noch viel zu tun. Wesentlich sei Unterstützung seitens Bevölkerung. Diese müsse motiviert werden. Botschaft sei Standfestigkeit, Geduld und Ausdauer. Hier gelte es, keine Mühe zu scheuen.

f) Von Vertretung US angekündigte „speaking notes“ können frühestens am 26.10. zur Verfügung gestellt werden. Sie werden nach Eingang sogleich vorgelegt.<sup>39</sup>

III. 1) An Diskussion beteiligten sich mit Ausnahme B sämtliche Partner. Alle dankten Shultz für Verhandlungsführung in Moskau und ausführliche Information. Festzuhalten ist:

2) BM, der nach Andreotti als zweiter das Wort nahm, sprach insbesondere auch Dank dafür aus, daß Shultz sich für Ausreise deutschstämmiger Bürger eingesetzt habe und daß in Sachen PIa befriedigende Regelung gefunden worden sei, wo man erfolgreich Standpunkt durchgehalten habe, ganze Frage dürfe kein Gegenstand Abkommens sein.

Hinsichtlich CW teile er Sorge Proliferation bei Besitz, Einsatz und Produktionsmöglichkeiten. Es sei sehr dringlich, weltweites Verbot durchzusetzen. Unterstreich. Wichtigkeit KRK. Fortschritte bei START erschienen ihm relevant. Mitteilung, daß beide Seiten Vertragsabschluß bis zum Frühjahr immerhin für möglich hielten, sei ermutigend, Problem linkage START–SDI bestehe allerdings fort.<sup>40</sup>

BM pflichtete Shultz nachdrücklich bei, daß Einigung INF nicht etwa auf sowjetischen Vorschlägen beruhe, denen Bündnis sozusagen zähneknirschend gefolgt sei. Abkommen sei vielmehr westlicher Initiative zu danken.

BM stellte folgende Frage: Wenn INF-Abkommen in drei bis vier Wochen unterschriftsreif sei und es tatsächlich zunächst zu keinem Gipfel komme, so stelle sich Problem, ob es unabhängig davon bei anderer Gelegenheit abgeschlossen werden könne oder ob es etwa liegenbleiben müsse. Zweite Alternative, die es unbedingt zu vermeiden gelte, würde in Substanz Wiederbelebung Junktims mit SDI und damit schweren Rückschlag bedeuten. Habe SU nach Eindruck von Shultz dies etwa im Auge?

Shultz antwortete, man habe Sowjets diese Frage nicht unmittelbar gestellt, doch sei man sich amerikanischerseits Problematik durchaus bewußt. Er hoffe sehr, daß man gegebenenfalls Abkommen auch außerhalb Gipfels – auf die eine

<sup>39</sup> Für die am 26. Oktober 1987 von der amerikanischen Botschaft übergebenen „Speaking Notes“ des amerikanischen Außenministers Shultz für die Sitzung des NATO-Ministerrats am 24. Oktober 1987 in Brüssel vgl. VS-Bd. 11283 (220).

<sup>40</sup> Zum sowjetischen Junktim zwischen den Verhandlungsbereichen START und Weltraumwaffen vgl. Dok. 227.

oder andere Weise – unterschreiben könne. Im übrigen sei er für die Ratifizierung zuversichtlich. Es gebe immer wieder amerikanische Bürger, die sich bei Kritik als selbsternannte Sprecher Europas gerierten; einige sprächen englisch mit deutlichem Akzent. Europäer sollten sich nicht scheuen, Abkommen in USA – gemeint war vor allem auch im Zusammenhang mit Ratifizierungsprozeß – als im Interesse Europas liegend zu bezeichnen.

3) Aus Einlassungen anderer AM ist berichtenswert:

- Andreotti unterstrich u. a. Bedeutung enger transatlantischer Beziehungen.
- Van den Broek gab Befriedigung Ausdruck, daß Shultz Menschenrechtsfrage prominent behandelt habe. Wir müßten in Sachen WT.19<sup>41</sup> zusammenhalten. Wichtig sei es, daß SU hier für Fortschritte bei KRK Gegenleistung erbringe. Krieg Iran–Irak: Es gelte Aktion SR fortzuführen, dessen Glaubwürdigkeit auf dem Spiel stehe. Seien bei Erörterung NO Fortschritte erzielt worden? (Shultz ging darauf nicht ein.) Hinsichtlich Unterzeichnung INF-Abkommens sei Frage BM sehr relevant. Wie sei es zu interpretieren, daß Gorbatschow für Frühjahr Gipfel in Moskau zur Erörterung gestellt habe, daß er mit Gipfel Washington jetzt jedoch Schwierigkeiten bereite? Bei CW teile er Besorgnisse von Shultz und BM. Man müsse sich hier fragen, von welcher Bedeutung tatsächlich hundertprozentige, völlig „wasserdichte“ Verifikation sei. Sei da nicht das Bessere der Feind des Guten? (Shultz erwiderte: Auch schon fünfprozentiges Verifikationsdefizit sei eben wichtig, nicht zuletzt für allgemeines Vertrauensniveau. Hier stellten sich komplexe Fragen.)
- Auch Howe sprach von BM angeschnittenen Problem Unterzeichnung INF-Abkommens an. Er frage sich, ob von Gorbatschow errichtetes Hindernis nicht Zeichen von Schwäche sei. Wir sollten unser Engagement für Fortschritte insoweit unterstreichen. Sowjetische Einlassungen hinsichtlich Krieg Iran–Irak und Golf seien weiteres Beispiel für Auf und Ab Verhandlungsführung Moskaus: Positionen in New York, später in London und dann wieder jetzt in Moskau unterschieden sich. Um so bemerkenswerter erscheine es ihm, daß Gorbatschow nunmehr bei Gipfel Schwierigkeiten mache. (Shultz unterstrich, wir sollten uns nach außen in Frage linkage nicht etwa zu besorgt geben. Dies könne sich nur kontraproduzent auswirken.)
- Stoltenberg: Zustimmung dafür, daß Linkage-Problem von uns Öffentlichkeit gegenüber nicht hochgebracht werden sollte. Hinweis darauf, daß nach Fortschritten bei INF-Abbau 90 Prozent norwegischer Bevölkerung hinter Allianz stehe.
- Clark fragte, ob US im Bereich Verteidigung und Weltraum Liste von im Rahmen ABM-Vertrag erlaubter Aktivitäten vorbereiten. (Shultz verneinte dies, doch halte man hier Augen und Ohren offen. Er wolle aber erneut unterstreichen, daß man Einschränkungen gegenüber sehr zurückhaltend eingestellt sei. In diesem ganzen Bereich gebe es viele Unbekannte, und jede Limitierung im vorhinein werde zu Problemen bei SDI führen. Zu Hinweis Clarks auf Schwierigkeiten Gorbatschows mit Gipfel erläuterte Shultz, Gorbatschow habe

<sup>41</sup> Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 4. Februar 1987 für eine Konferenz über die „menschliche Dimension“ der KSZE-Schlußakte vgl. Dok. 65, Anm. 7.

hier keine eigentlichen „Bedingungen“ gestellt, und man solle es ihm durch Akzentuierung dieses Problems nicht erschweren, einzulenken.)

- Auch Raimond sprach sich positiv über amerikanische Verhandlungsführung in Moskau aus, die nichts habe Zufall überlassen wollen. Wir lebten in einer sich schnell ändernden Welt. Sowjetische Politik sei nicht immer durchsichtig („limpide“).
- AM ISL<sup>42</sup> fragte, ob Rede Murmansk<sup>43</sup> behandelt worden sei. (Shultz: Man habe darüber gesprochen, dies jedoch nicht vertieft, um Erörterung im Allianz-kreis nicht vorzugreifen. Im übrigen sei Zurückhaltung gegenüber kernwaffen-freien Zonen zum Ausdruck gebracht worden.)

Auf Schwierigkeiten mit Gipfel angesprochen, bemerkte Shultz an dieser Stelle, Erfahrungen Vergangenheit hätten gezeigt, daß Gorbatschow hinsichtlich seiner Pläne für Auslandsreisen nicht immer sehr konsequent sei. Man dürfe Problem nicht überbewerten.

- Fernández Ordóñez: „Historischer Prozeß“. Es gelte, „aktiv geduldig“ zu sein.
- Ellemann-Jensen unterstrich Notwendigkeit umfassenden Rüstungskontroll-konzepts. Er sei glücklich darüber, daß Shultz, der sich in Washington als „tired of INF“ bezeichnet habe<sup>44</sup>, bei seinem Optimismus geblieben sei.
- Poos: INF-Abkommen bedeute weder Abkoppelung von USA noch Beginn De-nuklearisierung Europas.

4) Shultz schloß mit Unterstreichung von drei Punkten:

- Er glaube kaum, daß INF-Abkommen tatsächlich bereits in zwei bis drei Wochen fertig unterschiftsreif sei. Ein solches Vertragswerk sei auch in Einzelheiten sehr komplex, was z.B. Überarbeitung durch Rechtsexperten erforderlich mache. Dies werde jedoch „nicht endlos“ dauern. Unter Hinweis auf spanischen AM: „Aktive Geduld“ sei vonnöten.
- Er hoffe, daß sich keine ausgedehnte Diskussion über Frage Zustandekommen Gipfels ergebe. Dies sei ein „side issue“. Gipfel werde kommen.<sup>45</sup> Es sei besser, auf erzielte Fortschritte, die auch jetzt in Moskau evident gewesen seien, hinzuweisen. „Things are going well.“ Trotz taktischen Hin und Hers sei man in Substanz auf Weg zu baldigem Abschluß INF-Abkommens.
- Dank an Kollegen, daß sie gekommen seien. Es sei ihm wichtig, ihre Ansichten zu kennen und mit ihnen in engem Kontakt zu stehen. Betonung Wichtigkeit Konsultationsprozesses.

[gez.] Hansen

**VS-Bd. 11283 (220)**

<sup>42</sup> Steingrímur Hermannsson.

<sup>43</sup> Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 1. Oktober 1987 vgl. Dok. 283, Anm. 20.

<sup>44</sup> In einer Pressekonferenz im Vorfeld seiner Reisen in den Nahen Osten bzw. in die UdSSR erklärte der amerikanische Außenminister Shultz am 15. Oktober 1987 in Washington: „I'm getting tired of INF. I want to get on to strategic arms.“ Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 87 (1987), Heft 2129, S. 14.

<sup>45</sup> Zur Terminierung des geplanten Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in den USA vgl. Dok. 302.